

LO 23.02.2002

Steuerbetrug bei Trienekens?

Staatsanwaltschaft durchsucht Zentrale des Unternehmens in Viersen

Wegen Verdachts der Steuerhinterziehung, Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung wird gegen Mitarbeiter ermittelt.

VON TIM STINAUER

Die Ermittlungen gegen ehemalige Trienekens-Angestellte wegen Verdachts der Erpressung und des Betrugs zum Schaden des Dualen Systems und der Stadt Köln sind noch nicht abgeschlossen, da droht neuer Ärger. Am Mittwoch haben Kripo und Staatsanwaltschaft die Viersener Hauptverwaltung des Müll-Multis sowie das Tochterunternehmen ISIS GmbH in Mönchengladbach und Räume des ehemaligen Geschäftsführers der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln (AVG) durchsucht. Das bestätigte Günther Feld, Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft. Zudem hat die Behörde nach Informationen der "Kölnischen Rundschau" im Rahmen ihrer Ermittlungen beim Landtagspräsidenten beantragt, die Immunität eines SPD-Landtagsabgeordneten aus Frechen aufzuheben.

Die Durchsuchungen waren Teil bundesweiter Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorteilsnahme, der Vorteilsgewährung und der Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Bau von Müllverbrennungsanlagen, unter anderem in Köln-Niehl. "Im Kern geht es um steuerstrafrechtliche Taten. Es wurden schriftliche Unterlagen beschlagnahmt." Ermittelt werde gegen Mitarbeiter von Trienekens, gegen einen Ex-Geschäftsführer der AVG und gegen Beschäftigte einer Firma aus Gummersbach. Diesem oberbergischen Unternehmen hatte die AVG vor acht Jahren den Auftrag für den rund 420 Millionen Euro teuren Bau der MVA in Niehl erteilt. Die AVG gehört zu 74,9 Prozent der Stadt und zu 25,1 Prozent der Firma Trienekens.

Ulrich Schäfer, Sprecher des Viersener Unternehmens, wies die Anschuldigungen am Freitag zurück: "Die Vorwürfe sind unberechtigt. Dies gilt sowohl für die Trienekens AG als auch für ISIS." Über den Verdacht, bei der Auftragsvergabe könnten Schmiergelder geflossen sein, wollte sich die Staatsanwaltschaft mit Verweis auf das Steuergeheimnis nicht äußern. Auch die Geschäftsführung der Firma in Gummersbach wollte keine Stellungnahme abgeben.

Der frühere AVG-Chef sagte, ihm seien die Vorwürfe nicht bekannt. Er werde sich mit Hilfe seines Anwalts über das Verfahren informieren. Unklar ist, wodurch die neuerlichen Ermittlungen ins Rollen kamen. Nach Angaben von Behördensprecher Feld hat es bereits früher eine anonyme Anzeige im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe zum Bau der MVA gegeben.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 25.02.2002

Hardy Fuß weist Vorwürfe zurück

Der SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß aus Frechen hat alle Vorwürfe der Kölner Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) zurückgewiesen. "Ich habe niemanden bestochen. Ich habe keine Steuern hinterzogen. Die Anschuldigungen sind völlig unberechtigt", sagte der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion im Erftkreis. Gleichwohl räumte er ein, dass die Staatsanwaltschaft beim Landtagspräsidenten die Aufhebung seiner Immunität beantragt habe.

Fuß ist seit 1996 einer der Geschäftsführer des Unternehmens ISIS GmbH aus Mönchengladbach, einer Tochterfirma des Abfallentsorgers Trienekens. Gegen Angestellte beider Unternehmen wird wegen Verdachts der Vorteilsnahme, Vorteilsgewährung und Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Bau der MVA in Niehl ermittelt. Kripo und Staatsanwaltschaft hatten unter anderem Räume von ISIS und der Trienekens-Zentrale in Viersen durchsucht. (bj)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 26.02.2002

Landtagspräsident hebt Immunität von Frechener SPD-Abgeordnetem auf

Die Negativ-Meldungen beim Viersener Müllentsorger Trienekens nehmen kein Ende.

VON AXEL SPILCKER

Eine Panne wurde am Montag in der Korruptionsaffäre um den Müll-Multi Trienekens bekannt: Bei der Durchsuchung einer Tochtergesellschaft des Viersener Müllentsorgers, der ISIS GmbH, hatten Beamte des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft die Geschäfts- und Privaträume des Geschäftsführers Hardy

Fuß im Auge. Zu spät erfuhren die Ermittler von der Nebentätigkeit des Verdächtigen: Fuß sitzt für die SPD im Düsseldorfer Landtag und genießt damit Immunität. Die Staatsanwaltschaft holte vergangene Woche Versäumtes nach und zeigte die Verdachtslage dem Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt an. Da der keine Bedenken hatte, wurde die Immunität aufgehoben.

Das Ermittlungsverfahren gegen den Manager lebt nach Angaben von Behördensprecher Günther Feld nun wieder auf. Verdachtsmomente bestehen im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage. Es geht um Vorteilsnahme, Vorteilsgewährung und Steuerhinterziehung. Nähere Details gab die Staatsanwaltschaft auch am Montag nicht bekannt, sie verwies auf das Steuergeheimnis.

Von 1996 an war Fuß Geschäftsführer der Trienekens-Tochter UTG GmbH Umwelttechnik. Im Auftrag der stadtnahen Entsorgungsgesellschaft AVG hatte die UTG Anfang der 90er Jahre die technische Planung für den Müllöfen übernommen, deren Ergebnis wichtige Grundlage für die spätere Auftragsvergabe durch den Bauherrn darstellte. Als die UTG in einer größeren Trienekens-Tochter aufging, wurde Fuß einer von zwei Geschäftsführern.

Neben ihm sind Mitarbeiter des für den Bau des Müllöfens zuständigen Generalunternehmers verdächtig. Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht der Gründer und vormalige Geschäftsführer der städtischen Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln (AVG), der maßgeblich für Planung, Ausschreibung und den Bau des umstrittenen Milliardenprojekts "Niehler Müllöfen" zuständig war. Die Beteiligten bestreiten die Vorwürfe.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 28.02.2002

Haftbefehle wegen Millionen-Betrug

Beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage sollen Schmiergelder geflossen sein

In der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage sind zwei Manager verhaftet worden.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln - Beim Bau der rund eine halbe Milliarde Euro teuren Müllverbrennungsanlage im Kölner Norden sollen Bestechungsgelder geflossen sein. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass 14,5 Millionen Euro für Scheingeschäfte erst an Schweizer Gesellschaften und dann in die Taschen von Beteiligten geflossen sein sollen. "Bei den Schweizer Gesellschaften handelte es sich im Wesentlichen um Briefkastenfirmen", erklärte gestern in Köln Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt. Insgesamt werde gegen mehr als ein Dutzend Beschuldigter wegen Vorteilsannahme, Vorteilsgewährung und Untreue ermittelt. Im Zusammenhang mit Schmiergeld-Vorwürfen beim Bau der Kölner Restmüllverbrennungsanlage sind gestern der ehemalige Geschäftsführer der stadtnahen Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft (AVG), Ulrich E., und der Generalbevollmächtigte der Babcock-Borsig AG, Sigfrid M., verhaftet worden. Vor mehr als einer Woche hatten die Kölner Staatsanwaltschaft und Beamte des Landeskriminalamts mehr als 17 Objekte durchsucht, darunter auch die Firmenzentrale des Viersener Abfallentsorgers Trienekens AG.

Sigfrid M. soll in seiner vormaligen Eigenschaft als Geschäftsführer der L+C Steinmüller GmbH zwischen 1994 und 1998 dem Unternehmen rund sieben Millionen Euro entzogen und behalten haben. Weitere vier Millionen Euro sollen als Bestechungsgelder in mehreren Etappen an Ulrich E. geflossen sein. Er war als AVG-Geschäftsführer mit für die Vergabe des lukrativen Bauauftrags an die Firma Steinmüller verantwortlich. Der Verbleib des restlichen Geldes ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft noch nicht geklärt.

Die Durchsuchungsaktion, unter anderem im Büro des Frechener SPD-Landtagsabgeordneten Hardy Fuß, der Geschäftsführer einer Trienekens-Tochter ist, hat mittlerweile auch zu einem politischen Streit geführt.

Kommentar S.4, Bericht S.3

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 28.02.2002

Die Ermittlungen wegen Schmiergeldzahlungen beim Bau der Kölner Müllverbrennung ziehen immer weitere Kreise

Millionen in die Schweiz gebracht?

Korruptions-Ermittlungen bringen das umstrittene Milliardenprojekt Kölner Müllöfen und seine Macher in Verdacht.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln

-

Die Nachricht sorgte landesweit für Aufsehen: Im Korruptionsfall um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage geht die Staatsanwaltschaft von einem riesigen Schmiergeldsumpf aus: Die Rede ist von mindestens einem Dutzend Beschuldigter, auch der Frechener SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß steht unter Verdacht. Bei Durchsuchungen in Deutschlands größtem Müllentsorgungsunternehmen Trienekens und dem Tochterunternehmen Isis vorige Woche ging es um den Verdacht der Untreue, Vorteilsnahme, Vorteilsgewährung und der Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Bau von Müllverbrennungsanlagen. Im Mittelpunkt steht der Müllofen im Kölner Norden.

Die Staatsanwaltschaft gab Mittwoch erste Einzelheiten bekannt. Es geht um zweistellige Millionenbeträge, die der ehemalige Geschäftsführer des L+C Generalunternehmers Steinmüller, Sigfrid M., dem Unternehmen entzogen und zum Teil als Bestechungsgeld eingesetzt haben soll.

Das System soll folgendermaßen gelaufen sein: Nachdem Steinmüller 1994 den Zuschlag für den Bau des Müllofens von der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln (AVG) und das erste Geld erhalten hatte, soll M. mit Hilfe von Schweizer Briefkastenfirmen die ersten Millionen abgezweigt haben.

Laut Staatsanwaltschaft stellten die eidgenössischen Firmen Scheinrechnungen in einer Höhe von 14,5 Millionen Euro aus. Das Geld, so der Verdacht, soll dann wieder auf Konten M's. gelandet sein. Zu den Profiteuren soll der engste Geschäftspartner des Steinmüller-Managers gehört haben. AVG-Geschäftsführer Ulrich E. (SPD) kassierte bis zur Inbetriebnahme 1998 nach Angaben von Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt rund vier Millionen Euro als Bestechungsgelder. So soll er etwa 1995 etwa 500 000 Euro, im Sommer darauf 1,5 Millionen erhalten haben, 1997 sank die Zuwendung auf 175 000. Im Jahr des Starts des Müllofens sollen nochmals eine Million Euro fällig gewesen sein.

Der Verbleib der restlichen Millionen sei derzeit noch unklar, hieß es gestern. Ebenso suchen die Ermittler noch einen Teil der Konten, auf denen die Hauptbeschuldigten ihren Anteil geparkt haben sollen. Aus diesem Grund wurden die beiden Geschäftspartner vor drei Tagen verhaftet. Die Haftbefehle lauten auf Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Die Staatsanwaltschaft fürchtet, dass die Konten leer geräumt sein könnten. Aus Justizkreisen war zu erfahren, dass vor wenigen Tagen einer aus dem Verdächtigenkreis in die Schweiz gereist ist.

Der Fall hat längst eine politische Dimension. Für Unmut sorgte gestern im Düsseldorfer Landtag das Vorgehen der Kölner Staatsanwaltschaft im Fall des SPD-Landtagsabgeordneten Hardy Fuß. In einem Beschwerdeschreiben des Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt an Justizminister Jochen Dieckmann höflich aber deutlich: Mit Blick auf die Verfahrensfehler bei der versuchten Durchsuchung der Privaträume des Frechener Abgeordneten Hardy Fuß (SPD) vor mehr als einer Woche bitte er doch nochmals, die

g y () , Staatsanwaltschaften im Land darauf hinzuweisen, die Immunität von Mandatsträgern zu beachten. Dieckmann war nicht begeistert über die Parlamentarier-Schelte. Sein Sprecher Dieter Wendorff sagte, "das war eine unglückliche Panne". Die NRW-CDU brach überraschend eine Lanze für den Genossen Fuß und sprach von einem "zweiten Fall Pofalla und einer "un glaublichen Pannenserie" der Justiz.

Was war passiert ? Vorige Woche starteten die Kölner Staatsanwaltschaft und Beamte des Landeskriminalamts (LKA) im Zusammenhang mit Korruptionsermittlungen beim Bau der 500 Millionen Euro teuren Müllverbrennungsanlage im Kölner Stadtteil Niehl mit Durchsuchungen, darunter auch in der Viersener Zentrale des Abfall-Entsorgers Trienekens und der Tochtergesellschaft Isis. Der Landtagsabgeordnete Fuß ist Geschäftsführer des Trienekens-Ablegers, der sich mit der Planung und Instandhaltung von Entsorgungsanlagen beschäftigt.

Gegen den Genossen sollte offenbar wegen seiner ehemaligen Tätigkeit als Chef der UTG, einer weiteren Tochter des Viersener Abfall-Verwerters, ermittelt werden. Die UTG war 1992 an der technischen Planung des Kölner Müllofens beteiligt.

Als die Ermittler Fuß einen Durchsuchungsbeschluss präsentierten, verweigerte dieser den Beamten mit Hinweis auf seine Immunität den Zutritt. Die Nachricht überraschte. Vom Landtagsmandat des leitenden Trienekens-Mitarbeiters hörten die Beamten zum ersten Mal.

Flugs wurde das Ermittlungsverfahren aus dem Gesamtkomplex herausgetrennt. Die Staatsanwaltschaft zeigte die Verdachtslage beim Landtagspräsidenten an. Doch da war es zu spät. Die Rechtslage sieht vor, dass er 48 Stunden vor einer Durchsuchung informiert werden muss. Bei entsprechender Vorabinformation darf das Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Erst bei Haftbefehl oder Anklage müsse der Landtag über die Aufhebung der Immunität entscheiden.

Doch so weit ist es im Falle Fuß noch längst nicht. Der Generalstaatsanwalt in Köln soll nun anhand der Akte prüfen, ob entsprechende Verdachtsmomente ausreichen, um gegen den Abgeordneten zu ermitteln. Dessen Anwalt Rainer Brüssow sieht dem gelassen entgegen: "Sollte die Staatsanwaltschaft überhaupt etwas gegen meinen Mandanten vorbringen können, so ist dies völlig aus der Luft gegriffen."

Die jüngsten Vorfälle um den Kölner Müllofen und die AVG, an der Trienekens mit 25,1 Prozent beteiligt ist, versetzen auch Kölns Politiker in helle Aufregung. Es sei für ihn noch unklar, inwieweit Trienekens in die Affäre verstrickt sei, betonte der Kölner CDU-Fraktionschef und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke, Rolf Bietmann. Man werde Trienekens mit Hilfe des Oberbürgermeisters Fritz Schramma aber um "eine dezidierte Stellungnahme" bitten. Die Stadt habe schließlich langfristige Verträge mit dem Viersener Entsorgungsspezialisten abgeschlossen. "Wir erwarten, dass Trienekens für eine schnelle Aufklärung sorgt", betonte Bietmann.

Bürgerbegehren gegen die umstrittene Anlage

Um den 500 Millionen Euro teuren Müllöfen wurde mehr als ein Jahrzehnt erbittert gestritten.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER
Köln

"Die werden nie Ruhe geben", knurrt Kölns Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes noch heute bei jeder Gelegenheit, wenn er auf das wohl umstrittenste Bauprojekt der letzten 20 Jahre in Köln angesprochen wird. Und in der Tat: Auch gut vier Jahre nach ihrer Inbetriebnahme im Januar 1998 erhitzt die rund 500 Millionen Euro teure Kölner Müllverbrennungsanlage vor allem die Gemüter, und die "Interessengemeinschaft Kölner Müllvermeidung statt Müllverbrennung" (Kimm) lässt auch heute noch keine Gelegenheit ungenutzt, den ihrer Meinung nach überflüssigen Müllöfen zu geißeln.

Der Streit um die MVA fand seinen Höhepunkt in den Jahren 1995 und 1996, als der Stadtrat mit den Stimmen von CDU und Grünen gegen die SPD (49:42) ein Bürgerbegehren gegen den Bau der Anlage für zulässig erklärte und damit dem damaligen Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier (SPD) eine schwere politische Niederlage zufügte. Im März 1996 hob Parteifreund Antwerpes diesen Ratsbeschluss wieder auf, weil er die Unterschriftensammlung für rechtswidrig hielt. Eine Rechtsauffassung, die noch im gleichen Jahr von der 4. Kammer des Kölner Verwaltungsgerichts bestätigt wurde und damit das Bürgerbegehren der Aktion "Das bessere Müllkonzept", die mehr als 48 000 Unterschriften gesammelt hatte, zum Kippen brachte.

Die Geschichte der MVA reicht zurück bis in Jahr 1988: Damals kam das Institut für Energie und Umweltforschung (Ifeu) in Heidelberg, das im Auftrag der Stadt Köln ein Gutachten erstellte, zu einem aus heutiger Sicht erstaunlichen Ergebnis: Auch wenn in Köln Abfallvermeidung und -verwertung oberste Priorität hätten und rund 620 000 Haushalte die Biotonne nutzen würden, sei eine Restmüllverbrennungsanlage mit einer Kapazität von 235 000 Tonnen unumgänglich.

Dieses Gutachten war Grundlage des Ende 1988 vom Stadtrat verabschiedeten Abfallwirtschaftskonzepts, das nur noch eine Versorgung von 400 000 Bürgern mit einer Biotonne vorsah. Über die MVA-Kapazität wurde bis 1992 heftig gestritten, Ex-RP Antwerpes forderte rund 600 000 Tonnen pro Jahr, die Stadt wollte 387 000 Tonnen. Auf Grund verschärfter Gesetzesvorlagen erhöhte sie später den Jahresdurchsatz auf 470 000 Tonnen. Doch die wurden mit Kölner Müll bisher nie erreicht. Im letzten Jahr wurden in Niehl knapp 400 000 Tonnen verfeuert.

Im Juni 1992 wurde die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln (AVG) mit der Aufgabe gegründet, die geplanten Müllentsorgungsanlagen zu betreiben. Die AVG gehört zu 74,9 Prozent der Stadt und dem Stadtwerke-Konzern, 25,1 Prozent entfallen auf Müllentsorger Trienekens. Im Januar 1994 erhielt die Gummersbacher L+C Steinmüller GmbH den Zuschlag für den Bau der damals noch mit rund knapp 400 Millionen Euro kalkulierten Anlage. Den ersten Spatenstich vollzogen Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier und AVG-Geschäftsführer gemeinsam am 22. Februar 1996, nachdem Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes den Genehmigungsantrag - 43 Ordner mit mehr als 4000 Seiten und 350 Zeichnungen - positiv beschieden hatte.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 28.02.2002

KOMMENTAR

Ein Ruf steht auf dem Spiel

Konten in der Schweiz, auf die 14,5 Millionen Euro fließen, Briefkastenfirmen, nicht erbrachte Leistungen, Untreue, Vorteilsnahme, Haftbefehle und bundesweite Durchsuchungen - Köln wird in Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage in Niehl mit Korruptionsvorwürfen sondergleichen überzogen. Fast mickrig nimmt sich da aus, was 1998 Schlagzeilen machte: Städtische Mitarbeiter hatten mit fingierten Rechnungen und Aufträgen einen Schaden von rund 750 000 Euro verursacht. Zwischen damals und heute besteht ein gewaltiger Unterschied: Bewiesen ist im aktuellen Fall noch nichts. Ebenso gilt aber auch: So viel Vertrauen der Öffentlichkeit stand selten auf dem Spiel. Eine Müllverbrennungsanlage für 500 Millionen Euro ist kein Wartehäuschen. Die Staatsanwaltschaft hat unscharf formuliert, ist also noch nicht am Ziel. Mit weiteren Enthüllungen ist zu rechnen. Wer immer am Bau der Müllverbrennungsanlage beteiligt war, muss rückhaltlos die Schubladen öffnen. Auch wenn die Stadt nicht im Visier der Ermittler ist - es gilt, ihren Ruf vor Schaden zu bewahren.

PETER PAULS

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 01.03.2002

SPD-Landtagsabgeordneter unter Verdacht

Köln/Düsseldorf - Hat der Frechener SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) Schmiergeld erhalten und nicht versteuert? Einen entsprechenden Anfangsverdacht hegt nach Informationen dieser Zeitung die Kölner Staatsanwaltschaft. Fuß soll in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter und späterer Geschäftsführer der mit der technischen Planung des Kölner Mülllofens betrauten Firma UTG, eine ehemalige Tochter der Trienekens AG, bestochen worden sein. Rainer Brüssow, Anwalt des Abgeordneten, wies die Vorwürfe zurück. Nach Verfahrensfehlern im Fall Fuß will der Generalstaatsanwalt in Köln heute über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens entscheiden. Beim Bau der Niehler Müllverbrennungsanlage sollen Schmiergelder in Höhe von bis zu 14,5 Millionen Euro geflossen sein. Die Vorwürfe werfen ein schlechtes Licht auf eine Branche, die jährlich zweistellige Milliardenumsätze macht. (xl)

Tagesthema Seite Zwei, Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 01.03.2002

Vielleicht nur die Spitze des Müllbergs

Reaktionen der Kölner Politiker auf die Korruptionsaffäre um den Niehler Mülllofen

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, beim Bau des Niehler Mülllofens seien Millionen an Schmiergeldern geflossen, sorgten in der Kommunalpolitik für Aufregung.

VON PETER BERGER

Die Schmiergeldaffäre um ihren ehemaligen Geschäftsführer Ulrich E. lässt die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) noch unberührt. Man habe bisher keinerlei Mitteilung der Staatsanwaltschaft erhalten, ließ AVG-Geschäftsführer Peter Olaf Hoffmann gestern über seinen Sprecher Wilfried Rogall mitteilen. Der Generalunternehmer L+C Steinmüller habe nach der Auftragsvergabe ein "einwandfreies Gewerk abgeliefert, das bis heute problemlos arbeitet", so Rogall. Man habe keine Veranlassung, von sich aus die Auftragsvergabe noch einmal unter die Lupe zu nehmen: "Da ist alles korrekt abgelaufen."

Genau das wird von der grünen Ratsfraktion bezweifelt. "Wir gehen davon aus, dass die Vorwürfe, die jetzt durch die Staatsanwaltschaft veröffentlicht wurden, nur die Spitze des Müllbergs sind", sagte Fraktionschefin Barbara Moritz. Das Müllgeschäft sei derart einträglich, dass es schon verwundern müsse, wenn dort alles völlig korrekt abgelaufen sei. Die Grünen äußerten die Hoffnung, dass sich das Belastungsmaterial der Staatsanwaltschaft als stichhaltig erweisen werde. Bei der Schwere der Vorwürfe gehe sie davon aus, dass die Ermittlungsbehörden genügend Beweismaterial gesammelt hätten.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Ralph Sterck, der auch im AVG-Aufsichtsrat sitzt, sieht einen "enormen Flurschaden im Verwaltungshandeln stadtnaher Gesellschaften". Er werde AVG-Geschäftsführer Peter Olaf Hoffmann bitten, alles zur Klärung des Sachverhalts beizutragen. Es sei zudem fraglich, ob das Betreiben einer Müllverbrennungsanlage überhaupt zu den Aufgaben einer Kommune gehöre. So habe bei dem Streit zwischen den beiden Müllentsorgungsunternehmen Rethmann und Trienekens um den Erwerb eines 49-Prozent-Anteils an den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) sicher auch eine Rolle gespielt, dass Trienekens für eine volle Auslastung der Kölner Müllverbrennungsanlage Sorge und so zur Gebührenstabilität beitrage. Das habe letztlich den Ausschlag für Trienekens gegeben.

Genau das kritisiert das PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen: "Bei der Teilprivatisierung der AWB hat Trienekens massiven Druck ausgeübt und dem Stadtrat mit hohen Folgekosten gedroht, falls sie den Zuschlag nicht bekommt." Noch vor der entscheidenden Ratssitzung habe es einen entsprechenden Brief des Unternehmens gegeben. Bei den Vorgesprächen zur Teilprivatisierung habe in der entsprechenden Kommission auch immer ein Vertreter von Trienekens gesessen. "Das hat mich damals schon verwundert", so Detjen.

SPD-Fraktionschef Norbert Rütger hielt sich gestern mit einer Beurteilung des Sachverhalts zurück. Er gehe davon aus, dass sich die Vorwürfe gegen den Beschuldigten Ulrich E. nicht erhärten ließen. Die AVG sei aufgefordert, alles zu tun, um zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen.

Auf die Müllverbrennungsanlage waren die Kommunalpolitiker stolz, besuchten sie gern. Jetzt ermittelt der Staatsanwalt, ob bei Vergabe und Bau alles mit rechten Dingen zuring.

ARCHIVBILD:

RAKOCZY

Auf die Müllverbrennungsanlage waren die Kommunalpolitiker stolz, besuchten sie gern. Jetzt ermittelt der Staatsanwalt, ob bei Vergabe und Bau alles mit rechten Dingen zuring. ARCHIVBILD:

RAKOCZY

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 02.03.2002

Korruptionsskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage Nächste Woche Krisensitzung der AVG

Schon vor einem Jahr hat der AVG-Aufsichtsratschef Johannes-Werner Hamm von Gerüchten um Millionen-Bestechungen gehört.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Die Bestechungsvorwürfe im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage haben jetzt auch den Aufsichtsrat der Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft (AVG) auf den Plan gerufen.

Aufsichtsratsvorsitzender und CDU-Stadtrat Johannes-Werner Hamm sagte dem Stadt-Anzeiger, er habe eine Sondersitzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung einberufen, die am 8. oder 11. März stattfinden werde. Er kündigte eine externe Revision zum Bau der Müllverbrennungsanlage an. "Alle Vorgänge müssen hinsichtlich möglicher beteiligter Personen überprüft werden", so Hamm. "Ich fürchte, dass das ein hochkompliziertes Verfahren wird." Dennoch müsse die AVG von sich aus alles zur Klärung der Bestechungsvorwürfe beitragen. "Das Unternehmen hat da eine gewisse Bringschuld." Schließlich gehe es auch um die Sicherung von Ansprüchen, falls sich die Bestechungsvorwürfe erhärten sollten.

Der AVG-Aufsichtsratsvorsitzende, der den Posten nach dem politischen Machtwechsel in Köln 1999 vom ehemaligen Oberstadtdirektor Klaus Heugel (SPD) übernahm, betonte, er habe bereits vor einem Jahr "gerüchteweise von Bestechungsvorwürfen" in der Größenordnung von zehn Millionen Euro gehört. "Ich habe sofort ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft geführt, in dem ich auf die Gerüchte hingewiesen habe." Damals habe es aber keine konkreten Anhaltspunkte gegeben.

Gestern hat der Vorstandsvorsitzende der Trienekens AG, Hellmut Trienekens, nach Angaben von Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt bei einer Vernehmung der Staatsanwaltschaft "einige Steuerdelikte" zugegeben. Der 63-Jährige stehe aber nicht unter Bestechungsverdacht, so Appenrodt. Im Rahmen der Ermittlungen um den Bau der Müllverbrennungsanlage sitzen derzeit Ex-AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann und Sigfried Michelfelder, Ex-Firmenchef des Gummersbacher Anlagenbauers L+C Steinmüller, in U-Haft.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 02.03.2002

Spenden für die Parteien

Der Rechenschaftsbericht der Parteien, in dem sie die bei ihnen eingegangenen Spenden für das Jahr 2000 dem Bundestagspräsidenten mitteilen, liegt vor.

Die größte Kölner Spende für die CDU - immerhin 200 000 Mark - kam von der Neptuno Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft, einer Tochter des Bankhauses Oppenheim. Auch die Medizinische Kliniken Betriebsgesellschaft (50 000 Mark), die Doetsch Bauträger-GmbH, die Dom Brauerei (33 500 Mark), die Baufirma Ewald Hohl (23 000 Mark), die Deutsche Krankenversicherungs AG (23 000 Mark) und die Felix Böttcher GmbH (39 000 Mark) gehören zu den Gönnern der CDU.

Weitaus kürzer ist die Liste der Spender, die die Bundestags-SPD mit großen Summen unterstützen. Peek & Cloppenburg (Düsseldorf, 40 000 Mark), der Bauherr des zurzeit stillliegenden Weltstadt-Kaufhauses an der Kölner Schildergasse, ist dabei. Ebenso die Trienekens AG (40 000 Mark, Viersen), der in Köln seit 2000 knapp die Hälfte der Abfallwirtschaftsbetriebe gehören - ein Beschluss, den neben CDU und FDP nach einigem Hadern auch die SPD befürwortete. Der SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß (Frechen) spendete seiner Partei rund 20 000 Mark.

Für die FDP kam aus Köln eine 26 000-DM-Spende von der Central Versicherung AG. Für Bündnis 90/ Die Grünen spendeten der Bundestagsabgeordnete Volker Beck (rund 30 000 Mark) und die Grünen-Landtagsabgeordnete Marianne Hürten (rund 24 000 Mark). (bce)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 04.03.2002

Müllskandal erschüttert SPD

Rücktritt des Kölner Fraktionschefs Norbert Rüter erwartet

Die SPD-Fraktion tritt heute zu einer Krisensitzung im Rathaus zusammen. Thema ist die mögliche Verstrickung führender Funktionäre in die Affäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Köln - Der Skandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) hat politische Konsequenzen. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, steht der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kölner Rathaus und Landtagsabgeordnete, Norbert Rüter (51), vor dem Rücktritt von allen politischen Ämtern. Deshalb kommen die 33 Fraktionsmitglieder heute Morgen zu einer Krisensitzung zusammen. Auch Rütters Stellvertreter, Manfred Biciste (57), soll sich mit Rücktrittsgedanken getragen haben. In welcher Form die beiden Politiker in die Affäre verstrickt sind, blieb unklar.

Erst in der Nacht zum Montag hatte die SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich der Fraktion den ungewöhnlichen Sitzungstermin telefonisch mitgeteilt. Als Thema nannte sie lediglich den MVA-Skandal. Dem "Kölner Stadt-Anzeiger" bestätigte Herterich hingegen, es gehe um einen möglichen Rücktritt. Darüber hatte zuvor der geschäftsführende Fraktionsvorstand am Sonntag bis spät in die Nacht beraten. Die Entscheidung sei aber noch offen, sagte Herterich.

Ein Ratsherr der SPD sprach vom "Supergau für unsere Partei". Am Sonntag hatten sich Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands, zu dem Rüter, Biciste, Herterich, Dörte Gerstenberger und Heinz Lüttgen zählen, getroffen. Sie berieten über die Affäre um das Müllentsorgungsunternehmen Trienekens sowie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Bestechungsverdachts im Zusammenhang mit dem Bau der MVA.

Vor zehn Tagen hatte die Staatsanwaltschaft die Zentrale des Müllentsorgers Trienekens in Viersen sowie 17 weitere Objekte wegen des Verdachts der Vorteilsnahme, -gewährung und Steuerhinterziehung durchsucht. Wenige Tage später verhaftete die Ermittlungsbehörde Sigfrid Michelfelder, den Ex-Generalbevollmächtigten des Bauherrn, sowie Ulrich Eisermann, den früheren Geschäftsführer der Abfallverwertungsgesellschaft (AVG), die die Müllverbrennungsanlage betreibt. Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft sollen Schmiergelder in Millionenhöhe gezahlt und kassiert worden sein. Firmenchef Hellmut Trienekens hatte Freitag zudem in einem Gespräch mit der Staatsanwaltschaft Steuervergehen zugegeben.

Ein weiterer Schlag für den Müllentsorger: Eine Million Euro Schaden richtete am Sonntag ein Brand in der Trienekens-Wertstoffsortieranlage an.

Leitartikel S. 4 , Köln

www.ksta.de/trienekens

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 04.03.2002

LEITARTIKEL

Viel Unsauberkeit in der Müllbranche

Nur durch Transparenz kann verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden

Von RUDOLF KREITZ

Dunkle Wolken über der Kölner SPD, in der gestern Abend Rücktrittsgerüchte die Runde machten, wie über dem Firmenimperium von Müll-Multi Hellmut Trienekens. Dass am Sonntagvormittag die Sortieranlage in Köln-Rodenkirchen brannte, ist sicherlich eher einer dieser ungewöhnlichen Zufälle, die uns kaum erklärbar erscheinen. Aber selbst wenn man das Feuer einmal beiseite lässt, hat die Firma, die sich wie keine andere im nordrhein-westfälischen Müllgeschäft krakenhaft ausgebreitet hat, in den vergangenen Tagen eine Menge Rückschläge einstecken müssen.

Wo Milliarden investiert und umgesetzt werden, tummeln sich schnell auch zwielichtige Gestalten, kommen Gerüchte über unsaubere Machenschaften auf. Das bleibt keinem Wachstumssektor erspart, aber der Umgang mit solchen Phänomenen wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die jeweilige Branche. Und beim Müll kommt da eine Menge Schmutz hoch.

Mindestens zweimal, so ist aktenkundig, wurde Trienekens mit dem Hinweis auf brisante Informationen erpresst. Einmal erstattete Trienekens-Prokurist Wolfgang Schänzler Anzeige; beim ersten Mal hatte er allerdings noch 35 000 Euro für Material bezahlt, das sich im Nachhinein als völlig harmlos erwies.

Selbst ins Visier der Staatsanwaltschaft geriet die Firma Trienekens schon während des Baus der eine halbe Milliarde Euro teuren Müllverbrennungsanlage (MVA). Damals wurde das Ermittlungsverfahren allerdings aus Mangel an Beweisen zu den Akten gelegt. Vor zehn Tagen nun standen die Ermittler erneut auf der Matte, durchsuchten die Firmenzentrale in Viersen und 17 weitere Objekte. Diesmal waren sie sich sicherer und verhafteten den Generalbevollmächtigten des Bauherrn sowie den früheren Geschäftsführer der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) Köln. Schmiergelder sollen in Millionenhöhe geflossen sein.

Neben dem Verdacht der Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung ermittelt die Staatsanwaltschaft auch wegen Steuerhinterziehung. Und in diesem Bereich kommt Firmenchef Hellmut Trienekens ins Spiel, der am Freitag auf eigenen Wunsch bei der Staatsanwaltschaft erschien und nach Auskunft der Ermittler "einige Steuerdelikte" zugab. Vorteilsnahme oder -gewährung wurde ihm nicht vorgeworfen. Unter Hinweis auf das Steuergeheimnis

wollten beide Seiten keine weiteren Angaben zu den eingestandenen Vergehen machen.

Das mag ja für die Staatsanwaltschaft eine angemessene Reaktion sein. Trienekens aber hindert niemand daran, selbst die Karten offen auf den Tisch zu legen. Steuerdelikt ist eben nicht gleich Steuerdelikt. Der Firmenchef hat es in der Hand, die jetzt ins Kraut schießenden Spekulationen zurückzustutzen. Auch angesichts der vielfältigen Verquickungen zwischen Politik, Verwaltung und dem Müll-Multi sollte der Ruf nach Aufklärung nicht ungehört verhallen.

Die MVA war das erste große Privatisierungsprojekt in Köln. Etliche weitere sollen, ja müssen sogar folgen, um die Stadt angesichts der knappen Kassen handlungsfähig zu halten. Dies ist nur umzusetzen, wenn die Bürger Vertrauen in die Integrität der Handelnden haben. Dies ist derzeit in Sachen Müllverbrennung ganz sicher nicht der Fall.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 05.03.2002

Entsetzen über Spenden-Skandal

Kölner SPD-Fraktionschef zurückgetreten - Akten der Staatsanwaltschaft übergeben

Der Spendenskandal um den Kölner SPD-Politiker Norbert Rüter und die Müllverbrennungsanlage wird bundesweite Konsequenzen haben.

AUS DEN REDAKTIONEN

Köln/Berlin - Norbert Rüter, Chef der SPD-Ratsfraktion und Landtagsabgeordneter, hat sich gestern komplett aus dem politischen Leben zurückgezogen. Er legte alle Ämter nieder, gab seine Mandate und sein Parteibuch zurück. Die Begründung: Der 51-Jährige soll 174 000 Euro (rund 340 000 Mark) an Spenden "aus der Entsorgungsbranche" an die Partei weitergeleitet und dabei deren Herkunft verschleiert haben. Rüter kündigte in einem Gespräch bei der Staatsanwaltschaft seine Aussage an. Für seine ehemalige Partei war er allerdings gestern nicht einmal mehr telefonisch zu sprechen.

Und so funktionierte die Spendengeldwäsche. Die 340 000 Mark erreichten die Kölner SPD in Tranchen zu unter 20 000 Mark, so dass die Offenlegung nach Parteispendingesetz nicht erforderlich war. Als Klein-Spender tauchten SPD-Mitglieder auf. Das bestätigte Manfred Biciste, Ex-Schatzmeister der Partei, gestern in einer Erklärung. Biciste, wie Rüter Kölner Ratsmitglied, lässt bis zur Klärung der Angelegenheit alle Ämter ruhen. Genossen, die die falschen Spendenquittungen bei ihrer Steuererklärung geltend machten, riet Biciste zur Selbstanzeige.

Jochen Ott, 27-jähriger Parteichef in Köln, zeigte sich bei zwei eilends einberufenen Pressekonferenzen bestürzt und sicherte unverzügliche Aufklärung zu. Die Kölner Partei habe alle Akten unverzüglich der Staatsanwaltschaft zur Einsicht übergeben.

Aufklärung versprach auch die Schatzmeisterin der Bundes-SPD, Inge Wettig-Danielmeier. Im SPD-Vorstand in Berlin habe nach einem ersten Bericht aus Köln das "blanke Entsetzen" geherrscht, sagte sie. Sollte sich der "Anfangsverdacht" gegen Rüter bestätigen, drohe den Sozialdemokraten ein Bußgeld in mindestens doppelter Höhe der unrechtmäßig verbuchten Spenden, das wären 340 000 Euro. In dem Fall werde die Bundes-SPD die Strafe zahlen, die Kölner SPD aber dann "in Regress nehmen".

Die Auswirkungen der Affäre seien nicht nur für die Kölner SPD katastrophal, sagte der Generalsekretär der NRW-SPD Michael Groschek. Die vernarbten Wunden des Sündenfalls um den ehemaligen Oberstadtdirektor NRW-SPD, Michael Groschek. Die vernarbten Wunden des Sündenfalls um den ehemaligen Oberstadtdirektor Klaus Heugel brächen wieder auf, fürchtet er. Ein Teil des Geldes sei offensichtlich auch in den Heugel-Wahlkampf geflossen, mutmaßte der Generalsekretär.

Unterdessen hat der Generalstaatsanwalt in Köln gestern grünes Licht für ein Ermittlungsverfahren gegen den Frechener SPD-Landtagsabgeordneten Hardy Fuß gegeben. Behördensprecher Gerhard Bönning sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", es gebe Anhaltspunkte für den Verdacht, dass der Parlamentarier in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer von Firmentöchtern des Viersener Entsorgungs-Riesen Trienekens Millionensummen an Schweizer Briefkastenfirmen transferierte, die im Zusammenhang mit dem Bau des Kölner Müllofens stehen. Womöglich handele es sich bei den Transfers um Schwarzgeld, so dass Fuß im Verdacht der Beihilfe zur Steuerhinterziehung stehe. Ob die Millionen wieder zurückfließen - etwa in die Hände von Amtsträger -, sei noch unklar, führte Bönning weiter aus. "Diese Frage gilt es jetzt zu klären." Sollte dies aber der Fall sein, käme auch der Vorwurf der Vorteilsgewährung oder Bestechung in Frage. Der Anwalt des Beschuldigten, Rainer Brüssow, sagte, er wolle zunächst mit der Staatsanwaltschaft Kontakt aufnehmen, um sich über die Art der Vorwürfe unterrichten zu lassen, um diese gegebenenfalls entkräften zu können.

Ein Unternehmenssprecher der Trienekens AG wollte keine Stellungnahme abgeben - auch nicht zu der Frage, ob Fuß im Auftrag des Firmenchefs Hellmut Trienekens gehandelt hatte. Der Vorstandsvorsitzende des Müll-Multis, der ebenfalls der Steuerhinterziehung verdächtigt ist, hatte am Freitag Steuervergehen zugegeben.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Es droht ein Bußgeld

Die Vorstand der Bundes-SPD ist schockiert über die neuesten Nachrichten der Kölner Genossen.

VON JOCHEN LORECK

Berlin - Der Schmiergeld-Skandal um den Kölner SPD-Politiker Norbert Rüter schlug gestern auch in der Berliner Partei-Spitze hohe Wellen. SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier unterrichtete die Vorstandsmitglieder ihrer Partei in einem ersten Zwischenbericht über nicht korrekt verbuchte Spenden der Untergliederung in Köln. "Daraufhin herrschte im SPD-Vorstand das blanke Entsetzen", sagte ein Teilnehmer der Sitzung.

Der CDU-Obmann im Parteispenden-Untersuchungsausschuss, Andreas Schmidt, sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Hier bahnt sich offenkundig ein riesiger Skandal an." Die Union werde "unverzüglich die SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier und SPD-Generalsekretär Franz Müntefering als Zeugen vor den Parteispenden-Untersuchungsausschuss laden". Es gehe nicht länger an, dass die SPD "mit den Fingern auf andere zeigt und sich selbst bescheinigt, unschuldig zu sein", erklärte Schmidt.

Inge Wettig-Danielmeier unterstrich derweil ihre Bereitschaft zu "rückhaltloser und zügiger Aufklärung". Sollte sich der "Anfangsverdacht" bestätigen, dass Rüter Spenden in Höhe von 340 000 Mark (rund 174 000 Euro) gestückelt und unter anderen Namen in die Parteikassen der SPD weitergeleitet habe, drohe den Sozialdemokraten ein Bußgeld in doppelter Höhe, erläuterte sie. Die SPD-Schatzmeisterin kündigte für diesen Fall an, dass die Parteispitze eine Strafe von mindestens 680 000 Mark (rund 348 000 Euro) zu zahlen hätte, anschließend jedoch "die Kölner SPD in Regress nehmen würde". Die Schatzmeisterin bezeichnete den Fall Rüter als "schwerwiegendstes Vorkommnis, seit ich im Amt bin". Offenkundig sei die dubiose Spendenpraxis aber so betrieben worden, dass aus Sicht der Bundesspitze "kein Anlass bestand, misstrauisch zu werden". Die SPD-Politikerin teilte weiter mit, sie sei am Sonntagabend vom nordrhein-westfälischen Landesverband erstmals über die Affäre unterrichtet worden. Daraufhin habe sie Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) informiert und zwei Revisoren des Parteivorstands nach Köln entsandt. Diese hätten inzwischen in Köln mit der Prüfung sämtlicher Konto-Auszüge begonnen. Über das Ausmaß des politischen Schadens äußerte sich die SPD-Schatzmeisterin zurückhaltend. Sie bezeichnete es als denkbar, dass im Fall des Bußgeld-Verfahrens eine Ratenzahlung zwischen Kölner SPD und Bundesspitze vereinbart wird. Um der Kölner SPD den Bundestagswahlkampf finanziell nicht allzu sehr zu erschweren, könnten Rückzahlungen an die Bundeskasse "gestreckt werden".

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Mitgliedern Selbstanzeige empfohlen

Die Kölner SPD verspricht rückhaltlose Aufklärung.

VON PETER BERGER

Köln - Der Skandal um illegale Parteispenden in Höhe von 340 000 Mark, die in den Jahren 1994 bis 1998 aus der Müllbranche über den SPD-Fraktionsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Norbert Rüter in die Kassen der Kölner SPD geflossen sein sollen, hat die Partei zweieinhalb Jahre nach der Aktienaffäre um den ehemaligen SPD-Oberstadtdirektor Klaus Heugel in eine tiefe Krise gestürzt. Rüter war am Wochenende von allen Ämtern und Funktionen zurückgetreten und hatte sich der Staatsanwaltschaft offenbart.

In zwei Pressekonferenzen kündigten Parteichef Jochen Ott, Fraktionsvize Heinz Lüttgen und Kassierer Martin Börschel am Montag rückhaltlose Aufklärung an. Man habe der Staatsanwaltschaft alle Finanzunterlagen der Jahre 1994 bis 1998 zur Verfügung gestellt, außerdem eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eingeschaltet. Die Geldwäsche der 340 000 Mark, von denen bis heute nicht klar ist, ob Rüter sie als Spende oder Schmiergeldzahlung erhalten hat, funktionierte denkbar einfach. Rüter soll das Geld in Teilbeträgen unter 20 000 Mark an den Ex-Parteikassierer Manfred Biciste weitergeleitet haben. Der verbuchte sie in kleineren Tranchen zwischen 500 und 5000 Mark, um sie so in den Rechenschaftsbericht der Partei aufnehmen zu können. Für diese Einzelsummen stellte er 38 Parteimitgliedern und vier Ehepartnern Spendenquittungen aus, die diese zum Teil bei den Finanzämtern steuermindernd geltend machten. Ihnen riet die SPD, spätestens bis Donnerstag Selbstanzeige zu erstatten. Ob Norbert Rüter über die 340 000 Mark hinaus weitere Zuwendungen erhalten hat, blieb gestern unklar. "Die Summe, die er an die Partei weitergeleitet hat, kann auch nur ein Teilbetrag der gesamten Zahlung sein", so Kassierer Martin Börschel.

Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Ein schwarzer Tag für die Kölner Genossen

Das Schuldeingeständnis der führenden SPD-Politiker Norbert Rüter und Manfred Biciste bringt die Partei immer mehr in Bedrängnis.

VON ANDREAS DAMM PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln - Montagmorgen, elf Uhr: Zur selben Zeit, als die Presse im völlig überfüllten Sitzungsraum 412 der SPD-Ratsfraktion über seinen Rücktritt von allen Ämtern informiert wird, sitzt der SPD-Politiker Norbert Rüter (51) in einem Büro der Kölner Staatsanwaltschaft. Begleitet von seinem Rechtsbeistand der Düsseldorfer Kanzlei Tondorf und Leber kündigt er eine umfassende Aussage an. Er werde beschreiben, wie Gelder unrechtmäßig als Parteispenden verbucht worden seien. Ein illegales System, mit dessen Hilfe über Jahre hinweg mindestens 340 000 Mark auf die Konten der Kölner SPD geflossen sein sollen und mit dem Kölner Sozialdemokraten Steuern hinterzogen haben.

"Einzelheiten hierzu wird und kann er gegenüber der Presse nicht bekunden", teilen Rütters Anwälte in einer zehnzeiligen Erklärung mit. Und: Ihr Mandant bedaure "außerordentlich, dass er durch sein Fehlverhalten seiner Partei und den Zuwendungsgebern geschadet hat".

Rüter hatte seine engsten Parteifreunde am Samstag über seine Verstrickung in die Affäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage und die Steuer-Vorwürfe gegen das Entsorgungsunternehmen Trienekens informiert. Er habe Geld angenommen und an die Partei weitergeleitet, wird Rüter zitiert. Über Details habe er sich ausgeschwiegen. Unmittelbar nach diesem Gespräch machte sich Parteikassierer Martin Börschel daran, die Konten zu durchleuchten. Am Sonntag zog der Vorstand dann den Oberhausener Wirtschaftsprüfer Menger und Partner hinzu und unterrichtete die Staatsanwaltschaft.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Manfred Biciste war als damaliger Parteikassierer an der Geldwäsche beteiligt. Im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" räumte er "ein klares Fehlverhalten" ein. Nach Angaben seines Anwaltes, dem Kölner Strafverteidiger Reinhard Birkenstock, hat Biciste Selbstanzeige bei der Oberfinanzdirektion erstattet. "Herr Biciste musste erfahren, dass Herr Rüter ihn aktiv desinformiert und betrogen hat", sagte Birkenstock.

Und so funktionierte der Spendenbetrug mit den mindestens 340 000 Mark: Rüter soll Biciste in den Jahren 1994 bis 1998 mehrfach Spendenbeträge von jeweils knapp unter 20 000 Mark überreicht haben. Solche Zuwendungen unter 20 000 Mark brauchen die Bundes-Parteien nicht mit dem Namen des Spenders in ihrem Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen. Rüter habe gegenüber Kassierer Biciste behauptet, die Spenden stammten von Unternehmen und Persönlichkeiten, die nicht in Verbindung mit der SPD gebracht werden wollten. Weil jedoch das Computerprogramm in der Parteizentrale Spenden nur mit Angabe von Absendern verbuchen kann, habe Biciste die Beträge als Zahlungen von SPD-Mitgliedern eingegeben. Dafür habe er die vermeintlichen Spenden in kleinere Summen zwischen 500 und 5000 Mark aufgeteilt. Auf diese Weise hätten 38 Parteikollegen und vier Ehepartner gefälschte Bescheinigungen erhalten und zum Teil auch beim Finanzamt steuermindernd geltend gemacht. Einige von ihnen haben sich bei der Finanzbehörde mittlerweile selbst angezeigt, um einem Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung zuvorkommen. Bicistes Anwalt betonte gestern, die Frist zur Selbstanzeige werde am Donnerstag ablaufen. Er gehe davon aus, dass sich bis dahin alle Beteiligten offenbaren werden. Nicht jeder nutzte die Gelegenheit zum Steuerbetrug. "Wir wissen von einigen, die die Quittungen einfach weggeworfen haben, weil sie damit nichts anfangen konnten", sagte Birkenstock. Den Empfängern habe der Kassierer Manfred Biciste erklärt, die Spendenquittungen seien eine Art Honorar für Parteiarbeit.

Insgesamt sollen 340 000 Mark falsch verbucht worden sein: 250 000 Mark flossen in die Parteikasse, weitere 90 000 Mark in den Wahlkampf des früheren Oberbürgermeisterkandidaten Klaus Heugel.

Unklar blieb, ob der zurückgetretene Fraktionschef Norbert Rüter über diese Summen hinaus weitere Gelder kassiert hat. Offen ist zudem, ob Rüter lediglich eine Parteispende entgegen genommen hat oder Schmiergelder im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage kassierte. "Diese Aufklärung kann Rüter nur selber leisten", sagte der Kölner SPD-Chef Jochen Ott. "Bisher hat er dazu nichts beigetragen. Er ist für uns nicht einmal telefonisch erreichbar."

Im Rathaus machte am Montag das Gerücht die Runde, Rüter habe das Geld persönlich in der Schweiz abgeholt. Sein Anwalt Gregor Leber sagte: "Im Augenblick geben wir über unsere Presseerklärung hinaus keine Stellungnahme ab."

Die Staatsanwaltschaft ermittelt jedenfalls, ob im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) Schmiergelder gezahlt und Steuern hinterzogen worden sind. Dabei will die Behörde klären, ob das Entsorgungsunternehmen Trienekens und der frühere Geschäftsführer des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller, Sigfried Michelfelder, Schwarzgeld-Konten in der Schweiz unterhalten haben, um Entscheidungsträger bei der Auftragsvergabe zum Bau des Milliardenprojekts

Müllverbrennungsanlage zu begünstigen.

Dem in der vorigen Woche inhaftierten Ex-Steinmüller-Manager Michelfelder wird vorgeworfen, knapp 29 Millionen Mark nach dem Zuschlag für den Bau des Kölner Müllofens aus der Firmenkasse in die Schweiz transferiert zu haben. Mit acht Millionen Mark zählte der Chef des MVA-Bauherrn, Ulrich Eisermann, zu den Hauptprofiteuren, so die Staatsanwaltschaft.

Das System wäre nicht neu. In Mannheim ermittelt die Staatsanwaltschaft seit zwei Jahren gegen den Konzern ABB. Gleich auf elf Nummernkonten sollen Manager 300 Millionen Mark geschleust haben, um bundesweit bei der Errichtung von Müllverbrennungsanlagen und Heizkraftwerken Politik und Verwaltung bei Laune zu halten. Beim Bau des Kölner Müllofens soll der Frechener Landtagsabgeordnete Hardy Fuß in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer von Trienekens Tochtergesellschaften Millionensummen auf Konten Schweizer Geschäftsführer von Trienekens-Tochtergesellschaften Millionensummen auf Konten Schweizer Briefkastenfirmen transferiert haben. Ob er auf Geheiß von Firmenchef Hellmut Trienekens agierte, ist derzeit unklar. Das Viersener Unternehmen wollte sich dazu nicht äußern. Tatsache ist, dass der Vorstandsvorsitzende Trienekens mit seinem Geständnis der Steuerhinterziehung Rüthers politischen Sturz ausgelöst hat.

"Das ist ein schwarzer Tag - nicht nur für die Kölner SPD, sondern für die Politik in unserer Stadt und weit darüber hinaus", sagte der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heinz Lüttgen war entsetzt: "Ich stehe dieser ganzen Entwicklung fassungslos gegenüber."

Die machtverwöhnten Sozialdemokraten, die 43 Jahre lang die Politik im Kölner Rathaus bestimmt hatten, haben die Auswirkungen der Aktienaffäre ihres früheren Spitzenpolitikers Heugel noch nicht überwunden, da wird die Partei von einem Spendenskandal erschüttert. Zu dem Vertrauensverlust in der Bevölkerung könnte ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden kommen. Sollte der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Vorfälle als illegale Parteienfinanzierung werten, müsste der SPD-Unterbezirk nach Angaben aus Köln die dreifache Summe zurückzahlen - mehr als eine Million Mark.

Experten der Revisionsabteilung der Bundes-SPD arbeiten auf Wunsch der Kölner SPD seit gestern in deren Parteizentrale in der Innenstadt. Die SPD hat der Staatsanwaltschaft sechs Aktenordner mit den Kontoauszügen der Jahre 1994 bis 1999 übergeben. Rechtsanwalt Birkenstock, der sowohl den Ex-Kassierer Biciste als auch die Partei vertritt, betonte: "Wir gehen davon aus, dass es seit dem Jahr 1999 keine illegalen Spenden mehr gibt."

Am Mittwoch wollen die Wirtschaftsprüfer aus Oberhausen ein erstes Zwischenergebnis vorlegen.

Gemeinsam mit dem SPD-Landesvorsitzenden Harald Schartau nahm der Kölner SPD-Chef Ott gestern Nachmittag in Düsseldorf zu dem Spendenskandal Stellung. Im Kölner Rathaus wird quer durch die Fraktionen ein schwer wiegender Schaden für die Politik und den Ruf der Stadt befürchtet.

Die Kölner CDU werde vorsorglich noch einmal ihre Spenden prüfen, kündigt deren Vorsitzender Richard Blömer an. Hinweise auf Unregelmäßigkeiten gebe es aber nicht.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Die Erklärung

Die Presseerklärung von Rüthers Anwälten Professor Günter Tondorf und Gregor Leber aus Düsseldorf:

Der NRW-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln, Norbert Rüter, hat am Wochenende erklärt, er werde heute von allen politischen Ämtern und Parteifunktionen zurücktreten.

Außerdem wird er aus der SPD austreten.

Er ist bereit, bei der Staatsanwaltschaft in Köln zur Spendenpraxis der SPD Köln auszusagen. Außerdem will er Angaben zum Komplex Müllverbrennungsanlage Köln machen. Einzelheiten hierzu wird und kann er gegenüber der Presse nicht bekunden. Dafür wird um Verständnis gebeten. So viel will er aber sagen: Er bedauert außerordentlich, dass er durch sein Fehlverhalten seiner Partei und den Zuwendungsgebern geschadet hat. Um allen Spekulationen entgegenzutreten: Eine persönliche Bereicherung hat dabei nicht stattgefunden.

04. März 2002

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 05.03.2002

LEITARTIKEL

Rechtsbruch als normale Übung

Kölner Spenden-Skandal ein schwerer Vertrauensverlust für Politik in der Stadt

Von FRANZ SOMMERFELD

Die alte Stadt Köln zeichnet sich durch eine bedeutende bürgerschaftliche Tradition aus. Museen,

Theater-Initiativen und andere Einrichtungen verdanken ihre Existenz dem Engagement von Bürgern. Sie prägen die Stadt im Großen wie im Kleinen und geben ihr eine eigene Farbe. Das trägt zur Anziehungskraft einer Stadt bei, die viele junge Leute attraktiv finden. Der Kölner Spenden-Skandal legt bloß, dass die Verhältnisse auseinander brechen: Die einen engagieren sich für die Stadt, die anderen verdienen an ihr. Darum werden die Folgen des Skandals nicht nur die Sozialdemokraten treffen, sondern dem Ansehen des gesamten Kölner Rates schaden. Schließlich hat die Wirklichkeit viele Stammtisch-Vorstellungen über Politik und Politiker übertroffen. Wie in Mafia-Regionen scheinen wichtige Investitions-Entscheidungen durch Schmiergeld-Zahlungen gesteuert zu werden. Die Staatsanwaltschaft spricht beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage von Bestechungsgeldern in zweistelliger Millionenhöhe. Die Einlassungen des ehemaligen Kölner SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste erinnern in ihrer gewissen Unbekümmertheit an die Erklärungen von Helmut Kohl. Es scheint in den Partei-Apparaten beinahe selbstverständlich gewesen zu sein, Spenden aufzustückeln und Spendenquittungen auch an solche zu verteilen, die nichts gespendet haben. So gerät der Gesetzesbruch zur gewöhnlichen Übung unter Amtsträgern. Sie haben vergessen, dass das Grundgesetz den Parteien eine eigene Rolle bei der politischen Willensbildung zuspricht. Wie sollen die Parteien diesen Auftrag wahrnehmen, wenn Parteimitglieder die Gesetze brechen, die ihre Parteifreunde beschlossen hatten?

Die durchaus verständliche Empörung, mit der sich die Sozialdemokraten ausdauernd über Kohl und die CDU erregten, fällt nun auf die SPD zurück. Bei vielen Bürgern wird der Eindruck verstärkt, dass sich die Politiker alle gleichen. In diesen Generalverdacht geraten nun auch die Mandatsträger, die ihre Wähler mit großem persönlichem Einsatz im Kölner Rat und anderen Gemeinderäten vertreten.

Der eingetretene Vertrauensverlust wird lange anhalten und ist nicht durch schnelle Aktionen zu beheben. In einem ersten Schritt sind die Geldströme in der Kölner Spendenaffäre offen zu legen. Wie schwer das fallen wird, zeigt jetzt schon die Kohl-Manier, mit der sich sozialdemokratische Ratsmitglieder weigern, über ihre Beteiligung an der Affäre Auskunft zu erteilen. Einige von ihnen mögen ahnen, dass sie dem Beispiel ihres Ex-Fraktionschefs Rüther folgen müssen und ihren Sitz aufzugeben haben.

Das Entsorgungsunternehmen Trienekens hat darzulegen, ob und welche Gelder an welche Parteien und Politiker geflossen sind. Schließlich verdient Trienekens mit den Abgaben der Bürger sein Geld. Sollte sich der Verdacht von Schmiergeldzahlungen bestätigen, muss die Stadt Köln ihre Vertragsbeziehungen prüfen und gegebenenfalls aufkündigen. Insoweit ist die Entscheidung Bonns vernünftig, bis zur Klärung der Vorwürfe den Verkauf ihrer kommunalen Anteile an Trienekens zurückzustellen.

Die Aufklärung der Spenden-Affäre hat kaum begonnen. Aber am Anfang entscheidet sich, ob die Krise zu einer Erneuerung führt oder zu einer weiteren Verkrustung des Filzes.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage Kölner SPD im Tal der Tränen

*Es berichten Peter Berger, Barbara A. Cepielik, Andreas Damm,
Matthias Pesch, Axel Spilcker*

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre hat die SPD-Fraktion einen Spitzenmann durch illegale Machenschaften verloren. Die Stimmung bei den Ratsmitgliedern ist auf dem Nullpunkt.

Die Gesichter der Kölner Genossen spiegelten ihre Betroffenheit wider. Ungläubig und fassungslos reagierten die meisten Mitglieder der SPD-Fraktion, als sie gestern Morgen zur kurzfristig anberaumten Sondersitzung kamen. Was genau sich ihr Fraktionschef Norbert Rüther hat zu Schulden kommen lassen, wussten viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Doch das Wenige reichte, um die schlimmen Erinnerungen an die Aktien-Affäre um Rüthers Vorgänger Klaus Heugel zu wecken, die die Partei im August 1999 in eine tiefe Krise gestürzt hatte "Ich bin geschockt", sagte Axel Kaske, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. "Solch eine Geschichte einmal mitzerleben ist schon schlimm genug, das zweite Mal schlägt schon sehr aufs Gemüt." Kaske forderte eine rasche Aufklärung der Spendenaffäre. "Wir müssen uns schnellstens innerhalb der Fraktion festigen und nach vorne sehen."

Ratsherr Wolfgang Bosbach war "wie vor den Kopf gestoßen", als er von den Anschuldigungen gegen seinen Fraktionschef erfuhr. "Ich habe allerdings noch immer die Hoffnung, dass keine persönliche Bereicherung stattgefunden hat." Sein Fraktionskollege Walter Kluth sprach von einer "katastrophalen Situation, so etwas Schlimmes habe ich mir nicht träumen lassen". Die gute Oppositionsarbeit, die die SPD zuletzt geleistet habe, "wird auf jeden Fall einen Bruch bekommen".

"Ich stehe dem Ganzen fassungslos gegenüber", sagte Fraktionsvize Heinz Lüttgen. "Wir werden den Parteivorsitzenden Jochen Ott bei der lückenlosen Aufklärung der Vorgänge nach Kräften unterstützen." Ratsherr Josef Jansen erklärte, er sei "völlig überrascht" gewesen, als er von den Vorwürfen gegen Rüther hörte. Seine Stimmung: "Soll ich bedrissen sagen?" Ähnlich drastisch beschrieb Johannes Waschek,

Vorsitzender des Liegenschaftsausschusses, seine Gefühlslage. Er hofft auf "eine schnelle Entscheidung" für einen neuen Fraktionschef: "Es muss ja weitergehen." "Traurig und erschrocken" war Alice Gneipelt, bei Almut Eichner war "die Stimmung im Keller", und Helga Schlapkas erster Gedanke war: "Das kann doch alles nicht wahr sein."

Bei der Fraktions-Sondersitzung informierten Lüttgen, Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich und Schatzmeister Martin Börschel die Ratsmitglieder über Einzelheiten; anschließend wollte niemand mehr einen Kommentar abgeben. Für viele wird das Treffen ein Déjà-vu-Erlebnis gewesen sein: Bis auf Börschel und Herterich hatten alle Fraktionsmitglieder miterlebt, wie vor zweieinhalb Jahren der damalige Oberstadtdirektor Klaus Heugel durch illegale Aktiengeschäfte die Partei in eine schwere Krise stürzte. Heugel galt im Sommer 1999 als haushoher Favorit für den Posten des hauptamtlichen Oberbürgermeisters, der am 12. September erstmals direkt von den Bürgern gewählt werden sollte. Ende August wurden die ersten Vorwürfe gegen den Kandidaten öffentlich, eine Woche später warf Heugel das Handtuch. Er hatte, wie sich herausstellte, im August 1998 unmittelbar vor der Übernahme des Mülheimer Unternehmens Felten&Guilleaume durch die Bonner Moeller-Holding 300 F&G-Aktien gekauft und später mit einem Gewinn von rund 15 000 Mark wieder verkauft. Der Knackpunkt: Heugel war als Aufsichtsratschef des Stadwerke-Konzerns, dessen Tochter GEW damals 25,1 Prozent Anteile an F&G hatte, an den Verkaufsverhandlungen beteiligt und konnte daher mit einem Gewinn rechnen. Er wurde im März 2000 vor dem Kölner Amtsgericht wegen verbotener Insider-Geschäfte zu einer Geldstrafe von 37 500 Mark verurteilt.

Das Fehlverhalten ihres Spitzenkandidaten bescherte der SPD bei der Kommunalwahl im September 1999 ein Debakel: Die Partei rutschte von 42,5 Prozent im Jahr 1994 auf 30,3 Prozent ab, die CDU steigerte sich von 33,9 auf 45,3 Prozent und stellte mit Harry Blum den Oberbürgermeister. Eine Niederlage, von der sich Kölns Sozialdemokraten bis heute nicht erholt haben.

Damals war Rüter, enger Vertrauter Heugels, nicht bereit, mit zurückzutreten. "Im Nachhinein ist man immer schlauer", stöhnte Börschel. "Die Partei hätte nach der Heugel-Affäre gleich einen richtigen Schnitt machen müssen." Genau das hatte der ehemalige Parteichef Kurt Uhlenbruch, Vertreter des linken Flügels, damals gefordert - sich aber nicht durchsetzen können.

www.ksta.de/muellskandal

Ein schwerer Gang für die Parteifreunde: Fassungslos waren viele SPD-Ratsmitglieder, die sich gestern Morgen zur kurzfristig anberaumten Sondersitzung in ihren Fraktionsräumen am Laurenzplatz versammelten. BILDER: RAKOCZY/ WORRING

Erklärung vor den Medien: Marlis Herterich, Heinz Lüttgen, Jochen Ott und Martin Börschel (v. l.).

Keinen Kommentar: Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber

Wunsch nach rascher Aufklärung: Ratsherr Axel Kaske

Betroffene Miene: Ratsfrau Dörte Gerstenberg

Eine katastrophale Situation: Walter Kluth

Tief getroffen: Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Grüne: Nur die Spitze des Eisbergs

Der Rücktritt von SPD-Fraktionschef Norbert Rüter legt nach Ansicht der Grünen lediglich "die Spitze des Eisbergs" frei. Die Fraktion sei über die aktuelle Entwicklung nicht überrascht, sagte Fraktionsvize Jörg Frank. "Verwunderlich ist bestenfalls, dass es allen Beteiligten möglich war, die kriminellen Machenschaften so lange unter der Decke zu halten." Die politischen Beschlüsse etwa zum Bau der Müllverbrennungsanlage, zur Gründung der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft und zur Privatisierung der Abfallwirtschaft sowie über diverse Entsorgungsverträge seien alle in großer Koalition von SPD und CDU getroffen worden, so Frank. Oftmals seien diese Entscheidungen "sachpolitisch nicht nachvollziehbar" gewesen. Er habe keine Indizien dafür, dass auch CDU-Ratsmitglieder in ähnliche Machenschaften verwickelt seien, "ausschließen kann ich allerdings überhaupt nichts".

Die Grünen fordern eine "vollständige Transparenz und Aufklärung des finanzwirtschaftlichen und vertraglichen Beziehungsgeflechts" im städtischen Abfallwirtschaftssektor. Die städtischen Beteiligungsgesellschaften sollten Sonderprüfungen unterzogen werden - und zwar durch Wirtschaftsprüfer, die bislang noch nicht für die Stadt gearbeitet haben. (map)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

PDS verdächtigt auch die CDU

Eine lückenlose Aufklärung fordern Sengül Senol und Jörg Detjen von der PDS. "Die Planung ist zwar von der SPD-nahen Stadtverwaltung entworfen worden, die nachfolgende CDU/FDP-Spitze hat sie aber umgesetzt." Die "Kür" eines Trienekens-Geschäftsführers zum Kölner CDU-Bundestagskandidaten sei "mehr als verwunderlich". Die Verstrickungen seien verwerflich und bestärkten die Bürger in ihrer Abscheu vor Politik. "Eine neue Eiszeit ist angebrochen." (kaz)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage FDP-Fraktion fassungslos

"Fassungslos" äußerte sich FDP-Fraktionschef Ralph Sterck zu dem Skandal, der immer weitere Kreise ziehe. "Der Wahnsinn ist dabei, dass die Akteure anscheinend so sicher waren, dass ihr Handeln nicht ans Tageslicht kommt." Der Schaden für die politische Kultur und das Ansehen Kölns sei immens. "Der Schaden trifft alle Parteien, ob beteiligt oder unbeteiligt." Außer einer geringen Ratsmitgliedspauschale und einem Sitzungsgeld sei die Ratsarbeit auf ehrenamtlichem Engagement aufgebaut, "bei dem nicht auf die Uhr geschaut wird". Dass diese Arbeit nun in Verruf gerät, schmerze besonders. Das Aufdecken eines solchen Skandals zeuge aber auch vom Funktionieren unserer Demokratie. (kaz)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Wer bekam Quittung ohne Spende?

Es berichten Peter Berger, Barbara A. Cepielik, Andreas Damm, Matthias Pesch, Axel Spilcker

Der ehemalige SPD-Schatzmeister Manfred Biciste sprach von 38 Sozialdemokraten, die von ihm Quittungen für Spenden erhielten, die sie nicht gegeben hatten. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" fragte nach, wer eine hat.

Christa Becker: Ich bin in diese Angelegenheit nicht verwickelt.

Wolfgang Bosbach: Nein, ich habe keine derartigen Spendenquittungen bekommen.

Martin Börschel: Ich habe nichts damit zu tun, bin als Nachfolger von Manfred Biciste zum Kassierer gewählt worden und werde alles tun, um eine rückhaltlose Aufklärung zu erreichen.

Dietmar Ciesla-Baier: Ich habe keine Quittung bekommen - und wusste bis Montagmorgen von alledem nichts.

Almut Eichner: Dazu sage ich nichts.

Dörte Gerstenberg: Ich gebe dazu keinen Kommentar ab

Dörte Gerstenberg: Ich gebe dazu keinen Kommentar ab.

Marlis Herterich: Ich habe mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun, bin wie Martin Börschel erst seit 1999 im Stadtrat.

Franz Irsfeld: Ich bin an dem Skandal nicht beteiligt, habe keine Quittung für eine Parteispende erhalten, die ich nicht geleistet habe.

Ulrike Lojda: Ich habe überhaupt nichts mit dieser Sache zu tun. Ich habe Spenden geleistet, die sind ordnungsgemäß verbucht. Zu diesem Sumpf gehöre ich nicht dazu.

Heinz Lüttgen: Ich habe zu keiner Zeit etwas von den Vorgängen gewusst, bin von der Nachricht völlig überrascht worden.

Karl-Heinz Schmalzgrüber: Ich sage dazu gar nichts. Und wenn es so wäre, dass ich beteiligt wäre, geht Sie das nichts an. Daraus sollten Sie aber keine Rückschlüsse ziehen.

Alice Gneipelt: Dazu sage ich nichts.

Dieter Trappe: Ich bin in diese Dinge nicht verwickelt.

Johannes Waschek: Meines Wissens habe ich keine Quittungen für Parteispenden bekommen, die ich nicht geleistet habe.

Karin Wiesemann: Ich sage nichts.

Die übrigen Ratsmitglieder der SPD waren gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Der "Kölner

Stadt-Anzeiger" wird weiter nachfragen.

www.ksta.de/muellskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Beteiligte zur Selbstanzeige aufgefordert

Es berichten Peter Berger, Barbara A. Cepielik, Andreas Damm, Matthias Pesch, Axel Spilcker

SPD-Ratsherr Manfred Biciste will erst am Samstag davon erfahren haben, dass die Spenden in einer Gesamtsumme von 340 000 Mark, die Norbert Rüter an ihn weiterleitete, keine Einzelspenden waren. Wir drucken Bicistes Erklärung im Wortlaut:

"Am vergangenen Samstag hat mir Herr Norbert Rüter mitgeteilt, dass die mir als Schatzmeister in den Jahren 1994 bis 1998 übergebenen Spendenbeträge von jeweils, wie ich mich zu erinnern meine, knapp unter 20 000 DM in Wahrheit keine Einzelspenden gewesen sind, sondern von einer Spenderin stammen.

Diese Nachricht hat mich zutiefst erschüttert und ich habe dies meinem Nachfolger als Schatzmeister, dem RA Martin Börschel, noch am Samstagabend mitgeteilt mit der Bitte, auch den Unterbezirksvorsitzenden Jochen Ott zu informieren, den ich persönlich erst am Abend des 3.3.2002 gesprochen habe.

Noch am Sonntag habe ich Rechtsanwalt Birkenstock aufgesucht und ihn mit der restlosen Aufklärung gegenüber den zuständigen Behörden beauftragt. Später hat sodann der Unterbezirk Köln denselben Rechtsanwalt mit demselben Auftrag mandatiert. Den Weg der Aufklärung gehen wir gemeinsam.

In den Jahren 1994 bis 1998 bei der Übergabe der Spendenteilbeträge hat Norbert Rüter in mir den Glauben geweckt und mir den Glauben gelassen, es handele sich jeweils um Einzelspenden von Persönlichkeiten bzw. Unternehmen, die als Spender nicht genannt sein wollten. Aus diesem Grunde habe ich die Spendenteilbeträge weiter aufgestückelt und andere, nämlich Mitglieder der SPD, als Spender aufgeführt und diesen auch Spendenquittungen erteilt. Soweit am Wochenende erreichbar, habe ich mich an die Quittungsempfänger gewandt und ihnen anheim gestellt, Selbstanzeige zu erstatten, sofern sie diese Spendenquittungen gegenüber den Finanzbehörden zum Steuerabzug vorgelegt haben.

Die Namen der Spendenquittungsempfänger werde ich nicht mitteilen, da ich deren Steuergeheimnis zu wahren habe. Den Finanzämtern werde ich die Namen allerdings mitteilen und mich auch im Übrigen, wie schon am Wochenende zugesagt und umgesetzt, auch weiterhin rückhaltlos an jeder weiteren Sachaufklärung beteiligen.

Auch ich habe erst am Wochenende die Hintergründe dieser Spenden erfahren hätte ich sie gekannt, hätte ich eine solche anonyme Großspende natürlich nicht entgegengenommen.

Ich stehe allen Gremien der Partei zu jeder Aufklärung zur Verfügung. Aufklären kann ich nur, was mit den Geldern geschah, die mir von Norbert Rüter als Einzelspenden übergeben worden sind in einer Größenordnung von jeweils knapp unter 20 000 DM.

Eigenes Wissen darüber, woher das Geld kommt, habe ich nicht. Über diese Zusammenhänge weiß ich nur das, was Norbert Rüter am Wochenende gesagt hat. Ich habe auch keinerlei Verbindung zu dem jetzt als Spender genannten Unternehmen oder zu leitenden Persönlichkeiten dieses Unternehmens. Die gesamten Hintergründe sind mir unbekannt, das muss und kann Norbert Rüter aufklären.

Ich bin bereit, von mir aus für mein Verhalten alle Konsequenzen zu ziehen.

Alle meine politischen Ämter, insbesondere das Ratsmandat und die sich daraus ergebenden Funktionen, werde ich bis zur vollständigen Klärung dieser Sache ruhen lassen mit dem Ziel, einvernehmlich, mit allen, die es angeht, die Entscheidung über mein weiteres politisches Wirken zu treffen.

Ich bedauere mein Verhalten außerordentlich. Ich wollte der Partei keinen Schaden zufügen. Ich war gutgläubig, ging von Einzelspenden aus und meinte, einen praktischen Weg der Verbuchung gewählt zu haben. Natürlich war das blauäugig, und mein schwerster Fehler war es, die Gremien der Partei nicht zu informieren und dort die Dinge entscheiden zu lassen. Was ich zur Schadensbegrenzung tun kann, werde ich tun."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 05.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

CDU prüft die Bücher, ist aber unbesorgt *OB will Bericht zu AVG-Aufsichtsrat*

Oberbürgermeister Fritz Schramma fordert eine vorbehaltlose Aufklärung der Müll- und Spendenaffäre. Wenn die Vorwürfe stimmten, sei ein Schaden für das Ansehen von Rat und Politik entstanden.

Dass es im Zusammenhang mit der Müllverbrennungsanlage auch in der CDU eine Spendenaffäre geben könnte, schlossen Kölner Unionspolitiker aus. "Wir haben solche Spenden nicht bekommen", sagte der Kölner CDU-Vorsitzende Richard Blömer gestern. Dennoch lasse er vom Geschäftsführer sämtliche Spenden seit 1995 bis zum heutigen Tage überprüfen. Es gebe indes keinerlei Anzeichen auf eine illegale Spendenpraxis innerhalb der Kölner Union. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der Ratsfraktion, Rolf Bietmann: "Was die Fraktionskasse angeht, ist bei uns alles hundertprozentig in Ordnung", betonte er. Das habe das Rechnungsprüfungsamt festgestellt. Bietmann hatte den Fraktionsvorsitz im Jahr 1998 von Albert Schröder übernommen. Auch sein Vorgänger sagte, er könne sich eine illegale Spendenpraxis nach Art der SPD für die CDU-Fraktion nicht vorstellen. Der damalige Parteichef Heribert Blens sagt, er habe in seiner Funktion kaum mit Spenden zu tun gehabt, das sei Sache des Schatzmeisters.

Bürgermeister Josef Müller, damals als CDU-Fraktionsgeschäftsführer das Pendant zu Rütther, hat nach seinen Worten bis gestern nichts von diesen Machenschaften gewusst. "Ich kann für mich sagen, dass ich nicht beteiligt war", sagte Müller. Über andere Fraktionsmitglieder könne er nicht urteilen.

Matthias Wirtz (CDU) ist nicht nur der Abfall-Fachmann der CDU-Fraktion, er gehört auch zu denjenigen Ratsmitgliedern, die am längsten im Aufsichtsrat der AVG (die die Müllverbrennungsanlage betreibt) sitzen. Zumindest theoretisch seien naturgemäß Aufsichtsratsmitglieder "besonders gefährdet", was Bestechung angehe. Er selbst habe weder Schmiergelder angeboten bekommen noch erhalten, "da können die Staatsanwälte bei mir getrost alles durchleuchten". (adm, map, bce)

Bürgermeister Josef Müller

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 06.03.2002

SPD räumt ein: Noch mehr Schwarzgeld *Auch Ex-Schatzmeister Biciste gibt Ämter auf - Schweizer Verbindung*

Die Dimension des Spendenskandals bei der Kölner SPD im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage ist größer als angenommen.

VON AXEL SPILCKER UND PETER BERGER

Köln/Berlin - Der Kölner Ratsherr und frühere Schatzmeister Manfred Biciste (57) räumte gestern ein, er habe mehr als 250 000 Euro in kleinere Tranchen zerstückelt und dafür SPD-Mitglieder als Parteispender eingetragen. Tags zuvor hatte Biciste noch von 175 000 Euro gesprochen. Der Politiker zog aus seinem Verhalten die Konsequenzen und legte sein Ratsmandat nieder.

Er folgte damit dem Beispiel des Ex-Fraktionsführers und Landtagsabgeordneten Norbert Rütther, der den Spendenbetrag von einem Unternehmen aus der Entsorgungsbranche erhalten und in mehreren Etappen an Biciste weitergegeben hatte. Der Spendenskandal steht im Zusammenhang mit Korruptionsermittlungen beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA). Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" steht die Schweizer Firma Ecoling im Mittelpunkt der Ermittlungen. Das Ingenieurbüro in Zürich soll mit Wissen zweier führender Manager des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller beim Bau der MVA in Köln überhöhte Rechnungen ausgestellt haben. Aus der Schweiz floss ein Teil des Geldes wieder an die für den Bau der Verbrennungsanlage zuständigen Entscheidungsträger zurück. So überwies Steinmüller im Sommer 1996 an den Schweizer Partner 2,5 Millionen Euro. Davon sollen 1,5 Millionen Euro in die Tasche des damaligen Geschäftsführers der stadtnahen AVG geflossen sein. Unklar ist, ob das Geld aus Schwarzgeldkassen des Unternehmens in der Schweiz stammt. Zur Schadensbegrenzung hat der NRW-SPD-Vorsitzende Harald Schartau alle Kölner SPD-Mandatsträger gebeten, schriftlich zu erklären, ob sie in den Spendenfall verwickelt seien. "Es kann niemand die SPD nach außen vertreten, der den Staat hinters Licht führt." Justizminister Jochen Dieckmann (SPD), der für Rütther in den Landtag nachrückt, sagte, der ehemalige SPD-Bezirk Mittelrhein habe keine illegalen Spenden erhalten. Dieckmann war bis zur Auflösung der Bezirke Ende 2001 Stellvertreter des Bezirksvorsitzenden Rütther. Dieckmann: "Ich will nicht, dass jeden Tag eine Tretmine hochgeht." Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Jürgen Rüttgers, sagte: "Dieser Vorgang wird und muss Konsequenzen haben. Ich trete seit Jahren dafür ein, politische Mandate und Aufsichtsratsposten zu trennen." Eigene Ermittlungen hätten ergeben, dass es in den vergangenen sechs Jahren keine Spenden der Firma Trienekens

an die Landes-CDU gegeben habe. Es gebe, so Rüttgers, CDU-Mitglieder, die bei der Firma beschäftigt seien. Bundeskanzler Gerhard Schröder versicherte, von Seiten der Bundespartei werde es jegliche Unterstützung geben, um die Aufklärung der Sache voranzutreiben. In der SPD-Bundestagsfraktion hieß es, der Vorgang sei eine "Riesensauerei". (mit tu und sts)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 06.03.2002

TAGESTHEMA / Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner TAGESTHEMA / Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Millionen-Deal mit Scheinrechnungen

Bei den Schmiergeldzahlungen um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage kommt einem Züricher Ingenieurbüro eine Schlüsselrolle zu. Über das Unternehmen sollen Millionen an Schmiergeldern geflossen sein.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Der Skandal um den Kölner Müllöfen: Jetzt kommen immer mehr Details ans Tageslicht. Den Verhaftungen des ehemaligen AVG-Geschäftsführers Ulrich Eisermann und des Steinmüller-Managers Sigfrid Michelfelder lagen die Vorwürfe der Vorteilsnahme, Vorteilsgewährung und Bestechung zu Grunde. Michelfelder soll rund 14,5 Millionen Euro aus der Firmenkasse in die Schweiz transferiert haben. Mit acht Millionen Euro soll Ulrich Eisermann von der Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft Köln (AVG) nach Angaben der Staatsanwaltschaft zu den Hauptprofiteuren gezahlt haben.

Wie der Millionen-Deal gelaufen sein könnte, ist seit Dienstag ein ganzes Stück klarer. Nach Recherchen des "Kölner Stadt-Anzeiger" kommt einem Züricher Unternehmen für Ingenieur-Dienstleistungen bei dem Michelfelder-Eisermann-Deal eine Schlüsselrolle zu.

Die bis vor einem Jahr existierende Ecoling AG soll beim Bau des Kölner Müllöfens Leistungen in Rechnung gestellt haben, die nur zum Teil oder gar nicht erbracht wurden. "Wir haben uns immer gewundert, wie viele Mitarbeiter das Unternehmen hatte, und wie wenig Aufträge abgewickelt wurden", sagte ein ehemaliger Ecoling-Mitarbeiter dieser Zeitung. Nach eigenen Worten war der Mann zeitweise bei der Errichtung der Müllverbrennungsanlage im Kölner Stadtteil Niehl für die technische Abwicklung verantwortlich. Die Ecoling AG sei beim Bau mehrerer Müllverbrennungsanlagen in Deutschland beteiligt gewesen. "Köln war die letzte", so der Ex-Mitarbeiter.

Seine Aussagen über Scheinrechnungen decken sich mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Laut Haftbefehl gegen Eisermann (SPD) hatte die Ecoling AG im Jahre 1996 dem Bauherrn AVG rund 2,5 Millionen Euro für die Überwachung der termingerechten Abwicklung des Baus zur Verfügung gestellt, aber nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nur Leistungen im Wert von rund einer Million Euro erbracht.

Das System hat Methode: Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat allein beim Bau des Müllöfens im schwäbischen Böblingen siebenstellige Geldflüsse an Entscheidungsträger festgestellt. Auch hier soll nach Angaben des ehemaligen Mitarbeiters das Schweizer Büro für Ingenieurleistungen involviert gewesen sein.

Der ehemalige Geschäftsführer der Ecoling AG Bernd B., der die Scheingeschäfte abgewickelt haben soll, war gestern nicht zu erreichen. Ob gegen ihn ermittelt wird, wollte die Kölner Staatsanwaltschaft nicht bestätigen. Fest steht aber, dass auch der ehemalige Stellvertreter des Steinmüller-Managers Sigfrid Michelfelder ins Visier der Justiz geraten ist.

Ob bei der durch die AVG erfolgten Ausschreibung auch wirklich die Unternehmen zum Zuge kamen, die bei vergleichbarer Technik das günstigste Angebot abgaben, darf inzwischen in Zweifel gezogen werden. Nach den Angaben des ehemaligen Ecoling-Mitarbeiters wurden in der Kölner Müllverbrennungsanlage auch Anlagen installiert, die nicht dem damaligen Stand der Technik entsprachen. "Das gilt vor allem für die Anlagenfeuerung", sagte der Ingenieur. "Alle Techniker haben sich darüber gewundert, warum die Deutsche Babcock den Auftrag für die Feuerung und den Kessel erhalten hat. "Der Trommelrost, der in Köln eingebaut ist, war damals für solche Anlagen längst nicht mehr üblich. Da gab es in Deutschland Unternehmen, die wesentlich modernere Feuerungsanlagen hätten liefern können." Auf Nachfragen bei der AVG sei er damals barsch abgewiesen worden.

Unklar ist derzeit, ob der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende und SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Rüter die Parteispenden in Höhe von 255 000 Euro aus der Schwarzgeldkasse des Gummersbacher Anlagenbauers L+C Steinmüller erhielt.

Das ebenfalls in Verdacht geratene Entsorgungsunternehmen Trienekens AG wies gestern in einer Stellungnahme eine Beteiligung an diesen Schmiergeldzahlungen zurück. Man habe über die Medien vom überraschenden Rücktritt Rüthers erfahren. Die Ankündigung des Politikers bei der Kölner Staatsanwaltschaft,

Angaben zum Komplex Müllverbrennungsanlage machen zu wollen, stehe nicht in Verbindung zum Viersener Abfallkonzern. Trienekens habe im fraglichen Zeitraum von 1994 bis 1999, vor allem in Wahlkampfzeiten, eine Reihe von Spenden an SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/ Grüne gegeben. Sie seien im Unternehmen ordnungsgemäß als solche behandelt und verbucht worden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 06.03.2002

TAGESTHEMA / Die Spendenaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Antwerpes drängte als Regierungspräsident zum Bau

Eine lange Geschichte: Wie die Müllverbrennungsanlage nach Köln-Niehl kam

Wohin mit dem Abfall? Der Streit um das richtige Entsorgungskonzept gipfelte in der Antwort: ein Fall fürs Feuer.

VON BARBARA A. CEPIELIK

Im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) erinnern sich die Kölner an die erbitterte Diskussion um die Notwendigkeit der Anlage, um ihre Größe und die Frage, wie sich die Müllmengen verändern würden. Sie denken dabei auch an den Kampf der Bürgerinitiative "Kimm" für ein anderes Abfallkonzept, die Unterschriftensammlungen und Demonstrationen . .

Scheinbar unberührt von der aufgewühlten Stimmung in der Stadt schufen Verwaltung und AVG - mit Lothar Ruschmeier an der Spitze, unterstützt, ja sogar gedrängt vom damaligen Regierungspräsidenten (RP) Franz-Josef Antwerpes, der immer wieder auf die Gesetzeslage und die Verpflichtung, eine MVA zu bauen pochte - Schritt für Schritt die Voraussetzungen für den Müllofen. Der Mehrheit des Rates - SPD und CDU stimmten immer und den Vorschlägen der Verwaltung folgend zusammen - konnten sie sich sicher sein. Die Ermittlungen in der Spendenaffäre um Norbert Rütger ebenso wie die steuerlichen Ermittlungen um Hellmut Trienekens beziehen sich auf die Jahre 1994 bis 1998.

1988: Das Abfallwirtschaftskonzept, das der Rat beschließt, sieht den Bau von Müllverbrennungsanlage und Kompostwerk vor; beinhaltet aber auch die Müll-Priorität "Vermeidung, Verwertung, Entsorgung".

Juni 1989: Der Kölner Rat entscheidet sich trotz Bürgerprotesten für den MVA-Standort in Niehl.

Juni 1989: Der Kölner Rat entscheidet sich trotz Bürgerprotesten für den MVA Standort in Niehl.

1991: Ein Gutachter empfiehlt, eine Gesellschaft unter privater Beteiligung zu gründen, die die MVA baut und betreibt. Köln entschließt sich, die (eigenen) Stadtwerke (24,8 Prozent) und den Entsorger Trienekens mit ins Boot zu nehmen - 25,1 Prozent an der AVG gehen an das Viersener Unternehmen. Die "Projektgruppe 7000" der Verwaltung bereitet die Gründung der AVG - Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH - vor. Zu dieser Gruppe gehören Ulrich Eisermann; vormals Leiter des Organisationsamtes der Stadt Köln und später Chef der AVG, Vertreter des Umweltdezernates, des Hauptamtes und das Amt für Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrwesen.

Mai 1992: Der Rat beschließt die die Gründung der AVG. In den Aufsichtsrat, in dem qua Amt Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier und Umweltdezernent Burkhard von der Mühlen saßen, schickte der Rat aus den Fraktionen Erich Schäfer, Ludger Oelgeklaus, Günther Neumann (alle SPD), Harry Blum und Egbert Bischoff (CDU, Schulleiter, später Trienekens-Sprecher in Köln), Detlev Grieshammer (Grüne) und Christiane Pelka (FDP). Außerdem im Aufsichtsrat zwei Arbeitnehmervertreter und je drei Vertreter der AVG Mitgesellschafter (also Trienekens und Stadtwerke Köln).

1993/93: Die AVG stellt die Ausschreibungsunterlagen für die MVA zusammen. Für die technische Seite wird neben anderen die UTG Gesellschaft für Umwelttechnik GmbH zu Rate gezogen - ein Tochter-Unternehmen der Trienekens; die Umweltverträglichkeit soll u.a. der TÜV Rheinland prüfen. Während RP Antwerpes den Bau der MVA forcieren will, hält Umweltministerin Höhn sie für überflüssig - die beiden streiten sich lange und öffentlich.

Januar 1994: Das Gummersbacher Unternehmen L+C Steinmüller erhält als Generalunternehmer den Zuschlag für die MVA, deren Preis damals mit 790 Millionen Mark beziffert wird. Unter seiner Ägide sollen mehrere Fachfirmen für einzelnen Bauteile verantwortlich zeichnen - jeweils der billigste Bieter, wie die AVG in ihrer offiziellen Chronik schreibt. Das waren - neben Steinmüller - die Deutsche Babcock (u. a. für Feuerung und Kessel) und ABB. Auch Steinmüller und seine Gewerke seien die in ihrer Kategorie preiswertesten gewesen. Vor einem großen Kreis von Journalisten wird der Vertrag für das bisher größte städtische Bauprojekt unterzeichnet. Man ist froh, ein Unternehmen aus der Region gewählt zu haben und lobt die Arbeitsplätze, die diese Entscheidung sichere.

22. Juni 1994: Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier übergibt in seiner Funktion als Vorsitzender des

Aufsichtsrates der AVG den Antrag zur Genehmigung der MVA beim Regierungspräsidenten ab - 43 Aktenordner.

Januar 1995: Der RP gibt nach umfassender Prüfung den Antrag für den Bau der MVA bekannt. Es beginnt die Phase von Offenlegung und Bürgerbeteiligung, begleitet von Streitigkeiten auch mit NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn. Bürgerinitiativen planen ein Bürgerbegehren, sammeln über 50 000 Unterschriften gegen die MVA, am Ende ist das Begehren aber unzulässig, sagen die Gerichte - so hatte es zuvor auch die "stille Koalition" im Rat aus SPD und CDU gesehen.

1. Februar 1996: Der RP übergibt der Stadt den Genehmigungsbescheid für die MVA, am 22. Februar ist der erste Spatenstich für die Anlage, Oberstadtdirektor Ruschmeier und der Chef der AVG, Ulrich Eisermann, greifen fürs Foto zur Schaufel. Die MVA soll jährlich 420 000 Tonnen Abfall verbrennen.

Oktober 1997: Der erste Müll wird testweise verbrannt.

Januar 1998: Die Anlage - von ihrer Technik her kaum umstritten, von den Schadstoff-Werten weit unter jedem gesetzlichen Limit - geht in den regulären Betrieb. Die Gesamtkosten liegen bei einer Milliarde Mark, die Kölner Müllgebühren klettern binnen drei Jahren auf selbst bundesweit seltene Höhen.

September 2000 : Der Rat beschließt - ohne dass es eine Ausschreibung gegeben hat und mit dem 40 Millionen Mark mehr bietenden Entsorger Rethmann groß verhandelt wurde - Trienekens 49,9 Prozent an den Abfallwirtschaftsbetrieben zu geben.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Zwei Revisoren aus Berlin rechnen mit der Partei ab

Viel Frust bei den Genossen - und die ersten Austritte

Die Kölner SPD will alles tun, die Spendenaffäre so schnell wie möglich aufzuklären.

VON MATTHIAS PESCH

Die beiden Revisoren, die der Parteivorstand aus Berlin geschickt hat, haben ihre Arbeit aufgenommen. In der Kölner Parteizentrale an der Albertusstraße durchforsten sie seit gestern Dutzende Aktenordner nach Hinweisen, die Licht in die Spendenaffäre um Ex-Fraktionschef Norbert Rüter bringen können. "Wir unterstützen die beiden nach Kräften, denn wir sind alle an einer raschen Aufklärung interessiert", erklärte Julia Baganz, die normalerweise den Bundestagswahlkampf für die Kölner Sozialdemokraten organisiert. Wann die beiden Prüfer ihre Arbeit abschließen, könne man noch nicht sagen.

Am Tag nach den spektakulären Enthüllungen über die Spendenpraxis des Fraktionschefs erlebten die SPD-Mitarbeiter durchaus gemischte Resonanz. "Zwei Mitglieder haben ihren Austritt aus der Partei erklärt", so Baganz - ein Mann sei allerdings persönlich in der Albertusstraße aufgetaucht und in die Partei eingetreten. Das öffentliche Auftreten der beiden jungen Hoffnungsträger, Parteichef Jochen Ott und Schatzmeister Martin Börschel, habe ihn offenbar sehr beeindruckt. "Das war natürlich ein kleines Highlight am gestrigen Tag", sagte Baganz, die nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Rüter wie die meisten ihrer Parteifreunde "zunächst einmal fassungslos und bestürzt" war.

Für Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich kehrte trotz aller Turbulenzen gestern wieder ein Stück Alltag ein. "Das interne Tagesgeschäft muss ja weitergehen", sagte sie. Dass es mit dem Austritt der beiden Mitglieder, die die Parteizentrale registrierte, schon erledigt ist, glaubt Herterich nicht. "Es ist zu erwarten, dass es weitere Austritte gibt, das ist in solchen Fällen immer so."

www.ksta.de/muellskandal

In der Parteizentrale der SPD schauten sich gestern die Revisoren der Bundespartei die Akten an, um Licht in das Dunkel der Spendenpraxis zu bringen.

BILD:

GRÖNERT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Norbert Rüter ein letztes Mal im Rathaus

In vielen Gremien und Aufsichtsräten wird nun ein Platz frei.

VON BARBARA A. CEPIELIK UND MATTHIAS PESCH

Norbert Rüter kam in aller Frühe. Gegen 8.15 Uhr betrat der ehemalige SPD-Fraktionschef das Rathaus und legte bei Oberbürgermeister Fritz Schramma sein Ratsmandat nieder. Es habe "ein kurzes persönliches Gespräch" stattgefunden, hieß es beim städtischen Presseamt.

Rüthers Zukunft ist völlig offen: Der Berufspolitiker hat zwar früher als Psychiater beim Landschaftsverband gearbeitet, seinerzeit aber einen Auflösungsvertrag unterschrieben und kann dorthin nicht zurückkehren.

Auf der Reserveliste der Rats-SPD steht als Nachrücker von Rüter im Rat bereits Karl Johann Rellecke (Jahrgang 1955) fest. Da auch Manfred Biciste zurücktritt, wäre Ingo Jureck (Jahrgang 1959) an der Reihe. Der kann aber nicht mehr in den Rat einziehen, weil er inzwischen im Rathaus arbeitet. Also käme Bettina Lob-Preis zum Zuge. Danach folgen auf der Liste Polina Frebel, Anita Cromme, Claudia Nußbauer und Susana da Silva dos Santos-Hermann (Platz 39). Jochen Ott, SPD-Parteivorsitzender, steht auf Platz 61 der Reserveliste. Norbert Rüter war einer der einflussreichsten Männer der Region. Er hatte eine ganze Reihe von Ämtern inne (siehe Grafik), und für alle Positionen müssen nun Nachfolger gesucht werden. Auch Bicistes politischer Einfluss war groß. Der Studienrat war stellvertretender Fraktionsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses, außerdem Mitglied im Hauptausschuss. Er war Vorsitzender des KVB-Aufsichtsrates sowie stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Stadtparkkasse. Der SPD gehört er seit 1971, dem Kölner SPD-Vorstand seit 1987 an. Biciste fungierte lange als Kassierer des SPD-Unterbezirks. Dieses Amt und die von ihm zu verantwortende Spendenpraxis führten zum Ende seiner politischen Karriere.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Biciste gesteht Spenden-Betrug ein

Die SPD-Parteispendenaffäre hat ihr zweites Opfer. Manfred Biciste (57) legte gestern sein Ratsmandat nieder. Seine Rechte als Parteimitglied nimmt er nicht mehr in Anspruch.

VON PETER BERGER

Die Krise um die Kölner SPD weitet sich aus. Gestern zog Ex-Schatzmeister Manfred Biciste die Konsequenzen aus seinem "ungesetzlichen Fehlverhalten" im Parteispendenskandal und legte nach 23 Jahren sein Ratsmandat nieder. Gleichzeitig räumte er ein, dass es sich bei dem gesamten Spendenbetrag, den er in sieben Teilbeträgen zwischen 1994 und 1999 von Ex-Fraktionschef Norbert Rüter erhalten habe, um insgesamt mehr als 260 000 Euro (511 000 Mark) gehandelt habe. Die sieben Teilbeträge hätten jeweils in der Größenordnung zwischen knapp 40 000 Euro (75 000 Mark) und gut 50 000 Euro (100 000 Mark) gelegen. Bei dem Gesamtbetrag war bisher von knapp 175 000 Euro (340 000 Mark) die Rede gewesen. "Die 85 000 Euro, die dazukommen, stammen aus dem Jahr 1999", sagte Biciste. In einem Punkt habe er am Montag damit "die Unwahrheit" gesagt. "Die einzelnen Beträge, die ich von Rüter bekommen habe, lagen über 10 000 Euro." Gestern Abend nahmen SPD-Parteichef Jochen Ott und Schatzmeister Martin Börschel zu der neuen Entwicklung Stellung. Man habe die Oberfinanzdirektion und die Staatsanwaltschaft sowie den Generalsekretär der NRW-SPD, Michael Groschek, sofort informiert. Biciste habe auch mitgeteilt, dass 50 000 der 260 000 Euro in einer Art Barkasse geführt worden seien. "Die ist nicht durch die Bücher der Partei gelaufen", so Schatzmeister Martin Börschel. Jetzt ist auch klar, warum Biciste eine weitere Stückelung der sieben Teilbeträge vorgenommen hat, denn ab einer Größenordnung von rund 10 000 Euro (20 000 Mark) sind Parteispenden anzeigepflichtig. Biciste bleibt dabei, dass seine Verfehlungen mit den illegalen Parteispenden, die Norbert Rüter kassiert habe, nur mittelbar zu tun hätten. "Mein Fehler war das Ausstellen der Spendenquittungen. Ich habe mich zu keiner Zeit und von niemandem bestechen lassen." Am Nachmittag habe er OB Fritz Schramma über die Aufgabe seines Ratsmandats informiert. Seine Rechte als Parteimitglied werde er nicht mehr in Anspruch nehmen. Er wolle weiter zur rückhaltlosen Aufklärung beitragen.

Die Zahl der Parteimitglieder, die mit falschen Spendenquittungen bedacht wurden und diese zum Teil in ihren Steuererklärungen beim Finanzamt geltend gemacht haben, hat sich nach den bisherigen Recherchen nicht erhöht. Es wird weiter von 38 SPD-Mitgliedern und vier Ehepartnern ausgegangen. Sie haben noch bis zum Donnerstag Zeit, durch eine Selbstanzeige bei den Finanzbehörden einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen. Nach dem Biciste-Rücktritt wächst der Druck auf die SPD-Parteimitglieder, die zu Unrecht erhaltene Spendenquittungen verwandt haben. "Ich muss es leider sagen, für mich hat das etwas mit Betrug zu tun", sagte der Ex-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Jürgen Wischnewski. Diese Genossen sollten dem Beispiel von Rüter und Biciste folgen, mögliche Mandate niederlegen und aus der Partei austreten. "Sie sollten sich

auch an der Wiedergutmachung des finanziellen Schadens, der unweigerlich auf die Kölner SPD zukommen wird, beteiligen." Auch der SPD-Landesvorsitzende Harald Schartau riet den Kölner Genossen zu einem kompromisslosen Vorgehen. Er kündigte an, alle Mandatsträger aus Köln, die auf Landesebene tätig sind, müssten der Schiedskommission erklären, dass sie solche Spenden weder angenommen noch weitergereicht hätten.

In dieser Liste stehen alle Spendensummen - allerdings keine Namen. BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage CDU beteuert ihre Unschuld

CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann weist alle Vorwürfe zurück, im Müllspenden-Skandal könne auch Geld an die CDU geflossen sein. "Die Andeutungen sozialdemokratischer Funktionsträger sind unerträglich und auf das Schärfste zurückzuweisen." An Mitglieder der CDU-Fraktion seien keine Geldbeträge gezahlt worden. "Nach einer Vielzahl von Gesprächen bin ich der festen Überzeugung, dass kein Fraktionsmitglied in die MVA-Affäre verwickelt ist." Außerdem ist Rolf Bietmann davon überzeugt: "Die bislang bekannt gewordene Zahlung ist bei einer von der Staatsanwaltschaft festgestellten möglicherweise veruntreuten Gesamtsumme von 29 Millionen Mark allenfalls ein Tropfen auf den immer heißer werdenden Stein möglicher Korruption im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage." (kaz)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BR 06.03.2002

LESERBRIEFE / Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage Spenden-Skandal der Kölner SPD löst bei zahlreichen Bürgern Zorn und Enttäuschung aus

Beim Lesen Ihrer Schlagzeile "Entsetzen über Spenden-Skandal" stellte sich mir spontan die Frage, wer sich über solche und ähnliche Vorgänge tatsächlich noch ernsthaft wundert. Angesichts der vielen so genannten Skandale, von denen etliche durchaus strafrechtliche Relevanz aufweisen, drängt sich doch jedem halbwegs intelligenten Bürger die Definition auf, nach der ein "integrity" Politiker keineswegs ein Politiker ist, der sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, sondern lediglich ein Politiker, der noch nicht erwischt worden ist. Danke für Ihre informative und kritische Berichterstattung!

Ernst Joachim Theiss-Esch, Lohmar

Wir nähern uns in Windeseile sizilianischen Zuständen in unserem Lande. Man lese die Zeitungen, und es fällt einem Heinrich Heine ein: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht." Die Geldgier paralyisiert offensichtlich die Gehirne.

Hans-Georg Schulze, Köln-Porz

Der Eindruck, den die Spendenaffäre der Kölner SPD bundesweit verursacht, ist verheerend. Wir hatten uns gerade damit abgefunden, dass der Parteispenden-Ausschuss des Deutschen Bundestages kein klares Licht in das System der "schwarzen Kassen" Helmut Kohls bringen konnte. Und nun das! Die SPD, die im Zusammenhang mit Parteispenden eine "weiße Weste" zu tragen schien, hat - zumindest in Köln - seit 1994 ebenfalls hohe Summen anrühigen Geldes aus dunklen Quellen kassiert. Wie konnte Norbert Rütger, der "starke Mann" der Kölner SPD, dabei ruhig schlafen? Seit 1998 musste er ja in der Zeitung lesen, dass sich sein Parteifreund Volker Neumann als Vorsitzender des Parteispenden-Ausschusses an den Herren Kohl und Kiep abmühte. Neumann wollte wohl der Wahrheit dienen. Diese Wahrheit ist aber nicht die Wahrheit des Herrn Rütger. Der Kölner SPD-Mann hat den Berliner Ausschuss - so ist jedenfalls meine Vermutung - nur als willkommene Instrumente gegen die CDU gesehen, denn er schwieg so lange wie möglich. Voll Abscheu wenden wir uns ab. Und nun stellt sich die Frage, wie wir mit den Kandidaten bei der Bundestagswahl am 22. September dieses Jahres umgehen wollen. Wenigstens in Köln sollten die Parteien und ihre Direktbewerber nach meiner Auffassung die Einkommensverhältnisse offen legen. Zwingen kann sie dazu niemand, doch sonst verdienen die jüngsten Unschuldsbeteuerungen von CDU, FDP und Bündnisgrünen in meinen Augen auch keinen Glauben.

Frank Pawassar, Ullersdorf bei Dresden

Interessant ist der sofortige Hinweis des von Herrn Rütger eingeschalteten Anwalts, persönliche Bereicherung von Herrn Rütger komme nicht in Betracht. Ähnliches wurde seinerzeit auch über Herrn Kohl verbreitet.

Vordergründig mag es zutreffen. Diese Herren haben durch ihre langjährigen Tätigkeiten in Staatsdiensten mit den entsprechenden Versorgungseinrichtungen ihre finanziellen Dinge regeln können. Ich denke, dieser Spezies Mensch geht Macht über alles. Sie ist auch bereit, sich für deren Erhalt über die Gesetze zu stellen. Die persönliche Bereicherung der Herren Kohl, Rüter usw. liegt in der Selbstherrlichkeit, ihre Macht, ohne Rücksicht auf die Regeln des Gemeinwesens, zu erhalten.

Jörg Hennig, Köln-Porz (Langel)

Verwunderlich ist er nicht, der Korruptionssumpf, der im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage in Politik, Verwaltung und Müllbranche jetzt zu Tage tritt. Zumindest nicht für diejenigen, die die Planung und den Bau der MVA mit ihren kritischen Stimmen begleitet haben. Verwunderlich schon damals, dass ausgerechnet die Firma Steinmüller bevorzugt wurde und dass es keine europaweite Ausschreibung gegeben hat. Die MVA ist eine ökologische und wirtschaftliche Sackgasse. Mit massiver Anstrengung werden die Müllgebühren derzeit relativ niedrig gehalten, doch die Explosion der Gebühren und die Folgekosten werden noch auf die Kölner zukommen; der Handlungsspielraum ist ausgereizt. Von Müllmanagern, die Abfall in Entwicklungsländer exportieren, erwartet man keine Skrupel, doch dass Politiker, die dem Gemeinwesen dienen sollen, ihr Amt nutzen, um den Bürger zu betrügen und ihm für höchst zweifelhafte Projekte Geld aus der Tasche zu ziehen, dies ist der eigentliche Skandal. Die Schmiergelder sind natürlich von den Geldern gezahlt worden, die der einzelne Bürger direkt (Müllgebühren) und indirekt (Duales System) für die Abfallbeseitigung gezahlt hat.

Max Becker, Köln-Klettenberg

Es ist schon erschreckend, was sich da in Köln abgespielt hat. Dabei fallen mir die Ähnlichkeiten zwischen Kohl und Rüter auf. Beide erreichten innerhalb ihrer Parteien durch illegale Spenden eine unglaubliche Machtfülle, weil sie mit diesem Geld Parteimitglieder nach ihrer Pfeife tanzen ließen. Auch werden wir wohl noch sehen, welchen Kölnern rein zufällig Spendenbescheinigungen aus diesem Dunstkreis in ihre Steuererklärung geraten sind. Falls - ja falls - Herr Ott wirklich für eine Aufklärung sorgt und nicht wie weiland ein Hesse namens Koch für brutalst mögliche Vertuschung eintritt. Vielleicht ist es ja abwegig: Aber warum sollte die Kölner CDU bei dem kölschen Klüngel in diesem Zusammenhang außen vor geblieben sein?

Horst Rieschick, Bergisch Gladbach

Als eingewanderter Bayer sage ich: Die Kölner Sozen mögen sich noch so anstrengen, die Meisterschaft unserer Alpen-Amigos werden sie niemals nicht erreichen.

Hanns Schneider, Köln-Weiden

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.03.2002

Die Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Wer bekam Quittungen ohne Spende?

Der ehemalige SPD-Schatzmeister Manfred Biciste will 38 Sozialdemokraten Quittungen für Spenden ausgestellt haben, die sie nicht geleistet haben. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" setzte seine Befragung der SPD-Fraktionsmitglieder fort.

Dörte Gerstenberg: Von solchen Praktiken weiß ich nichts.

Dieter Westerweller: Darüber will ich keine Auskunft geben.

Cornelia Schmerbach: Ich habe keine derartigen Spendenquittungen bekommen.

Hermann Armbrust: Ein klares Nein. Das würden die auch bei mir nicht machen. (EB)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 07.03.2002

SPD: Spende stammt von Trienekens

Fraktionschef Rüter erhielt nach Angaben des Amtsgerichts Großspende von Müll-Multi

Überraschende Erkenntnisse in der Spendenaffäre der Kölner SPD.

VON MATTHIAS PESCH

Köln - SPD-Schatzmeister Martin Börschel zitierte gestern Abend am Rande eines Sonderparteitages aus einem Beschluss des Kölner Amtsgerichts, der die SPD über den Ermittlungsstand der Staatsanwaltschaft informierte. Danach hat die Entsorgungsfirma Trienekens eine Großspende an den ehemaligen SPD-Fraktionschef Norbert Rüter geleistet. Über die Höhe der Summe macht das Gericht keine Angaben. Bislang war nicht bekannt, woher die 260 000 Euro (511 000 Mark) stammten, die Rüter zwischen 1994 und

1999 in Teilbeträgen an seinen Schatzmeister Manfred Biciste weitergegeben hatte. Biciste hatte eine weitere Stückelung der Spenden vorgenommen und für diese Beträge Quittungen an Parteimitglieder ausgestellt, die gar kein Geld gespendet hatten.

Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Regine Appenrodt, konnte diesen Ermittlungsstand am späten Abend nicht bestätigen. Sie erklärte allerdings, dass die Staatsanwaltschaft am Nachmittag weitere Akten aus der SPD-Zentrale sichergestellt hatte. Möglicherweise ergaben sich daraus neue Erkenntnisse. Nach dem Schreiben des Amtsgerichts richten sich die Ermittlungen wegen Vorteilsgewährung und Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage auch gegen die Firmen L+C Steinmüller, ABB Kraftwerksleittechnik in Mannheim, die Isis GmbH, die EVB Entsorgung und Verwaltung Bonn und die UTG GmbH. In illegale Finanztransaktionen sollen auch drei Schweizer Firmen verwickelt sein, die abgerechnete Leistungen gar nicht oder nur unvollständig geliefert haben sollen.

NRW-Umweltminister Bärbel Höhn forderte gestern im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" mehr Transparenz in der Müllbranche. Sie werde sich mit den Entsorgern dafür einsetzen. Die Kölner CDU forderte, dass Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes seine Kenntnisse offen legt.

Blick Seite 3, Köln, Kultur

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Wellenschlag vom Rhein an die Spree

Die Bundes-SPD in Berlin ist wenig auskunftsfreudig. In Düsseldorf diskutiert man die Rolle des früheren Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes.

VON STEFAN SAUER UND HEINZ TUTT

Berlin/Düsseldorf - Eine unheimliche Ruhe hat Einzug gehalten in der Bundeszentrale der SPD an der Berliner Wilhelmstraße. Äußerungen zum Spendenskandal in Köln sind dieser Tage so rar wie Goldnuggets am grünen Strand der Spree. Generalsekretär Franz Müntefering sei vollauf mit der Vorbereitung des SPD-Ost-Parteitag am Wochenende in Magdeburg beschäftigt, heißt es in der Wahlkampfzentrale "Kampa". Bundesgeschäftsführer Matthias Machnig ist ebenfalls unabkömmlich. Erst am späten Mittwochnachmittag äußert sich Müntefering: "Wir verurteilen die illegalen und skandalösen Machenschaften in Köln "

Mitglieder der SPD-Fraktion indes sprechen von einer "total beschissenen Situation", um umgehend die Nennung der Quelle solcher Lage-Analysen zu untersagen. Es rumort mithin gewaltig.

Das Finanz-Gebahren der Kölner Genossen ist für die Sozialdemokraten in der Tat zur Unzeit bekannt geworden, wenn es denn einen "günstigen" Zeitpunkt überhaupt geben sollte. Sechs Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, gut sechs Monate vor der Bundestagswahl droht die SPD in einen Spendensumpf gezogen zu werden, der weit über rheinische Gefilde hinausreichen dürfte - und der nicht nur bei Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier Bestürzung ausgelöst hat. Vor allem geht die Furcht um, bei den bisher bekannt gewordenen Zahlungen könnte es sich lediglich um die Spitze eines Eisbergs handeln.

Berichte, nach denen sogar 29 Millionen Mark "versandeten", werden freilich ebenso dementiert wie Gerüchte über Schweizer Konten, auf die Gelder des Unternehmens geflossen sein sollen. Immerhin, das Misstrauen bezüglich des Kölner Klüngels sitzt tief. "Nach dem bisher bekannt Gewordenen haben wir keinen Anlass, davon auszugehen, dass Herr Rütter bisher die Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesagt hat", erläuterte SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier dem "Kölner Stadt-Anzeiger" am Mittwoch. Und weiter: "Unsere Revisoren werden noch mindestens eine Woche in Köln vor Ort die Sachlage prüfen. Wir können bisher keine der genannten Zahlen über Geldflüsse endgültig bestätigen." Wenn die Ergebnisse der Prüfer vorlägen, werde man sie präsentieren und die Öffentlichkeit informieren.

Der Vorgang sei für die Bundeszentrale "nicht erkennbar" gewesen, da "offenbar mit krimineller Energie eine ausgeklügelte Stückelung des Betrages zur Verschleierung vorgenommen wurde". Dabei prüfe die Partei Spenden von 1000 Mark (rund 500 Euro) an aufwärts "auf ihre Plausibilität". So seien auffällige Spendenhäufungen oder Großspenden immer wieder einmal geprüft worden, ohne dass irgendwelche Unregelmäßigkeiten zu Tage getreten wären.

Sicher ist, dass die Kölner Spendenaffäre den Untersuchungsausschuss des Bundestages beschäftigen wird, der sich bisher ausschließlich (und vergeblich) bemühte, mehr Licht in die CDU-Spendenaffäre zu bringen. Am kommenden Donnerstag wird der Ausschuss zu einer nicht öffentlichen Sitzung zusammentreten. Ein SPD-Abgeordneter kommentiert resigniert: "Vielleicht sollte man es Parteien überhaupt verbieten, Spenden anzunehmen."

Derweil gab es im Umweltausschuss des NRW-Landtags in Düsseldorf tatsächlich einen zeitnahen Anlass, eine

"Aktuelle Viertelstunde" zu beantragen. Zwar hat der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Johannes Rimmel, die Antragsfrist nicht eingehalten, doch Fraktionsübergreifend setzten sich die Abgeordneten über die Formalia hinweg. Die Landesregierung soll über den "Einfluss von Korruption auf die Müllpolitik der Stadt Köln" berichten - ein Thema, dass seit dem Wochenende nahezu der einzige Gesprächsstoff auf den Fluren des Düsseldorfer Landtags ist. Selbst so wichtige Bereiche wie die Etatberatungen und das Schuldenloch von 1,4 Milliarden Euro treten in den Hintergrund.

Wer hat noch Dreck am Stecken? Ist die CDU auch an der Spendenaffäre beteiligt? Jedes Gerücht wird in der Landeshauptstadt aufmerksam registriert. Auch die öffentlichen Äußerungen des Ex-Regierungspräsidenten von Köln, Franz-Josef Antwerpes (SPD). Er hat in Interviews den Raum für solche Spekulationen weit geöffnet. Verständlicherweise bringt dies die CDU-Abgeordneten, die sich bisher mit Kritik an der SPD auffallend zurückgehalten haben, in Rage. Es sei doch schließlich Antwerpes gewesen, der in Rekordzeit die Genehmigung für die Müllverbrennungsanlage durchgepeitscht habe, merkt der Kölner CDU-Abgeordnete Richard Blömer an. Damit gibt er Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) das Stichwort, noch einmal die Chronologie darzustellen.

Lange bevor die Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) mit dem Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller am 28. Januar 1994 einen Vertrag geschlossen habe, sei das Unternehmen ins Gespräch gebracht worden. Höhn berichtet von einem Vermerk über ein Telefongespräch am 22. Juli 1992 zwischen Antwerpes und dem damaligen Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier (SPD). Antwerpes habe dem Parteifreund damals geraten, sich zur Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens der Hilfe von Ingenieurbüros zu bedienen und dabei insbesondere die Firma Steinmüller aus Gummersbach zu berücksichtigen. Antwerpes' eigener Vermerk über dieses Telefonat habe am 28. August 1995 zu einem Befangenheitsvorwurf gegen ihn geführt. Höhn, die nach der Wahl im Mai 1995 NRW-Umweltministerin wurde, habe den Regierungspräsidenten zur Klärung der Vorwürfe am 28. März 1996 ins Ministerium bestellt. "Antwerpes hat damals gesagt, er habe Ruschmeier keine Weisung erteilt, sondern ihm lediglich einen Ratschlag gegeben", beschreibt Höhn die damalige Rechtfertigung. Am 15. April 1996 habe der Regierungspräsident dann mitgeteilt, dass er nach dem Befangenheitsverdacht selbst keine Entscheidungen mehr im Verfahren getroffen habe. Die Genehmigung für den Müllöfen sei am 29. Januar 1996 erteilt worden.

Für Blömer bleiben trotz der detaillierten Chronik mehr Fragen als Antworten. Ob denn der Regierungspräsident, der sich in der Öffentlichkeit so gesprächsbereit zeige, auch schon von der Landesregierung befragt worden sei? Der Referent aus dem Innenministerium ist auf solche Fragen nicht vorbereitet und muss passen. Und auch der Vertreter des Justizministers kann - wie immer in schwebenden Verfahren - nicht zur Aufklärung beitragen. Der CDU-Abgeordnete lässt nicht locker. Antwerpes soll vor den Ausschuss bestellt werden, fordert er. Ob dies überhaupt möglich ist, soll der Innenminister klären. Bauminister Michael Vesper ist offenbar der Meinung, dem Ex-Regierungspräsidenten werde zu viel der Ehre angetan. Bevor der Umweltausschuss zum nächsten Tagesordnungspunkt Windkraft übergeht, frotzelt er: "Man sollte die Windkraftanlage Antwerpes zumindest im Ruhezustand endlich stilllegen."

Im Zentrum des Interesses: die Kölner SPD-Zentrale. BILD: DPA

Laut eines Vermerks über ein Telefongespräch vom Juli 1992 (oben) hat der Kölner Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes (rechts) geraten, sich zur Beschleunigung des Verfahrens der Hilfe von Ingenieurbüros zu bedienen und dabei insbesondere die Firma Steinmüller aus Gummersbach zu berücksichtigen. BILD: RD

Im Zentrum des Interesses: die Kölner SPD-Zentrale. BILD: DPA

Im Zentrum des Interesses: die Kölner SPD-Zentrale. BILD: DPA

Im Zentrum des Interesses: die Kölner SPD-Zentrale. BILD: DPA

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage Parteienforscher spricht von Netzwerk wie bei Kohl

Die Parteispendenaffäre der Kölner SPD ist nach Einschätzung des Düsseldorfer Parteienforschers Professor Ulrich von Alemann kein Einzelfall. "Ich glaube nicht, dass Köln so anders ist als andere Großstädte", sagte er am Mittwoch.

Der sprichwörtliche "Kölner Klüngel" sei keine ausreichende Erklärung für die Vorfälle. "Es gibt solche Biotope auch in Städten im Ruhrgebiet mit langer SPD-Vorherrschaft", sagte Alemann. Er sei nicht sicher, "ob da alles mit rechten Dingen zugegangen ist". Die Gefahr, dass ähnliche Skandale aufgedeckt werden, sei vorhanden. Als Vergleich zog Alemann den CDU-Spendenskandal heran. Die Vorgänge in Köln hätten zwar nicht die

Dimension der "Kohl-Kanther-Affäre", die Strukturen seien aber "ziemlich ähnlich". Wie Ex-Kanzler Helmut Kohl habe auch der Kölner SPD-Funktionär Norbert Rütger ein Netzwerk aufgebaut, über das die Spenden geflossen sind. Die Ansicht, nur die CDU habe ein Spendenproblem, habe sich als falsch erwiesen. "Die SPD steckt in einer so großen Stadt wie Köln im Spendensumpf."

Der Kölner Skandal zeige, dass die Verabschiedung des neuen Parteifinanzierungsgesetzes durch den Bundestag dringend notwendig sei. Bei Verstößen gegen die Regelungen drohten dann deutlich härtere Strafen als bisher. Wer wissentlich falsche Angaben in Rechenschaftsberichten mache, könne künftig zu einer Haftstrafe von bis zu drei Jahren verurteilt werden. "Dann steigt hoffentlich das Unrechtsbewusstsein", so Alemann, der in der von Bundespräsident Rau eingesetzten Kommission zur Reform der Parteienfinanzierung mitarbeitet. (dpa)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage Genossen erstatten Selbstanzeige

SPD-Parteichef Jochen Ott gab sich gestern Abend beim Parteitag in Chorweiler kämpferisch.

VON MATTHIAS PESCH UND ANDREAS DAMM

Entschlossenheit. Sauberkeit. Vertrauen. Das sind für Jochen Ott drei Schlüsselbegriffe in der aktuellen Krise der Partei. Der Kölner SPD-Chef gab sich gestern Abend kämpferisch im Bürgerhaus Chorweiler, vor mehreren hundert Delegierten und einer riesigen Schar von Journalisten. "Wir werden uns nicht wegducken, sondern die Verantwortung übernehmen, die ihr uns übertragen habt", rief er den Vertretern der Ortsvereine zu. Die hatten eigentlich über Bildung diskutieren wollen, doch die Spendenaffäre um Ex-Fraktionschef Norbert Rütger und den ehemaligen Schatzmeister Manfred Biciste schrieb die Tagesordnung neu.

Ott versprach, mit dem Unterbezirksvorstand im Rücken, rückhaltlose und rasche Aufklärung der Affäre. "Wir werden allerdings nicht in blindem Eifer jeden verdächtigen und verdiente Genossen unbegründet an den Pranger stellen", versicherte er. Dies sei eine schwierige "Gratwanderung". Er sehe die angeblich existierende Liste der Parteimitglieder, die ungerechtfertigt Spendenquittungen erhalten haben sollen, durchaus kritisch. Könne man sicher sein, fragte er, ob die Liste vollständig sei oder alle, die darauf stünden, wirklich Steuern hinterzogen hätten? Ott erklärte, er habe bei der Oberfinanzdirektion für die SPD eine allgemeine Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung erstattet. "Wer dieser allgemeinen Erklärung nicht seine persönliche folgen lässt, muss die strafrechtlichen Konsequenzen tragen."

Die Delegierten, viele bestürzt und fassungslos angesichts der illegalen Machenschaften ihrer Spitzenpolitiker, dankten es Ott mit Beifall, dass er den Blick nach vorne warf. Einen dritten Rückschlag im Bemühen um einen Aufbruch der Partei werde es mit ihm nicht geben, versicherte er, "lasst uns in dem Debakel eine gemeinsame Chance sehen. Diese Stadt braucht sozialdemokratische Politik." Da klang schon ein Hauch von Wahlkampf durch.

Mit seiner Rede kam Ott den Forderungen vieler Parteimitglieder entgegen, die anschließend ihre Delegierten für die Landeskonferenz wählten. "Wenn ich Wahlkampf mache", sagte Dirk Vollmerhaus aus dem Ortsverein Klettenberg, "dann muss ich wissen, dass die, für die ich mich engagiere, sauber sind." Wer in die Spendenaffäre verwickelt sei, müsse von allen Ämtern zurücktreten. "Schnelle, präzise und umfassende Aufklärung", das ist auch für Gisela Krämer die Grundvoraussetzung, dass es mit der Partei wieder aufwärts geht. Zwei Frauen aus dem Ortsverein Nippes sind dagegen eher skeptisch: "Den Bundestagswahlkampf können wir uns sparen", fürchten sie. Die Affäre werde alle Sachdiskussionen überlagern.

Indessen wurde bekannt, dass mehrere SPD-Mitglieder beim Finanzamt Selbstanzeige wegen gefälschter Steuererklärungen erstattet haben. Die Zahl der in den Spendenskandal verwickelten Steuersünder nannte die Oberfinanzdirektion Düsseldorf gestern mit Hinweis auf das Steuergeheimnis nicht. Auch über die jeweilige Höhe der gefälschten Spendenbescheinigungen schwieg sie. Bestätigen wollte sie nur, dass Selbstanzeigen vorliegen. Nach Angaben der Kölner SPD hatten insgesamt 38 Parteimitglieder und vier Ehepartner Spendenquittungen erhalten, ohne Geld gespendet zu haben. Wer sein Steuervergehen selber anzeigt und den Schaden begleicht, kann eine strafrechtliche Verfolgung umgehen.

Unterdessen hat der an dem Spendenskandal beteiligte frühere SPD-Schatzmeister Manfred Biciste sein Ratsmandat niedergelegt. Gestern Mittag suchte der 57-jährige Gymnasiallehrer für Mathematik Oberbürgermeister Fritz Schramma im Historischen Rathaus auf und gab seine Rücktrittserklärung ab. Nach diesem Termin wollte er sich auf Anraten seines Rechtsanwaltes Reinhard Birkenstock zu den Vorgängen nicht mehr äußern. "Ich bin jetzt kein Politiker mehr, sondern Verfahrensbeteiligter", sagte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Die Namen jener Parteikollegen, denen er zu Unrecht Spendenbelege ausgestellt hatte, werde er lediglich den Finanzbehörden mitteilen. Der Staatsanwaltschaft, die inzwischen auch den ehemaligen SPD-Fraktionschef und Oberstadtdirektor Klaus Heugel als Zeugen vernommen hat, werde er die Liste nicht preisgeben.

In der SPD-Parteizentrale gingen derweil die Untersuchungen weiter. Der Wirtschaftsprüfer konnte gestern noch

nicht, wie geplant, einen Zwischenbericht vorlegen. Die neuen Enthüllungen Bicistes verzögerten die Fertigstellung, hieß es in der Parteizentrale. Sein Bericht und der der beiden Revisoren aus der Berliner Parteizentrale werden in der nächsten Woche vorlegen. Heute wird sich auch der Rat in einer aktuellen Stunde mit der SPD-Spendenaffäre befassen.

Der Andrang war groß gestern Abend im Bürgerzentrum Chorweiler, wo sich der SPD-Vorstand den Fragen der Basis stellte. SPD-Chef Jochen Ott versprach umfassende Aufklärung des Spendenskandals.

BILD:

GRÖNERT

Manfred Biciste, Ex-Schatzmeister der SPD, überreichte gestern Mittag im Rathaus OB Schramma seine Rücktrittserklärung. BILD: WORRING

Manfred Biciste, Ex-Schatzmeister der SPD, überreichte gestern Mittag im Rathaus OB Schramma seine Rücktrittserklärung. BILD: WORRING

Manfred Biciste, Ex-Schatzmeister der SPD, überreichte gestern Mittag im Rathaus OB Schramma seine Rücktrittserklärung. BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage Für Beihilfe gibt's meist Geldstrafe

Der Ex-Schatzmeister der SPD, Manfred Biciste, wird sich wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung verantworten müssen.

VON PETER BERGER UND BARBARA A.CEPIELIK

Für die rund 260 000 Euro (511 000 Mark), die der zurückgetretene Ex-SPD-Ratsherr Manfred Biciste dem Parteivermögen zugeführt und dafür falsche Spendenquittungen ausgestellt hat, wird er sich verantworten müssen. Er könne zu dem Fall Biciste konkret nichts sagen, Beihilfe zur Steuerhinterziehung sei aber ein Straftatbestand, sagte Dr. Michael Streck, Anwalt für Steuerrecht, dem "Stadt-Anzeiger".

Dabei spiele es keine Rolle, ob die Personen, die die zu Unrecht erhaltenen Spendenquittungen beim Finanzamt geltend gemacht hätten, Selbstanzeigen erstattet hätten. Beihilfe zur Steuerhinterziehung werde in aller Regel mit einer Geldstrafe geahndet. Der Verurteilte gelte dann als vorbestraft. Ex-SPD-Fraktionschef Rütther kann steuerrechtlich nur belangt werden, wenn er den Kassierer zum Ausstellen fingierter Spendenquittungen angehalten habe.

Bei Selbstanzeigen werden die SPD-Parteimitglieder, die die falschen Quittungen bei den Finanzämtern eingereicht haben, straffrei ausgehen. "Sie erhalten einen neuen Steuerbescheid und müssen dann die entsprechende Summe zahlen", so Streck. Wer auf die Selbstanzeige verzichte, müsse mit einem Bußgeld rechnen, das in aller Regel zwischen 30 und 50 Prozent der Steuerschuld liege. "Allerdings kann die Steuerfahndung in Fällen mit politischer Brisanz auch sehr kleinlich reagieren und das Vergehen mit einem Strafbefehl ahnden", so Streck. Der belaufe sich in aller Regel auf ein bis zwei Monateinkommen. Die Unternehmen, die Schmiergeldzahlungen geleistet haben, können steuerrechtlich nicht belangt werden. "Sie haben ja mit der Steuerhinterziehung nichts zu tun."

Die Selbstanzeige kann formlos erfolgen. Wie man dem Finanzamt mitteilt, dass man reuig nachzahlen will, ist egal. Man braucht weder einen Rechtsanwalt noch muss man seinen Steuerberater bemühen. Meist raffen sich Betroffene zu einer Selbstanzeige auf, wenn sich Betriebsprüfer angekündigt haben. Wer vorsätzlich Steuern hinterzogen hat, kann das bis zu zehn Jahren rückwirkend gut machen und muss Hinterziehungszinsen in Höhe von 0,5 Prozent pro Monat zahlen. Bei "leichtfertigen Steuersünden" gelten fünf Jahre als Frist.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage Grüne prüfen eine Klage

Partei will nicht zusammen mit CDU und SPD als Spendenempfänger von Trienekens genannt werden.

Das Viersener Entsorgungsunternehmen Trienekens hat gestern weitere Einzelheiten zu seiner Spendenpraxis

offen gelegt. Nach Angaben des Firmensprechers Ulrich Schäfer hat der Konzern einschließlich seiner Tochterunternehmen von 1994 bis 1999 jährlich insgesamt rund 15 000 Euro an SPD, CDU, FDP und Grüne gezahlt.

"Dabei handelt es sich um alle Ebenen der Parteien - vom Ortsverein bis zur Bundesebene." Alle Spenden seien ordnungsgemäß verbucht. Die Grünen haben bundesweit in diesem Zeitraum lediglich eine Sachspende bekommen. Dem Ortsverband Rodenkirchen überließ Trienekens 1998 für eine Müllsammelaktion vier Container im Wert von 1362,47 Mark. Bundesschatzmeister Dietmar Strehl: "Dafür hat Trienekens ordnungsgemäß eine Spendenquittung erhalten." Die Grünen prüfen dennoch eine Unterlassungsklage gegen Trienekens. "Uns für so eine lächerliche Summe in einem Atemzug mit CDU und SPD zu nennen ist unseriös", so der Sprecher der NRW-Grünen, Michael Ortmanns. Es werde der Eindruck einer besonderen Nähe zu Trienekens erweckt. (kaz/pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage / INFO-KASTEN

Die offizielle Chronik des Auftrags

In der AVG-Chronologie für die Müllverbrennung wird der Weg zu Steinmüller wie folgt beschrieben: "Für Köln kam nur eine Anlagen|technik in Frage, die höchsten technischen Ansprüchen genügte. Alle Techniken . . . wurden begutachtet. Es gab jedoch nur eine Technik, die alle Kriterien erfüllte; die Rostfeuerung." Die galt zwar in jener Zeit nicht mehr überall als das Nonplusultra; doch der Rat billigte das Konzept. Für die Vorprojektstudie habe der "Mitgesellschafter Trienekens hier das erste Mal sein Know how unter Beweis stellen" können, notiert die Chronik. Nachdem der dicke Anforderungskatalog für die MVA feststand, wurden "alle bekannten und renommierten Anlagenbauer angeschrieben". Es gab also keine offene, europaweite Ausschreibung, sondern eine Einladung, sich zu bewerben. Das war Anfang Juli 1993. "Auf Seiten der AVG standen 50 interne und externe Experten zur Prüfung der Unterlagen bereit. Sie bewerteten . . . technische Gesichtspunkte, in einem zweiten Schritt wurden kommerzielle Aussagen verglichen. Es blieben vier Unternehmen übrig: ASEA Brown Bovari (ABB), Deutsche Babcock Anlagen GmbH, L + C Steinmüller GmbH und Noell." Man einigte sich darauf, dass Steinmüller Generalunternehmer sein würde - in Kooperation mit Babcock und ABB. (bce)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Viele Fragen an die Vergangenheit

Beim Bau der Müllverbrennungsanlage sollen Manager Millionen an Schmiergeldern abgezweigt haben. Gesellschafter und Aufsichtsrat der stadtnahen Betreibergesellschaft AVG wollen nun prüfen, ob der Preis für das Projekt künstlich hoch geschraubt wurde.

VON BARBARA A. CEPIELIK, BERT GERHARDS UND AXEL SPILCKER

In der Schmiergeldaffäre um die Müllverbrennungsanlage jagt eine Krisensitzung die nächste, bei der SPD forschen die Rechnungsprüfer nach weiteren illegalen Spenden, der Müll-Multi Trienekens sucht seinen Ruf aufzupolieren mit dem Hinweis, das Geld für die Kölner Genossen stamme nicht von ihm. Und bei der AVG, dem Betreiber des Kölner Müllofens, wollen die Verantwortlichen am Wochenende klären, ob das Milliardenprojekt nicht zuletzt durch Schmiergeldtransfers teurer geworden ist als erwartet.

Bisher stehen zwei Manager des Generalunternehmers L + C Steinmüller unter Verdacht, beim Bau der MVA zwischen 1994 und 1998 14,5 Millionen Euro abgezweigt und über Schweizer Briefkastenfirmen wieder in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Vier Millionen sollen an den zwischenzeitlich inhaftierten Ex-AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann geflossen sein. Die Schweizer Schmiergeld-Connection soll teils über das Züricher Ingenieurbüro Ecoling gelaufen sein. Nicht zuletzt diese Verbindung mit dem inzwischen aufgelösten Unternehmen wollen die AVG-Gremien am Wochenende ergründen. Alle Verträge sollen auf den Tisch, vor allem die Vereinbarungen mit Steinmüller.

Prüfen werden sie auch die Abmachungen über eine Preisgleitklausel, die in der Branche übliche Steigerung von Kosten einkalkulierte. Die Nettopreispauschale stieg von knapp 390 Millionen Euro auf eine halbe Milliarde. Der damalige Kölner Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier, der seinerzeit stets wort- und detailreich den Bau der MVA gefordert und begründet hatte, erinnert sich "nicht konkret an einzelne, immerhin acht bis zehn Jahre zurückliegende Vorgänge". Ruschmeier: "Dass die Firma Steinmüller möglicherweise von Anfang an ein gewisses Plus genoss, hat vor allen Dingen damit zu tun, dass es sich zugleich um einen kompetenten

Anlagenbauer und um ein Unternehmen aus der Region handelte. Ich bin überzeugt, dass man nach einem ordnungsgemäßen, transparenten und differenzierten Ausschreibungs- und Vergabeverfahren die sowohl technisch als auch wirtschaftlich beste Entscheidung getroffen hat."

Die grüne NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn hatte sich seinerzeit eine heftige Auseinandersetzung mit dem damaligen Kölner Regierungspräsidenten Franz Josef Antwerpes geliefert, der den Bau der Kölner MVA massiv betrieb, die sie, Höhn, für überflüssig hielt.

Damals sei sie nur verwundert gewesen, wie festgelegt die SPD und der Regierungspräsident gewesen seien und wie aggressiv manche Reaktionen. Dennoch differenziert Höhn, es habe zwar Gerüchte über die MVA-Begeisterung der Kölner SPD gegeben, nie aber einen konkreten Hinweis auf Bestechungsgelder. Was jetzt bekannt wurde, sei kein kleines Kölner Problem mehr, sondern habe erhebliche Dimensionen.

Der erste Spatenstich für die Müllverbrennungsanlage in Köln-Niehl erfolgte im Jahr 1994. BILD: RAKOCZY

Der erste Spatenstich für die

Müllverbrennungsanlage in

Köln-Niehl erfolgte im Jahr 1994.

BILD: RAKOCZY

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 08.03.2002

Sieben Millionen aufgetaucht

Im Müllskandal beschlagnahmt Justiz die Hälfte des veruntreuten Geldes

Der Geldfluss zwischen Firmen und der Kölner Politik wird zunehmend klarer.

VON PETER BERGER, AXEL SPILCKER UND HEINZ TUTT

Köln - Im Korruptionsskandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) ist die Hälfte der veruntreuten Millionensumme sichergestellt. Wie die Staatsanwaltschaft dem "Kölner Stadt-Anzeiger" gestern bestätigte, beschlagnahmte die Behörde sieben Millionen Euro bei dem unter Bestechungsverdacht stehenden Ex-Manager des Gummersbacher Anlagenbauers L+C Steinmüller, Sigfrid Michelfelder.

Der Manager nutzte drei Schweizer Briefkastenfirmen, um während des MVA-Baus durch Steinmüller 14,5 Millionen Euro Firmenvermögen zu veruntreuen. Wie der Stadt-Anzeiger erfuhr, bediente sich Hellmut Trienekens, Chef des Viersener Müllmultis, desselben Weges. Trienekens soll 375 000 Euro an die Briefkastenfirmen in die Schweiz überwiesen haben. Die Ermittler prüfen, ob dieses Geld im Zusammenhang mit dem Bau des Müllofens an Kölner Politiker zurückfloss. Der inzwischen zurückgetretene Fraktions-Chef der Kölner SPD Norbert Rüter hatte 260 000 Euro in die Parteikasse eingeschleust. Trienekens bestätigte zwar Zahlungen an die SPD, jedoch nicht in dieser Höhe.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bestritt in Köln, als früherer Landeschef seiner Partei von der hiesigen Spendenpraxis gewusst zu haben. "Die NRW-SPD hat keinerlei Einfluss auf die Finanzen der Bezirke gehabt." Müntefering und sein Nachfolger als NRW-Parteichef, Harald Schartau, kündigten zügige Aufklärung und hartes Durchgreifen an. "Funktionäre, die den Staat hinters Licht führen, werden wir in unseren Reihen nicht dulden", so Schartau. Am Montag will das Landespräsidium über das Schicksal derer befinden, die bis dahin eine geforderte schriftliche Ehrenerklärung verweigern. In Düsseldorf wurde derweil nicht mehr ausgeschlossen, dass weitere Landtags- und auch Bundestagsabgeordnete fingierte Spendenquittungen erhalten haben. Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock, der die SPD vertritt, übergab eine Liste mit Namen.

Leitartikel Seite 4

Blick Seite 3, Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Nach der Vernehmung verlässt ein Steinmüller-Manager das Justizgebäude. BILD: STINAUER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Eine Persilschein-Aktion für Genossen

Die SPD-Parteispitzen beschwören in Köln die radikale Aufklärung, doch die Praxis ihrer Wirtschaftsprüfung wirft Fragen auf.

VON PETER BERGER UND STEFAN SAUER

Köln/Berlin - Es hätte eine so schöne Woche werden können für SPD-Generalsekretär Franz Müntefering: am Donnerstagmorgen ein Besuch im Arbeitsamt Berlin-Mitte, um sich die Erfolge des Job-Aktiv-Gesetzes erläutern

zu lassen, am Abend die Fahrt ins sachsen-anhaltinische Wörlitz zu Stadtrundgang und anschließender Kundgebung. Der krönende Abschluss dann am Sonntag mit der Wahlkampf-Gala "SPD-Parteitag Ost" in Magdeburg.

Hätte schön werden können. Doch gestern musste Müntefering erst einmal den Wörlitz-Termin absagen und nach Köln hetzen. Im Gürzenich unternahm er dort gestern den Versuch, durch eine persönliche Erklärung eine weitere Ausbreitung des Flächenbrands zu verhindern, den der Ex-Landtagsabgeordnete Norbert Rüter mit der Annahme von 261 000 Euro als illegaler Parteispende am Wochenende entfacht hatte. "Wir werden bei uns nicht akzeptieren, dass es Leute geben könnte, die sich weigern, Spender zu nennen und sich vor den Konsequenzen zu drücken." Er habe als ehemaliger Landesvorsitzender von der Spendenpraxis der Kölner SPD nichts gewusst, sagte Müntefering. "Die Landes-SPD war bis zum 31. Dezember 2001 ja im Grunde nur eine Art Holding über den Bezirken" und habe keinerlei Einfluss auf die Finanzen gehabt.

Erklärungen bis Montag

Der NRW-Landesvorsitzende Harald Schartau misst der Persilschein-Aktion, der sich alle NRW-Mandatsträger von der Europa- bis zur Landesebene unterziehen müssen, große Bedeutung bei. Er verlange von allen bis Montag eine Erklärung darüber, ob sie zu Unrecht Spendenquittungen entgegengenommen hätten.

"Funktionäre, die den Staat hinters Licht führen, werden wir in unseren Reihen nicht dulden." Das Präsidium der NRW-SPD wird noch am Montagabend darüber entscheiden, wie mit den Politikern verfahren wird, die keine Ehrenerklärung abgegeben haben.

Die von Schartau geforderte Aufklärung betreiben die Sozialdemokraten nach Auffassung des emeritierten Hamburger Wirtschaftsprofessors Wilhelm Strobel aber gerade nicht. Dass die Partei lediglich zwei interne Prüfer nach Köln gesandt habe, sei ein "Witz". Die vom Unterbezirk zusätzlich beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bezeichnet Strobel als "Edel-Steuerberater" zur "Rettung steuerrechtlicher Tatbestände". Für eine Prüfung aller Banküberweisungen, Zahlungseingänge und Kassenbelege des SPD Unterbezirk Köln benötige man "mindestens 140 Prüfstunden" die von den Prüfern vor Ort gar nicht zu leisten seien.

Fakt ist: Die seit 1996 für die Prüfung der jährlichen Rechenschaftsberichte der Bundes-SPD zuständige Secura GmbH durchforstet derzeit nicht die Kölner Unterlagen. Die professionellen Wirtschaftsprüfer sollen stattdessen später die von den SPD-Revisoren zusammengetragenen Akten nochmals unter die Lupe nehmen. Tatsache ist ferner: Zwischen 1992 und 1998 wurde der Unterbezirk Köln nicht einmal im Zuge der Stichproben-Kontrollen "nachgeordneter Gebietsverbände" von den Wirtschaftsprüfern untersucht. Letztere entscheiden nach dem Parteiengesetz in eigener Regie, welche Ortsvereine und Unterbezirke geprüft werden - und welche nicht. Weder Müntefering noch Schartau konnten gestern Abend sagen, ob und wann die Kölner SPD überhaupt einer Finanzprüfung unterzogen worden sei.

Zu vermuten bleibt: Der SPD-Parteitag in Magdeburg wird sich neben dem Aufbau Ost mit einem gewissen Thema West zu befassen haben. Dabei hätte es eine so schöne Woche werden können.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage

Einmal in die Schweiz und wieder zurück

Die Ermittler können den Weg der Millionenbeträge immer besser nachvollziehen.

VON AXEL SPILCKER UND TIM STINAUER

Köln - Der Anrufer in der Abteilung für Steuerstrafsachen und Steuerhinterziehung ließ die Finanzbeamten aufhorchen: Detailreich berichtete der Mann von einer Schweizer-Schmiergeld-Connection, über die Millionen an Verantwortliche der Betreibergesellschaft der Kölner Müllverbrennungsanlage (AVG) geflossen sein sollen. So soll der damalige AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann (SPD) mit dem Züricher Ingenieurbüro Ecoling einen Verwaltervertrag über 20 Millionen Euro abgeschlossen haben. Aus steuerlichen Gründen habe er aber letztlich nur die Hälfte der Summe erhalten.

Die Steuerfahnder nahmen den Anruf so ernst, dass sie Ende Juni 2000 einen Vermerk anfertigten. Es war der Anfang des größten Schmiergeld- und Politskandals, den Köln je gesehen hat. Zwei Jahre später sitzen zwei mutmaßliche Hauptakteure in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft hat eine Vielzahl von Konten eingefroren. Durchsuchungen beim Müll-Multi Trienekens und der Tochterfirma Isis brachten den Vorstandsvorsitzenden der Viersener Entsorgungsgesellschaft derart in die Bredouille, dass er freiwillig in Begleitung seines Anwalts vor einer Woche bei der Staatsanwaltschaft Steuervergehen einräumte. Die Nachricht versetzte augenscheinlich Spitzenpolitiker der Kölner SPD in schiefe Panik. SPD-Strippenzieher Norbert Rüter befürchtete, der Firmenchef habe auch über illegal verbuchte Großspenden in die Kasse der Kölner Genossen geplaudert. Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft sollen es rund 260 000 Euro gewesen sein, die der Kölner SPD-Fraktionschef und Landtagsabgeordnete entgegen- genommen hatte. Um die

Verbindung von SPD und Trienekens zu verschleiern, reichte Rüter das Geld in mehreren Tranchen an den damaligen SPD-Kassierer Manfred Bicieste weiter. Der Schatzmeister zerstückelte die Beträge und verteilte falsche Spendenquittungen an Parteimitglieder.

Rüter zog die Notbremse, deckte die Karten auf und trat von allen Ämtern zurück. Kommende Woche will er sich vor der Staatsanwaltschaft äußern. Dabei, so ließ er verlauten, soll es auch um den Bau der Müllverbrennungsanlage gehen.

Ungeklärt ist nach wie vor die Rolle der Firma Trienekens in der Korruptionsaffäre um die Kölner MVA. Gab es Gegenleistungen für die SPD-Spende? Der Konzern ließ gestern erklären, dass es eine korrekt versteuerte Privatspende des Konzernchefs Hellmut Trienekens gewesen sei, allerdings nicht in der Höhe von 260 000 Euro.

Fraglich ist bis heute auch die Verbindung der Rüter-Affäre mit dem Ermittlungskomplex um den Generalunternehmer des Kölner Müllofens, den Anlagenbauer Steinmüller. Dessen Ex-Geschäftsführer Sigfrid Michelfelder soll 14,5 Millionen Euro über drei Schweizer Briefkastenfirmen in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. Mit einem Teil (rund vier Millionen Euro) soll er sich offenbar das Schweigen der Entscheidungsträger des Müllofen-Bauherrn und -Betreibers AVG erkaufte haben. Gestern bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass sieben Millionen Euro von der Gesamtsumme beschlagnahmt wurden. Fehlt ein Rest von 3,5 Millionen Euro. In welche Kanäle dieser Betrag floss, ist noch Gegenstand der Ermittlungen.

Das Schmiergeld-System um Steinmüller soll folgendermaßen funktioniert haben: Während des Baus der Müllverbrennungsanlage soll Michelfelder laut Haftbefehl mit Hilfe seines engsten Mitarbeiters Engineering- und Consulting-Verträge mit der Schweizer Gesellschaft Stenna abgeschlossen haben. Diese Gesellschaft scheint ein beliebter Anlaufpunkt gewesen zu sein. So soll auch der Vorstandsvorsitzende der Trienekens AG Schwarzgeld in Höhe von 375 000 Euro auf ein Konto der Stenna-Gesellschaft gezahlt haben. Ist dies die viel gesuchte Verbindung zwischen Parteispenden- und Schmiergeldaffäre? Bei der Staatsanwaltschaft ist man sich nicht sicher. Es gelte nun zu klären, hieß es am Donnerstag, ob die illegalen SPD-Spenden aus dieser Quelle stammen könnten.

Sicher wähnt sich die Staatsanwaltschaft indes in der Frage, wie die Steinmüller-Manager nach dem Zuschlag für den Bau des Kölner Müllofens die Geschäftsleitung des Bauherrn schmieren. Das Geld an den AVG-Geschäftsführer floss über das Züricher Ingenieurbüro Ecoling.

Der eidgenössische Dienstleister wurde anscheinend häufiger eingesetzt, wenn leitende Angestellte der Auftraggeber beim Bau von Müllöfen mitverdienen wollten. Im schwäbischen Böblingen flossen offenbar siebenstellige Summen. Im Kölner Fall musste man aber wohl tiefer in die Tasche greifen. Nachdem AVG-Manager Eisermann zunächst 1,2 Millionen Euro über den Schweizer Umweg erhalten hatte, soll er laut Haftbefehl noch einen siebenstelligen Nachschlag verlangt haben. Offenbar wusste er nicht allein von den Machenschaften der Steinmüller-Manager. Gegen Michelfelders ehemaligen Stellvertreter wird nach Angaben der Staatsanwaltschaft ebenfalls ermittelt. Der Manager musste gestern in Köln zur richterlichen Vernehmung erscheinen.

Ortstermin in Köln: Der SPD-Landesvorsitzende Harald Schartau, der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering und der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott (v. l.) auf einer Pressekonferenz zur Spendenaffäre.

BILD: STEF

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 08.03.2002

LEITARTIKEL

Die kölsche Lösung ist diesmal keine *Der Spendenskandal erweist sich immer mehr als ein übler Fall von Korruption*

Von FRANZ SOMMERFELD

Mit der Beschlagnahme von sieben Millionen Euro und dem Eingeständnis von Müllentsorger Trienekens, der SPD Geld zugeführt zu haben, lichtet sich das Dickicht des Skandals zumindest ein wenig. Einige Grundlinien werden klarer: Immer schärfer schält sich heraus, dass es sich nicht nur um illegale Spendenbuchungen, sondern eher um Schmiergeld und Bestechung handelt, um so den höchst umstrittenen Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage zu ermöglichen oder zu beschleunigen.

Vieles bleibt aber immer noch offen: Wohin sind die restlichen "Schweizer Millionen" geflossen? Auch die Trienekens-Zuwendung an die SPD bedarf weiterer Klärung: Für wen und in wessen Auftrag hat Norbert Rüter die Trienekens-Gelder an Land gezogen? Er war damals schließlich noch nicht der einflussreiche Fraktions-Vorsitzende im Stadtrat, sondern zog lediglich die Strippen für den später als OB-Kandidat gescheiterten Klaus Heugel. Wer hat die Geldzahlungen wirklich gesteuert? Haben sich sozialdemokratische Politiker dabei auch persönlich bereichert?

Und nicht zuletzt: Was wusste der heutige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering wirklich? Die Verspätung ist schon bemerkenswert, mit der die Berliner SPD-Spitze die bundespolitische Dimension der Affäre zu begreifen

begann. Über Tage hatte sie das Ganze als eine lästige Randerscheinung des Kölner Klüngels zu bagatelisieren versucht. Offensichtlich wollte sie vergessen machen, dass die sozialdemokratische Landespartei bis vor kurzem von Müntefering geführt worden war. Es ist nur schwer vorstellbar, dass dem damals hoch verschuldeten und von Müntefering straff regierten Landesverband die wundersame Kölner Geldvermehrung verborgen geblieben sein sollte. Die gestrigen Einlassungen des Generalsekretärs dazu überzeugten nicht. Da aus NRW bekanntlich der größte Brocken an Mitgliedsbeiträgen für die Bundespartei kommt, berührt die Affäre auch Berlin. Schon jetzt liegt auf der Hand, dass alle Pläne der SPD-Zentrale gescheitert sind, die Kohlsche Spendenaffäre noch einmal im Wahlkampf zu beleben. Der sozialdemokratische Heiligenschein ist fahl geworden. Fatal wäre es, wenn sich die beiden großen Parteien nach den Wahlen darauf verständigten, den Untersuchungsausschuss des Bundestages gemeinsam zu begraben.

Die Folgen für Köln sind katastrophal. Das lässige Wort vom Kölner Klüngel erhält nun den hässlichen Klang von Korruption. Solche Eindrücke bleiben lange hängen. Die Bemühungen, ein modernes Leitbild für die Stadt zu entwickeln, werden auf unabsehbare Zeit zurückgeworfen. In der europäischen Konkurrenz von Standorten besitzt die Verlässlichkeit öffentlicher Strukturen ein hohes Gewicht. Ein gutes Beispiel dafür gibt übrigens die Kölner Staatsanwaltschaft, die mit hohem Engagement und großer Hartnäckigkeit dem Weg des Schwarzgeldes folgt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma und der Rat sollten sich davor hüten, wieder einer halbherzigen kölschen Lösung zu verfallen. Sie haben jetzt Klarschiff zu machen. Vielleicht findet sich ein Kreis von Bürgern aus Politik, Wirtschaft und Kultur, der eine Art geistigen und politischen Neuanfang für die Stadt entwickelt. Die Menschen, die das vermögen, leben und arbeiten in Köln. Sie müssen es nur wollen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.03.2002

Firma weist Vorwürfe zurück

Der Vorstand der Trienekens AG hat der Landespartei der SPD seine Unterstützung bei der Aufklärung der Vorgänge um Spenden an die Partei angeboten und dabei auch um objektive Behandlung gebeten. Einen Sachverhalt möchte die Trienekens AG sogleich klarstellen: Der Schatzmeister der Kölner SPD, Martin Börschel, hatte öffentlich erklärt, die anonyme Großspende in Höhe von 511 000 Mark an die Kölner SPD stamme vom Viersener Entsorgungsunternehmer Trienekens. Das möchte die Viersener Firma so nicht stehen lassen: "Die Trienekens AG oder ihre Tochtergesellschaften haben in der Zeit von 1994 bis 1999 kein Geld an die Kölner SPD, sondern nur an SPD-Ortsvereine außerhalb Kölns gespendet. Es gab allerdings eine private Spende des Firmenchefs Hellmut Trienekens an die Kölner SPD."

Dieses Geld, so die Firma, stammte aus dem versteuerten Privatvermögen Hellmut Trienekens und erreichte bei weitem nicht die Summe von 511 000 Mark. Hellmut Trienekens gehe deshalb davon aus, dass auch andere Privatpersonen und Unternehmen an die Kölner SPD gespendet hätten. (kb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat Hiebchen statt Hieben

Der Rat der Stadt Köln hat sich erstmalig mit dem Spendenskandal beschäftigt. Die Fraktionen zeigten sich erschüttert, hielten sich aber mit Kritik an der SPD zurück.

VON WOLFGANG BRÜSER

Wenn sich Kamerateams und Journalisten in Köln mächtig drängeln, dann ist entweder Karneval oder Kommunalpolitik. Zurzeit ist Kommunalpolitik. Und so tagt der Rat der ehrbaren Stadt in einer delikaten Sache, die unschöner Weise als Spendenskandal, Spendensumpf oder Geldwäsche bundesweit die Runde macht und bislang zwei SPD-Ratsherren den Job gekostet hat. Da nimmt der Rat der Stadt sich der Sache natürlich an, und er tut es in einer Weise, die Köln so liebenswert macht: freundschaftlich.

Das haben die Genossen gar nicht erwartet. Sehr wortkarg und sehr käsig im Gesicht, übermächtig und kraftlos treten sie an, die Gewieften und weniger Gewieften, die Gefügigen und die Gerechten - alle 29 sind sie gekommen um öffentlich auszuhalten was in seiner Dimension noch unabsehbar ist - das Spendenbeben mit gekommen, um öffentlich auszuhalten, was in seiner Dimension noch unabsehbar ist das Spendenbeben mit seinem kölschen Epizentrum.

Man hat nicht viel dazu zu sagen. Der Genosse an sich schweigt fest zur Sache, und manch Altgediente hadert mit dem Schicksal: "Ach hätte ich mich doch vor der letzten Wahl zurückgezogen." Dazu ist es nun zu spät, und so rappelt Renate Canisius sich noch mal auf: "Auf in die Schlacht!", sagt sie und betritt mit mattem Lächeln den provisorischen Ratssaal im Gebäude des Landschaftsverbandes - wohl in der festen Erwartung, es werde kräftig Hiebe setzen. Es werden Hiebchen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma findet wohlfeile Worte, um die böse Lage zu beschreiben. Er rühmt das Ehrenamt und alle die, die ehrlich um das Wohl der Stadt sich mühen, er beklagt den großen Schaden, fordert "rückhaltlose Aufklärung" und schließt mit dem Wort des römischen Philosophen Seneca: "Man muss sich täglich Rechenschaft ablegen."

Da klopft der Rat der Stadt Beifall, und auch die "Sack-und-Asche-Fraktion" klöpfelt nach ein paar Sekunden mit. So ganz, so scheint es, ist sie noch nicht bei der Sache.

Und die Sache ist: Ein Spendenskandal. Prall und deftig, wie gemacht für den politischen Gegner, ein Stoff, aus dem Wahlkämpfe sind. Falls man kämpfen kann und kämpfen will. Rolf Bietmann, Fraktionschef der CDU, will offensichtlich nicht. An diesem Tag gibt der scharfzüngige Jurist den barmherzigen Samariter und sagt mit staatsmännischem Brustton: "Dies ist nicht die Stunde für Häme, und es darf nicht die Stunde der Denunzianten werden. Es darf kein Klima der Vergiftung entstehen." Da blicken einige Sozialdemokraten irritiert zum Rednerpult. Sie hatten wohl anderes erwartet.

Hiebe statt Hiebchen. Ein solches teilt Bietmann dann an Antwerpes aus, der nicht ausschließen wollte, dass vielleicht auch die CDU. . . Und dann verlässt Bietmann das Mikrofon, und er ist "betroffen und zutiefst geschockt".

Das ist auch Heinz Lüttgen, der für die SPD an diesem Tag die Kohlen aus dem Feuer holen muss. Er tut es mit belegter Stimme und natürlich auch mit jener Forderung, die jeder fordert: Es ist die nach "Rückhaltlosigkeit" der Aufklärung. Und noch eine Forderung ist Schwarz-Rot-Gelb mehrheitsfähig: Es ist die nach Schutz vor "Verunglimpfung der ehrenamtlichen Arbeit"; denn es dürfe nicht sein, dass "die Verfehlungen von ein bis zwei Personen im Rat" solch schlimme Folgen zeitige. Und er schließt mit einer Bitte an die Seinen: "Bleibt weiter tapfer."

Zwei Sitze blieben im Plenarsaal des Landschaftsverbandes frei, als dort gestern der Rat der Stadt Köln tagte. Die SPD-Politiker Norbert Rüter und Manfred Biciste hatten wegen ihrer Beteiligung am Spendenskandal ihren Rücktritt erklärt. BILDER: STEFAN WORRING

Zwei Sitze blieben im Plenarsaal des Landschaftsverbandes frei, als dort gestern der Rat der Stadt Köln tagte. Die SPD-Politiker Norbert Rüter und Manfred Biciste hatten wegen ihrer Beteiligung am Spendenskandal ihren Rücktritt erklärt. BILDER:

STEFAN WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat CDU: Politik nicht käuflich

CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann sprach von einem "Skandal, der bundespolitisch einzigartig ist". Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass "Politik in Köln käuflich ist". Laut Bietmann sind solche Affären "zunächst ein Problem von Menschen, aber auch von Parteien und Parteistrukturen, vor allem, wenn sich Macht über Jahre in wenigen Händen verfestigt". Dadurch seien Machtstrukturen geschaffen worden, die "möglichst harmlos den einen oder anderen veranlasst haben, falsch zu handeln". Bietmann warnte die SPD, die Spendenaffäre zu verharmlosen. "Es steht fest, dass es ein Fehlverhalten von vielen gegeben hat, wir reden nicht nur von ein oder zwei Personen." Er forderte SPD-Fraktionsvize Lüttgen auf, zu erklären, dass alle, die in die Affäre verwickelt seien, ihr Ratsmandat niederlegen sollten. Nach Ansicht Bietmanns müssten, wenn Trienekens strafrechtliche Vergehen nachgewiesen würden, "die Verträge über die Abfallwirtschaftsbetriebe und die AVG zur Diskussion stellen". Der Fraktionschef ging auch Ex-Regierungspräsident Antwerpes scharf an. Wer nicht aufhöre, nebulös zu erklären, dass auch andere Parteien in den Skandal verwickelt sein könnten, "der sollte sich an die eigene Nase packen". (map)

CDU-Chef

Rolf Bietmann

SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen /

CDU-Chef Rolf Bietmann /

Grünen-Ratsherr Harald Junge

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat

FDP kritisiert Grünen-Vize

"Die ganze Stadt wird für das Fehlverhalten Einzelner in Haft genommen", klagte FDP-Fraktionschef Ralph Sterck. Der "Schaden für die politische Kultur und die politischen Akteure" aller Parteien sei "immens". Sterck griff Grünen-Fraktionsvize Jörg Frank scharf an, der erklärt hatte, die Grünen seien von den Enthüllungen nicht überrascht gewesen. "Mit solchen Äußerungen vergrößern sie den Schaden", schimpfte Sterck. Er wies außerdem Behauptungen zurück, seine Firma "Kölner Flitzer" habe einen Großteil ihres Umsatzes mit Fahrten für den Entsorger Trienekens gemacht. Vom Jahresumsatz von 30 Millionen Mark 2001 entfielen nur 7900 Mark auf diese Fahrten. Sterck hat einen Anwalt eingeschaltet. (map)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat "Gegner hatten nie eine Chance"

"Ein Sumpf aus Bestechlichkeit und Vorteilsnahme, so stellt sich die Müllentsorgung in Köln da", sagte Grünen-Ratscherr Harald Junge. Angesichts dieser Tatsache hätten die Gegner der Müllverbrennungsanlage "nie eine reelle Chance" gehabt. Junge nannte es "unmöglich", dass der damalige Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes bereits 1992, bevor eine Ausschreibung für die Müllverbrennungsanlage erfolgt war, bereits gegenüber Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier eine Empfehlung für die Firma Steinmüller als Generalunternehmer gegeben habe - die später auch den Auftrag bekam. Er wollte allerdings auch die CDU nicht aus der Verantwortung entlassen: Alle politisch relevanten Entscheidungen in der Abfallwirtschaft seien von SPD und Union gemeinsam getroffen worden. Die Grünen setzten sich im Rat mit einem Dringlichkeitsantrag zumindest teilweise durch: Danach soll sich das Rechnungsprüfungsamt an Überprüfungen bei den städtischen Beteiligungsgesellschaften AVG und Abfallwirtschaftsbetrieben beteiligen. Außerdem soll das Amt das Zustandekommen von Verträgen zwischen der Stadt und Abfallentsorgungsfirmen in den Jahren 1991 bis 2001 unter die Lupe nehmen. (map)

Grünen-Ratscherr

Harald Junge

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat PDS fordert Offenlegung

Für die PDS forderte Ratscherr Jörg Detjen, die "kompletten Akten" sowohl zum Bau der Müllverbrennungsanlage als auch zur Privatisierung der Abfallwirtschaftsbetriebe und der Gründung der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft offen zu legen. "Eine Rechnungsprüfung allein reicht nicht aus", betonte Detjen. Die Verwaltung solle prüfen, ob die Verträge mit der Entsorgungsfirma Trienekens gekündigt werden könnten. "Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um sich aus den Klauen von Trienekens und RWE zu befreien", sagte Jörg Detjen. Er fragte außerdem, warum die damaligen Aufsichtsratsmitglieder der betroffenen Gesellschaften sich die Verträge nicht genauer angesehen hätten. (map)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat Schramma richtete Stab ein

Oberbürgermeister Fritz Schramma hat mit dem städtischen Antikorruptionsbeauftragten und dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes an der Spitze einen Stab eingerichtet, der helfen soll, die Affäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage "ohne Rücksicht auf Parteien, Ämter und Personen rückhaltlos aufzuklären". Er habe die "maßgeblichen Funktionsträger von damals und heute" aufgefordert, zur Aufklärung beizutragen, falls sie Kenntnisse über die Vorgänge beim MVA-Bau hätten. Schramma erklärte, er lasse außerdem rechtlich prüfen, wie der Verwaltung bei der Gestaltung künftiger Gesellschafterverträge "weitestgehende Prüfkompetenzen eingeräumt werden könnten". Der Oberbürgermeister beklagte, dass die Politik durch die Spendenaffäre großen Schaden davontragen werde, "denn vielfach geäußerte Vorurteile werden erhärtet, und aus dem Vorurteil wird immer mehr ein Urteil". Er werde immer schwerer, junge Menschen für Politik zu interessieren. Es sei allerdings "völlig fehl am Platz", die Schuld beim anderen zu suchen, denn "der Schaden, die fortschreitende

Politikverdrossenheit, betrifft uns alle". Schramma erklärte, er werde das Thema "Ehrenkodex für Mandatsträger" weiter forcieren. (map)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 08.03.2002

Der Spendenskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage beschäftigte den Rat SPD sieht Ehrenamt verunglimpft

Für SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen war es nach eigenen Worten "die schwierigste Rede, die ich in 27 Jahren halten musste". Er betonte den Willen der Partei, die Spendenaffäre um Ex-Fraktionschef Norbert Rütther und den ehemaligen Schatzmeister Manfred Biciste "ohne wenn und aber rückhaltlos aufzuklären". Die "zu Recht erfolgten Rücktritte" der beiden Politiker seien erste Ergebnisse dieser Aufklärungsarbeit. Lüttgen nannte es "dramatisch", dass durch den Spendenskandal "die über Jahrzehnte geleistete ehrenamtliche Arbeit vieler Genossen verunglimpft wird". Es müsse zumindest alles unternommen werden, um verloren gegangenes Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen. "Es darf nicht sein, dass die Verfehlungen von ein bis zwei Personen aus dem Rat dazu beitragen, dass solch ein Image entsteht", sagte der Fraktionsvize. Der Forderung von CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann nach einer öffentlichen Erklärung, dass alle Ratsmitglieder, die in die Affäre verwickelt seien, ihr Mandat niederlegen müssten, kam Lüttgen nicht nach. Diese Frage werde in einem parteiinternen Klärungsprozess "auch für die Öffentlichkeit zufriedenstellend beantwortet werden", erklärte Lüttgen. (map)

SPD-Fraktionsvize

Heinz Lüttgen

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 09.03.2002

SPD fürchtet Folgen des Spendenskandals

Auch die NRW-CDU prüft ihre Einnahmen - Ermittler durchsuchten AVG-Büros

Die Kölner SPD-Ratsfraktion entdeckte eine schwarze Kasse, geführt von Heugel und Rütther.

Köln - Während sich in Berlin führende SPD-Politiker sorgten, dass der Kölner Spendenskandal der gesamten Partei schaden könnte, durchsuchten Staatsanwaltschaft und Polizei gestern Mittag die Büros der Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) Köln, die die Müllverbrennungsanlage betreibt. Die Beamten stellten zahlreiche Kartons mit Akten sicher.

Führende Sozialdemokraten bezeichneten den Kölner Skandal als "eine Katastrophe" für den bevorstehenden Wahlkampf. Mehr als 60 Prozent der Deutschen glauben nach einer Forsa-Umfrage, der Spendenskandal werde Bundeskanzler Gerhard Schröder schaden. Bundespräsident Johannes Rau, jahrelang SPD-Landesvorsitzender in NRW, wies Unterstellungen zurück, er könnte etwas von den Kölner Machenschaften gewusst haben. Die CDU in Nordrhein-Westfalen will vorsichtshalber ihre Spendeneingänge auf illegale Vorgänge überprüfen.

Nach Erkenntnissen des "Kölner Stadt-Anzeiger" gibt es weitere personelle Verbindungen zwischen Trienekens und Schweizer Briefkastenfirmen. So ist der Geschäftsführer der Trienekens Schweiz AG auch im Verwaltungsrat der Stenna Umwelttechnik AG, über die nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft Millionen an unterschlagenen Geldern geflossen sein sollen. Wegen der Vorwürfe gegen die Trienekens AG hat der Trienekens-Aufsichtsratsvorsitzende Bernard M. Kemper eine umfassende interne Prüfung des Entsorgungsunternehmens angeordnet. Kemper ist zugleich Vorstandsvorsitzender der RWE Umwelt AG. Der Trienekens-Aufsichtsrat ist für Mitte nächster Woche zu einer Sondersitzung einberufen worden.

Die Kölner SPD-Ratsfraktion räumte gestern ein, dass über Jahre eine schwarze Kasse existierte, die offenbar allein vom zurückgetretenen Fraktionschef Norbert Rütther und seinem Vorgänger Klaus Heugel verwaltet wurde. In dem Depot liegen 92 000 Euro - seit 1993 wurden allerdings keine Kontenbewegungen mehr festgestellt. (EB, dpa)

Politik Seite 5 , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Mit einer ganzen Ladung Kartons rückte die Kölner Staatsanwaltschaft an, um bei der Abfallverwertungsgesellschaft Akten zu beschlagnahmen. BILD: STINAUER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 09.03.2002

Der Müllskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage bringt viel Merkwürdiges ans Licht

AVG-Zentrale in Niehl durchsucht

Ermittler wollen Akten zum Bau der Müllverbrennungsanlage prüfen

In der Spenden- und Korruptionsaffäre wird inzwischen gegen rund ein Dutzend Verdächtige ermittelt.

VON TIM STINAUER UND AXEL SPILCKER

Die Beamten in Zivil ließen sich Zeit. Stundenlang suchten die Mitarbeiter der Sonderkommission "Niehl" am Freitag in der Zentrale der Abfallverwertungs- und Entsorgungsgesellschaft AVG Akten zur Müllverbrennungsanlage (MVA) zusammen. Die Ermittler interessierten sich insbesondere für Ausschreibungsunterlagen,

Verträge mit dem Erbauer des Mülofens, dem Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller, und anderen Firmen. Polizei und Staatsanwaltschaft wollen prüfen, ob es bei der Auftragsvergabe zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

Wie die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Regine Appenrodt, mitteilte, wird in der Spenden- und Korruptionsaffäre inzwischen gegen mehr als ein Dutzend Verdächtige ermittelt, darunter gegen zwei ehemalige Manager der stadtnahen AVG. Der Ex-AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann soll während der Bauphase vier Millionen Euro mit Hilfe überhöhter Rechnungen bekommen haben.

Der Verdacht: Drei Steinmüller-Manager sowie Verantwortliche der Bonner EVB Entsorgung und Verwertung Bonn, einer Trienekens-Tochter, sowie der ABB Kraftwerksleittechnik GmbH Mannheim sollen laut Staatsanwaltschaft das Schmiergeld-Karussell inszeniert haben.

Als einer der beiden Hauptakteure galt bislang der inhaftierte Ex-Steinmüller-Manager Sigfrid Michelfelder. Er soll sieben Millionen Euro aus der Firmenkasse veruntreut haben. Die Staatsanwaltschaft hatte diese Summe beschlagnahmen wollen. Wie Michelfelders Verteidigerin mitteilte, hat das Amtsgericht den so genannten dinglichen Arrest aufgehoben. Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt erklärte, die Ermittlungsrichtung hätte sich inzwischen geändert. Gegen Michelfelder werde nun wegen des Verdachts der Vorteilsgewährung oder Bestechung ermittelt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.03.2002

Der Müllskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage bringt viel Merkwürdiges ans Licht

"Schwarze Kasse" bei der SPD entdeckt

Die SPD-Fraktionsspitze bestreitet einen Zusammenhang mit der Spendenaffäre.

VON MATTHIAS PESCH

Der zurückgetretene SPD-Fraktionschef Norbert Rütger beschert seinen Parteifreunden weiteren Ärger: Rütger und sein Vorgänger Klaus Heugel haben, wie jetzt bekannt wurde, offenbar über Jahre ein "Geheimkonto" geführt. Nach Angaben von Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich befanden sich in dem Depot zuletzt schätzungsweise rund 92 000 Euro; seit 1993 habe es allerdings keine Einzahlungen mehr auf dem Konto gegeben. Rütger selbst hatte Herterich die "ziemlich ungeordneten" Unterlagen übergeben. Erst einen Tag später kam die Geschäftsführerin dazu, sie durchzusehen. Schnell sei ihr klar geworden, dass es sich um ein Geheimkonto handeln musste. Was es genau mit dem Geld auf sich hat, untersucht derzeit ein Wirtschaftsprüfer. So viel scheint allerdings klar: Bei der Einlage handelt es sich zum einen um Geld, das Fraktionsmitglieder nach üblicher Praxis über Jahre hinweg freiwillig an die Fraktion abgegeben haben. Zum anderen wurden vermutlich ungerechtfertigte Rücklagen aus städtischen Zuwendungen angehäuft, die nicht ausgegeben wurden. "Mit dem aktuellen Spendenskandal hat dies nichts zu tun", versichern sowohl Herterich als auch Fraktionsvize Heinz Lüttgen, die bereits Oberbürgermeister Fritz Schramma über die Existenz der "schwarzen Kasse" informiert haben. Schramma beauftragte seine im Zuge des Spendenskandals eingerichtete Stabsstelle beim Rechnungsprüfungsamt damit, die Unregelmäßigkeiten aufzuklären.

Zu Spekulationen, bei dem Konto handele es sich um die Kriegskasse des rechten Parteiflügels, sagte Herterich: "Das kann ich nicht beurteilen. Vielleicht war das die Kriegskasse. Ich weiß das aber nicht." Über Details, wie sich das aus städtischen Zuwendungen "gehörtete" Geld angesammelt hat, kann Herterich momentan nur spekulieren. Heute bekomme die Fraktion für ihre Arbeit Pro-Kopf-Zuwendungen von der Stadt, im Jahr etwa

eine Million Mark. Unter bestimmten Bedingungen sei es erlaubt, Rücklagen bis zu einer gewissen Höhe zu bilden. Generell gelte aber, dass die Fraktion Zuschüsse, die sie nicht benötige, wieder an die Stadt zurückführen müsse. Zu der Zeit, in der die schwarze Kasse vermutlich angelegt worden sei, wurde laut Herterich anders abgerechnet, nach Einnahmen- und Ausgaben-rechnungen, die die Stadt damals nur schwer habe kontrollieren können. Vermutlich sei zu einem früheren Zeitpunkt, als die Stadt die Fraktionen aufforderte, ihre Rücklagen abzubauen, dies nicht passiert, sondern Geld auf dem Geheimkonto deponiert worden. Zeitweise sollen bis zu 250 000 Mark in dem Depot gelegen haben. Die Kontoauszüge, heißt es, wurden den Fraktionschefs direkt nach Hause geschickt.

Herterich hat in der zurückliegenden Woche drei Mal telefonischen Kontakt zu Rüter gehabt. So hatte er sie gebeten, für ihn Termine bei OB Schramma und Landtagspräsident Ulrich Schmidt zu machen, um seine Rücktritte zu erklären. Außerdem hatte er sie gebeten, dass sie ihm sein privates Telefonbuch nach Hause bringt. Herterich: "Letzteres habe ich abgelehnt. Ich sagte ihm, ich wolle ihn nicht sehen und habe es mit der Post geschickt." Rüter ist noch im Besitz von Handy und Schlüssel der Fraktion.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.03.2002

Weitere Spur führt in die Schweiz

Ermittler: Leistungen abgerechnet, die nicht erbracht wurden

Neue Hinweise über die Verwicklungen von Trienekens-Managern in das Schweizer Schmiergeld-Karussell.

VON AXEL SPILCKER

Die Schweizer-Schmiergeld-Connection - sie wird immer undurchsichtiger. Nun wurde bekannt, dass die Verbindungen des Viersener Müll-Multis Trienekens zu den Schweizer Briefkasten-Firmen, über die Millionensummen an Bestechungsgeldern geflossen sein sollen, enger ist als angenommen.

Nach Recherchen des "Kölner Stadt-Anzeiger" sitzt der Geschäftsführer der Trienekens Schweiz AG, Arthur A. Hofmann, aus dem Graubündner Örtchen Flims im Verwaltungsrat der Domizilgesellschaft Stenna Umwelttechnik AG.

Für die Kölner Staatsanwaltschaft spielt die Firma eine Hauptrolle in der Korruptionsaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage. So sollen der für den Bau des Kölner Müllofens zuständige Steinmüller-Manager Sigfrid Michelfelder und sein Kollege Jörgen B. auf Konten dieser Firma sieben Millionen Euro geschleust haben. Die Geldflüsse erfolgten offenbar in mehreren Tranchen zu zwei Millionen Euro.

Offiziell sollen die Geldflüsse als Vergütung für erbrachte Leistungen auf dem Feld Engineering- und Consulting deklariert worden sein. Entsprechende Abrechnungen mit dem eidgenössischen Unternehmen sollen durch die beiden Manager abgezeichnet worden sein. Nach Auffassung der Ermittler wurden aber Leistungen abgerechnet, die nicht den Tatsachen entsprachen. Die Rechnungen waren fingiert und dienten einzig dem Zweck, den Rückfluss der Millionen nach Köln zu verschleiern. Wohin die Gelder flossen, ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft derzeit noch unklar. Zunächst bestand der Verdacht, die Steinmüller-Manager hätten sich über den Schweizer Umweg die eigenen Taschen gefüllt. Nun taucht aber laut Staatsanwaltschaft der Verdacht auf, dass man mit Hilfe dieser Gelder Entscheidungsträger des Müllofen-Betreibers nachträglich für den Zuschlag bei der Auftragsvergabe belohnte.

Zuschlag bei der Auftragsvergabe belohnte.

Auffällig ist, dass die Briefkastenfirma Stenna auch bei Ermittlungen gegen Verantwortliche der Trienekens AG eine Rolle spielt. So soll der bundesweit größte Abfallentsorgungs-Konzern laut einem Durchsuchungsbeschluss mindestens 375 000 Euro an die Stenna Umwelttechnik ohne erkennbare Gegenleistungen überwiesen haben. In diesem Fall prüft die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Steuerhinterziehung, sollte der Viersener Müll-Multi die Betriebsausgabe beim Fiskus geltend gemacht haben. Und Zufall oder nicht: Im Verwaltungsrat der Stenna sitzt auch der Schweizer Trienekens-Manager Hofmann. Der ließ dieser Tage wissen, dass die Firma bereits auf Grund eines Rechtshilfeersuchens deutscher Behörden durch die Schweizer Justiz unter die Lupe genommen worden war. Hofmann protestierte dieser Tage gegen den Verdacht, er habe an Schmiergeld-Zahlungen mitgewirkt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.03.2002

KOMMENTAR / GEHEIMKONTO

Verheerend

Es vergeht derzeit kaum ein Tag ohne neue Enthüllungen über illegale oder zumindest dubiose finanzielle Machenschaften in der Kölner SPD. Die Existenz einer "schwarzen Kasse", die nach dem derzeitigen Erkenntnisstand allein die ehemaligen Fraktionschefs Heugel und Rüter verwalteten, habe nichts mit dem

Spendenskandal zu tun, betont die Fraktionsspitze. Das ist gut möglich, denn in den Jahren, in denen illegale Spenden oder Bestechungsgelder geflossen sein sollen, scheint es auf dem Geheimkonto keine Eingänge mehr gegeben zu haben. Dennoch muss darüber letzte Klarheit geschaffen werden, die der beauftragte Wirtschaftsprüfer hoffentlich möglichst bald liefern kann.

Doch selbst wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, dass es keinerlei direkten Zusammenhang zwischen Geheimkonto und Spendenskandal gibt, liefert die neueste Affäre einen weiteren Beweis, wie selbstherrlich und unverantwortlich einzelne Mandatsträger mit ihnen anvertrauten Geldern umgehen. Für das Image von Politik und Politikern ist das eine wie das andere verheerend.

MATTHIAS PESCH

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.03.2002

Der Müllskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage bringt viel Merkwürdiges ans Licht

Biciste verweigerte Annahme

Laut Rechtsanwalt Birkenstock hätte der Spendensumpf noch tiefer sein können - vor drei Jahren soll Biciste 50 000 Mark von Rüter abgelehnt haben.

Nach den Worten von Reinhard Birkenstock, dem Verteidiger des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste, soll sein Mandat Ende 1999 die Annahme von 50 000 Mark verweigert haben. Norbert Rüter hätte Biciste seinerzeit angewiesen, das Geld in bekannter Manier in kleineren Tranchen in die Parteikasse einzuzahlen und über die Summen Spendenquittungen auszustellen. Durch die Berichterstattung über die Spendenaffäre um Helmut Kohl sei Biciste jedoch hellhörig geworden. Ihm sei klar geworden, dass diese Methode illegal sei - die 50 000 Mark habe er zurückgewiesen.

Unterdessen hat Rechtsanwalt Birkenstock der Oberfinanzdirektion die Liste übergeben, auf der die 38 Empfänger der Spendenquittungen verzeichnet sind. Der Rechtsanwalt betonte, die Liste sei ein Unikat. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende Rüter hatte die aktuelle Affäre mit einer verschleierte Großspende des Entsorgungsunternehmens Trienekens ausgelöst. Unter Rüthers Regie sollen rund 261 000 Euro in unverdächtige kleinere Summen aufgeteilt, an 38 Parteimitglieder gegangen und von diesen "gespendet" worden sein - gegen Quittung fürs Finanzamt. (ts)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 11.03.2002

Schröder will in Köln hart durchgreifen

Ex-CDU-Mitarbeiter wirft seiner Partei Spenden-Stückelung vor

Der frühere SPD-Abgeordnete Karl Wienand soll Steinmüller und Trienekens beraten haben.

VON UNSERER REDAKTION

Köln/Magdeburg - Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat sich überzeugt davon gezeigt, dass sich die Spendenaffäre der Kölner SPD örtlich begrenzen lässt. In Magdeburg kündigte der SPD-Vorsitzende ein hartes Durchgreifen gegen beteiligte Genossen an. "Die Verantwortlichen sind gegangen oder werden aus der Partei entfernt." Peter Struck, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, sagte, er habe keine Hinweise auf eine Verwicklung von Bundesabgeordneten der SPD in die Spendenaffäre. "Ich habe mit den Abgeordneten aus Köln gesprochen, und sie haben mir versichert, dass sie nicht in die Sache verwickelt sind."

Der "Spiegel" hatte berichtet, unter den 42 SPD-Persönlichkeiten, die fingierte Spendenquittungen erhalten haben, um durch Stückelung Großspenden an die Kölner Partei zu verschleiern, seien auch Bundestagsabgeordnete. Eine Spur soll zum ehemaligen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand führen. Der Ex-Politiker, 1996 wegen Spionage für die DDR verurteilt, soll jahrelang den Anlagenbauer Steinmüller und das Entsorgungsunternehmen Trienekens beraten haben.

Kölns SPD-Parteichef Jochen Ott kündigte rückhaltlose Aufklärung an, stellte aber klar, er wolle niemanden an den Pranger stellen. Eine Parteiinstitution, die mit den Kölner Vorgängen nichts zu tun habe, müsse die Affäre aufklären.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, früher SPD-Chef in NRW, wies in Magdeburg Vorwürfe der Union zurück: "Ich stehe hier mit gutem Gewissen und sauberen Taschen." Das Präsidium der Landes-SPD wird sich mit der Kölner Affäre am heutigen Montagabend befassen. SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier kündigte an, die Kontrolle bei Spendeneinnahmen verschärfen zu wollen.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer kritisierte "Geheimniskrämerei" der SPD. Nach den Worten ihres Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU) empfindet die Union keine "Häme oder Schadenfreude" wegen der Affäre und wird diese nicht im Wahlkampf "instrumentalisieren". CDU-Vorsitzende Angela Merkel griff die SPD jedoch an: "Schröder hat mitzuverantworten, dass in seinen Reihen ein riesiger Korruptionsskandal im Gange ist."

Der Aufsichtsrat der Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) Köln, die die Müllverbrennungsanlage betreibt, kündigte nach einer Sondersitzung an, er werde vorbehaltlos mit Staatsanwaltschaft und städtischem Rechnungsprüfungsamt zusammenarbeiten. Zudem will man eine garantiert unabhängige Prüfungsgesellschaft beauftragen.

Die Kölner CDU sieht sich nun auch mit dem Vorwurf der Spenden-Stückelung konfrontiert. Ein Ex-Mitarbeiter der CDU-Kreisgeschäftsstelle behauptet, drei Bareinzahlungen über insgesamt 67 000 Mark seien so gestückelt worden, dass sie nicht mehr unter die Veröffentlichungspflicht des Parteispendengesetzes fielen.

CDU-Mitgliedern seien dafür Spendenquittungen ausgestellt worden. Kölns CDU-Chef Richard Blömer bestreitet die Vorwürfe. Er sieht darin die Rache eines entlassenen Mitarbeiters. CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers versprach im Fernsehen, seine Kölner Parteifreunde würden am heutigen Montag alle Akten vorlegen und den Verdacht mit völliger Transparenz ausräumen.

Tagesthema Seite 2

Kommentar S. 4 , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 11.03.2002

Bekanntnis zur Zusammenarbeit

Sondersitzung bei der AVG

Der Aufsichtsrat der Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) Köln hat in seiner Sondersitzung beschlossen, vorbehaltlos mit Staatsanwaltschaft und städtischem Rechnungsprüfungsamt zusammenzuarbeiten.

Am Freitag waren Polizei und Staatsanwaltschaft mit einem Durchsuchungsbeschluss bei der AVG aufmarschiert und hatten kartonweise Akten im Zusammenhang mit dem Spendenskandal um den Bau der von der AVG betriebenen Müllverbrennungsanlage beschlagnahmt. Der Aufsichtsrat beschloss, der Staatsanwaltschaft zur Prüfung der Akten seine vorbehaltlose Bereitschaft zur Zusammenarbeit anzubieten. Gleiches gelte für das städtische Rechnungsprüfungsamt.

Unabhängig davon will der Aufsichtsrat eine externe Prüfung der Gesellschaft zu folgenden Punkten durchführen: Unterlagen zur Planungsvorbereitung, Vorprojekt-Studie, Unterrichtung über die Restmüllverbrennungsanlage gemäß § 5 UVP, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Genehmigungsunterlagen, Auftragsdurchführung, Auftragsrechnungsstellung und -abrechnung, Auftragsdokumentation, Ordnungsmäßigkeit der Handlungen der AVG, Beteiligung an dolosen (arglistigen, die Red.) Handlungen, Bestandsunterlagen und Belegkonformität und schließlich Hinweise auf Unregelmäßigkeiten.

Um gar nicht erst den Anschein von Vertuschung aufkommen zu lassen, sollen Vertragsgespräche mit mindestens zwei Prüfungsgesellschaften geführt werden, die zusichern können, dass sie bisher weder bei der AVG noch bei der Stadt Köln oder einer ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungsgesellschaften, noch bei einem der Gesellschafter der AVG oder Beteiligungsunternehmen der Gesellschafter, mit dem die AVG in vertraglicher Beziehung steht, tätig geworden sind.

Wert legte der Aufsichtsrat auch darauf, dass ihm zukünftig entscheidungsreife Vertragsunterlagen zur Genehmigung und Freigabe vorgelegt werden. Außerdem verpflichtete er die Geschäftsführung, ihn unmittelbar über das Ergebnis der Prüfungen zu unterrichten. Er werde anschließend die erforderlichen sachlichen und personellen Konsequenzen beschließen. (EB)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 11.03.2002

Noch kein Termin für Rütters

Vernehmung

Ex-Kassierer Biciste will nichts mehr sagen

Ex-Kassierer Biciste will nichts mehr sagen

Der Ex-Schatzmeister der SPD, Manfred Biciste, will in Kürze wieder an seiner Schule unterrichten.

VON PETER BERGER

Der Drahtzieher des SPD-Parteispendenskandals schweigt weiter beharrlich. Seine Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft steht noch aus. Ex-SPD-Fraktionschef Norbert Rüter hat jeden Kontakt mit seinen ehemaligen Parteifreunden abgebrochen. Nur Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich hat nach Informationen des Stadt-Anzeigers sporadisch Kontakt mit ihrem ehemaligen Chef. Wann er vernommen wird, konnte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt nicht sagen.

Unterdessen hat der ehemalige SPD-Schatzmeister Manfred Biciste weitere Einzelheiten der Geldwäsche, bei der in fünf Jahren rund 260 000 Euro auf illegale Weise in die Parteikasse transferiert wurden, erläutert. Die ersten 75 000 Mark habe Rüter ihm in großen Scheinen im Frühsommer 1994 in einem Briefumschlag übergeben. Woher das Geld stamme, darüber habe er sich keine Gedanken gemacht. Weitere Umschläge seien in den folgenden Jahren nach dem gleichen Schema gefolgt. Gemeinsam habe man nach den anonymen Geldgeschenken darüber nachgedacht, wen man mit einer Spendenquittung ausstatten könne, um das Geld ordnungsgemäß zu verbuchen. "Ich will mein Verhalten keinesfalls bagatellisieren", sagte Biciste gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". "Weitere Einzelheiten kann ich in der Öffentlichkeit nicht nennen, weil das für mich juristische Folgen haben kann." Sein Anwalt habe ihm geraten, erst einmal die Vernehmung Rüthers abzuwarten.

Biciste und Rüter: Ihre Geldwaschanlage funktionierte reibungslos - bis zum Freitag vorletzter Woche. Da feierte Biciste in fröhlicher Runde mit befreundeten Genossen seinen 57. Geburtstag, und Norbert Rüter war, wie ein Ratsmitglied hautnah miterlebte, "als ich so gegen neun Uhr eintraf, schon kräftig angeschlagen. So habe ich ihn noch nie erlebt. Ich habe ihn noch vor Mitternacht aus der Tür bugsiert, damit die Angelegenheit nicht aus dem Ruder läuft."

An diesem Abend, erinnert sich Biciste, habe Rüter auch erste Andeutungen gemacht, dass etwas nicht stimmt. Die Bombe platzte dann am nächsten Tag im Queens Hotel in Lindenthal. Dort habe Rüter ihm mitgeteilt, er werde alles offen legen. Parteichef Jochen Ott wurde noch am Samstag bei einem DGB-Wandertag von Rüter per Handy alarmiert. "Er hat mich am Abend zu sich zitiert", erinnert sich Ott. Nach der Rüter-Beichte sei er "wie vor den Kopf geschlagen" gewesen. Aus welcher Quelle die Rüter-Gelder stammen, weiß Biciste nach eigenen Angaben aber bis heute nicht.

In den vergangenen Tagen habe er viel Zuspruch von Parteifreunden erfahren, betonte Biciste. Er wisse um die Schwere seines Vergehens, werde sich aber dennoch nicht aus der Öffentlichkeit zurückziehen. "Ich bin noch krankgeschrieben", sagte der Ex-Schatzmeister: "Aber ich werde in Kürze wohl wieder in der Schule unterrichten. Auch wenn mir dieser Weg sicher nicht leicht fallen wird."

internet www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 12.03.2002

Neue Beweise für Korruption

Die Firma Steinmüller erhielt mit drittbestem Angebot den Zuschlag

Über höchst merkwürdige Praktiken beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage berichtet ein ehemaliger leitender Mitarbeiter der Firma, die für die Überwachung des Baus verantwortlich war.

VON UNSERER REDAKTION

Köln/Berlin/Düsseldorf - Was Robert E. Hinder, ehemaliger Mitarbeiter der Ecoling AG in der Schweiz, im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" erzählte, wird die Kölner Staatsanwaltschaft brennend interessieren. Seine Aussagen stützen den Verdacht der Ermittler, dass beim Bau der Müllverbrennungsanlage Bestechung im Spiel war.

Hinder legte Beweise vor, nach denen die Firma Steinmüller, die später den Zuschlag erhielt, nach der Bewertung aller Angebote nur auf Platz drei lag. Der Projektleiter der Firma Steinmüller habe ihm daraufhin angedeutet, jetzt müsse man eben "politisch aktiv werden" - offensichtlich erfolgreich, denn Steinmüller kam ja auch zum Zuge. Während der Bauzeit habe die Ecoling AG der Firma Steinmüller zudem eine Mängelliste mit einem Umfang von fünf Millionen Euro übergeben. Ein Ecoling-Mitarbeiter, der immer wieder auf die mangelhafte Bauausführung aufmerksam gemacht habe, sei von der AVG-Geschäftsführung kurzerhand zur "unerwünschten Person" erklärt worden. Hinder bestätigte, dass es Verbindungen zwischen der Ecoling AG und der Stenna Umwelttechnik AG gibt, der zweiten von drei Schweizer Firmen, über die Bestechungsgelder in Höhe von 14,5 Millionen Euro geflossen sein sollen.

Hanns Schaefer, der Vorsitzende des rund 20 000 Mitglieder zählenden Kölner Haus- und Grundbesitzervereins, kündigte an, er werde gegen die "durch Unregelmäßigkeiten unnötig verteuerten Müllgebühren" klagen. Auch die Bürgerinitiative "Kimm" kritisierte die hohen Gebühren - und dass der Kölner Rat damals nicht genügend über die Kosten der MVA informiert worden sei.

Blick Seite 3 , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Klage gegen die hohen Müllgebühren

Hausbesitzer und die Kimm kritisieren überteuerte MVA - Neue Kalkulation gefordert

Korruption habe die Kosten in die Höhe getrieben, sagen die Vermieter.

VON BARBARA A. CEPIELIK

"Unsere Mitglieder und ihre Mieter wollen nicht für Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Müllverbrennungsanlage zahlen." So begründet Hanns Schaefer vom Haus- und Grundbesitzerverein seine Absicht, gegen die Müllgebühren zu klagen. Weil die Müllverbrennungsanlage zu groß und damit zu teuer geworden sei, und weil darüber hinaus Bestechungsgelder geflossen seien, die den Preis weiter in die Höhe geschraubt hätten, so der Vereinsvorsitzende, müsse die Gebührenkalkulation überdacht werden - mit dem Ziel, sie zu senken.

Die Rechtsabteilung des Vereins prüfe derzeit die Möglichkeiten für die Gebührenzahler, sagte Schaefer. Die Fixkosten für Bau und Betrieb der MVA in Niehl machen den größten Anteil der Müllgebühren aus. Schaefer sieht sich bestärkt durch NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn, die am Wochenende gesagt hatte, die Hälfte der Menschen in NRW zahlten zu viel Müllgebühren, weil sie die Überkapazitäten der Müllöfen mitfinanzierten. Und er ist optimistisch, was das Ende des juristischen Streits angeht: Auch seine früheren Klagen wegen der Abwasser- und der Müllgebühren seien - allen Skeptikern zum Trotz - erfolgreich gewesen.

Auch die Kölner Initiative Müllvermeidung statt -verbrennung findet, die Bürger müssten überhöhte Gebühren zahlen. Die Initiative habe sich damals nicht gegen die MVA durchsetzen können, "weil viel korruptes Geld im Spiel war", sagte Kimm-Sprecher Rainer Zinkel. Die Kimm wirft dem damaligen Ober- stadtdirektor Lothar Ruschmeier (SPD) vor, er habe den Rat nicht ausreichend über die Höhe der Planungs- und Baukosten der MVA informiert und damit gegen die Gemeindeordnung verstoßen.

Wenn die Müllverbrennungsanlage um rund 15 Millionen Euro teurer geworden ist, weil Schmiergelder in dieser Höhe flossen, dann haben die Kölner diese Summe über ihre Abfall-Gebühren mitfinanziert. Könnten sie - wenn alle Verfahren um die Bestechung abgeschlossen sind - mit einer Rückzahlung rechnen? Schön wäre es. Doch die Sache ist komplizierter. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" bat den Experten für Verwaltungsrecht, Professor Heribert Johlen, um ein juristisches Was-wäre-wenn?

Zunächst einmal müssten die mit den Millionen Bestochenen überführt werden - und sie müssten das Schmiergeld zurückgeben. Eine eher theoretische Vorstellung. Trotzdem: Sollte das tatsächlich geschehen - an wen sollte das Geld gehen? An das Unternehmen, das gezahlt hat? An die Stadt? Oder an den Staat?

Das Unternehmen könnte behaupten, die Schmiergeld-Summe habe zum üblichen einkalkulierten Gewinn gehört - und die Anlage wäre mitnichten teurer als üblich gewesen. Dann wären die Gebührenpflichtigen nicht zusätzlich belastet. Oder man müsste dem Unternehmen das Gegenteil beweisen.

Flösse das Geld tatsächlich direkt zurück an die Stadt, dann begänne im Rathaus die Rechnerei. Welcher Teil der Herstellungskosten wird abgeschrieben und fließt in die Gebührenkalkulation ein? Und: Welchen Anteil daran wiederum hat die Bestechungssumme? Legt man zugrunde, dass die MVA rund 510 Millionen Euro gekostet hat und dass umgerechnet 15 Millionen Euro Schmiergeld gezahlt wurden - dann würde die Bestechungssumme davon 2,9 Prozent ausmachen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Mandatsträger sollen sich erklären

SPD-Schatzmeister Manfred Biciste hat gestern seinen Parteiaustritt erklärt.

Ex-Geschä

Willen des NRW-Vorstands ausgeschlossen werden.

VON AXEL SPILCKER, PETER BERGER UND MATTHIAS PESCH

Allen 109 Mandatsträgern der Kölner SPD im Stadtrat, in den neun Bezirksvertretungen, im Unterbezirksvorstand und in der Kontro

SPD zugestellt. Sie sollen bis Montag kommender Woche eine Erklärung abgeben, dass sie sich an der Spendenpraxis nicht beteil

Schatzmeister Martin Börschel gestern Abend nach der Sitzung des Unterbezirksvorstands. Bei all denen, die diese Erklärung nicht einschalten, die am Freitag ins Leben gerufen wird. Dieses Gremium unter Leitung des ehemaligen Justizministers Prof. Jürgen Sc eine Einzelfallprüfung vornehmen. Die Kommission werde dann dem Landesvorstand empfehlen, gegen welche SPD-Mandatsträger "Wir wollen so den SPD-Mandatsträgern die Gelegenheit geben, sich von dem Generalverdacht zu befreien", sagte Jochen Ott. Die Rechtsstaat, und ich werde es nicht zulassen, dass SPD-Mitglieder nur aufgrund einer Liste gejagt werden, die ein Hauptbeschuldige Alles dreht sich um die Liste. Die Liste, auf der Ex-SPD-Schatzmeister Manfred Biciste aus der Erinnerung die Namen derjenigen n diese möglicherweise steuermindernd beim Finanzamt geltend gemacht haben. Als Beispiel, wie schnell man in Misskredit geraten könne, führte Ott den SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksvertretung Kalk, Flugblatts einen Rechtsstreit für die Partei auszufechten und die Anwaltskosten in Höhe von 1850 Mark aus der eigenen Tasche be zugesichert", so Ott. Darauf habe Theison verzichtet und statt dessen von Manfred Biciste eine Spendenquittung über 2000 Mark e Fall beweise, so Ott, dass die Biciste-Liste allein nicht zum Maßstab gemacht werden könne. Auf der Liste taucht auch der Name des SPD-Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann auf. Er bestätigte gestern, er habe eine Qu betrachtet und fühle sich jetzt als "Trojanisches Pferd für Norbert Rüter". Die anderen 15 Mandatsträger der Kölner SPD auf Europ Quittungen bekommen haben, erklärte SPD-Landesvorsitzender Harald Schartau gestern in Düsseldorf. Zwei Schlüsselfiguren in der Kölner Spendenaffäre sollen aus der SPD ausgeschlossen werden Der Vorstand der SPD will der Sc Zwei Schlüsselfiguren in der Kölner Spendenaffäre sollen aus der SPD ausgeschlossen werden. Der Vorstand der SPD will der Sc Ex-Geschäftsführer Arno Carstensen, der seit 1. Dezember bei der Stadtparkasse arbeitet, das Parteibuch zurückzuverlangen. Bic aus der Partei.

www.ksta.de/spendenskandal

Warnung: Datensatz K-KB-2002-03-13-alt_lo-1a existiert nicht in redarchivdb.KBMANT,redarchivdb.KBREGIO,redarchivdb.KBSPORT,redarchivdb.KBXEXP R,redarchivdb

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 12.03.2002

Fraktionsvize half Rüter

NRW-Präsidium der SPD setzt in Kölner Affäre Kommission ein

Parteichef Harald Schartau befürchtet andernorts ähnliche Verfehlungen wie in Köln.

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf Der Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marc Jan Eumann hat eine Spendenquittung erhalten, ohne eine Spende zu leisten. Das ergaben die mit Spannung erwarteten Ehrenerklärungen der insgesamt 16 Kölner SPD-Mandatsträger auf Bundes-, Landes- und Europaebene sowie die der aus Köln stammenden Funktionäre im Landesverband. Eumann teilte dem Landesvorstand seiner Partei mit, er fühle sich als "trojanisches Pferd" vom Kölner Fraktionschef Norbert Rüter missbraucht. Er sei davon ausgegangen, dass er die Spendenquittung für Leistungen an die Partei erhalten habe. Der SPD-Landesvorsitzende Harald Schartau kündigte nach einer Präsidiumssitzung der NRW-SPD gestern Abend die Einsetzung einer Feststellungskommission an, in der der Präses der EKD, Jürgen Schmude, und der Richter am Bundesarbeitsgericht, Franz-Josef Düwell, Einzelheiten der Kölner Spenden-Affäre nachprüfen sollen. In Köln sollen bis nächste Woche Montag 109 SPD-Mandatsträger im Rat und in den Bezirksvertretungen sowie Funktionäre des Unterbezirksvorstandes eine Ehrenerklärung abgeben. Gegen den Geschäftsführer des Unterbezirks Arno Carstensen und den ehemaligen Schatzmeister Manfred Biciste wird ein SPD-internes Ausschlussverfahren eingeleitet. Biciste kam einem Rauswurf gestern allerdings durch Parteiaustritt zuvor. Die Bundespartei prüft zudem rechtliche Schritte gegen Norbert Rüter. "Wir werden alles tun, um uns zumindest finanziell schadlos zu halten", sagte Schartau. Bis zum Wochenende werden die drei Kölner Bundestagskandidaten, die bereits eine Ehrenerklärung abgegeben haben, nochmals von der SPDInnenrevision überprüft.

Die Feststellungskommission wird den Fall Eumann prüfen. Schartau geht davon aus, dass es in Köln ähnliche Fälle geben wird, die ebenfalls von der unabhängigen Kommission überprüft werden. Zwei Kölner Parteimitglieder haben sich inzwischen bei den Behörden selbst angezeigt und behaupten, ebenfalls von Biciste und Rütther benutzt worden zu sein. Von Norbert Rütther erwartet Schartau, dass dieser die Namen der Spender nennt. Dies sei der letzte Dienst, den er der Partei leisten könne. Bisher habe Rütther durch seine Aussagen lediglich versucht, sich selbst aus der Schusslinie zu bringen.

Der Parteivorsitzende schloss gestern nicht aus, dass auch anderenorts ähnliche Verfehlungen festzustellen seien. Er wolle sich jedoch zunächst auf die Aufklärung des Kölner Falls beschränken.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 13.03.2002

Umweltamt in Müllskandal verstrickt

Ex-Abteilungsleiter der Bundesbehörde soll Bestechungsgeld von Trienekens kassiert haben

Hellmut Trienekens, Chef des Viersener Müll-Multis, lässt seinen Vorstandsposten ruhen.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln - Ein Ex-Abteilungsleiter des Umweltbundesamts in Berlin soll in den Kölner Spendenskandal verwickelt sein. Die Staatsanwaltschaft Mannheim, die die Ermittlungen im Korruptionsfall des Böblinger Müllofens leitet, bestätigte einen ZDF-Bericht über ein Verfahren wegen des Verdachts der Bestechlichkeit. Der früher für Abfallwirtschaft zuständige Abteilungschef soll "daran mitgewirkt haben, dass bedeutende Aufträge im kommunalen Ver- und Entsorgungsbereich an bestimmte Gesellschaften" vergeben wurden. Er soll auch vom Müll-Multi Trienekens geschmiert worden sein. Der Justiz zufolge sind über die Schweizer Briefkastenfirma Stenna 30 000 Mark auf das Konto der Tochter des Abteilungsleiters geflossen. Die Firma Trienekens wollte sich dazu nicht äußern. Ihr Vorstandschef Hellmut Trienekens lässt aus gesundheitlichen Gründen sein Amt vorübergehend ruhen.

Unterdessen wurde bekannt, dass ein Manager des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller als Geldbote in die Schweiz gefahren sein soll. Er soll 1998 dem damaligen Geschäftsführer des Müllofenbetreibers AVG, Ulrich Eisermann, in Zürich knapp eine Million Franken überreicht haben. Auch dem Ex-Fraktionschef der Kölner SPD, Norbert Rütther, ließ er 35 000 Euro zukommen. Rütther wurde gestern von der Staatsanwaltschaft vernommen. Er soll 260 000 Euro in die Parteikasse eingeschleust haben. Der SPD-Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann, der eine fingierte Spendenquittung erhalten hatte, lässt zunächst seine Parteiämter ruhen.

Kommentar Seite 4

Politik Seite 5 , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 13.03.2002

BERICHT AUS DÜSSELDORF / WER

BERICHT AUS DÜSSELDORF / WER

SPENDENQUITTUNGEN ANNAHM: BITTE MELDEN

Ein Hoffnungsträger der SPD im Zwielficht

VON HEINZ TUTT

Die Worte des SPD-Generalsekretärs Michael Groschek klingen am Dienstag im Düsseldorfer Landtag wie eine Warnung: "Die Schlinge zieht sich immer enger zusammen. Meldet euch freiwillig!" Gemeint sind die Genossen, die zu Unrecht Spendenquittungen der Partei erhalten haben.

Einer, der sich gemeldet hat, ist der Kölner Abgeordnete und Fraktionsvize Marc Jan Eumann (36). "Er ist einer der jungen Hoffnungsträger der Fraktion. Wir wären froh, wenn er seine Funktionen behalten könnte", sagt Groschek. Doch Eumann ("ich bin guten Gewissens") will alle Ämter ruhen lassen, bis die Schmutz-Kommission den Fall geklärt hat. Als er vor der Fraktion zerknirscht aus dem Jahr 1995 berichtet, vom damaligen Wahlkampf, in dem er für die SPD ein Mandat errang, von den Auslagen wie Porto und Fahrgelder im (eigenen?) Wahlkampf, die er über eine Spendenquittung abrechnete und sich dabei nichts Böses dachte, da lauschten die Abgeordneten aufmerksam - und klatschten am Ende sogar Beifall. Aus Mitleid?

Der Beifall bedeute nicht unbedingt nur Zustimmung, bemerkt Ex-Ministerin Anke Brunn. "Wohl aber Beistand für einen Kollegen, der heute in einer schwierigen Situation ist." Die Kölner Abgeordnete Brunn geht offenbar davon aus, dass in der Affäre lange noch nicht das Ende erreicht ist. "Sie werden noch einige Zeit mit uns zu tun haben", prophezeit sie Pressevertretern.

Laut Groschek hat Eumann einen vierstelligen DM-Betrag als Spendenbeleg erhalten. "Es ist ein völlig legales Verfahren, sich von der Partei Sachaufwendungen, die belegt werden können, erstatten zu lassen", meint Fraktionschef Edgar Moron. Schatzmeister Axel Horstmann ist indessen skeptisch. "Es muss eine Ausgabe und eine Einnahme dokumentiert sein. Die Buchung muss nachvollziehbar sein. Es sieht so aus, dass dies in Köln nicht geschehen ist."

Wie Parteichef Harald Schartau besteht auch Ministerpräsident Wolfgang Clement auf einer rückhaltlosen Aufklärung aller Vorfälle. "Es darf kein Pardon geben." Innenminister Behrens und Finanzminister Steinbrück werden, so kündigt er an, die Genehmigungen der Müllöfen in Köln, Bonn, Weisweiler, Wesel und Oberhausen überprüfen. Sie wurden in den 90er Jahren gebaut. Für den ehemaligen Kölner SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Rüter, der die Affäre ins Rollen brachte, empfindet Clement "Trauer, Mitleid und scharfe Ablehnung". Es sei jetzt dessen Pflicht, nicht nur der Staatsanwaltschaft, sondern auch der SPD die Spender zu nennen. Für den Fall, dass neben illegalen Spenden auch noch Schmiergelder im Spiel wären, sieht der Regierungschef dunkle Wolken über dem Rheinland aufziehen: "Das wäre dann wohl der größte Korruptionsfall in ganz Deutschland."

Abgeordneter Marc Jan Eumann. BILD: DPA

Abgeordneter Marc Jan Eumann.

BILD: DPA

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.03.2002

Rüter mehr als acht Stunden vernommen

Staatsanwaltschaft schweigt über Aussage des Ex-SPD-Chefs zum Spendenskandal

Norbert Rüter, Schlüsselfigur im SPD-Spendenskandal, ging gestern zur Staatsanwaltschaft.

VON HARRIET DRACK, TIM STINAUER UND AXEL SPILCKER

Ex-Genosse Norbert Rüter wusste genau, wo es lang ging. Nach kurzer Fahrt mit der Straßenbahn wies er am Dienstag seinen beiden Anwälten den Weg zu Staatsanwalt Robert Bungardt. Rüter hatte den korruptionserfahrenen Ankläger Robert Bungart vor Wochenfrist aufgesucht und sich bereit erklärt, das Rätsel um die Herkunft der illegal in der Parteikasse verbuchten Barspenden von 250 000 Euro aufzuklären. Außerdem hatte der abgetretene SPD-Landtagsabgeordnete und Chef der Kölner Ratsfraktion eine Aussage im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage angekündigt. Das Interesse der Medien am Dienstag war entsprechend groß.

Mehr als neun Stunden sitzt Rüter nebst Anwälten im Verhör. Dem Ex-Politiker gegenüber haben gleich zwei Staatsanwälte Platz genommen.

Letztere sind bestens präpariert. Vergangene Woche hatte Jörgen B., Manager des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller, vor dem Amtsrichter Details über den Fluss von Schmier- und Spendengeldern genannt. Die Firmenleitung der Gummersbacher Firma, die als Generalunternehmer beim Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) fungierte, unterhielt offenbar in der Schweiz Schwarzgeldkassen. Aus diesen Quellen sollen nicht nur Entscheidungsträger vom Müllöfen-Betreiber AVG Schmiergelder erhalten haben, sondern auch der SPD-Strippenzieher Rüter ein Großteil der Bargeldspenden.

Den Geldboten spielte offenbar der Steinmüller-Manager Jörgen B. Der Projektleiter für die Kölner MVA soll nach Recherchen des Magazins "Stern" im Herbst 1998 in einer Treuhandkanzlei in Liechtenstein 950 000 Schweizer Franken abgeholt haben. Mit dem Geld reiste er nach Zürich. Bei einem konspirativen Treffen übergab er den Geldkoffer an den AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann. Es soll nicht die erste Geldübergabe gewesen sein.

Auch war es nicht der einzige Empfänger der Gelder aus der Gummersbacher Firmenkasse.

Steinmüller-Manager Jörgen B. soll nach eigener Aussage auch dem Kölner SPD-Politiker Rüter in einem Fall 70 000 Mark in einem Umschlag überreicht haben. Verschleiert wurden die Zahlungen über das Züricher Ingenieurbüro VACCANI & Partner in Zollikon. Das Büro stellte teilweise Scheinrechnungen an den Gummersbacher Anlagenbauer aus. Ähnliche Schmiergeld-Flüsse sollen auch über zwei weitere Schweizer Firmen gelaufen sein.

Zu diesen Dingen will die Staatsanwaltschaft am Dienstag nichts sagen. Die Behördensprecherin äußert sich noch nicht einmal dazu, ob Rüter nun als Beschuldigter gilt oder einzig als Zeuge befragt wurde.

Dienstag gegen 19.30 Uhr tritt Rüter in Begleitung seines Anwalts aus einem Notausgang hinaus. Zur Sache kein Kommentar. Sein Anwalt bestätigt einzig, dass Rüter umfassend ausgesagt hat. Abgang.

Nach achtstündiger Aussage vor der Staatsanwaltschaft verließ gestern der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Kölner SPD, Norbert Rüter (l.), mit seinem Anwalt Gregor Leber das Gebäude. BILD: RAKOCZY

Kölner SPD, Norbert Rütger (l.), mit seinem Anwalt Gregor Leber das Gebäude. BILD: RAKOCZY

Nach achtstündiger Aussage vor der Staatsanwaltschaft verließ gestern der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Kölner SPD, Norbert Rütger (l.), mit seinem Anwalt Gregor Leber das Gebäude. BILD: RAKOCZY

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 13.03.2002

Rütger mehr als acht Stunden vernommen - Staatsanwaltschaft schweigt über Aussage des Ex-SPD-Chefs zum Spendenskandal / INFO-KASTEN Fraktion wird sich erklären

Alle 29 SPD-Ratsmitglieder werden eine schriftliche Erklärung abgeben, ob sie in die Spendenaffäre verwickelt sind. Das erklärte Fraktionsvize Heinz Lüttgen gestern Abend im Anschluss an eine Sondersitzung der Fraktion. Er hatte zuvor jedem seiner Parteifreunde einen Brief des Unterbezirksvorstands übergeben, in dem eine solche Erklärung gefordert wird. Wie diese Erklärung formuliert werde, "bleibt jedem selbst überlassen", sagte Lüttgen. Die Briefe sollen bis Montag bei der eigens eingerichteten Feststellungskommission eingehen. Es sei schwierig gewesen, eine einhellige Zustimmung der Fraktion zu erreichen, sagte Lüttgen. Viele seien der Ansicht, die Forderung nach einer solchen Erklärung sei "eine Unverschämtheit". Lüttgen sagte, die Zahl von 42 mutmaßlichen Steuersündern auf der Liste von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste sei "völlig aus der Luft gegriffen". (map)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 13.03.2002

Rütger mehr als acht Stunden vernommen - Staatsanwaltschaft schweigt über Aussage des Ex-SPD-Chefs zum Spendenskandal / INFO-KASTEN Visite in Berlin

Kölns Parteichef Jochen Ott und der SPD-Schatzmeister Martin Börschel sind gestern Vormittag nach Berlin geflogen, wo sie mit der Schatzmeisterin der Bundes-SPD, Inge Wettig-Danielmeier, zusammentrafen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war über das Ergebnis der Gespräche noch nichts bekannt. Im Vorfeld hatte es geheißt, es gehe lediglich um die gegenseitige Information von Bundes- und Kölner Partei über den Stand des Kölner-Spenden-skandals.

Ott muss heute schon wieder nach Berlin - diesmal allerdings als Begleiter seiner Klasse auf einem Ausflug.
Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 13.03.2002

Und plötzlich fühlen sich alle als Rütger-Opfer

Im Parteispendenskandal soll Arno Carstensen mehrere Quittungen bekommen haben

Der in den Parteispendenskandal verwickelte Marc Jan Eumann lässt alle Ämter ruhen.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Der Gesprächsbedarf der Genossen war groß, doch ihr Landtagsabgeordneter Marc Jan Eumann, der offenbar als einziger der 16 Mandatsträger auf Europa-, Bundes- und Landesebene in den Parteispendenskandal um Norbert Rütger und Manfred Biciste verwickelt ist, blieb bei der neuerlichen Krisensitzung in der Parteibaracke am Montagabend wortkarg. Er habe die Aussage des Landesvorstands zur Kenntnis nehmen müssen, dass mit einer seiner Spendenquittungen etwas nicht in Ordnung sei, wird der 36-Jährige von einem Ortsvereinschef zitiert. Mehr könne er nicht sagen.

Gestern kam dann eine offizielle Erklärung zum weiteren Verfahren. "Ich werde alle Funktionen in Partei und Fraktion ruhen lassen", sagte Eumann dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Er habe SPD-Landesfraktionschef Edgar

Moron und der SPD-Landtagsfraktion eine Ergänzung zu seiner Ehrenerklärung abgegeben und werde der Feststellungskommission um den ehemaligen Justizminister Jürgen Schmude alle Unterlagen zur Verfügung stellen. "Ich werde alles zur Aufklärung beitragen", sagte Eumann. "Ich habe nichts zu verbergen." Der hoffnungsvolle Nachwuchspolitiker Eumann verwickelt in den Parteispendenskandal um den Ex-Fraktionsvorsitzenden Norbert Rüter? Es gibt nicht wenige an der Basis, die das anzweifeln. Im Kern geht es um eine Spendenquittung über 2000 Mark, einen "vergleichsweise lächerlichen Betrag, für den niemand seine Karriere aufs Spiel setzt", sagt Gabriele Hammelrath, Vorsitzende des Ortsvereins Ehrenfeld: "Eumann ist ein sehr korrekter Mensch. Wer sagt uns denn, dass Rüter und Biciste ihm die Quittung nicht untergejubelt haben?"

Eumann, das Opfer einer Intrige? Fest steht, dass er mit Fraktionschef Norbert Rüter häufig über Kreuz lag und ihn politisch mehrfach brüskierte. Zuletzt im Juni 2000, als er entgegen aller Absprachen für den Posten des stellvertretenden Fraktionschefs kandidierte und von der Fraktion auch gewählt wurde.

Der Parteispendenskandal und die Biciste-Liste mit 42 Namen: Bisher sind nur wenige bekannt - und alle fühlen sich als Opfer. Selbst einer der beiden Hauptbeschuldigten, Manfred Biciste, beteuert bis heute, von der Herkunft der Spenden in der Größenordnung von 260 000 Euro, die Rüter seit 1994 angeschleppt haben soll, nichts gewusst zu haben. Ex-SPD-Geschäftsführer Arno Carstensen, der bei allen Gerüchten um die Namen zunächst keine Rolle gespielt hatte, hat offenbar Selbstanzeige beim Fiskus erstattet. Gegenwärtig, so ließ sein Anwalt Frank Langen gestern wissen, werde man sich nur gegenüber den Finanzbehörden äußern. Eine weitere Stellungnahme verhindere zurzeit das Steuergeheimnis.

Dann am Abend die Erklärung per Fax: Carstensen habe "niemals eine Spendenquittung ausgestellt oder unterzeichnet", so Langen. Seine Beschäftigung habe sich auf die Ausgabe-seite beschränkt, allein zeichnungsberechtigt sei er für einen Betrag bis zu 500 Mark gewesen. Carstensen, der im Dezember 2001 zur Stadtparkasse wechselte, dürfte um das Parteiausschluss-Verfahren nicht herumkommen. "Als Geschäftsführer der Kölner SPD war er für die Finanzen mitverantwortlich", so die Sprecherin des SPD-Landesvorstands, Susanna Weineck. Das allein habe dem Landeschef Harald Schartau schon genügt, um das Ausschlussverfahren zu beantragen. Die Stadtparkasse sieht derzeit zu beruflichen Konsequenzen keine Veranlassung.

Bleibt Ex-Schatzmeister Manfred Biciste, gegen den das Regierungspräsidium disziplinarische Vorermittlungen anstellt, die im schlimmsten Fall zu einer dreimonatigen Suspendierung führen könnten. Im Spendenskandal bestreitet er seine aktive Rolle nicht, spricht aber von "persönlicher Überforderung" und davon, dass er wohl zu naiv gewesen sei. Biciste auch ein Rüter-Opfer? Dazu wird der Ex-Fraktionschef sicher viel zu sagen haben.

Marc Jan Eumann, Jahrgang 1966, studierte Geschichte und Völkerrecht, trat 1987 der SPD bei, war Juso-Vorsitzender und gehört seit 1993 zum SPD-Unterbezirksvorstand sowie seit 1996 zum Landesvorstand der NRW-SPD. Seit 1995 im Landtag, dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender und medienpolitischer Sprecher.

Arno Carstensen, 40, studierter Diplom-Volkswirt, war 13 Jahre lang der Geschäftsführer des Kölner SPD-Unterbezirks, bis er dieses Amt Ende des Jahres 2001 - von den Genossen für seine Arbeit bis zuletzt hoch gelobt - quittierte. Erst seit wenigen Wochen ist er beruflich bei der Stadtparkasse Köln tätig.

Manfred Biciste, 57, Mathematik-Studienrat, SPD-Mitglied seit 1971, Mitglied im SPD-Vorstand seit 1987, Kassierer im SPD-Unterbezirk, KVB-Aufsichtsrat, Ratsmitglied seit 1975; Fraktionsvize und stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses. Von allen Ämtern zurück- und aus der Partei ausgetreten.

Arno Carstensen, 40, studierter Diplom-Volkswirt, war 13 Jahre lang der Geschäftsführer des Kölner SPD-Unterbezirks, bis er dieses Amt Ende des Jahres 2001 - von den Genossen für seine Arbeit bis zuletzt hoch gelobt - quittierte. Erst seit wenigen Wochen ist er beruflich bei der Stadtparkasse Köln tätig. /

Manfred Biciste, 57, Mathematik-Studienrat, SPD-Mitglied seit 1971, Mitglied im SPD-Vorstand seit 1987, Kassierer im SPD-Unterbezirk, KVB-Aufsichtsrat, Ratsmitglied seit 1975; Fraktionsvize und stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses. Von allen Ämtern zurück- und aus der Partei ausgetreten.

Arno Carstensen, 40, studierter Diplom-Volkswirt, war 13 Jahre lang der Geschäftsführer des Kölner SPD-Unterbezirks, bis er dieses Amt

Ende des Jahres 2001 - von den Genossen für seine Arbeit bis zuletzt hoch gelobt - quittierte. Erst seit wenigen Wochen ist er beruflich bei der Stadtparkasse Köln tätig. / Manfred Biciste, 57, Mathematik-Studienrat, SPD-Mitglied seit 1971, Mitglied im SPD-Vorstand seit 1987, Kassierer im SPD-Unterbezirk, KVB-Aufsichtsrat, Ratsmitglied seit 1975; Fraktionsvize und stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses. Von allen Ämtern zurück- und aus der Partei ausgetreten.

Arno Carstensen, 40, studierter Diplom-Volkswirt, war 13 Jahre lang der Geschäftsführer des Kölner SPD-Unterbezirks, bis er dieses Amt Ende des Jahres 2001 - von den Genossen für seine Arbeit bis zuletzt hoch gelobt - quittierte. Erst seit wenigen Wochen ist er beruflich bei der Stadtparkasse Köln tätig. / Manfred Biciste, 57, Mathematik-Studienrat, SPD-Mitglied seit 1971, Mitglied im SPD-Vorstand seit 1987, Kassierer im SPD-Unterbezirk, KVB-Aufsichtsrat, Ratsmitglied seit 1975; Fraktionsvize und stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses. Von allen Ämtern zurück- und aus der Partei ausgetreten.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 13.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage MVA-Gutachten mehrfach überarbeitet

Vom Gutachten um den Bau des Kölner Müllofens existieren offenbar mehrere Fassungen.

VON PETER BERGER UND BARBARA A. CEPIELIK

Vom technischen Gutachten zum Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage existieren offenbar mehrere Fassungen. Der Sprecher der Abfallentsorgungs und -verwertungsgesellschaft (AVG), Wilfried Rogall, bestätigte gestern, dass es mehrfach überarbeitet worden sei. Die überarbeiteten Blätter seien dann ausgetauscht und mit dem entsprechenden Bearbeitungsdatum versehen worden. Die endgültige Fassung sei am 9. Dezember 1993 autorisiert worden.

Damit reagierte die AVG auf den Artikel des "Kölner Stadt-Anzeiger" über das Gutachten zum Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) in der Dienstag-Ausgabe, der gestern heftige Reaktionen ausgelöst hatte. Danach lag die Firma Steinmüller, die später als Generalunternehmer fungierte, nur auf Platz drei. Auf Nachfragen des "Kölner Stadt-Anzeiger" weigerte sich der AVG-Sprecher aber, die Unterschiede zu benennen. Auch die verschiedenen Überarbeitungen und die endgültige Fassung könne er nicht zur Verfügung stellen. Die ausgetauschten Blätter seien im AVG-Archiv nicht mehr vorhanden. Er sehe keinen Sinn darin, Blätter eines Gutachtens zu archivieren, die nicht der autorisierten Fassung entsprächen.

Rogall betonte, in dieser endgültigen Version betreffe die Bewertung der Firma Steinmüller auf Platz drei nur den Energieteil der Anlage. In der dem "Kölner Stadt-Anzeiger" vorliegenden Fassung ist davon keine Rede. Trotzdem behauptet der AVG-Sprecher, dass eine Gesamtbewertung der Firmen, die sich an der Ausschreibung beteiligt hätten, nicht vorgenommen worden sei.

Es sei im Rahmen der Ausschreibung ein "durchaus übliches Verfahren", das von der AEW Plan GmbH erstellte

Gutachten gemeinsam zu überarbeiten.

Wie viele Bestechungsgelder beim Bau der Anlage geflossen seien, bleibt weiter unklar. Der damalige Umweltdezernent Burkhard von der Mühlen, in dessen Amtszeit die Einführung des Dualen Systems und das Entstehen der AVG fiel, betonte, von Bestechungen nichts mitbekommen zu haben. Im Aufsichtsrat habe es keine Belege "für unlautere Handlungen" gegeben. Dass die letztlich beauftragte Firma Steinmüller bei der Bewertung nur auf Rang drei gelegen habe, sei ihm nicht bekannt.

Die Kölner Müllverbrennungsanlage: Wie ist die Ausschreibung abgelaufen, als es um ihren Bau ging?

BILD: WORRING

Die Kölner Müllverbrennungsanlage:

Wie ist die Ausschreibung abgelaufen, als es um ihren Bau

ging? BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.03.2002

Abgeordnete soll Selbstanzeige erstattet haben

Die Kölner Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler soll an der illegalen Spendenpraxis der Kölner SPD beteiligt gewesen sein.

Bis vergangenen Montagabend hatte der nordrhein-westfälische SPD-Chef Harald Schartau den Landtags- und Bundestagsabgeordneten seiner Partei Zeit gelassen, eine vorformulierte Ehrenerklärung zum Spenden-Skandal zu unterschreiben. Anschließend berichtete er über den Stand und erklärte, dass der SPD-Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann zugegeben habe, eine illegale Spendenquittung erhalten zu haben.

Offensichtlich ist Eumann aber nicht der Einzige. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" hat auch seine Fraktionskollegin in Düsseldorf, Annelie Kever-Henseler, bei der Oberfinanzdirektion Köln eine Selbstanzeige getätigt. Andreas Henseler (SPD), städtischer Dezernent in Köln und Ehemann der Landtagsabgeordneten, sagte gestern Abend, er werde zu der Frage nach einer Selbstanzeige nichts sagen. Stattdessen erklärte er: "Meine Frau und ich haben nie Steuern hinterzogen. Wir sehen keine Veranlassung, das Revers (die vorformulierte Ehrenerklärung, die Red.) zu unterschreiben. Wir haben immer mehr Beiträge und Spenden an die SPD geleistet, als wir Quittungen erhalten haben."

Das Ehepaar hatte sich von Anfang an gegen die von der Partei eingeforderte Ehrenerklärung ausgesprochen. So schrieb Annelie Kever-Henseler statt der Ehrenerklärung nur einen Brief an den Landesvorstand, der aber von Schartau als Ehrenerklärung gewertet wurde.

Auf Grund ihrer schon vorhandenen legalen Spenden in einer Größenordnung von jährlich mehr als 12 000 Mark (12 000 Mark sind steuerlich absetzbar) war sie faktisch nicht in der Lage, die illegale Spendenquittung geltend zu machen. Sie soll diesen untauglichen Versuch aber dennoch unternommen haben. (EB/pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.03.2002

Mehrere falsche Belege erhalten

Ex-SPD-Kreisgeschäftsführer Arno Carstensen hat nach Informationen dieser Zeitung acht fingierte Spendenquittungen bei der Steuer eingereicht. Die Summe der falschen Belege soll insgesamt etwa 14 000 Euro betragen. Die Quittungen wurden ihm vom ehemaligen SPD-Schatzmeister Manfred Biciste überreicht. Carstensen hat nach Angaben seines Anwalts Frank Langen Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet. "Mein Mandant hat etwas blauäugig gehandelt", sagte der Jurist. Erst vor wenigen Tagen habe Carstensen aus der Zeitung von der tatsächlichen Herkunft des Geldes erfahren. "Er wusste vorher nicht, woher es kam und wer es gegeben hat." (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.03.2002

Schartau fordert Ehren-Erklärung

Der SPD-Landesparteichef Harald Schartau hat seine Forderung bekräftigt, Ehrenerklärungen der Kölner Mandats- und Funktionsträger zu verlangen. Die Kölner würden durch diese Revers nicht unter Generalverdacht gestellt, sondern durch die von Biciste verbreitete Information, dass es eine Liste mit 42 Spendern gäbe. "Es gibt keine andere Möglichkeit, unsere Leute aus dem Feuer zu holen, als über diesen Weg", betonte Schartau.

SPD-Generalsekretär Michael Groschek kündigte an, der Landesverband werde die Staatsanwaltschaft um Akteneinsicht bitten, wenn die Spender-Namen nicht umgehend öffentlich gemacht würden. (tu)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.03.2002

Im Spenden-Skandal um die Müllverbrennungsanlage sagte Ex-Fraktionschef Norbert Rüter aus **424 000 Euro illegale Spenden verbucht**

Im Spenden-Skandal der Kölner SPD hat Ex-Fraktionschef Norbert Rüter vor der Staatsanwaltschaft seinen Ziehvater Klaus Heugel belastet.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Das zurückgetretene Kölner SPD-Schwergewicht Norbert Rüter (51) gab sich während des Aussagemarathons bei der Kölner Staatsanwaltschaft eher kleinlaut. Mitunter war ihm nicht recht wohl bei der Sache. Tränenreich klärte er die Ermittler um den korruptionserfahrenen Staatsanwalt Robert Bungart über die jahrelang praktizierte illegale Spendenpraxis bei den Kölner Genossen auf. Dabei belastete er nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" auch seinen politischen Ziehvater Klaus Heugel. Aus Justizkreisen war zu hören, dass der ehemalige Oberstadtdirektor und Aufsichtsratsvorsitzende der Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft (AVG) von der illegalen Spendenpraxis gewusst habe. Heugels Anwalt wollte dazu gestern keine Stellung nehmen. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob ein Teil der illegalen Spenden mit der Schmiergeldaffäre um die Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) zusammenhängen. Derzeit stehe Rüter einzig unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung, dies könne sich aber ändern, hieß es gestern. Schließlich zählte zu den Groß Spendern auch der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller, der als Generalunternehmer den 425 Millionen Euro teuren Müllöfen zwischen 1994 und 1998 hochgezogen hatte. Nach Justizangaben bestätigte Rüter, von einem Manager des Gummersbacher Anlagenbauers in der Schweiz einen Umschlag mit 36 000 Euro in bar erhalten zu haben. Ob er auf Geheiß vom damaligen SPD-Frontmann Heugel agierte, ist unklar. Heugel stand viele Jahre dem Aufsichtsrat des Müllöfen-Betreibers AVG vor.

Heugels Weggenosse Rüter soll den Angaben der Staatsanwaltschaft zufolge 424 000 Euro an den Büchern vorbei in die Parteikasse geschleust haben, immerhin 164 000 mehr als bisher bekannt waren. Das Geld, so Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt, stamme von verschiedenen Firmen. Zu den Geldgebern zählte nach Aussage Rüthers auch der Müll-Multi Trienekens. Die Anwälte des Konzerns bestätigten gestern, dass Firmenchef Hellmut Trienekens 1999 mehr als 75 000 Euro aus versteuertem Privatvermögen gezahlt habe. Zusammenhänge mit dem Bau des Kölner Müllöfens gebe es nicht.

Rüter reichte die Spenden an den Ex-SPD-Schatzmeister Manfred Biciste weiter. Um die Herkunft der Spenden zu verschleiern, zerstückelte Biciste diese und verbuchte sie unter den Namen von Parteimitgliedern. An die vermeintlichen Geldgeber verteilte Biciste Spendenquittungen.

Die Kölner SPD-Spitze reagierte gestern mit Entsetzen auf die neuen Horrormeldungen der Staatsanwaltschaft. SPD-Schatzmeister Martin Börschel kann sich die Summe illegaler Spenden von 424 000 Euro nicht erklären.

Die Wirtschaftsprüfer und die SPD-Bundesrevision hätten anhand der zur Verfügung stehenden Unterlagen schon Probleme gehabt, die Spur der ursprünglichen Summe von 260 000 Euro zu verfolgen. "Das ist ansatzweise gelungen", sagte Börschel gestern. "Ob wir den Rest auch noch aufspüren, ist fraglich."

Der letzte Kontakt, den Rüter mit der SPD hatte, ist jetzt abgebrochen. Per Einschreiben schickte der Ex-Fraktionschef die Schlüssel der Fraktionsräume und das Fraktionshandy zurück an Geschäftsführerin Marlis Herterich. Jetzt muss Rüter nur noch dafür sorgen, dass seine persönlichen Sachen aus dem Fraktionsbüro abgeholt werden.

Post dürften der 51-Jährige und der ehemalige Schatzmeister Manfred Biciste gestern auch von SPD-Bundesschatzmeister Inge Wettig-Danielmeier erhalten haben. Darin werden beide an ihre Auskunftspflicht erinnert, sie sollen sich zur Herkunft des Spendenbetrags und zur Stückelung äußern. Sollten sie sich weigern, wird die Schatzmeisterin Klage einreichen. Diese Vorgehensweise hatten SPD-Parteichef Jochen Ott und Schatzmeister Martin Börschel bei ihrem Gespräch mit der Bundesschatzmeisterin in Berlin vereinbart. "Auch als ehemalige Mandatsträger sind Rüter und Biciste verpflichtet, sich zu offenbaren", sagte Börschel. Genau diesen Schritt habe die CDU in der Parteispendenaffäre um Altkanzler Helmut Kohl nicht getan.

Norbert Rüter (l.) mit seinen beiden Rechtsanwältinnen Gregor Leber und Günter Tondorf (r.) nach seiner Aussage vor der Staatsanwaltschaft. Gestern wurden Einzelheiten aus dem Gespräch bekannt. BILD:

RAKOCZY

Klaus Heugel, Ex-SPD-Politiker

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 15.03.2002

TAGESTHEMA / Einzelfälle oder Flächenbrand? Immer neue Affären erschüttern die SPD

Ausschuss hofft auf Kölner Listen

VON JOCHEN LORECK

Der Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestags hat sich einstimmig darauf verständigt, am kommenden Donnerstag SPD-Generalsekretär Franz Müntefering sowie den Chef der NRW-SPD, Landesarbeitsminister Harald Schartau, zu vernehmen. Beide Politiker sollen als Zeugen zur Kölner Korruptionsaffäre aussagen.

Im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" wies der Obmann der Grünen im Ausschuss, Hans-Christian Ströbele, darauf hin, dass das Gremium außerdem die Akten der Staatsanwaltschaft und der Finanzbehörden zu der SPD-Affäre angefordert hat. Ströbele äußerte sich zuversichtlich, dass der Ausschuss auch die bislang unter Verschluss gehaltene Liste erhält, auf der die Namen von 42 SPD-Mitgliedern verzeichnet sein sollen, die im Verdacht der illegalen Spenden-Vergabe stehen.

Auch für den Fall, dass die angeforderten Akten bis Donnerstag nicht vorliegen, will der Ausschuss an der geplanten Vernehmung der beiden SPD-Politiker festhalten. Die Fragen würden dann stärker auf den bisherigen Medien-Berichten - etwa aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger" - beruhen, erklärte Ströbele.

Ströbele scheiterte im Ausschuss mit einem Antrag, die lokalen Rechenschaftsberichte aller im Kölner Rat vertretenen Parteien anzufordern. Der Ausschuss-Vorsitzende Volker Neumann (SPD) erklärte dazu, da nur bei der Kölner SPD der Verdacht von "Ungereimtheiten" bestehe, würden auch nur Akten dieser Partei angefordert.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Was wusste Ex-SPD-Chef Heugel?

Die Staatsanwaltschaft will ergründen, inwieweit der frühere Oberstadtdirektor Klaus Heugel über die illegale Spendenpraxis der Partei informiert war.

VON AXEL SPILCKER

Es war eine Vorladung der besonderen Art. Klaus Heugel, ehemaliger Oberstadtdirektor und SPD-Oberbürgermeisterkandidat, begab sich Ende Februar zur Polizei. Die Ermittler hatten einen Hinweis erhalten, dass ein SPD-Fraktionsführer einen Bargeldumschlag im Zusammenhang mit der Müllverbrennungsanlage erhalten hatte. Heugel, über zwei Jahrzehnte SPD-Chef der Mehrheitsfraktion im Stadtrat, war in Verdacht geraten, der Empfänger der Barspende zu sein.

Doch während der Vernehmung stellte sich der Irrtum der Ermittler heraus. Als Heugel im April 1998 den Posten des Oberstadtdirektors übernahm, machte er seinen Vertrauten Rütter zum Fraktionsboss. Heugels Ziehsohn war es denn auch, der offenbar den ominösen Umschlag in Empfang genommen hatte. Heugels richterliche Vernehmung wurde abgebrochen. Heugel war zunächst heraus aus dem Mammutverfahren um schwarze Schmiergeldkassen in der Schweiz, illegale Spenden an die Kölner SPD und mutmaßlich bestechliche Entscheidungsträger des stadtnahen Betreibers der Kölner Müllverbrennungsanlage, AVG.

Dies könnte sich aber bald ändern. Seit dem Geständnis des Ex-Landtagsabgeordneten Rütter ist nun auch wieder Heugel ins Rampenlicht gerückt. Rütter hatte den Erhalt von 424 000 Euro Barspenden zugegeben. Das Geld floss entweder in schwarze Parteikassen oder wurde mit fingierten Spendenbelegen verbucht.

Rütter hatte vor drei Tagen ausgesagt, Heugel habe von der illegalen Spendenpraxis gewusst. 1999 sollen nach Angaben der heutigen SPD-Spitze 46 000 Euro an illegal verbuchten Spenden in Heugels Wahlkampfkasse geflossen sein.

Die Staatsanwaltschaft prüft nun, ob die Geldgeschenke im Zusammenhang mit dem Korruptionskomplex Müllverbrennungsanlage (MVA) stehen. Auch denken die Ermittler darüber nach, den ehemaligen Oberstadtdirektor in einer Vernehmung mit den Vorwürfen seines politischen "Ziehsohns" Rütter zu konfrontieren. Heugel galt seit Beginn der Pläne für den Bau des Müllofens als einer seiner vehementen Verfechter. Im Jahr der Fertigstellung des Milliardenprojekts wechselte der Frontmann des rechten Parteiflügels der Kölner Genossen auf den Chefsessel des Kölner Oberstadtdirektors. Automatisch wurde er damit zum Aufsichtsratsvorsitzenden der AVG, des Betreibers der MVA.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Bei der SPD liegen die Nerven blank

Arno Carstensen, Ex-Geschäftsführer der Kölner SPD, hat gestern Abend zugegeben, falsche Spendenquittungen angenommen zu haben. Er trat

aus der Partei aus.

VON PETER BERGER UND BARBARA A. CEPIELIK

Das Aufräumen des Scherbenhaufens, den der zurückgetretene SPD-Fraktionschef Norbert Rütger hinterlassen hat, erweist sich für die Kölner SPD als schwieriges Unterfangen. Die Wahrheit kommt nur scheinbar ans Tageslicht.

Wie gestern Abend: Da ließ der ehemalige Unterbezirksgeschäftsführer Arno Carstensen über seinen Rechtsanwalt mitteilen, dass er Spendenquittungen ausgehändigt bekommen hat, denen keine Spenden entgegen standen. Die Gesamtsumme der falschen Belege soll etwa 14 000 Euro betragen. Carstensen habe gleichzeitig die Mitgliedschaft in der SPD gekündigt. Zum damaligen Zeitpunkt seien ihm die "Brisanz des Handelns" und die "tatsächlichen Hintergründe der Spendenquittungen" nicht bewusst gewesen, so sein Anwalt Frank Langen. Er könne sich seine Handlungsweise nur durch falsch verstandene Parteitreue erklären. Carstensen hatte den Job als Geschäftsführer zum Dezember 2001 gekündigt. Der gelernte Volkswirt war zur Stadtparkasse gewechselt.

Die Aufräumarbeiten bei der SPD dauern länger ursprünglich geplant. Der Bericht der Wirtschaftsprüfer und der Revision der Bundes-SPD wird in dieser Woche wohl nicht mehr vorgelegt. Die Fahnden jetzt in den Büchern danach, wo die zusätzlichen Spenden, die Rütger kassiert haben soll, verbucht sein könnten.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler wollte sich auch gestern nicht zu der Frage äußern, ob sie bei der Oberfinanzdirektion Köln eine Selbstanzeige getätigt habe. Sie lässt sich inzwischen anwaltlich vertreten. Dazu kam gestern der Korruptionsverdacht aus Wuppertal. Dort soll ein Bauunternehmer 1999 den Kommunalwahlkampf des Oberbürgermeisters Hans Kremendahl mit 260 000 Euro finanziert haben.

Die Basis hat die Nase voll: 56 Genossen haben der Kölner SPD seit Bekanntwerden des Parteispendenskandals um den zurückgetretenen Fraktionschef Norbert Rütger inzwischen den Rücken gekehrt. Allerdings sind auch neun Kölner der Partei beigetreten. Die Mitglieder der Fraktion sagen nichts mehr, haben sich auf Fraktionsvize Heinz Lüttgen und Geschäftsführerin Marlis Herterich als Sprachrohr verständigt. Schatzmeister Martin Börschel betonte gestern, er werde sich zu allen Vorgängen außerhalb des eigenen Unterbezirks nicht mehr äußern. "Wir müssen den eigenen Laden aufräumen." Dabei werde man in Sachen Ehrenerklärungen an dem vereinbarten Verfahren festhalten: "Unsere 109 Mandatsträger haben die Gelegenheit, sich bis Montag durch die Erklärung vom Generalverdacht zu befreien." Alle strittigen Fälle würden ausnahmslos an die Kommission um den ehemaligen Justizminister Jürgen Schmude weitergeleitet. "Andere Parteigliederungen bekommen sie nicht zu Gesicht", so Börschel.

Bei der Kölner SPD liegen die Nerven blank. Und parteiintern wächst die Kritik an der Vorgehensweise des Landesvorstands um Harald Schartau. Noch wird sie von Mitgliedern des Parteivorstands nur hinter vorgehaltener Hand geäußert, doch der Unmut wächst, dass die Bici-Liste in Düsseldorf zu wenig kritisch gesehen wird. Zudem tauchte gestern eine falsche Liste mit angeblichen Empfängern der Spendenquittungen auf.

Der Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann sei ohne Prüfung der Vorwürfe durch die Schmude-Kommission an den Pranger gestellt worden. "Damit hat Harald Schartau das Prinzip der Unschuldsvermutung ins Gegenteil verkehrt", kritisierte Schuldezernent Andreas Henseler (SPD). Diese Art der Vorverurteilung sei unerträglich. Norbert Rütger ließ gestern das Ultimatum, der Partei die Namen der Spender zu benennen, die ihm 424 000 Euro zukommen ließen, verstreichen. Die Schatzmeisterin der Bundespartei, Inge Wettig-Danielmeier, wird jetzt rechtliche Schritte einleiten, um bei der Staatsanwaltschaft Akteneinsicht zu erlangen. Außerdem soll Rütger in Regress genommen werden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

CDU lässt sich in die Bücher sehen

Prüfer attestieren "keine Fehler" - Nur der fragliche Beleg ist nicht zu finden

Parteichef Richard Blömer und Schatzmeister Peter Jungen traten gestern Verdächtigungen in Sachen Parteispenden entgegen.

VON HORST PIEGELER

Umfangreiches Zahlenmaterial legte die Kölner CDU vor und trat damit Vorwürfen entgegen, bei der Annahme von Spenden sei es auch in ihren Reihen nicht mit rechten Dingen zugegangen. Vor wenigen Tagen war dieser Verdacht aufgetaucht, als ein ehemaliger Mitarbeiter der CDU-Kreisgeschäftsstelle berichtet hatte, Parteichef Richard Blömer habe 1999 67 000 Mark in 15 Einzelspenden aufgeteilt. Außerdem irritierte ein Beleg über 12 000 Mark, der nachträglich in drei Tranchen zu je 4000 Mark aufgeteilt worden sei; die Quittung mit der Kennnummer 185 540 sei nachträglich nochmals gestückelt worden.

Diese Behauptungen bezeichnete Blömer gestern als "kriminelle Machenschaften" eines Mitarbeiters in der Kreisgeschäftsstelle, der seiner Aufgaben nicht mehr Herr gewesen sei und der inzwischen entlassen wurde. Man habe bei einer intensiven Prüfung der Geldbewegungen aus dem fraglichen Zeitraum festgestellt: "Die Unterlage ist entwendet worden. Sie liegt uns nicht vor, sie ist verschwunden. Obwohl wir sie gern hätten." Zudem berichtete Blömer, dass "die Spendennummer nicht anderweitig vergeben wurde", dass also keine Manipulation stattgefunden habe.

Gestützt wird diese Darlegung durch den Wirtschaftsprüfer Professor Günter Minz. Der hatte der CDU gestern einen "uneingeschränkten Prüfungsvermerk" attestiert, nachdem die 17 Spender, die 1999 Barspenden von 200 bis 7000 Mark gegeben haben sollen, schriftlich versichert hatten, diese Spenden tatsächlich geleistet zu haben.

CDU-Schatzmeister Peter Jungen erläuterte gestern, dass die hauptsächliche finanzielle Basis der Kreis-CDU sich auf Mitgliedsbeiträge und Spenden unter 5000 Mark stütze; man sei in keiner Weise abhängig von Großspenden diese spielten nur eine untergeordnete Rolle. Jungen dazu: "Das ist eine breit angelegte Bürgerinitiative." Von 1994 bis 2001 habe es folgende Spendenverteilung gegeben: 7098 Spenden bis 1000 Mark, 743 bis 5000 Mark, 102 bis 10 000 Mark, 30 bis 20 000 Mark und 19 über 20 000 Mark. Die größte Einzelsumme habe sich auf 100 000 Mark belaufen.

Jungen verwies darauf, dass die CDU Köln einer der wenigen Kreisverbände sei, der seine Buchhaltung auf freiwilliger Basis überprüfen lasse. Darüber und über die Kosten habe es zwar in der Vergangenheit Diskussionen gegeben, heute jedoch sei man "froh darüber. Es kann zwar persönliche Verfehlungen geben, aber wir können Systemfehler ausschließen." Blömer wies zudem darauf hin, dass die Entgegennahme von Barspenden zwar nach wie vor legal sei, dass man aber beschlossen habe, darauf zu verzichten.

Auch in Sachen Spenden von Trienekens wartete die CDU gestern mit Zahlen auf. Und die sehen so aus: 700 Mark 1997, 5200 Mark 1998, 300 Mark 1999, 200 Mark 2000 und 150 Mark 2001 - jeweils bestimmt für die Ortsverbände oder zur Weiterleitung an den Ring Christlich-Demokratischer Studenten RCDS.

Zahlen, Fakten, Argumente: CDU-Kreisgeschäftsführer Max Motek, Schatzmeister Peter Jungen und der Parteivorsitzende Richard Blömer waren gestern angetreten, um Verdachtsmomente im Zusammenhang mit Parteispenden auszuräumen.

BILD:

WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.03.2002

Spenden-Skandal um die Müllverbrennungsanlage Ein Meister des Monopoly

In der Affäre um die Kölner Müllverbrennungsanlage ermittelt die Staatsanwaltschaft auch gegen den Viersener Entsorgungs-Unternehmer Hellmut Trienekens (63) wegen Steuerhinterziehung. Wer ist dieser Mann, der zu den ganz Großen im einträglichen Müll-Geschäft zählt?

VON HARALD BISKUP

Wenn sie früher, ganz früher an langen Winterabenden "Monopoly" gespielt haben, dann ging der Hellmut nicht nur häufiger über "Los" als die anderen und kassierte jedes Mal 4000 Mark. "Es war verrückt", erinnert sich ein alter Trienekens-Weggefährte, "aber er hat uns regelmäßig alle in die Tasche gesteckt, ohne das wir es merkten." Im Handumdrehen hatte er damals seine Hotels stehen, und wenn er das Wasserwerk sein eigen nannte, setzte er alle Hebel in Bewegung, um auch das Elektrizitätswerk zu ergattern. Egal ob Schlossallee oder Badstraße - beim Immobilienkauf habe er den Hals nicht voll kriegen können. Mehr, mehr, mehr und immer größer, dabei aber dezent im Hintergrund bleiben - das war auch im richtigen Leben stets die Maxime des Hellmut Trienekens.

Selbst gestandene Handwerksmeister und Kaufleute aus Viersen, der Heimat des "Müll-Königs", die seit einer halben Ewigkeit beinahe Tür an Tür mit ihm leben, rieben sich dieser Tage verwundert die Augen, als ihnen eigentlich erst durch den Kölner Skandal so richtig bewusst wurde, was für ein gewaltiges Imperium sich hinter der schlichten Bezeichnung Trienekens AG inzwischen verbirgt. Die Expansion vollzog sich stetig und unauffällig. Mal kaufte Trienekens ein China-Restaurant dazu, mal ein Hotel, mal einen Golfplatz. Kleinvieh macht auch Mist. Dann kam hier eine Papierfabrik dazu und dort ein Kompostierwerk, dann dort eine Deponie und noch eine und noch eine.

Ältere Viersener aus dem Ortsteil Süchteln erinnern sich noch gut, wie Trienekens junior am Steuer eines Dreitonners den Müll abholte und wie er eigenhändig die Asche-Eimer leerte. Immer dienstags war der Hausbrand an der Reihe. Einmal ging dabei ein Mülltransporter in Flammen auf; das hat den Aufstieg der Firma aber nicht nachhaltig gebremst. Lange habe der Sohn, der kein herausragender Schüler gewesen sein soll, unter

der Knute seines strengen und extrem knauserigen Vaters gestanden, der einen Großhandel für Heu und Stroh betrieb. Noch als Lehrling habe Hellmut (das zweite I im Vornamen soll erst später dazugekommen sein, "als eine Art Marketing-Gag") das Geld für die Straßenbahn abgezählt in die Hand bekommen. Für ein Eis am Stiel musste er Freunde anpumpen.

Man erzählt sich, die an Geiz grenzende Sparsamkeit des Vaters habe sich auf den seit ein paar Jahren ziemlich zurückgezogen lebenden Firmenchef in milderer Form übertragen. Der Trienekens-Bungalow im Ortsteil Vorst ist nur im Urteil von Neidern eine Villa. Da kann man im Ort weit pompösere Anwesen besichtigen. Der Erfolg, sagt Johannes Kölerts, ein Süchtelner Urgestein von 80 Jahren, sei "dem Hellmut" nicht zu Kopfe gestiegen: "Keine Allüren und keine Mätzchen." Ein Kumpel-Typ, bodenständig und volkstümlich, der sich systematisch hochgearbeitet und dabei seine Wurzeln nicht vergessen hat. Es müsste wohl schon zu seiner Verhaftung kommen, damit die Menschen in der Region ihre gute Meinung über den Sponsor und Gönner Hellmut Trienekens ändern.

"Mit der Sache in Köln", meint Wolfgang Kölerts, der Sohn, "haben wir hier wenig an der Mütze." So denken im Augenblick noch viele Viersener. Sie sind überzeugt, dass es der Gegend ohne das Engagement von Trienekens schlechter ginge. Man hält gern die Hand auf - und Hellmut Trienekens lässt sich mindestens ebenso gern als Wohltäter feiern.

Mal angenommen die "Maria-Empfängnis-Bruderschaft", der Kölerts als Hauptmann angehört, würde beim Schützenfest ein Minus verbuchen, dann wäre es keine Frage, wer den Retter in der Not spielte. Als unlängst die als Hochzeitskirche beliebte Süchtelner Irmgardis-Kapelle durch Graffiti verunstaltet wurde, ging die Rechnung für den neuen Anstrich wie selbstverständlich an Trienekens. Im Laufe der Zeit habe sich da ein unguoter Automatismus entwickelt, sagt Magdalena Peterek, langjährige Vorsitzende einer Bürgerinitiative, die vergeblich gegen den Bau der Mülldeponie in einem Naturschutzgebiet durch die Firma Trienekens kämpfte. Nicht nur die Kirche und allerlei Institutionen, sondern auch viele Behörden befänden sich in einer "permanenten Demutshaltung" gegenüber dem Sponsor Trienekens, sagt die resolute alte Dame, die bis 1989 für die Grünen im Kreistag saß. Er hat die politische Landschaftspflege so perfektioniert, dass ohne ihn praktisch nichts läuft - und schon gar nicht gegen ihn. Trienekens gelinge es immer wieder mit Bravour, den Eindruck eines dem Allgemeinwohl verpflichteten Gutmenschen zu erwecken, obwohl seine Freigiebigkeit durchaus nicht nur uneigennützig Motive habe.

So musste der Heimatverein erkennen, dass das Lob, mit dem er Trienekens für die Sanierung der "Bongschen Villa" überschüttete, etwas verfrüht war. Denn nachdem ein Unternehmensbereich in das renovierte Gebäude im englischen Landhausstil eingezogen war, wurde nichts aus der ursprünglich zugesagten Öffnung des wunderschönen Parks mit exotischen Hölzern für die Allgemeinheit. Oder die Sache mit der neuen Musikschule. Als Trienekens die Stadt Viersen vor einiger Zeit mit einem erklecklichen Zuschuss für den Bau beglückte, sorgte er dafür, dass nicht irgendwer den Zuschlag erhielt, sondern ein befreundeter Architekt. Und an der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach trägt der Hörsaal 212, dessen Ausstattung und Mobiliar Trienekens finanziert hat, seinen Namen. Natürlich nur inoffiziell.

Die Strippen ziehen im Hintergrund Gewährsleute, die der CDU-Mann Trienekens nach seinem Rückzug aus der Kommunalpolitik in allen möglichen Bereichen platziert habe, wie Insider berichten, seinen einstigen Prokuristen Moers etwa im Stadtrat. Darin habe er, kann man im Rathaus hören, "überhaupt keine Hemmungen", zumal er mit der seltenen Gabe ausgestattet sei, "es mit allen und jedem" zu können. Das System Trienekens kann im Kleinen wie im Großen nur funktionieren, weil der Müll-Multi sich immer mit den richtigen Leuten umgeben hat. Der heutige CDU-Kreisvorsitzende und frühere Fraktionschef Fritz Meies etwa habe in vielen Fällen für die gewünschten Beschlüsse gesorgt. In anderen Bereichen sind die Querverbindungen vielleicht weniger offenkundig, deswegen aber nicht minder effektiv.

Besonders empört die streitbare Ex-Kreistagsabgeordnete Peterek, dass zur "Trienekens-Connection" inzwischen auch grüne Mandatsträger zählen. Ludwig Ramacher zum Beispiel, der als Leiter der Abteilung Auslands-Akquisition das internationale Müllgeschäft für Trienekens koordiniert. Der promovierte Chemiker mit guten Kontakten zur Brüsseler EU-Kommission ist gleichzeitig Vorsitzender der Grünen-Fraktion seiner Heimatgemeinde Wachtendonk und berät die Landespartei in Abfallfragen. Trienekens hat sich den Mann geholt, weil er kompetent ist und weil er ihm bei der Erweiterung des Beziehungsgeflechts vermutlich nur nützlich sein kann.

Mittlerweile hat der als knallharter und bauernschlauer Pokerer beschriebene Konzernchef sich auch in der Realität den Wunsch nach einem eigenen Wasserwerk erfüllt. Seit Anfang des Jahres hält seine Firma 49 Prozent der Gesellschaftsanteile an den Niederrheinwerken, den früheren Viersener Stadtwerken. Nach der Monopoly-Logik wären irgendwann ein paar Bahnhöfe an der Reihe. Niemand weiß, was als nächstes ansteht, denn der Expansionsdrang des Hellmut Trienekens gilt als schwer kalkulierbar. Solange es sich für ihn lohnt. www.ksta.de/spendenskandal

Als Kumpel-Typ sehen viele Viersener Bürger den Unternehmer Hellmut Trienekens. Und der lässt sich in seiner Heimatstadt auch gerne als Wohltäter feiern.

ARCHIVBILD: GRÖNERT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 16.03.2002

SPD zieht Kandidaten zurück

Kölner vor Parteitag von der Landesliste gestrichen

Der SPD-Landesparteitag steht im Schatten der Kölner Spendenaffäre.

VON UNSERER REDAKTION

Düsseldorf/Köln - Die NRW-SPD hat am Freitagabend, wenige Stunden vor ihrem Parteitag zur Aufstellung der Bundestagskandidaten, den Kölner Werner Jung (48) von der Landesliste gestrichen. Er wird der Verstrickung in den Kölner Spendenskandal verdächtigt. Jung hatte in einer Ehrenerklärung versichert, keine illegalen Spendenquittungen angenommen zu haben. SPD-Landeschef Harald Schartau erklärte, mit sofortiger Wirkung würden alle Rechte Jungs ruhen, zudem werde ein Parteiordnungs-Verfahren eingeleitet. Bei der Überprüfung der Unterlagen habe es Zweifel über die Richtigkeit von Jungs angeblichen Ausgaben und den entsprechenden Spendenquittungen gegeben. Schartau betonte, falls herauskomme, dass Jung korrekt gehandelt habe, könne er in Köln immer noch als Direktkandidat antreten. Der frühere SPD-Landeschef, Bundespräsident Johannes Rau, sprach sich in der ARD für eine vollständige Aufklärung aus, "damit aus Verdruss nicht Verdrossenheit" werde.

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat inzwischen Belege dafür, dass es zwischen der Firma Steinmüller, die die Müllverbrennungsanlage baute, und dem damaligen Chef der AVG, Ulrich Eisermann, Absprachen über Schmiergelder gegeben habe. Gegen Steinmüller-Manager Michelfelder wird nicht mehr wegen Veruntreuung, sondern wegen des Verdachts auf Bestechung ermittelt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 16.03.2002

INFO-KASTEN / Chronik eines Spendenskandals

Die handelnden Institutionen

AVG - Abfallverwertungs- und Entsorgungs GmbH, die stadtnahe Gesellschaft, für Planung, Bau und Betrieb der Kölner Müllverbrennungsanlage zuständig. Die Stadt hielt bei der Gründung drei Viertel der Anteile, Trienekens rund ein Viertel. Seit der Teilprivatisierung der Abfallwirtschaftsbetriebe (Stadt 50,1, Trienekens 49,9 Prozent) hat sich der Einfluss von Trienekens auf die MVA vergrößert.

L + C Steinmüller - Gummersbacher Unternehmen, das die Müllverbrennungsanlage - gemeinsam mit Subunternehmern - baute.

Ecoling AG - Ingenieurunternehmen in der Schweiz, das zur Geldwäsche für Schmiergelder gedient haben soll.

Stenna Umwelttechnik - Schweizer Briefkastenfirma, die Geldwaschanlage gewesen sein soll.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 16.03.2002

Zweineinhalb Wochen, die nicht nur die Kölner SPD immer wieder in die Schlagzeilen brachten

Chronik eines Spendenskandals

Mittwoch, 20. Februar

9 Uhr: Kripo und Staatsanwaltschaft Köln durchsuchen die Unternehmenszentrale der Abfallfirma Trienekens in Viersen sowie mehrere Tochterunternehmen.

Freitag, 22. Februar

Der SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß gerät ins Visier der Ermittler. Als Geschäftsführer der Trienekens-Tochter Isis soll er im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) Steuern hinterzogen haben.

Dienstag, 26. Februar

Ulrich Eisermann, der frühere Chef der AVG, wird wegen möglicher Bestechung verhaftet. Er soll vier Millionen Euro Bestechungsgeld genommen haben - von der Firma Steinmüller, die die Kölner MVA gebaut hat. Deren damaliger Manager, Sigfried Michelfelder, wird ebenfalls verhaftet. Er soll 14,7 Millionen Euro aus dem Etat der MVA beiseite geschafft und als Schmiergeld ausgegeben haben. Dabei sollen Schweizer Firmen als Geldwaschanlagen gedient haben.

Freitag, 1. März, 10 Uhr

Die Limousine eines der größten deutschen Müllentsorger rollt bei der Kölner Staatsanwaltschaft vor. Hellmut Trienekens, Chef des gleichnamigen Müll-Konzerns, steigt aus und betritt das Gebäude, um dort "auf eigenen Wunsch" Aussagen über Steuervergehen zu machen. Das ist auch eine Reaktion auf die Durchsuchungen von Firmenräumen in jüngster Zeit.

Am Abend besucht Norbert Rüter eine Geburtstagsfeier. Dort deutet er, nicht mehr ganz nüchtern an: "Da kommt noch ordentlich was auf mich zu."

Samstag, 2. März

SPD-Parteichef Jochen Ott wandert mit dem DGB im Oberbergischen, als er per Handy von Rütger zum Gespräch bestellt wird. Am Abend packt Rütger aus. Er berichtet Ott und Schatzmeister Martin Börschel, dass er zwischen 1994 und 1998 rund 174 000 Euro aus Großspenden in Summen von unter 10 000 Euro aufgeteilt und an den damaligen Schatzmeister Manfred Biciste weitergeleitet hat. Biciste habe darüber manipulierte Quittungen geschrieben, die an 38 Genossen und vier Ehepartner verteilt wurden. Seine Andeutungen, unter den Spenden seien auch welche aus der Entsorgungsbranche, nähren den Verdacht, dass es zwischen der SPD-Spendenaffäre und dem MVA-Skandal einen Zusammenhang geben könnte.

Sonntag, 3. März

Rütger schockt den engeren Vorstand der Ratsfraktion mit seinem Geständnis. Die Staatsanwaltschaft wird informiert. Gegen 23.40 Uhr bestätigt SPD-Geschäftsführerin Marlis Herterich dem "Kölner Stadt-Anzeiger" die Nachricht. Rütgers Rücktritt stehe bevor.

Montag, 4. März

Die Zeitungsschlagzeile "Müllskandal erschüttert SPD" beschreibt vorausahnend den nun folgenden Tag. Manfred Biciste gibt zu, an der Spendenaffäre beteiligt gewesen zu sein. Die Pressekonferenz, die Jochen Ott dazu um 11 Uhr gibt, gerät zum Medienspektakel. Rütger tritt von allen politischen Ämtern zurück und kündigt an, beim Staatsanwalt auszupacken. Ott verspricht schnelle Aufklärung. Der SPD-Bundesvorstand reagiert mit "blankem Entsetzen" auf die Kölner Affäre. Es solle alles schonungslos aufgeklärt, Rütger regresspflichtig gemacht werden.

Dienstag 5 März

Dienstag, 5. März

Manfred Biciste teilt mit, er habe gelogen - und nicht nur 174 000 Euro, sondern 260 000 Euro von Rütger erhalten und gesplittet. Die 42 SPD-Mitglieder, die Spendenbelege erhielten, sollten beim Finanzamt Selbstanzeige erstatten, rät Biciste, dann zieht er sich von allen Parteiämtern zurück. Unterdessen absolvieren die SPD-Youngster Jochen Ott (27) und Martin Börschel (29) einen Medien-Marathon. Der Skandal ist Thema Nummer eins in Deutschland. Böse Kommentare, Hohn und Spott von allen Seiten. 10 Uhr: Zwei Revisoren der Bundes SPD beginnen mit der Prüfung der Akten in der Kölner SPD-Zentrale. Zeitgleich nimmt ein von der SPD Köln beauftragter Wirtschaftsprüfer die Arbeit auf. NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn erinnert in einem Redaktionsgespräch beim "Kölner Stadt-Anzeiger" daran, dass der damalige Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes 1992 in einem Telefonat mit dem ehemaligen Kölner Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier deutlich Partei für die Firma L+C Steinmüller ergriffen habe - lange vor dem Auswahlverfahren für den Bau des Müllofens.

Mittwoch, 6. März

Die Staatsanwaltschaft spürt rund sieben Millionen der 14,7 Millionen Euro auf, die Hälfte der Summe, die Steinmüller-Manager Michelfelder abgezweigt und über Schweizer Firmen gewaschen haben soll. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfährt, dass auch Trienekens für 375 000 Euro den Weg über die Schweiz gewählt haben soll. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bestreitet unterdessen, von den dubiosen Spendenpraktiken in Köln gewusst zu haben; NRW-Parteichef Harald Schartau verkündet: Wer den Staat betrüge, dürfe kein Mandat mehr für die SPD wahrnehmen.

Dass auch die am Bau der MVA beteiligte Schweizer Firma Ecoling AG zum Spendenwaschen diene, hält die Staatsanwaltschaft inzwischen für erwiesen. Die Oberfinanzdirektion Köln bestätigt, dass bereits eine Reihe von Selbstanzeigen im Zusammenhang mit der Spendenaffäre eingegangen sind.

Donnerstag, 7. März

Im Kölner Rat werden zwei neue Mitglieder vereidigt, die Nachfolger der Sünder Rütger und Biciste. CDU, FDP und Grüne üben Kritik, aber in moderatem Ton.

Freitag, 8. März

Bei der SPD-Fraktion taucht eine schwarze Kasse mit 92 000 Euro auf, angelegt von Rütger. Die Staatsanwaltschaft durchsucht die Räume der AVG. Hinweise verdichten sich, dass auch Trienekens Schweizer Firmen nutzte: Arthur A. Hoffmann, Mitglied des Verwaltungsrats der Trienekens Schweiz AG, ist gleichzeitig Chef der Schweizer Firma Stenna Umwelttechnik. Die hält die Staatsanwaltschaft für eine der Michelfelder-Geldwaschanlagen.

Zürich, Hotel Storchen, 14 Uhr: Ein Ingenieur, der am Bau der Kölner MVA beteiligt war, legt einem Redakteur des "Stadt-Anzeiger" Unterlagen vor. Sie geben Hinweise darauf, dass Steinmüller den Auftrag für die MVA erhielt, obwohl das Unternehmen bei den Bietergesprächen nicht vorn gelegen habe.

Samstag, 9. März

Der AVG-Aufsichtsrat kommt am Nachmittag zu einer Sondersitzung zusammen und kündigt an, die Ausschreibungsunterlagen erneut prüfen zu lassen.

Sonntag, 10. März

Bundeskanzler Gerhard Schröder versucht in Berlin, die Spendenaffäre als ein reines Kölner Problem abzutun. Noch immer ist nicht bekannt, welche 42 SPD-Mitglieder auf der Biciste-Liste stehen.

Montag, 11. März

Die SPD verlangt von allen 109 Kölner Mandatsträgern eine Ehrenerklärung. Sie sollen bestätigen, nichts mit dem Skandal zu tun zu haben. Die Landes-SPD beschließt, ein Parteiausschluss-Verfahren gegen den langjährigen Kölner SPD-Geschäftsführer Arno Carstensen einzuleiten. Er soll Spendenquittungen angenommen und abgesetzt haben. Der Landtagsabgeordnete Jan Marc Eumann gibt an, Spendenbelege

angenommen zu haben, aber ahnungslos gewesen zu sein. Der Kölner Haus- und Grundbesitzer-verein will eine Klage gegen die Höhe der Müllgebühren einreichen.

Dienstag, 12. März

10 Uhr: Die Vernehmung der Staatsanwaltschaft von Norbert Rüter beginnt. Im Verlauf der folgenden neun Stunden legt Rüter ein Geständnis ab. Die Vernehmung wird mehrere Male unterbrochen, weil Rüter unwohl ist. Der frühere Politiker gibt zu: Die Spendensumme hat sogar 424 000 Euro betragen. Allein rund 75 000 Euro "aus seinem privaten Vermögen" soll Hellmut Trienekens gegeben haben. Rüter nennt die Spender der Staatsanwaltschaft, aber nicht der Partei. Die Affäre zieht weitere Kreise: Ein Ex-Mitarbeiter des Bundesumweltamtes soll bei der Genehmigung für Müllöfen - wieder über Stenna - von Trienekens geschmiert worden sein.

Rüter belastet auch den ehemaligen Oberstadtdirektor Klaus Heugel: Er soll die Spendenpraxis mitgeprägt haben. Rüter gibt zu, 36 000 Euro von Steinmüller erhalten zu haben - via Boten aus der Schweiz. 20.30 Uhr, Köln: Jochen Ott teilt der Presse mit, dass die Landes-SPD eine Kommission unter Leitung des Ex-Justizministers Jürgen Schmude einrichten will, die sich mit den Mandatsträgern befasst, die die Ehrenerklärung nicht unterzeichnen.

Mittwoch, 13. März

Per Einschreiben schickt Rüter Fraktionshandy und Schlüssel an Marlis Herterich zurück. Am Abend kommt die Information, die Kölner SPD-Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler habe eine Selbstanzeige beim Finanzamt getätigt. Sie will das nicht bestätigen.

Donnerstag, 14. März

Auch in Wuppertal gibt es einen Spendenskandal. Dort soll SPD-Oberbürgermeister Hans Kremendahl 1999 rund 260 000 Euro als Wahlkampfhilfe von einer Baufirma erhalten haben. Beim Skandal um den Kölner Müllöfen bleibt ein großer Teil der 14,7 Millionen Euro verschwunden. Die Staatsanwaltschaft hat sich auf "langwierige Ermittlungen" eingestellt.

BARBARA CEPIELIK PETER BERGER

Schlagzeilen aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger". BILDER: DPA; STEF

F. J. Antwerpes

F. J. Antwerpes

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 16.03.2002

INFO-KASTEN / Chronik eines Spendenskandals

Die handelnden Personen

Franz Josef Antwerpes: War in jenen Jahren Kölner Regierungspräsident und steter Befürworter der beschlossenen - von vielen als zu groß befundenen - Müllverbrennungsanlage. Weist jeden Vorwurf der Bestechlichkeit zurück; wurde bisher nicht vom Staatsanwalt befragt.

Ulrich Eisermann: War im Rathaus Leiter der Projektgruppe, die die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft vorbereitete, wurde Mitte der 90er deren Geschäftsführer, ging 1999 vorzeitig in den Ruhestand, sitzt derzeit in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, vier Millionen Euro von der Firma Steinmüller genommen zu haben.

Sigfrid Michelfelder: früherer Geschäftsführer der Firma Steinmüller. Sitzt ebenfalls in U-Haft, steht unter dem Verdacht, 29 Millionen Mark (14,7 Millionen Euro) veruntreut und Teile davon als Schmiergeld an AVG-Chef Eisermann gezahlt zu haben.

Norbert Rüter: Anfang der 90er Jahre einfaches Ratsmitglied, zuletzt Kölns SPD-Fraktionsvorsitzender und Landtagsabgeordneter sowie Inhaber diverser Aufsichtsrats- und Parteiposten. Hat zugegeben, 424 000 Euro von mehreren Spendern entgegengenommen zu haben, darunter auch rund 75 000 Euro von dem "Privatmann Hellmuth Trienekens". Hat alle Mandate zurückgegeben, ist aus der Partei ausgetreten.

Manfred Biciste: Seit 1975 SPD-Ratsherr und SPD-Funktionär, früher vor allem bekannt als KVB-Aufsichtsrat und kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, jetzt in aller Munde, weil er zugab, für eine Gesamtsumme von 511 000 Mark fingierte Spendenquittungen ausgestellt zu haben. Hat alle Ämter und die Partei verlassen.

Klaus Heugel: Von 1980 bis 1999 Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion - einer der wichtigsten Kölner Köpfe in jenen Jahren. Schied aus allen Ämtern und Funktionen aus, als bekannt wurde, dass er Aktien-Insidergeschäfte getätigt hatte. Soll mit Rüter 1993 eine "schwarze Kasse" für die SPD mit rund 42 000 Euro angelegt und nach Aussagen Rüthers über die nun in der Kritik stehende Spendenpraxis informiert gewesen sein.

www.ksta.de/spendenskandal

Ulrich Eisermann

S. Michelfelder

Norbert Rüter

Manfred Biciste

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 16.03.2002

SPD-Parteitag im Schatten des Spendenskandals

Die Suche nach unbelasteten Kandidaten

Eigentlich wollte die NRW-SPD nur ihre Kandidatenliste für die Bundestagswahl beschließen - jetzt muss sie eine Vertrauenskrise bewältigen.

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf - Dass der SPD-Landesparteitag, der an diesem Samstag in Düsseldorf stattfindet, unter den Schatten des Spenden- und Korruptionsskandals in der Partei geraten würde, war seit Tagen klar. Schließlich soll in Düsseldorf die NRW-Landesliste der Kandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt werden. Und es wäre peinlich, wenn am Wochenende Mitglieder auf diese Liste gesetzt würden, die sich wenig später dann doch als Spendentricksler entpuppen. Deshalb legte Landeschef Harald Schartau auch vor allem in Köln so großen Wert auf die Ehrenerklärungen aller möglichen Listen- oder Direktkandidaten, in denen sie ausdrücklich versichern sollten, am Spendenskandal nicht beteiligt zu sein.

Dass Schartaus Sorge begründet war, zeigte sich am Freitag abend, als die Partei den Kölner Bundestagskandidaten Werner Jung (48) zurückziehen musste, weil der Verdacht aufgekommen war, dass er - entgegen seiner vor wenigen Tagen abgegebenen Ehrenerklärung - doch in den Kölner Spendenskandal verwickelt sein könnte. Schartau erklärte, bei Überprüfung der Unterlagen habe es Zweifel über die Richtigkeit von Jungs angeblichen Ausgaben und den entsprechenden Spendenquittungen gegeben. Dabei handele es sich insgesamt um eine Summe, "die nicht im fünfstelligen Bereich liegt", sagte Schartau.

Das Verfahren bedeute aber keine Vorverurteilung von Jung, betonte Schartau. Falls nach Abschluss der Untersuchung herauskomme, dass Jung korrekt gehandelt habe, könne er in Köln immer noch als Direktkandidat für seine Partei antreten. Falls nicht, werde in Köln ein anderer Kandidat aufgestellt. Nach dem Gesetz sei für dieses Verfahren noch Zeit bis Anfang Juli 2002. Auf dem Listenparteitag an diesem Wochenende werden laut Schartau alle Kandidaten aufgefordert, einen Verhaltenskodex zu unterzeichnen.

Die Kölner SPD-Funktionäre Manfred Biciste und Arno Carstensen seien einem Parteiausschluss-verfahren durch ihren Austritt zuvor gekommen. Gegen Norbert Rütther sei inzwischen eine Auskunftsklage eingereicht worden. Die Partei verlange von ihm, die Namen der Spender zu nennen und Auskunft darüber zu geben, in welcher Stückelung das Geld in die Partei eingeschleust worden sei. Außerdem werde Rütther auf Schadensersatz verklagt. Bei der Staatsanwaltschaft werde die SPD zudem Akteneinsicht beantragen, um auf diese Weise an die Namen der Spender zu gelangen, sagte Schartau. Er äußerte sich zudem optimistisch, den Kölner Skandal in absehbarer Zeit restlos aufklären zu können. "Wir können jetzt schon sagen, dass der Spendenskandal in einem kleinen Zirkel der Kölner Parteispitze angesiedelt ist." Dies ergaben auch erste "Gespräche" der von Ex-Bundesminister Jürgen Schmude geleiteten parteiinternen Kommission zur Überprüfung der Kölner Spendenaffäre.

Der Parteichef wehrte sich dagegen, dass nun Vorgänge in Wuppertal und Recklinghausen mit der Kölner Affäre vermischt würden. In den anderen Städten habe es möglicherweise Verfehlungen geben, die nicht nur deshalb auf die SPD zurückgeführt werden dürften, weil die Betroffenen ein SPD-Parteibuch besäßen.

Der Kölner Spendenskandal sowie die Korruptionsvorwürfe in Wuppertal und Recklinghausen haben den Neuanfang der Landespartei, die erst Mitte Dezember eine neue Führungsriege gewählt hatte, jäh gestoppt - der abgetretene Landeschef und Generalsekretär der Bundespartei, Franz Müntefering, steht vor einem Scherbenhaufen. Der mit 203 000 Mitgliedern stärkste Landesverband, der derzeit 72 Abgeordnete im Bundestag stellt, gerät mittlerweile unter Generalverdacht. Bundesweit ist die Affäre vor allem mit dem Namen Köln verbunden. Und für den Landesvorsitzenden Harald Schartau dürfte es sich als eine Herkules-Aufgabe erweisen, den Stall von Grund auf auszumisten. Die Cliques in der Kölner SPD sollen ein für alle Mal aufgebrochen werden. Nur in Köln? Auf dem Parteitag will Schartau einen ersten Überblick über seine Bemühungen zur Aufklärung geben - nicht nur in Köln.

Vor dem Parteitag eine kurze Pause von der Politik: Ministerpräsident Clement beim Baubeginn für das neue Stadion in Mönchengladbach

Vor dem Parteitag eine kurze Pause

von der Politik: Ministerpräsident

Clement beim Baubeginn für das

neue Stadion in Mönchengladbach

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 16.03.2002

SPD-Parteitag im Schatten des Spendenskandals

Rüttgers bezweifelt den

Aufklärungswillen der SPD

Zum SPD-Spendenskandal sprach Günther M. Wiedemann mit CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Herr Rüttgers, die CDU hält sich zum SPD-Skandal erstaunlich zurück. Fürchtet sie, auch betroffen zu sein?

RÜTTGERS: Die CDU fordert rückhaltlose Aufklärung. Ich zweifle inzwischen am Aufklärungswillen der SPD. Da wird ständig angekündigt, man wolle brutalstmöglich gegen Sünder vorgehen, in Wirklichkeit geschieht aber nicht genug. Wir kennen noch immer nicht die Namen der 42 Personen, die Spendenquittungen unrechtmäßig beim Finanzamt eingereicht haben. Angeblich liegen nur 22 Selbstanzeigen vor. Was ist mit den anderen?
Die SPD sagt, sie kenne die Namen selber nicht.

RÜTTGERS: Das zeigt doch, dass nicht das Notwendige getan worden ist, um aufzuklären. Und außerdem: Die Kölner SPD hat noch immer nicht ihre Bücher offengelegt, von der Landespartei ganz zu schweigen. Man hat uns gesagt, dass von 16 Mandatsträgern nur Herr Eumann die Ehrenerklärung nicht abgegeben habe. Dann haben wir gehört, dass auch die Landtagsabgeordnete Keveler-Henseler keine Unbedenklichkeitsbescheinigung abgegeben hat. Was stimmt denn jetzt?

Wie sicher sind Sie, dass die CDU sauber ist?

RÜTTGERS: Wir haben in Köln alle Spenden offengelegt. Auf Landesebene haben wir keine Spenden der Firma Trienekens bekommen. Wir überprüfen alle Kreisverbände und werden das dann auch veröffentlichen. Ich brauche keine Angst zu haben. Allerdings möchte ich nicht, dass wir jetzt mit Häme auf die SPD einschlagen. Die CDU hat vor zwei Jahren selber eine Spendenaffäre gehabt. Wenn wir uns jetzt künstlich aufregen über den Filz in der SPD, dann stößt dies die Menschen nur ab. Das fällt vielen CDU-Leuten schwer angesichts all der Erklärungen der Herren Müntefering und Clement zur CDU. Aber wir werden die Herren mit ihren eigenen Aussagen konfrontieren. Wir werden ihnen vorhalten, was sie zur CDU gesagt haben. Sie müssen sich daran messen lassen, was sie damals mit Grinsen im Gesicht an moralinsauren Stellungnahmen abgegeben haben.
Köln, Wuppertal, Recklinghausen. Die SPD sagt, alles Einzelfälle.

RÜTTGERS: Der SPD wird es nicht gelingen, das zu örtlichen Affären herunterzureden. Die Liste ist in Wahrheit ja auch viel länger. Zum einen strahlen die Korruptionsaffären weit über die jeweiligen Städte hinaus. Die Spuren führen sogar ins Ausland. Zum anderen wissen wir spätestens seit der Kommunalwahl, dass es roten Filz im ganzen Land gegeben hat und gibt. Es geht ja auch nicht nur um Parteispenden, es geht um Korruption, Kriminalität. Die SPD hat Strukturen im Land aufkommen lassen, teilweise sogar geschaffen, die solche Vorgänge begünstigen. Deshalb wird es auch nicht nur darum gehen, die Spendenfrage zu klären, sondern solche Vorgänge begünstigen. Deshalb wird es auch nicht nur darum gehen, die Spendenfrage zu klären. Strukturen, die solchen Filz ermöglichen, müssen beseitigt werden. Es hat in den letzten Jahren eine SPD-Politik gegeben unter dem Stichwort "Konzern Stadt". Systematisch hat man öffentliche Aufgaben in den privaten Bereich verlagert. Die SPD hat geschickt von public private partnership gesprochen, in Wahrheit aber die öffentliche Kontrolle aus den Stadträten in Aufsichts- und Verwaltungsräte verlagert, die geheim tagen. Wir werden darüber reden müssen, dass nicht nur Organisationsformen geändert werden, sondern Aufgaben privatisiert werden. Es kann nicht sein, dass Mandatsträger in einer Vielzahl von Aufsichts- und Verwaltungsräten sind und so demokratische Kontrolle verloren geht. In diesem verfilzten Nordrhein-Westfalen muss aufgeräumt werden.

Jürgen Rüttgers

Jürgen Rüttgers

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 16.03.2002

SPD-Parteitag im Schatten des Spendenskandals Affären von CDU und SPD schaden Ansehen aller Parteien gleichermaßen

Max Stadler ist Obmann der FDP im Spendenuntersuchungsausschuss des Bundestages. Im Gespräch mit Stefan Sauer tritt er für schärfere Kontrollen bei öffentlichen Aufträgen ein.

STADT-ANZEIGER: Herr Stadler, unterstützen Sie die Unions-Forderung, Bundespräsident Rau als Ex-Vorsitzenden der NRW-SPD vor den Ausschuss zu laden?

STADLER: Nein, ich halte eine solche Forderung für blanken parteitaktischen Populismus. Man sollte die Institution des Bundespräsidenten aus dem politischen Alltagskampf heraushalten. Es gibt überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass Herr Rau irgendeine Kenntnis von den Vorgängen in Köln oder Wuppertal gehabt hat oder gar daran beteiligt gewesen wäre.

Dafür gibt es bei Franz Müntefering auch keine Anhaltspunkte . . .

STADLER: Es ist schon ein Unterschied, ob man einen führenden Parteimanager befragt oder den amtierenden Bundespräsidenten. Wenn sich eine Mitwisserschaft Raus herausstellen sollte, ergäbe sich selbstverständlich eine neue Situation. Auch der Bundespräsident steht nicht über den Gesetzen. Zunächst aber sollte sich der Untersuchungsausschuss an ein altes Vernehmungsprinzip halten: Man befragt zuerst die unmittelbar Beteiligten und gewinnt so möglicherweise Kenntnisse über andere beteiligte Personen, die auf höheren Ebenen angesiedelt sein können.

Halten Sie den CDU-Skandal mit Kohl an der Spitze für gravierender oder die SPD-Affäre?

STADLER: Beides ist sehr schwerwiegend. SPD und Grüne haben seinerzeit den Parteispenden-Untersuchungsausschuss eingesetzt, um der CDU Korruption nachweisen zu können, was nicht gelungen ist. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass nun die SPD wohl die einzige Partei sein wird, in der man Korruption nachweisen können. Die Korruption macht im Kölner Fall die politische Brisanz aus. Andererseits ist die Weigerung des früheren CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl, die Namen der angeblichen Spender zu nennen, ebenfalls sehr schwerwiegend. Die Affären bewegen sich auf unterschiedlichen Ebenen, aber beide schaden dem Ansehen aller Parteien gleichermaßen.

Wie sind solche Vorkommnisse zu verhindern? Reicht die von der Koalition geplante Novelle des Parteiengesetzes aus?

STADLER: Zunächst: Völlig verhindern kann man Bestechung und Korruption nicht. Wenn kriminelle Energie vorhanden ist, nützt das beste Parteiengesetz nichts. Ich denke aber, dass die im Entwurf enthaltene Regelung, nach der Großspenden über 50 000 Euro sofort öffentlich gemacht werden sollen, in die richtige Richtung weist. Für wenig praktikabel halte ich dagegen den Vorschlag der SPD, Spenden über 1000 Euro sollten zunächst an die Bundespartei zur Kontrolle weitergereicht werden. Das ist zu bürokratisch. Viel einfacher wäre eine Praxis, wie sie die FDP seit langem freiwillig übt: Spendenquittungen werden nur noch von der Bundesschatzmeisterin der Partei ausgestellt. Da fallen auffällig häufige oder hohe Spenden sofort auf.

Müsste sich bei der Vergabe öffentlicher Aufträge etwas ändern?

STADLER: Die FDP-Fraktion im Passauer Stadtrat, in dem auch ich Mitglied bin, hat einen Antrag eingebracht, dessen Umsetzung sich als heilsam erwiesen hat: Die Verwaltung ist aufgefordert, dem Rat regelmäßig alle öffentlichen Auftragsvergaben aufzulisten. Damit wird transparent, wenn durch Filz und Kumpanei immer wieder die gleichen Firmen mit öffentlichen Aufträgen bedacht werden. Mittlerweile ist in Passau eine spürbar größere Streuung zu beobachten.

Max Stadler

Max Stadler

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 16.03.2002

Der Spenden Skandal um den Bau der Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Das offene Verfahren erschwerte die Kontrolle

Kritik an vereinfachtem Ausschreibungsverfahren - Beteiligte wollten "politische Kreise aktivieren"

Zwei Untersuchungskommissionen werden die Vorgänge um den Bau des Kölner Müllofens unter die Lupe nehmen.

VON PETER BERGER

Die Abfallentsorgungs und -verwertungsgesellschaft Köln (AVG) wird sich zum Spenden-Skandal erst wieder äußern, wenn die Prüfungen aller Vorgänge um den Bau des Müllofens abgeschlossen sind. Das teilte der stellvertretende AVG-Geschäftsführer Wilfried Rogall mit. Auch das Rechnungsprüfungsamt wird unter Leitung von Hans Günter Witt die AVG-Akten unter die Lupe nehmen. Ein politisch einmaliger Vorgang: Bisher haben städtische Rechnungsprüfer noch nie eine Kontrollfunktion über die Stadtverwaltung hinaus ausgeübt. Das macht deutlich, wie brisant die Angelegenheit ist. Es geht um die Frage, auf welchem Weg L+C Steinmüller den Bauauftrag erhielt und ob dabei Schmiergelder geflossen sind. Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes bestätigte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", dass der Bau des Kölner Müllofens nur eingeschränkt ausgeschrieben wurde. "Eine Ausschreibung nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen ist nie erfolgt", erinnert sich Jörg Frank, Ratsmitglied der Grünen.

Was das für das Verfahren bedeutet, erklärt der Geschäftsführer eines renommierten Ingenieurbüros für Projektsteuerung: "Bei einem derart offenen Verfahren kann nicht kontrolliert werden, ob die Ausschreibung

nach und nach auf einen bestimmten Bieter zugeschnitten wird." Sie sei eine Loseblattsammlung, deren letzte Version autorisiert werde. "Was dazwischen passiert ist, kann später kein Prüfer mehr nachvollziehen, weil die Dokumente nicht aufbewahrt werden."

Wie in Köln. Dort waren drei Bieterunden erforderlich, um den 400 Millionen Euro teuren Auftrag zum Bau der Müllverbrennungsanlage zu vergeben. Diese Gespräche begannen im Sommer 1993. Als sie Ende November abgeschlossen waren, stand fest: Steinmüller, einer von vier Bewerbern, bekommt den Zuschlag, obwohl das Unternehmen in keiner der acht Einzelbewertungen allein Platz eins einnahm.

Das geht aus dem "technischen Angebotsvergleich" hervor, der dem "Kölnischer Stadt-Anzeiger" in der Fassung vom 26. November 1993 vorliegt. Dennoch erhielt Steinmüller den Generalauftrag und die Einzelgewerke für die Vorschalt- und Krananlage, die Abgasreinigung, die Containeranlieferung, die Genehmigungsplanung und - gemeinsam mit der Deutschen Babcock - den Auftrag für das Bauteil und die technische Gebäudeausrüstung. Die Bietergespräche, zu denen die vier Bewerber in drei Runden (ABB, Babcock, Steinmüller, Noell) bis zum 20. November 1993 eingeladen waren, wurden von der Schweizer Firma Ecoling AG als Beobachterin begleitet. Ein Ecoling-Ingenieur, der am gesamten Verfahren beteiligt war, erinnert sich, dass sein Unternehmen von den weiteren Gesprächen bis zum 9. Dezember ausgeschlossen wurde. An diesem Tag wurde die endgültige Fassung des "technischen Angebotsvergleichs" verabschiedet.

"Über das Ergebnis haben wir von der Ecoling AG gestaunt. Unserer Meinung nach hätte die Deutsche Babcock den Auftrag als Generalunternehmer erhalten müssen", sagt der Ingenieur. Die Vergabe der Einzelaufträge für Feuerung und Kessel an Babcock und für die Abgasreinigung an Steinmüller hätte genau umgekehrt erfolgen müssen.

Damals, so der Ingenieur, habe ihn die Entscheidung zwar überrascht, er habe sie aber nicht richtig einordnen können. Auch habe er einer Äußerung des Steinmüller-Projektleiters Jörgen B. bei einem Treffen in Gummersbach Mitte November keinerlei Bedeutung beigemessen. "Ich habe ihm mitgeteilt, dass das Steinmüller-Angebot noch der Verbesserung bedarf", so der Ingenieur. "Er hat mir geantwortet, eventuell müsse man auch politische Kreise aktivieren." B. steht heute in dem Verdacht, als Geldbote für den inhaftierten Steinmüller-Manager Sigfried Michelfelder fungiert zu haben.

Das lasse die Auftragsvergabe von 1993 in einem anderen Licht erscheinen, so der Ex-Ecoling-Ingenieur. Er legt Wert auf die Feststellung, dass die Ecoling Partner AG in Zürich von der Ecoling AG lediglich den Namen und die Kundenreferenzen erworben habe und in keiner Weise in Verbindung mit dem Bestechungsskandal stehe. Der Geschäftsführer der Ecoling Partner AG, Fredy Geering, wehrt sich vehement dagegen, mit "auffälligen Altlasten" der Ex-Ecoling AG in Verbindung gebracht zu werden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 16.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage Auf dem Weg nach Berlin vorerst gestoppt

Auch ein Kölner Kandidat für die Bundestagswahl droht über die SPD-Spendenaffäre zu stolpern. Werner Jung, der für den Wahlkreis 96 ins Rennen gehen wollte, ist in Verdacht geraten, eine Spendenquittung erhalten zu haben.

Obwohl Werner Jung in einer Ehrenerklärung versichert hatte, keine Spendenquittung angenommen zu haben, erklärte SPD-Landeschef Harald Schartau, dass alle Rechte Jungs ab sofort ruhen. Es seien Zweifel entstanden, ob Jungs Angaben über seine Ausgaben korrekt sind. Sollte sich in den Untersuchungen herausstellen, dass Jung korrekt gehandelt habe, könne er in Köln immer noch als Direktkandidat für die SPD antreten, sagte Schartau in Düsseldorf.

Der 48-Jährige wollte in diesem Jahr zum ersten Mal für den Bundestag kandidieren. Er wurde im Dezember vergangenen Jahres von den Genossen mit 184 zu 47 Stimmen gewählt und stach so Günter Jikeli im Wahlkreis 96 (Ehrenfeld, Nippes, Chorweiler) klar aus.

Jung ist seit 1972 Mitglied der Sozialdemokraten, war fünf Jahre lang JUSO-Sprecher und neun Jahre Vorsitzender des Ortsvereins Lindenthal. 1994 zog er ins Gebiet des Wahlkreises 96, in den Ortsverein Bilderstöckchen. Seit über zehn Jahren ist Jung Mitglied des Kölner Unterbezirksvorstands, war acht Jahre davon stellvertretender Vorsitzender.

Der Historiker und Germanist studierte an der Kölner Universität und schrieb seine Doktorarbeit über August Bebel, eine bedeutende Persönlichkeit in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Nach einem journalistischen Volontariat bei der Deutschen Welle arbeitete Jung als wissenschaftlicher Mitarbeiter im NS-Dokumentationszentrum und wurde 1986 stellvertretender Direktor des Hauses am Appellhofplatz.

Er hat mehrere Bücher geschrieben und spezialisierte sich in seinen Werken auf Köln in der NS-Zeit. (sos)
Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 16.03.2002

Der Spenden-Skandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage

Forderungen wurden immer maßloser

Allmählich werden einzelne Vorgänge der Korruptionsaffäre um die Kölner MVA bekannt: Schon frühzeitig sollen sich die Hauptbeschuldigten auf die Zahlung von Bestechungsgeldern verständigt haben.

VON AXEL SPILCKER

Die Unterzeichner waren sichtlich guter Dinge, nachdem sie den Vertrag zum Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage zwischen der städtischen Tochtergesellschaft AVG und dem Gummersbacher Anlagenbauer L + C Steinmüller an jenem 28. Januar 1994 unter Dach und Fach gebracht hatten. Der damalige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier (SPD) zeigte sich "nicht unglücklich" mit dem Zuschlag an einen "kompetenten Partner" aus der Kölner Region.

Ruschmeiers Mitstreiter lächelten zustimmend. Zwei von ihnen sitzen heute in Untersuchungshaft. Und wie die Staatsanwaltschaft am Freitag bestätigte, hat es schon im Vorfeld Gespräche über Schmiergeldzahlungen gegeben. Die Gesprächspartner waren der AVG-Chef Ulrich Eisermann (SPD) und der Finanzchef des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller. Im Oktober/November 1993 führte Eisermann mit vier Bewerbern um den Bau der MVA die letzten Bietergespräche. Dabei, so der Verdacht der Staatsanwaltschaft, sollen sich Eisermann und Steinmüller-Geschäftsführer Michelfelder auf Schmiergeldzahlungen in unbekannter Höhe verständigt haben. Nachdem Steinmüller zum Generalunternehmer des Milliardenprojekts gekürt wurde, richteten Michelfelder und der Projektleiter Jörgen B. Schwarzgeldkassen bei Schweizer Briefkastenfirmen ein. Mitunter machte sich Michelfelder-Adlatus Jörgen B. auch mit einem Geldkoffer in die Züricher Innenstadt auf, um die laut Haftbefehl "immer maßloser werdenden Forderungen" von AVG-Chef Eisermann zu befriedigen. Am Ende soll Eisermann vier Millionen Euro eingestrichen haben. Ob er das Geld auf ein Schweizer Nummernkonto einzahlte oder an andere Empfänger weitergab, müsse nun geprüft werden. Der inzwischen ausgeschiedene AVG-Geschäftsführer schweigt bislang zu den Vorwürfen.

Das Gleiche gilt auch für den mutmaßlichen Geldgeber Michelfelder. Zunächst wurde er verdächtigt, weitere zehn Millionen Euro aus der Steinmüller-Firmenkasse veruntreut zu haben. Nach Angaben von Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt hat sich dieser Verdacht nicht bestätigt. Vielmehr scheint es wohl so gewesen zu sein, dass diese Summen ebenfalls als Bestechungsgelder verwendet wurden. Aus diesem Grund sei der Haftbefehl gegen Michelfelder auch am vergangenen Freitag auf den Bestechungsverdacht geändert worden. Welchen Weg diese Schmiermillionen genommen haben, ist noch unklar.

Vertragsunterzeichnung zum Bau der Müllverbrennungsanlage mit Sigfrid Michelfelder, Lothar Ruschmeier, Ulrich Eisermann und Burkhardt von der Mühlen (v. l. n. r.).

ARCHIVBILD: SCHIESTEL

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 18.03.2002

SPD-Bürgermeisterin zeigt sich an

Partei droht Rüter mit Beugehaft - Heute Stunde der Wahrheit für Kölner Mandatsträger

Die Kölner Spendenaffäre überschattete den SPD-Landesparteitag zur Bundestagswahl.

VON BARBARA A. CEPIELIK UND HEINZ TUTT

Köln/Düsseldorf - Die Kölner Bürgermeisterin Renate Canisius (SPD) hat Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet. Sie habe dies vorsorglich, auf Anraten eines Anwalts getan, teilte sie mit. Es gehe um einen Betrag von weniger als 1000 Euro. Die illegale Spendenpraxis ihrer Kölner Genossen sei ihr nicht bekannt gewesen, sagte Canisius.

Am heutigen Montag endet die Frist für die 109 Kölner Mandatsträger, eine Ehrenerklärung gegenüber der Landespartei abzugeben. In der Kölner Partei verstärkten sich Zweifel an der von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste aufgestellten Liste angeblich Beteiligten. Bundestagskandidat Werner Jung, der nach Vorwürfen, auf illegale Weise Spenden angenommen zu haben, von der SPD-Landesliste gestrichen wurde, sieht sich zu Unrecht beschuldigt und will dies der Untersuchungskommission seiner Partei beweisen. Die Schmutz-Kommission wird sich mit den Äußerungen der Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und

Marc Jan Eumann beschäftigen.

Der nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Harald Schartau kündigte eine rückhaltlose Aufklärung der Kölner Parteispendenaffäre und rechtliche Schritte gegen den früheren Fraktionschef der SPD im Kölner Rat, Norbert Rütger, an. "Am Montag wird Klage über die Anwälte ergehen, wo wir auf gerichtlichem Wege die Informationen von ihm erhalten wollen, koste es, was es wolle", sagte Schartau vor der Landesdelegiertenkonferenz seiner Partei in Düsseldorf, die die Reserveliste für die Bundestagswahl im September aufstellte. Sollte Rütger sich weiterhin weigern, der Partei die Namen illegaler Parteispender zu nennen, will die SPD, die Akteneinsicht bei weiterer Weigerung, der Partei die Namen illegaler Parteispender zu nennen, will die SPD, die Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft beantragt hat, den Fall bis zur Beugehaft vorantreiben, sagte ihr Schatzmeister Axel Horstmann.

Leitartikel Seite 4

Tagesthema Seite Zwei , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 18.03.2002

HUMOR SKANDALÖS

Niemand spendet - Trost

VON BARBARA A. CEPIELIK

Köln steht im Moment nicht gut da. Wirklich nicht. Das ganze Land blickt auf die Stadt, auf ihre Spender und Politiker. Und dementsprechend sieht das Bild aus, das draußen, jenseits der Stadtgrenzen vermittelt wird: Köln liegt nicht nur am Rhein, sondern auch am Spendenfluss.

Aber der Kölner als solcher ist ja nicht so. Dem Kölner als solchem tut dieses Negativ-Image im Herzen weh, er ärgert sich über diese Ungerechtigkeit. Und deshalb verarbeitet der Kölner als solcher Spendenaffäre und MVA-Skandal auf seine ureigene Weise: mit Sprüchen und Witzen.

Das fängt schon an, wenn man einen Bekannten trifft. Der hat das übliche "Tag, alles klar?" schon gestrichen und ersetzt es durch "Na, wieder 'ne neue Kasse?" Und wer sich ins kölsche Brauhaus begibt, macht dort Bekanntschaft mit der Fähigkeit der Köbesse, nicht nur gewohnt rotzig, sondern eben auch aktuell rotzig sein zu können. Beim Begleichen der Rechnung nämlich grinst der Mann in Blau: "Bei mir müssen Sie zahlen, wenn Sie eine Quittung wollen. Ich bin ja nicht die SPD."

Den Sozialdemokraten vermag im Moment eben kaum jemand Trost - pardon - zu spenden. Auch nicht gegen Beleg. Und deshalb kursieren die Witze und Scherze. Etwa jener: Was war der größte Fehler des früheren SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste? Er hat falsche Spenden quittiert. Und was war das einzig Richtige, was er tat? Er hat seinen Partei-Job quittiert. Und wie heißen seine Memoiren? "Womit ich nicht gerechnet habe".

Natürlich ist das Ganze auch ein Fall für den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler. Gerhard Schröder arbeitet höchstpersönlich mit Verve an der Aufklärung der SPD-Affäre, so wird in Köln erzählt: Er hat im Badezimmer schon den Seifenspender abmontiert.

Dass Kölner Pänz schon immer ausgesprochen helle waren, sieht man hier: "Dafür", so droht der Lehrer dem Schüler, "kriegst du eine Fünf." "Geht klar," antwortet der Pfiffikus, "ich schreib 'ne Quittung über zehn."

Und hier noch einer, der dem Kölner suggeriert, dass Köln eigentlich überall sein kann: Ein Unternehmer nimmt einen Politiker im Auto mit. "Können Sie mich hier absetzen?" bittet der Politiker. Fragt der Unternehmer: "Wieso hier - ich dachte, von der Steuer."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 18.03.2002

TAGESTHEMA / Die Sozialdemokraten in NRW sind um Schadensbegrenzung der Skandale bemüht / INFO-KASTEN

Affären, Affären

Größere Schmiergeld-Kassen als bisher angenommen sollen deutsche Anlagenbauer im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage in der Schweiz unterhalten haben. Wie der "Spiegel" berichtet, sollen mehrere Firmen zwischen 1993 und 2000 mindestens 33 Millionen Mark (16, 87 Millionen Euro) auf verschiedene Schweizer Konten überwiesen haben. Bisher war von 29 Millionen Mark (14,82 Millionen Euro) die Rede.

Gelder aus der Schweizer Schmiergeld-Kasse hat auch der frühere SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Karl Wienand, erhalten. Dies bestätigte gestern die ermittelnde Kölner Staatsanwältin Regine Appenrodt gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger. Am Donnerstag hatte es Durchsuchungen bei ihm zu Hause und in seinem Büro gegeben. Dort wurden Unterlagen beschlagnahmt. Wienand ist Berater der Gummersbacher Firma Steinmüller, die den Kölner Müllöfen baute.

Deutschland droht angeblich ein neuer Müllskandal. Das Entsorgungsunternehmen Trienekens soll in Oberhausen mindestens acht Jahre lang Sperrmüll der Städte Oberhausen und Duisburg im Recyclingzentrum

Oberhausen für 300 Mark (153 Euro) je Tonne angenommen haben. Dies berichtet die Zeitung "Welt am Sonntag". Den Großteil dieses Mülls soll Trienekens wiederum an die Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH geliefert und dafür nur 100 Mark (51 Euro) pro Tonne bezahlt haben. So soll die Firma bis zu 30 Millionen Mark (15,33 Millionen Euro) zusätzlich eingenommen haben. (dpa, ts)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 18.03.2002

TAGESTHEMA / Die Sozialdemokraten in NRW sind um Schadensbegrenzung der Skandale bemüht

"Das ist kein Klüngel, das ist kriminell"

Michael Vesper: Grenze der zu veröffentlichenden Parteispenden deutlich senken

Keine Häme empfinden die NRW-Grünen über den SPD-Spendenskandal. Mit Michael Vesper, dem stellvertretenden NRW-Ministerpräsidenten, sprach in Berlin Thomas Geisen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Hand aufs Herz: Stärkt der SPD-Spendenskandal die Stellung der Grünen in der NRW-Koalition?

MICHAEL VESPER: Nein. Wir sind weder schadenfroh noch überheblich. Das sind schreckliche Vorgänge in Köln und den anderen Städten. Viele Bürger machen nicht nur einzelne Politiker, sondern die Politik insgesamt dafür verantwortlich.

Ist das denn jetzt ein NRW-SPD-Problem, ein individuelles oder ein generelles Phänomen?

VESPER: Ich weigere mich zu glauben, dass Korruption ein generelles Phänomen der Politik ist. Umso schlimmer ist das, was nun zu Tage getreten ist. Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden. Es darf nicht der Eindruck stehen bleiben, dass Politik käuflich ist.

Apropos käuflich: 90 Prozent aller öffentlichen Bauvorhaben sollen korruptionsbehaftet sein . . .

VESPER: Zur Bestechung gehören immer zwei. Wir haben vor einigen Jahren, als einige Bestechungsfälle bekannt wurden, wirksame Antikorruptionsmaßnahmen ergriffen - zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip und Rotation in den Zuständigkeiten bei der Vergabe. Das A und O ist, dass nicht ein Verantwortlicher allein entscheidet und dass es personelle Wechsel gibt.

Jetzt wird allenthalben mehr Transparenz versprochen. Die Bestechungen aber passierten doch immer unter dem Tisch . . .

VESPER: In der Tat. Die gesetzlichen Bestimmungen sind das eine, der Missbrauch derselben das andere. Missbrauch kann es immer geben. Deshalb müssen wir ihn so schwierig wie möglich machen. Wir wollen Unternehmen, die zu bestechen versuchen, von öffentlichen Aufträgen ausschließen. Dazu gehört aber auch eine deutliche Senkung der Grenze, ab der Parteispenden veröffentlicht werden müssen. Ich denke da an eine deutliche Senkung auf 3000 Euro und eine Differenzierung der Anzeigepflicht auf örtlicher Ebene, Landes- und Bundesebene. Im Ortsverband kann schon eine relativ geringe Spende zu politischem Wohlverhalten führen. Außerdem müssen bei Fehlverhalten die Betroffenen auch persönlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Sollten Spenden an Parteien verboten werden?

VESPER: Nein. Dann würden Parteien nur noch stärker als bisher von Steuergeldern abhängig. Außerdem profitierten davon die Parteien mit der reicheren Mitgliedschaft. Es ist legitim, dass Unternehmen an Parteien spenden. Problematisch sind allerdings Spenden von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung. Wie schon das Land sollten auch die Kommunen sicherstellen, dass Firmen, an denen sie Anteile haben, an keine Parteien mehr spenden dürfen.

Trienekens soll auch an die Grünen gespendet haben. Stimmt das?

VESPER: Meines Wissens hat es nur einmal eine Sachspende gegeben - kostenlose Müll-Container für eine Mülltrenn-Aktion in Köln-Rodenkirchen im Wert von etwa 1300 Mark. Außerdem: Warum sollte ein Müll-Unternehmer wie Trienekens an die Grünen spenden, die sich gegen die MVA und für eine Reduzierung des Mülls engagiert haben?

Noch einmal zur NRW-Koalition: Sie ist nicht belastet?

VESPER: Nein, unser Koalitionspartner hat im Moment ein riesiges Problem. Es wird alles darauf ankommen, wie die SPD damit umgeht, ob sie den Sumpf schnell und gründlich trockenlegt, oder ob sie die Aufklärung à la Kohl und Koch in die Länge zieht wie einen Kaugummi. Wir haben den Eindruck, dass die SPD-Spitze in NRW den festen Willen zur Aufklärung hat.

Könnte anderenfalls die Situation entstehen, dass sich die Grünen aus der Koalition verabschieden?

VESPER: Solche Spekulationen bringen nichts. Die SPD muss jetzt zeigen, dass sie nicht nur an der Oberfläche kratzt, sondern den Mut aufbringt, den Filz zu entsorgen. Was sich in Köln und anderswo zeigt, hat nichts mit harmlosem "Klüngel" zu tun, das ist kriminell.

Sind Sie als Grüner letztlich froh, dass an Ihre Partei nicht so viel gespendet wird?

VESPER: Auch wir brauchen Spenden für unsere Arbeit. Aber natürlich bin ich froh, dass wir mit den Skandalen in NRW nicht tippeln. In NRW tritt nun ein Phänomen zu Tage, das sich aus zu langer Machtzusammenballung und zu wenig Blutzufuhr von außen entwickelt hat.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 18.03.2002

TAGESTHEMA / Die Sozialdemokraten in NRW sind um Schadensbegrenzung der Skandale bemüht

Die langen Schatten aus Köln

Beim Parteitag der NRW-SPD wurde die Nominierung der Kandidaten fast zur Nebensache.

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf - Die Kölner Genossen sitzen auf der Sünderbank. Marlis Herterich, Fraktionsgeschäftsführerin im Kölner Rat, hält tapfer stand, wenn ihr an diesem Samstagvormittag auf dem SPD-Landesparteitag immer wieder Fragen von Journalisten zum Kölner Spendensumpf gestellt werden. Eine Ver'schnaufpause gibt es gelegentlich, wenn Sicherheitskräfte den vorderen Bereich der Düsseldorfer Messehalle während der Wahlvorgänge für die Presse absperren. Am liebsten wäre man ganz unter sich, um sich Mut zu machen, um sich allein die Wunden lecken zu können.

Der SPD-Landesparteitag steht eindeutig im Schatten des SPD-Spenden- und Korruptionssumpfes - und der wird derzeit überwiegend mit dem Namen Köln verbunden. Landeschef Harald Schartau, gerade knapp ein Vierteljahr im Amt, ist kein Mann der lauten Töne wie sein Vorgänger Franz Müntefering. Doch als er die Parteifreunde über den Sachstand informiert, klingt sein Vortrag auch ohne wortgewaltige Stimme entschlossen. Schließlich hat er seine erste große Herausforderung in der SPD zu meistern. Knallhart sind seine Pläne, den Spendensumpf auszutrocknen. Alle juristischen Hebel werden bewegt, bis zur Beugehaft gegen Norbert Rüter. Schadensersatzansprüche lässt die SPD ebenfalls prüfen. Als probates und subtiles Mittel haben sich die Ehrenerklärungen erwiesen, die Mandats- und Funktionsträger nunmehr bei der von Schartau eingesetzten

Sch d K i i b ü

Schmude-Kommission abgeben müssen.

"Der Kölner Unterbezirk ist im Augenblick in einer schwierigen Situation", räumt Schartau ein. Der Bochumer Delegierte Manfred Hermesmeier drückt es knapper aus: "Das sind arme Säue. Für mich sitzen die Kölner nicht auf der Anklagebank." Und doch, trotz dieser demonstrativen Solidarität, erkennt er die gefährliche Situation, in die die Kölner insbesondere durch Norbert Rüter geraten sind. "Da hat sich das Unrechtsbewusstsein verschoben."

Schartau rechtfertigt vor den Delegierten nochmals das harte Vorgehen gegenüber dem Kölner Kandidaten Werner Jung, der von der Liste gestrichen wurde, berichtet von den erheblichen Zweifeln, die Jungs Version über sein Spendenverhalten beim Landesvorstand ausgelöst hat. Jung will weiter um seinen Ruf kämpfen. 2284 Mark (1167 Euro) habe er vom Finanzamt nach Einreichen der Quittungen erhalten. 1998 habe er entsprechende Spendenbelege in Höhe von insgesamt 5000 Mark (2556 Euro) erhalten. Er könne nachweisen, dass er in dieser Höhe in den Jahren 1993 bis 1997 entsprechende Sachleistungen (Telefon- und Fahrtkosten) erbracht habe.

Neben Jung müssen auch noch zwei weitere Abgeordnete um ihren guten Ruf kämpfen. Die Kommission werde sich noch mit Marc Jan Eumann und Annelie Kever-Henseler beschäftigen, kündigt Schartau an. "Wo bleibt bei den Kölnern die Unrechtsvermutung?" fragt Marlis Herterich, nachdem Schartau diese in seiner Eröffnungsrede für beschuldigte Genossen in Recklinghausen und Wuppertal reklamiert hat. Öffentlich macht sie aber dies nicht zum Thema.

Den Genossen steht längst nicht mehr der Sinn nach solchen Auseinandersetzungen. Franz Müntefering trifft den Nerv, als er in seiner Rede die Kölner auffordert: "Sorgt dafür, dass ihr wieder in die Pötte kommt." Dem eigentlichen Thema, der Aufstellung der SPD zur Bundestagswahl, gilt kaum die Aufmerksamkeit der Delegierten. Trotz seiner routiniert kämpferischen Rede gelingt es Müntefering im Anschluss nicht, seine Parteifreunde für den bevorstehenden Wahlkampf zu begeistern. Da ist es auch wenig hilfreich, dass er mit dem Finger auf die CDU zeigt, die doch insgesamt sehr viel höhere Spendenbeträge kassiere. "Selbstkritik ist notwendig, Selbstbewusstsein aber auch", beschwört er die Genossen. Jetzt sei nicht der Grund, in die Knie zu gehen.

Selbst fehlt es dem Spitzenkandidat Müntefering gewiss nicht an Selbstbewusstsein. Und dies wird noch einmal gestärkt, als er schließlich mit mehr als 96 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt wird. Doch während die Genossen sich von den Plätzen erheben und am eigenen Beifall berauschen, kursieren im Saal schon wieder neue Gerüchte. Die Kölner Bürgermeisterin Renate Canisius soll sich selbst beim Finanzamt angezeigt haben. "Da wird noch mehr kommen", ahnt ein Kölner Delegierter.

Betretene Gesichter beim Parteitag der NRW-SPD: Generalsekretär Groschek (v. l.), Landeschef Schartau und Partei-Generalsekretär Müntefering müssen sich hauptsächlich mit der Spendenaffäre beschäftigen. BILD: DPA

LEITARTIKEL

Aufklären nach dem "Kölner Modell"

Schartau muss hart und konsequent sein

Von Heinz Tutt

Harald Schartau ist derzeit Schröders wichtigster Mann. Angesichts der sich ausweitenden SPD-Spendenaffäre kommt dem NRW-Landeschef - mehr als dem Generalsekretär der Bundespartei, Franz Müntefering - die Aufgabe zu, vor der Bundestagswahl den Schaden einzudämmen. In diesem Bemühen ist Schartau Versuch, den Spenden- und Korruptionskandal auf den Kölner Raum zu begrenzen, zum Scheitern verurteilt. Schon jetzt zeichnen sich Verstrickungen von Genossen in anderen Kommunen ab. Schartau hat nur eine Option: Aufklärung. Dafür scheut er nicht einmal davor zurück, seinem Ex-Kollegen im Parteivorstand Norbert Rüter mit Beugehaft drohen zu lassen. Er will unter allen Umständen den Spendensumpf trockenlegen - angefangen in Köln. Seine Methode, den Funktions- und Mandatsträgern Ehrenerklärungen abzuverlangen, scheint sich zu bewähren. Dies liegt nicht etwa daran, dass die betroffenen Genossen plötzlich so ehrenwert wären, sich aus freien Stücken ihrer Parteiführung zu offenbaren. Treibendes Motiv ist vielmehr die Angst, dass die Ermittlungsbehörden sowieso alles herausbekommen. Vor diesem Hintergrund treten viele die (strafbefreiende) Flucht nach vorne an.

Ein Glücksgriff ist die von Schartau eingesetzte Schmutz-Kommission. Sie hat bereits im Fall des Kölner Abgeordneten-Kandidaten Werner Jung einen ersten Beitrag zur politischen Bewältigung der Affäre geleistet.

Nach erster Durchsicht der Akten schien für Schmutz festzustehen, dass bei Jungs Spendenpraxis - trotz Ehrenerklärung - etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Entscheidung, ihn deshalb von der Landesliste für die Bundestagswahl zu streichen, war hart und konsequent. Sie setzt den Maßstab für das künftige Vorgehen der Partei. Schartau will am "Kölner Modell" vorführen, wie er mit verfilzten und korrupten Genossen auch anderswo umzugehen gedenkt.

Offenbar akzeptiert die Partei diese Linie. Obwohl gerade aus Köln Protest gegen Schartaus Vorgehen laut wurde, meldete sich von den knapp 450 Delegierten auf dem Landesparteitag niemand kritisch zu Wort.

Müntefering, der sich ebenfalls zur schonungslosen Aufklärung bekannt hatte, wurde mit einem Traumergebnis von mehr als 96 Prozent zum Spitzenkandidaten gewählt. Allen NRW-Genossen ist klar, dass kein Weg am reinigenden Fegefeuer vorbeigeht.

Auffallend ist die Zurückhaltung der CDU-Opposition im Lande. Sollte es in ihren Reihen, wie behauptet, tatsächlich weder Filz noch Korruption geben, dann müsste ihr Verhalten schon als geradezu selbstlos staatstragend gelten.

VORGEMERKT

Salz in offenen Wunden

Franz Müntefering muss vor den Berliner Spendenausschuss

Alles, was Rüter weiß, wird auf den Tisch kommen." Das markige Versprechen des nordrhein-westfälischen SPD-Vorsitzenden Harald Schartau vom vergangenen Wochenende wird den Verlauf dieser Woche maßgeblich prägen. Schon ist nicht mehr undenkbar, dass ein ehemaliger Fraktionsvorsitzender des Kölner Stadtrates in Beugehaft muss, dass die Sozialdemokratie der Stadt nach einer Serie von Selbstanzeigen und Enthüllungen als politische Kraft für unbestimmte Zeit de facto ausfällt.

Das Wissen Norbert Rütters könnte vor allem ein Mann gut gebrauchen, der sich am Donnerstag in Berlin dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags stellen muss: Franz Müntefering. Der SPD-Generalsekretär wird dort auf eine Atmosphäre treffen, die durchaus von Rachegeleüsten mitbestimmt sein dürfte. Die Unions-Abgeordneten in dem Parlamentsgremium haben die scharfen Kommentare nicht vergessen, mit denen Müntefering kontinuierlich Salz in die offenen Wunden der Union streute, als Helmut Kohl sich über die Herkunft seiner Schwarzgelder ausschwig. Man erinnere sich: Dem Altkanzler blieb die Beugehaft damals nur deswegen erspart, weil die Parlamentarier sich nicht dazu durchringen konnten, einen ehemaligen Regierungschef ins Gefängnis zu schicken.

Heute wird die deutsche Wirtschaft in München dem Bundeskanzler auf den Zahn fühlen und ihm ihre Wünsche für eine Politik des Wachstums und der Senkung der Arbeitslosigkeit darlegen. Bundespräsident Johannes Rau reist am Dienstag zu einem zweitägigen Staatsbesuch nach Rumänien, für die Regierung in Bukarest ein eminent wichtiges Ereignis auf ihrem Weg nach Europa.

Das Bundesverfassungsgericht fällt am Mittwoch ein von den Strafverfolgern mit Spannung erwartetes Urteil. Über die Verfassungsmäßigkeit der "Vermögensstrafe zur Gewinnabschöpfung aus organisierter Kriminalität" zu befinden, wie es in schönem Juristendeutsch heißt, bedeutet nichts anderes als die Frage zu entscheiden: Wird es zukünftig möglich sein, etwa einen Rauschgifthändler zu einer Haftstrafe zu verurteilen und ihn zusätzlich mit einer Geldstrafe zu belegen, die sich an der Höhe des mit seiner kriminellen Energie erwirtschafteten Vermögens orientiert? Ein Blick in die USA lehrt: Mit keiner anderen Maßnahme kann man Kriminellen wirkungsvoller beikommen, als ihnen ihre Autos, Yachten oder Villen wegzunehmen. Karlsruhe hat festzustellen, ob das die deutschen Gesetze auch hergeben, oder ob sie womöglich überarbeitet werden müssen. Am Freitag schließlich werden die Spitzen von Staat und Gesellschaft in Hamburg der verstorbenen Publizistin Marion Gräfin Dönhoff gedenken, bevor die große alte Dame des deutschen Nachkriegs-Journalismus im engsten Familienkreis beigesetzt wird.

JAN W. BRÜGELMANN

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 18.03.2002

Zweifel an der Solidarität unter Genossen

Frühjahrsempfang der Kölner SPD ganz unter dem Eindruck des Spendenskandals

Täglich tauchen die Namen weiterer SPD-Mitglieder auf, die in die Spendenaffäre verwickelt sein sollen.

VON BARBARA A. CEPIELIK

Renate Canisius, Bürgermeisterin und altgediente SPD-Politikerin, war ungehalten: "Ich lass´ mich doch nicht auf meine alten Tage demontieren", sagte sie am Sonntag am Rande des SPD-Frühlingsempfangs. Auch sie gehörte zu denjenigen, die am Wochenende im Zusammenhang mit dem SPD-Spendenskandal genannt wurden. Sie habe Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet, gab sie zu: "Das geschah auf den Anruf eines von mir nicht beauftragten Anwalts und ohne vorherige Prüfung wegen eines Steuerbetrages unter 1000 Euro." Ob das überhaupt erforderlich gewesen sei, wolle sie in den nächsten Tagen prüfen lassen. Weder ihr noch ihrem Mann sei bis vor wenigen Tagen die illegale Spendenpraxis von Ex-Fraktionschef Norbert Rütger und Ex-Schatzmeister Manfred Bicieste bekannt gewesen.

Beim Empfang der SPD im Olympiamuseum sollte es eigentlich um die Vorstellung der beiden Bundestagskandidaten Lale Akgün und Martin Dörmann gehen. Die baten in kurzen Reden auch um Mut und Unterstützung für ihren Wahlkampf. Doch die Spendenaffäre überlagerte alles. "Da wird jetzt jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben", ärgerte sich mehr als einer beim Gespräch unter Genossen. Und in der Tat: Immer neue Zitate, die angeblich aus der Spendenbelege-Empfänger-Liste von Manfred Bicieste stammen sollen oder sich auf andere vage Quellen berufen, machten die Runde.

Am Wochenende kamen neben Canisius auch eine SPD-Sachbearbeiterin sowie der kommissarische Fraktionsvorsitzende Heinz Lüttgen als Betroffene ins Gerede. Lüttgen dazu: "Kein Kommentar. Ich habe mich in der Schmutz-Kommission geäußert und gehöre zu denen, die das auch allen anderen Mandatsträgern empfehlen." Bis zum heutigen Montagabend haben die 109 Kölner Mandatsträger der SPD Zeit, ihre Ehren-Erklärung in Düsseldorf abzugeben.

Ob die Liste von Ex-Kassierer Manfred Bicieste der Wahrheit entspricht, das zog gestern mehr als einer der Genossen in Zweifel. Bicieste weigert sich nach wie vor, seiner Partei die Namen bekannt zu geben. Das handschriftliche Original, so ließ sein Anwalt Reinhard Birkenstock wissen, sei der Steuerfahndung in Düsseldorf zugegangen. Unterdessen erhöhte sich weiter der Druck auf Norbert Rütger, die Namen der Spender von insgesamt 424 000 Euro auch der Partei bekannt zu geben. Zur Not werde man, so hieß es, gegen Rütger klagen, um seine Aussage zu erzwingen.

Parteichef Jochen Ott vertraut auf die Schmutz-Kommission. Sie habe inzwischen auch die Berichte der Wirtschaftsprüfer erhalten, die die SPD-Abrechnungen kontrolliert haben. In sechs bis acht Wochen werde der Bericht vorliegen; dann werde man entscheiden, ob der in der Kritik stehende Werner Jung Kölner Direktkandidat bleibe oder nicht. Jung wurde bereits am Freitag von der SPD-Landesliste gestrichen (siehe auch Seite Zwei). Der Parteivorsitzende Ott warb für Aufklärung der Affäre, aber auch für einen Neuanfang der SPD ohne Flügelkämpfe und Kreise. Man müsse vieles in der Kommunalpolitik überdenken. Man müsse fragen, ob es sinnvoll sei, dass Fraktionsvorsitzende einer Millionenstadt diesen Job ehrenamtlich wahrnehmen. Ott regte darüber hinaus an, Kommunalpolitiker, "die in Aufsichtsräten knallharten Managern gegenüber sitzen, darauf besser vorzubereiten und zu schulen".

Als zum Schluss der Bundestagsabgeordnete Volkmar Schulz die "Solidarität von Genossen in schlechten Zeiten" beschwor, zollten ihm nicht alle Beifall. Zu viel Misstrauen im Zusammenhang mit den Spenden, zu viele Verdächtigungen untereinander und zu viele Enttäuschungen habe es in den vergangenen zwei Wochen gegeben, murmelte einer, als dass man das derzeit so naiv sagen könne.

www.ksta.de/spendenskandal

Drei leichte Trios als musikalische Untermalung eines SPD-Empfangs in schweren Zeiten. Was der Vorstellung

zweier Bundestagskandidaten dienen sollte - der Frühjahrsempfang -, stand ganz im Schatten der Spendenaffäre. BILD: MAX GRÖNERT

Drei leichte Trios als musikalische Untermalung eines SPD-Empfangs in schweren Zeiten. Was der Vorstellung zweier

Bundestagskandidaten dienen sollte - der Frühjahrsempfang -, stand ganz im Schatten der Spendenaffäre.

BILD: MAX GRÖNERT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 19.03.2002

Biciste will SPD die Namensliste preisgeben

Schmude als Vertrauensperson

Die Bundespartei reicht Klagen gegen frühere Kölner Mandatsträger ein und droht in Wuppertal mit demselben Schritt.

VON UNSERER REDAKTION

Köln/Düsseldorf/Berlin - Im Parteispendenskandal der Kölner SPD ist der ehemalige Schatzmeister Manfred Biciste offenbar bereit, der SPD die Namen jener 42 Personen zu benennen, denen er in den Jahren 1994 bis 1999 fingierte Spendenquittungen ausgestellt hat. Das bestätigte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger" nach einer achtstündigen Vernehmung durch die Kölner Staatsanwaltschaft. Bicistes Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock erklärte dazu: "Wir sind nicht aufgefordert worden, den Namen einer Vertrauensperson zu benennen. Solange die SPD uns so ein Angebot nicht macht, können wir auch nicht darüber nachdenken." Birkenstock brachte dafür den Chef der parteiinternen Feststellungskommission, Jürgen Schmude, ins Gespräch. Ein Antrag der SPD auf Akteneinsicht wurde von der Justiz abgewiesen: Eine Veröffentlichung könnte die Ermittlungen stören. Nach Ablauf der Erklärungsfrist für die 109 örtlichen Mandatsträger der Kölner SPD sind deren Ehrenerklärungen gestern "ungezählt" an die Kommission der Landespartei unter Schmudes Vorsitz übergeben worden. Die Bundes-SPD will - nach Norbert Rüter und Biciste - auch den Wuppertaler Oberbürgermeister Hans Kremendahl und den örtlichen SPD-Geschäftsführer verklagen, falls diese weiterhin die Aussage zu illegalen Parteispenden verweigern.

Firmen, die sich mit Schmiergeldern Aufträge erkaufte haben, sollen in einem bundesweiten Anti-Korruptionsregister erfasst und von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Dies schlug Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) vor.

Porträt Seite Zwei

Land/Region Seite 8 , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 19.03.2002

Ex-SPD-Schatzmeister stundenlang von Staatsanwaltschaft, Kripo und Steuerfahndern verhört

Bicistes kurze Visite im Mafia-Prozess

Manfred Biciste will die rund 40 Empfänger von Spendenquittungen einer Vertrauensperson der SPD namentlich nennen. Dies sagte sein Anwalt gestern nach der Vernehmung.

VON HARIETT DRACK, TIM STINAUER UND PETER BERGER

In Begleitung seines Anwalts Reinhard Birkenstock kam Manfred Biciste gestern früh erneut ins Justizzentrum, um bei der Staatsanwaltschaft auszusagen. Vor seiner achtstündigen Vernehmung machte der Ex-Schatzmeister der SPD überraschend Bekanntschaft mit dem Schwurgerichtssaal des Landgerichts. Prozessbeteiligte und Zuschauer staunten, als Biciste im Zuschauerraum des Saals 210 Platz nahm, wo gestern der Prozess gegen die Großmafia seinen Abschluss fand. Des Rätsels Lösung: Birkenstock ist einer der Verteidiger in dem Großverfahren und hatte dort einen wenige Minuten dauernden Auftritt, bis er mit Biciste den Gang zur Staatsanwaltschaft antrat.

Dort wurde er acht Stunden lang von drei Staatsanwälten, einem Kripobeamten und einem Beamten der Steuerfahndung bis in den Abend vernommen. Zwischenzeitlich traten Biciste und sein Anwalt Reinhard

Birkenstock vor die Presse. Birkenstock dementierte aufs Schärfste Meldungen, nach denen sein Mandant in zwei oder drei Fällen Mandatsträgern falsche Spendenquittungen untergeschoben habe. "Die Zusammenstellung ist auf der Basis alter Unterlagen höchst seriös erfolgt", sagte Birkenstock. "Herr Biciste hat das nicht alleine geleistet. Die Mitarbeiterin aus der Buchhaltung der Partei hat ihm dabei geholfen." Die Einzelheiten werde man den Behörden erklären. Der Ex-Schatzmeister der SPD hat das Wochenende damit verbracht, alle Daten zu seinem Lebenslauf und einen umfassenden Sachbericht zu erstellen. Beides habe man der Staatsanwaltschaft am Morgen übergeben. Es seien ungefähr 40 Personen Empfänger von Spendenquittungen gewesen. Die Beträge seien dann gestückelt worden. Birkenstock: "Wenn Sie eins und eins zusammenzählen, wissen Sie auch, dass man zwischen 1994 und 1999 mehrfach Gelegenheit hatte, aus diesem Personenkreis Leute zu Quittungsempfängern zu machen."

Dass Biciste deren Namen der SPD immer noch verschweigt, liegt nach Angaben seines Anwalts vor allem am fehlenden Ansprechpartner. "Die Partei hat uns bisher nicht gebeten, den Namen einer Vertrauensperson zu benennen. Solange sie uns so ein Angebot nicht macht, können wir auch nicht darüber nachdenken", sagte Birkenstock. Diese Vertrauensperson könnte auch Professor Schmude sein. Der Vernehmungsmarathon, von dem Biciste am Abend sagte, "das ist kein Pappenstil", wird am Mittwochmittag fortgesetzt.

Der SPD-Landesvorstand in Düsseldorf wollte gestern keine vorläufige Bilanz der abgegebenen Ehrenerklärungen veröffentlichen. Die von den 109 Kölner Funktionsträgern angeforderten Erklärungen würden ungezählt an die Schmude-Kommission übergeben. "Die Kommission wird sich bis Freitag mit den Erklärungen befassen", sagte Susanna Weineck, Sprecherin der NRW-SPD. Schmude werde dann dem SPD-Landesvorstand Bericht erstatten. Die Frist für die 109 Politiker, sich durch die Erklärung von einem Verdacht zu befreien, lief gestern um Mitternacht ab.

Kölns SPD-Parteichef Jochen Ott kündigte gestern an, man werde sich in der heutigen Sitzung des Parteivorstands mit der Frage beschäftigen, wie die Arbeit der SPD-Fraktion im Stadtrat nach der Aufklärung der Parteispendenaffäre fortzusetzen sei. Dabei werde es nicht um Personalfragen geben. "Der nächste Fraktionsvorsitzende der SPD muss vor allem finanziell unabhängig sein." Ein Landtagsmandat als Versorgungsposten dürfe es nicht mehr geben. Die SPD müsse sich damit auseinander setzen, die Aufgabe des Fraktionschefs zu professionalisieren.

www.ksta.de/spendenskandal

Manfred Biciste und sein Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock (l.) gaben nach der Vernehmung kurze Stellungnahmen ab. BILD: GRÖNERT

Manfred Biciste und sein

Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock

(l.) gaben nach der Vernehmung

kurze Stellungnahmen ab. BILD:

GRÖNERT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 20.03.2002

Bezahlt wurde die SPD hinterher

Norbert Rüter legt der Staatsanwaltschaft die übliche Praxis der Zuwendungen offen

Ex-SPD-Fraktionschef Rüter hat mit Barspenden schwarze Kassen eingerichtet, auch um Wahlkämpfe des ehemaligen OB-Kandidaten Klaus Heugel zu finanzieren.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln - Es sei die Regel gewesen, nach der Vergabe von städtischen Aufträgen bei den Firmen so genannte "Danke-schön-Leistungen" zu kassieren, gab Norbert Rüter nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" in seiner Vernehmung vor einer Woche bei der Staatsanwaltschaft zu Protokoll. Insgesamt erhielt die Partei in den Jahren 1994 bis 1999 rund 424 000 Euro. Das System will er von seinem politischen Ziehvater Heugel übernommen haben. Heugels Anwalt wollte auf Anfrage keine Stellung zu den Vorwürfen nehmen.

Erkennlich zeigte sich nach Aussagen Rüthers auch der Gummersbacher Anlagenbauer L + C Steinmüller, nachdem das Unternehmen 1994 den Auftrag zur Errichtung der 430 Millionen Euro teuren Kölner Müllverbrennungsanlage erhalten hatte. Im Jahr darauf bat Rüter nach Absprache mit dem damaligen SPD-Fraktionschef Heugel Steinmüller-Geschäftsführer Sigfrid Michelfelder um eine großzügige Spende. Im Juli 1995 überreichte Michelfelder in Zürich 77 000 Euro an Rüter.

Nach seiner Rückkehr gab der SPD-Politiker nach eigenen Angaben 26 000 Euro an den Schatzmeister Manfred Biciste weiter, die dieser mit Hilfe fingierter Spendenquittungen in den Parteibüchern verbuchte.

Den Rest teilte Rüter auf zwei Kriegskassen des rechten Parteiflügels auf. Eine firmierte unter "sonstige

Den Rest teilte Rüter auf zwei Kriegskassen des rechten Parteiflügels auf. Eine firmierte unter "sonstige Zwecke", die andere diente zu Wahlkampfzwecken. Nutznießer soll der damalige SPD-Chef der

Mehrheitsfraktion im Kölner Stadtrat und spätere Oberbürgermeisterkandidat Klaus Heugel gewesen sein. Heugel soll nach den Worten Rütthers über die Herkunft der Großspenden informiert gewesen sein. Insgesamt reiste Rütther dreimal in die Schweiz, um dort Gelder in Empfang zu nehmen.
Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 20.03.2002

Das "Danke-schön-System"

Der goldene Handschlag nach der Auftragsvergabe: Wie die Kölner SPD ihre Kassen füllte

Ex-SPD-Fraktionschef Norbert Rütther packte bei der Staatsanwaltschaft aus, erzählte alles über Schwarzgeldkassen und Reisen in die Schweiz.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Der Kandidat strahlte, und sein Fraktionschef klopfte ihm an jenem grauen 14. April des Jahres 1999 fröhlich auf die Schulter. Klaus Heugel und Norbert Rütther: Gemeinsam präsentierten sie sich auf dem Neumarkt in Köln vor einer knallroten Straßenbahn der Kölner Verkehrsbetriebe: "Die Wahl kommt - Heugel wählen". Unter diesem Motto ließ die Kölner SPD im Kommunalwahlkampf zwei Heugel-Bahnen fünf Monate lang durch Köln rollen. Kostenpunkt dieser ungewöhnlichen Werbeaktion: 25 500 Euro (50 000 Mark). Und Rütther kündigte an, beim Kampf um die Macht im Historischen Rathaus und der ersten Direktwahl eines Oberbürgermeisters weder Mühen noch Kosten zu scheuen. "Der Straßenwahlkampf ist passé", diktierte der Spitzengenosse den Journalisten in ihre Schreibblöcke. "Das ist eine besondere Wahl. Da müssen wir professionell rangehen." Was Norbert Rütther alles unter professionellem Wahlkampf verstanden haben muss, ist nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" inzwischen ein wenig klarer geworden. Bei seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft vor einer Woche packte er aus und gestand, mit Barspenden von Unternehmen, die städtische Großaufträge erhalten hatten, unter anderem zwei schwarze Kassen eingerichtet zu haben. Eine firmierte unter "sonstige Zwecke", die andere diente der Finanzierung des Heugel-Wahlkampfes. Mindestens 46 000 Euro (90 000 Mark) flossen so in die Kampagne. Um Heugel auf den Oberbürgermeister-Sessel zu hieven. Es kam anders: einen Monat vor der Wahl stolperte der Kandidat über ein Aktien-Insidergeschäft und musste von der politischen Bühne abtreten. Wie hoch die Summe wirklich war, muss noch ermittelt werden. Bei der Vernehmung Rütthers durch die Staatsanwaltschaft riss der seinen langjährigen politischen Freund und Steigbügelhalter mit in den Spendensumpf. Heugel, so Rütther, sei genauestens über die Herkunft der Großspenden informiert gewesen.

Die Staatsanwälte horchen auf, als Rütther zum Besten gibt: Es sei in den 90er Jahren guter Brauch gewesen, bei den Firmen abzukassieren, die zuvor einen städtischen Großauftrag erhalten hätten. Erst der Auftrag, dann die Parteispende. Durch diese Zahlungsmodalitäten habe die Kölner SPD sicherstellen wollen, sich nicht eines Tages einem Bestechungsvorwurf ausgesetzt zu sehen.

Das System der "Danke-schön-Leistungen" will Rütther in seiner Funktion als Fraktionsgeschäftsführer von seinem Lehrmeister Klaus Heugel (Wahlkampfes: "Köln ist mein Beruf") übernommen haben. Zu den großzügigen Geldgebern soll auch der Chef des Viersener Entsorgungskonzerns, Hellmut Trienekens, gezählt haben. Von seinem Privatkonto sollen 76 600 Euro (150 000 Mark) in die schwarzen Kassen der SPD gelangt sein.

Die "Danke-schön-Leistungen": Ein System, das etwa beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage wie g y . g g

geschmiert lief. Rütther berichtet von folgender Begebenheit. Nachdem der Gummersbacher Anlagenbauer L+C Steinmüller 1994 den 434-Millionen-Euro-Auftrag zur Errichtung des Müllofens in der Tasche hatte, trat Rütther nach eigenen Angaben in Absprache mit SPD-Boss Heugel auf den Plan.

Rütther nahm den Geschäftsführer der stadtnahen Abfallentsorgung und Verwertungsgesellschaft (AVG) und Parteifreund Ulrich Eisermann zur Seite. Er bat den Chef des Müllofen-Betreibers, eine heikle Vermittlerrolle zu übernehmen. In der Parteikasse herrsche Ebbe, man sei auf eine großzügige Spende angewiesen. Eisermann, der jüngst selbst unter Korruptionsverdacht verhaftet wurde, arrangierte daraufhin prompt ein Treffen mit dem Steinmüller-Geschäftsführer Sigfried Michelfelder. Über die Danke-schön-Leistung wurde man sich offenbar schnell handelseinig.

Im Juli 1995 reisten Rütther und Michelfelder nach Zürich. In der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. Rolf Egli wechselte ein Umschlag mit 77 700 Euro (152 000 Mark) den Besitzer. Zurück in Köln gab Rütther rund 26 600 Euro (52 000 Mark) an seinen damaligen Schatzmeister Manfred Biciste weiter. Der Rest floss laut Rütthers Angaben bei der Staatsanwaltschaft in die beiden schwarzen Kassen der SPD, von der eine dem Heugel-Wahlkampf diente. Nach dem selben System kassierte Rütther in Zürich noch zwei weitere Male ab. 1997 übernahm er in der gleichen Kanzlei 51 100 Euro (100 000 Mark). Im Jahr darauf traf er sich mit dem Steinmüller-Projektleiter Jörgen B. in einem Züricher Hotel, wo laut Rütther erneut 35 800 Euro (70 000 Mark) über den Tisch gingen. Gelder, für die bei Steinmüller eigens eine Kriegskasse existiert haben muss - zur Pflege der politischen Landschaft und ihrer Entscheidungsträger.

Rechtsanwalt Rolf Egli erinnert sich heute zumindest an die letzte Bargeldübergabe. Die Schweizer Aktiengesellschaft für Industrieförderung (AIF) habe für Steinmüller einen Auftrag in Thailand zum Bau einer Müllverbrennungsanlage checken sollen. Rund 35 800 Euro (70 000 Mark) zu viel seien damals von Steinmüller an die AIF gezahlt worden. "Als ich die Rücküberweisung abwickeln wollte, hat man mir bei Steinmüller zu verstehen gegeben, ich möge das Geld zurückhalten", berichtet Egli. Die Summe sei dann von dem Steinmüller-Projektleiter persönlich bei ihm abgeholt worden.

Ob die knallroten Wahlkampf-Bahnen, die Rüter und Heugel an jenem 14. April 1999 voller Stolz auf dem Neumarkt präsentierten, über die Schweizer Schwarzgeld-Connection bezahlt wurden, wird wohl das Geheimnis der Genossen bleiben, die am tiefsten in die Affäre verstrickt sind. Neben Rüter und Heugel ist das Ex-Schatzmeister Manfred Biciste. Den Nachweis, wie viel Geld 1999 die Schlacht ums Rathaus verschlungen hat, ist er bis heute schuldig geblieben. Der SPD-Unterbezirk habe das Jahr 1999 mit "einer roten Null" abgeschlossen, teilte er im Rechenschaftsbericht lapidar mit. Angabepflichtige Einzelspenden über 10 200 Euro (20 000 Mark), so Biciste im April 2000, habe die SPD nicht erhalten. Wie wir heute wissen, hat Biciste da die Unwahrheit gesagt.

Mit großen Lettern auf Kölner Straßenbahnen warben Norbert Rüter (l.) und Klaus Heugel 1999 für die SPD.

BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 20.03.2002

KOMMENTAR

Nur noch betrogene Opfer

Seit Norbert Rüter vor zweieinhalb Wochen seinen SPD-Vorstandskollegen in geselliger Runde erste Andeutungen machte, er werde wohl als Fraktionschef zurücktreten müssen, verging kein Tag mehr ohne Hiobsbotschaften für die Genossen. Der Kreis der Eingeweihten in Sachen illegaler Spendenpraxis wurde von Tag zu Tag größer. Ein regelrechter Flächenbrand ergriff die SPD. Und mittendrin immer Rüter und Heugel - die zentralen Strippenzieher. Firmen, die städtische Großaufträge erhielten, seien hinterher um "Dankeschön-Leistungen" angegangen worden, sagte Rüter in seiner Vernehmung aus. Eine mögliche Anklage wegen Vorteilsnahme beziehungsweise Bestechlichkeit rückt damit in die Ferne. Denn nun muss die Staatsanwaltschaft nachweisen, dass es zuvor Absprachen gegeben hat. Das wird ebenso schwierig wie langwierig.

Um so wichtiger ist daher die rasche politische Aufarbeitung in der SPD. Aber in der Kölner Affäre gibt es offenbar nur noch betrogene Opfer, die sich keiner Schuld bewusst sind und sich an Mandate und Posten klammern. - Erbärmlich!

RUDOLF KREITZ

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 20.03.2002

Biciste-Liste geht an Schmude

105 Erklärungen erreichten die SPD-Kommission - Ergebnis am Freitag

Die Vertrauenspersonen sind gefunden. SPD-Anwalt Helmut Neumann und Jürgen Schmude werden die Namen erfahren, die auf der Biciste-Liste stehen.

VON PETER BERGER, HEINZ TUTT UND AXEL SPILCKER

Aufatmen bei der Kölner SPD: Schatzmeister Martin Börschel nahm gestern mit Erleichterung zur Kenntnis, dass 105 der 106 Mandatsträger der Feststellungskommission um den ehemaligen NRW-Justizminister Jürgen Schmude geantwortet haben. "104 Briefe sind beim Landesvorstand in Düsseldorf eingegangen, einer ist fälschlicherweise beim Unterbezirk hier in Köln gelandet", sagte Börschel gestern. "Den haben wir gleich nach Düsseldorf weitergeleitet."

Die ursprünglich angegebene Zahl der Kölner Mandatsträger hat sich von 109 auf 106 reduziert, weil die Ratsmitglieder Marlis Herterich und Martin Börschel sowie der Mülheimer Bezirksvorsteher Norbert Fuchs wegen ihrer doppelten Funktionen (alle drei sind Mitglieder des Unterbezirksvorstands) in der Partei auch wegen ihrer doppelten Funktionen (alle drei sind Mitglieder des Unterbezirksvorstands) in der Partei auch zweimal angeschrieben worden seien. Jürgen Schmude nahm gestern beim SPD-Landesvorstand seine Arbeit auf, begann gleich mit der Sichtung der Ehrenerklärungen. Das Ergebnis wird er dem Landesvorstand am Freitag mitteilen.

Schmude wird einer der beiden Vertrauenspersonen sein, der der Ex-Schatzmeister der Kölner SPD, Manfred Biciste, die Namen der 42 Personen nennen wird, denen er in den Jahren 1994 bis 1999 fingierte

Spendenquittungen ausgestellt hatte, um damit die von dem ehemaligen SPD-Fraktionschef Norbert Rütter illegal kassierten Parteispenden zu verbuchen. Neben Schmude dient der Anwalt der Bundes-SPD, Helmut Neumann, Biciste als Ansprechpartner. Einem Funktionsträger der Kölner SPD soll aus den Summen, die sich nach den bisherigen Überprüfungen der Bundesrevision und eines Wirtschaftsprüfers auf 260 000 Euro belaufen, ein Kredit von rund 11 000 Euro gezahlt worden sein.

Dem "Kölner Stadt-Anzeiger" sagte Bicistes Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock gestern, man sei mit Schmude und Neumann als Vertrauenspersonen einverstanden. Zeitgleich hatte der Chef der NRW-SPD, Harald Schartau, in Düsseldorf klargestellt, man werde ausschließlich Schmude in seiner Funktion als Leiter der Feststellungskommission als Vertrauensperson akzeptieren. Wie Schartau weiter sagte, habe der Landtagsabgeordnete Marc-Jan Eumann seine Stellungnahme schon vor der Kommission abgegeben. Die Abgeordnete Annelie Kever-Henseler habe ihre Unterlagen ebenfalls eingereicht. Nach seiner Einschätzung werde die Abgeordnete sich vor der Kommission auch persönlich äußern. "Das ist eine enorme Chance, sich entschuldigen zu können", so Schartau. Am Freitag werden die Untersuchungen hinsichtlich Eumann abgeschlossen sein, sagte der Generalsekretär der NRW-SPD, Michael Groschek. Schmude werde dann dem Landesvorstand eine Empfehlung geben. Ebenso soll bis dahin geklärt sein, wer von den übrigen Kölner Mandats- und Funktionsträgern zur Kommission geladen wird.

Auch zum Fall des Kölner Bundestags-Direktkandidaten Werner Jung, den die Partei direkt von der Landesliste gestrichen hatte, äußerte sich Schartau. Die Untersuchungen würden von der Schiedskommission "so schnell wie möglich, spätestens aber bis zum Juli" abgeschlossen sein.

Die Kölner Staatsanwaltschaft wird die Vernehmung von Manfred Biciste heute Mittag fortsetzen. Dabei geht es um weitere Details der Spendenpraxis.

Jürgen Schmude, Leiter der Spenden-Prüfkommission der SPD

Jürgen Schmude, Leiter der

Spenden-Prüfkommission der SPD

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 21.03.2002

Rütter nennt der SPD die Spender

Die Partei erhielt 424 000 Euro von neun Unternehmen und Einzelpersonen

Im Parteispendenskandal hat Norbert Rütter gestern der Kölner SPD per Fax die Namen der Großspender mitgeteilt.

VON PETER BERGER UND HEINZ TUTT

Köln - Der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Rütter, der als Drahtzieher des Kölner Parteispendenskandals gilt, hat der SPD gestern die Namen der neun Großspender mitgeteilt. Sie sollen in den Jahren 1994 bis 1999 insgesamt 424 000 Euro (830 000 Mark) gespendet haben. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" stehen neben dem Müllunternehmer Hellmut Trienekens und dem Gummersbacher Anlagenbauer L+C Steinmüller, dessen ehemaliger Manager Klaus Michelfelder wegen Bestechungsverdachts in Untersuchungshaft sitzt, fünf weitere Unternehmen und zwei Einzelpersonen auf der Liste: die Baukonzerne Hochtief AG (Essen), Bilfinger+Berger (Mannheim) sowie der frühere Kölner Niederlassungsleiter von Holzmann, Manfred Rohler. Sie sollen jeweils rund 25 000 Euro gezahlt haben. Drei weitere Betriebe, darunter eine Kölner Abbruchfirma, und ein Wirt aus der Kölner Altstadt werden mit Spenden von jeweils 15 000 Euro aufgeführt. Die Gelder sollen in den Kommunalwahlkampf 1999 geflossen sein.

Wie der "Stadt-Anzeiger" weiter erfuhr, soll Rütter von den neun Spendern insgesamt 14-mal Geld erhalten haben. Außerdem will er den Ex-Geschäftsführer der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG), Ulrich Eisermann, als Vermittler für Spendengeschäfte benutzt haben. Auch Eisermann sitzt in U-Haft.

Von den 105 Kölner Mandatsträgern, die die geforderte Ehrenerklärung abgaben, haben weniger als zehn Prozent zusätzliche Vermerke gemacht. Mit ihnen wird Ex-Justizminister Jürgen Schmude jetzt in Einzelgesprächen klären, ob sie fingierte Spendenquittungen des Ex-SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste angenommen haben.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering und der Chef der NRW-SPD, Harald Schartau, stehen wegen der Kölner Affäre heute dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestages in Berlin Rede und Antwort.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 21.03.2002

LEITARTIKEL

Saubere Weste muss der Normalfall sein

Mandatsverzichte würden der Politik wieder neues Ansehen

verschaffen

Von BARBARA A. CEPIELIK

Die Liste der Kölner Mandatsträger der SPD, die eine Ehrenerklärung an die Schmude-Kommission abgeschickt haben, ist fast komplett. Die Spannung bleibt. Denn die Wahrscheinlichkeit ist gering, dass alle Mandatsträger über jeden Zweifel erhaben sind. Die Prüfung wird kompliziert. Was man schon daran erkennen kann, dass Schmude drei Stunden pro Problem-Kandidat einplant. Tricksen bei der Steuererklärung ist ein Volkssport, und manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Deutschen sich da von Italienern mit ihrer fiskalischen Hinterziehungsroutine viel weniger unterscheiden, als sie denken.

Warum sollten also Mandatsträger anders handeln als andere Steuerzahler? Halt, halt, halt: Mandatsträger sollten nicht, sie müssen sich anders verhalten als mutmaßlich ihre Nachbarn links und rechts. Weil sie gewählt worden sind, weil sie ein Ehrenamt übernommen haben und weil damit Verantwortung verbunden ist. Wenn nicht mal die die Gesetze beschließen sich daran halten mal die, die Gesetze beschließen, sich daran halten . . .

Die Forderung ist ebenso schlicht wie unerlässlich: Wer sich in einen Rat oder ein Parlament wählen lässt und dort bleiben will, muss eine saubere Weste haben.

Da liegt die Messlatte besonders hoch. Der darf noch weniger als andere Aktien-Insider-Geschäfte tätigen. Der darf erst recht keine Putzfrau, keinen Elektriker und keinen Schreiner schwarz bei sich arbeiten lassen. Der darf keine Spendenquittungen billigen oder annehmen, die illegal sind - auch wenn diese Praxis der Steuerhinterziehung allerorten nahezu als lässliche Sünde gilt. Der müsste sogar Parteimitglieder, die Derartiges an ihn/sie herantragen, dazu auffordern, solche Betrugerei umgehend bleiben zu lassen.

Das haben die Kölner Sozialdemokraten, die in das Heugel-Rüther-Biciste-System eingeweiht waren - und das dürften nicht wenige gewesen sein -, versäumt. Sie haben über Jahre ein funktionierendes, nicht nur unmoralisches, sondern sogar illegales System stillschweigend gebilligt. Wenn nicht sogar mitgetragen. Sage keiner von denen, die Quittungen nahmen, er habe das in völliger Harm- und Ahnungslosigkeit getan. Falsche Belege sind falsche Belege. Jedem kann irgendeine Quittung "durchgehen"; einem (Kommunal-)Politiker darf das nicht passieren. Im Prinzip ist die Angelegenheit sehr, sehr einfach. Man muss nur Nein sagen. Nein, und immer wieder Nein.

Wer das seinerzeit versäumte, der muss jetzt die Konsequenzen ziehen und sein Mandat abgeben. Um Partei und Politik, aber auch dem Ansehen von Rat und Parlamenten nicht länger zu schaden. Nicht ein Hauch des Verdachts darf die Bleibenden umwehen.

Die Reservelisten der Partei sind lang genug. Vielleicht rücken Sozialdemokraten nach, die wenig Stallgeruch, aber dafür mehr Ehre im Leib haben. Die neue Ideen liefern. Die bisher weit weg waren vom internen Flügel-Geschiebe und allen Absprachen über Pfründen und Karrieren unter all denen, die sich gern Altgediente nennen.

Denn davon, wie einige von jenen Altgedienten ihr Ehrenamt - oder auch ihren hoch bezahlten Posten in Spitzenjobs der Verwaltung - ausfüllten, davon müssen die Bürger nun jeden neuen Tag mehr erfahren, als sie je befürchtet haben dürften.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 21.03.2002

"Wer Quittungen bekam, wusste nichts über die Spender"

Die staatsanwaltliche Befragung des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste wurde gestern abgeschlossen. Mit dessen Anwalt Reinhard Birkenstock sprach Axel Spilcker.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: *Herr Birkenstock, viel wird über die ominöse Spenderliste spekuliert. Wem nennen Sie denn nun die Namen ?*

BIRKENSTOCK: Herr Biciste hat mehrfach öffentlich erklärt, dass er bei einem fairen Verfahren bereit ist, die Spendenquittungsempfänger auch der SPD zu nennen. Uns ist gestern von der SPD schriftlich mitgeteilt worden, dass unsere Ansprechpartner der SPD-Rechtsbeistand Herr Dr. Neumann und Herr Dr. Schmude seien. Wir sind bereit, mit beiden das Gespräch zu führen, mit dem Ziel, volle Aufklärung zu leisten. Aber nur, wenn ein Verfahren gefunden wird, das die Persönlichkeitsrechte der Quittungsempfänger wahrt. Sie müssten also erst einmal rechtliches Gehör haben bei dem SPD-Vertrauensmann finden, und es müsste nach Klärung des Sachverhalts zunächst entschieden werden, welche Konsequenzen zu ziehen sind, ehe die Namen öffentlich werden.

Wo sehen Sie das Problem bei dieser Liste ?

BIRKENSTOCK: Das Problem besteht in zweierlei Hinsicht. Einmal ist jeder dieser Spendenquittungsempfänger öffentlich dem Verdacht ausgesetzt, er sei ein Steuerverkürzer. Womöglich ist dieser Verdacht falsch, weil er die

erhaltenen Quittungen nie beim Finanzamt geltend gemacht hat. Gegen diesen Verdacht kann man sich nicht wehren, wenn man nicht seine Steuererklärung seit 1994 offen legt. Und das kann man niemand zumuten. Im Übrigen hat jeder Spendenbeleg-Empfang seine eigene Geschichte. Und bevor man sich öffentlichen Verdächtigungen über diese Leute hingibt, sollten alle Belegnehmer - alles verdiente Persönlichkeiten - selbst Gelegenheit haben, den eigenen Sachverhalt zu erklären.

Was wusste Biciste über die Herkunft der Spenden-Gelder?

BIRKENSTOCK: Er wusste nichts über die von Herrn Rüter weitergereichten Spenden, fest steht somit, dass auch die Quittungsempfänger nichts wussten.

Wir wissen aber von einem der Empfänger, dass Herr Biciste an ihn mit den Worten herangetreten war, er müsse Großspenden von Firmen unterbringen, die nicht mit der SPD in Verbindung gebracht werden wollten.

BIRKENSTOCK: Ich habe mich an das zu halten, was Herr Biciste mir sagt, und nicht, was andere Leute herausposaunen.

Ihr Mandant muss sich doch gefragt haben, ob die falschen Spendenquittungen ein Rechtsverstoß sind.?

BIRKENSTOCK: Das streitet Herr Biciste gar nicht ab. Er wusste, dass er in seinem Rechenschaftsbericht jeden Spender namentlich zu nennen hat. Und er wusste, dass er diese parteiinterne Pflicht umgeht. Er wusste, dass er die Verantwortlichen auf allen Parteiebenen getäuscht hat. Deshalb ist es absurd, der SPD-Spitze in Bund und Land zu unterstellen, sie hätten davon etwas wissen können. Die Aufstückelung der Spenden geschah in gezielter Täuschungsabsicht.

Was halten Sie von der Klageandrohung der SPD?

BIRKENSTOCK: Wir haben keine Angst vor der Klage. Herr Biciste ist bei der Justiz sicherlich besser aufgehoben als bei Leuten, die öffentlich die Vollstreckung von Beugehaft fordern, die von Krebsgeschwüren reden, von ausmerzen. Das ist eine Sprache, die erinnert mich mehr an historisch überwundene Zentralkomitees und dortige Säuberungsaktionen als an hiesiges Rechtsstaats-Bewusstsein.

Was wusste ihr Mandant von schwarzen Kassen, aus denen Heugels Wahlkampf bezahlt worden sein soll?

BIRKENSTOCK: Beim Stichwort schwarze Kassen muss Herr Biciste erst einmal klarstellen, dass die Aufstückelung und Einbuchung der Großspenden nicht auf einen Schlag erfolgen konnte. Und solange dies nicht der Fall war, gab es im SPD-Unterbezirk einen schwarzen Bargeldbestand. Herr Biciste hat eingeräumt, dass er aus diesem Bestand einem früheren Angestellten der Partei ein Darlehen von knapp 29 000 Mark gegeben hat. Über die Kassenbestände aus dem Bereich der Herren Rüter und Heugel hat mein Mandant keine Kenntnis.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 21.03.2002

Heugel wird erneut vernommen

Nach Ostern muss Ex-Oberstadtdirektor Klaus Heugel wieder zur Staatsanwaltschaft.

Bei der Vernehmung müsse sich herausstellen, ob Heugel als Beschuldigter zu gelten habe. Das bestätigte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt gestern und reagierte damit auf den Bericht des "Kölner Stadt-Anzeiger", demzufolge der frühere SPD-Fraktionschef Norbert Rüter von Unternehmen Geldspenden als "Dankeschön-Leistungen" kassiert habe. Rüter will dieses System von seinem politischen Ziehvater Heugel übernommen haben. Heugels Anwalt wollte sich dazu nicht äußern.

Die Gelder wurden zum Teil über den Ex-Schatzmeister Manfred Biciste mit Hilfe fingierter Spendenquittungen in die Parteikasse eingeschleust. Außerdem soll Rüter damit zwei schwarze Kassen für den Kommunalwahlkampf und "Sonstige Zwecke" angelegt haben.

Gegen Biciste hat die Bundes-SPD am Mittwoch Klage beim Landgericht Köln eingereicht. Sie will damit erreichen, dass er die Namen der Empfänger illegaler Spendenquittungen nennt. Biciste hat sich im Prinzip dazu bereit erklärt, aber Bedingungen gestellt, wie sein Anwalt Reinhard Birkenstock erläutert (siehe Interview).

Die SPD-Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler wird sich der Schmutz-Kommission nicht stellen. In einem Brief an den SPD-Landesvorsitzenden Schartau wirft sie dem vor, er habe auf der Landesdelegiertenkonferenz den Eindruck erweckt, sie sei in die kriminellen Machenschaften verstrickt. "Ich bin nicht bereit, mich in den Sumpf von Korruption und Bestechung ziehen zu lassen", sagte Kever-Henseler gestern.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 21.03.2002

Firmen und Einzelpersonen gaben Geld - Ex-Fraktionschef faxt dreiseitiges Schreiben

Rüter bekam 424 000 Euro in 14 Etappen

Neun Großspender haben dem SPD-Politiker zwischen 1994 und 1999 insgesamt 14-mal Geld gezahlt.

VON PETER BERGER UND HEINZ TUTT

Gestern Nachmittag, 14.03 Uhr, SPD-Parteizentrale an der Magnusstraße. Geschäftsführer Michael Zimmermann entnimmt dem Faxgerät der Kölner SPD ein dreiseitiges Schreiben des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Norbert Rüter. Absender ist die Rechtsanwaltskanzlei Tondorf und Leber in Düsseldorf. Ein kurzer Rückruf genügt, dann ist die Echtheit des Dokuments bestätigt. Das gestürzte politische Schwergewicht der Kölner SPD hat sein Schweigen gebrochen. Rüter bestätigt, dass er in den Jahren 1994 bis 1999 Spenden von 424 000 Euro (830 000 Mark) erhalten hat und nennt auch alle Spendernamen. Doch für die Öffentlichkeit bleiben sie vorerst geheim. Schatzmeister Martin Börschel musste alle Anfragen negativ bescheiden: "Die Staatsanwaltschaft hat uns darum gebeten, die Namen nicht publik zu machen, um die Ermittlungen nicht zu gefährden", erklärt er. "Daran werden wir uns halten."

Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" stehen neun Namen auf der Liste, darunter sieben Unternehmen und zwei Einzelpersonen. Neben Hellmut Trienekens, der eine Spende in Höhe von 76 500 Euro (150 000 Mark) geleistet haben soll, sind in der Aufstellung noch die Baukonzerne Bilfinger & Berger (Mannheim) und Hochtief (Essen) vertreten. Dazu kommt eine Firma namens Rohler. Alle drei sollen jeweils 25 000 Euro an Rüter gezahlt haben. Weitere drei Betriebe und ein Altstadtwirt stehen mit jeweils 15 300 Euro (30 000 Mark) auf der Liste. Das Geld soll zum Großteil in den Kommunalwahlkampf 1999 geflossen sein. "Nach den uns vorliegenden Unterlagen, die geprüft wurden, haben wir nicht an die Kölner SPD gespendet", sagte Sascha Bamberger, Unternehmenssprecher von Bilfinger & Berger gestern. Es sei aber nicht auszuschließen, dass dennoch Geld geflossen sei.

Rüter teilte seinen ehemaligen Genossen in dem Fax auch mit, dass der Chef der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG), Ulrich Eisermann, an der Abwicklung der Geschäfte beteiligt war.

Um 14.03 Uhr erhielt SPD-Geschäftsführer Michael Zimmermann in der Parteizentrale per Fax von Norbert Rüter die Liste mit den neun Groß-Spendern samt einer Erklärung.

BILD:

GRÖNERT

Um 14.03 Uhr erhielt

SPD-Geschäftsführer Michael

Zimmermann in der Parteizentrale per

Fax von Norbert Rüter die Liste mit

den neun Groß-Spendern samt einer

Erklärung. BILD: GRÖNERT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 22.03.2002

Mehr als 20 Selbstanzeigen beim Finanzamt

Kölner SPD will Quittungs-Empfänger vor Veröffentlichung der Namen anhören

Im Schmiergeld-Skandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage ermittelt die Staatsanwaltschaft inzwischen gegen 13 Beschuldigte.

VON UNSERER REDAKTION

Köln - Im Parteispenden-Skandal der Kölner SPD liegen nach Information des "Kölner Stadt-Anzeiger" mittlerweile mehr als 20 Selbstanzeigen bei der Oberfinanzdirektion vor. Ob sie wirklich fingierte Spendenquittungen des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste erhalten und beim Finanzamt geltend gemacht haben, dürfte sich heute klären. Bicistes Anwalt will die Liste mit den 42 Namen dem Leiter der Feststellungskommission, Jürgen Schmude, zukommen lassen.

Kölns SPD-Chef Jochen Ott betonte gestern, er werde darauf drängen, dass die Betroffenen vor einer Veröffentlichung der Biciste-Liste gehört werden: "Wir sind gegen eine Vorverurteilung."

Die Schweizer Stenna Umwelttechnik AG spielt nach Angaben von Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt die entscheidende Rolle in der Korruptionsaffäre um den Bau des 424 Millionen Euro teuren Müllofens. Über sie sollen rund 2,5 Millionen Euro an Schmiergeldern geflossen sein. Die Ermittlungen, die mit den Verhaftungen zweier ehemaliger Manager des Anlagenbauers und des Müllofenbetreibers begannen, haben sich inzwischen auf 13 Personen ausgedehnt, darunter auch führende Köpfe der Unternehmen Babcock und ABB. Beide Konzerne erhielten lukrative Teilaufträge beim Bau der Kölner Anlage.

Der Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestages, der am Donnerstag den früheren NRW-SPD-Chef Müntefering und seinen Nachfolger Schartau vernahm, will sich demnächst auch mit Unterlagen der Kölner CDU befassen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 22.03.2002

BERICHT AUS BERLIN / MÜNTEFERING VOR PARTEISPENDEN-AUSSCHUSS

Steinewerfen im Glashaus

VON STEFAN SAUER

Ein Rollentausch kann mitunter reizvolle oder auch belustigende Seiten haben. Für die SPD ist der Rollentausch am Donnerstag vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestages weder amüsant noch reizvoll. Erstmals müssen sich prominente Sozialdemokraten, Generalsekretär Franz Müntefering und der nordrhein-westfälische Landeschef Harald Schartau, zu Verfehlungen von Mitgliedern der eigenen Partei befragen lassen. Und damit tut man sich sichtlich schwer. Kaum eines der SPD-Ausschussmitglieder lässt sich ein, ohne einen Hinweis auf Helmut Kohl oder Roland Koch oder Walter Leisler Kiep und die CDU-Spendenaffäre zu geben.

Auch Müntefering selbst nicht. Nach detaillierter Darstellung der Ereignisse seit dem 3. März, als die Affäre ruchbar wurde, und den seither eingeleiteten Aufklärungsversuchen kommt der SPD-Generalsekretär zu dem Schluss: "Wir sind nach 18 Tagen weiter als die CDU nach 27 Monaten." Das stimmt und es stimmt nicht. CDU-Obmann Andreas Schmidt macht darauf aufmerksam, bei den Vorgängen in Köln und Wuppertal handele es sich offenbar nicht um Verstöße gegen das Parteiengesetz, "sondern um eine Korruptionsaffäre, nur um die Terminologie klarzustellen".

Der Vorwurf der Korruption sei nicht bewiesen, entgegnet Müntefering und verweist auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, auf die innerparteilichen Revisoren, auf die unabhängigen Wirtschaftsprüfer und die Forderung einer Ehrenerklärung von allen Mandatsträgern, Kandidaten und Parteivorständen aus Köln. Ihm selbst seien "Dankeschön-Spenden", die nach öffentlicher Auftragsvergabe von Unternehmen eingefordert worden seien, nicht bekannt. Nur so viel: Die bisherigen Nachforschungen der Innenrevision hätten eine Summe "weit unterhalb" jener 830 000 Mark ergeben, die Ex-Bezirkschef Norbert Rütger nach eigenem Bekunden von Spendern entgegengenommen und an den damaligen Schatzmeister Manfred Biciste zwecks Stückelung weitergereicht haben will. Müntefering schließt daher die Existenz schwarzer Konten oder Kassen nicht aus, er habe aber keine Kenntnisse darüber.

Überhaupt hat der Parteimanager, der von 1998 bis Ende vergangenen Jahres Landesvorsitzender der NRW-SPD war, nach eigener Aussage nicht allzu viel von den Gliederungen und Niederungen der Partei mitbekommen. Müntefering verweist zum wiederholten Male auf die Organisationsstruktur der SPD, in der der Landesverband in NRW bis zum Zusammenschluss der vier Bezirke keinen offiziellen Status innerhalb der Partiehierarchie gehabt habe. Die Ortsvereine seien den Unterbezirken verantwortlich gewesen, diese den Bezirken und letztere schließlich der Bundespartei. Erst seit dem Zusammenschluss der Bezirke Östliches und Westliches Westfalen, Mittelrhein und Niederrhein im Jahr 2001 besitze der Landesverband den Status eines Bezirkes - und sei damit direkt verantwortlich. Münteferings Nachfolger, NRW-Arbeitsminister Schartau, kündigte vor dem Ausschuss an, die Landespartei werde an diesem Freitag auf einer Sondersitzung über Konsequenzen gegen ein weiteres Parteimitglied entscheiden.

Freundlich lächelnd und gelassen trat Franz Müntefering, der frühere NRW-SPD-Chef, seinen schweren Gang an. BILD: RTR

Freundlich lächelnd und gelassen trat

Franz Müntefering, der frühere

NRW-SPD-Chef, seinen schweren

Gang an. BILD: RTR

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 22.03.2002

CDU-Akten aus Köln angefordert

Der Spenden-Untersuchungsausschuss hat jetzt auch die Rechenschafts- und Prüfberichte sowie die Spenderliste der CDU Köln aus dem Jahr 1999 angefordert. Dies bestätigte FDP-Obmann Max Stadler dieser Zeitung. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" hatte am 11. März dieses Jahres von der Aussage eines ehemaligen Mitarbeiters der CDU-Kreisgeschäftsstelle berichtet, nach der die Kölner CDU im Jahr 1999 eine Spende von 67 000 Mark erhalten und in 15 Einzelspenden aufgeteilt hat, um die Herkunft nicht offen legen zu müssen. Die CDU bestreitet dies. Zwar sei der fragliche Beleg verschwunden, doch könne alles vorhandene Geld korrekt zugeordnet werden. Überdies will der Ausschuss den früheren Kölner Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes laden. (sts)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 22.03.2002

Die Spuren des Schmiergeldes

In der Affäre um den Kölner Müllofen wird gegen 13 Personen ermittelt

Über die Stenna Umwelttechnik AG in der Schweiz soll der Großteil der Millionen im Schmiergeld- skandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage geflossen sein.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln - Gegen 13 Beschuldigte wird inzwischen in der Affäre um die Kölner Müllverbrennungsanlage ermittelt. Sie stehen im Verdacht, für eine kleine, aber feine Branche der Anlagenbauer gearbeitet zu haben, die sich offenbar sorgsam das Geschäft teilte. Motto: Wenn du den Generalunternehmer spielst, darf ich den Kessel einbauen und umgekehrt. Unterlagen, auf die Ermittler des Bundeskriminalamts und der Staatsanwaltschaft Mannheim vor zwei Jahren bei den Durchsuchungen von Wohnungen und Büros dreier Manager der ABB Kraftwerkstechnik stießen, legten bundesweites Schmiergeld-Karussell beim Bau von Heizkraftwerken und Müllverbrennungsanlagen nahe.

Bei der Razzia entdeckten die Mannheimer Beamten Schmiergeldspuren, die nach Köln führten. Umgehend wurden die Kölner Behörden eingeschaltet. Heute wird gegen mehr als ein Dutzend Beschuldigter ermittelt. Denn auch beim Bau des Kölner Müllofens waren die altbekanntesten Hauptakteure am Werke. ABB teilte sich die Aufträge mit den Konkurrenten Steinmüller und Babcock. Steinmüller gab den Generalunternehmer, Babcock steuerte Anlagenteile bei, und ABB lieferte den Energieteil.

Ähnlich sollen zumindest zwei der drei Beteiligten auch bei den Schmiergeldzahlungen verfahren sein. So sollen die drei ABB-Manager den Ermittlungen zufolge 285 000 Euro Schmiergelder an den Rhein gelenkt haben. Die Namen der Empfänger sind noch unklar. Peanuts im Vergleich zu den 14,5 Millionen Euro, die vom Müllofen-Partner Steinmüller zur Pflege der Auftraggeber abgezweigt worden sein sollen.

Nach den Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft spielt hierbei die Schweizer Stenna Umwelttechnik AG in Flims eine zentrale Rolle. Offenbar gilt die Zwei-Mann-Firma als beliebte Anlaufstation für Manager aus der Müllbranche, die unauffällig Gelder verteilen wollten.

Allen voran der Vorstandsvorsitzende Hellmut Trienekens. Er soll 1993 laut Staatsanwaltschaft mit einer Zahlung von 375 000 Euro die Schwarzgeldflüsse an der Stenna AG initiiert haben. Dabei soll ihm laut Durchsuchungsbeschluss auch Trienekens-Vorstandsmitglied Michael Mevissen zur Seite gestanden haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen beide wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Denn stets soll der Schwarzgeldfluss durch Scheinrechnungen verschleiert worden sein.

Über Jahre hinweg füllte Trienekens offenbar seine schwarze Kriegskasse in der Schweiz. Häufig flossen die Gelder über Tochterfirmen. In seiner Funktion als Geschäftsführer der UTG, später Isis GmbH, wird beispielsweise der Frechener SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß verdächtigt, in den Jahren von 1997 bis 2000 1,8 Millionen Euro auf das Konto der Schweizer Briefkastenfirma geschleust zu haben. Sein Verteidiger wollte sich gestern dazu nicht äußern.

Neben Fuß wird auch gegen andere Geschäftsführer der Isis ermittelt. Sie sollen weitere zweieinhalb Millionen Euro ins Örtchen Flims in Graubünden transferiert haben. Die Transaktionen erklärte die Trienekens AG kürzlich mit dem Aufbau einer Schweizer Tochterfirma. Warum dann diese Heimlichtuerei nötig war - diese Frage stellen sich nun die Kölner Ermittler.

Hellmut Trienekens überließ augenscheinlich die Konten der Stenna Umwelttechnik auch Geschäftspartnern. Laut Ermittlungsakten soll auch der Bonner Müllunternehmer Detlef Klaut 425 000 Euro in die Schweiz verfrachtet haben. "Die Zahlungen", so notierten die Ermittler, "stehen im Zusammenhang mit den Privatisierungsbemühungen der Bonner Müllverbrennungsanlage". Klaut weist solche Vorwürfe zurück. Aber Zufall oder nicht: Bis vor kurzem verhandelten Trienekens und Klaut, beide Teilhaber der TK Umweltdienste, mit der Stadt Bonn um den Erwerb von 49 Prozent der Anteile an der Bonner MVA. Doch inzwischen wurden die Verhandlungen vertagt.

Hilfe soll Konzernchef Trienekens auch den Managern des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller gewährt haben, als diese ihn nach möglichen Wegen fragten, um Geldflüsse zu tarnen. Trienekens empfahl die altbekannte Schweizer Adresse der Stenna in Flims. Auf deren Konten soll die Geschäftsleitung des Gummersbacher Anlagenbauers mehr als zwölf Millionen Euro gebracht haben. Aus diesem Topf wurden laut Staatsanwaltschaft zwei Manager des Kölner Müllofenbetreibers mit mehr als vier Millionen geschmiert.

Die Kölner Ermittler stießen bei ihren Recherchen auf ein weiteres interessantes personales Geflecht: Der Inhaber der Stenna Umwelttechnik AG, Arthur A. Hofmann, sitzt gleichzeitig im Verwaltungsrat der Trienekens Schweiz AG. Die Ermittlungen der Kölner Staatsanwaltschaft ziehen jetzt auch in der Schweiz politische Kreise. Denn Stenna-Besitzer Arthur A. Hofmann ist der Bruder eines bekannten Politikers: Hans Hofmann sitzt seit 1998 für die Schweizer Volkspartei im Ständerat, der dem deutschen Bundesrat vergleichbar ist. Dort leitet er die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie und war zuvor über ein Jahrzehnt im Kanton Zürich als Regierungsrat für Abfallwirtschaft tätig.

Die Firma von Hellmut Trienekens steht im Mittelpunkt des Skandals.

Ulrich Eisermann sitzt in Haft. BILDER: STEF, MAX

Die Firma von Hellmut Trienekens

steht im Mittelpunkt des Skandals.

Die Firma von Hellmut Trienekens

steht im Mittelpunkt des Skandals.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 22.03.2002

Großspender dementieren Zahlungen an Rüter

Auch Trienekens bleibt dabei: Es hat nur eine Privatspende an die SPD gegeben

Die Geldgeber, die Norbert Rüter auf seiner Spendenliste führte, unterhielten meist lukrative Geschäftsbeziehungen zur Stadt Köln.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Ende der 90er Jahre trafen sich Kölner Beamte der Sonderkommission Korruption (Koks) mit einer der Größen der bundesweiten Bau- und Immobilienbranche: Berthold Kaaf, Schlüsselfigur in der Schmiergeldaffäre um das Bonner Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, saß zu jener Zeit eine mehrjährige Haftstrafe ab. Die Beamten wollten von dem gewieften Bauunternehmer Näheres über Seilschaften in der Kölner Immobilienszene wissen. Doch ihre Quelle war nicht sehr ergiebig. Überall, so Kaaf habe man Geschäfte machen können. Nur in Köln nicht: "Das ist ein geschlossener Zirkel, da kommt keiner rein."

Kaafs Andeutungen werden verständlich, wenn man sich die Spenderliste des abgetretenen SPD-Fraktionschefs Rüter vor Augen führt. Rüter hatte in diesem Zusammenhang von "Dankeschön-Leistungen" für städtische Großaufträge gesprochen. Kaum waren die Namen der Firmenspende öffentlich, hagelte es Dementis.

So soll Manfred Rohler, ehemaliger Niederlassungschef des Baukonzerns Holzmann, dem Genossen Rüter 25 500 Euro (50 000 Mark) zugesteckt haben. Der Holzmann-Konzern baute das Museum Ludwig, war am U-Bahn-Bau Wiener Platz beteiligt. Beim Milliardenprojekt Kölnarena verbot sich der Bauriese gründlich. Auch die Stadt machte ein Minusgeschäft. Die Kommune zahlt überhöhte Mieten für die Nutzung des Stadthauses Deutz, der so genannten Mantelbebauung, die als Arena-Mitfinanzierung gedacht war.

Seit der Beinahe-Pleite des Baukonzerns vor zweieinhalb Jahren ermittelt die Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen Betrugs, Bilanzfälschung, Kreditbetrugs und Vorteilsnahme gegen Ex-Holzmann-Manager und gegen den damaligen Oberstadtdirektor Ruschmeier. Auch den angeblichen SPD-Spende Rohler hat sie im Visier. Niemand will in diesen Tagen mit der SPD in Verbindung gebracht werden. Die Geschäftsleitung der Engel-Umwelttechnik GmbH schreibt, man habe "keine 30 600 Euro (60 000 Mark) an Herrn Rüter gegeben", obwohl der zweimal nach "Dankeschön-Leistungen" gefragt habe. Engel erstellt Entsorgungskonzepte und Bodenanalysen für öffentliche Auftraggeber und Deponiebetreiber. Bei der Industriebranche der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk (CFK) war Engel doppelt beteiligt. Firmenchef Hans Georg Engel erstellte mit seiner Umweltfirma die Altlastengutachten. Zum anderen ist er Teilhaber der Grundstücksgesellschaft, die das CFK-Gelände ihr eigen nennt.

Bei der Essener Hochtief AG zeigte man sich überrascht ob der Tatsache, dass der langjährige Niederlassungsleiter Manfred Karlé 25 500 Euro (50 000 Mark) gezahlt haben soll. Karlé selbst sagte gestern: "Ich habe keine Erinnerung mehr daran." Bilfinger & Berger dementierte ebenfalls, an Rüter 25 500 Euro gezahlt zu haben. Die Trienekens AG blieb dabei, außer den bereits bekannten 76 500 Euro (150 000 Mark) aus dem Privatvermögen von Hellmut Trienekens keinen Cent an Rüter gezahlt zu haben.

Der Altstadt-Wirt Schorsch Ulrich, dessen Rheinhotel ein beliebter Genossen-Treff (von allen nur "Rote Kapelle" genannt) war, kann der Rüter-Behauptung, er habe 15 000 Euro gezahlt, allerdings nichts mehr entgegenen. Er starb am 15. April 1996 an Herzversagen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 22.03.2002

Schon mehr als 20 Selbstanzeigen bei der Oberfinanzdirektion Köln - Manfred Biciste und sein Ortsverein / INFO-KASTEN

Schmude-Kommission macht sich an die Arbeit - "Alles kommt auf den Tisch"

Vom Votum des früheren Bundesjustizministers Jürgen Schmude hängen in diesen Tagen viele Karrieren ab. Schmude wurde von SPD-Landesparteichef Schartau an die Spitze der Feststellungskommission berufen, die

beurteilen soll, inwieweit sich Kölner Sozialdemokraten, zunächst Mandatsträger und Funktionäre, in den Spendensumpf verstrickt oder sogar bei der Geldwäsche mitgemacht haben.

Im Gespräch mit dem Stadt-Anzeiger betonte Schmude, es sei wichtig, zunächst diejenigen Parteimitglieder zu befragen, die noch in Amt und Würden seien. "Wie weit man in die Vergangenheit gehen kann, ist immer ein Problem. Das lässt sich manchmal nicht realisieren." In Düsseldorf geht man davon aus, dass in den nächsten Wochen auch die Genossen befragt werden, die in der Vergangenheit Verantwortung trugen.

Schartau betonte mehrfach, dass neben den Ehrenerklärungen, die von den aktiven Politikern abverlangt wurden, die Innenrevision der SPD penibel die Akten in der Kölner Parteizentrale nach Unregelmäßigkeiten durchforsten werde. "Alles kommt auf den Tisch."

Schmude will aber erst den überschaubaren Teil der Gespräche abarbeiten. "Bisher sind wir sehr gut klar gekommen." Der Arbeitsablauf müsse sich erst noch einspielen. "Wir geben uns große Mühe und hoffen, dass es mit der Zeit schneller geht." Einen Zeitrahmen konnte Schmude noch nicht nennen. Ebenso wollte er sich nicht darauf festlegen, wo die Kommission tagen wird. "Das machen wir dort, wo es uns angemessen erscheint."

(tu)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 22.03.2002

Schon mehr als 20 Selbstanzeigen bei der Oberfinanzdirektion Köln

Manfred Biciste und sein Ortsverein

Immer mehr Kölner Sozialdemokraten melden sich bei der Oberfinanzdirektion. Die Schmude-Kommission wird prüfen, ob sie gegen das Parteiengesetz verstoßen haben.

VON BARBARA A. CEPIELIK, P. BERGER UND HEINZ TUTT

Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" liegen derzeit mehr als zwanzig Selbstanzeigen bei der Oberfinanzdirektion vor. Genannt werden einige prominente Genossen: Bürgermeisterin Renate Canisius (teilte vorige Woche mit, sie habe auf Anraten eines Anwalts dies vorsorglich getan), Bundestagsabgeordneter Konrad Gilges (sagte vorige Woche, er habe mit der Spendenaffäre nichts zu tun), der Fraktionsvize im Rat, Heinz Lüttgen (vor einer Woche: "Kein Kommentar. Habe mich in der Schmude-Kommission geäußert.") oder etwa der frühere Fraktionsgeschäftsführer und jetzige Direktor der rechtsrheinischen Versorgungsbetriebe RGW, Toni Klefisch (meldete sich telefonisch nicht zurück). Der als "graue Eminenz" in Köln bekannte frühere Grubo-Chef und Ex-Bundestagsabgeordnete Erich Henke (war gestern telefonisch nicht zu erreichen) steht ebenfalls im Verdacht, Selbstanzeige erstattet zu haben. Auch sein Nachfolger bei der Grubo und jetziger GAG-Vorstand, Jürgen Noppel ("Ich habe in den letzten vier Jahren 26 000 Mark an die SPD gespendet"), wird genannt. Er gab vor Jahren seinem Namen eine besondere Bedeutung ("noppeln"), weil er für Klaus Heugel sein Ratsmandat opferte und dann eine erstaunliche Karriere machte.

Auch alteingesessenen Sozialdemokraten, die schon seit Jahrzehnten in Köln die Strippen ziehen, sollen Kontakt mit den Finanzbehörden aufgenommen haben: Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber (er wollte dies gestern weder bestätigen noch dementieren), Norbert Rüther (ist inzwischen aus der Partei ausgetreten), Manfred Biciste (aus der Partei ausgetreten), Christa Becker ("Ich sage dazu nichts. Ich habe meine Stellungnahme an die Schmude-Kommission abgegeben") und Josef Jansen ("Ich kann dazu nichts sagen"). Es kristallisiert sich inzwischen allerdings auch ein Netzwerk von Sozialdemokraten heraus, die keine Mandatsträger sind und somit auch nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen, dennoch aber in die Spendenaffäre verwickelt sind.

In Köln geht man inzwischen davon aus, dass der frühere Geschäftsführer des Kölner SPD-Unterbezirks, Arno Carstensen, der sich, wie seine Sekretärin Margrieth L. ebenfalls, selbst den Behörden offenbart hat, nicht hinreichend in der Lage war, die Spenden wunschgemäß zu stückeln. Vieles spricht inzwischen dafür, dass Biciste einen Teil der Geldwäsche in seinem Ortsverein Klettenberg eigenhändig übernommen hat. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass eine Vielzahl von Ortsvereinsmitgliedern den strafbefreienden Weg zur Selbstanzeige nutzten. So etwa das Lehrerehepaar Anni und Peter K. und der ehemalige Ortsvereinskassierer Gerhard R., der bestätigte, "aus rein vorsorglichen Gründen" Selbstanzeige erstattet zu haben. Er habe gespendet und Quittungen erhalten, sagte er gestern. Er könne aber derzeit nicht lückenlos nachweisen, dass die Spenden von ihm selbst stammten, da er seine Kontoauszüge aus jenen Jahren nicht mehr besitze. Er wolle sich aber darum bemühen. Anni K. ist übriges stellvertretende Schulleiterin an einem Kölner Gymnasium - dort, wo Biciste als Mathematiklehrer unterrichtet. Auch Maria S., Klettenberger Ortsvereinsvorsitzende bis Ende 1994, erstattete vorsorglich Selbstanzeige ("Für ein Veedelsfest spendeten wir Bier, wissen nun aber nicht, ob und was Biciste geltend gemacht hat").

Aus dem Kölner Unterbezirks-Vorstand hatte neben Werner Jung auch Ulrike V. Erklärungsbedarf beim Finanzamt. Die Vorsitzende des rechtsrheinischen Ortsvereins Rath-Heumar Bettina L. bestätigte ihre Selbstanzeige. Ähnlich wie Martin Theison habe sie einen Rechtsstreit für die SPD geführt und die Kosten selbst

getragen; sie habe auf die Re-Finanzierung durch ihre Partei verzichtet, sich aber eine Spendenquittung geben lassen.

Auch die frühere stellvertretende Unterbezirksvorsitzende Anita C. sowie die Lebensgefährtin eines Düsseldorfer Abgeordneten haben die Selbstanzeige gleich zu Beginn des Spendenskandals erstattet.

Am Freitag will Landesparteichef Harald Schartau nach einer Vorstandssitzung mitteilen, wie in den Fällen der Abgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc-Jan Eumann weiter verfahren wird. Kever-Henseler hat inzwischen ihren Anwalt eingeschaltet. Bisher geht man davon aus, dass die Schmutde-Kommission dem Parteivorstand empfehlen wird, weitere Ermittlungen einer parteiinternen Schiedskommission zu überlassen.

Als hätte er es gewusst: Peter Millowitsch hatte im Herbst das Stück Klüngel bei Klettenbergs auf dem Spielplan.

BILD: RAKOCZY

GAG-Vorstand

Jürgen Noppel

RGW-Direktor

Toni Klefisch

Als hätte er es gewusst: Peter Millowitsch hatte im Herbst das Stück Klüngel bei Klettenbergs auf dem Spielplan. BILD: RAKOCZY /

GAG-Vorstand Jürgen Noppel /

RGW-Direktor Toni Klefisch

Als hätte er es gewusst: Peter Millowitsch hatte im Herbst das Stück Klüngel bei Klettenbergs auf dem Spielplan. BILD: RAKOCZY /

GAG-Vorstand Jürgen Noppel /

RGW-Direktor Toni Klefisch

Als hätte er es gewusst: Peter Millowitsch hatte im Herbst das Stück Klüngel bei Klettenbergs auf dem Spielplan. BILD: RAKOCZY /

GAG-Vorstand Jürgen Noppel /

RGW-Direktor Toni Klefisch

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 22.03.2002

Schon mehr als 20 Selbstanzeigen bei der Oberfinanzdirektion Köln - Manfred Biciste und sein Ortsverein

Fairness walten lassen

Jochen Ott ist gegen eine sofortige Veröffentlichung der Biciste-Liste. Mit dem SPD-Parteichef sprach Peter Berger.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: *Heute bekommt Jürgen Schmutde die Liste mit den 42 Namen der SPD-Mitglieder, die fingierte Spendenquittungen erhalten haben. Wie soll die SPD damit umgehen?*

JOCHEN OTT: Wir sind uns mit der Bundes- und Landes-SPD darüber einig, dass allen, die auf der Liste stehen, Gelegenheit gegeben werden muss, vor der Schmutde-Kommission Stellung zu nehmen. Die Kommission gibt ihre Empfehlung an den Landesvorstand, der über weitere Maßnahmen entscheidet.

Alle Betroffenen hatten Zeit, Selbstanzeige zu erstatten. Was hat das mit rückhaltloser Aufklärung zu tun?

OTT: Rückhaltlose und schnelle Aufklärung wollen und betreiben wir seit über 20 Tagen, aber nach rechtsstaatlichen Prinzipien, für die Sozialdemokraten seit jeher eintreten. Das ist bei der Biciste-Liste besonders nötig, weil Manfred Biciste schließlich Hauptbeschuldigter ist. Er hat sich ständig in Widersprüche verwickelt, verfolgt eigene Interessen.

Zweifeln Sie an der Glaubwürdigkeit der Liste?

OTT: Zweifel sind angebracht. Deshalb dürfen die Namen zunächst nicht bekannt gegeben werden.

Was heißt "zunächst"?

OTT: Die Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, kurzfristig Stellung zu nehmen.

Die Rütter-Liste mit den Groß Spendern ist auch gegen Ihren Willen an die Öffentlichkeit gelangt.

OTT: Diese Liste wurde nicht nur zu uns, sondern nachrichtlich auch nach Bonn gefaxt. Was dort mit ihr geschah, kann ich nicht beurteilen. Wir vertrauen fest darauf, dass alle in der SPD, die die Liste bekommen, sich an die Spielregeln halten. Niemand will, dass durch falsche Verdächtigungen Existenzen aufs Spiel gesetzt werden.

SPD-Parteichef Jochen Ott

SPD-Parteichef Jochen Ott

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 23.03.2002

SPD-Schiedsverfahren gegen Abgeordneten

NRW-Parteichef Schartau: Vorgehen gegen Eumann ist keine Vorverurteilung

Die Bundestagsfraktion der Grünen will ein Recht auf Akteneinsicht für Bürger durchsetzen.

VON STEFAN SAUER, AXEL SPILCKER UND HEINZ TUTT

Düsseldorf/Köln/Berlin - Die NRW-SPD hat gestern im Kölner Parteispandenskandal personelle Konsequenzen beschlossen. So wird gegen den Kölner Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann ein Schiedsverfahren eingeleitet. Eumann hatte eine der fingierten Spendenquittungen des ehemaligen Kölner SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste erhalten. "Dies ist noch keine Verurteilung", sagte der SPD-Landesvorsitzende Harald Schartau. Der Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler stellte der Landesvorstand ein Ultimatum. Sie muss bis Mittwoch vor der von Ex-Justizminister Jürgen Schmude geleiteten Feststellungskommission erscheinen. Tue sie dies nicht, werde auch gegen sie ein Schiedsverfahren eingeleitet, sagte Schartau. Kever-Henseler hatte statt einer Ehrenerklärung, dass sie nicht in die Spendenaffäre verwickelt sei, einen ausführlichen Brief geschrieben.

Im Bestechungsskandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage hat der ehemalige AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann mehrfach Bestechungsgelder beim Anlagenbauer Steinmüller angemahnt. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, beschwerte der Manager sich bei der Unternehmensleitung, als seine Andeutungen kein Gehör fanden.

Nach Auffassung der Grünen im Bundestag sollen Bürger das Recht auf Akteneinsicht zu Verwaltungsabläufen und -entscheidungen erhalten. Fraktionschefin Kerstin Müller sprach sich im Interview des "Kölner Stadt-Anzeiger" für die Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode aus. Dies solle "mehr Transparenz in den Beamtenstuben" gewährleisten.

Politik S. 5 , Köln, Land/Region

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 23.03.2002

Ehrenkodex gefordert

Ministerpräsident Clement verurteilt Korruption

Der Landtag in Düsseldorf hat am Freitag über den SPD-Spendenskandal in Köln debattiert.

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf - Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hat am Freitag einen strengen Ehrenkodex für Unternehmensleitungen gefordert. Die Firmen sollten wie in den USA bei Verfehlungen Geldstrafen für Manager einführen, in deren Verantwortungsbereich Schmiergelder fließen, sagte der Regierungschef in der Landtagsdebatte über den Kölner Spendenskandal. Gleichzeitig forderte er ein Konkurrenzverbot für den öffentlichen Dienst. Leitende Mitarbeiter dürften nicht in Unternehmen wechseln, mit denen sie in den letzten fünf Jahren dienstlich befasst gewesen seien. Offenbar sprach er damit den Fall eines Abteilungsleiters im Umweltministerium an, der von April an zu einer Entsorgungsfirma wechselt.

Clement nannte Korruption ein "Gift in höchster Konzentration", das vor keiner Partei Halt mache. Offenbar seien die Wertmaßstäbe in Deutschland anders als in anderen Ländern eher unterentwickelt, wenn es darum gehe, "eigene Interessen zu Lasten anderer zu realisieren". Im Zusammenhang mit dem Kölner Skandal könne man der eigenen Verantwortung nur gerecht werden, wenn alles offen gelegt werde. "Es gibt in diesem Bereich kein kleines Vergehen", betonte Clement. Es werde aufgedeckt werden, wer in Köln illegale Spendenquittungen angenommen habe. Dann würden harte Konsequenzen gezogen.

CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers warf der SPD vor, sie habe in den letzten Jahren in den Städten Strukturen entwickelt, die die notwendige Trennung von öffentlicher und privater Tätigkeit nicht mehr gewährleisten. Entscheidungen fielen auf Grund der Privatisierung längst nicht mehr in den Stadt- und Gemeinderäten, sondern in vertraulichen Aufsichtsratssitzungen ohne parlamentarische Kontrolle. "Da empfiehlt der Regierungspräsident dem Oberstadtdirektor, eine bestimmte Firma mit dem Bau einer Müllverbrennungsanlage zu betrauen. Solche

Strukturen müssen beseitigt werden", forderte Rüttgers.

Die Bürger, die aufgrund von Korruption überhöhte Müllgebühren zahlen müssten, könne er nur auffordern, "sich gegen die Ausbeutung zu Gunsten Privater und zu Lasten der Allgemeinheit zu wehren". Er erwarte, dass die Oberbürgermeister die Müllgebühren überprüften und gegebenenfalls Geld zurückerstatteten.

SPD-Fraktionschef Edgar Moron warnte davor, den Spendenskandal in der Kölner SPD aufzuwiegen gegen Verstöße, die es in anderen Parteien gegeben habe. Der CDU warf Moron indes vor, sie unterstelle der gesamten SPD in Nordrhein-Westfalen Korruption und rechtswidrige Spendenpraxis. Auch bei der Kölner SPD könne man nicht von einer Kollektivschuld sprechen. Allerdings empfinde die SPD angesichts ihres demokratischen Grundverständnisses und Anspruchs wegen der Affäre eine "tiefe Scham".

"Keiner sollte sich angesichts über den anderen erheben", warnte Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende der Grünen. "Bei diesen Skandalen sitzen wir alle, ob beteiligt oder nicht, in einem Boot." Der Schaden, der in der Öffentlichkeit angerichtet werde, sei kaum mehr zu überschauen. Auch Löhrmann setzte sich für einen Verhaltenskodex von Wirtschaftsunternehmen ein. Außerdem forderte sie die strafrechtliche Ahndung bei Verstößen gegen das Parteiengesetz.

FDP-Fraktionsvize Stephan Grüll mahnte die Politiker, sich bei der Aufklärung des Spendenskandals nicht an die Stelle unabhängiger Gerichte zu stellen. "Parlamentarische Selbstjustiz - und sei sie noch so gut gemeint - darf es nicht geben."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 23.03.2002

Wie Schmiergelder den Besitzer wechselten Der Müll-Manager und die Millionen

Ulrich Eisermann, der ehemalige Geschäftsführer der Abfallverwertungsgesellschaft, wurde bei seinen Schmiergeldforderungen immer maßloser.

VON AXEL SPILCKER

Wegen seines Temperaments war Ulrich Eisermann bei seinen Geschäftspartnern gefürchtet. Der langjährige Chef des stadtnahen Müllofen-Betreibers AVG konnte ausgesprochen unangenehm werden, wenn etwas nicht lief, wie er wollte. Auf der Baustelle des Milliardenprojekts Restmüllverbrennungsanlage (MVA) in Niehl ging es mitunter laut zu, wenn der Müll-Manager der Abfallentsorgungs- und Verwertungsbetriebe den Fortgang der Bauarbeiten monierte.

Eisermann, Schlüsselfigur in der Korruptionsaffäre um den Bau des Kölner Müllofens, ließ nach Aussagen von Beteiligten in jener Zeit keinen Zweifel daran, wer Herr im Ring war. Als Bauherr einer der bundesweit größten Müllentsorgungsanlagen konnte er den ausführenden Firmen eine Menge Ärger bereiten: Reklamationen, Verweigerung der Abnahme bis zum jahrelangen Hinauszögern der Schlussrechnung - Eisermann, der inzwischen in Untersuchungshaft sitzt, spielte bei Bedarf offenbar meisterlich auf der Klaviatur der baulichen Mängelliste. Der damalige Manager des Generalunternehmers L + C Steinmüller, Sigfrid Michelfelder, der ebenfalls verhaftet wurde, und sein Adlatus Jörgen Becker wissen dies nur zu genau. Aus Angst vor möglichen Repressalien während der Errichtung der MVA sollen die Steinmüller-Leute Eisermann Schmiergeld in Höhe von vier Millionen Euro gezahlt haben.

Steinmüller-Projektleiter Becker berichtete jüngst in seiner richterlichen Vernehmung, wie maßlos Eisermann in den Jahren 1995 bis 1998 wurde. Becker rechtfertigt sich heute damit, die Zahlungen hätten den gesamten Baufortgang flüssiger gestalten sollen.

Bei den ersten Millionen kungelt Eisermann offenbar allein nur mit dem Steinmüller-Chef Michelfelder. Der Geldfluss wird stets über Schweizer Briefkastenfirmen verschleiert. Später dann legt Eisermann seine Scheu gänzlich ab. Nach Informationen des Magazins "stern" avanciert nun Steinmüller-Projektleiter Becker zum Ansprechpartner. In wenigen Wochen benötige er zwei Millionen, lässt Eisermann Mitte der 90er Jahre Becker wissen. Wenig später meldet sich der Kölner AVG-Geschäftsführer erneut. Jetzt müsse aber langsam mal etwas kommen, heißt es. Becker reagiert.

Spätestens Ende '98 gibt es ein folgenreiches Essen mit Eisermann. Hierbei vermisst der AVG-Verantwortliche eine Belohnung vom Arbeitgeber dafür, dass der Bau so reibungslos verlaufen war. Becker nickt ahnungslos.

Wie die Andeutung gemeint ist, stellt sich später heraus. Eisermann beschwert sich kurz darauf bei der Konzernspitze des Gummersbacher Generalunternehmers. Tenor: Becker sei wohl auf einem Ohr taub. Der so Gescholtene vereinbart daraufhin mit Eisermann, 1,5 Millionen Schweizer Franken (rd. eine Millionen Euro) auszuzahlen. Das Geld soll in drei Raten über einen Liechtensteiner Subunternehmer geschleust werden. In Folge mimt der biedere Projektleiter den konspirativen Geldboten. Becker fliegt mehrmals nach Zürich und von dort aus in die Hauptstadt des Fürstentums, Vaduz. Er geht in eine für ihn fremde Firma, legt seinen Pass vor und nimmt insgesamt 850 000 Franken in Empfang.

An der Endsumme fehlen aber noch 650 000. Eisermann, so Becker heute, habe damit kein Problem gehabt.

Bei der Geldübergabe rundet er die noch ausstehende Tranche auf eine Million Franken auf.

Becker gerät in Panik. So viel ist in den Schwarzgeldkassen in der Schweiz und Liechtenstein nicht mehr drin. Er

bittet seine eidgenössischen Kontaktleute, die Differenz vorzustrecken. Erneut reist Becker durch die Lande, sammelt Geld ein. Vor dem Schuhhaus "Bally" in der Züricher Innenstadt übergibt der Geldbote dem Kölner AVG-Mann einen gut gefüllten Koffer. Er atmet auf, als Eisermann sich mit dem Inhalt zufrieden gibt. Schließlich liegt nicht ganz eine Million Franken im Koffer. 1998 ist der Müllofen fertig gestellt. Eisermann scheidet aus der AVG aus.

E t i J h 2000 t f f i h d i B t i l i t i Z ü i h i d M i t d P t i i d h A B k

Erst im Jahre 2000 treffen sich die Beteiligten in Zürich wieder. Mit von der Partie sind nach Aussage Beckers auch der Vorstandsvorsitzende des Müll-Multis Trienekens sowie ein Schweizer Anwalt. Es geht um eine Briefkastenfirma, auf die Trienekens und Steinmüller Schwarzgeld geschleust haben sollen. Die deutsche Justiz ist im Zuge von Korruptionsermittlungen beim Bau von MVA auf die Domizilgesellschaft gestoßen und hat ein Rechtshilfeersuchen an die Schweizer Kollegen gestellt. Der Anwalt gab zu verstehen, es gebe Möglichkeiten, Informationen über den Ermittlungsstand herauszufinden. Darüber hinaus auch das in Erfahrung zu bringen, was die Schweizer Justiz an die Deutschen weitergeben werde. Bei dieser Runde war laut Becker Konzernchef Trienekens tonangebend. An Hellmut Trienekens habe der Anwalt denn auch einen Zettel weitergereicht, auf dem seine Forderungen für entsprechende Bemühungen notiert waren: zehn Millionen Schweizer Franken.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 23.03.2002

INFO-KASTEN

"Wegelagerer-Gebühr"

Der inhaftierte Ex-Steinmüller-Geschäftsführer Sigfrid Michelfelder hat bei einer richterlichen Anhörung für die kommende Woche eine umfassende Aussage angekündigt. Michelfelder, eine der beiden Hauptfiguren in der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage, soll in der Schweiz Schwarzgeldkassen eingerichtet und mit mehr als vier Millionen Euro den Chef des Kölner Müllofen-Betreibers, Ulrich Eisermann, geschmiert haben.

Das System Eisermann ist den Ermittlungen der Justiz zufolge durchaus üblich. Auch beim Bau der MVA im schwäbischen Böblingen 1994 wurde Michelfelder seinerzeit massiv durch den Chef der Betreibergesellschaft Berndt Söhnndel unter Druck gesetzt. In einer Vernehmung beim Bundeskriminalamt hatte der Ex-Steinmüller-Chef damals von einer "Wege- lagerer-Gebühr" gesprochen. 1997/1998 gab man schließlich nach und zahlte 200 000 Euro an Söhnndel.

Auch an Ingenieur Dr. Reimer, den "Patron der Müllverbrennungsanlagen", überwies Michelfelder nach eigenen Angaben eine halbe Million Euro auf das Konto einer Schweizer Briefkastenfirma in Cham. Auf die Frage nach dem Warum antwortete Michelfelder: Damit habe man sich Reimers Wohlwollen erkaufte. Reimer und seine Firma GRP hätten in den 80er Jahren bei der Hälfte der MVA Planung und Beratung durchgeführt und damit entscheidenden Einfluss auf Größe und Vergabe gehabt. Hätte man nicht gezahlt, so Michelfelder, wären die Chancen bei künftigen Ausschreibungen gleich null gewesen. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 23.03.2002

Ex-Parteichef Uhlenbruch erhielt acht fingierte Qu

Belege über 25 000 Mark zwischen 1994 und 1999

angenommen - Bicis

Partei

Die Bundes-SPD bittet alle SPD-Parteispendler in Köln, die zwischen 1994 und 1999 gr

Bestätigung der Summen.

VON PETER BERGER

Der Parteispendenskandal der Kölner SPD zieht immer weitere Kreise. Jetzt hat auch der ehemalige Parteichef Kurt Uhlenbruch ei

Manfred Biciste fingierte Spendenquittungen angenommen haben. Er hat dies als Ausgleich für Aufwendungen im Rahmen seiner e

gewusst haben, aus welcher Quelle das Geld stammte, das Biciste auf diese Weise in die Parteikasse einschleuste.

"Als ehrenamt

Aufgaben, mich um die Kassenangelegenheiten zu kümmern", so Uhlenbruch.

In einer persönlichen Erklärung teilte der Ex-Parteichef der Kölnischen Rundschau mit, die acht Quittungen in Größenordnungen zw

von 25 000 Mark addiert. Der steuerliche Vorteil sei allerdings gering gewesen, da er in den Jahren 1994 bis 1999 insgesamt mehr pro Jahr maximal nur 12 000 Mark steuerlich absetzbar seien, sei der finanzielle Vorteil, den er aus den Spendenquittungen gezogen. Trotz des Uhlenbruch-Geständnisses bleibt die Frage: Wie verfahren mit jener ominösen Liste, auf die der Ex-Schatzmeister Manfred fingierten Spendenquittungen ausgestellt haben will? Bisties Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock betonte, er habe nie davon ges übergeben. Schmude habe auf seine Schreiben nicht reagiert. Sein Mandant sei bereit, nach Absprache über ein "fairer Verfahren" einem von der SPD zu benennenden Vertrauensmann die Namen der Quittungsempfänger die Gelegenheit habe, seine Sicht der Dinge darzustellen. Nach Klärung des Sachverhalts und einer Partei-En Quittungsempfänger rechtliches Gehör gewährt werden. Erst danach dürfe die SPD die Berechtigung haben, die Namen notfalls auf diesem Verfahren ist die NRW-SPD so nicht einverstanden. Der Landesvorstand besteht darauf, neben der Vertrauensperson eben In den Kölner Ortsvereinen sieht man das ähnlich. "Ich habe nichts dagegen, dass die Namen derer veröffentlicht werden, bei denen hat", sagt Alexander Fladerer (29), Vorsitzender des Ortsvereins Klettenberg. "Nur so lässt sich das Vertrauen innerhalb der Partei dagegen, dass sein Ortsverein mit in den Spendensumpf gezogen werde, nur weil ein paar Mitglieder Selbstanzeige erstattet haben im Amt. Ich selbst trage seit Mai 2001 die Verantwortung. Wir haben unsere Kasse bis 1993 überprüft, keine Unregelmäßigkeiten festgestellt bekommen. Bisties hatte auch nie Zugriff auf unsere Kasse", so Fladerer. Er erwartet, dass die Partei nichts unversucht lässt, den Weg Genau das will die Bundesschatzmeisterin der SPD, Inge Wettig-Danielmeier, durch ein zweites Kontrollverfahren erreichen. Per E angeschrieben, die in den Jahren 1994 bis 1999 Einzelspenden zwischen 500 und 6000 Mark geleistet haben. Durch diesen Positiv der Kölner SPD wolle man kontrollieren, ob weitere illegale Spenden eingeschleust worden seien. Außerdem ließen sich so die Ang Zu denen zählt Annemarie Frage-Münch, Ex-Frau des zurückgetretenen Fraktionschef Norbert Rüter und lange Jahre stellvertrete "Die Schmude-Kommission kann mich ja vorladen", sagte die ehemalige SPD-Größe dem Stadt-Anzeiger. "Mehr sage ich dazu nicht Der Kölner Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges hat nach Informationen aus Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion seine Selbst Nacht zum Montag einen Telefonanruf des Rechtsanwalts Reinhard Birkenstock erhalten, der ihm zur Selbstanzeige geraten habe. Rückzieher gemacht, weil kein Fehlverhalten festzustellen gewesen sei.

www.ksta.de/spendenskandal

Ex-SPD-Parteichef

Kurt Uhlenbruch

Warnung: Datensatz KS-03-23-2002-014A0016158D-1 existiert nicht in redarchivdb.KBMANT,redarchivdb.KBREGIO,redarchivdb.KBSPORT,redarchivdb.KBXEXP R,redarchivdb

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 25.03.2002

Auch Burger steht auf der Spendenliste Der SPD-Skandal holt Kölns früheren Oberbürgermeister ein

Die Steuerabteilung im nordrhein-westfälischen Finanzministerium fordert am Wochenende von den Betroffenen die Freigabe ihrer Steuerunterlagen.

VON PETER BERGER

Köln - Auf der Namensliste mit den 42 Personen, die vom Ex-Schatzmeister der Kölner SPD, Manfred Bisties,

fingierte Spendenquittungen erhalten haben sollen, taucht auch der Name Norbert Burger auf. Kölns Alt-Oberbürgermeister sagte gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger", die Quittung über 2550 Euro (5000 Mark) stamme vom August 1999. Er könne nicht behaupten, dass sie ihm untergeschoben worden sei. Dass sie "in seine Steuerunterlagen gerutscht" sei, schreibe er seiner fehlerhaften Büro-Organisation zu. "Ich hätte jeden Beleg nachprüfen müssen. Das habe ich nicht getan", gestand Burger. Von kriminellen oder ungesetzlichen Handlungen habe er aber nichts gewusst. Das Ganze habe ihn "wie ein Schlag" getroffen. Es wäre ihm nie in den Sinn gekommen, "dass die SPD nicht valutierte Spendenquittungen ausstellt, um sie an Genossen weiterzugeben". Er habe sofort Selbstanzeige erstattet und die Steuerschuld von 1250 Euro beim Finanzamt beglichen, erklärte der langjährige Oberbürgermeister.

Neben Burger sollen laut "Spiegel" weitere zahlreiche hochrangige Kölner SPD-Mitglieder illegale Spendenquittungen angenommen haben, darunter Kölns SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen. Ihm wird eine Summe von rund 12 500 Euro zugeschrieben. Lüttgen kündigte an, er werde sich "zeitnah" der Schmutz-Kommission anvertrauen. Er habe "ausreichende Erklärungen".

Eine Entschuldigung verlangt die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler von SPD-Landeschef Harald Schartau. Sie habe weder Spendenquittungen angenommen noch Scheinspenden geleistet. Schartau hat ihr ein Ultimatum bis zum kommenden Mittwoch gesetzt.

Die Biciste-Liste liegt mittlerweile der Steuerabteilung des NRW-Finanzministeriums vor. Finanzminister Peer Steinbrück kenne sie aber wegen des laufenden Verfahrens nicht, sagte sein Sprecher Hartmut Müller-Gerbes dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Die Steuerabteilung habe alle 42 vermeintlichen Spender aufgefordert, ihre Steuerunterlagen freizugeben. "Nur dann können wir sie dem Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen", so Müller-Gerbes.

Kommentar Seite 4

Bericht Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 25.03.2002

Ex-OB Norbert Burger erstattete Selbstanzeige

Fingierten Beleg gefunden - Biciste-Liste in Düsseldorf

Selbst der Alt-Oberbürgermeister ist in den SPD-Spendenskandal verwickelt.

VON PETER BERGER

Die Liste der 42 Namen mit Empfängern von fingierten Spendenquittungen des Ex-Schatzmeisters der Kölner SPD, Manfred Biciste, liegt inzwischen der Abteilung V (Steuern) des NRW-Finanzministeriums vor. Das bestätigte Hartmut Müller-Gerbes, Sprecher des Finanzministers Peer Steinbrück, gestern. Steinbrück selbst kenne die Liste nicht. Das sei für den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens erforderlich. Das Finanzministerium habe inzwischen alle 42 Personen angeschrieben, um das Einverständnis zur Veröffentlichung ihrer Steuerakten einzuholen. "Wir dürfen nur die Akten derer dem Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Verfügung stellen, die uns die Genehmigung erteilt haben", so Müller-Gerbes.

Nach Ex-SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch, der am Freitagabend zugegeben hatte, acht fingierte Quittungen im Wert von 12 700 Euro (25 000 Mark) entgegengenommen zu haben, musste am Wochenende auch Norbert Burger bestätigen, in den Spendenskandal verwickelt zu sein. Kölns Alt-Oberbürgermeister ließ über seinen Steuerberater erklären, in seinen Steuerunterlagen für 1999 sei eine Quittung in Höhe von 2550 Euro (5000 Mark) aufgetaucht, für die er keine Spende an die SPD geleistet habe. Er habe davon am 6. März erfahren, noch am gleichen Tag Selbstanzeige erstattet und die um 1250 Euro verkürzte Steuerschuld beglichen. Er habe das der Schmutz-Kommission am 20. März mitgeteilt.

Burger gab eine eidesstattliche Versicherung ab, nach der er mit dem Skandal um die Müllverbrennungsanlage in Köln nichts zu tun habe: "Ich habe erstmalig am 4. März durch die Presse davon erfahren." Die Spendenquittung sei auf seinen Namen und seine damalige Rathausadresse ausgestellt. Alle steuerlich relevanten Unterlagen habe seine Sekretärin in einem Ordner gesammelt. Diesen Ordner habe er während seiner OB-Tätigkeit stets am Jahresende seinem Steuerberater gegeben, "ohne ihn mir vorher im Einzelnen anzusehen". Der fingierte Beleg könne auf verschiedenen Wegen in den Ordner gelangt sein. "Entweder wurde mir die Quittung ins Rathaus zugeschickt, und meine Sekretärin hat sie zu den Steuerunterlagen genommen, oder Herr Biciste hat sie mir bei einer Sitzung übergeben, und ich habe sie ohne besondere Beachtung an meine Sekretärin weitergegeben", so Burger wörtlich.

Nach Informationen des "Spiegel" stehen auf der Biciste-Liste Namen, von denen die meisten schon in der vergangenen Woche mehrfach genannt wurden: Norbert Burger, Kurt Uhlenbruch, die Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann und Annelie Kever-Henseler, der Bundestagskandidat Werner Jung und Ex-Geschäftsführer Arno Carstensen, Fraktionsvize Heinz Lüttgen, Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber und der Ex-Ratsherr und

jetzige RGW-Geschäftsführer Toni Klefisch mit ihren Ehefrauen. Sie sollen Belege für Beträge zwischen 12 200 Euro (24 000 Mark) und 14 500 Euro (28 500 Mark) erhalten haben. Auch Rütter selbst (11 300 Euro/22 000 Mark) und seine Ex-Frau Annemarie Frage-Münch (12 700 Euro/25 000 Mark) sollen auf der Liste stehen. Besonders auffallend ist der Fall des Ex-SPD-Ratscherrn Michael Allmer. Er soll von Biciste sechs Quittungen über insgesamt 24 000 Mark (12 200 Euro) erhalten haben. Laut "Spiegel" soll Justizminister Jochen Dieckmann ihn sofort von der Straf- in die Ziviljustiz versetzt haben. SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen betonte gestern, er werde sich "zeitnah" vor der Schmutz-Kommission äußern und habe "ausreichende Erklärungen". Er habe mit g Schmutz vereinbart, zuvor nichts zu sagen. Karl-Heinz Schmalzgrüber blieb bei seiner Haltung: "Dazu gebe ich keinen Kommentar ab."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 26.03.2002

Das Tauziehen um die Liste nimmt kein Ende

Allmer lässt Ämter ruhen, Jung legt seine Papiere offen

Der SPD-Landesvorstand und Biciste-Anwalt Reinhard Birkenstock haben noch keine Einigung über die Herausgabe der Namensliste erzielt.

VON PETER BERGER UND JOHANNES PUDERBACH

Die Biciste-Liste wird im SPD-Spendenskandal mehr und mehr zum Politikum. Auf ihr hat der Ex-Schatzmeister der Kölner SPD 42 Namen von Personen notiert, denen er fingierte Spendenquittungen ausgestellt haben will. Offiziell gibt es nur zwei Exemplare: Eins liegt bei Bicistes Anwalt, eine Kopie in der Steuerabteilung des NRW-Finanzministeriums. Der SPD-Landesvorstand hat sich bisher vergeblich bemüht, mit Birkenstock einen Weg zu finden, um an die 42 Namen zu gelangen.

Es sei eine Zumutung, dass unter Bezug auf die Liste in der Öffentlichkeit Namen genannt würden, "deren Glaubwürdigkeit wir nicht überprüfen können", kritisierte der Generalsekretär der NRW-SPD, Michael Groschek. Er wies den Vorwurf Birkenstocks zurück, die Landes-SPD inszeniere eine "Hexenjagd" auf Kölner SPD-Mitglieder: "Wir bemühen uns, Zug um Zug den Generalverdacht gegen den übergroßen Teil unserer Funktionäre auszuräumen."

Unterdessen zog ein weiterer Politiker persönliche Konsequenzen aus dem Vorwurf, er habe Spendenquittungen im Wert von 12 200 Euro (24 000 DM) erhalten: Der ehemalige Kölner Ratscherr Michael Allmer, stellvertretender Fraktionschef in Blankenheim, lässt alle politischen Ämter bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen. Das teilte Allmer seinem Blankenheimer Fraktionschef Wolfgang Doppelfeld mit. Richter Allmer hat den Wunsch geäußert, aus "gesundheitlichen Gründen" in eine andere Abteilung versetzt zu werden, so der Sprecher des Kölner Amtsgerichts, Ralf Siebert. Darüber werde das Präsidium am Mittwoch entscheiden. Allmer war nicht zu erreichen. Er trat einen länger geplanten Urlaub an.

Mit Kölns Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger will NRW-Generalsekretär Groschek in Kürze ein Gespräch führen und "danach eine Wertung der Vorgänge vornehmen". Burger betonte gestern, er habe bei der Annahme der Spendenquittung über 5000 Mark keine strafbare Handlung begangen, bezeichnete sich als Opfer seiner eigenen Nachlässigkeit. Er habe noch am Morgen des 6. März mit SPD-Geschäftsführer Michael Zimmermann telefoniert, um ihm für seine neue Aufgabe Glück zu wünschen: "Zimmermann war viele Jahre mein Büroleiter." Dieser habe ihn gefragt, ob er bereit sei, sich beim SPD-Parteitag am selben Abend in eine Art Ehrenkommission zur Aufklärung der Affäre berufen zu lassen. "Da habe ich noch zugestimmt", so Burger. "Zwei Stunden später ruft Rechtsanwalt Birkenstock an und sagt mir, dass ich auf der Liste stehe."

Die Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler wird sich heute dazu äußern, wie sie mit dem vom SPD-Landesvorstand gestellten Ultimatum, bis Mittwoch vor der Schmutz-Kommission zu erscheinen, umgehen wird.

Genau das hat der Bundestagskandidat Werner Jung bereits getan. Der Kommission legte er alle Belege der Jahre 1993 bis 1997 vor, die ihn zur Entgegennahme zweier Spendenquittungen über 2000 und 3000 Mark veranlassten. Danach summieren sich die Aufwendungen für Fahrt- und Telefonkosten auf 5031,49 DM. Dafür habe er 1998 die beiden Quittungen von Manfred Biciste erhalten. Die Spendenquittung über 5000 Mark aus dem Jahre 1999, die ihm zugeschrieben wird, habe er nie erhalten. Er erwarte von der Landes-SPD, dass bei den weiteren Schritten ein faires Verfahren sichergestellt werde, sagte Jung.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 26.03.2002

Michelfelder wollte Existenz des Unternehmens retten

Im Schmiergeldskandal um den Bau des Kölner Müllofens will Ex-Steinmüller-Manager Michelfelder sein Schweigen brechen.

VON PETER BERGER

Am kommenden Donnerstag wird sich entscheiden, ob Sigfried Michelfelder, Ex-Geschäftsführer des Gummersbacher Anlagenbauers L+C Steinmüller, noch vor Ostern aus der Untersuchungshaft entlassen wird. Das bestätigte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Der Beschuldigte habe eine "Einlassung" angekündigt. Michelfelder wird vorgeworfen, beim Bau der 434 Millionen Euro teuren Müllverbrennungsanlage in Köln rund 14,2 Millionen Euro für Schmiergeldzahlungen abgezweigt zu haben. Bisher hatte der Manager, der inzwischen für die Deutsche Babcock in Oberhausen arbeitet, geschwiegen. Der ehemalige Geschäftsführer der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG), Ulrich Eisermann, wird in jedem Fall weiter in U-Haft bleiben. Er soll von Michelfelder vier Millionen Euro Bestechungsgelder kassiert haben.

Von den Einlassungen Michelfelders erhofft sich die Staatsanwaltschaft nähere Erkenntnisse über den Verbleib des Großteils der 14,2 Millionen Euro und über die Gründe, warum der Ex-Manager Schmiergelder eingesetzt haben soll. Michelfelder hat bereits im Zusammenhang mit dem Bau des knapp 100 Millionen Euro teuren Restmüllheizkraftwerks Böblingen vor der Staatsanwaltschaft Mannheim die Zahlung von Schmiergeldern eingeräumt. Das geht aus einem Vernehmungsprotokoll hervor. Michelfelder begründete die Zahlungen in einer Größenordnung von 200 000 Euro damit, er habe die Existenz des Unternehmens Steinmüller nicht aufs Spiel setzen wollen. Der Gummersbacher Anlagenbauer habe den spürbaren Auftragsrückgang beim Bau von Kraftwerks-, Rauchgas- und Entschwefelungsanlagen seit Beginn der 90er Jahre durch Großaufträge bei Müllverbrennungsanlagen ausgleichen müssen, die damals nicht zum Kerngeschäft des Unternehmens gehört hätten. "Ein Nichterfolg hätte bedeutet, dass Steinmüller die Belegschaft um 50 Prozent hätte reduzieren müssen", heißt es im Vernehmungsprotokoll wörtlich. "Bei der Projektabwicklung gibt es vielfältige Einflussmöglichkeiten, unberechtigte Forderungen und Ablaufhemmungen auszulösen, die ein enttäuschter Kunde anwenden kann", so der Manager bei seiner Vernehmung zum Fall Böblingen.

Die Kölner Staatsanwaltschaft muss jetzt prüfen, ob es im Fall des Niehler Müllofens ähnliche Geschäftspraktiken gegeben hat. Zur Frage, ob beim Bau des Kölner Müllofens auch Spenden an die Kölner SPD geflossen sind, wird Ex-Fraktionschef Klaus Heugel direkt nach Ostern von der Staatsanwaltschaft vernommen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 27.03.2002

Neue Details in der SPD-Spenden-Affäre - Geld für Kredite verwandt

Auch Hochtief zahlte an Norbert Rüter

Im Spendenskandal wird sich die zweite Vernehmung des ehemaligen Oberstadtdirektors Klaus Heugel verzögern.

VON PETER BERGER

Der Baukonzern Hochtief, eine Tochter des Energiekonzerns RWE, hat bestätigt, dem ehemaligen Fraktionschef der Kölner SPD, Norbert Rüter, im Januar 1994 eine Großspende von 25 500 Euro (50 000 Mark) geleistet zu haben. Das sagte RWE-Chef Dietmar Kuhnt gestern in Essen. Die Rolle der RWE-Tochter Trienekens in der Affäre werde derzeit in einer Sonderprüfung der Gesellschaft Price Waterhouse Cooper unter die Lupe genommen. Mit einem Ergebnis werde nicht vor Ende April gerechnet.

Bei den Methoden, die illegalen Großspenden von rund 424 000 Euro (830 000 DM) in die SPD einzuschleusen, hat sich Norbert Rüter einiges einfallen lassen. Da sind nicht nur die Stückelung und das Ausstellen fingierter Spendenquittungen, die Ex-Schatzmeister Manfred Biciste vornahm. Mittlerweile steht endgültig fest, dass Rüter zwei Parteifreunden zinslose Kredite in Höhe von je 10 000 Mark aus einer der drei schwarzen Kassen bewilligte. Das bestätigte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt. Die Rückzahlungsmodalitäten waren für beide Seiten von Vorteil: Die schwarzen Kassen leerten sich, und die Empfänger hatten die Gelegenheit, die Quittungen beim Finanzamt steuermindernd geltend zu machen. Ob sie das getan haben, wird von den Finanzbehörden geprüft.

Dagegen liegen der Staatsanwaltschaft keine Erkenntnisse darüber vor, dass Rüter sich bei der Entgegennahme der Großspenden persönlich bereichert hat. Man habe keine Information über ein Schweizer Nummernkonto, das Rüter zugeordnet werden könne. Dieser habe bei seinen drei Reisen nach Zürich, bei denen insgesamt 164 500 Euro (322 000 DM) an Spenden flossen, in bar übernommen. Zweimal sei er mit dem Flugzeug, einmal mit dem Wagen in Zürich gewesen. Da habe er das Geld im Auto auf einem Parkplatz zurückgelassen und Angst gehabt, es könne ihm gestohlen werden. In Köln angekommen, habe er die Gelder regelmäßig in einem Bankschließfach deponiert.

Die zweite Vernehmung des ehemaligen Oberstadtdirektors Klaus Heugel, den Rüter als Mitwisser der illegalen Spendenpraxis bezeichnet, wird nicht in der Woche nach Ostern stattfinden. "Die Ermittlungen dauern in diesem

Fall noch an", sagte Regine Appenrodt. Es seien erst etliche Unterlagen zu sichten. Man werde vor der Vernehmung entscheiden, ob Heugel als Beschuldigter oder als Zeuge vorzuladen ist. SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen hat gestern im OB-Büro den Bericht der Wirtschaftsprüfer über die SPD-Fraktionskasse übergeben. Im Kern geht es dabei um eine Summe von rund 127 000 Euro (250 000 Mark), von denen die SPD vermutet, dass es sich um legale Zuwendungen an die SPD-Fraktion aus der Zeit bis 1975 handelt.

In der Kölner SPD hat der Spendenskandal eine Austrittswelle ausgelöst. Nach Angaben des Geschäftsführers Michael Zimmermann haben 166 der rund 8500 Mitglieder ihr Parteibuch zurückgegeben. Dem stünden 25 Eintritte seit Anfang März gegenüber.

Vergab Kredite: Norbert Rüter

Vergab Kredite: Norbert Rüter

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 27.03.2002

Neue Details in der SPD-Spenden-Affäre - Geld für Kredite verwandt

Politikerin im Clinch mit der Landespartei Abgeordnete schickt Schmutz-Kommission Papiere, verweigert aber Gespräch

Die SPD-Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler hat gestern zugegeben, wegen einer möglicherweise fingierten Spendenquittung Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet zu haben.

VON BARBARA A. CEPIELIK

Das Medienaufgebot war ungewöhnlich groß, als Annelie Kever-Henseler bekräftigte, sie werde trotz des ihr von der SPD gestellten Ultimatums am heutigen Mittwoch nicht vor der Schmutz-Kommission erscheinen. Diese Entscheidung richte sich nicht gegen die Kommission, der sie alle nötigen Unterlagen zugesandt habe, sondern vielmehr gegen das Vorgehen der Landes-SPD, von der sie sich pauschal vorverurteilt sieht. Der Landesvorsitzende Harald Schartau habe ihren Namen öffentlich im Zusammenhang mit der Spendenaffäre genannt. Diese öffentliche Verdächtigung sei entscheidend für ihre jetzige Haltung. Sie sei 30 Jahre Mitglied der SPD und denke nicht daran auszutreten. "Mit dem Rausschmeißen aus der SPD ist es gar nicht so einfach", fügte ihr Ehemann, Schuldezernent Andreas Henseler (SPD), sekundierend und mit Hinweis auf die von der SPD angekündigten "Sofortmaßnahmen" hinzu. Sie habe dem SPD-Unterbezirk niemals Barspenden geleistet und vom damaligen Schatzmeister Manfred Biciste "keine fingierte Quittung in die Hand gedrückt bekommen", betonte Kever-Henseler. Sie habe Biciste auch nicht beim Geldwaschen geholfen. Sie sei weder in den Korruptionsskandal um die MVA noch in die Spendenaffäre verstrickt. Und: Sie habe keine Steuern hinterzogen. Sie könne allerdings nicht ausschließen, dass ihr eine 3000-Marks-Quittung "per Post untergeschoben wurde und ich oder mein Mann diese als Beleg für tatsächlich gezahlte Mandatsträgerabgaben gewertet haben". Die jährlich von ihr und ihrem Mann gezahlten Beiträge und Abgaben an die Partei überschritten den absetzbaren Höchstbetrag von 12 000 Mark erheblich. Sie habe dem Finanzamt mitgeteilt, dass sie für das Jahr 1996 möglicherweise eine fingierte Quittung eingereicht haben könnte, und um Prüfung gebeten. Ihrem Steuerberater liege eine Antwort des Amtes vor, "wonach sich auf Grund der Selbstanzeige keine steuerlichen Auswirkungen ergeben" haben.

Engagierter Unterstützer seiner Frau: Schuldezernent Andreas Henseler (SPD) ergriff bei der Pressekonferenz seiner Ehefrau, der SPD-Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler, mehrfach das Wort.

BILD:

WORRING

Engagierter Unterstützer seiner Frau:

Schuldezernent Andreas Henseler

(SPD) ergriff bei der Pressekonferenz

seiner Ehefrau, der

SPD-Landtagsabgeordneten Annelie

Kever-Henseler, mehrfach das Wort.

BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 27.03.2002

Neue Details in der SPD-Spenden-Affäre - Geld für Kredite verwandt

Schriftliche "Einlassung" liegt vor

Auf 30 Seiten äußert sich Ex-Steinmüller-Manager Michelfelder zu den Bestechungsvorwürfen beim Bau des Kölner Müllofens.

Im Korruptionsskandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage liegt der Staatsanwaltschaft Köln seit gestern Mittag die "Einlassung" von Sigfrid Michelfelder vor. Das bestätigte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt auf Anfrage des "Kölner Stadt-Anzeiger". Auf 30 Seiten macht der ehemalige Geschäftsführer des Gummersbacher Anlagenbauer L+C Steinmüller dezidierte Angaben zu den Vorgängen um den Bau des Kölner Müllofens. Steinmüller, das heute zur Deutschen Babcock gehört, hatte am 28. Januar 1994 von der Abfallentsorgung und -verwertungsgesellschaft (AVG) den Generalauftrag für das 434 Millionen Euro (850 Millionen DM) teure Großprojekt erhalten. Beim Bau der Anlage sollen rund 14,5 Millionen Euro (29 Millionen DM) an Schmiergeldern geflossen sein. Der Ex-Manager sitzt wegen des Vorwurfs der Vorteilsgewährung seit vier Wochen in Untersuchungshaft. Am Donnerstag wird der Haftrichter entscheiden, ob nach der "Einlassung" noch Flucht- und Verdunkelungsgefahr besteht oder Michelfelder vor den Osterfeiertagen aus der U-Haft entlassen werden kann. Darauf wird der AVG-Manager Ulrich Eisermann, der ebenfalls in U-Haft sitzt, vergeblich hoffen. Er steht unter dem Verdacht, von Michelfelder knapp 4,1 Millionen Euro (acht Millionen DM) als Schmiergeld kassiert zu haben. Bisher hat Eisermann eisern geschwiegen. Über den Verbleib des Geldes wissen die Ermittler bisher nichts. Sein Rechtsanwalt hat keinen Versuch unternommen, Haftbeschwerde einzulegen. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 28.03.2002

Stadtparkassen-Chef zeigte sich an

Auch Gustav Adolf Schröder erhielt von der SPD falsche Spendenquittungen

Der Vorstandschef der Stadtparkasse Köln, Gustav Adolf Schröder, ist in den SPD-Spendenskandal verwickelt.

VON PETER BERGER

Köln - Kurz nach Bekanntwerden der SPD-Spendenaffäre Anfang März hat Gustav Adolf Schröder, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse Köln, Selbstanzeige bei der Oberfinanzdirektion erstattet. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" soll Schröder in den Jahren 1998 und 1999 zwei falsche Spendenquittungen der SPD im Gesamtwert von 2550 Euro (5000 DM) erhalten haben. Der 59-Jährige konnte zu den Vorwürfen gestern keine Stellung nehmen. Er befindet sich seit 19. März auf einer Urlaubsreise in Peru und wird erst am 8. April zurückerwartet.

Die Zahl der Selbstanzeigen, die bisher mit 24 angegeben wurde, ist nach Informationen des Stadt-Anzeiger offenbar erheblich höher. Dabei handelt es sich um Anzeigen, die nach Ablauf der Erklärungsfrist am 7. März bei den Finanzbehörden eingegangen sind und dort nicht mehr als Selbstanzeigen gewertet werden. In den Fällen müssen die Betroffenen mit Verfahren wegen Steuerhinterziehung rechnen.

Kölns Alt-OB Norbert Burger wurde gestern Nachmittag von der parteiinternen Untersuchungskommission in Düsseldorf befragt. Über die Bewertung des etwa 45 Minuten dauernden Gespräches wurde zunächst nichts bekannt.

Im Streit um die Herausgabe der sogenannten Biciste-Liste, auf der die Namen der 42 Empfänger fingierter Spendenquittungen stehen, wird sich die Landes-SPD auf keine Verhandlungen mit dem Anwalt des ehemaligen Kölner SPD-Schatzmeisters einlassen. "Wir machen keinen Deal", bekräftigte SPD-Landeschef Harald Schartau. "Wenn der Rechtsanwalt möchte, dass wir die Liste bekommen, soll er sie uns geben." In Berlin kündigte der Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, eine Verschärfung der Strafen für Bestechung an. Firmen, denen Korruption nachgewiesen werde, sollen drei Jahre lang keine öffentlichen Aufträge mehr bekommen. (mit dpa)

Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 28.03.2002

Quittung für den Sparkassen-Chef

Schmude will auch Burger befragen

Schmude will auch Burger befragen

Im SPD-Spendenskandal sind am Mittwoch neue Namen aufgetaucht. Mit

Spannung wird die Aussage des Ex-Steinmüller-Managers Michelfelder erwartet.

VON PETER BERGER UND HARIETT DRACK

Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" hat der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse, Gustav Adolf Schröder, unmittelbar nach Bekanntwerden der SPD-Parteispendenaffäre und dem Rücktritt des SPD-Fraktionschefs Norbert Rütger am 4. März Selbstanzeige bei der Oberfinanzdirektion erstattet. Die Anzeige soll zwischen dem 5. und 7. März eingegangen sein. Schröder soll in den Jahren 1998 und 1999 zwei Spendenquittungen in einer Gesamthöhe von rund 5000 Mark erhalten haben, für die er keine Zahlungen an die SPD geleistet hat. Wie der 59-Jährige, der als langjähriger Weggefährte des ehemaligen Oberstadtdirektors Klaus Heugel gilt, an die Quittungen gelangt ist, blieb am Mittwoch unklar. Die Stadtparkasse bemühte sich vergeblich, den Vorstandschef, der seit dem November 1989 im Amt ist, zu erreichen. Er hat am 19. März eine Reise nach Peru angetreten und wird erst am 8. April zurückerwartet.

Das Präsidium des Amtsgerichts Köln hat am Mittwoch dem Wunsch des Amtsrichters Michael Allmer (57) entsprochen und ihn mit sofortiger Wirkung von der Jugendstraf- abteilung zum Handelsregister versetzt. Dort wird er sich um die Umstellung vom Karteikarten- auf ein computergestütztes Register-System kümmern. "Wir werden das Handelsregister des gesamten Landgerichtsbezirks im Amtsgericht Köln konzentrieren", erklärte Sprecher Ralf Siebert am Mittwoch. "Deshalb sind in diesem Bereich neue Stellen zu besetzen." Allmer, der auch alle politischen Ämter in Blankenheim bis zur Klärung der Vorwürfe vor der parteiinternen Untersuchungskommission ruhen lässt, soll fingierte Spendenquittungen im Wert von 12 200 Euro (24 000 Mark) angenommen haben.

Kommissionsleiter Jürgen Schmude befragte gestern nachmittag Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger. Der Ehrenbürger hatte eine Spendenquittung von 2550 Euro (5000 Mark) von der Steuer abgesetzt, ohne die entsprechende Spende geleistet zu haben. In dem Gespräch betonte Burger erneut, den Beleg über seinen Steuerberater unwissentlich eingereicht zu haben.

SPD-Landeschef Harald Schartau lehnte es ab, weiter über die Aushändigung der so genannten Biciste-Liste zu verhandeln. "Wir machen keinen Deal", sagte er in Düsseldorf. Auf der Liste sind die Namen jener Personen verzeichnet, die vom früheren SPD-Schatzmeister Manfred Biciste fingierte Spendenquittungen erhalten haben sollen. Nach Schartaus Angaben hat sich Biciste-Anwalt Reinhard Birkenstock in dieser Woche nicht mehr bei der NRW-SPD gemeldet.

Der SPD-Landesvorsitzende bekräftigte, gegen die Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler werde ein Schiedsverfahren eingeleitet, falls sie am Mittwochabend nicht vor der Schmude-Kommission erscheint. Dies hatte die Politikerin, die keine Ehrenerklärung abgegeben hat, abgelehnt.

Im Bestechungsskandal um den Bau der Müllverbrennungsanlage wird heute Nachmittag über die Haftbeschwerde des ehemaligen Steinmüller-Managers Sigfrid Michelfelder entschieden. Ihm wird vorgeworfen, rund 14,5 Millionen Euro aus dem Unternehmensvermögen abgezweigt und für Schmiergeldzahlungen ausgegeben zu haben. Beim Haftprüfungstermin werden vier Staatsanwälte anwesend sein. Michelfelder hatte dem Gericht eine 35-seitige "Einlassung" zustellen lassen. Wie zu erfahren war, soll er den ehemaligen AVG-Manager Ulrich Eisermann, der rund vier Millionen Euro an Bestechungsgeldern kassiert haben soll, belasten. (mit dpa/ddp)

Gustav Adolf Schröder

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 28.03.2002

Quittung für den Sparkassen-Chef - Schmude will auch Burger befragen / INFO-KASTEN

Selbstanzeige

Die Zahl der Selbstanzeigen im SPD-Parteispendenskandal, die bisher mit 24 angegeben wurde, ist offenbar erheblich höher. Dabei handelt es sich nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" um Anzeigen, die deutlich nach Ablauf der Erklärungsfrist am 7. März bei den zuständigen Finanzbehörden eingegangen sind und dort nicht mehr als Selbstanzeigen gewertet werden. In diesen Fällen müssen die Betroffenen mit Verfahren wegen Steuerhinterziehung rechnen. Reinhard Birkenstock, Rechtsanwalt des Ex-SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste, hatte die Liste mit den 42 Empfängern fingierter Spendenquittungen am 7. März den Finanzbehörden übergeben. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 30.03.2002

Schröder soll vor Kommission

Die Landes-SPD hat den Vorstandsvorsitzenden der Stadtparkasse, Gustav Adolf Schröder, schriftlich vor ihre Aufklärungskommission geladen. Nach Angaben eines Parteisprechers soll sich der Sparkassen-Chef zu zwei Spendenbelegen über insgesamt 2551 Euro (5000 Mark) äußern, die er von der Kölner SPD erhalten haben soll.

Damit könnte dieser - wissentlich oder nicht - zur Verschleierung von Großspenden beigetragen haben. Schröder befände sich zurzeit in Peru und sei für eine Stellungnahme nicht zu erreichen, hieß es bei der Stadtparkasse. Deren Sprecher betonte, die Vorwürfe richteten sich gegen Schröder, nicht aber gegen das Geldinstitut. Die Sparkasse habe "seit Jahrzehnten" keine Parteispenden vergeben. (adm/reuters)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 30.03.2002

Michelfelder bleibt weiter in U-Haft

Was der ehemalige Steinmüller-Manager Sigfrid Michelfelder bei seiner Anhörung aussagte, reichte dem Gericht für eine Freilassung nicht aus. Nach Ostern will er die noch offenen Fragen beantworten.

VON HARRIET DRACK UND STEPHAN KAHL

Als Sigfrid Michelfelder am Donnerstag gegen 11 Uhr mit einem Gefangenentransporter zum Gerichtsgebäude an der Luxemburger Straße gefahren wird, ist er noch siegessicher. Sein Ziel: Nach mehr als fünf Wochen Untersuchungshaft will der 61-jährige promovierte Geschäftsmann endlich wieder auf freien Fuß kommen. Bereits zwei Tage zuvor hatte er deshalb Gericht und Staatsanwaltschaft über seine Anwältin eine 35-seitige "Einlassung" vorgelegt - überzeugt davon, dass diese Aussage zur Aufhebung des Haftbefehls führt. Michelfelder wird vorgeworfen, Firmenvermögen von Steinmüller für Schmiergeldzahlungen abgezwickelt zu haben. Das Unternehmen erhielt den Zuschlag für den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage. Obwohl der Termin der Haftprüfung auf 14 Uhr festgesetzt wird, muss der Hauptbeteiligte erst einmal außen vor bleiben. Hinter verschlossenen Türen bleiben die Juristen zunächst unter sich. Zwei Stunden lang liefern sich Verteidigung, Gericht und drei Staatsanwälte ein hitziges Wortgefecht. Derweil muss Michelfelder weiter unten im Keller in der Vorführzelle warten, bis er endlich neben seiner Verteidigerin Anne Wehnert Platz nehmen darf. "Viel zu dünn" ist nach Wertung von Staatsanwaltschaft und Gericht das, was der Ex-Manager in einer knappen halben Stunde zu Protokoll gibt. Um der gerichtlichen Ablehnung zuvorzukommen, zieht die Verteidigerin den Antrag auf Haftbeschwerde selbst zurück. "Allerdings nur vorübergehend", wie sie betont. Nach Ostern werde Michelfelder alle offenen Fragen in einer weiteren Erklärung beantworten. Außerdem plant die Staatsanwaltschaft, den 61-Jährigen erneut zu vernehmen. Kommt Michelfelder auch dann nicht frei, will Wehnert erneut Haftbeschwerde einlegen.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 02.04.2002

Gesparte Steuer wieder gespendet?

Im Kölner Korruptionsskandal haben SPD-Funktionäre nach einem Bericht der "Welt am Sonntag" mit Schwarzgeld systematisch die staatliche Parteienfinanzierung missbraucht. Die Zeitung spricht von einem Kreislaufsystem nach folgendem Muster: Geld, das Funktionären auf Grund gefälschter Spendenquittungen erstattet wurde, spendeten sie wieder an die SPD zurück. Die Partei erhielt für diese vermeintlichen Spenden staatliche Zuschüsse und kassierte mehrere Tausend Mark. Parallel wurde das Schwarzgeld gewaschen. Eine Sprecherin der Kölner Staatsanwaltschaft konnte diese Spendenpraxis nicht bestätigen. "Aus den Vernehmungsprotokollen, die mir vorliegen, geht die beschriebene Praxis nicht hervor", sagte sie dem "Kölner Stadt-Anzeiger" am Montagnachmittag. (kah)

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 03.04.2002

Schröder steht zu Quittungen

Der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse Köln, Gustav Adolf Schröder, hat gestern eingeräumt, in den Jahren 1998 und 1999 zwei Spendenquittungen von der SPD erhalten zu haben. Das bestätigte Rolf Bietmann, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Stadtparkasse, gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Er habe mit Schröder, der sich zurzeit auf einer Wandertour durch die Anden in Peru aufhält, am Dienstagmorgen telefoniert. Schröder habe ihm mitgeteilt, für die Quittung aus dem Jahr 1998 habe er der SPD eine Gegenleistung erbracht, die er auch nachweisen könne. Für das Jahr 1999 habe er der Partei tatsächlich einen Betrag gespendet. "Herr Schröder hat sich darum bemüht, seinen Urlaub abzubrechen und nach Köln zurückzukehren, nachdem die Vorwürfe öffentlich geworden waren", sagte Bietmann. "Der einzige Flug mit der KLM war aber ausgebucht."

Schröder wird am kommenden Samstag in Köln zurückerwartet.

Bietmann kündigte an, noch am Wochenende ein Gespräch mit dem Chef der Stadtparkasse zu führen und anschließend mit dem Verwaltungsrat die weiteren Schritte zu beraten. Ob die Gesamtsumme der beiden Spenden 5000 Mark beträgt, konnte Bietmann nicht bestätigen. Darüber habe man in dem kurzen Telefonat, das im Übrigen von schlechter Empfangsqualität gewesen sei, nicht sprechen können. Es könne durchaus sein, so Bietmann, dass der Gesamtbetrag deutlich höher liege. (pb)

Vorwurf des Subventionsbetrugs wird geprüft

Neue Dimension im Skandal der Kölner SPD - Staatliche Zuschüsse erschlichen

Die Kölner SPD könnte im Parteispendenskandal auch Subventionsbetrug begangen haben.

VON PETER BERGER

Der ehemalige Schatzmeister Manfred Biciste muss mit einem Ermittlungsverfahren wegen Subventionsbetrugs rechnen. Die Staatsanwaltschaft Köln prüft derzeit, ob die Biciste-Praxis, Schwarzgeld durch das Ausstellen fingierter Spendenquittungen zu waschen, der SPD auch noch staatliche Zuschüsse nach dem Parteienfinanzierungsgesetz beschert hat. Profitiert hätte davon in erster Linie die Bundespartei. Grundsätzlich kassieren die Parteien für jeden Spenden-Euro zusätzlich noch einmal 50 Cent vom Staat. Allerdings mit Einschränkungen: So spielen die Stimmzahlen bei Wahlen eine Rolle. Auch gibt es die Zuwendungen nur bis zu einer Obergrenze von 3060 Euro (6000 Mark) pro Spender.

Neben Biciste könnte auch Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch in das Visier der Ermittler geraten, denn die jährlichen Rechenschaftsberichte werden neben dem Kassierer grundsätzlich vom Parteivorsitzenden mit unterzeichnet. Allerdings muss der Beweis erbracht werden, dass Uhlenbruch von der illegalen Spendenpraxis seines Schatzmeisters gewusst hat. Nach Meinung des Hamburger Bilanzfachmanns Professor Wilhelm Strobel muss die SPD für die 424 000 Euro (830 000 Mark), die Ex-Fraktionschef Norbert Rüter an illegalen Großspenden kassierte und über Biciste an die SPD weiterreichte, nachträglich noch Steuern entrichten. "Der Unterbezirk Köln ist grundsätzlich für alle Einnahmen, die nicht als Mitgliedsbeiträge oder Spenden verbucht werden, natürlich auch steuerpflichtig", sagte Strobel dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

Auch der ehemalige Ratsherr und frühere Mitorganisator des Ringfestes, Karl-Heinz Pütz, soll laut "Kölnische Rundschau" 5000 Mark in bar aus einer der schwarzen SPD-Kassen erhalten, sie als Spende zurück überwiesen und dafür eine Quittung bekommen haben. Pütz schließe zwar aus, Bargeld angenommen zu haben, schließe aber nicht aus, eine fingierte Quittung per Post bekommen zu haben und diese dann, in der Vermutung, es sei ein ordentlicher Beleg, seinem Steuerberater gegeben zu haben.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 04.04.2002

"Mit den Betroffenen wird zu ruppig umgegangen"

Im SPD-Spendenskandal kritisiert Jürgen Schmude Vorverurteilungen - Untersuchungsergebnisse abwarten

Im Spendenskandal wird der SPD-Landesvorstand am Montag über weitere Schiedsverfahren entscheiden. Mit Jürgen Schmude, dem Leiter der Feststellungskommission, sprach Peter Berger.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: *Wann ist Ihr Abschlussbericht fertig?*

JÜRGEN SCHMUDE: Es gibt keinen Schlussbericht. Sobald ein Einzelfall geklärt ist, geht dieser Bericht an den Landesvorstand.

Nach welchen Kriterien gehen Sie bei der Bearbeitung der Fälle vor?

SCHMUDE: Wir werten die Ehrenerklärungen danach aus, ob es Klärungsbedarf gibt. Wenn Gespräche nötig sind, werden die Betroffenen vor die Kommission gebeten. Die berichtet dem Landesvorstand, gibt aber keine Empfehlung ab.

Wie verfährt der Landesvorstand?

SCHMUDE: Er muss im Einzelfall entscheiden, ob er nach dem Prinzip "Im Zweifel für den Betroffenen" oder politisch vorsichtig agieren will und Einzelheiten durch ein Schiedsverfahren klären lässt. Bisher war er immer recht vorsichtig.

Wann sollte die Kölner SPD ihren Fraktionsvorstand neu besetzen?

SCHMUDE: Dazu kann ich nichts sagen. Jeder Bericht, den wir erstellen, ist der Abschlussbericht zu einer Person. Wenn man die alle sammelt und zurückhält, lähmt man die Handlungsfähigkeit der Partei. Das ist nicht

erforderlich.

Heinz Lüttgen hat in der Kommission ausgesagt. Kann er neuer SPD-Fraktionschef werden?

SCHMUDE: Auch dazu darf ich mich öffentlich nicht äußern. Der Landesvorstand zieht die Schlussfolgerungen, entscheidet, ob er sie öffentlich macht. Die Einleitung eines Schiedsverfahrens ist noch keine Verurteilung.

Wie viele Genossen sind zum Gespräch geladen worden?

SCHMUDE: Unter den fast 120 Mandatsträgern ist ein knappes Dutzend, bei dem es Gesprächsbedarf gibt. Dazu kommen frühere Funktionäre und ein paar einfache SPD-Mitglieder. Die Gesamtzahl hält sich im Rahmen der Biciste-Liste, sie wird unter 40 Personen bleiben.

Warum werden Ex-Mandatsträger wie Alt-OB Burger oder Parteichef Uhlenbruch eingeladen?

SCHMUDE: Die Genannten waren zu der Zeit, als die Vorgänge passierten, Amtsträger. Sie haben eine Loyalitätspflicht gegenüber der Partei. Es gibt keine Ausnahmen vom Verfahren. Uns bekümmert aber, dass die Betroffenen Grund zu der Annahme haben, sie würden in Köln regelrecht geröstet und verfermt. Da scheinen uns die Maßstäbe etwas durcheinander zu geraten. Wir reden von Regelwidrigkeiten, im Einzelfall von Gesetzesverstößen, aber nicht von Untaten. Geschätzte Persönlichkeiten in Köln werden ja nicht zu Unholden, weil sie bei einer Steuererklärung unrichtig gehandelt haben.

In Köln rücken Ortsvereine schon von Bundestagskandidat Werner Jung ab. Was halten Sie davon?

SCHMUDE: Dass in Köln derart heftige Reaktionen erfolgen, ist sehr belastend für unsere Arbeit. Ich glaube, dass man zu hart und zu ruppig mit den Betroffenen umgeht, statt die Untersuchungsergebnisse abzuwarten. Man sollte diejenigen, die man bisher geschätzt hat, nicht gleich fertigmachen.

Gibt es Hinweise auf ähnliche Spendenpraxis in anderen Bezirken?

SCHMUDE: Nein. Was Köln betrifft, muss man sagen, dass diese Vorgänge auch nicht typisch für Köln sind. Die große Mehrheit der Kölner SPD-Mitglieder ist von der Angelegenheit unberührt.

Muss die Parteienfinanzierung neu geregelt werden?

SCHMUDE: Das Risiko für den Missbrauch muss erhöht werden, in dem Strafdrohungen ausgesetzt werden. Auch sollten die Formalien bei der Ausstellung und beim Empfang von Spendenquittungen so klar sein, dass jeder Empfänger eines Belegs weiß, er trägt Verantwortung dafür. Wenn eine Leistung nicht in Rechnung gestellt worden ist, wird es schwierig. Große Verdienste um Volk und Vaterland haben wir alle.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 04.04.2002

Skandal um Bau der Müllverbrennungsanlage - Schmude-Kommission führt weiter Gespräche

Konzernchef unter Beschuss geraten

Sigfrid Michelfelder, eine der beiden Schlüsselfiguren in der Kölner Korruptionsaffäre, beschuldigt den Chef des Müllkonzerns Trienekens, Schmiergelder erhalten zu haben.

VON AXEL SPILCKER

In der Kölner Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) schaute offenbar der Mitgesellschafter und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens jahrelang zu, wie sich sein leitender Mitarbeiter die Taschen mit Schmiergeldern füllte. Das ist zumindest das Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Korruptionsaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Niehl.

Demnach soll Hellmut Trienekens, Vorstandsvorsitzender des Müllkonzerns, gar Tipps gegeben haben, wie man die Millionenprovisionen über eine Schweizer Briefkastenfirma schleusen könne, um ihre Herkunft zu verschleiern. Trienekens saß seiner Aussage zufolge 1994 mit am Tisch, als im Züricher Hotel Hilton Bares an den AVG Geschäftsführer Ulrich Eisermann und den einflussreichen SPD Strippenzieher Karl Wienand den AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann und den einflussreichen SPD-Strippenzieher, Karl Wienand, übergeben wurde. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft bestätigte, dass der Konzernchef zunächst selbst einen Anteil erhalten sollte, diesen jedoch abgelehnt und an Wienand weitergegeben haben will.

AVG-Teilhaber Hellmut Trienekens sieht sich nun jedoch weitaus schärferen Vorwürfen ausgesetzt: Er soll ebenfalls zu den Geldempfängern gehört zu haben. Dies behauptet derjenige, von dem das Geld stammt. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" nannte Sigfrid Michelfelder, inhaftierter Ex-Geschäftsführer des Mülllofen-Erbauers Steinmüller, die Namen dreier Geldempfänger: Eisermann, Wienand und Trienekens. Auch an zwei Barspenden an den früheren SPD-Politiker Norbert Rütter könne er sich erinnern.

Die Kölner Staatsanwaltschaft bestätigte zwar gestern diese Aussage, betonte aber, dass die Angaben noch zu ungenau und widersprüchlich zu sonstigen Ermittlungen seien, um den Haftbefehl gegen Michelfelder außer Vollzug zu setzen. So hatte Michelfelder behauptet, ein größerer Teil der Schmiergelder sei korrekt über Beraterverträge an Firmen ausgezahlt worden, ein weitaus geringerer Betrag sei an Eisermann, Wienand und Trienekens gegangen.

Die Staatsanwaltschaft hat erhebliche Zweifel. Michelfelder soll heute erneut vernommen werden. Es gehe um den genauen Weg der Geldflüsse in Höhe von 14,5 Millionen Euro, sagte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt.

Es geht aber auch um Namen weiterer Politiker, die Geld von Steinmüller erhalten haben - sei es als illegale Großspende oder als Schmiermittel zur politischen Willensbildung bei der MVA-Auftragsvergabe.

Doch damit könne der Beschuldigte Michelfelder nicht dienen: "Man will etwas über Dinge hören, von denen mein Mandant nichts weiß", sagte Rechtsanwältin Anne Wehnert.

Michelfelder hat ausgesagt, man sei im Zeitraum der Auftragsvergabe für die Kölner MVA Ende 1993 an ihn mit Geldforderungen herangetreten. Der Steinmüller-Manager will darauf eingegangen sein aus Sorge um den Bestand der Firma. Das Geschäft mit dem Bau von Energie-Anlagen lag am Boden, den Ausweg boten Aufträge für Müllverbrennungsanlagen, die der Bund mittels einer Gesetzesnovelle zur Abfallentsorgung vorantrieb. Zu den Männern, die den MVA-Boom nutzten, gehörte offenbar auch SPD-Altvater Karl Wienand (75). Nach seinem Abgang aus dem Bundestag war er Berater im Energie- und Müllsektor.

Noch unter Michelfelders Vorgänger schloss Wienand 1982 einen Beratervertrag mit Steinmüller. Er sollte mit Hilfe seiner Verbindungen Türen bei kommunalen Auftraggebern öffnen. Im Erfolgsfall gab es neben einem monatlichen Salär eine Erfolgsprovision. Was beim Bonner Müllofen noch nicht zum Erfolg führte, zahlte sich offenbar bei der Auftragsvergabe der Kölner Anlage doppelt aus. Ende 1993 erhielt Steinmüller den Zuschlag für ein überdimensioniertes Milliardenprojekt von der AVG. Im Jahr darauf soll Steinmüller erste Schmiergelder gezahlt haben. Hellmut Trienekens hatte den Namen einer Schweizer Minigesellschaft genannt, über die man den Weg von Schwarzgeldern verschleiern könne. Die Firma hatte Trienekens selbst für Schwarzgeldkassen genutzt - ebenfalls, um "Türen zu öffnen". "Dies war sicherlich ein Fehler", räumte Norbert Gatzweiler, Verteidiger des Konzernchefs, ein. Die Teilnahme an der konspirativen Geldübergabe 1994 ebenso. "Herr Trienekens hat aber weder Bestechungsgelder gefordert noch erhalten. Das wäre ja auch absurd. Warum sollte er als Mitgesellschafter der AVG Bestechungsgelder annehmen?" Gatzweiler bezeichnete die Vorwürfe als reine Schutzbehauptungen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 05.04.2002

Kritik am SPD-Landesvorstand

Kölner beklagen Verfahrensfehler und fordern Fristeinholung

Im SPD-Spendenskandal schlägt die Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler vor, die Schiedskommission öffentlich tagen zu lassen.

VON PETER BERGER

Der SPD-Landesvorstand hat in den Parteiordnungsverfahren gegen die Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc Jan Eumann sowie den Bundestagskandidaten Werner Jung noch keine Termine für die Tagung der Schiedskommission festgelegt. In einem Brief an den Generalsekretär der NRW-SPD, Michael Groschek, mahnt Annelie Kever-Henseler die Einhaltung aller in der Schiedsordnung vorgesehenen Fristen und Prozeduren an: "Mir ist kein rechtliches Gehör zu gewähren, sondern ich habe als Mitglied Anspruch auf ein ordentliches Verfahren."

Die Landes-SPD habe sich bei der Aufklärung des Parteispenskandals über sämtliche Parteistatuten hinweggesetzt, kritisiert ihr Mann, Kölns Schuldezernent Andreas Henseler: "Genosse Groschek hat es nicht einmal für nötig gehalten, den SPD-Unterbezirk Köln und den Ortsverein meiner Frau über die Einleitung eines Verfahrens nach der Schiedsordnung zu informieren." Dabei sei das zwingend vorgeschrieben. Auch hätten Unterbezirk und Ortsverein das Recht, an der Tagung der Schiedskommission teilzunehmen: "Wir wissen bisher noch nicht einmal, welche Kommission für meine Frau zuständig ist." Der Landesvorsitzende Harald Schartau und der Generalsekretär Michael Groschek könnten sich nicht um Problemlösungen bemühen, weil sie selbst "ein Teil des Problems sind". Ihm sei auch völlig unverständlich, dass der Landesvorstand bei der Behandlung der Affären in Wuppertal und Köln und den Vorgängen um den ehemaligen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Karl Wienand, nicht die gleichen Maßstäbe ansetze.

Der SPD-Landesvorstand wird sich erst am Montag, 15. April, in Duisburg wieder mit der Kölner Spendenaffäre befassen und über die Einleitung weiterer Schiedsverfahren entscheiden. Darüber soll dann die Öffentlichkeit informiert werden. Bis dahin sollen weitere Einzelberichte der Schmutz-Kommission vorliegen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 05.04.2002

Michelfelder bleibt in Untersuchungshaft

Der Korruptionsskandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage ist reich an Merkwürdigkeiten.

VON AXEL SPILCKER

Top-Manager Sigfrid Michelfelder, eine der beiden inhaftierten Schlüsselfiguren in der Korruptionsaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA), bleibt vorerst weiter in Untersuchungshaft. Nach Angaben der

Staatsanwaltschaft soll die Vernehmung des unter Bestechungsverdacht geratenen 61-jährigen Ex-Geschäftsführers des Anlagenbau-Unternehmens Steinmüller am Montag fortgesetzt werden. Es gehe um die Frage der Geldflüsse und Empfänger von Schmiergeld in Höhe von 14,5 Millionen Euro, so Oberstaatsanwältin Regine Appenrod am Donnerstag. Michelfelders Verteidigerin Anne Wehnert sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", der erste Tag der Vernehmung ihres Mandanten durch die Staatsanwaltschaft sei in einer "sehr konstruktiven Atmosphäre verlaufen".

Dabei ging es offenbar um die erste Phase der Zahlungen, nachdem der Anlagenbauer Steinmüller Ende 1993 den Zuschlag für den Müllöfen erhalten hatte. In einer schriftlichen Stellungnahme hatte der Verdächtige vor Wochenfrist die Namen dreier angeblicher Geldempfänger genannt: Ulrich Eisermann damaliger Chef der AVG, SPD-Mann Karl Wienand und Hellmut Trienekens, Vorstandsvorsitzender des großen Müllentsorgungskonzerns.

Auf Empfehlung von Trienekens schleuste Michelfelder mehr als sieben Millionen Euro Schwarzgeld auf Konten der Schweizer Briefkastenfirma Stenna, um die wahre Herkunft der Gelder zu verschleiern. Ob und wie das Geld dann weiter verteilt werden sollte, wusste Michelfelder nicht genau zu sagen. Er sei nicht dabei gewesen. Der ehemalige SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Wienand, habe ihm aber erzählt, nach Abzug einer Provision an die Schweizer Stenna sollte das Geld unter ihm, Eisermann und Trienekens aufgeteilt werden. Dies, so erinnert sich Trienekens, sei aber nicht geschehen. In seiner Vernehmung bestätigte der Konzernchef zwar entsprechende Pläne von anderer Seite. Trienekens will aber nur 1994 bei einer ersten Bargeld-Übergabe in Zürich anwesend gewesen sein. Dabei soll Wienand mehr als 1,8 Millionen Euro erhalten haben. Trienekens dagegen sei bewusst geworden, in welcher schwieriger Lage er sich befinde, die einem "ehrlichen Kaufmann" nicht anstehe. Folglich überließ er den ihm zugedachten Betrag AVG-Manager Eisermann.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 05.04.2002

Eisermann droht Klage der Stadt

Regress im Korruptionsskandal

Die Grünen wollen den Trienekens-Vertrag zur Abfuhr des Grünen-Punkt-Mülls kündigen.

VON PETER BERGER

Im Korruptionsskandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage prüft die Stadt zivilrechtliche Schritte gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Abfallentsorgungs- und -verwertungsgesellschaft (AVG), Ulrich Eisermann. Dabei geht es nach Angaben des CDU-Fraktionsvorsitzenden Rolf Bietmann um Eisermanns Versorgungsbezüge und die Frage, ob gegen ihn Regressforderungen im Zusammenhang mit dem Anlagenbau gestellt werden können. Eisermann sitzt seit fast sechs Wochen in U-Haft. Er soll vom Manager des Anlagenbauers Steinmüller vier Millionen Euro Bestechungsgeld kassiert haben.

Die 49-Prozent-Beteiligungen des Entsorgungskonzerns Trienekens an der AVG und der Müllabfuhr stehen für Bietmann noch nicht zur Debatte. Über vertragliche Konsequenzen könne man erst reden, wenn "hinreichende Sicherheit" bestehe, dass Trienekens in die Korruptionsaffäre verwickelt sei. Bietmann betonte, der Teilverkauf der Abfallwirtschaftsbetriebe an Trienekens habe der Stadt finanzielle Vorteile gebracht: "Nur so können wir stabile Müllgebühren garantieren."

Für die Stadt sei von enormer Bedeutung, wie sich die Beteiligung des Energiekonzerns RWE an der Trienekens AG entwickle. Sollte RWE wie geplant die Mehrheit übernehmen, verändere das die Sachlage. Man könne kein Interesse daran haben, dass RWE in Köln als marktbeherrschendes Unternehmen auftrete. RWE ist bereits mit 20 Prozent an der GEW Rheinland beteiligt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma will "keine voreiligen Schritte" einleiten. Die Ermittlungen seien noch in vollem Gange. Die Stadt könne das Vertragswerk mit Trienekens erst auf Ausstiegsmöglichkeiten überprüfen, wenn der Abschlussbericht der Staatsanwaltschaft vorliegt.

Auch für die Grünen steht der Ausstieg aus den Verträgen mit Trienekens vor der Klärung der Schmiergeldvorwürfe nicht zur Diskussion. Bei der Entsorgung des Grünen-Punkt-Mülls soll die Stadt dagegen

von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen und den Vertrag mit Trienekens mit Ablauf dieses Jahres beenden. In einem Antrag zur Ratssitzung am 18. April fordern die Grünen, die Leistungen des "Dualen Systems" neu auszuschreiben. "Trienekens ist offensichtlich nicht in der Lage, den Grünen-Punkt-Müll vertragsgemäß abzufahren", sagte Fraktionschefin Barbara Moritz. Die Container im Stadtbild seien zum Sinnbild für massive Verschmutzung geworden. Zudem bestünden "berechtigte Zweifel an der geschäftlichen Seriosität, die auch vor dem Hintergrund der monopolartigen Situation im Kölner Abfallwirtschaftssektor eine Kündigung geboten scheinen lassen", heißt es in dem Ratsantrag, dem sich auch die FDP anschließen könnte. Deren Fraktionschef Ralph Sterck will "Wettbewerb zulassen, wo er möglich ist".

Es sei verfrüht, über eine Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft zu reden, betonte

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich. Dagegen fordert PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen, Köln müsse die Abfallentsorgung wieder zur städtischen Aufgabe machen, sich Initiativen wie in Leverkusen oder dem Projekt Eko City anschließen, das in Teilen des Ruhrgebiets und Wuppertal vorangetrieben wird.

Kritik am SPD-Landesvorstand - Kölner beklagen Verfahrensfehler und fordern Fristeinholung / INFO-KASTEN Sofort weggeworfen

Sozialdezernentin Ursula Christiansen hat gestern noch einmal betont, dass sie die von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste bei einer Sitzung im Jahr 1998 oder 1999 im Briefumschlag erhaltene Spendenquittung über 3000 Mark nach Öffnung sofort weggeworfen hat: "Ich hatte nichts gespendet, also brauchte ich auch keine Quittung." Das Parteienfinanzierungsgesetz sei ihr damals gar nicht geläufig gewesen. Sonst hätte sie die Quittung an Biciste zurückgegeben. "Das ist doch erst seit der Kohl-Affäre überhaupt in der Öffentlichkeit im Gespräch." (pb)

SPD-Parteispendenskandal und Korruptionsaffäre um die Müllverbrennung Biciste vor Bundestagsausschuss

Der Ex-Schatzmeister der SPD, Manfred Biciste, wird am Donnerstag vor dem Parteispendenausschuss des Bundestags aussagen.

VON PETER BERGER

Im SPD-Parteispendenskandal bleibt die Biciste-Liste weiter unter Verschluss. Reinhard Birkenstock, Rechtsanwalt des ehemaligen Schatzmeisters, sagte am Freitag dem "Kölner Stadt-Anzeiger", es habe in der abgelaufenen Woche keine weiteren Gespräche mit dem SPD-Landesvorstand gegeben. Die Steuerabteilung des Finanzministeriums habe alle 42 Personen auf der Biciste-Liste angeschrieben und um Offenlegung ihrer Steuerakten gebeten. Sie sollen bei Einwilligung der Betroffenen dem Spenden-Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Einsicht übergeben werden.

Biciste wird am kommenden Donnerstag um 14 Uhr vor dem Ausschuss aussagen. "Dabei wird es keine neuen Einlassungen geben", kündigte Birkenstock an. "Wir bleiben bei unseren Aussagen, die wir bei der Staatsanwaltschaft getätigt haben." Sein Mandant fühle sich nach mehr als 30 Jahren Mitgliedschaft in der SPD auch nach seinem Austritt der Partei gegenüber verpflichtet, zur Aufklärung der Affäre beizutragen. Für die Feststellungskommission unter Leitung des ehemaligen Bundesjustizministers Jürgen Schmude ist die Frage, ob sich eine Einigung über die Herausgabe der Biciste-Liste erzielen lässt, nur noch von untergeordneter Bedeutung. Es seien inzwischen so viele Namen in der Öffentlichkeit genannt worden, hätten sich viele Parteimitglieder als Quittungsempfänger offenbart, dass die Aufklärung des Sachverhalts nur noch eine Frage von Wochen sein könne.

In der Tat sind von den 42 Namen, die zu Empfängern von Biciste-Quittungen zählen sollen, mittlerweile weit über 30 bekannt: Darunter sind ehemalige und aktuelle Ratsmitglieder wie Heinz Lüttgen, Karl-Heinz Schmalzgrüber, Renate Canisius, Christa Becker, Josef Jan-sen, Karl-Heinz Pütz, Toni Klefisch und Michael Allmer, die Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc Jan Eumann, Alt-Oberbürgermeister Norbert Burger, der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges, der Bundestagskandidat Werner Jung, Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch, Annemarie Frage-Münch, Ulrike Volland und Bettina Lob-Preis. Auch Sozialdezernentin Ursula Christiansen, der Vorstandschef der Stadtparkasse, Gustav Adolf Schröder, und GAG-Chef Jürgen Noppel sollen auf der Biciste-Liste stehen. Dazu haben mehrere einfache Parteimitglieder vorsorglich Selbstanzeigen erstattet.

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste

Fraktionsvize Heinz Lüttgen

Karl-Heinz Schmalzgrüber

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste /

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste /

Fraktionsvize Heinz Lüttgen /

Karl-Heinz Schmalzgrüber

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste /

Fraktionsvize Heinz Lüttgen /

Karl-Heinz Schmalzgrüber

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste /

Fraktionsvize Heinz Lüttgen /

Karl-Heinz Schmalzgrüber

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.04.2002

SPD-Parteispendenskandal und Korruptionsaffäre um die Müllverbrennung

Kölner Justiz braucht keine Rechtshilfe

Schweizer Firmen spielen im Kölner Schmiergeld- skandal eine wichtige Rolle.

Der Züricher Bezirksanwalt Ivo Hoppler wird vorerst vergeblich auf ein Rechtshilfesuch aus Köln warten. Die Kölner Staatsanwaltschaft denkt nach eigenen Angaben bislang nicht daran, den darauf spezialisierten eidgenössischen Kollegen um Amtshilfe zu bitten. Drei Schweizer Firmen kommt im Schmiergeldskandal hiesigen Ermittlern zufolge die Rolle einer Clearingstelle für Bestechungsgelder zu. Über Scheinabrechnungen mit dem inzwischen aufgelösten Ingenieurbüro Ecoling sollen Millionen an den Ex-Chef des Mülllofenbetreibers AVG, Ulrich Eisermann, geflossen sein. Auch über die Stenna Umwelttechnik AG sollen mehr als sieben Millionen Euro Schwarzgeld an Eisermann und andere verteilt worden sein. Spitzenmanager des Mülllofen-Erbauers Steinmüller lenkten über die jüngst liquidierte Aktiengesellschaft für Industrieförderung des Züricher Anwalts Heinz Egli Barspenden an die Kölner SPD.

Die Kölner Ermittler drängt aber nichts zur Eile. Der Grund: Die drei Firmen hatte Bezirksanwalt Hoppler bereits im Jahr 2000 auf Bitten der Mannheimer Staatsanwaltschaft bei bundesweiten Korruptionsermittlungen im Zusammenhang mit Mülllöfen durchsuchen lassen. Die beschlagnahmten Unterlagen wurden längst an die Kölner Justiz abgegeben, so eine Sprecherin. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 08.04.2002

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 40 Mitglieder der Kölner SPD

Der Vorwurf lautet auf Steuerhinterziehung und Beihilfe zum Betrug.

Köln - Im Zusammenhang mit dem Spendenskandal der Kölner SPD ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 40 SPD-Mitglieder wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, der Untreue und der Beihilfe zum Betrug. Sie alle sollen von dem früheren Schatzmeister Manfred Biciste falsche Spendenquittungen bekommen und zum Teil beim Finanzamt eingereicht haben. Wie der "Spiegel" berichtet, sollen sich die Ermittlungen unter anderem gegen den Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges und die Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann und Annelie Kever-Henseler richten. Zum Kreis der verdächtigten Politiker soll der frühere Oberbürgermeister und Kölner Ehrenbürger Norbert Burger zählen.

Der frühere Fraktionsvize Michael Allmer, der vier falsche Spendenbelege über insgesamt 16 000 Mark erhalten habe, räumte im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" ein Vergehen ein. Der nun in Blankenheim politisch tätige Richter will von allen Ämtern zurücktreten.

Der unter Korruptionsverdacht geratene Wuppertaler Oberbürgermeister Hans Kremendahl (SPD) steht laut "Bild am Sonntag" kurz vor seiner Suspendierung. Die Staatsanwaltschaft stehe vor dem Abschluss ihrer Ermittlungen. (EB, dpa, ddp)

Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.04.2002

Korrekt gespendet

Schröder zieht Selbstanzeige zurück

Die Wirtschaftsprüfer hätten nach Auskünften von CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann in den Steuererklärungen des Vorstandsvorsitzenden der Stadtparkasse Köln, Gustav Adolf Schröder, "kein steuerliches Fehlverhalten" feststellen können.

VON ANDREAS DAMM

Der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse Köln, Gustav Adolf Schröder, ziehe seine Selbstanzeige bei der Oberfinanzdirektion auf Anraten seiner Anwälte zurück. Das sagte der Vorsitzende des Sparkassen-Verwaltungsrates, CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann, gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Zuvor

hatte Bietmann sich in einem etwa zweistündigen Gespräch von dem 59-jährigen Sparkassen-Manager über den Hintergrund der Selbstanzeige informieren lassen. Schröder soll auf der Liste jener 42 Männer und Frauen stehen, denen der frühere SPD-Schatzmeister Manfred Biciste falsche Spendenquittungen gegeben haben will. Nach Angaben Bietmanns hat der Sparkassen-Chef "auf Empfehlung von Rechtsanwalt Birkenstock ohne Prüfung des steuerlichen Tatbestandes" am 4. März Selbstanzeige erstattet. Schröder habe seine Wirtschaftsprüfer dann beauftragt, alle fraglichen Steuererklärungen zu prüfen. Er selber befand sich währenddessen auf Urlaubsreise in Peru. In Rede standen zwei Belege aus den Jahren 1998 und 1999 über rund 5000 Mark. Schröders Wirtschaftsprüfer hätten indes "kein steuerliches Fehlverhalten" feststellen können, so Bietmann. Sämtliche Spenden an die SPD habe dieser "ausschließlich aus seinem zu versteuernden Einkommen" geleistet: 11 925 Mark im Jahr 1998 und 8790 Mark im Jahr 1999. Das habe der Sparkassen-Chef in dem Gespräch in Bietmanns Büro anhand von Konto-Auszügen und anderen Unterlagen dargestellt. Schröder wisse nicht, warum Biciste ihn auf die Spenderliste gesetzt habe, sagte Bietmann weiter. Nachdem die Selbstanzeige zurückgezogen worden sei, sehe er "keinen Anlass zu weiterem Handeln; für mich ist das damit erledigt".

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 08.04.2002

Geldwäsche über Konten

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 40 SPD-Mitglieder

Manfred Biciste soll Genossen Bargeld gegeben haben, die dieses als Spenden von ihren Konten überwiesen hätten.

VON J. PUDERBACH, A. DAMM UND A. SPILCKER

40 Sozialdemokraten aus Köln und Umgebung stehen unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung, der Untreue sowie der Beihilfe zum Betrug. Zu dem Kreis sollen der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges sowie die Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann und Annelie Kever-Henseler gehören. "Wir sind von der Staatsanwaltschaft über bevorstehende Ermittlungen informiert worden", sagte die Sprecherin des Landtagspräsidenten, Stephanie Hajdamowicz, gestern dieser Zeitung und bestätigte damit einen Bericht des Magazins "Der Spiegel". Die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Regine Appenrodt, sagte, sie wisse nichts von derartigen Verfahren. Anscheinend sind nicht einmal alle Beschuldigten selber informiert. "Ich weiß davon nichts", sagte die SPD-Politikerin Kever-Henseler gestern. Sollte ermittelt werden, gehe sie davon aus, "dass das Verfahren schnellstmöglich eingestellt wird". Wie der "Spiegel" schreibt, sollen die 40 Sozialdemokraten zwischen 1994 und 1999 Spendenquittungen von dem früheren SPD-Schatzmeister Manfred Biciste bekommen haben. Mehrere von ihnen, darunter der zurückgetretene SPD-Fraktionschef Norbert Rüter und Ex-Oberbürgermeister Norbert Burger, sollen die Belege steuermindernd geltend gemacht haben. Burger hatte dazu erklärt, die Quittung sei ihm untergeschoben worden. Der frühere Fraktionsvize Michael Allmer räumte im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" ein Vergehen ein. Er habe falsche Belege über 16 000 Mark angenommen. Insgesamt soll Biciste fingierte Bescheinigungen über eine Summe von annähernd 179 000 Euro (rund 350 000 Mark) verteilt haben, um die Herkunft der Spenden zu verschleiern. Nach Aussagen Rüthers stammt das Geld von Unternehmen, die am Bau der Müllverbrennungsanlage in Niehl beteiligt waren. Am Donnerstag soll sich Biciste vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestages äußern. Sein Anwalt Reinhard Birkenstock sagte, der Vorwurf der Steuerhinterziehung sei unberechtigt, sofern die Betroffenen Selbstanzeige erstattet hätten. Das sollen weit mehr als die Hälfte der Empfänger fingierter Belege getan haben. Nach Information des "Kölner Stadt-Anzeiger" soll Biciste den Ermittlern von einer Umstellung seines Systems der Spendenwäsche berichtet haben. Um im Jahr 1999 nicht so viele Barspenden eintragen zu müssen, habe er Parteikollegen Geld überreicht. Diese hätten denselben Betrag von ihrem Konto als Spende überwiesen und dafür eine Quittung erhalten. (mit dpa, ddp)

Michael Allmer legte Ämter nieder.

BILD: JOPU

Michael Allmer legte Ämter nieder.

BILD: JOPU

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 09.04.2002

Die Stadt will ihre Verträge mit Trienekens schon bald ändern

CDU befürchtet einen allzu großen Einfluss des RWE-Konzerns

Im Hauptausschuss wurde gestern über die Beteiligung von Trienekens

an der Müllabfuhr und der Müllverbrennungsanlage diskutiert.

VON ANDREAS DAMM

Noch dringen die Überlegungen kaum aus den Fraktionszimmern der CDU-Mehrheitsfraktion im Rathaus, noch belässt es deren Vorsitzender Rolf Bietmann bei Andeutungen. Doch es scheint festzustehen, dass die Stadt ihr enges Vertragsverhältnis mit dem Entsorgungsunternehmen Trienekens lockern soll. Denn in der Kölner Union geht man davon aus, dass die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE) ihren 50-Prozent-Anteil an der Trienekens AG schon bald aufstocken wird - was dem Energie-Konzern in Köln eine starke Stellung bringen könnte.

Die RWE AG ist mit 20 Prozent an der Rheinenergie AG beteiligt, dem neuen Versorgungsunternehmen der GEW. Wie es im Rathaus heißt, hält Bietmann eine allzu enge Partnerschaft mit dem Großkonzern RWE auf mehreren Geschäftsfeldern für wettbewerbsschädlich. Energielieferant, Wasserlieferant und Abfallentsorger - in dieser Rolle könnte RWE mehr Einfluss gewinnen, als es dem CDU-Fraktionsgeschäftsführer recht ist. Deshalb strebe Bietmann eine Veränderung der Müllverträge an - mit einem Modell, das mehr Wettbewerb bei der Müllabfuhr gewährleiste. Nur so ließen sich die Müllgebühren auf längere Sicht günstig halten.

Als der Hauptausschuss des Rates gestern im Zusammenhang mit dem Bestechungsskandal um die Müllverbrennungsanlage über die Verträge mit Trienekens diskutierte, gab Bietmann nur vage Einblick in seine Gedanken. "Es macht hohen Sinn darüber nachzudenken, wie man die Struktur der Abfallwirtschaft in dieser Stadt langfristig entwickeln soll", sagte er. Der CDU-Politiker bevorzugt offenbar den einvernehmlichen Weg mit dem Unternehmen Trienekens, für das seine Rechtsanwaltskanzlei tätig ist.

Zuvor hatte Oberbürgermeister Fritz Schramma den Ausschuss darüber informiert, dass die Stadt über ihren Stadtwerke-Konzern die Gesellschafterverträge mit Trienekens kündigen könnte. Dazu bedürfe es allerdings schwerwiegender Gründe - zum Beispiel wirtschaftlicher Straftaten eines Anteilsbesitzers. In jedem Fall müsste die Stadt dem ausscheidenden Gesellschafter eine angemessenen Abfindung zahlen. Trienekens hält jeweils 49,9 Prozent an der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft und den Abfallwirtschaftsbetrieben.

Unterdessen bemüht sich das Rechnungsprüfungsamt, die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage aus städtischer Sicht aufzuklären. Seine Mitarbeiter hätten meterweise Akten aus annähernd einem Dutzend Ämtern zu sichten, sagte Amtsleiter Hans Günter Witt. Er habe zudem einen Mitarbeiter eigens dafür abgestellt, der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen zu helfen. Oberbürgermeister Schramma sagte, er habe frühere Amtsträger schriftlich gebeten, zur Aufklärung beizutragen. Noch habe niemand über "Unregelmäßigkeiten" berichtet.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.04.2002

Zähes Ringen um Entlassung Michelfelders aus der U-Haft

Im Kölner Müllskandal wird die Vernehmung des Steinmüller-Managers
Michelfelder am Donnerstag fortgesetzt.

VON AXEL SPILCKER, HEINZ TUTT UND PETER BERGER

Top-Manager Sigfrid Michelfelder bleibt in U-Haft. Wie die Staatsanwaltschaft nach dem zweiten Vernehmungstag des Mitbeschuldigten im Korruptionsskandal um die Müllverbrennungsanlage mitteilte, wird das Verhör am Donnerstag fortgesetzt. Michelfelders Verteidigerin Anne Wehnert sagte, es sei so komplex, "dass es noch eine Reihe von Fragen zu klären gibt". Die Verteidigerin hofft auf eine baldige Freilassung. Sie hält einen Teil der Schmiergeldzahlungen für verjährt. Laut Staatsanwaltschaft zahlte Michelfelder auf Grund von Abmachungen nach der Auftragsvergabe 1993 die ersten Millionen über die Schweizer Briefkastenfirma Stenna. Nutznießer waren der Ex-Chef des halbstädtischen MVA-Betreibers Ulrich Eisermann und SPD-Strippenzieher Karl Wienand. Hellmut Trienekens, Vorstandschef der gleichnamigen Entsorgungsfirma, gab einen ihm zugedachten Anteil an Wienand weiter.

Die Zahlungen über die Schweizer Stenna beendete Steinmüller-Manager Michelfelder 1996. Für seine Verteidigerin ist das eine entscheidende Zäsur. Diese Vorgänge hingen nicht mit der Auftragsvergabe zusammen, seien strafrechtlich nicht relevant. Die Staatsanwaltschaft sieht dagegen eine direkte Verbindung dieser Zahlungen zu den späteren Bestechungsgeldern an Eisermann.

Manfred Bicistes Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock und der Generalsekretär der Landes-SPD, Michael Groschek, vereinbarten gestern die Modalitäten, wie die Biciste-Liste mit den Namen der Quittungsempfänger an die SPD übergeben wird. Die auf der Liste Genannten sollen erst gehört werden, bevor ihre Namen gegebenenfalls öffentlich gemacht werden. Groschek geht davon aus, dass er heute die Liste erhält. Mit Überraschungen rechnet er aber nicht. Kommenden Montag werde das Präsidium weitere Entscheidungen bekannt geben.

Der SPD-Ortsverein Buchforst/Stegerwald ging auf Distanz zu MdL Marc-Jan Eumann. Der Vorstand forderte ihn auf, Funktionen und Mandate niederzulegen und aus der SPD auszutreten. Auch SPD-Parteichef Jochen Ott wurde gestern von einem Mitglied eines Ortsvereinsvorstands beschuldigt, "zumindest indirekt in die

Parteispendenaffäre involviert" zu sein. Die rechte Juso-Gruppe "Pragmax" sei von Ex-Oberstadtdirektor Heugel und Ex-Fraktionschef Rüter unterstützt worden, sie habe außerhalb der Parteistrukturen agiert und eine eigene Kasse verwaltet. Ott betonte erneut, von Rüthers und Bicistes Spendenpraxis nichts gewusst zu haben.

SPD-Parteichef Jochen Ott

SPD-Parteichef Jochen Ott

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden Fraktion der Frustrierten

Heinz Lüttgen (59) leitet die SPD-Fraktion seit dem Rücktritt des Vorsitzenden Norbert Rüter am 4. März kommissarisch. Er sitzt seit 1975 im Rat, war lange Jahre Vorsitzender des Finanzausschusses und gehört dem Fraktionsvorstand der SPD an. Der selbstständige Versicherungskaufmann gilt als einer derjenigen, die die SPD-Fraktion führen könnten. Über eine Verstrickung in den Spendenskandal hat er sich öffentlich nicht geäußert. Er soll fingierte Quittungen erhalten und Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet haben.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden Fraktion der Frustrierten

Martin Börschel (29) will sich in die Rolle des neuen Fraktionsvorsitzenden nicht hineindrängen lassen. Erst müsse die Sachlage in der Spendenaffäre geklärt sein. "Wir haben mit der Aufklärung des Skandals noch genug zu tun." Über die Neubesetzung der Fraktions Spitze könne man wohl frühestens in zwei Monaten entscheiden. "Wir müssen uns den Luxus leisten und noch eine Zeit lang mit der jetzigen Situation leben." Heinz Lüttgen verfüge über langjährige politische Erfahrung, um den Personalengpass zu meistern.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden Fraktion der Frustrierten

Marlis Herterich (59) hält nichts von Personalentscheidungen vor dem Abschluss der Untersuchungen der Schmutz-Kommission und möglicher Parteiordnungsverfahren. "Wir stehen unter keinerlei Zeitdruck", sagt die Fraktionsgeschäftsführerin, "die Fraktion ist voll funktionsfähig." Ein neuerliches personelles Debakel müsse ausgeschlossen sein. Eins schließt sie aber aus: "Ich stehe für den Fraktionsvorsitz keinesfalls zur Verfügung." In der Fraktion werde die Trennung von Geschäftsführung und Vorsitz strikt eingehalten.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden Fraktion der Frustrierten

Renate Canisius (67) wurde 1984 zum ersten Mal in den Rat gewählt. Seit 1989 ist sie ehrenamtliche Bürgermeisterin, seit 1994 Beauftragte für Religionsgemeinschaften. Der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit liegt in der Repräsentation. Innerhalb der SPD-Fraktion zählt sie nicht zu den führenden Köpfen. Auf Anraten ihres Anwalts habe sie vorsorglich eine Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet, sagt sie. Es gehe um einen Betrag von weniger als 1000 Euro. Von der illegalen Spendenpraxis innerhalb ihrer Partei habe sie nichts gewusst.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden

Fraktion der Frustrierten

Ulrike Loida (46) hält alle Personaldiskussionen "zum jetzigen Zeitpunkt für überflüssig". Wenn der Spendenskandal für die SPD überhaupt einen positiven Aspekt habe, dann den, dass jetzt die Chance zu einem vernünftigen Neubeginn bestünde. Erst müsse das Klima der Verdächtigungen und des Misstrauens in der Fraktion ausgeräumt sein. "Das wird erst der Fall sein, wenn alle Untersuchungen abgeschlossen sind", so Loida. Bis dahin müsse die Fraktion in ihrer jetzigen Zusammensetzung zur politischen Sacharbeit zurückkehren.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden

Fraktion der Frustrierten

Dörte Gerstenberg (61) zählt zu den profilierten Frauen innerhalb der SPD-Fraktion. Sie sitzt seit 1979 im Rat. 1999 wurde sie zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Seniorenfragen. Sie spricht sich dafür aus, den neuen Vorsitzenden erst dann zu wählen, wenn der Spendenskandal vollständig aufgeklärt ist. Ihr eigener Name ist in dem Zusammenhang bisher nicht gefallen. "Von solchen Praktiken weiß ich nichts", sagte sie unmittelbar nach Bekanntwerden der Affäre.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden

Fraktion der Frustrierten

Karl-Heinz Schmalzgrüber (64) sieht die Personalfragen der SPD-Fraktion "völlig leidenschaftslos". Er erwartet, dass Parteichef Jochen Ott und Schatzmeister Martin Börschel am heutigen Mittwoch die Fraktion über den Stand der Ermittlungen des SPD-Landesvorstands und der Wirtschaftsprüfer umfassend informieren. Ob man über den neuen Fraktionsvorsitz "heute oder in 14 Tagen" rede, ändere nichts an der Lage der Partei. "Wir wissen alle noch nicht, wie es weitergeht und was auf uns womöglich noch alles zukommt."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden

Fraktion der Frustrierten

Axel Kaske (61) glaubt, dass jede Diskussion über Personalfragen zurzeit überflüssig ist. Die Fraktion stehe nicht unter Handlungsdruck. Ein vernünftiger Neuanfang sei erst möglich, wenn alle Vorwürfe gegen Fraktionsmitglieder, die mit der Biciste-Liste in Zusammenhang gebracht werden, geklärt seien. "Natürlich haben wir einen jungen Fraktionskollegen, der das Zeug hätte, den Vorsitz zu übernehmen. Doch weiß ich bis heute nicht, ob er überhaupt zur Verfügung stünde, wenn er gefragt würde."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Im Parteispenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden

Fraktion der Frustrierten

Heute trifft sich die SPD-Fraktion zur ersten Sitzung nach den Osterferien. Dabei soll eine Diskussion über die Nachfolge des Ex-Vorsitzenden Norbert Rüter vermieden werden.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Abwarten, sich keinesfalls festlegen. Das scheint derzeit die einzige Strategie zu sein, auf die sich die 29 Männer und Frauen der SPD-Ratsfraktion verständigen können, wenn es um einen Nachfolger für den zurückgetretenen Vorsitzenden Norbert Rüter und seinen Vize Manfred Biciste geht. Wer nach Namen fragt,

blickt in ratlose Gesichter. Es wird noch Wochen dauern, bis die Aufklärungskommission der Landes-SPD ihre Arbeit beendet hat und die parteiinternen Ordnungsverfahren abgeschlossen sind. Wer weiß denn, wer die Spendenaffäre unbeschadet überstehen wird? Und wer danach noch zur Fraktion gehört? Wenn sich die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker heute Nachmittag zur ersten Fraktionssitzung nach den Osterferien treffen, wird sich die Wiedersehensfreude in Grenzen halten. Bisches System der Spendenwäsche hat ein Klima des gegenseitigen Misstrauens geschaffen. Schon vor den Ferien wagte es niemand, in großer Runde Fragen zu stellen. Ehrliche Antworten seien ohnehin nicht zu erwarten, sagt jemand. Spätestens seit Rüthers Aussage vor der Staatsanwaltschaft, etliche Fraktionskollegen hätten von den schwarzen Kassen gewusst, trauen viele einander nicht mehr über den Weg.

Ein d t t i t d R t l i M t i B ö h l A l S h t i t d K ö l SPD b ü h t i h

Einer, dem man traut, ist der Ratsneuling Martin Börschel. Als Schatzmeister der Kölner SPD bemüht er sich gemeinsam mit Parteichef Jochen Ott, die Vorfälle aufzuklären. Den 29-jährigen Börschel halten viele Fraktionsmitglieder für einen geeigneten Nachfolger Rüthers. Indes hat sich Börschel noch nicht einmal entschieden, ob er kandidieren will. "Meine Lebensplanung sieht anders aus", sagt er. Er habe nicht deshalb Jura studiert, um gleich nach dem Examen Politik zu seinem Beruf zu machen. Zwar ist der Vorsitz der Ratsfraktion ein Ehrenamt, doch vom Aufwand her erfordert er professionellen Einsatz. Wie viel Zeit kann ein Rechtsanwalt der politischen Arbeit opfern, der gerade dabei ist, mit zwei Kollegen eine Kanzlei aufzubauen?

Kommisarisische Leitung

Der erfahrene Fraktionsvize Heinz Lüttgen wäre wirtschaftlich so unabhängig, das Amt zu übernehmen. Der selbstständige Versicherungsmakler leitet die Fraktion seit Rüthers Rücktritt kommissarisch. Indes hat auch er falsche Spendenbescheinigungen von Biciste erhalten und vor der Schmutz-Kommission Stellung genommen. Dazu geäußert hat er sich bisher nicht. Am kommenden Montag will der SPD-Landesvorstand unter Vorsitz von Harald Schartau entscheiden, ob gegen Lüttgen ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet wird. "Ich werde mit meiner Fraktion in aller Ruhe und Gelassenheit über das, was zu tun ist, reden. Darauf hat sie ein Anrecht", sagt er. "Mehr als über das Prozedere reden, können wir nicht", betont Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich. Eine Diskussion über Zeitabläufe, nicht über Kandidaten.

Was die Personalfrage erschwert: Das Amt des Fraktionschefs der Kölner SPD steht derzeit nicht sonderlich hoch im Kurs, weder in der Öffentlichkeit, noch unter den Parteikollegen. Der Schock innerhalb der Fraktion sitzt derart tief, dass an eine normale Arbeit in den Ausschüssen und im Rat vorerst nicht zu denken ist. Eine positive Bilanz zur nächsten Kommunalwahl in zweieinhalb Jahren scheint ausgeschlossen. Die Motivation, sich im anstehenden Bundestagswahlkampf zu engagieren, ist angesichts der Niedergeschlagenheit der Basis gering. Unter solchen Voraussetzungen könne der neue Fraktionschef nur scheitern, heißt es. "Nach dem Heugel-Skandal waren wir gerade auf dem Weg, wieder ein wenig Profil zu gewinnen", sagt eine Ratsfrau. "Jetzt sind wir tiefer gesunken, als wir es uns jemals vorstellen konnten."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

INFO-KASTEN / Im Parteispendenskandal will die Kölner SPD Personaldebatten noch vermeiden / Fraktion der Frustrierten

Auch Rüther vor

Bundestags-Untersuchungsausschuss

Norbert Rüther wird am morgigen Donnerstag vor den Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags geladen. Die Parlamentarier erwarten vom ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der Kölner SPD Aufklärung über die Großspenden, die er in den Jahren 1994 bis 1999 von Unternehmen und Einzelpersonen entgegengenommen hat. Rüther wird ab 14 Uhr noch vor dem ehemaligen Schatzmeister Manfred Biciste vernommen. Dessen Anwalt Reinhard Birkenstock betonte gestern, sein Mandant habe bei der Herausgabe der so genannten Biciste-Liste an den SPD-Landesvorstand keinesfalls taktiert. "Uns ging es darum, den Personen, die auf der Liste stehen, ein faires Verfahren zu garantieren. Das ist uns durch unsere Sturheit jetzt gelungen", sagte Birkenstock. Der Untersuchungsausschuss beginnt um 11 Uhr mit den Einlassungen des Wirtschaftsprüfers Dieter G. Menger, den die Kölner SPD mit der Prüfung der Bücher beauftragt hatte. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Uhlenbruch und Gilges vor Verfahren

Der SPD-Landesvorstand will die Richtlinien für Parteispenden verschärfen.

VON HEINZ TUTT

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges und der langjährige Kölner Parteichef Kurt Uhlenbruch müssen schon am kommenden Montag damit rechnen, dass ihre Parteirechte wegen eines dann eingeleiteten SPD-Schiedsverfahrens ruhen werden. Der Schatzmeister des Landesbezirks, Axel Horstmann, bestätigte dies gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Uhlenbruch ist ein klarer Fall, da gehen wir von einem Verfahren aus." Und bei Gilges halte er dies nach den bisherigen Erkenntnissen ebenfalls für möglich.

Neben Manfred Biciste und Norbert Rüter müssten, so Horstmann, auch die Empfänger von illegalen Spendenbelegen mit Schadensersatzforderungen der Partei rechnen. Die Entgegennahme ohne tatsächliche Spende verstoße gegen geltendes Recht und habe der SPD zudem auch finanziellen Schaden zugefügt. Bislang habe die Bundespartei aber erst gegen Rüter und Biciste Schadensersatzforderungen angemeldet. "Die genaue Höhe können wir noch nicht beziffern", sagte er.

Der illegalen Spendenpraxis will Horstmann mit einem Bündel von Maßnahmen einen Riegel vorschieben. Bereits am Montag soll eine entsprechende Richtlinie vom Landesvorstand verabschiedet werden. Danach dürfen pro Person und Jahr Barspenden den Betrag von 500 Euro nicht übersteigen. Die Schatzmeister der SPD-Gliederungen müssen den jeweiligen Vorständen Rechenschaft über jede Spende geben. Spendenquittungen werden künftig nur noch vom Landesbezirk ausgestellt. Horstmann: "Mit diesen Maßnahmen sind illegale Handlungen zwar nicht auszuschließen, sie werden aber wesentlich erschwert." Zudem will der Landesschatzmeister die Parteimitglieder in einem Merkblatt darüber unterrichten, wie Spenden korrekt abgerechnet werden müssen. Dazu gehöre beispielsweise die Ein- und Ausbuchung bei der Parteikasse. Für Sachspenden oder geldwerte Leistungen, die einige Kölner Genossen als Spende gewertet und dafür Quittungen entgegengenommen hätten, würden strenge Vorschriften gelten. Erst wenn der Parteivorstand diese Art der Spende genehmige, dürfe ein Beleg ausgestellt werden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.04.2002

Rüttgers kritisiert Schartau

Ausweichend antwortete der CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers in Düsseldorf auf die Frage, ob es denn vereinbar sei, dass die Anwaltskanzlei des Chefs der CDU-Ratsfraktion in Köln, Rolf Bietmann, den Entsorgungskonzern Trienekens beraten habe.

Der SPD machte der Oppositionspolitiker im Düsseldorfer Landtag den Vorwurf, sie rede zwar von Aufklärung ihrer Spendenskandale, unternehme aber nicht wirklich etwas in diese Richtung. Die Öffentlichkeit werde getäuscht. Dem SPD-Landesvorsitzenden Harald Schartau müsste eigentlich seit dem 4. März die Liste der gefälschten Spendenquittungen der Kölner SPD bekannt sein, sagte Rüttgers unter Hinweis auf eine Erklärung des Rechtsanwalts Birkenstock. Dieser hatte im Fernsehen erklärt, der SPD sei am 4. März ein Papier vorgelegt worden, "in dem jede einzelne Spendenquittung mit Datum und Quittungsbetrag aufgeführt worden ist." (gmw)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 11.04.2002

Lüttgen wird nicht antreten

SPD-Ratsfraktion beriet vier Stunden über die Folgen des Spendenskandals

Nach Lüttgens und Herterichs Absagen scheint der Weg frei für einen Generationswechsel in der Fraktionsspitze.

VON PETER BERGER

Fast vier Stunden beriet gestern Abend die SPD-Ratsfraktion über die Folgen des Spendenskandals. Vier Stunden, in denen es vor allem um eine Frage ging: Muss es nach den Rücktritten von Norbert Rüter und Manfred Biciste weitere personelle Konsequenzen geben? Eine Frage, die gestern noch keiner zu beantworten wusste. Eines steht aber fest: Fraktionsvize Heinz Lüttgen steht für den Vorsitz nicht zur Verfügung. Er verspüre "keine Lust mehr, länger die Frontsaut zu spielen", hieß es nach der Sitzung. Damit scheint der Weg frei für einen Generationswechsel in der Fraktionsspitze, denn auch Geschäftsführerin Marlis Herterich hatte bereits ausgeschlossen, die Führungsposition anzustreben. Einstimmig beschloss die Fraktion, alle Personalentscheidungen erst dann zu treffen, wenn der Bericht der Schmutz-Kommission vorliegt und mögliche Parteiordnungsverfahren abgeschlossen sind.

Die Schlüsselfiguren des SPD-Finanzskandals sollen heute in Berlin vor dem Spendenuntersuchungsausschuss des Bundestags Rede und Antwort stehen. Doch auf Einlassungen des Ex-Fraktionschefs Rüter werden die Parlamentarier vergeblich warten. Rüter wird von seinem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch machen, wie er dem SPD-Sprecher im Ausschuss Frank Hofmann mitteilen ließ. Biciste will dagegen Fragen in wie er dem SPD-Sprecher im Ausschuss, Frank Hofmann, mitteilen ließ. Biciste will dagegen Fragen in nichtöffentlicher Sitzung beantworten.

Der politische Streit um die Biciste-Liste ging auch gestern weiter. Bicistes Anwalt Reinhard Birkenstock hat sie

gestern dem SPD-Anwalt Helmut Neumann in Kopie zugesandt. Birkenstock geht davon aus, dass alle Quittungsempfänger, die Selbstanzeige bei den Finanzbehörden erstattet haben, wegen Steuer- verkürzung nicht bestraft werden können. Biciste habe bereits am 4. März für alle SPD-Mitglieder, die mit seiner Spendenpraxis in Verbindung waren, eine allgemeine Selbstanzeige gestellt. Birkenstock glaubt, dass die auf der "sicheren Seite" sind, "die die allgemeine Selbstanzeige auf sich bezogen und rechtzeitig konkretisiert" haben.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler, die auch auf der Biciste-Liste steht, sprach gestern von einem "unerträglichen Schmierentheater in der SPD". Sie sei auf Anweisung von Biciste mit einer gefälschten Quittung betrogen worden und verwehre sich dagegen, vom Vorstand der NRW-SPD mit Korruption und Spendensumpf in Verbindung gebracht zu werden. (mit dpa/ddp)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 12.04.2002

KOMMENTAR

Müntefering unglaublich

Von der Anhörung des Ex-Fraktionsvorsitzenden der Kölner SPD, Norbert Rüter, und des früheren Schatzmeisters Manfred Biciste vor dem Spenden-Untersuchungsausschuss in Berlin hatte niemand wirklich neue Erkenntnisse erwartet. Die Überraschung kam aus einer ganz anderen Ecke: Die Aussage des von der Bundespartei beauftragten Wirtschaftsprüfers machte deutlich, dass es mit dem Aufklärungswillen der SPD nicht weit her ist. Es ist schwer, sich vorzustellen, dass die Bundesgeschäftsstelle die aus seinem Prüfbericht zu erschließenden Namen der Beschuldigten auf der Biciste-Liste nicht sofort ermittelt hat.

In hohem Maße wirkt es unglaublich, dass in einer Zeit, in der täglich Parteimitglieder und Journalisten nach neuen Erkenntnissen lechzen, sich ausgerechnet SPD-Generalsekretär Müntefering eine Woche lang nicht über die Ergebnisse des Abschlussberichts informieren lässt. Da klagt die CDU zu Recht, Müntefering habe den Ausschuss und die Öffentlichkeit mit seiner "Ahnungslosigkeit" belogen. Die SPD hat eine Chance vertan, es besser als die CDU zu machen.

RUDOLF KREITZ

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.04.2002

Michelfelder bleibt in U-Haft

Der in den Korruptionsskandal um die Müllverbrennungsanlage verwickelte frühere Manager Sigfried Michelfelder bleibt vorerst in Untersuchungshaft. Nach einem siebeneinhalbstündigen Verhör bei der Staatsanwaltschaft wurde der 61-jährige Ex-Chef des Anlagenbauers Steinmüller gestern mit dem Bus zurück in die Justizvollzugsanstalt Ossendorf gebracht. In dem Gespräch hat Michelfelder offenbar so weit ausgesagt, dass die Staatsanwaltschaft keine Fragen mehr hat. "Die Vernehmung wird nicht mehr fortgesetzt", sagte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Über Einzelheiten wollte sie sich nicht äußern. Sollte Michelfelder einen Antrag auf Haftverschonung stellen, könnte der Haftrichter wahrscheinlich in der kommenden Woche darüber entscheiden.

Als Geschäftsführer der Firma Steinmüller, des Generalunternehmers für den Bau der Müllverbrennungsanlage in Niehl, soll Michelfelder umgerechnet mehr als 14,5 Millionen Euro Schmiergelder am Finanzamt vorbei in die Schweiz geschleust haben. Mehrere Millionen Euro sollen an den früheren Chef der Abfallentsorgungsgesellschaft Köln (AVG), Ulrich Eisermann, gezahlt worden sein. Der AVG gehört die Müllverbrennungsanlage. Eisermann, der ebenfalls in Untersuchungshaft sitzt, hat bislang zu den Vorwürfen geschwiegen. (adm)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.04.2002

SPD-Schatzmeister Börschel: Wir sind doch keine Hobby-Detektive

Die Aufregung um die Spenderliste des Wirtschaftsprüfers sei unbegründet - Ungereimtheiten im Rechenschaftsbericht

Die schwarze Kasse der Fraktion hat nichts zu tun mit dem Spenden-Skandal.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Nein, er könne "die Aufregung um den Bericht des Wirtschaftsprüfers Dieter Menger so nicht verstehen", sagte der Kölner SPD-Schatzmeister Martin Börschel am Freitag im Redaktionsgespräch beim "Kölner Stadt-Anzeiger". "Was uns angeht, haben wir immer mit offenen Karten gespielt." Der Bericht, der am 14. März an die Bundespartei und die Aufklärungskommission der Landes-SPD geschickt worden war, lässt auf einen Großteil der Namen auf der Biciste-Liste schließen; jener SPD-Mitglieder also, die dem früheren Schatzmeister Manfred Biciste bei der Verschleierung von Großspenden geholfen haben sollen, indem sie falsche Spendenbelege entgegengenommen haben.

Eine Woche nach Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier, am 22. März genau, habe dann auch der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott den Prüfbericht "vertraulich" mittels Einschreiben erhalten, sagte Börschel. Der Eindruck, Ott habe Informationen "bewusst zurückhalten wollen", sei zu Unrecht entstanden. Menger habe am Freitag erneut bestätigt, dass seine anhand von unvollständigen Papieren erstellte Auflistung nicht mit der Biciste-Liste übereinstimme und Fragen nach der Rechtmäßigkeit von Spenden-Quittungen offen lasse; die Originalakten hat die Kölner SPD der Staatsanwaltschaft übergeben. Börschel: "Wir haben von Anfang an betont: Wir vertrauen keiner Liste pauschal, sondern werden erst mit den Leuten sprechen, bevor wir ihre Namen nennen."

Am Tag zuvor war SPD-Generalsekretär Franz Müntefering im Untersuchungsausschuss des Bundestages wegen des Prüfberichts in die Kritik geraten. Er hatte den Bericht in seiner Anhörung am 21. März nicht erwähnt. "Ich bin nicht in der Lage und willens, Statements für Herrn Müntefering abzugeben", so Börschel. Ohnehin sieht der 29-jährige Rechtsanwalt "Jochen Ott und mich überrollt von Ereignissen, die zum Teil kriminellen Charakter haben". Mittlerweile spielten sich die Folgen der Spendenaffäre "in einer Liga ab, in der wir als Ehrenamtliche nicht mithalten können. Wir sind doch keine Hobby-Detektive."

Unterdessen sind in den Rechenschaftsberichten der Kölner SPD weitere Ungereimtheiten aufgetaucht. Zwischen 1994 und 1999 seien rund 255 000 Euro weniger Einnahmen ausgewiesen worden, als die Partei tatsächlich gehabt habe, bestätigte Börschel. Der Kölner Wirtschaftsprüfer und die Revisoren der Bundespartei suchten derzeit nach der Ursache der Differenz. Die schwarze Kasse der SPD-Ratsfraktion über 125 000 Euro ist nach Ansicht von Oberbürgermeister Fritz Schramma kein Fall für den Staatsanwalt. Bis auf eine legale Spende habe es nach 1988 keine Einzahlung mehr gegeben, sagte Schramma.

Martin Börschel

Martin Börschel

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 15.04.2002

Viele SPD-Politiker vor Parteiverfahren Schmude-Kommission hat Gespräche mit Quittungsempfängern abgeschlossen

Im Spendenskandal setzt sich SPD-Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier gegen Vorwürfe zur Wehr.

VON PETER BERGER UND HEINZ TUTT

Köln/Düsseldorf/Berlin - Nach Angaben des Kölner SPD-Parteichefs Jochen Ott hat die parteiinterne Untersuchungskommission unter Leitung des ehemaligen Bundesjustizministers Jürgen Schmude den Großteil der Gespräche mit Empfängern fingierter Spendenquittungen abgeschlossen. Die Einzelberichte lägen dem SPD-Landesvorsitzenden Harald Schartau vor. Der NRW-Landesvorstand wird heute über die Konsequenzen beraten.

Schartau betonte, man sei jetzt in der Lage, die Zahl der Mitglieder, die zu Unrecht Quittungen erhalten hätten, genau festzulegen. "Wir rechnen fest damit, dass auf eine ganze Reihe von Funktionsträgern Parteiordnungsverfahren zukommen", sagte SPD-Parteichef Ott dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Bislang hat die SPD gegen die Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc-Jan Eumann sowie den Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges entsprechende Verfahren eingeleitet.

Bundeskanzler Gerhard Schröder befürchtet keine Folgen der Kölner Affäre auf den Bundestagswahlkampf. Er betonte nach einer Klausurtagung der Landespartei in Gelsenkirchen, die NRW-SPD habe im Gegensatz zu anderen Parteien "schnell und konsequent" aufgeklärt.

Genau das bestreitet Reinhard Birkenstock, Anwalt des früheren Kölner SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste. Er habe die Biciste-Liste mit den 42 Namen der Quittungsempfänger "wie Sauerbier angeboten", sagte er dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Seine zahlreichen Briefe an die mit der Aufklärung der Affäre Beauftragten seien jedoch über Wochen ohne Antwort geblieben: "Da haben einfach zu viele mitgemischt", so Birkenstock. "Man hätte irgendwo einen Schreibtisch mit einem Koordinator hinstellen sollen."

Die SPD-Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier setzte sich gegen die neuen Vorwürfe zur Wehr. "Absoluter Unsinn" sei die Behauptung Birkenstocks, sie habe Generalsekretär Franz Müntefering bewusst eine Liste mit den Spendernamen verheimlicht. Bisher hatte Müntefering bestritten, bei seiner Aussage vor dem Spenden-Untersuchungsausschuss am 21. März von der Liste gewusst zu haben. Die Liste war im Auftrag der Kölner SPD erstellt worden. (mit dpa)

Kommentar Seite 4

Politik Seite 5

Land/Region Seite 8

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 15.04.2002

"Kein Blick in die Liste"

Erklärung Münteferings und Wettig-Danielmeiers

Am Wochenende wurde der Eindruck korrigiert, die Schatzmeisterin habe dem Generalsekretär Informationen vorenthalten.

VON HORST WILLI SCHORS

Berlin - SPD-Generalsekretär Franz Müntefering wusste bereits vor seinem Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages, dass sich eine Liste mit den Namen der möglichen Empfänger von Spendenquittungen in der Berliner SPD-Bundesgeschäftsstelle befand. Er hatte aber nach eigenen Angaben darauf verzichtet, in diese Liste Einblick zu nehmen, weil sie von der Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier, Vertretern des NRW-Landesvorstandes und des Unterbezirks als "nicht belastbar" eingestuft worden war. Dies geht aus einer gemeinsamen Presseerklärung von Franz Müntefering und Inge Wettig-Danielmeier vom Sonntag hervor.

Bisher war der Eindruck erweckt worden, die Schatzmeisterin habe dem Generalsekretär die Liste vorenthalten. Dafür hatte es aus Kreisen der SPD scharfe Kritik gegeben.

Nun ist klar, dass der Bericht von Wirtschaftsprüfer Menger vom 14. März in Berlin bereits seit einigen Tagen vorlag, als Müntefering am 21. März dem Untersuchungsausschuss erklärte, er kenne die Liste nicht. Dies sei auch die Wahrheit gewesen, erklären Müntefering und Wettig-Danielmeier nun. Müntefering habe zwar von der Existenz dieses Berichtes gewusst, aber bei der Schatzmeisterin "keine Details" angefordert. Der Bericht sei zu diesem Zeitpunkt lediglich - mit dem Wissen von Münteferings Büro - an die Innenrevision der Partei und an die Schmutz-Kommission weitergeleitet worden. "Es gab keinen Anlass, diesen Bericht dem Generalsekretär gesondert zuzustellen."

Auch jetzt noch hält man in der Berliner SPD-Zentrale dieses Vorgehen für richtig. Die Arbeitsteilung zwischen Schatzmeisterin und Landes-SPD, die für den operativen Teil der Aufklärung zuständig waren, und dem Generalsekretär sei richtig gewesen. Das sehe man auch heute noch so, sagte ein SPD-Sprecher dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

Wettig-Danielmeier erklärte, die ganze Angelegenheit sei "unglücklich gelaufen", sie habe den Bericht aber nicht gegenüber Müntefering verheimlicht. Müntefering erneuerte seine Aussage, er habe bei seiner Aussage vor dem Ausschuss nicht "verbindlich" gewusst, wem die jeweiligen Spendenquittungen namentlich zuzuordnen waren.

Heide Simonis

BILD: DPA

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 16.04.2002

TAGESTHEMA / Düsseldorfer Bekenntnisse, Berliner Irritationen: Der SPD-Spendenskandal / INFO-KASTEN

Verfahrensschritte

Ratsmitglieder oder Mandatsträger im Land- oder Bundestag können ihre Aufgaben in der jeweiligen SPD-Fraktion auch dann praktisch ohne Einschränkung fortsetzen, wenn die Partei gegen sie Sanktionen eingeleitet hat. Sie dürfen also weiterhin abstimmen, an Arbeitskreisen teilnehmen und in Ausschüssen Entscheidungen vorbereiten. Wie ein Sprecher der NRW-SPD erläuterte, haben die parteiinternen Bestimmungen keine Auswirkungen für die Arbeit der Fraktionen und der vom Volk gewählten Mandatsträger. Es sei der jeweiligen Fraktion allerdings freigestellt, etwa nach einem SPD-Parteiausschluss eines Mandatsträgers diesen eigenständig aus der Fraktion auszuschließen.

Eine "**Sofortmaßnahme**", die der Landesvorstand jetzt gegen Kölner Mandatsträger angeordnet hat, entfaltet also lediglich innerparteiliche Wirkung. Sie besagt, dass die Rechte der Mitglieder für längstens drei Monate ruhen. Die Betroffenen können also beispielsweise ihre Parteiämter nicht ausführen und verlieren für diese Zeit das aktive und passive Wahlrecht innerhalb der SPD. Grundsätzlich wird eine Sofortmaßnahme nur in solchen Fällen angewandt, in denen eine schwere Schädigung der Partei eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.

Die **Sofortmaßnahme** bewirkt ebenfalls, dass automatisch ein Parteiordnungsverfahren vor einer der drei Schiedskommissionen der Landes-SPD eingeleitet wird. Falls das Schiedsgericht nach Anhörung des Betroffenen ein Fehlverhalten feststellt, sind als Sanktionen Rüge, zeitweilige Aberkennung des Rechts zur

Bekleidung von einer oder aller Funktionen bis zu drei Jahren, zeitweiliges Ruhen aller Mitgliedschaftsrechte bis zu drei Jahren oder Ausschluss aus der Partei vorgesehen. tu

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 16.04.2002

TAGESTHEMA / Düsseldorfer Bekenntnisse, Berliner Irritationen: Der SPD-Spendenskandal

Eine Präsidiumssitzung mit offenen Fragen

Kein Zweifel an Korrektheit. Gerhard Schröder stärkt dem SPD-Generalsekretär den Rücken.

VON JOCHEN LORECK

Berlin - Angesichts einer Vielzahl von Ungereimtheiten um die Spendenaffäre der Kölner SPD sieht sich die sozialdemokratische Parteispitze in Berlin weiterhin unter erheblichem Rechtfertigungsdruck. Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte seinem ins Zwielficht geratenen SPD-Generalsekretär Franz Müntefering gestern eine Ehrenerklärung aus: Er habe keinen Anlass, an der Korrektheit von Münteferings Aussagen vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss vom 21. März zu zweifeln, versicherte Schröder im Anschluss an die Präsidiumssitzung seiner Partei. Zuvor war bereits SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier dem Eindruck entgegengetreten, zwischen ihren früheren Aussagen und denen Münteferings bestünden Differenzen.

Von Zeiten und Namen

Im Kern geht es dabei um den Abschlussbericht des Wirtschaftsprüfers Dieter Menger über die Kölner Affäre, den dieser am 14. März an Inge Wettig-Danielmeier geschickt hatte. Menger ist es nach eigenen Angaben weitgehend gelungen, die vom damaligen Kölner SPD-Kassierer Manfred Biciste aufgelistete "Spendensünder"-Kartei zu "ent-anonymisieren". Auf 41 "Klar-Namen" ist Menger bei seinen Recherchen gestoßen. Dessen ungeachtet erklärte Müntefering knapp eine Woche später vor dem Untersuchungsausschuss, er kenne weder die "Biciste-Liste", noch könne er Angaben über den Personenkreis der Belasteten machen.

Inge Wettig-Danielmeier erklärte nun, die zunächst nur der Steuerfahndung bekannte "Biciste-Liste" sei dem SPD-Vorstand erst seit vergangenem Mittwoch bekannt. Der Menger-Bericht habe nur ihr vorgelegen.

Müntefering habe von dessen Existenz zum Zeitpunkt seiner Aussage am 21. März nur allgemein Kenntnis gehabt. Insofern sei dem SPD-Generalsekretär eine Falschaussage keineswegs vorzuwerfen.

Die mit der Aufklärung der Spendenaffäre befassten Personen knüpften daran eine Reihe von Fragen: Sollte Müntefering freiwillig auf Erkenntnisse verzichten haben, die im Ausschuss unweigerlich zur Sprache kommen mussten? Wie lässt sich dies mit dem Grundsatz vereinbaren, nicht nur wahrheitsgemäß, sondern vollständig auszusagen? Ohne weiteres hätte Müntefering doch sagen können, er wisse von einem Zwischenbericht, dessen Richtigkeit noch nicht in allen Details feststünde.

Inge Wettig-Danielmeier ihrerseits spielt die Bedeutung des Menger-Berichts herunter, indem sie behauptet, einige Angaben darin ließen erkennen, dass der Wirtschaftsprüfer kein Experte für Parteifinzen sei. Dessen Auflistungen seien schon deshalb mit Vorsicht zu genießen. Daraus ergibt sich wiederum zwingend die Frage: Warum wurde dann ausgerechnet Dieter Menger damit beauftragt, die Kölner SPD zu "durchleuchten"?

Und in der Mitte der Kanzler: der SPD-Parteivorsitzende Gerhard Schröder mit seiner Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier und seinem Generalsekretär Franz Müntefering. BILD:RTR

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
BL 16.04.2002

TAGESTHEMA / Düsseldorfer Bekenntnisse, Berliner Irritationen: Der SPD-Spendenskandal

B i N t

Beim Namen genannt

Vier prominente Kölner SPD-Politiker müssen sich neben anderen dem internen Parteigericht stellen.

VON HEINZ TUTT

Düsseldorf - Es fiel dem nordrhein-westfälischen SPD-Parteichef Harald Schartau nicht leicht, als er am Montagabend den Namen des Kölner Ehrenbürgers und langjährigen Oberbürgermeister Norbert Burger nannte. Auch er ist in den Kölner Spendensumpf so tief verstrickt, dass ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn

eingeleitet werden muss. Prominente wie die Kölner Bürgermeisterin Renate Canisius, der Fraktionsvize im Stadtrat Heinz Lüttgen und der Ex-SPD-Chef von Köln, Kurt Uhlenbruch, müssen sich ebenfalls vor dem Parteigericht verantworten.

Bis zum 4. Mai will Schartau das Kapitel Kölner Spendenaffäre weitgehend abgeschlossen haben. Dann wird er weitere Personen nennen, die sich der internen Parteigerichtsbarkeit stellen müssen. Schon jetzt zeichne sich ein filigranes Bild von Abhängigkeiten ab, die dazu geführt hätten, dass über Jahre Geld gewaschen und in die Kölner Parteikasse geflossen sei.

Bereits vor Wochen hatte der Landesvorstand beschlossen, dass der Landtagsabgeordnete Jan Marc Eumann, seine Kollegin Annelie Kever-Henseler und der Bundestagskandidat Werner Jung sich der SPD-Schiedskommission stellen müssen. Bislang sei das Parteigericht jedoch noch in keinem Fall zusammengetreten, räumte Schartau ein. Seit gestern müssen sich zudem Ex-Ratsmitglied Michael Allmer, der frühere Kämmerer Jörg-Michael Gleitze, Ratsfrau Christa Becker, ihr Kollege Karl-Heinz Schmalzgrüber, Ex-Bundestagsabgeordneter Erich Henke, Rainer Hammelrath, Bettina Lob-Preis und Anni Schulz-Krause der Kommission stellen.

Neun Personen, darunter der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges, haben laut Schartau trotz schriftlicher Aufforderung eine Stellungnahme verweigert. "Wir haben ihnen eine Frist bis zum 17. April gesetzt. Wenn sie nicht reagieren, wird automatisch ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet." In sieben Fällen hat die Schmutde-Kommission bisher nicht entschieden, ob ebenfalls das Parteigericht eingeschaltet werden muss. "Bis zum 4. Mai wissen wir auch hier Bescheid", sagte Schartau. In einem Fall braucht die Schmutde-Kommission nicht mehr zu ermitteln, weil der Quittungsempfänger inzwischen verstorben ist.

Trotz anfänglichen Verdachts konnte in fünf Fällen festgestellt werden, dass fünf Betroffene im Umgang mit Spendenquittungen korrekt gehandelt hatten. Hierzu gehört die Kölner Beigeordnete Ursula Christiansen, Flughafenchef Wolfgang Klapdor, zwei Töchter des Ratsmitglieds Schmalzgrüber sowie Martin Theison. Letzterem war quasi eine Spende abgenötigt worden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 16.04.2002

KOMMENTAR / SPD-FRAKTION

Unter Druck

Der Kölner SPD-Vorstand und die in die Spendenaffäre verwickelten Ratspolitiker nehmen sich noch einmal Zeit zum Nachdenken. Sie berufen sich zu Recht darauf, dass bis zum Abschluss der Ordnungsverfahren die Unschuldsumutung zu gelten hat.

Indes werden die Parteistrategen bei ihren Überlegungen für Wiederaufbau nicht übersehen können, dass der Druck besonders auf den Fraktionsvize Heinz Lüttgen und die Bürgermeisterin Renate Canisius seit gestern zugenommen hat. Beide haben sie eine herausragende Stellung, und beide haben sie die erste Instanz, die Schmutde-Kommission also, mit ihren Argumenten nicht restlos überzeugt. Ansonsten hätte der Landesvorstand wie in anderen Fällen von einem Verfahren abgesehen.

Ohnehin ist mit dem parteiinternen Schiedsspruch das letzte Wort nicht gesprochen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen 38 SPD-Mitglieder wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, der Untreue und der Beihilfe zum Betrug. Wie viel Wert hat ein Freispruch der Partei, falls die Justiz zu einem anderen Ergebnis kommt?

ANDREAS DAMM

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 16.04.2002

Fraktionsvize Lüttgen bleibt im Amt

Die Einleitung von 13 Parteiverfahren hat für die SPD-Fraktion vorerst keine personellen Konsequenzen.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Der Kölner SPD-Chef Jochen Ott und Parteikassierer Martin Börschel haben sich gegen eine Vorverurteilung jener 13 Genossen ausgesprochen, gegen die der Landesvorstand im Zusammenhang mit dem Spendenskandal gestern Parteiordnungsverfahren beschlossen hat. "Die Grundlage für Entscheidungen müssen tatsächliche Vorgänge sein, nicht aber irgendwelche Listen", sagte Börschel dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Die Schmutde-Kommission habe festgestellt, dass einige Parteimitglieder von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste zur Vertuschung von Großspenden "missbraucht worden sind". Biciste habe "offensichtlich Leute in einen Topf geworfen, die es nicht verdient haben", sagte Börschel. "Es gibt auch Opfer." Die SPD-Fraktion hatte in der Vorwoche beschlossen, den Nachfolger des zurückgetretenen Vorsitzenden Norbert Rüter erst dann zu wählen, wenn alle Verfahren abgeschlossen sind. Fraktionsvize Heinz Lüttgen soll die Fraktion bis dahin weiter kommissarisch leiten. Lüttgen muss sich wegen der Annahme von Spendenquittungen im Gesamtwert von knapp 12 300 Euro (24 000 Mark) vor der Schiedskommission der SPD verantworten. Der Landesvorstand habe "deutlich gemacht, dass bis zum Abschluss der Verfahren die Mitglieder

der Ratsfraktion uneingeschränkt ihr Mandat ausüben können, wie dies auch die Landtagsabgeordneten tun." Nach der Vorstandssitzung in Düsseldorf hatten sich Ott, Börschel, Herterich und Lüttgen in dessen Büro in der Innenstadt zu einem kurzen Gespräch über die Fraktion getroffen. Nach derzeitigem Stand wird die Partei mindestens gegen drei weitere Ratsmitglieder Verfahren einleiten, die mit einem Freispruch, einer Rüge, einem befristeten Funktionsverbot oder dem Parteiausschluss enden können: Karl-Heinz Schmalzgrüber soll Belege über 14 800 Euro (29 000 Mark) erhalten haben, Bürgermeisterin Renate Canisius und Christa Becker jeweils Belege über knapp 3100 Euro (6000 Mark). SPD-Landeschef Harald Schartau wird dem Kölner Parteivorstand zu den Entscheidungen des Landesvorstands heute Rede und Antwort stehen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 17.04.2002

Ein Drittel der Rats-SPD beteiligt ***Ex-Fraktionsmitglieder Allmer und Lob-Preis geben*** ***Parteibuch zurück***

Auch die stellvertretende Fraktionschefin Dörte Gerstenberg ist in den Spendenskandal verwickelt.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Die SPD muss damit rechnen, dass sich weitere Mitglieder der Ratsfraktion in einem Parteiordnungsverfahren über ihre Rolle in der Spendenaffäre rechtfertigen müssen. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" war nahezu ein Drittel aller 29 Ratsmitglieder, ob wissend oder unwissend, an der Vertuschung illegaler Großspenden beteiligt. Wie gestern bekannt wurde, sollen auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dörte Gerstenberg, Alice Gneipelt und Josef Jansen mit der Schmutz-Kommission in Verbindung stehen. Gegen den Fraktionsvize Heinz Lüttgen, Bürgermeisterin Renate Canisius, Karl-Heinz Schmalzgrüber und Christa Becker hatte der SPD-Landesvorstand am Montag Parteiordnungsverfahren beschlossen. Ex-Fraktionschef Norbert Rütter und der ehemalige Schatzmeister und Fraktionsvize Manfred Biciste hatten als Schlüsselfiguren des Skandals schon Anfang März alle Ämter niedergelegt und waren aus der Partei ausgetreten. Demnach ist nicht ein einziges Mitglied des Fraktionsvorstands unbelastet.

Zu Einzelheiten wollten sich Gerstenberg und Gneipelt nicht äußern. "Ich habe meine Erklärung vor der Schmutz-Kommission abgegeben. Bevor das Verfahren nicht beendet ist, sage ich dazu nichts", so Gerstenberg. Ähnlich fiel die Antwort von Gneipelt aus: "Das ist eine persönliche, vertrauliche Angelegenheit." Ratsherr Jansen war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Unterdessen hat Peter Canisius, der Ehemann von Bürgermeisterin Renate Canisius, SPD-Landeschef Harald Schartau aufgefordert, gegen ihn ein Parteiverfahren einzuleiten. Seine Frau habe ihm die "ihr vom Unterbezirk Köln der SPD in betrügerischer Absicht untergeschobenen falschen Zuwendungsbestätigungen ohne weitere Prüfung" gegeben. Er habe sämtliche Bescheinigungen über Spenden und Mitgliedsbeiträge an die Steuerberaterin weitergeleitet. Eine im Jahr 1998 entstandene Steuerersparnis von "etwa 380 Euro plus Zinsen" habe er dem Finanzamt bereits erstattet. Deshalb sei kein Straftatbestand mehr gegeben.

Die Parteiordnungsverfahren können mit Freispruch, Rüge, befristetem Funktionsverbot und Ausschluss enden. SPD-Parteichef Jochen Ott betonte gestern in einer Erklärung: "Ich persönlich bin der Meinung, dass man aus der Kirche und der Partei nicht ausgeschlossen werden kann." Damit wolle er aber nicht den Urteilen der Schiedskommission vorgehen. Einem solchen Schiedsspruch sind die Ex-Ratsmitglieder Bettina Lob-Preis und Michael Allmer aus dem Weg gegangen. Sie erklärten gestern ihren Austritt. In der SPD-Zentrale gehen nach

g g g g g

wie vor serienweise Briefe enttäuschter Sozialdemokraten mit Austrittserklärungen ein. Der Unterbezirksvorstand musste bis gestern 265 Abgänge zur Kenntnis nehmen. Dem stehen 37 neue Mitglieder gegenüber.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 18.04.2002

Der Spendenskandal der Kölner SPD **Quittungsempfänger wurden nach und** **nach bekannt**

Die Kölner SPD kennt die Biciste-Liste mit den 42 Namen immer noch nicht. Dabei sind fast alle Genossen, die in die Affäre verstrickt sein sollen, nach und nach bekannt geworden: durch Selbstanzeigen beim Finanzamt, den SPD-Wirtschaftsprüfer oder eigene Angaben. Ein

Überblick.

Michael Allmer , Ex-Fraktionsvize im Rat, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Er kam einem Parteiordnungsverfahren zuvor, trat aus der SPD aus. Als Strafrichter am Amtsgericht hat er sich in eine andere Abteilung versetzen lassen.

Christa Becker , Mitglied der Ratsfraktion, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Sie steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Manfred Biciste , ehemaliger Schatzmeister und ehemaliger Fraktionsvize im Rat, gab Parteikollegen gefälschte Spendenquittungen, um die Herkunft der Großspenden zu vertuschen. Er hat alle Ämter niedergelegt und ist aus der SPD ausgetreten.

Norbert Burger , Ex-Oberbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Köln, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Arno Carstensen , früherer Geschäftsführer der Kölner SPD, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Er ist aus der SPD ausgetreten.

Renate Canisius , Bürgermeisterin, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Ursula Christiansen , Gesundheitsdezernentin, hat eine gefälschte Spendenquittung erhalten und diese "sofort weggeworfen". Von der Schmutde-Kommission entlastet.

Anita Cromme , ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende, soll eine gefälschte Spendenquittung erhalten haben. Über das weitere Vorgehen hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Marc Jan Eumann , Landtagsabgeordneter, soll beim Finanzamt eine gefälschte Spendenquittung eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Annemarie Frage-Münc , Ex-Vorstandsmitglied, soll gefälschte Spendenquittungen erhalten haben. Über das weitere Verfahren hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Dörte Gerstenberg , stellv. Vorsitzende der Ratsfraktion, soll eine gefälschte Spendenquittung erhalten haben und hat sich vor der Schmutde-Kommission geäußert. Über das weitere Verfahren hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Konrad Gilges , Bundestagsabgeordneter, soll drei gefälschte Spendenquittungen erhalten haben. Seine vorsorglich erstattete Selbstanzeige hat er zurückgezogen, vor der Schmutde-Kommission hat er sich noch nicht geäußert.

Jörg-Michael Gleitze , früherer Kämmerer und Ex-Geschäftsführer der Messe, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Alice Gneipelt , Mitglied der Ratsfraktion, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Über das weitere Verfahren hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Rainer Hammelrath , Direktor des Landesverbandes der Volkshochschulen, soll gefälschte Spendenquittungen erhalten haben. Der Landesvorstand hat ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet.

Erich Henke , Ex-Bundestagsabgeordneter und Kölner Parteivorsitzender, soll eine Spendenquittung erhalten haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Josef Jansen , Mitglied der Ratsfraktion, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Über das weitere Vorgehen hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Werner Jung , Bundestagskandidat und Ex-Vorstandsmitglied der Kölner SPD, soll beim Finanzamt eine gefälschte Spendenquittung eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Anni K., ihr Ehemann **Peter** sowie **Gerhard R.** , alle Mitglied im SPD-Ortsverein Klettenberg, haben nach eigenen Angaben vorsorglich Selbstanzeige beim Finanzamt erstattet. Mehr ist nicht bekannt.

Annelie-Kever Henseler , Landtagsabgeordnete, soll beim Finanzamt gefälschte Belege eingereicht haben. Vor der Schmutde-Kommission will sie sich nicht äußern, ein Parteiordnungsverfahren gegen sie ist eingeleitet.

Wolfgang Klapdor , Flughafen-Geschäftsführer, soll eine gefälschte Spendenquittung erhalten haben. Von der Schmutde-Kommission wurde er entlastet.

Toni Klefisch , Ex-Schriftführer im Parteivorstand, soll beim Finanzamt Selbstanzeige erstattet haben. Über das weitere Verfahren hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Detlef Krupp , früherer Leiter des Liegenschaftsamtes und Bürochef des Ex-Oberstadtdirektors Klaus Heugel, soll eine gefälschte Spendenquittung erhalten haben. Über das weitere Vorgehen hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Margrieth Legies-Decker , Buchhalterin der Kölner SPD, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Bettina Lob-Preis , Kandidatin der Reserveliste für den Rat, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Sie ist aus der SPD ausgetreten, nachdem ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet worden war.

Heinz Lüttgen , stellvertretender Vorsitzender der Ratsfraktion, soll beim Finanzamt gefälschte Quittungen eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren. Er lässt sein Ratsmandat bis zu dessen Abschluss ruhen.

Jürgen Noppel , ehemaliger SPD-Ratsherr und jetziger Vorstandschef der Wohnungsgesellschaft Grund und Boden, soll eine gefälschte Spendenquittung erhalten haben. Über das weitere Vorgehen hat der

Landesvorstand noch nicht entschieden.

Karl-Heinz Pütz, Ex-Ratsherr und ehemaliger Organisator des Ringfestes, soll eine Spendenquittung erhalten haben. Über das weitere Verfahren hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Norbert Rüther, Ex-Fraktionschef der Rats-SPD und Ex-Landtagsabgeordneter, sammelte nach eigenen Angaben "Dankeschön-Spenden" von Firmen und gab diese zur Vertuschung an den damaligen Schatzmeister Manfred Biciste weiter. Rüther ist aus der SPD ausgetreten.

Karl-Heinz Schmalzgrüber, Ratsmitglied, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren. Seine beiden Töchter, die ebenfalls fingierte Belege erhalten haben sollen, wurden von der Schmutde-Kommission entlastet.

Gustav Adolf Schröder, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse, soll gefälschte Spendenquittungen erhalten haben. Seine vorsorglich erstattete Selbstanzeige hat er zurückgezogen, für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse ist die Angelegenheit erledigt. Über das Vorgehen hat der SPD-Landesvorstand noch nicht entschieden.

Maria Schu, frühere Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Klettenberg, soll eine gefälschte Spendenquittung erhalten haben. Über das weitere Vorgehen hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Anni Schulz-Krause, frühere stellvertretende Vorsitzende der Jusos, soll gefälschte Spendenquittungen erhalten haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Martin Theisohn, Bezirksvertreter in Kalk, soll gefälschte Spendenquittungen erhalten haben. Von der Schmutde-Kommission wurde er entlastet.

Kurt Uhlenbruch, Ex-Parteichef, gab zu, acht gefälschte Spendenquittungen eingereicht zu haben und steht vor einem Parteiordnungsverfahren.

Ulrike Volland, Ex-Fraktionsassistentin, soll beim Finanzamt gefälschte Spendenquittungen eingereicht haben. Über das weitere Vorgehen hat der Landesvorstand noch nicht entschieden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 18.04.2002

Der Spendenskandal der Kölner SPD Heinz Lüttgen lässt sein Ratsmandat ruhen

Die stellvertretende Vorsitzende Dörte Gerstenberg leitete gestern die Sitzung der SPD-Fraktion.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Der Spendenskandal hat weitere personelle Konsequenzen. Heinz Lüttgen, stellvertretender Vorsitzender der Ratsfraktion und seit dem Rücktritt Norbert Rüthers deren kommissarischer Leiter, lässt sein Mandat ruhen. Mit dieser Entscheidung reagiert Lüttgen auf den Beschluss des Landesvorstandes, gegen den 59-jährigen Kommunalpolitiker ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten. Lüttgen soll von dem früheren Schatzmeister Manfred Biciste über Jahre hinweg fingierte Spendenquittungen erhalten haben. Er hatte sich dazu vor der internen Aufklärungskommission geäußert, eine öffentliche Stellungnahme aber abgelehnt. Nach Bekanntwerden der systematischen Vertuschung von Großspenden innerhalb der SPD hatte Lüttgen gesagt, "ich stehe dem Ganzen fassungslos gegenüber".

In einer schriftlichen Erklärung an seine Fraktion, den Kölner Parteivorstand und den Landesvorstand wies der Finanzexperte auf seine Aufgabe an der Spitze der Fraktion hin. "Bis zur Klärung der Rechtslage durch die Schiedskommission ist angesichts dieser besonderen Situation nicht auszuschließen, dass ich in der Wahrnehmung meiner Führungsaufgaben durch dieses parteiinterne Verfahren beeinträchtigt werde oder beeinträchtigt erscheine. Beides ist zu vermeiden", heißt es in der Erklärung. Sein Entschluss verschaffe ihm zudem "den notwendigen Spielraum, mich unbelastet durch öffentliche Funktionen dem Schiedsverfahren zu stellen".

Lüttgen gehört dem Rat seit 1975 an. SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich sagte, er nehme sich angesichts des "enormen Drucks, der sich aufgebaut hat", seiner Gesundheit zuliebe eine Auszeit. "Er hat mir angesichts des enormen Drucks, der sich aufgebaut hat, seiner Gesundheit zuliebe eine Auszeit. Er hat mir persönlich versichert, dass das nicht der Einstieg in den Ausstieg ist." Die gestrige Fraktionssitzung leitete die stellvertretende Vorsitzende Dörte Gerstenberg. Auch sie hatte eine falsche Spendenbescheinigung erhalten und sich dazu vor der Schmutde-Kommission geäußert.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges soll sich heute vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss in Berlin äußern. Nach der Biciste-Liste soll er für 1997 eine Spendenquittung über 2000 Mark erhalten haben. Gilges hatte wiederholt betont, keine irregulären Quittungen erhalten zu haben, selbst wenn er auf der Liste stehe. Für drei weitere Spenden aus den Jahren 1999 und 2000 habe er nachweisen können, dass er die Beträge tatsächlich gezahlt habe.

Die Biciste-Liste sorgt für Misstöne zwischen SPD-Landesvorstand und Unterbezirk Köln. Landeschef Harald Schartau und Generalsekretär Groschek hätten ihre Zusage, die Liste an die Kölner weiterzugeben, nicht

eingehalten, sagte ein Mitglied des Parteivorstands. Man könne diese "Hinhaltetaktik" nicht nachvollziehen. Unterdessen empfiehlt der Kölner CDU-Parteichef Richard Blömer Bürgermeisterin Renate Canisius und den übrigen in die Affäre verwickelten SPD-Ratsmitgliedern, dem Beispiel Lüttgens zu folgen und die Ämter ruhen zu lassen: "Frau Canisius wäre gut beraten, wenn sie sich zunächst einmal aus dem aktiven politischen Geschäft zurückziehen würde."

Heinz Lüttgen erklärte gestern, er werde seine Parteiämter vorerst ruhen lassen. Der stellvertretende Fraktionsvize hatte nach dem Rücktritt von Norbert Rütther die Kölner SPD-Ratsfraktion kommissarisch geführt.

ARCHIVBILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 19.04.2002

Geschwärtzte Namen verärgern

Untersuchungsausschuss

Berlin - Im Parteispenden-Untersuchungsausschuss gibt es heftigen Unmut über SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier. Die SPD-Finanzchefin übergab dem Ausschuss eine Liste mit mutmaßlichen "Spendensündern" der Kölner Finanzaffäre, ließ darin aber 17 der insgesamt 41 Namen schwärzen. CDU-Obmann Andreas Schmidt sprach von einer "Unverfrorenheit". Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele erklärte, er fühle sich "auf den Arm genommen".

Der Vorsitzende des Ausschusses, Volker Neumann (SPD), teilte mit, das Gremium habe Wettig-Danielmeier "einmütig" aufgefordert, die Namensliste ohne jede Schwärzung herauszugeben. Die SPD-Schatzmeisterin erklärte, aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes habe sie die Namensliste nicht vollständig vorgelegt. Wettig-Danielmeier ist nächste Woche als Zeugin vor dem Ausschuss. Dabei soll geklärt werden, ob es Widersprüche zwischen ihren Angaben und denen von SPD-Generalsekretär Franz Müntefering gibt. Unterdessen sagte der Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges vor dem Gremium aus, er sei nie mals Empfänger fingierter Spendenquittungen gewesen. Der Düsseldorfer Regierungspräsident hat gestern Vorermittlungen gegen den der Korruption verdächtigten Wuppertaler OB Hans Kremendahl (SPD) eingeleitet. (jlo)

Berichte Köln, Land/Region

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 19.04.2002

Mehr Kontrolle über öffentliche Firmen - Rat hat die Befugnisse des Rechnungsprüfungsamtes erweitert / INFO-KASTEN

Ermittlung erweitert?

Die Staatsanwaltschaft soll ihre Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Bau der MVA erweitert haben. Untersucht werde nicht nur die Rolle der Schweizer Stenna Umwelttechnik AG, sondern auch die der Vorgängerfirma Stenna Media Promotion AG, behauptete ein Ratspolitiker. Die Verwaltung soll klären, ob diese Geschäfte mit der Stadt gemacht hat.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 19.04.2002

Schramma kritisiert SPD

Birkenstock: Biciste-Verfahren soll eingestellt werden

Im SPD-Spendenskandal wird über weitere Parteiverfahren erst am 4. Mai entschieden.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Die NRW-SPD wird vorerst keine Angaben zu parteiinternen Konsequenzen für neun SPD-Mitglieder im Zusammenhang mit der Kölner Spendenaffäre machen. Das bestätigte Parteisprecherin Susanna Weineck gestern in Düsseldorf. Der Vorsitzende der Landes-SPD, Harald Schartau, hatte ihnen eine Frist gesetzt, bis zum 17. April Stellungnahmen zu den fingierten Spendenquittungen des ehemaligen Schatzmeisters Manfred Biciste abzugeben. Man habe entschieden, bis zur nächsten Sitzung des Landesvorstands am 4. Mai möglichst alle Gespräche Betroffener mit der Schmude-Kommission abgeschlossen zu haben und erst dann über die Einleitung weiterer Parteiordnungsverfahren zu entscheiden. In 17 Fällen wurden bereits entsprechende Verfahren beschlossen.

Unterdessen hat Oberbürgermeister Fritz Schramma eine zügigere Aufklärung der Affäre gefordert. Statt der

versprochenen "brutalstmöglichen und schnellen Aufdeckung der Tatbestände und aller Beteiligten" werde in den Medien jeden Tag ein neuer Mosaikstein offenbart, sagte Schramma. Die Kölner SPD sei im Rat kaum funktionsfähig. Sollten Bürgermeisterin Renate Canisius und der Ehrenbürger Norbert Burger von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen betroffen sein, erwarte er, dass die beiden ihre Rechte und Ämter ruhen lassen. Canisius gab dazu eine Erklärung ab: Sie werde sich einem Parteiordnungsverfahren stellen, "um noch mal klar zu machen, dass ich mit den Spendenmanipulationen der SPD nichts zu tun hatte, sondern lediglich und unwissentlich in dieser Sache benutzt worden bin. Als mithin in keiner Weise vorbestrafte Bürgerin dieser Stadt sehe ich keinen Grund zu weiteren Schritten".

SPD-Ratsmitglied Martin Börschel wies die Kritik von Schramma zurück. Die SPD werde "am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens" die Konsequenzen aus dem Spendenskandal ziehen: "Meines Wissens sind die Herren Manfred Kanther, Walter Leisler-Kiep, Helmut Kohl und Horst Weyrauch alle noch Mitglieder der CDU." Der Parteispendenskandal sei nur ein Teil des gesamten Geschehens. Schließlich seien im Zusammenhang mit dem Bau des Kölner Müllofens Schmiergelder in Höhe von 14,5 Millionen Euro "in der Landschaft herum verteilt worden", so Börschel. An allen Beschlüssen zum Bau der MVA sei die CDU jederzeit beteiligt gewesen. Bicistes Anwalt Reinhard Birkenstock beantragte gestern bei der Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens gegen seinen Mandanten: "Strafbares Verhalten ist bei Manfred Biciste und den Spendenquittungsempfängern nicht gegeben." Außerdem bestätigte Birkenstock Ex-OB Norbert Burger, dass Biciste in seiner Vernehmung ausgesagt hat, dass er nicht jedem die Quittung persönlich übergeben habe und bezogen auf Burger erklärte er, dass er nach seiner Erinnerung Burger keine Quittung übergeben hat. Die ehemalige Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Klettenberg, Maria Schu, und ihr ehemaliger Stellvertreter Gerhard R. werden ihre Selbstanzeigen beim Finanzamt zurückziehen. Der Landesvorstand hatte festgestellt, dass sie weder auf der Biciste-Liste stehen noch mit dem Spendenskandal anderweitig in Verbindung gebracht werden können. (mit ddp)

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 19.04.2002

"Tag Manfred - schöne Sauna"

Konrad Gilges distanziert sich von ehemaligen Parteifreunden

Das Dasein eines Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten ist kein Zuckerschlecken: Ständig erbittet die Partei Spenden.

VON JOCHEN LORECK

Dabei läuft der Volksvertreter Gefahr, dass ihm die SPD eine Spendenquittung über eine tatsächlich nie gezahlte Summe zuschiebt. Außerdem bekommt man es mit "Parteifreunden" zu tun, die in Wahrheit gar keine sind. Und: Störende Telefonanrufe gegen Mitternacht bringen den Parlamentarier um seinen wohlverdienten Schlaf.

Über den alltäglichen Stress im Dienst für Volk und Vaterland lieferte der Kölner SPD-Abgeordnete Konrad Gilges (61) gestern in Berlin ein höchst anschauliches Bild. Als Zeuge vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss beteuerte Gilges, erst Anfang März habe er von den frisierten Spenden von Norbert Rütger und Manfred Biciste erfahren. Ein "Gefühl", dass es in der Kölner SPD-Kasse nicht immer mit rechten Dingen zugeht, hat sich allerdings bei Gilges schon Jahre zuvor eingestellt. Seit etwa Mitte der 90er Jahre habe er peinlich darauf geachtet, nur noch Spenden "von Konto zu Konto" zu tätigen. All seine Zuwendungen seien "echt" gewesen, unterstrich der SPD-Mann. Hätte es den Versuch gegeben, ihn als "Strohmann" für eine anonyme Spende zu missbrauchen, wäre er nicht darauf eingegangen: "Denjenigen hätte ich in den Arsch getreten", verkündete Gilges volkstümlich-derb und erntete dafür viel Gelächter im Ausschuss. Als Kölner DGB-Chef, unterstrich Gilges, habe er bewusst Distanz zur SPD-Ratsfraktion gehalten. So habe sich auch zu Biciste keine nähere Beziehung entwickelt. Gilges erinnerte sich allerdings, den damaligen Kassenwart der Kölner SPD in einer Sauna getroffen zu haben. Sinngemäß sei das kurze Gespräch etwa so abgelaufen: "Tag, Manfred - ist aber schön geworden, die Sauna."

Eine tiefe Abneigung ließ der Abgeordnete auch gegen Bicistes Anwalt Reinhard Birkenstock erkennen. Birkenstock habe ihn - Gilges - in einem nächtlichen Telefonat geradezu genötigt, Selbstanzeige wegen einer angeblichen Unregelmäßigkeit im Zusammenhang mit einer Spende aus dem Jahr 1997 zu erstatten. Bei genauer Durchsicht seiner Unterlagen, führte Gilges aus, habe sich jedoch ergeben, dass alles korrekt abgelaufen sei. Daher habe er die Selbstanzeige umgehend zurückgezogen.

Gilges machte auch klar, warum er ein von der NRW-SPD vorgelegtes Formblatt für eine persönliche Ehrenerklärung nicht unterschrieben hat: Das Verfahren erinnere ihn an "stalinistische Praktiken" und sei "einer demokratischen Partei nicht würdig".

SPD-Abgeordneter Konrad Gilges.

SPD-Abgeordneter Konrad Gilges.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 23.04.2002

Jung nimmt Wahlkampf wieder auf

Der SPD-Kandidat will sich vom Spenden-Skandal nicht aufhalten lassen.

VON ANDREAS DAMM

Der in die Spendenaffäre verwickelte SPD-Bundestagskandidat für Nippes/Ehrenfeld/Chorweiler, Werner Jung (48), will seinen Wahlkampf nicht länger unterbrechen. In dem vom Landesvorstand eingeleiteten Parteiordnungsverfahren sei eine Entscheidung nicht vor Mitte Mai zu erwarten. "Bis dahin dauert es mir zu lang", sagte Jung gestern. Der Generalsekretär der Landes-SPD, Michael Groschek, habe ihm versichert, dass das Schiedsverfahren seine "Kandidatur unberührt lässt". Seine Parteiämter muss der Historiker dagegen bis zum Urteil der Schiedskommission ruhen lassen; von der Landesliste ist er als Kandidat gestrichen worden. Das Verfahren kann mit dem Partei-Ausschluss enden.

Jung soll drei falsche Spendenbescheinigungen über umgerechnet 5100 Euro erhalten haben. Zwei Belege habe er 1998 als Ausgleich für seinen Verzicht auf die Erstattung von Sachausgaben beim Finanzamt steuermindernd eingereicht, betonte der Politiker. Die in Rede stehende dritte Quittung habe er nie erhalten. Das wird durch einen Brief bestätigt, den der Anwalt des früheren SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste, Reinhard Birkenstock, der Steuerfahndung geschickt hat. Darin heißt es, Biciste habe sein System der verbotenen Stückelung von Großspenden nach Bekanntwerden der CDU-Spendenaffäre Ende 1999 aufgegeben. Zwar habe Biciste seine Parteikollegen Jung und Ex-Kämmerer Jörg-Michael Gleitze noch als Spender verbucht - Belege verteilte er aber nicht mehr.

Gestern berieten Jungs Wahlhelfer die Lage. Im Juni steht ihnen eine Belohnung bevor: Der scheidende SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges lädt die Gruppe auf Staatskosten zu einer dreitägigen Bildungsreise nach Berlin ein.

Krisensitzung in Auweiler: Theo Bismark (links) und Hans-Joachim Roth sehen die Folgen der Holzmann-Pleite ganz realistisch: "Wir gehören dann zu denen, die langzeitarbeitslos sind."

BILD: RAKO

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
TV 23.04.2002

Eumann geht gegen den "Focus" vor

Marc Jan Eumann, medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und WDR-Rundfunkrat, will gegen die Berichterstattung des "Focus" vorgehen. In seiner aktuellen Ausgabe schreibt die Münchner Illustrierte, der Kölner Politiker wolle "vor dem wahrscheinlichen Ende seiner politischen Karriere" an diesem Freitag im WDR-Rundfunkrat erreichen, dass im "Programm|aufsichtsrat" einem WDR-Journalisten "eine Rüge wegen Eumann-kritischer Berichterstattung ausgesprochen wird". Eumann fordert den "Focus" zur Unterlassung dieser Behauptung auf. Eumann wird sich voraussichtlich im Mai vor einer SPD-internen Kommission zu den von ihm unterschriebenen Spendenquittungen verantworten.

"Da stimmt nichts"

Auf Anfrage des "Kölner Stadt-Anzeiger" erklärte der Kölner SPD-Politiker gestern, dass jede der in dieser Meldung aufgestellten Behauptungen falsch sei: "Da stimmt nichts." Die Illustrierte greife offenbar einen Vorgang auf, der bereits Wochen zurückliegt. Ein freier Mitarbeiter des WDR habe sinngemäß in einem Live-Hörfunkbeitrag berichtet, dass Eumann und seine Lebensgefährtin die SPD-Spendenpraxis bis zur Perfektion betrieben hätten. Diese Auslassungen würden jeder Grundlage entbehren, sagte Eumann gestern. Erstens sei er verheiratet, zweitens seien die drei Quittungen über 8000 Mark allein von ihm unterschrieben worden. Sie seien nur in der gemeinsamen Steuererklärung geltend gemacht worden. Gegen die seine Frau diffamierende Berichterstattung, die unterstelle, dass man gemeinsam eine Spendenpraxis "bis zur Perfektion" angewendet hätte, habe er eine Unterlassungsverpflichtungserklärung des WDR erwirkt. WDR-Sprecher Rüdiger Oppers bestätigte dies gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Die Recherchen des Düsseldorfer Korrespondenten konnten die Behauptungen nicht belegen."

Keine Beschwerde

Dass er als Mitglied des Rundfunkrates "seine Beziehungen zum WDR nutze", wie der Focus schreibt, sei ebenfalls falsch, erklärt Eumann. Der WDR bestätigte gestern, dass weder dem Intendanten noch dem Rundfunkrat eine Programmbeschwerde Eumanns vorlägen. Der vom "Focus" zitierte medienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stefan Grüll, erklärte dem Kölner Stadt-Anzeiger, er sei vom "Focus" verkürzend und missverständlich eingerückt worden. Der "Focus" schreibt, Grüll habe sich "empört": "Das ist eine politische Instinkttlosigkeit und wird parlamentarische Konsequenzen haben". (hch)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 24.04.2002

Wo sind die Schmiergelder?

Hauptverdächtiger im Kölner Müllskandal will weiterhin

schweigen

Ulrich Eisermann, Hauptfigur in der Korruptionsaffäre um den Kölner Mülllofen, sitzt weiter in U-Haft.

VON AXEL SPILCKER

Mehr als vier Millionen Euro an Schmiergeldern soll er beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) kassiert haben, seit Ende Februar sitzt der Ex-Chef des Mülllofenbetreibers AVG, Ulrich Eisermann (SPD), unter dem Verdacht der Bestechlichkeit in Untersuchungshaft und schweigt. Entgegen anderweitigen Spekulationen soll dies auch in nächster Zeit so bleiben. "Alle Informationen, mein Mandant werde jetzt eine Aussage machen, sind falsch", sagte Eisermanns Anwalt Volkmar Mehle am Dienstag dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Der Verteidiger erteilte damit auch Erwartungen der Staatsanwaltschaft eine Absage, die sich durch Eisermanns Aussage weitere Aufklärung über Geldflüsse erhofft. Nach wie vor ist unklar, wo das Gros der angeblich gezahlten vier Millionen Euro geblieben ist. Wie Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt gestern bestätigte, wurde bei dem Ex-AVG-Manager "nur ein Bruchteil der Summe beschlagnahmt". Darunter einige Konten, Gesellschafteranteile. Bei einem Grundstück sei ein Auflassungsvermerk im Grundbuch eingetragen worden. Die Ermittler wollen nun wissen, ob und wie der inhaftierte Ex-Müllmanager der halbstädtischen AVG die angeblich gezahlten Bestechungsgelder des Gummersbacher Anlagenbau-Unternehmens Steinmüller untergebracht hat. Gab es noch andere MVA-Entscheidungsträger, die Eisermann am Kuchen teilhaben ließ? Gab es Politiker, die mit profitierten? Immerhin soll Eisermann auf Bitten des abgetretenen Kölner SPD-Fraktionschefs Norbert Rütger bei einer Reihe von Unternehmen, die am Mülllofenbau beteiligt waren, großzügige Parteispenden lockergemacht haben. Wohlgemerkt nach der Auftragsvergabe, um zumindest strafrechtlich dem Geruch der Vorteilsnahme zu entgehen. Viele Fragen sind es also, auf die einzig die Zentralfigur der Affäre eine Antwort weiß. Doch die schweigt beharrlich. Dabei hatte die Staatsanwaltschaft eigens eine Nachrichtensperre verhängt, um dem Verdächtigen die Angst zu nehmen, dass seine Aussage öffentlich werden könnte. Eisermanns Schweigen, so scheint es, hat einen triftigen Grund: Durch belastende Aussagen von Steinmüller-Managern und dem Chef des Entsorgungskonzerns Trienekens erscheint es unwahrscheinlich, dass der einstige AVG-Geschäftsführer straflos die Affäre überstehen wird. Das einzige Pfund, mit dem der Beschuldigte bei Verhandlungen mit der Justiz wuchern könnte, wäre das Wissen um den tatsächlichen Fluss etwaiger Schmiergelder.

Ulrich Eisermann

BILD: STEF

Ulrich Eisermann BILD: STEF

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 25.04.2002

Bohrende Fragen nur von den Grünen - Franz-Josef Antwerpes´ Auftritt in Berlin - Spendenliste dem Ausschuss übergeben / INFO-KASTEN

Kapischke soll aussagen

Kölns Leitender Oberstaatsanwalt Jürgen Kapischke soll am heutigen Donnerstag vor dem Berliner Parteispenden-Untersuchungsausschuss Auskunft über den Ermittlungsstand in der Kölner SPD-Spendenaffäre geben. Im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" sagte der Chef der Kölner Anklagebehörde, dass er um den Ausschluss der Öffentlichkeit gebeten haben, um die Vertraulichkeit von Ermittlungsergebnissen zu wahren. Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt nach eigenen Angaben gegen 38 SPD-Politiker wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Darunter sind auch der Bundetagsabgeordnete Conny Gilges und die Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann und Annemarie Kever-Henseler. Sie sollen fingierte Spendenquittungen entgegengenommen und beim Finanzamt eingereicht haben. Nach den Worten Kapischkes werde auch der Vorwurf der Untreue und des Betrugs geprüft. Derzeit bestehe aber nur ein Anfangsverdacht.

(xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 25.04.2002

"Ein schädliches Netzwerk"

CDU wirft der SPD vor, Spendenaffäre zu verschleiern und klein zu reden

Unionspolitiker vermessen strafende Konsequenzen der Sozialdemokraten

gegen Mitglieder, die illegale Spendenquittungen annahmen.

VON ANDREAS DAMM

Der Kölner CDU-Parteichef und Landtagsabgeordnete Richard Blömer wirft der SPD vor, sie sei an der Aufklärung des Spendenskandals nicht interessiert. "Von ernst zu nehmenden Konsequenzen ist beim Parteivorstand nicht mehr die Rede", sagte Blömer gestern. Er gehe davon aus, dass die rund 40 Empfänger falscher Spendenbelege innerhalb der SPD "so gut wie keine" Strafen zu erwarten haben.

Als Beispiel nannte der Unionsvorsitzende die SPD-Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc Jan Eumann. Obwohl deren Mandate ruhen sollten, sehe er die beiden "vergnügt in den Plenarsitzungen". Der Bürgermeisterin Renate Canisius rät Blömer, "auf Grund ihrer Vorbildfunktion" ihr Ehrenamt bis zum Abschluss des Parteiordnungsverfahren nicht auszuüben.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion, Rolf Bietmann, sagte, die SPD versuche, von der jahrelangen Verschleierung von Großspenden abzulenken. Die Partei habe sich jahrelang "von der Spitze bis nach unten an einem Spendenwäsche-System" beteiligt. Dennoch würden die Vorstände in Köln und im Land die Vorgänge so darstellen, als gebe es außer dem Ex-Fraktionschef Norbert Rütter und dem Ex-Schatzmeister Manfred Biciste nur Opfer - "damit man sagen kann: Wir sind alle kleine Sünderlein."

Die SPD, beklagte Blömer, habe in den 43 Jahren ihrer Herrschaft ein für die Stadt schädliches Netzwerk geschaffen. In dieses Beziehungsgeflecht sei auch der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse, Gustav Adolf Schröder, eingebunden. Das sei allein dadurch erwiesen, dass Schröders Name zeitweise im Zusammenhang mit der Spendenaffäre genannt worden war. Blömer kritisierte den Wechsel des früheren

Liegenschaftsamtleiters Detlef Krupp zur Sparkassen-Tochter Laurenz GmbH: "Die werden immer einen Vorsprung vor der Konkurrenz haben, weil Krupp die Verhältnisse kennt." Ein Ungleichgewicht sieht Blömer zudem bei der Vergabe von Schulleiter-Posten. Die SPD-geführte Bezirksregierung Sorge dafür, dass vornehmlich Parteikollegen zum Zuge kommen.

SPD-Parteichef Jochen Ott wies den Vorwurf mangelnder Aufklärungsbereitschaft zurück. "Wir haben in acht Wochen geschafft, was die CDU bis heute nicht geleistet hat", sagte Ott. "Bei uns liegt der Sachverhalt offen dar. Und über die personellen Folgen werden die Schiedskommissionen schon bald entscheiden." Dazu Blömer: "Ich schätze Helmut Kohl sehr. Er hat den entstandenen Schaden wieder gutgemacht." Der Altkanzler werde Köln im Wahlkampf besuchen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 25.04.2002

Bohrende Fragen nur von den Grünen

Franz-Josef Antwerpes' Auftritt in Berlin - Spendenliste dem Ausschuss übergeben

Wortreich hat Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes jede persönliche Verstrickung in die Spendenaffäre der Kölner SPD bestritten.

VON JOCHEN LORECK

"Das ist eine Unverschämtheit", erregt sich Kölns früherer Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes (SPD). Im Parteispenden-Untersuchungsausschuss des Bundestags attackiert der 67-jährige Antwerpes immer wieder den Grünen-Abgeordneten Hans-Christian Ströbele. Verkehrte Welt in der gestrigen Berliner Ausschuss-Sitzung: Nicht die Union unternimmt den Versuch, Antwerpes wegen dessen zügiger Genehmigung der Kölner Müllverbrennungsanlage in die Enge zu treiben, sondern Ströbele, der einzige Grüne in dem Gremium, stellt die bohrenden Fragen.

Im Kern geht es dabei um einen Vermerk des damaligen Regierungspräsidenten zu den Genehmigungsunterlagen. Dessen Wortlaut: "Steinmüller nicht vergessen." Die Firma Steinmüller aus Gummersbach war der Erbauer der Verbrennungsanlage und soll zu den anonymen Spendern der Kölner SPD gehören.

Antwerpes, das steht fest, trat für den zügigen Bau der Müllverbrennungsanlage ein. Für die Vergabe des Bau-Auftrags war er zwar nicht zuständig, wohl aber für das Einhalten der Grenzwerte bei der Belastung mit Luft-Schadstoffen. Ströbele will vor allem herausbekommen, ob möglicherweise das ökologische Prüfverfahren unter Aufsicht von Antwerpes "etwas großzügig" gehandhabt worden sei. Möglicher Grund: Die Firma Steinmüller war Mitte der 90er Jahre wirtschaftlich angeschlagen und dringend darauf angewiesen, öffentliche Aufträge zu bekommen.

Doch mit Zornesblick auf Ströbele weist Antwerpes "solche Unterstellungen" zurück: "In Umweltfragen überhole ich manchen Grünen noch links." Und der SPD-Mann lässt gleich eine weitere Breitseite gegen die langjährige Düsseldorfer Umweltministerin Bärbel Höhn von den Grünen los. Die Ministerin habe mit "unsinnigen Argumenten" den Bau der Anlage stoppen wollen. Dass sich das Projekt dennoch durchgesetzt habe, betont Antwerpes, beruhe offenkundig auf einer "stillen Koalition" im Kölner Rat. Auf die Frage, was damit gemeint sei, äußert Antwerpes die Vermutung: Offenkundig habe es eine vertrauliche Absprache der Fraktionsspitzen von SPD und CDU gegeben. Der Verweis auf parteiübergreifende Kumpanei mag erklären, warum die Union dem

Ex-Regierungspräsidenten gestern so wenig auf den Zahn fühlte.

Die SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier übergab dem Untersuchungsausschuss gestern die vollständige Liste mit möglichen Empfängern fingierter Spendenquittungen in der Kölner SPD. Damit beugte sie sich heftiger Kritik auch aus den eigenen Reihen.

Franz-Josef Antwerpes sichtete vor Beginn der Anhörung noch einmal seine Unterlagen - und genoss augenscheinlich das Interesse, das ihm die Medien entgegenbrachten.

BILD: DDP

Franz-Josef Antwerpes sichtete vor Beginn der Anhörung noch einmal seine Unterlagen - und genoss augenscheinlich das Interesse, das ihm die Medien entgegenbrachten.

BILD: DDP

All Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 26.04.2002

Gilges steht nicht auf der Liste

Berlin - Der Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges ist offenbar nicht in den Kölner Parteispendenskandal verwickelt. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" am Rande der Sitzung des Parteispenden-Untersuchungsausschusses des Bundestages am Donnerstag in Berlin erfuhr, steht Gilges nicht auf der Liste von Empfängern fingierter Spendenquittungen, die der ehemalige Kölner Schatzmeister Manfred Biciste erstellt hatte. Auch auf der von dem unabhängigen Wirtschaftsprüfer Menger erstellten Liste tauche Gilges' Name nicht auf, sagte ein Ausschussmitglied. (sts)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 27.04.2002

PC-Ausdrucke vernichtet

In der Kölner SPD-Spendenaffäre hat der Verteidiger des ehemaligen Schatzmeisters Manfred Biciste Vorwürfe zurückgewiesen, er habe mit "krimineller Energie" wichtige Unterlagen vernichtet. Der Rechtsanwalt Reinhard Birkenstock reagierte damit am Freitag auf einen entsprechenden Bericht der "Berliner Zeitung". Er räumte allerdings ein, Computerausdrucke von Listen der Spendenquittungs-Empfänger aus den Jahren 1994 bis 1998 entsorgt zu haben. Birkenstock sprach in einer Mitteilung an die SPD-Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier von einem "doppelten Versehen". Er sei davon ausgegangen, dass es sich dabei um Kopien gehandelt habe. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 30.04.2002

25 Millionen unter Arrest

Für den Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller kommt es derzeit knüppeldick: Im Zuge der Ermittlungen in der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) darf die Staatsanwaltschaft nun beim Erbauer des Müllofens, der heute zur Babcock-Borsig-Gruppe gehört, exakt 25 Millionen Euro an Vermögenswerten beschlagnahmen. Wie aus Justizkreisen zu erfahren war, hat das Landgericht einen Beschluss über einen entsprechenden "dinglichen Arrest" gefasst. Die Richter verwarfen damit eine Beschwerde der Anwälte des Unternehmens, die in ihrer Beschwerde unter anderem mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen argumentiert hatten. Hintergrund der Beschlüsse gegen die Firma ist der Verdacht, dass ehemalige Steinmüller-Manager 14,5 Millionen Euro dem Unternehmen entzogen und Verantwortliche für den Bau der MVA geschmiert haben sollen. Mit dem Hinweis auf eine Nachrichtensperre wollten weder die Staatsanwaltschaft noch eine Unternehmenssprecherin gestern den Gerichtsbeschluss kommentieren. (HD/xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 01.05.2002

SPD-Grabenkämpfe gehen weiter *Ortsverein beschließt Ordnungsverfahren gegen Jikeli-Kritiker*

Die Schmude-Kommission will ihre Arbeit bis zum Wochenende nahezu abschließen, hieß es aus Düsseldorf.

VON PETER BERGER

Im SPD-Parteispendenskandal wird die Feststellungskommission um Ex-Bundesjustizminister Jürgen Schmude den größten Teil ihrer Arbeit bis Samstag abgeschlossen haben. Das teilte Susanna Weineck, Sprecherin des

SPD-Landesverbands NRW, am Dienstag auf Anfrage des "Kölner Stadt-Anzeiger" mit. Der Landesvorstand werde am Samstag in Dortmund über die Einleitung weiterer Parteiordnungsverfahren entscheiden. An dieser Sitzung werden auch Kölns SPD-Parteichef Jochen Ott und Schatzmeister Martin Börschel teilnehmen. Insgesamt werden sich drei Schiedskommissionen mit den Empfängern von illegalen Spendenquittungen befassen. Der Landesverband gehe davon aus, dass die Verfahren binnen weniger Wochen abgeschlossen sein werden. "So lange werden wir in Köln warten, bis wir über personelle Konsequenzen nachdenken", sagte g , p q . g

Jochen Ott gestern. An welchen Terminen sich Kölner Parteimitglieder, die auf der Liste des ehemaligen Schatzmeisters Manfred Biciste stehen, einem Parteiordnungsverfahren stellen müssen, konnte Ott nicht sagen. "Mit dieser Angelegenheit hat die Kölner SPD nichts zu tun. Das ist Sache jedes einzelnen Parteimitglieds. Da gibt es ein genau festgelegtes Verfahren." Fest steht bisher nur, dass der Bundestagskandidat Werner Jung sich am 14. Mai vor der Kommission äußern wird.

Die Kölner SPD kommt auch fast acht Wochen nach Bekanntwerden des Spendenskandals und dem Rücktritt ihres Fraktionschefs Norbert Rütger nicht zur Ruhe. Der Ortsverein Weidenpesch und sein Vorsitzender Günter Jikeli hat bei seiner Jahreshauptversammlung am Wochenende mehrheitlich die Einleitung von Parteiordnungsverfahren gegen zwei SPD-Mitglieder beschlossen. Beide hatten in einem Brief an den Parteivorsitzenden Jochen Ott Jikeli eine Verfahrensweise "auf Gutsherrenart" vorgeworfen. "Aufrechte und verdiente Genossen, die die Frechheit besaßen, eine andere Meinung als Jikeli zu vertreten oder ihn gar zu kritisieren, werden durch gezielten Einsatz des Ortsvereins-Mobs öffentlich diskreditiert", heißt es wörtlich. SPD-Geschäftsführer Michael Zimmermann bestätigte, von dem Beschluss des Ortsvereins Weidenpesch gehört zu haben. Der Antrag auf Einleitung von Ordnungsverfahren liege dem Unterbezirk aber noch nicht vor. Jochen Ott betonte, er halte es für bedauerlich, dass die SPD in "dieser schwierigen Phase" nicht in der Lage sei, die Grabenkämpfe einzustellen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 03.05.2002

Untersuchungsausschuss sichtete Akten in Köln

Mitglieder des Bundestags-Untersuchungsausschusses für Parteispenden kamen ins Polizeipräsidium.

Die Abgeordneten sichteten am Dienstag die sichergestellten Unterlagen in der Spendenaffäre der Kölner SPD. Der Leitende Oberstaatsanwalt Jürgen Kapischke bestätigte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", dass die Mandatsträger von ihrem Recht auf Akteneinsicht Gebrauch gemacht hätten. Nach Angaben des Behördenleiters hatten sich die Abgeordneten einen Überblick über das sichergestellte Beweismaterial zum Parteispendenskandal verschafft, um eine sinnvolle Auswahl für den Untersuchungsausschuss treffen zu können. "Wir wollten sehen, welche Akten wir für die Aufklärung brauchen", sagte Ausschuss-Mitglied Andreas Schmidt (CDU).

Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen 38 SPD-Mitglieder, darunter Ratsmitglieder, zwei Landtags- und einen Bundestagsabgeordneten. Hintergrund sind Firmenspenden im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage von mehr als 400 000 Euro, die der ehemalige Fraktionschef Norbert Rütger eingesammelt hatte. Ein Teil der Summe wurde mit Hilfe von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste zerstückelt. Verschleiert wurde deren Herkunft mit Hilfe fingierter Parteispenden-Quittungen, die an Kölner SPD-Mitglieder gingen. Der Rest soll in gesonderte schwarze Parteikassen geflossen sein. (xl)

Oberstaatsanwalt Jürgen Kapischke

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 06.05.2002

SPD erklärt Kölner Affäre für aufgeklärt 14 weitere Schiedsverfahren - Mehrheit im Landtag kann zusammenschmelzen

Die Bundesschatzmeisterin will ihren Bericht im Mai dem Bundestagspräsidenten übergeben.

VON HEINZ TUTT

Dortmund/Berlin - Gut zwei Monate nach Bekanntwerden der Kölner Spendenaffäre hat der NRW-SPD-Vorstand weitere personelle Konsequenzen beschlossen und seine Untersuchungen des Skandals für beendet erklärt.

Die Partei beschloss parteiinterne Schiedsverfahren gegen 14 weitere Kölner Mitglieder. Sie stehen im Verdacht, Spendenquittungen ohne Gegenleistung erhalten zu haben und diese dann zum Teil bei der Finanzbehörde

steuerlich geltend gemacht zu haben. Laut SPD-Landeschef Harald Schartau ist der Partei dadurch ein Schaden von 800 000 Euro entstanden, weil sie eine entsprechende Strafe entrichten muss.

Sieben Kölner Genossen haben sich der parteiinternen Untersuchung durch Austritt entzogen, darunter auch der Kölner Sparkassenchef Gustav-Adolf Schröder und der frühere Messevorstand Jörg-Michael Gleitze. Bereits Anfang April hatte die SPD 16 Schiedsverfahren gegen frühere und jetzige Mandatsträger der Partei eingeleitet. Hierzu gehören unter anderen die Kölner Bürgermeisterin Renate Canisius, Ex-OB Norbert Burger sowie die beiden Landtagsabgeordneten Marc-Jan Eumann und Annelie Kever-Henseler. Bis Ende Juni sollen alle Verfahren vor den Schiedsgerichten abgeschlossen sein, sagte Schartau.

Auch der Generalsekretär und die Schatzmeisterin der Bundes-SPD, Franz Müntefering und Inge Wettig-Danielmeier, erklärten die Affäre für aufgeklärt. Mit den Entscheidungen der Landes-SPD "ist die Affäre um gefälschte Spendenquittungen in der Kölner SPD aufgeklärt, und es sind die notwendigen Konsequenzen gezogen worden". Wettig-Danielmeier werde Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) im Mai einen von Wirtschaftsprüfern bestätigten "vorläufigen Abschlussbericht" vorlegen können.

Schartau sagte, falls das Schiedsgericht den Genossen fehlerhaftes Verhalten nachweise, könne das Gremium einen "Fächer" von Sanktionen von einer Rüge bis zum Parteiausschluss verhängen. Im Fall der beiden Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc-Jan Eumann könnte Letzteres Folgen für die Landesregierung haben: Die Stärke der rot-grünen Koalition könnte auf 116 Sitze sinken - das Minimum für eine absolute Mehrheit.

Die Summe, für die unrechtmäßig Spendenquittungen vergeben worden seien, bezifferte Schartau mit 261 000 Euro. Der ehemalige Kölner SPD-Fraktionschef Norbert Rütger hatte eingestanden, 424 000 Euro an Spenden

erhalten zu haben; der Verbleib von 153 000 Euro ist also ungeklärt.

Schartau schloss nicht aus, dass Rütger einen Teil auch selbst genutzt habe. Von ihm und Ex-Schatzmeister Manfred Bicieste wolle man Schadenersatz erzwingen. (mit rtr, dpa)

Kommentar Seite 4

Köln

www.ksta.de/

spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 06.05.2002

KOMMENTAR

Noch nicht aufgeklärt

Eines ist SPD-Parteichef Harald Schartau bei der Aufklärung des Kölner Spendenskandals anzurechnen. Ohne Rücksicht auf Funktion und Mandat hat er die Personen öffentlich genannt, bei denen der Verdacht besteht, illegal Spendenquittungen erhalten zu haben. Das ist bemerkenswert, weil jetzt viele Karrieren beendet sein dürften. Etliche Genossen, die nicht zuletzt wegen ihres Parteibuchs in Spitzenpositionen gelangten, sind dem peinlichen Schiedsgerichtsverfahren durch Parteiaustritt zuvorgekommen. Wollten sie dadurch Schaden von sich oder der SPD abwenden? Die Antwort dürfte den Bürger, dessen Vertrauen in die Politik durch solche Skandale erschüttert wird, kaum interessieren.

Der Blick richtet sich nun auf eine andere Instanz. Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt - nicht nur in Sachen illegaler Parteispenden. Sie wird im Zweifel auch herausfinden, ob Politik in Köln käuflich war. Erst nach Klärung dieses Sachverhalts wird SPD-Generalsekretär Müntefering erklären können, der Kölner Skandal sei aufgeklärt.

HEINZ TUTT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.05.2002

I Kö l S d k d l i b t O d f h

Im Kölner Spendenskandal gibt es neue Ordnungsverfahren gegen weitere Mitglieder

SPD muss 800 000 Euro zurückzahlen

Die NRW-SPD hat gegen weitere 14 Kölner SPD-Mitglieder Ordnungsverfahren eingeleitet. Damit müssen sich insgesamt 30 Genossen vor der Parteigerichtsbarkeit verantworten.

VON HEINZ TUTT

Ministerpräsident Wolfgang Clement, SPD-Generalsekretär Michael Groschek und einige andere Granden in der NRW-SPD konnten am Wochenende einem unangenehmen Termin doch noch etwas Positives abringen: die Aussicht auf das Meisterschaftsfinale in der Vip-Lounge des Dortmunder Westfalenstadions. "Abschließend", wie

Parteichef Harald Schartau es ausdrückte, beschäftigte sich am Samstag der Vorstand der NRW-SPD mit dem Kölner Parteispendenskandal. Und das auf fremden Terrain. Vor dem Bundesligafinale bot sich der "Silbersaal" der Westfalenhalle an. Dort verkündete Schartau die unangenehme Botschaft, dass gegen 14 weitere Kölner ein Verfahren vor einer Schiedskommission eingeleitet wird.

Die Bilanz des Scherbengerichts sah wenig schmeichelhaft für den mitgliederstärksten Landesverband der SPD aus. Er beschäftigte sich am Samstag mit 25 Kölner Genossen, die im Verdacht stehen, unrechtmäßige Spendenquittungen angenommen und vor dem Finanzamt zum großen Teil geltend gemacht zu haben. Bei den 14 Fällen, die unabhängig von bereits laufenden staatsanwaltlichen Ermittlungen zu einem Schiedsverfahren vor der parteiinternen Gerichtsbarkeit führen, handelt es sich um die Frau des früheren Schatzmeisters, Doris Biciste, Klaus Burghard, Anita Cromme, Renate Dinkelbach, Annemarie Frage-Münch, Dörthe Gerstenberg, Alice Gneipelt, Josef Jansen, RGW-Chef Toni Klefisch, Ralf Meyer, Jürgen Noppel, Karl-Heinz Pütz, Isolde Schmidt-Rüther und Kurt Trinkaus.

Der Verdacht gegen Ulrike Volland wurde nicht erhärtet. Bei vier Verdachtsfällen aus dem Jahr 1994 konnte die Partei den Sachverhalt nicht mehr rekonstruieren. Bei den Ehefrauen von Heinz Lüttgen, Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch und Toni Klefisch wird eine Prüfung vorerst noch ausgesetzt. Der Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges, der illegales Verhalten stets abgestritten hat, ist noch in der Bringschuld. Er soll, wie Schartau darlegte, einen Beleg vorlegen, dass er tatsächlich eine Spende geleistet hat. Nach Gilges' Angaben befinde sich der Beleg bei der Staatsanwaltschaft. Detlef Krupp, einst rechte Hand von Kölns Ex-Oberstadtdirektor Klaus Heugel und jetzt bei SKI (Sparkassen-Immobilien), wurde ein Ultimatum bis zum 10. Mai gesetzt, um seine Angelegenheit darzulegen. Ansonsten werde automatisch ein Ordnungsverfahren eingeleitet, sagte Schartau. Weitere zwei prominente Kölner haben sich der parteiinternen Untersuchung durch Austritt aus der SPD entzogen. Es handelt sich um Sparkassenchef Gustav-Adolf Schröder und den früheren Stadtkämmerer und Ex-Messevorstand Jörg-Michael Gleitze. Zuvor waren bereits Norbert Rüther, Manfred Biciste, Arno Carstensen, Michael Allmer und Bettina Lob-Preis ausgetreten.

Schartau betonte, unabhängig von den noch ausstehenden Verfahren sei der Druck auf die Betroffenen durch die öffentliche Namensnennung beachtlich. Die Schiedsverfahren sollen bis Ende Juni abgeschlossen sein. Er räumte ein, dass trotz aller Bemühungen derzeit der Verbleib von rund 300 000 Mark an Spendengeldern nicht aufgeklärt sei. Rüther hatte vor der Staatsanwaltschaft eingestanden, rund 830 000 Mark erhalten zu haben. "Letzten Aufschluss kann nur Rüther selbst geben." Angeblich habe er das fehlende Geld für den Kommunalwahlkampf 1999 sowie für "Einzelaktionen" benutzt. Man könne aber nicht ausschließen, dass er Beträge für sich selbst benutzt habe, sagte Schartau. Den Schaden, den die Partei durch Rückzahlungen an den Bund habe, bezifferte Schartau auf knapp 800 000 Euro.

Biciste und Rüther bezeichnete der Parteichef als Drahtzieher. Es lägen keine Hinweise vor, dass bei den Genossen, gegen die ein Verfahren eingeleitet worden sei, Verdacht auf Korruption bestehe. Auch Rüther habe sich selbst lediglich wegen Verstoßes gegen das Parteienfinanzierungsgesetz angezeigt.

www.ksta.de/spendenskandal

Gustav-Adolf Schröder

Jörg-Michael Gleitze

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.05.2002

INFO-KASTEN / Im Kölner Spendenskandal gibt es neue Ordnungsverfahren gegen weitere Mitglieder / SPD muss 800 000 Euro zurückzahlen

Chronik der Ereignisse

3. März: Der ehemalige Kölner SPD-Fraktionschef Norbert Rüther offenbart, Großspenden über rund 174 000 Euro von Firmen angenommen und an den damaligen Schatzmeister Manfred Biciste weitergeleitet zu haben. Dieser habe dafür manipulierte Quittungen ausgeschrieben.

4. März: Biciste gibt zu, an der Spenden-Affäre beteiligt gewesen zu sein. Rüther tritt von allen politischen Ämtern zurück. Er wolle bei der Staatsanwaltschaft "auspacken". Dabei gehe es auch um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass bei dem Projekt 14,3 Millionen Euro Schmiergelder geflossen sind.

12. März: Rüther sagt aus, er habe insgesamt 424 000 Euro genommen und nennt der Staatsanwaltschaft die Spender.

15. März: Die Schmutz-Kommission zur Aufklärung der Affäre nimmt ihre Arbeit auf.

18. März: Ex-Kassierer Biciste wird von der Staatsanwaltschaft vernommen.

8. April: Die Staatsanwaltschaft leitet gegen 38 SPD-Funktionäre Ermittlungen wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung, Untreue und Beihilfe zum Betrug ein.

15. April: Die Kölner SPD leitet Parteiordnungsverfahren gegen 13 weitere Empfänger von fingierten Spendenquittungen ein.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.05.2002

Ex-Kämmerer Gleitze und Stadtparkassen-Chef Schröder verlassen SPD

Der kleine Parteitag der Kölner SPD wird sich heute Abend in der Stadthalle Mülheim mit den Folgen des Skandals befassen.

VON PETER BERGER

SPD-Parteichef Jochen Ott stand die Erleichterung ins Gesicht geschrieben: "Ich freue mich für jeden Einzelnen, bei dem die Prüfung durch die Schmutz-Kommission ergeben hat, dass er erwiesenermaßen unschuldig ist." Jetzt werde man beim Landesvorstand darauf drängen, die 27 Parteiordnungsverfahren möglichst schnell abzuwickeln. Michael Allmer, Bettina Lob-Preis und Jörg-Michael Gleitze müssen sich dem Verfahren nicht mehr stellen, weil sie aus der SPD ausgetreten sind. Ott betonte ausdrücklich, dass bis zur Beendigung dieser Verfahren für alle betroffenen SPD-Mitglieder die Unschuldsvermutung gelte.

Heute Abend ab 20 Uhr wird sich die Kölner SPD auf einem kleinen Parteitag in der Stadthalle Mülheim mit den Folgen des Spendenskandals befassen. Auf einem Sonderparteitag am 22. Mai soll über Personalfragen beraten werden. "Wir können mit diesem Parteitag nicht bis zum Abschluss der Ordnungsverfahren warten, weil wir unsere Delegierten für den Bundesparteitag am 2. Juli wählen müssen." Die Kölner SPD müsse wieder handlungsfähig werden.

Die Einleitung von Ordnungsverfahren stieß bei den Betroffenen auf unterschiedliche Reaktionen. "Es entbehrt jeder rechtlichen Grundlage", sagte Grubo-Chef Jürgen Noppel dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Er werde sich nur insoweit am Verfahren beteiligen, als es erforderlich ist, möglichst schnell den Rechtsweg vor einem Zivilgericht einschlagen zu können. Die Vorgehensweise des Landesvorstands gleiche "einer mediengerecht aufgearbeiteten Hexenverfolgung". Ex-SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch, gegen den bereits am 15. April ein Verfahren eingeleitet worden war, geht davon aus, dass er sich vor der Schiedskommission nicht äußern muss. "Ich habe alle Erklärungen abgegeben, musste deshalb nicht vor der Schmutz-Kommission erscheinen. Ich warte jetzt die Entscheidung ab."

Stadtparkassen-Chef Gustav-Adolf Schröder, dem die Innenrevision der SPD bei der Prüfung der Spendenvorgänge bestätigt hatte, sich korrekt verhalten zu haben, ist aus der SPD ausgetreten. Über seinen Rechtsanwalt ließ er am Wochenende mitteilen, er könne es nicht hinnehmen, dass sein Name in der Öffentlichkeit belastet werde.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 07.05.2002

Vorsitzender verlässt die SPD-Schiedskommission

Im SPD-Spendenskandal hat der Vorsitzende einer der drei Schiedskommissionen überraschend den Rückzug angetreten.

VON HEINZ TUTT UND PETER BERGER

Der Vorsitzende der SPD-Landesschiedskommission II in Düsseldorf, Notar Norbert Bünthen, hat am Sonntag sein Amt niedergelegt. Bünthen sollte unter anderem die Vorwürfe gegen den Bundestagskandidaten Werner Jung und die Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler im Schiedsverfahren untersuchen. "Ich habe die Verfahrensakte dem Landesverband übersandt", teilte er schriftlich mit.

Der Landespartei Vorstand unter Vorsitz von Harald Schartau hatte das Verfahren gegen die beiden und andere SPD-Funktionsträger eingeleitet, weil der Verdacht besteht, sie hätten illegale Spendenquittungen der SPD erhalten und verwertet. Das wird von Jung und Kever-Henseler bestritten.

Kever-Henselers Ehemann, der Kölns Schuldezernent und Ex-Schatzmeister des SPD-Bezirks Mittelrhein, Andreas Henseler, erklärte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", der Landesvorstand habe der Schiedskommission offenbar nicht die nötigen Beweise und Zeugen liefern können, damit ein ordnungsgemäßes Verfahren habe stattfinden können. Bünthen, der nach Henselers Kenntnis das Verfahren ohne mündliche Verhandlung einstellen wollte, habe es vorgezogen, seinen Vorsitz niederzulegen.

Norbert Bünthen war am Montag nicht zu erreichen. Die Sprecherin der SPD-Landespartei, Susanna Weineck, erklärte, der Rückzug des Notars habe nichts mit mangelnder Beweislage zu tun. Die Schmutz-Kommission habe Verdachtsmomente nachdrücklich festgestellt. Nach ihrer Kenntnis habe Bünthen aufgrund von Arbeitsbelastung den Vorsitz in der Schiedskommission niedergelegt. Sein Nachfolger stehe schon fest. Es werde zu keinen zeitlichen Verzögerungen bei der Aufklärung kommen.

Kever-Henseler werde auf einem öffentlichen Schiedsverfahren bestehen, teilte ihr Mann mit. Dem Landesvorstand warf Henseler vor, dieser wisse genau, dass weder seine Frau noch der Landtagsabgeordnete Marc-Jan Eumann "aus der Partei rausgeschmissen werden können". Insofern sei es schon verwunderlich, weshalb Schartau eine Diskussion über Mehrheiten in der Landtagsfraktion in Kauf nehme. "Der will die Mehrheiten im Landtag klein reden", mutmaßt Henseler.

Auch Bundestagskandidat Werner Jung reagierte mit Enttäuschung darauf, dass sein Termin, der für den 13. Mai anberaumt war, jetzt verschoben ist. "Der SPD-Landesvorstand verschleppt das Verfahren ganz bewusst", sagte Jung gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". "Jetzt muss sich die Kommission erst wieder neu finden und neue Termine anberaumen."

Von einer fairen Behandlung der Politiker, die auf der Bici-Liste stehen, könne keine Rede sein. Er habe politische Signale aus Düsseldorf erhalten, nach denen Norbert Büntens das Vorgehen des SPD-Landesvorstands heftig kritisiert habe. Sein Rückzug stehe offensichtlich im Zusammenhang mit der Tatsache, dass er zu einer anderen Einschätzung, wie mit den Empfängern von Spendenquittungen zu verfahren sei, gekommen ist.

Der kleine Parteitag der SPD in der Stadthalle Mülheim endete gestern mit einem Schulterchluss. "Wir glauben, dass die Kölner SPD in Sachen Aufklärung der Spendenaffäre den einzig richtigen Weg beschritten hat", sagte Schatzmeister Martin Börschel.

www.ksta.de/spendenskandal

Verärgert: Werner Jung

Verärgert: Werner Jung

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.05.2002

Druck auf Werner Jung wächst ***Zweifel an ordnungsgemäßen Verfahren im Kölner Spendenskandal***

Im Parteispendenskandal will sich die NRW-SPD zum Rückzug des Vorsitzenden einer Schiedskommission nicht äußern.

VON PETER BERGER

Norbert Büntens blieb wortkarg. Die Gründe, die ihn zum Rücktritt als Vorsitzender der Schiedskommission 2 veranlasst hätten, habe er dem SPD-Landesvorstand mitgeteilt. Er überlasse es dem Landesvorsitzenden Harald Schartau, sie öffentlich zu machen. Genau das tat sie gestern nicht, die NRW-SPD, die bei der Spendenaffäre von "größtmöglicher Transparenz" und "brutalstmöglicher Aufklärung" gesprochen hatte. Dazu gebe es keine Veranlassung, die Verfahren würden vor den Schiedskommissionen ordnungsgemäß stattfinden, sagte ein Sprecher des Landesverbands.

Das scheint Norbert Büntens zu bezweifeln. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, hält er es für falsch, dass die Ordnungsverfahren nicht zunächst vor der Schiedskommission des Unterbezirks Köln verhandelt werden. Weil die erste Instanz ausgelassen worden sei, stünden die Schiedskommissionen des Landesverbands unter enormen Zeitdruck. Zudem habe er den Eindruck gewonnen, der Landesvorstand wolle die Kommissionen politisch beeinflussen.

Büntens Rückzug kommt nicht von ungefähr, denn "seine" Schiedskommission hat über das politisch schwierigste der 27 Verfahren zu befinden. Es geht um den Bundestagskandidaten Werner Jung, der eine der fingierten Spendenquittungen erhalten hatte und deshalb von der SPD-Landesliste für die Bundestagswahl gestrichen wurde. Als Direktkandidat für den Wahlkreis Ehrenfeld/Nippes/Chorweiler will er dennoch gegen den CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann antreten. Eine Vorstellung, mit der sich viele im Landesvorstand und der Ministerpräsident offenbar nicht anfreunden können, selbst wenn das Jung-Verfahren mit einem Freispruch enden sollte. "Wir haben uns selbst mächtig unter Erfolgsdruck gesetzt. Jetzt müssen Ergebnisse her", räumt ein Mitglied des Landesvorstands ein. Er könne sich nicht vorstellen, dass Jung in Köln Wahlkampf mache, soll Clement bei der Sitzung des Landesvorstands gesagt haben. Alles blanker Unsinn, die Schiedskommissionen stünden keinesfalls unter politischem Druck, erklärte dagegen das Mitglied des Landesvorstands, Ford-Gesamtbetriebsratschef Dieter Hinkelmann. Norbert Büntens sieht das offensichtlich anders.

Werner Jung, dessen Termin vor der Kommission wegen Büntens Rücktritt erst einmal verschoben wurde und der von "bewusster Verschleppung" gesprochen hatte, wollte sich zum Verfahren nicht mehr äußern. Nur so viel noch: Er werde keinesfalls klein beigeben und den Rückzug antreten.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 13.05.2002

Schwarze SPD-Konten seit den 70ern ***Ex-Fraktionschef spricht von bis zu 35***

"Dankeschönspenden"

Nach Aussagen des Ex-Fraktionsvorsitzenden der Kölner SPD, Norbert Rütther, gab es viel mehr dubiose Spenden als bisher angenommen.

VON AXEL SPILCKER

Köln - Norbert Rütther hat in seinen Vernehmungen vor der Kölner Staatsanwaltschaft den ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Heugel und dessen damaligen Fraktionsgeschäftsführer Toni Klefisch schwer belastet. Wie aus den dem "Kölner Stadt-Anzeiger" vorliegenden Vernehmungsprotokollen hervorgeht, sagte Rütther aus, er habe das dubiose Spendensystem von Heugel und Klefisch übernommen. Beide hätten ihn ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man von ihm als neuem Geschäftsführer erwarte, dass er Spenden akquiriere. Als "goldene Regel" hätten sie ihm nahe gelegt: Ein Unternehmen, das irgendwo einen Auftrag hat, immer erst dann um eine Spende bitten, wenn alles abgeschlossen ist. Das sei der einzige Schutz gewesen, nicht in den Verdacht der Korruption zu kommen.

Allein während seiner Amtszeit als Geschäftsführer der Kölner SPD (1992 - 1999) habe er 30 bis 35 so genannte "Dankeschönspenden" erhalten, gab Rütther zu Protokoll. Darüber hinaus schloss er nicht aus, dass zusätzlich andere Personen Spenden akquiriert haben. Die Ermittler gehen davon aus, dass 14 Spenden (von neun Geldgebern) in Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage stehen.

Schwarze Kassen habe die Kölner SPD bereits in den 70er Jahren mit Abgaben der Ratsmitglieder angelegt, sagte Rütther. Seine Aussagen werden auch einige Sozialdemokraten in Erklärungsdruck bringen, die stets beteuert hatten, nichts von Spendenpraxis und schwarzen Konten gewusst zu haben. So gab Rütther zu Protokoll, er habe Geschäftsführerin Marlies Herterich schon bei ihrem Amtseintritt von einem schwarzen Fraktionskonto berichtet. Im Übrigen hätten knapp 30 Prozent der Fraktionsmitglieder gewusst, dass sie in ihm "ne jode Fründ" hatten, der bei finanziellen Problemen bei der politischen Arbeit half. Auch habe Fraktionsvize Heinz Lüttgen eine ungefähre Kenntnis dieses Kontenwerks gehabt: Er habe um eine Erstattung in Höhe von 6000 Euro für eine Anzeige für die Oberbürgermeisterkandidatin gebeten. Lüttgen bestreitet indes die Kenntnis der Konten und sagte, er habe die Anzeige aus eigenen Mitteln bestritten.

Blick Seite 3 , Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 13.05.2002

Der Geldbote und seine Gewissensbisse **Norbert Rütthers Aussage zum Spendenskandal stürzt die SPD in größere Schwierigkeiten als bislang angenommen**

Seit Jahrzehnten unterhielt die Spitze der Kölner SPD offenbar ein System aus schwarzen Kassen und "Dankeschönspenden".

VON AXEL SPILCKER

Norbert Rütther wurde richtig übel. 1995, mitten im Juli, als der führende Kölner SPD-Politiker die Schweizer Kanzlei Egli verlassen wollte, musste er sich übergeben. Ihm sei klar geworden, erinnert Rütther sich später, auf was er sich da eingelassen hatte. 75 000 Euro, vielmehr als er jemals erwartet hatte, hielt er als "Dankeschönspende" in den Händen. Das Geld stammte vom Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller. Von jenem Unternehmen das noch im Jahr zuvor den Zuschlag für den Bau des Kölner Müllofens erhalten hatte jenem Unternehmen, das noch im Jahr zuvor den Zuschlag für den Bau des Kölner Müllofens erhalten hatte. Doch bei Rütther meldete sich auf der Rückfahrt aus der Schweiz offenbar das schlechte Gewissen. Er stoppte im Elsaß und wanderte ziellos durch die Weinberge. Das Geld ließ er im Auto, in der Hoffnung, jemand möge es mitgehen lassen. Vergebens. In Köln unterrichtete der Geldbote dann seinen Chef, den damaligen Kölner SPD-Fraktionschef Klaus Heugel über die erfolgreiche "Tour de Suisse". Die Geschichte hat Rütther in seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft Mitte März zum Besten gegeben. Nach Informationen des Kölner Stadt-Anzeiger gewährte er auf 25 Seiten Einblicke in die Kölner Affäre um illegale Parteispenden und fingierte Quittungen. Der Ex-Landtagsabgeordnete und einflussreiche Strippenzieher schilderte ein dubioses Finanzgebahren der Kölner SPD-Führung, mit dem diese die Politik in der Stadt Jahrzehnte lang steuerte. Als Rütther 1992 zum Geschäftsführer der Mehrheitsfraktion im Kölner Stadtrat avancierte, wurde er nach eigenen Aussagen auch in die finanziellen Geheimnisse der SPD-Ratsmannschaft eingeweiht. Sein Vorgänger Toni Klefisch sowie Rütthers politischer Ziehvater und damaliger Fraktionschef, Klaus Heugel, klärten den frisch gebackenen Geschäftsführer nach dessen Worten über die "goldene Regel" der Spendenbeschaffung auf: Unternehmen sollten erst nach dem Erhalt städtischer Aufträge auf milde Gaben angesprochen werden, um Ermittlungen wegen Korruptionsverdacht zu vermeiden. Offen sei darüber geredet worden. Und Heugel habe gesagt: "Pass da auf."

Das SPD-Schwergewicht schien diesen Rat zu beherzigen: Rütther will nach eigenen Angaben zwischen 30 und 35 "Dankeschönspenden" bei Firmen eingesammelt haben. Mal mit, mal ohne Quittung. Mal hochoffiziell per

Scheck, mal cash an Parteibüchern und Rechenschaftsberichten vorbei.

Heugel, so berichtete sein ehemaliger Adlatus, sei darüber informiert gewesen. Auch den Firmen war dieses Verfahren nicht neu. Knickerig seien die meisten Unternehmen gewesen, meinte Rütther. Man hätte sie schon besonders ansprechen müssen, dann hätten sie auch reagiert. Die Partei brauchte ständig Geld - da sei es nur natürlich, dass man an die Nehmer städtischer Aufträge herangetreten sei.

Die Staatsanwaltschaft lauschte mit Interesse. Bisher wussten die Ermittler nur von neun Spendern, die Rütther nach der Auftragsvergabe für das Milliardenprojekt Kölner Müllöfen (MVA) zur Kasse gebeten hatte. Rütthers Äußerungen erwecken aber jetzt den Eindruck, dass die SPD-Fraktionsoberen auch bei weiteren Großprojekten abkassierten.

Mit dem Großteil des Geldes, das Rütther in der Schweiz entgegengenommen hatte, machte er eine schwarze Wahlkampfkasse zu Gunsten Heugels und dessen drei Jahre später stattfindenden Oberbürgermeisterwahlkampf auf. 25 000 Euro gab er an seinen Schatzmeister Manfred Biciste. Die beiden wurden sich schnell einig, wie man die Herkunft der Barspenden verschleiern könnte: Die Gelder wurden zerstückelt und per Quittung solchen Mitgliedern zugeschrieben, die von ihrem Einkommen her dem Fiskus nicht ins Auge fallen könnten. In der Folgezeit verfuhr Rütther auf dieselbe Art mit weiteren sechsstelligen Zuwendungen, die ebenfalls im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage gezahlt worden waren. Ein Teil ging an den Partei-Schatzmeister und wurde illegal verbucht, ein Teil floss in die Wahlkampfkasse Heugels. Letzterer soll stets über das Inkasso seines Vertrauten auf dem Laufenden gewesen sein. Heugel war es auch, der Rütther nach dessen Angaben mit einer weiteren Besonderheit der Kölner SPD-Ratsmannschaft bekannt machte: einer schwarzen Fraktionskasse in Höhe von 300 000 bis 350 000 Euro, die in den 70er Jahren mit Wahlkampf-Abgaben der Ratsherren gegründet worden war.

Die Verfügungsgewalt über dieses spezielle Konto hatte der Fraktionsvorsitzende. Die Kontoauszüge gingen an seine Privatadresse. Er entschied letztendlich, wer zu welchem Zweck in der Fraktion und der Partei Geld bekommen sollte. Ein probates Steuerungsmittel, um die Machtposition innerhalb des Kölner Parteiunterbezirks zu festigen.

"Ne jode Fründ"

Nach dem affärenreichen Abgang Heugels übernahm Norbert Rütther 1999 das Fraktionszepter. Er änderte nur wenig an der parteiinternen Landschaftspflege. Etwa ein Drittel der SPD-Ratsmitglieder hätten in ihm "ne jode Fründ" gewusst, wenn es am nötigen Kleingeld fehlte, sagte er aus.

Wie schon zu Zeiten seines Vorgängers will auch Rütther die neue Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich im Juni 2000 über die schwarze Fraktionskasse unterrichtet haben. Die SPD-Ratsfrau behauptet das Gegenteil. Herterich will erst nach dem Bekanntwerden der Spendenaffäre vor zwei Monaten davon erfahren haben.

Rütther war nicht wohl bei der Sache. Nach dem verlorenen Kommunalwahlkampf 1999 wollte er aufhören, scheute jedoch davor zurück, weil er fürchtete, das Karussell aus illegalen Spenden und schwarzen Kassen könnte auffliegen. Nach und nach suchte er nach eigener Aussage mit Hilfe der Fraktionsgeschäftsführerin den Schwarzgeldbestand zurückzufahren. Man habe sich abgestimmt, welche Rechnung ordentlich verbucht und welche aus dem schwarzen "Sonderkonto" der Fraktion beglichen wurde, gab er zu Protokoll. Rütther stoppte auch die üblichen Barabhebungen.

Einzig bei Fraktionsvize Heinz Lüttgen will er eine Ausnahme gemacht haben. Weil Lüttgen eine ungefähre Kenntnis vom Kontenwerk hatte, so Rütther, zahlte er ihm 6000 Euro aus den schwarzen Geldbeständen. Als Gegenleistung für eine Anzeige, die Lüttgen im OB-Wahlkampf 2000 zu Gunsten von Anke Brunn geschaltet hatte. Lüttgen bezeichnete die Aussagen Rütthers als "Unverschämtheit." Er bestreite, von den Konten gewußt zu haben. Die Anzeige für Anke Brunn habe er nachweislich aus eigener Tasche bezahlt.

Das Archivbild zeigt Norbert Rütther vor Bekanntwerden des Skandals. Vor der Staatsanwaltschaft berichtete er vor zwei Monaten ausführlich über die Spendenpraxis und die schwarzen Kassen der Kölner SPD vor zwei Monaten ausführlich über die Spendenpraxis und die schwarzen Kassen der Kölner SPD.

BILD:

WORRING

Das Archivbild zeigt Norbert Rütther vor Bekanntwerden des Skandals. Vor der Staatsanwaltschaft berichtete er vor zwei Monaten ausführlich über die Spendenpraxis und die schwarzen Kassen der Kölner SPD.

BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 13.05.2002

Der Geldbote und seine Gewissensbisse - Norbert Rütthers Aussage zum Spendenskandal stürzt die SPD in größere Schwierigkeiten als bislang angenommen /INFO-KASTEN

Ex-Schatzmeister Biciste belastet Landtagsabgeordneten Eumann

In der **Kölner Parteispendenaffäre** hat der ehemalige Kölner SPD-Schatzmeister Manfred Biciste in seiner Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft den Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann belastet. Eumann will nach eigenen Angaben falsche Quittungsbelege in Höhe von etwa 4000 Euro erhalten haben, für die er aber im Gegenzug Leistungen für die Partei belegen könne.

Biciste widersprach in seiner Vernehmung dieser Darstellung. Danach kann sich der frühere Schatzmeister nicht daran erinnern, von Eumann eine entsprechende Rechnung gesehen zu haben. Solche Quittungen wären auch nicht angenommen worden, erläuterte der Ex-Kassenwart. Es sei auch fraglich, ob Eumann im Parteiauftrag oder als Abgeordneter Kosten entstanden seien. Im letzteren Falle sei man gar nicht zuständig gewesen, so Biciste.

Neben den SPD-Landtagsabgeordneten Eumann und Annelie Kever-Henseler laufen derzeit noch 28 weitere parteiinterne Schiedsverfahren. Der Strafkatalog reicht von einer einfachen Rüge bis hin zum Parteiausschluss. Sollten Eumann und Henseler die Partei verlassen, schrumpft die Stärke der rot-grünen Koalition auf das Minimum der Mehrheit von 116 Stimmen. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.05.2002

KOMMENTAR / SPD-FRAKTION

Schnitt

Die SPD-Fraktion ist wahrlich nicht zu beneiden. Nun, da nicht mehr von der Hand zu weisen ist, dass die dubiose Spendenpraxis nicht auf wenige Einzelne konzentriert war, sondern dass es zahlreiche Mitwisser und Mithandelnde gab, ist ein endgültiger personeller Schnitt auch in der Fraktionsspitze unabdingbar. Auf die letzte Entscheidung aus Düsseldorf zu warten, würde die politische Handlungsfähigkeit der SPD im Rat auf Wochen weiterlähmen. Ein in der Tat unhaltbarer Zustand, das hat die Fraktion ganz richtig erkannt und drängt daher Heinz Lüttgen mit Recht, sich so schnell wie möglich zu entscheiden - auch wenn ihm das persönlich mehr als schwer fallen dürfte.

Dass sich die SPD von diesem Skandal in absehbarer Zeit erholen wird, daran glaubt niemand. Eine klare Personalpolitik, die glaubhaft den Willen zum Neufang jenseits des Filzes dokumentiert, ist nun das mindeste, was der einst so mächtigen Fraktion bleibt, will sie zumindest ein Zipfelchen dessen zurückerobern, was sie so dringend braucht: Glaubwürdigkeit.

BARBARA A. CEPIELIK

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.05.2002

Ermittler suchen nun die weiteren Spender

Rüther nennt Biciste den Erfinder des Stückelungssystems, Biciste widerspricht

Nach der Aussage des abgetretenen Fraktionschefs Norbert Rüther prüft die Staatsanwaltschaft in der Parteispendenaffäre den Korruptionsverdacht.

VON AXEL SPILCKER

Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt ist am Montag nicht sonderlich redselig, wenn es um Fragen zum Ermittlungsstand im Müllskandal oder der Kölner SPD-Parteispendenaffäre geht. Eisern hält die Staatsanwaltschaft an ihrer Nachrichtensperre fest. Nur so viel lässt sich die Behördensprecherin entlocken: Die aus der Vernehmung des abgetretenen Ex-Fraktionsvorsitzenden der Kölner SPD, Norbert Rüther, im "Kölner Stadt-Anzeiger" zitierten Aussagen seien zutreffend.

Rüther hatte eingeräumt, insgesamt 30 bis 35 "Dankeschönspenden" bei Unternehmen eingesammelt zu haben, nachdem diese städtische Aufträge erhalten haben. Dieses System will der Sozialdemokrat zu Beginn seiner Amtszeit als Fraktions-Geschäftsführer von seinem Vorgänger Toni Klefisch und dem damaligen Fraktionschef Klaus Heugel gelernt haben. Letztere hätten ihm dazu geraten, um strafrechtlichen Ermittlungen wegen Bestechung oder Vorteilsnahme zu entgehen. Denn nur, wenn vor der städtischen Auftragsvergabe an Firmen Absprachen über spätere Spendenzahlungen vorlägen, oder es Hinweise auf einen direkten Stimmenkauf von

Abgeordneten gegeben hätte, besteht Korruptionsverdacht.

Wie aus Justizkreisen zu erfahren war, geht die Staatsanwaltschaft nun auch dieser Frage nach. Die Ermittler wollen klären, wer die danksagenden Spender gewesen sind. Ferner wird geprüft, ob außer bei der Kölner MVA bei weiteren kommunalen Großprojekten Auftragnehmer nachträglich zur Kasse gebeten wurden.

Bisher waren nur neun Geldgeber im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage bekannt. Allein aus diesem Bereich soll Rütther zwischen 1994 und 1998 424 000 Euro in bar erhalten haben. Einen Teil leitete er, wie er sagt, in die schwarze Wahlkampfkasse des OB-Kandidaten Heugel, den Rest verbuchte der damalige Schatzmeister Manfred Biciste mit Hilfe falscher Spendenquittungen illegal in den Parteibüchern. Die Quittungen reichte er an Parteigenossen weiter - es sollen 38 gewesen sein. Einige von ihnen hatten die Belege beim Finanzamt geltend gemacht. Gegen jeden Quittungsnehmer hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, der Untreue und des Subventionsbetruges eingeleitet.

Rütther gab zu Protokoll, dass der Vorschlag für das Modell mit den fingierten Spendenquittungen von seinem Parteifreund Biciste stamme. Der widersprach: Die Idee dazu habe man gemeinsam entwickelt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 14.05.2002

SPD-Fraktionsvize gibt Amt auf

Heinz Lüttgen zieht Konsequenzen aus Spendenaffäre

Die Mitglieder der Kölner SPD-Ratsfraktion waren gestern Nachmittag zu einer Sondersitzung eingeladen.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Köln - Der langjährige stellvertretende Kölner Fraktionsvorsitzende Heinz Lüttgen (59) legte gestern sowohl sein Amt als Fraktionsvize als auch sein Ratsmandat mit sofortiger Wirkung nieder. Er hatte zuvor die Fraktionsmitglieder zu einer Sondersitzung eingeladen.

In den vergangenen Tagen waren wiederholt Rücktrittsaufforderungen aus den Kreisen der Sozialdemokraten gegenüber Lüttgen formuliert worden. Der "Kölner Stadt-Anzeiger" hatte in seiner Montag-Ausgabe über die Aussage des ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Rütther berichtet, der vor der Staatsanwaltschaft zu Protokoll gegeben hatte, Lüttgen habe eine ungefähre Kenntnis von den schwarzen Fraktionskonten gehabt und in einem Fall sogar eine Erstattung für eine Wahlkampfspende erhalten. In einer persönlichen Erklärung schrieb Lüttgen: "Diese Behauptung ist grob falsch." Er habe 13 611,67 Mark nachweislich von seinem Konto an den SPD-Unterbezirk überwiesen. Eine Rückzahlung sei nicht erfolgt.

Am 22. Mai will die SPD-Fraktion Martin Börschel (29) zum neuen Vorsitzenden wählen.

Kommentar Seite 4

Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 14.05.2002

KOMMENTAR

Signal an die Landes-SPD

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kölner Rat, Heinz Lüttgen, ist der dritte Ratsherr, der im Zusammenhang mit dem Spendenskandal zurückgetreten ist. Das Neue: Nach den beiden Hauptakteuren Norbert Rütther und Manfred Biciste legte zum ersten Mal ein Empfänger gefälschter Spendenquittungen sein Amt nieder.

Seine Erklärung, er habe den öffentlichen Druck nicht länger ertragen wollen, kann man für glaubhaft halten. Man kann aber auch daran denken, dass Politiker vorzugsweise eine solche Formulierung wählen, um als Opfer, nicht als Täter zu erscheinen.

Unabhängig von den persönlichen Beweggründen - mit seinem Schritt hat Lüttgen seiner Fraktion einen Dienst erwiesen. Denn jetzt ist der Weg frei für eine neue Mannschaft an der Spitze, geführt wahrscheinlich von dem jungen Martin Börschel. Der SPD-Landesvorstand indes sollte Lüttgens Rücktritt als Warnsignal verstehen, gerade auch nach Rütthers jüngsten Aussagen zur Praxis der Spendenakquise: Die Affäre ist, anders als öffentlich verkündet, weder aufgeklärt noch beendet.

ANDREAS DAMM

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.05.2002

Lüttgen legt Ratsmandat nieder - Sondersitzung der SPD-Ratsfraktion hinter verschlossenen Türen /

INFO-KASTEN

Persönliche Erklärung

Der Landesvorstand hat die in seinem Schreiben vom 18. 4. 2002 an die Schiedskommission angekündigte Begründung nebst Beweisanträgen für die Sofortmaßnahme und die Einleitung eines Schiedsverfahrens bis heute nicht vorgelegt. Die Erklärung des Landesvorstands im Schreiben vom 18. 4. 2002, dass "wir in dem Parteiordnungsverfahren versuchen werden, so schnell als möglich alle Gesichtspunkte für und wider festgestellt zu erhalten" ist offensichtlich nur als programmatische Ankündigung zu verstehen, ohne dass die Fürsorgepflicht des Landesvorstands ernsthaft angesprochen werden sollte. In meiner persönlichen Erklärung vom 16. 4. 2002 bin ich davon ausgegangen, dass die in der Öffentlichkeit durch die Aussagen von Norbert Rüter diskutierten Fragen, soweit meine Person betroffen ist, in aller Kürze geklärt sind. Deshalb hatte ich mich entschlossen, mein Ratsmandat bis zur Entscheidung der Schiedskommission ruhen zu lassen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 14.05.2002

Sondersitzung der SPD-Ratsfraktion hinter verschlossenen Türen

Lüttgen legt Ratsmandat nieder

SPD-Ratsherr Martin Börschel wird für das Amt des Fraktionsvorsitzenden kandidieren, Axel Kaske wird sich um den Stellvertreterposten bewerben.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Der langjährige SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen (59) hat gestern sein Ratsmandat niedergelegt. Lüttgen habe diese Entscheidung mit dem wachsenden Druck auf seine Person begründet, erklärte Ratsherr Martin Börschel nach einer Sondersitzung der SPD-Fraktion. Er habe Lüttgen vor den Ratsmitgliedern für seine langjährige Arbeit gedankt, sagte Börschel: "Heinz Lüttgen hat ohne Zweifel viel für Köln getan." Börschel erklärte weiter, dass er sich am 22. Mai um das Amt des Fraktionsvorsitzenden bewerben werde; Axel Kaske, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, werde für den Stellvertreter-Posten kandidieren. Als weitere Stellvertreterin ist Ulrike Loida im Gespräch. Damit verbleibt aus dem alten Vorstand nach den Rücktritten von Norbert Rüter und Manfred Biciste lediglich Dörte Gerstenberg im Amt.

Die Sitzung, zu der Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich auf Wunsch von Heinz Lüttgen eingeladen hatte, begann gestern um kurz nach 17 Uhr. Sie endete mit einer persönlichen Erklärung Lüttgens, die er durch Martin Börschel den Pressevertretern überreichen ließ. Darin bestreitet der 59-Jährige, dass der Ex-Fraktionschef Rüter ihm die Kosten für eine Anzeige im OB-Wahlkampf 2000 für Anke Brunn mit 6000 Euro aus schwarzen Geldbeständen erstattet habe. Rüter hatte dies bei seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft ausgesagt. Er habe die Kosten für die Anzeige von 13 611,67 Mark von seinem Konto überwiesen. Eine Rückzahlung des Betrags sei nie erfolgt.

Lüttgen, der sein Amt hatte ruhen lassen, weil er in der SPD-Parteispendenaffäre in den Jahren 1994 bis 1999 von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste fingierte Quittungen im Wert von 12 300 Euro (25 000 Mark) angenommen hatte, äußert in seiner Erklärung heftige Kritik am SPD-Landesvorstand. Seit der Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gegen seine Person am 15. April habe der Landesvorstand bis gestern "nicht einmal die von ihm angekündigte Begründung für die Anordnung des Ruhens meiner Mitgliedsrechte der Schiedskommission vorgelegt".

Der Abgang des SPD-Mannes, der 27 Jahre lang die Geschicke der Partei maßgeblich beeinflusste, glich einem Versteckspiel. Die SPD-Ratsmitglieder waren erst kurze Zeit vorher über den Sitzungsort informiert. Letztlich traf man sich in den Räumen der Stadtkämmerei. Anfangs nahm auch der Parteivorstand mit Jochen Ott und seiner Stellvertreterin Anke Brunn an der Sitzung teil. Martin Dörmann, ebenfalls Parteivize, kam zehn Minuten zu spät. Da war die Flurtür vor dem Sitzungssaal bereits geschlossen. Dörmann versuchte vergeblich, per Handy Kontakt zu einem Fraktionsmitglied aufzunehmen. Gegen 17.30 Uhr verließen Ott und Brunn die Fraktionssitzung, ohne eine Erklärung abzugeben. Wenige Minuten später erschien Ratsmitglied Franz Irsfeld, dem es erst nach mehreren Anläufen gelang, einen Fraktionsmitarbeiter ausfindig zu machen, der ihm die Tür öffnete.

Heinz Lüttgen selbst ließ sich nach seinem Rücktritt verleugnen. "Er ist schon weg", sagte Ratsmitglied Axel Kaske den wartenden Pressevertretern. Dabei war der 59-Jährige gemeinsam mit Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich im Sitzungssaal verblieben, bis Martin Börschel und Axel Kaske die Presse informiert hatte.

Auch Marlis Herterich, von der Ex-Fraktionschef Rüter behauptet hatte, sie sei seit Juni 2000 über die schwarze Fraktionskasse unterrichtet gewesen, stand nicht zur Verfügung. "Frau Herterich wird keine öffentlichen Erklärungen abgeben", ließ sie mitteilen. Ob sie unter der neuen Fraktionsführung weiter als Geschäftsführerin fungieren wird, bleibt unklar. Zum Rücktritt Lüttgens sagte Parteichef Ott am Abend, er respektiere die Entscheidung und freue sich auf die Zusammenarbeit mit Börschel.

Zurückgetreten: SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen erklärte gestern Nachmittag auf einer

Fraktions-Sondersitzung, er werde seine Ämter niederlegen. Mit SPD-Geschäftsführerin Marlis Herterich verließ

er lange nach den anderen Ratsmitgliedern die Fraktionsräume. BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.05.2002

SPD-Bücher werden weiter durchleuchtet **Bundes-Schatzmeisterin bezweifelt Rüter-Aussagen zu** **den schwarzen Kassen**

OB Fritz Schramma will mit der SPD-Fraktion in Kürze noch einmal über die schwarze Fraktionskasse sprechen.

Ob die SPD-Fraktion seit 1975 systematisch nicht verausgabte Fraktionszuwendungen angespart und in eine schwarze Kasse transferiert hat, wird sich wohl nicht klären lassen. "Die Unterlagen, die man dem Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt hat, reichen dazu nicht aus", sagte sein Rechtsreferent Lothar Becker dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Sie bestünden im Wesentlichen aus dem Bericht des Wirtschaftsprüfers und aus den einfachen Verwendungsnachweisen. Die seien, so Schatzmeister Martin Börschel, alle ordnungsgemäß abgezeichnet.

Fest steht lediglich, dass in der schwarzen Kasse 260 000 Mark sowie eine Spende aus dem Jahr 1995 von 25 000 Mark lagen. Man habe seit 1988 keine Kontobewegung festgestellt. Dem steht die Aussage des Ex-Fraktionsvorsitzenden Norbert Rüter entgegen, der in seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft ausgesagt hatte, er sei 1992 von Klaus Heugel über das "Sondervermögen" der Fraktion mit einem Grundstock zwischen 600 000 und 700 000 Mark informiert worden, das aus Festgeldern, Inhaber-Schuldverschreibungen, einem Spar- und einem Girokonto bestanden habe. Auf das Girokonto seien die Erlöse der Festgelder und Schuldverschreibungen geflossen.

I d B li SPD Füh h b di Rüter A K f hütt l h f "Rüter fä t

In der Berliner SPD-Führung haben die Rüter-Aussagen Kopfschütteln hervorgerufen. "Rüter fängt an ziemlich zu spinnen", wird die SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier zitiert. Sie bezweifelt die Angaben Rüthers, die Kölner Partei habe mehr illegale Spenden angenommen als bisher bekannt ist. Generalsekretär Franz Müntefering bleibt allerdings dabei, "alles sei geklärt", soweit es die gefälschten Spendenquittungen angeht. Beim Rechnungswerk der Partei sieht man in der Berliner SPD-Zentrale allerdings noch Handlungsbedarf. "Die Affäre ist für uns noch nicht zu Ende", erklärte Wettig-Danielmeier. Man werde bis Ende Mai dem Bundestagspräsidenten den von unabhängigen Wirtschaftsprüfern testierten vorläufigen Abschlussbericht vorlegen. Allerdings müsse man weiterhin allen Aussagen nachgehen. Die SPD werde weiterhin alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, um die noch ausstehenden Auskünfte von Rüter und Bicieste zu bekommen. Solange die Staatsanwaltschaft diese Aussagen unter Verschluss halten, könnte der Bericht an den Bundestagspräsidenten darum nur vorläufig sein. (pb/ors)

Künftige SPD-Fraktionsspitze: Martin Börschel (r.) und Axel Kaske wissen noch nicht, wer für Heinz Lüttgen in den Rat nachrückt. BILD: STEF

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 17.05.2002

SPD-Spendenskandal

"Wir haben bisher keine Akteneinsicht"

Michael Groschek, Generalsekretär der NRW-SPD, geht von einer baldigen Aufklärung der Spendenaffäre aus. Mit ihm sprach Peter Berger.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: Der zurück getretene Kölner Fraktionsvize Heinz Lüttgen wirft der Landes-SPD Untätigkeit und Pauschalverurteilung vor. Was sagen Sie dazu?

GROSCHKE: Auch Heinz Lüttgen, der ja über Jahre Quittungen vereinnahmt hat, muss Verständnis dafür haben, wenn er mal wochenlang warten muss, bis die Schiedskommission Stellung bezieht. Er wird ein gerechtes und fristgemäßes Urteil bekommen.

Lüttgen spricht ja nicht allein von Pauschalverurteilung. Auch die Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler und Marc Jan Eumann fühlen sich vorverurteilt.

GROSCHKE: Das Gefühlsleben anderer steht nicht so sehr im Mittelpunkt meiner Betrachtungen. Dazu möchte ich mich nicht äußern.

Warum werden die Verfahren nicht schneller abgewickelt, wie es die Kölner SPD seit Wochen fordert?

GROSCHKE: Bei der Besetzung des Vorsitzes der Schiedskommission II gab es Probleme, die jetzt erledigt sind. Darüber hinaus ist zu sagen, dass man auf der einen Seite nicht politische Unabhängigkeit einfordern kann, auf der anderen aber den Landesverband auffordert, Druck zu machen. Auf die Verfahren der Schiedskommissionen hat die Landes SPD keinerlei Einfluss. Schiedskommissionen hat die Landes-SPD keinerlei Einfluss.

Wann werden die ihre Arbeit abgeschlossen haben?

GROSCHEK: Ich weiß es nicht. Ich bin aber sicher, dass sich die Vorsitzenden bei der zeitlichen Behandlung der Fälle bewusst sind, in welcher Verantwortung und unter welcher öffentlichen Beobachtung sie stehen. Sie werden Gründlichkeit und Geschwindigkeit in eine vernünftige Balance bringen.

Der Schwebeszustand lähmt die Arbeit der SPD-Fraktion im Stadtrat. Kann Anita Cromme, auf die ja auch ein Parteiordnungsverfahren wartet, für Heinz Lüttgen in den Rat nachrücken?

GROSCHEK: Ich will mir nicht anmaßen, Frau Cromme einen Ratschlag zu erteilen. Ich habe natürlich eine Meinung dazu, werde aber diesen Vorgang öffentlich nicht bewerten, weil er uns als Landesverband zunächst einmal nicht unmittelbar berührt.

Die Kölner SPD-Fraktion hat beim Teil-Verkauf der Müllabfuhr an Trienekens eine Kehrtwende vom Nein zum Ja vollzogen, nachdem eine Großspende von 76 500 Euro geflossen ist. Fürchten Sie eine tiefer gehende Verstrickung in den Müllskandal?

GROSCHEK: Ich kenne die Aussagen Norbert Rütters vor der Staatsanwaltschaft nur aus Presseberichten, kann das also nicht qualifiziert beurteilen. Bislang ist uns der Einblick in die Akten der Staatsanwaltschaft verwehrt. Die Frage, ob die Partei in Köln zu weiteren Konsequenzen kommen muss, kann erst entschieden werden, wenn der Staatsanwalt die Ermittlungsergebnisse auf den Tisch legt.

Michael Groschek

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 17.05.2002

SPD-Spendenskandal

Werner Jungs Wahlkreis wieder in Frage gestellt

Die Landes-SPD will mit Werner Jung ein Gespräch über seine Bundestagskandidatur führen.

VON PETER BERGER

Die Kölner SPD wird sich auf ihrem Parteitag am Mittwoch, 22. Mai, im Bürgerzentrum Chorweiler mit ihrem Bundestagskandidaten Werner Jung beschäftigen. "Dem Unterbezirk liegt ein Antrag vor, über den Wahlkreis Nippes/Ehrenfeld/ Chorweiler zu diskutieren", sagte SPD-Parteichef Jochen Ott gestern. Das werde man auch in der Sitzung des Parteivorstands am Dienstag nächster Woche tun. Auf den 48-jährigen Historiker, der in seinem Wahlkreis gegen den CDU-Fraktionsvorsitzenden Rolf Bietmann antreten muss, wartet im Zusammenhang mit der SPD-Spendenaffäre ein Ordnungsverfahren. Er soll vom ehemaligen Schatzmeister Manfred Biciste falsche Spendenbescheinigungen erhalten haben.

Die Verzögerung des Schiedsverfahrens gegen ihren Kandidaten wird für die Kölner SPD zum Problem. Durch den Rücktritt ihres Vorsitzenden Norbert Bünthen und den nachfolgenden Rückzug seines Stellvertreters Joachim Witt konnte diese bisher aber noch nicht tagen. Erst am Mittwoch hatte sich der Meinerzhagener Bürgermeister Erhard Pierlings bereit erklärt, den Vorsitz zu übernehmen. Wie Werner Jung gestern erfahren hat, ist sein Termin bei der Schiedskommission II auf den 20. Juni gelegt worden. Jung will nun erreichen, dass der Termin vorverlegt wird noch vor den 22. Mai. Er hatte der NRW-SPD vorgeworfen, das Verfahren bewusst zu verschleppen.

Der Kölner Parteichef Jochen Ott möchte auf dem Parteitag in Chorweiler über Jungs Kandidatur "lieber auf der Grundlage eines abgeschlossenen Schiedsverfahrens" diskutieren. Das sei nach dem gegenwärtigen Stand nicht möglich und auch deshalb bedauernd, weil Werner Jung an dem Parteitag nicht teilnehmen kann, da seine Parteiämter bis zum Urteil der Kommission ruhen. Jung habe so keine Gelegenheit, sich den Delegierten zu stellen. "Das ist äußerst unbefriedigend", so Ott.

Für den SPD-Landesvorstand spielt der Spruch der Schiedskommission bei der Frage, ob Werner Jung als Bundestagskandidat zu halten ist, offenbar bloß eine untergeordnete Rolle. Das Schiedsverfahren sei nur die eine Seite der Medaille, sagte SPD-Generalsekretär Michael Groschek dem "Kölner Stadt-Anzeiger". "Es gibt einen Sachverhalt in der Spendenaffäre, den die Kommission nach ihren Ermittlungen unabhängig vom Landesvorstand zu beurteilen hat." Darüber hinaus gebe es aber noch andere "politische Grundsätze", die unabhängig vom parteijuristischen Verfahren zur Beurteilung der Bundestagskandidatur von Werner Jung heranzuziehen seien. "Darüber werden wir mit ihm sehr kurzfristig sprechen", so Groschek. Ob dieses Gespräch vor oder nach der Entscheidung der Kommission stattfinden werde, könne er nicht sagen, weil er die Termine der Kommission nicht kenne. Ob die SPD an Jungs Kandidatur festhalte, werde man nach dem Gespräch auch öffentlich mitteilen. Von der Landesliste war der 48-Jährige nach Bekanntwerden seiner Verwicklung in die Spendenaffäre bereits gestrichen worden.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 17.05.2002

KOMMENTAR / SPD-AFFÄRE

Zu riskant

Gebetsmühlenartig hat die Kölner SPD beim Landesvorstand die schnelle Aufklärung des Parteispenskandals gefordert. Besonders dringlich erschien ihr der Fall des Bundestagskandidaten Werner Jung. Schließlich geht es um die Frage, ob er als Kandidat gehalten werden kann. Für die NRW-SPD ist diese Frage schon entschieden. Jung muss ausgetauscht werden. Eine andere Deutung lässt die Erklärung des SPD-Generalsekretärs Michael Groschek, das Schiedsverfahren sei nur die eine Seite der Medaille, daneben müsse man auch eine politische Wertung der Vorgänge vornehmen, nicht zu. Dem SPD-Landesvorstand ist das Risiko zu groß, einen in die Partei-Spendenaffäre verwickelten Kandidaten gegen CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann ins Rennen zu schicken, selbst wenn er von der Schiedskommission freigesprochen werden sollte. Das ist aus wahltaktischen Gründen nachvollziehbar, hat mit einem fairen Verfahren aber nichts mehr zu tun. Werner Jung hat schlechte Karten. Egal, wie die Kommission entscheidet.

PETER BERGER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 18.05.2002

Eisermann bricht sein Schweigen

Der Ex-Chef der AVG sagt vor der Staatsanwaltschaft umfassend aus - Druck wurde zu groß

Es war nur eine Frage der Zeit, dass auch die letzte Schlüsselfigur zu reden begann, sagen die Ermittler.

VON AXEL SPILCKER

Lang hat's gedauert, bis Ulrich Eisermann, eine der beiden Hauptfiguren in der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage, sein Schweigen brach. Das hat sich nun geändert. Eisermann, der insgesamt vier Millionen Euro Schmiergelder bekommen haben soll, offenbart sich derzeit der Staatsanwaltschaft. Offiziell will sich niemand mit dem Hinweis auf strikte Nachrichtensperre zum Thema äußern. Aber aus Justizkreisen wurde bestätigt, dass der inhaftierte ehemalige Chef des halbstädtischen Mülllofenbetreibers AVG umfangreich aussagt.

Der selbstverhängte Maulkorb der Anklagebehörde ist der Grund dafür, dass am Freitag nichts zum Inhalt der Aussage bekannt wird. Die Staatsanwaltschaft will durch Eisermanns Aussage die Schmiergeldflüsse in der Müllaffäre klären.

Bisher besteht der Verdacht, das Manager des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller als Gegenleistung für den Zuschlag zum Bau des Kölner Milliardenprojekts Schwarzgelder in Höhe von 14,5 Millionen Euro über Schweizer Kanäle an Entscheidungsträger in Köln fließen ließen. Davon sollen der SPD-Strippenzieher Karl Wienand und der Ex-AVG-Manager Eisermann knapp sechs Millionen Euro erhalten haben.

Die Ermittler wollen wissen, ob und wie Eisermann die angeblich gezahlten Bestechungsgelder des Gummersbacher Anlagenbau-Unternehmens Steinmüller untergebracht hat. Gab es noch andere MVA-Entscheidungsträger aus der Politik und Verwaltung, die Eisermann am Kuchen teilhaben ließ? Schließlich hatte die Beschlagnahme von Eisermanns Vermögen nur einen Bruchteil der Millionen zu Tage gefördert. Unklar ist nach wie vor überdies der Verbleib der Hälfte der Schmiergeldsumme von 14,5 Millionen Euro.

Nach Ansicht von Beobachtern war der Schritt des Hauptverdächtigen eine Frage der Zeit. Zu belastend waren die Aussagen der mitbeschuldigten Geldgeber: So sprach einer der Steinmüller-Manager von maßlosen Forderungen des ehemaligen AVG-Chefs. Eisermann soll stetig Druck ausgeübt haben, wenn es um neue Zuwendungen ging. Gezahlt wurde den Aussagen der Steinmüller-Leute zufolge, weil man sich vor Repressalien durch den Müll-Manager fürchtete.

Eisermann, selbst lange Zeit Genosse, machte ferner für das Ex-Kölner SPD-Schweregewicht Norbert Rütter großzügige Spenden beim MVA-Generalunternehmer Steinmüller sowie einer Reihe weiterer Unternehmen locker. Rütter erinnerte in seiner Vernehmung daran, dass er, der damalige SPD-Fraktionschef Klaus Heugel und Eisermann sich mit dem damaligen Geschäftsführer der Firma Steinmüller in einem Nobelrestaurant trafen. Ganz beiläufig will Rütter seine Spendenbitte vorgetragen haben. Mit Erfolg: Monate später hielt er in Zürich einen braunen Umschlag mit einer sechsstelligen Summe in Händen.

Sagte aus: Ulrich Eisermann

Sagte aus: Ulrich Eisermann

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
RG 23.05.2002

Der SPD drohen hohe Strafgeelder

Der Bundestagspräsident will wegen der Affären in Köln und Wuppertal Sanktionen erlassen.

Berlin - Noch vor der umfassenden Aufklärung ihrer Spendenaffären in Köln und Wuppertal sollen

Teilsanktionen gegen die SPD erlassen werden. Dies hat nach Auskunft der SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier der Bundestagspräsident vorgeschlagen. Danach muss die Partei mit mehreren hunderttausend Euro Strafe wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz rechnen. Während die Kölner Affäre unstrittig sei, halte die SPD im Wuppertaler Fall die Grundlagen für fraglich.

Die Bundestagsverwaltung habe die SPD über die Absicht informiert, wegen nicht korrekt veröffentlichter Spenden Sanktionen zu verhängen, bestätigte Bundestagssprecher Hans Hotter. Eine Entscheidung sei jedoch noch nicht gefallen. Zunächst habe die SPD die Möglichkeit, Stellung zu nehmen. Wettig-Danielmeier kündigte für Anfang nächster Woche einen Bericht zu der Kölner Affäre an, eine Stellungnahme zu Wuppertal komme möglicherweise noch in dieser Woche. Bei einem Verstoß gegen das Parteiengesetz durch fehlerhaft ausgewiesene Spenden können finanzielle Sanktionen in doppelter Höhe der Spendensumme verhängt werden. Der Bauunternehmer Uwe Clees hatte 1999 der Wuppertaler SPD für den Oberbürgermeister-Wahlkampf 256 000 Euro (damals 500 000 Mark) zukommen lassen. Im Rechenschaftsbericht der Partei war die Spende jedoch nur zum Teil unter seinem Namen genannt. Der Rest soll über Mittelsmänner an die SPD geflossen sein. Die Bundestagsverwaltung gehe hier von einigen Annahmen aus, die so nicht stimmten, meinte Wettig-Danielmeier. Dies werde die SPD in den nächsten Tagen richtig stellen. Es sei alles nach Stand der Kenntnis offen gelegt worden. "Verschleiert haben wir nichts."

Im Kölner Fall geht die Schatzmeisterin von einer fraglichen Spendensumme von "deutlich unter 500 000 Mark" aus. Die illegal angenommenen Barspenden sollen zum Teil über fingierte Spendenquittungen in die Parteikasse transferiert worden sein. Am Abend wollte die Kölner SPD bei einem Sonderparteitag über weitere Konsequenzen aus der Spendenaffäre beraten. (dpa)

Siehe auch Lokales Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 23.05.2002

Nach dem Skandal: SPD-Fraktion wählt neue Spitze, Parteitag sucht Weg aus Krise

Wischnewski: SPD soll sich entschuldigen

Parteichef Ott spricht sich gegen "radikale Säuberungen" aus - Piffe für Groschek

Die Kölner SPD diskutierte gestern auf ihrem Parteitag über Konsequenzen aus dem Spendenskandal.

VON PETER BERGER UND ANDREAS DAMM

Als Parteichef Jochen Ott gestern Abend das Rednerpult im Bürgerzentrum Chorweiler verließ, hatte er in der Aufarbeitung des Spendenskandals Pflöcke eingeschlagen, an denen er sich schon bald messen lassen muss. Er teile nicht die Forderungen nach radikalen Säuberungen, hatte er den Delegierten zugerufen. "Das ist nicht mein Verständnis von sozialer Demokratie." Wer in den anstehenden Parteiordnungsverfahren eine Rüge erhalte, müsse sein Mandat weiter ausüben können.

Ott hat sich damit klar positioniert. Auch in der drängendsten Personalfrage der nächsten Wochen, die gestern noch unbeantwortet blieb: Wird die SPD mit Werner Jung oder einem anderen Kandidaten im Wahlkreis Ehrenfeld/Nippes/ Chorweiler in den Bundestagswahlkampf ziehen? "Das Schiedsverfahren gegen Werner Jung wird am 28. Mai eröffnet. Wir sollten eine Entscheidung, ob die Kandidatur aufrecht erhalten bleiben soll oder nicht, erst dann treffen, wenn das Ergebnis vorliegt", so der Parteichef. Will heißen: Kommt Jung mit einer Rüge davon, darf er Kandidat bleiben. Eine Auffassung, die Michael Groschek, Generalsekretär der Landes-SPD, wohl nicht teilt - Groschek wurde mit vereinzelt Buhrufen empfangen. Er teilte dem Parteitag mit, es stehe seit gestern fest, dass die Partei 500 000 Euro Strafe zahlen muss.

Jubel dagegen um Hans-Jürgen Wischnewski - der bald 80-Jährige regte an, die Partei solle aus Spenden der Mitglieder eine Anzeige aufgeben: "Darin muss stehen, dass es bei der SPD unverantwortliche Finanzmanipulationen gegeben hat, dass wir das zutiefst bedauern und dass wir die Bevölkerung um Entschuldigung bitten!" Er will trotz seiner angeschlagenen Gesundheit den Wahlkampf mitmachen, um dazu beizutragen, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen.

Die Delegierten diskutierten zunächst über einen Vorschlag des Unterbezirksvorstands, demzufolge keine Barspenden über 500 Euro mehr angenommen werden sollen. Auch werde sich der Vorstand künftig quartalsweise Listen aller Spender vorlegen lassen - und sich vorbehalten, im Einzelfall Zuwendungen aus politischen Gründen zurückzuweisen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 29.05.2002

Werner Jung vor Kommission

Der SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Ehrenfeld/Nippes/ Chorweiler, Werner Jung, hat sich gestern Abend in Düsseldorf vor der Schiedskommission des SPD-Landesverbandes geäußert. Der SPD-Landesvorstand hatte das Schiedsverfahren eingeleitet, um zu klären, ob der 48-jährige Historiker wegen der Annahme von Spendenquittungen in die Spendenaffäre der Kölner SPD verwickelt ist. Im März war Jung bereits von der Reserveliste des Landes gestrichen worden.

Der Kandidat hat die Vorwürfe stets bestritten. Er habe lediglich zwei Spendenbelege als Erstattung für Sachauslagen erhalten. Die ihm zur Last gelegte dritte Quittung aus dem Jahr 1999 habe er nie erhalten. Das wird durch einen Brief des Rechtsanwaltes Reinhard Birkenstock bestätigt, der den früheren Parteischatzmeister Manfred Biciste vertritt. Nach Bekanntwerden der CDU-Spendenaffäre habe Biciste 1999 keine weiteren gefälschten Belege mehr verteilt, heißt es in dem Schreiben an die Steuerfahndung. Biciste soll jedoch zu diesem Zeitpunkt Jung in den Kassenbüchern als Spender verbucht haben. Die Steuerberaterin, die Jung als Entlastungszeugin benannt hatte, ist vor wenigen Tagen gestorben.

Das Schiedsverfahren, dem bis Ende nächsten Monats 24 weitere folgen sollen, kann mit einem Freispruch, einer Rüge, einem zeitweiligen Funktionsverbot oder dem Parteiausschluss enden. Das Ergebnis wurde bei Redaktionsschluss nicht bekannt. (adm)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 30.05.2002

Jung bleibt Kandidat in Wartestellung

Nach seinem mehrstündigen Termin vor der parteiinternen Schiedskommission am Dienstagabend muss der SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Ehrenfeld/Nippes/Chorweiler noch auf das Urteil warten. Die Kommission habe ihre Entscheidung im Zusammenhang mit der Spendenaffäre gefällt und werde diese Jung schriftlich zustellen, sagte eine Sprecherin des SPD-Landesverbandes am Mittwoch. Über Einzelheiten könne sie sich nicht äußern. Jung sagte auf Anfrage, er kenne das Ergebnis nicht und wolle über den Ausgang des Parteiverfahrens nicht spekulieren. Von dem Urteil der Schiedskommission, das bis zum Parteiausschluss führen kann, hängt die Entscheidung der Kölner SPD über Jungs politische Zukunft ab. Im Falle eines Freispruchs soll Jung Kandidat bleiben; sollte er dagegen mit einem befristeten Funktionsverbot oder einer härteren Strafe belegt werden, wolle die Kölner SPD einen neuen Bewerber aufstellen. Offen ist, was im Falle einer Rüge geschieht. Der Unterbezirksvorstand will sich am 4. Juni mit der Angelegenheit befassen, spätestens bis zu diesem Tag soll Jung von der Kommission informiert werden.

Der 48-jährige Historiker hat stets bestritten, in den Spendenskandal der Kölner SPD verwickelt zu sein. Er habe lediglich zwei Quittungen als Ausgleich für seine Aufwendungen erhalten. Eine weitere ihm zur Last gelegte Spendenbescheinigung habe er niemals erhalten. (adm)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 01.06.2002

Rüther und Biciste sollen kräftig zahlen

Bundes-SPD hält Spendenskandal für aufgeklärt

Die Verursacher sollen gezwungen werden, für den Schaden aufzukommen.

VON STEFAN SAUER UND ANDREAS DAMM

Die Bundes-SPD hält den Parteispendenskandal in Köln für weitgehend aufgeklärt. Offen sei nach wie vor die Herkunft von rund 127 500 Euro, die vom ehemaligen Fraktionschef Norbert Rüther angenommen und von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste in kleine Tranchen gestückelt worden seien, sagte Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier am Freitag in Berlin. Damit sei auch noch unklar, ob sich der Verdacht der Korruption bestätigen werde. Außer den illegal verbuchten 246 000 Euro, die festgestellt wurden und für die die SPD eine Strafe in doppelter Höhe zahlen muss, seien nach jetzigem Kenntnisstand keine weiteren Spenden unrechtmäßig eingeschleust worden.

Rüther hatte behauptet, insgesamt 423 000 Euro eingenommen zu haben und an die Partei sowie die Ratsfraktion geleitet zu haben. Mit einem Teil des Geldes seien SPD-Veranstaltungen finanziert worden. Hingegen erklärte Wettig-Danielmeier, Zahlungen an die Fraktion oder für Veranstaltungen hätten nicht festgestellt werden können. Der Ex-Fraktionschef nutze "die Wahrheit wie ein Hütchenspieler". Der Schatzmeister der Kölner SPD, Martin Börschel, kann sich den Verbleib des Differenzbetrages nicht erklären. Er beklagte, dass der Generalstaatsanwalt in Köln der SPD noch immer keine Einsicht in die Vernehmungsakte gewährt hat.

Ein erheblicher Teil der von Rüther angenommenen Spenden hätte nach Worten der Bundesschatzmeisterin gar nicht unrechtmäßig verbucht werden müssen, da sie unterhalb der Veröffentlichungsgrenze von 20 000 Mark gelegen hätten. Rüther habe die Spenden dennoch stückeln lassen, um durch die Kontrolle über die Geldflüsse seine "Machtfülle" zu vergrößern.

Die Spenden seien so gestückelt worden, dass sie "plausibel erscheinen mussten", betonte die Schatzmeisterin. Biciste habe bei der Vergabe der fingierten Quittungen darauf geachtet, dass "die Spendenhöhen in glaubhaftem

Verhältnis zur Einkommenssituation" der angeblichen Spender standen. Auch seien offenbar gezielt Bundes- und Landtagsabgeordnete ausgewählt worden, die durch die Höhe ihrer sonstigen Spenden keinerlei Steuervorteile aus den fingierten Quittungen hätten ziehen können. So sollten etwaige Verdachtsmomente zerstreut werden.

"In Ruhe" werde der Kölner Vorstand mit der Bundespartei über seinen Beitrag zur finanziellen Wiedergutmachung sprechen, so Börschel. Auf jeden Fall sollen Rütther und Biciste mit einer Klage gezwungen werden, für den "von ihnen verursachten Schaden" aufzukommen. Zudem sei zu erwägen, ob auch Beleg-Empfänger zahlen müssen. Auf Grund der Aussage Rütthers, die SPD habe schon vor seiner Amtszeit "Dankeschönspenden" erhalten, sollen die Bücher der Jahre 1991 bis 1993 und 2000 stichprobenartig geprüft werden.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 01.06.2002

Werner Jung gibt Kandidatur auf SPD-Schiedskommission lässt passives Wahlrecht ruhen

Der Kölner Politiker kritisiert das Parteigericht und tritt aus der SPD aus.

VON ANDREAS DAMM

Der Kölner SPD-Bundestagskandidat für Ehrenfeld, Nippes und Chorweiler, Werner Jung (48), hat am Freitagabend seinen Verzicht auf die Kandidatur und seinen sofortigen Austritt aus der SPD erklärt. Damit reagierte der Historiker auf das Urteil der SPD-Schiedskommission, das ihm zuvor in einem Fax übermittelt worden war. Wichtigster Punkt der Entscheidung des Parteigerichts: "Das passive Wahlrecht" Jungs "für alle Mandate ruht für die Dauer von zwei Jahren".

Jung, der zum Ausgleich für seine Ausgaben für die Partei zwei fingierte Spendenquittungen erhalten haben soll, sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger": Das Urteil "ist irrsinnig und trifft ins Leere". Er sei innerhalb der Partei bereits zum Kandidaten gewählt worden, und Kandidaturen zur Kommunalwahl strebe er nicht an. Das vom Grundgesetz garantierte öffentliche Wahlrecht hingegen, ob aktiv oder passiv, könne nur ein ordentliches Gericht aufheben. Das Urteil trifft Jung da, wo es ihm politisch am meisten schadet. "Die Schiedskommission hat sich mit dieser Entscheidung dem politischen Druck, der nach eigenen Angaben auf sie ausgeübt wurde, gebeugt", heißt es in der Rücktrittserklärung. "Es soll damit das erreicht werden, was der Landesvorstand von Beginn an wollte: meine Bundestagskandidatur unmöglich machen." Dabei habe selbst die Kommission festgestellt, dass er mit dem Spendenskandal nicht in Verbindung zu bringen sei. Dazu zitiert Jung einen Satz aus der Urteilsbegründung: Die Kommission "trägt dem Umstand Rechnung, dass der Antragsgegner (Jung, Anm. der Red.) nicht für die Stückelung von anonymen Großspenden und der damit in Zusammenhang stehenden falschen Spendenbescheinigungen verantwortlich zu machen ist". Dass ihm laut Kommission durch das befristete Verbot eine spätere Kandidatur offen gehalten werden soll, "klingt wie ein Hohn", sagte Jung. Die Kommission habe die Art seiner Auflistung von Auslagen kritisiert und ihm "mindestens grobe Fahrlässigkeit" vorgeworfen. Seiner Ansicht nach sei er jedoch "für deren fehlerhafte Verbuchung nicht verantwortlich". Er könnte zwar Berufung gegen die "rechtlich unhaltbare Entscheidung" einlegen. Das aber wolle er "weder der Kölner Partei noch mir selbst weiter antun". Deshalb trete er nach fast auf den Tag genau 30-jähriger Mitgliedschaft aus.

Jung bezeichnete die Schiedskommission als "williges Werkzeug in den Händen des Landesverbandes". Generalsekretär Michael Groschek habe "öffentlich deutlich gemacht, dass es auf das Schiedsverfahren ohnehin nicht ankomme". Es seien bereits Namen für Nachfolger ins Spiel gebracht worden. Genannt wurde der Oberbergische Bundestagsabgeordnete Friedhelm Julius Beucher. Der Kölner SPD-Chef Jochen Ott, den der Landesvorstand gerne in Berlin sehen würde, hatte eine Bewerbung vor kurzem abgelehnt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 03.06.2002

KOMMENTAR / SPD-URTEIL

Keine Milde

Im Fall des Bundestagskandidaten Werner Jung hat die SPD-Schiedskommission ein Urteil gefällt, das den vermeintlichen Sünder an seiner verwundbarsten Stelle getroffen hat. Der Verzicht auf die Kandidatur bedeutet nichts anderes als das Ende der politischen Karriere auf absehbare Zeit. Und so hat der Bewerber für den Wahlkreis Ehrenfeld/ Nippes/Chorweiler entnervt das Handtuch geworfen.

Mit diesem ersten Urteil ist abzusehen, wie die weiteren 24 Schiedsverfahren ausgehen werden. Wer in der Öffentlichkeit steht, sollte vor dem Parteigericht keine Milde erwarten. Gegen Jung standen zuletzt noch zwei Quittungen über nicht mehr als 2500 Euro. Anderen Kölner Sozialdemokraten werden mehr fingierte Belege über deutlich höhere Summen zur Last gelegt, etwa dem früheren Parteichef Kurt Uhlenbruch, dem früheren Oberbürgermeister Norbert Burger und dem früheren Fraktionsvize Heinz Lüttgen.

Die Schiedskommission hat sich Spielraum gelassen - für Parteiausschlüsse.

ANDREAS DAMM

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 01.06.2002

SPD zahlt Strafgeld

Berlin Die SPD wird im Zusammenhang mit der Kölner Parteispendenaffäre umgehend ein Strafgeld in Höhe von 493.000 Euro an die Bundestagsverwaltung überweisen. Das sagte SPDSchatzmeisterin Inge Wettig-Danilmeier. Ferner werde die SPD rund 66 500 Euro an staatlichen Zuschüssen zurückzahlen, die sie für nicht korrekt verbuchte Spenden erhalten hatte. Nach Angaben einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind 220 367 Euro als fingierte Spenden eingenommen worden und 25 876 Euro in eine schwarze Kasse geflossen. (sts)

Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 04.06.2002

Kever-Henseler vor Schiedskommission

In der Spendenaffäre tagte das SPD-Parteigericht zum zweiten Mal.

VON ANDREAS DAMM

Die Kölner SPD-Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler hat sich gestern Abend in Düsseldorf der SPD-Schiedskommission gestellt. Ihr war zur Last gelegt worden, durch die Annahme einer fingierten Spendenquittung an der illegalen Vertuschung von Großspenden durch den früheren Parteikassierer Manfred Biciste beteiligt gewesen zu sein. Die Politikerin hatte den Vorwurf stets zurückgewiesen, so auch in der gestrigen, annähernd dreistündigen Anhörung vor der Kommission.

Weder Kever-Henseler noch ihre Anwältin Anita Cromme waren nach dem Termin zu einer Stellungnahme bereit. Sie beriefen sich auf das noch nicht abgeschlossene Verfahren. Das Parteigericht will sein Urteil in den nächsten Tagen den Beteiligten zustellen. Aus Teilnehmer-Kreisen war zu erfahren, dass der SPD-Landesverband die Parteirechte Kever-Henselers nicht weiter ruhen lassen wolle. Die Politikerin sei nicht wissentlich in die illegale Spendenpraxis Bicistes einbezogen gewesen. Sie habe aber fahrlässig gehandelt, indem sie ihre Steuererklärung abgegeben habe, ohne die Spendenquittungen zu prüfen. Außer Kever-Henseler und dem am Wochenende aus der SPD ausgetretenen Ex-Bundestagskandidaten Werner Jung stehen weitere 23 SPD-Mitglieder vor einem Parteiordnungsverfahren. Die Kölner SPD will heute über einen Nachfolger Jungs für den Wahlkreis Ehrenfeld/Nippes/Chorweiler beraten. Dabei stehen drei Möglichkeiten zur Diskussion: ein Bewerber aus dem Wahlkreis, ein Bewerber aus Gewerkschaftskreisen und ein externer Kandidat, der nicht SPD-Mitglied SPD ist. Ratsfraktionschef Martin Börschel wollte sich zu Spekulationen nicht äußern. Offenbar gibt es mehrere Interessenten. "Wir müssen", so Börschel, "die Position nicht wie Sauerbier anbieten."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.06.2002

Parteirechte wieder in Kraft

Der SPD-Landesvorstand hat die Parteirechte des Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann nach Information dieser Zeitung wieder in Kraft gesetzt. Das lasse darauf schließen, dass Eumann in dem Schiedsverfahren allenfalls eine Rüge zu erwarten habe, hieß es in Düsseldorf. Der Abgeordnete soll eine gefälschte Spendenquittung angenommen und damit zur Vertuschung von Großspenden an die SPD beigetragen haben. Eumann hatte gesagt, er fühle sich von Ex-Fraktionschef Norbert Rütger missbraucht. Er sei davon ausgegangen, er habe die Spendenquittung als Ausgleich für Leistungen an die Partei bekommen. Unterdessen wartet die Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler nach ihrer Anhörung weiter auf das Urteil der SPD-Schiedskommission. (adm)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.06.2002

KOMMENTAR / SPD-AFFÄRE

Unterschiede

Die Entscheidung der SPD-Schiedskommission im Fall der Landtagsabgeordneten Annelie Kever-Henseler unterscheidet sich erheblich von dem Urteil gegen den früheren Bundestagskandidaten Werner Jung. Einstellung des Verfahrens hier, Kandidatur-Verbot dort; fast ein Freispruch für Kever-Henseler, politische Höchststrafe für Jung.

Festzuhalten ist, dass beiden Spendenempfängern keine wissentliche Beteiligung an dem illegalen Spendensystem der Kölner SPD nachgewiesen worden ist; an jener über Jahre funktionierenden Vertuschung von Großspenden, die der SPD bundesweit schadet.

Die Schiedskommission urteile frei von jedem Druck, versichert der Landesvorstand. Noch steht nicht fest, ob

die Landes-SPD den Ausgang des jüngsten Verfahrens akzeptiert. Dabei werden die Verantwortlichen eins nicht verdrängen können: Würde Kever-Henseler im Falle eines Schuldspruchs wie angekündigt vor einem ordentlichen Gericht um ihren Ruf streiten, wäre das Thema Spendenskandal für die SPD bis zur Wahl im September mitnichten erledigt.

ANDREAS DAMM

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.06.2002

SPD-Gericht stellt das Verfahren ein

Annelie Kever-Henseler äußert sich erleichtert über die Entscheidung der Schiedskommission.

VON ANDREAS DAMM

In der SPD-Spendenaffäre ist das parteiinterne Verfahren gegen die Kölner Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler eingestellt worden. Damit widersprach die Schiedskommission dem Antrag der Landes-SPD, die eine Rüge gefordert hatte. Doch auch der Wunsch der Politikerin nach einem Freispruch hat sich nicht restlos erfüllt.

Schiedsverfahren müssen eingestellt werden, wenn sich die Schuld eines Parteimitgliedes als "gering" erweist und die Folgen seines Verhaltens "unbedeutend sind". Kever-Henseler stand im Verdacht, eine gefälschte Spendenquittung über umgerechnet 1534 Euro angenommen und so zur Vertuschung von Großspenden beigetragen zu haben. Sie hatte stets betont, sie habe nichts gewusst von dem illegalen Spendensystem. Nach Auffassung des Landesverbandes soll sie zumindest fahrlässig gehandelt haben, weil sie den Beleg ungeprüft beim Finanzamt eingereicht hatte.

"Ich bin erleichtert über die Entscheidung", sagte Kever-Henseler. Sie werte die Einstellung als Freispruch. "Jetzt ist eindeutig, dass von den Vorwürfen gegen mich nichts übrig geblieben ist." Drei Monate lang habe sie "unter einem schweren Verdacht gestanden, das steckt man nicht so einfach weg". Die Beteiligten können innerhalb von zwei Wochen Revision bei der Bundes-Schiedskommission einlegen. Noch sei nicht entschieden, ob der Landesverband den Ausgang des Verfahrens akzeptiert, sagte eine Sprecherin der NRW-SPD.

Der Kölner SPD-Chef Jochen Ott hofft, "dass sich noch bei weiteren Mitgliedern herausstellt, dass sie keine persönliche Schuld haben". Insgesamt sind 25 Verfahren gegen Empfänger fingierter Spendenbelege eingeleitet worden. Ende Mai hatte das Parteigericht den früheren Bundestagskandidaten Werner Jung wegen "grober Fahrlässigkeit" mit einem Kandidatur-Verbot bestraft. Jung trat daraufhin aus der SPD aus. Als nächstes sollen sich Bürgermeisterin Renate Canisius und der Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann der Kommission stellen.

Erleichtert: Annelie Kever-Henseler

Erleichtert: Annelie Kever-Henseler

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.06.2002

21 Millionen Mark Schmiergeld flossen für den Bau der Müllverbrennungsanlage ANLAGE KOSTETE MEHR ALS 400 MILLIONEN EURO

Nach einer Rekordbauzeit von zwei Jahren wurde die Müllverbrennungsanlage Anfang 1998 eröffnet. Das Euro-Projekt kostete mehr als 400 Millionen Euro. Generalunternehmer für den Bau war die Firma Steinmüller in Gummersbach. Betreiber der Anlage wurde die im Mai 1992 vom Rat beschlossene und neu gegründete Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln (AVG). Bei Fertigstellung hielten die Stadt Köln 50,1 Prozent des Kapitals, die Stadtwerke 24,8 Prozent und der private Müllkonzern Trienekens ein weiteres Viertel. Im Zuge der Privatisierung der Abfallwirtschaft trennte sich die Stadt von ihrer direkten AVG-Beteiligung. Das Unternehmen Trienekens hält heute 25,1 Prozent der Anteile, weitere 24,8 Prozent werden über die Trienekens GmbH Köln verwaltet. 50,1 Prozent halten die Stadtwerke. Die AVG mit 200 Mitarbeitern ist zuständig für die Verbrennung des Mülls.

BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.06.2002

21 Millionen Mark Schmiergeld flossen für den Bau der Müllverbrennungsanlage

"Ich glaube, da war nicht mehr viel zu

erschüttern"

Kölns SPD-Chef Jochen Ott schließt aus, dass Bestechungsgelder in die Parteikasse geflossen sind

Über die Schmiergeld-Affäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage sprach Andreas Damm mit Jochen Ott, dem Vorsitzenden der Kölner SPD.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: So, wie es aussieht, ist eine der wichtigsten politischen Entscheidungen zu Zeiten der SPD-Mehrheit im Rathaus käuflich gewesen. Die Auswirkungen scheinen verheerend.

JOCHEN OTT: Die Auswirkungen sind in der Tat katastrophal für die Glaubwürdigkeit der Politik und ein klarer Vertrauensbruch gegenüber den Kölnerinnen und Kölnern, die ein Recht auf transparente, nachvollziehbare und saubere Entscheidungen haben. Aber das bezieht sich alles auf den Zeitraum, mit dem wir uns schon seit Wochen herumplagen mussten. Von daher ist das für uns als neue Kölner SPD natürlich sehr traurig, aber was sollen wir dazu sagen. Das ist scheinbar in den 90er Jahren so gewesen.

Bisher hatte die SPD mit einem Spendenskandal zu tun, jetzt ist es ein Korruptionsskandal. Erschwert das Ihre Aufklärungsarbeit?

OTT: Das sehe ich nicht so. Der neue Fraktionschef Martin Börschel und ich haben in allen Interviews immer darauf hingewiesen, es handelt sich um zwei verschiedene Paar Schuhe. Jetzt bestätigt sich das, was wir gesagt haben. Das eine ist die Frage der Spendenquittungs-Empfänger, das Thema ist jetzt erledigt; bis auf die Fälle, deren Aufklärung bald abgeschlossen ist. Darüber hinaus haben wir immer betont, wir wollen wissen, was da noch passiert ist. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt Ergebnisse ihrer Ermittlung vorgelegt. Man wird abwarten müssen, was am Ende herauskommt. Wir können ja nicht den Job der Staatsanwaltschaft machen. Wenn einzelne so gehandelt haben, ist das natürlich schlimm. Aber dadurch ist nicht die gesamte Kölner SPD betroffen.

Das Vertrauen der Bürger in die damalige SPD-Führung ist vollends erschüttert . . .

OTT: Ich glaube, da war nicht mehr viel zu erschüttern. Die Leute sind zu Recht schwer enttäuscht. Man muss aber auch sehen: Keiner der damals in der Fraktionsspitze Verantwortlichen ist heute noch im Amt. Eine Erneuerung hat stattgefunden. Das gibt mir Hoffnung, als neue Kölner SPD das verlorene Vertrauen zurückgewinnen zu können. Dafür werden wir kämpfen.

Der Verbleib von zwei Millionen Mark Bestechungsgeld, das Ex-Fraktionschef Rütter erhalten haben soll, ist noch nicht geklärt. Schließen Sie aus, dass davon etwas in die Parteikasse geflossen ist?

OTT: Nach meinem Wissensstand kann ich das ausschließen. Unsere Bücher sind von drei unterschiedlichen Prüforganisationen kontrolliert worden. Nach den Abschlussberichten ist davon auszugehen, dass es bei der Summe von etwa 500 000 Mark bleibt, die die Schatzmeisterin veröffentlicht hat.

Der neue Kölner SPD-Chef Jochen Ott. BILD: WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.06.2002

21 Millionen Mark Schmiergeld flossen für den Bau der Müllverbrennungsanlage

"Selbstreinigungsprozess ist notwendig"

Die Nachricht von der Verhaftung des früheren SPD-Fraktionschefs Norbert Rütter hat im Rathaus Entsetzen ausgelöst. Politiker aller Parteien befürchten, die neue Dimension des Bestechungsskandals um den Bau der Müllverbrennungsanlage werde Kölns Ruf erheblich schaden.

VON MATTHIAS PESCH UND ANDREAS DAMM

Oberbürgermeister Fritz Schramma erfuhr die Neuigkeit von seinem Pressechef unmittelbar vor einem Treffen mit rheinischen Oberbürgermeistern und Landräten im Historischen Rathaus. In dem Gespräch stellte Schramma unter anderem die Pläne für einen Ehrenkodex und Ehrenrat dar, jener Instrumente also, die für sauberes politisches Gebaren sorgen sollen. "Die Vorfälle schaden der Stadt ganz erheblich", kommentierte Schramma die jüngsten Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft. Weitergehend wollte er sich vor der Presse nicht äußern, da er über die Einzelheiten nicht informiert sei. Der Vorsitzende der CDU im Rat, Rolf Bietmann, hält "die politische Wirkung für verheerend". Er habe stets gefordert, Politik in Köln dürfe nicht käuflich sein, und nun scheine sich das Gegenteil herauszustellen. "Auf den Bürger wirkt das abschreckend. Der Skandal wird sich auf das gesamte politische Klima in Köln auswirken, das wird uns noch lange Zeit belasten." "Wir

geraten in den Ruf, nicht nur eine Klügel-Stadt zu sein, sondern ein absoluter Sumpf", befürchtete CDU-Chef Richard Blömer. Ihm seien "die Mitbeteiligten noch immer unklar". Es stelle sich die Frage, welche Rolle der frühere SPD-Politiker Karl Wienand bei der Auftragsvergabe zum Bau der rund 420 Millionen Euro teuren Müllverbrennungsanlage eingenommen hat: "Musste möglicherweise eine Genehmigung an anderer Stelle erkaufte werden?" Untersucht werden müsse zudem, ob der Auftrag an den Baukonzern Philipp Holzmann rechtmäßig erfolgt sei, forderte Blömer.

Der frühere Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes, der die Anlage genehmigt hatte, sagte, er sei "über die Entwicklung entsetzt". Die Bezirksregierung habe die Baupläne lediglich rechtlich geprüft - alles andere sei Sache der Kommune gewesen. Die Betreibergesellschaft AVG sei eine selbstständige GmbH, Aufsichtsratschef war damals Ex-Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier. "Es wundert mich wirklich, dass Herr Ruschmeier dazu nicht befragt wird", so Antwerpes.

Ein Untersuchungsausschuss müsste sich nach Ansicht von Grünen-Fraktionschefin Barbara Moritz mit dem Thema Müll und Müllverbrennungsanlagen befassen. Gemeinsam mit ihren Bonner Fraktionskollegen wollen die Kölner Ratsgrünen eine Initiative beim Land starten: Die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung soll dahingehend geändert werden, dass auch auf kommunaler Ebene Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden können. Ein Ehrenrat, wie er in Köln geplant sei, ist laut Moritz ein untaugliches Instrument, um derartige Machenschaften zu verhindern.

Moritz erklärte, die neuen Enthüllungen seien "natürlich ein Schock", allerdings sei damit zu rechnen gewesen, dass nach den Aussagen des ehemaligen Müll-Managers Ulrich Eisermann "und angesichts der Summen, die da im Spiel waren", weitere Einzelheiten ans Tageslicht kommen würden. Sie wundere sich nur, dass der ehemalige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier, der sich vehement für den Bau der MVA eingesetzt habe, "nicht auf der Gehaltsliste stand".

FDP-Fraktionschef Ralph Sterck äußerte sich "froh, dass die Aufklärungsarbeit zu weiteren Konsequenzen geführt hat". Die neuen Enthüllungen "tun der SPD und der Stadt allerdings weh, weil sie wieder bundesweit in den Schlagzeilen sind". Dieser "Selbstreinigungsprozess" sei allerdings notwendig. Die Entwicklungen machten noch deutlicher, wie notwendig Ehrenkodex und Ehrenrat seien, wenngleich sich "solch ein Super-Gau wie mit Norbert Rütger auch durch einen Ehrenrat nicht verhindern ließe". Er hoffe nur, dass sich der Schaden nicht zu sehr "auf die ganze Stadt und die engagierten Kommunalpolitiker" auswirke.

"Die Festnahmen zeigen, dass hier der Stadt in einem Ausmaß Schaden zugefügt wurde, das für mich unvorstellbar ist", sagte Wolfgang Uellenberg-van Dawen, DGB-Regionsvorsitzender. Das bei vielen Beschäftigten vorhandene Misstrauen und die Politikverdrossenheit würden weiter verstärkt. Das System und die Strukturen, die solche Machenschaften ermöglicht hätten, müssen "auf den Prüfstand". Mehr Transparenz sei nötig. IHK-Hauptgeschäftsführer Herbert Ferger wies darauf hin, dass einerseits "eine Verhaftung noch keine Verurteilung ist". Andererseits äußerte er sich erfreut, dass "die Aufklärung der Skandale sichtbare Fortschritte macht - und zwar in einem Bereich, der strafrechtlich relevant ist". Solche Erfolge kämen letztlich der Stadt und ihrem Image zugute.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 14.06.2002

LEITARTIKEL

Verrat am Mandat und an den Wählern

Die Kölner SPD-Spendenaffäre erweist sich als klassischer Bestechungsskandal

Von FRANZ SOMMERFELD

Nur drei Monate nach den ersten Meldungen schält sich heraus, dass nicht länger von einer Kölner Spendenaffäre gesprochen werden kann. Es handelt sich vielmehr um einen klassischen Bestechungsskandal. Aus den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergibt sich, dass die Vergabe und der Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage mit Schmiergeldern in Höhe von 11,04 Millionen Euro vorangetrieben wurde. Mit deutscher Sorgfalt wurde ein Drittel der Gelder vor Baubeginn, das nächste Drittel während des Baus und der Rest nach Fertigstellung übergeben. Und in der Schweiz gab es auch den allfälligen "Treuhänder", der die Abwicklung der Bestechung überwachte.

In der Kölner Affäre ging es nicht nur darum, dass eine Firma die verantwortlichen Politiker mit drei Prozent des Auftragsvolumens bestach, um einen Auftrag zu erhalten, der sonst vielleicht an ein anderes Unternehmen gegangen wäre. Das allein wäre schon schlimm genug gewesen. Die Bestechung führt aber weiter - ins Zentrum politischer Entscheidungen: Mit der Wahl einer rot-grünen Regierung in Düsseldorf war eine neue Entsorgungspolitik im Land eingeleitet worden. Danach wäre der Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage nicht erforderlich gewesen, zumindest nicht in dieser Dimension. Mit den Schmiergeldzahlungen wurde nun der politische Wille von Wählern und Landtag durchkreuzt. Darin liegt eine besondere Schande für die beteiligten Politiker. Sie verrieten ihr Mandat. Finanziert wurde das Ganze mit dem Geld der Bürger, aus Abgaben und Steuern.

Dass Herbert Wehners Strippenzieher Karl Wienand einer der Drahtzieher war, wird manche gestandenen Sozialdemokraten erschüttern. Es wirft ein Licht auf ein Milieu von Politik, Geschäft und Kriminalität, das sich viele bislang nicht vorstellen konnten. Dabei weiß die SPD in Stadt, Land und Bund, dass die Affäre mit der Verhaftung Norbert Rütters nicht ihr Ende gefunden hat.

Die neuen Vernehmungen werden hoffentlich klären, für wen Rütter die Steinmüller-Million erhalten hat. Schließlich war er damals noch nicht der einflussreiche Fraktions-Vorsitzende im Stadtrat. Er besorgte das Geschäft für den später gescheiterten Klaus Heugel. Wenn sich Rütter seiner Partei und der Stadt noch verbunden fühlt, sollte er schleunigst offen legen, an wen er das Geld weitergeleitet hat. Das ist er seinem einstigen Engagement in Rat und Landtag schuldig. Schließlich gelten hierzulande noch nicht die Ehrbegriffe der Mafia, nach denen man seine Kumpane nicht verrät. Oder doch? Haben in einer Gesellschaft, in der sich unter dem Druck der Modernisierung traditionelle Zugehörigkeiten und Wertvorstellungen auflösen, nur noch Verbindungen wirklichen Bestand, die auf Korruption oder "Vitamin B" aufbauen? Halten Schmiergeldbeziehungen fester zusammen als die gemeinsamen gesellschaftlichen Vorstellungen?

Ganz so schlimm scheint es noch nicht zu sein. Die Institutionen funktionieren gut. Die Kölner Staatsanwaltschaft treibt ihre Ermittlungen mit großer Hartnäckigkeit und Sorgfalt voran. Die Medien begleiten den Prozess aufmerksam und bemühen sich, die Aufklärung zu unterstützen. Bei aller Enttäuschung schafft Aufklärung auch Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Systems. Zu Recht.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 14.06.2002

Der Skandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage In immer tieferen Verstrickungen

**An der Kölner Müllverbrennungsanlage sollen sich Politiker und
Unternehmer gleichermaßen bereichert haben.**

VON AXEL SPILCKER

Norbert Rütter fand stets für jede Gelegenheit die passenden Worte und Gesten. Im März gab der ehemalige Kölner SPD-Fraktionschef und gelernter Psychiater vor der Staatsanwaltschaft offenbar ein tränenreiches Rührstück zur Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA). Von Millionen Schmiergeldern, manipulierten Ausschreibungen zur Errichtung des Milliardenprojekts - von alledem will der gewichtige Genosse nichts gewusst haben. Er habe stets nach der Auftragsvergabe bei den Firmen "Danke-schön-Spenden" kassiert, um gerade nicht in Korruptionsverdacht zu geraten, sagte der 51-Jährige damals.

Rütter wähnte sich mit dieser Erklärung anscheinend auf der sicheren Seite. In aller Seelenruhe schilderte er ein Inkasso-System der SPD-Fraktionsspitze, das am Rande der Legalität entlangschlidderte. Gesetzlich ist es nicht strafbar, wenn man nach der Auftragsvergabe die Hand aufhält.

Nach den Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft hat Rütter aber gelogen. Der frühere Landtagsabgeordnete gehörte offenbar zu einem hochrangigen Korruptionskartell, das den Bau des Kölner Müllofens durch gezielte Trickereien dem Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller zuschob. Kurz vor zwölf Uhr wurde er gestern unter dem Verdacht der Beihilfe zur Bestechlichkeit verhaftet. Neben Rütter sollen Hellmut Trienekens, kürzlich abgetretener Chef des gleichnamigen Entsorgungs-Riesen, sowie der ehemalige parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand, dazugehören. Die beiden Verdächtigen wurden zeitgleich mittags in Windeck an der Sieg und auf dem Düsseldorfer Flughafen abgeführt. Am späten Nachmittag wurden die drei Beschuldigten im Kölner Polizeipräsidium dem Haftrichter vorgeführt.

Das System, in das die drei verstrickt sein sollen, ist komplex: 1992 gründeten die Stadt Köln und der Unternehmer Hellmut Trienekens die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft AVG. An die Spitze trat der verdiente Amtsleiter Ulrich Eisermann. Der Müll-Manager sollte vor allem das Konzept und die Ausschreibung für den Bau eines eigenen Kölner Müllofens organisieren. Heute gilt Eisermann als Schlüsselfigur in der Affäre. Bereits vor drei Monaten war er verhaftet worden. Kürzlich erst brach er sein Schweigen und schilderte den Ermittlern detailreich, wer beim Bau des Müllofens abkassierte.

1993 waren die Planungen zur Müllverbrennungsanlage im Kölner Stadtteil Niehl in vollem Gange. Die Politik ließ Bürgerproteste gegen Kölns bis dato aufwendigsten Neubau ins Leere laufen, parteintern stritt man sich über die Größe der Kapazitäten. Einflussreiche SPD-Politiker wie der damalige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier, Ratschef Klaus Heugel sowie dessen Adlatus und späterer Nachfolger Norbert Rütter betrieben erfolgreich die große Version. Die Ausschreibung stand an. Just in jener Zeit soll der Altgenosse Karl Wienand auf den Plan getreten sein. Er hatte sich nach seinem unrühmlichen Abgang aus der Bundespolitik als Berater in der Entsorgungsbranche einen Namen gemacht.

Im Frühjahr 93 soll Wienand AVG-Manager Eisermann Provisionen von drei Prozent der Auftragssumme in Höhe von 800 Millionen Mark (400 Millionen Euro) schmackhaft gemacht haben. Eisermann müsse nur dafür sorgen, dass der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller den Zuschlag für den Bau erhalte.

Und Eisermann half offensichtlich nach. Den Ermittlern zufolge soll er bei den Bewerberrunden den Steinmüller-Managern Tipps gegeben haben, damit diese ihr Angebot nachbessern konnten. Da wurden offenbar Gutachten über die Bewertung der vier Kandidaten mehrfach redigiert. Auch soll Eisermann den Steinmüller-Chef Sigfrid Michelfelder unter vier Augen über die Preisangebote der Konkurrenten auf dem Laufenden gehalten haben. Im Herbst 1993 sollen dann Eisermann, Anlagen-Manager Michelfelder und Abfall-Multi Trienekens bei einem Treffen die Schmiergeldvereinbarung festgezurret haben: ein Drittel bei Auftragsvergabe, ein Drittel bei Baubeginn, das letzte Drittel bei Abschluss der Arbeiten. Zwei Monate später unterzeichneten die Steinmüller-Manager und die Stadt Köln den Vertrag zum Bau der MVA.

Noch im gleichen Jahr flossen laut Ermittlungen die ersten Schmiergelder. Hellmut Trienekens, so heißt es, gab Tipps, wie der Geldfluss zu verschleiern sei, und stellte die Schweizer Briefkastenfirma Stenna Umwelttechnik zur Verfügung. Millionen sollen in der Folgezeit über Scheinrechnungen auf Konten der Zwei-Mann-Gesellschaft geschleust worden sein.

Im September 1994 traf sich eine illustre Männerrunde in einem Hotel in Zürich. Aus einem Geldkoffer, so die Ermittlungen, legte der Bote der Schweizer Geldwaschanlage Bares auf den Tisch. Die Empfänger hießen laut Staatsanwaltschaft Ulrich Eisermann, Karl Wienand und Hellmut Trienekens. Letzterer soll seinen Anteil in Höhe von einer Million Euro an Wienand weitergegeben haben, um dessen Beratertätigkeit zu vergüten. Bis zum Ende des Baus 1998 zahlten die Steinmüller-Manager den Ermittlungen zufolge insgesamt knapp 21,6 Millionen Mark (elf Millionen Euro) an die Clique um den Hauptakteur Eisermann. Der AVG-Leiter soll fast die Hälfte der Schmiergelder erhalten haben.

Doch auch der mächtige Müll^ofenchef hatte Rücksichten zu nehmen. Eisermann, selbst SPD-Mitglied, erhielt schon früh Besuch aus der Kölner SPD-Spitze. Im Jahre 1994 soll Norbert Rütter von ihm einen Teil der Provisionen eingefordert haben. Offenbar wusste er von dem Schmiergeldkarussell und verdiente jahrelang mit. Nach wiederholter Ermahnung übergab Eisermann dem Parteifreund in dessen Büro eine halbe Million Euro. Gleiches soll sich im April 1998 zugetragen haben.

Fragt sich nur, was der inzwischen abgetretene Kölner SPD-Fraktionschef mit dem Geld machte. Norbert Rütter wird auch sicherlich darauf eine Antwort finden.

Norbert Rütter, Ex-Fraktionschef im Kölner Rat. BILD: STEF

Hellmut Trienekens, Unternehmer in Sachen Müll. BILD: MAX

Karl Wienand, freier Unternehmensberater. BILD: AP

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.06.2002

Der Frust der Basis

SPD-Mitglieder sind entsetzt über den Skandal um die Müllverbrennungsanlage in Niehl.

VON ANDREAS DAMM

Erst die Spendenaffäre, jetzt der Bestechungsskandal um die Müllverbrennungsanlage - an der Basis der Kölner SPD könnte die Stimmung schlechter kaum sein. Seit Anfang März sind rund 350 Mitglieder ausgetreten. Drei Monate vor der Bundestagswahl wird die Partei durch die trübe Gemütslage ihrer Mitglieder empfindlich getroffen: Es werde immer schwieriger, Helfer für den Wahlkampf zu finden, klagt der Chef eines SPD-Ortsvereins.

"Die Wahlkämpfer sind frustriert", weiß Jürgen Dormeier vom Ortsverein Merheim. Seit Bekanntwerden des illegalen Spendensystems habe jeder zehnte Genosse in seinem Stadtteil das Parteibuch zurückgegeben. Geblieben sind 70 Parteikollegen, von denen beileibe nicht jeder dafür zu gewinnen ist, in der Freizeit Plakate zu kleben und Info-Stände aufzubauen.

Dagmar Paffen vom Ortsverein Worringen hat genug von schlechten Nachrichten. "Man ist nur bedingt leidensfähig", sagt die 47-jährige Versicherungskauffrau. Obwohl sie und ihre Kollegen in der Bezirksvertretung Chorweiler eine rein ehrenamtliche Arbeit verrichteten, würden sie von einigen Bürgern in Sippenhaft genommen. "Ihr seid doch alle gleich" - solche pauschalen Verurteilungen "gehen mit der Zeit auf die Nerven", sagt die Bezirkspolitikerin.

Für seine Partei sei der Skandal entsetzlich, betont Horst Baumann, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Longerich. Persönlich verspüre er allerdings auch "eine klammheimliche Freude". Baumann hatte seinerzeit das Bürgerbegehren gegen die Müllverbrennungsanlage unterstützt. Er habe sich damals gewundert, wie hart er wegen seiner Kritik von der SPD-Führung angegriffen worden sei. "Die haben mit allen Mitteln versucht, mich platt zu machen", sagt er. "Das ging so weit, dass Rütter behauptete, er habe eine Akte über mich angelegt." Jetzt erfahre er, dass er nicht aus sachlichen Gründen bekämpft worden sei, sondern aus persönlichen Interessen. "Das wirft ein schlechtes Licht auf die Politik der 90er Jahre", sagt Jendrik Scholz, Vorstandsmitglied der Südstadt-SPD. Ihm stelle sich die Frage, "ob Politik käuflich war".

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.06.2002

INFO-KASTEN

Reaktionen

In Köln geht es nicht um Parteispenden, sondern um den Verdacht auf kriminelles Handeln.

Ministerpr. Wolfgang Clement

Mein Vorrat an Entsetzen ist verbraucht.

Harald Schartau, SPD-Landesvorsitzender

Es gibt viele Anzeichen, dass es sich um ein System handelt. Die SPD muss jetzt sagen, ob und wie viel Geld wirklich in ihre Kassen geflossen ist.

Jürgen Rüttgers, CDU-Landesvorsitzender

Über einen Parteiausschluss Wienands muss nachgedacht werden.

SPD-Bundeschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier

Ich bin froh, dass die Staatsanwälte in Köln ohne Ansehen der Person zügig ihre Arbeit machen.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering

Ich stehe fassungslos vor der kriminellen Energie einzelner Politiker.

Edmund Stoiber, CSU-Kanzlerkandidat

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 15.06.2002

Kölner Initiative gegen Korruption

Wirtschaft für Selbstverpflichtung - Rüter in U-Haft, Trienekens auf Intensivstation

Im Kölner Bestechungsskandal sieht die Justiz auch beim

Ex-SPD-Funktionär Norbert Rüter Verdunkelungs- und Fluchtgefahr.

VON B. AUS DER WIESCHE UND MATTHIAS PESCH

Köln - Unternehmer haben angeregt, einen Ehrenkodex nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wirtschaft zu entwickeln

Für Jürgen Neuhaus, Mitglied der Regionalleitung Rheinland der Dresdner Bank AG und Mitglied im Landesvorstand des CDU-Wirtschaftsrates, würde ein Ehrenkodex "Waffengleichheit zwischen Politik und Wirtschaft" herstellen. Der Kölner Rat will einen bundesweit einzigartigen Ehrenkodex für Kommunalpolitiker und einen Ehrenrat als Kontrollorgan beschließen. Nach Ansicht von Ford-Vorstandsmitglied Hermann H. Hollmann sollte die Wirtschaft über einen eigenen firmen- und branchenübergreifenden Verhaltenskodex nachdenken. Der Kölner OB Fritz Schramma (CDU) sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", er werde mit Wirtschafts-Vertretern sprechen.

Unterdessen hat das Kölner Amtsgericht am Freitag Untersuchungshaft gegen den früheren SPD-Fraktionschef Norbert Rüter angeordnet. Wie bei dem Entsorgungunternehmer Hellmut Trienekens und dem Ex-SPD-Politiker Karl Wienand sah der Haftrichter im Falle Rütters Verdunkelungs- und Fluchtgefahr. Die drei Beschuldigten waren am Donnerstag festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft wirft die Annahme von Schmiergeldern in Millionenhöhe im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage vor. Rütters Rechtsanwalt Gregor Leber hat die Vorwürfe als haltlos zurückgewiesen und Haftrechtsmittel angekündigt. Rüter habe keine Bestechungsgelder erhalten, es stehe Aussage gegen Aussage. Trienekens-Anwalt Norbert Gatzweiler sieht für den Haftbefehl "nicht den geringsten Anlass". Sein unter einer Herzerkrankung leidender Mandant müsse auf der Intensivstation des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg betreut werden.

Der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Ich stehe fassungslos vor der kriminellen Energie einzelner Politiker. Die Affäre schadet der SPD, aber auch der gesamten Politik." Scharf kritisierte der CSU-Chef indes die SPD-Bundesspitze: "Wo bleibt eigentlich Franz Müntefering, der mit unglaublicher moralischer Überheblichkeit die CDU in der Spendenaffäre kriminalisiert hat?" Gerade im Vergleich stelle sich nun heraus, dass in der CDU zwar gegen das Parteiengesetz verstoßen worden sei, Unionspolitiker aber nicht bestechlich gewesen seien. (mit adm/jf)

Kommentar Seite 4, Köln

Blick Seite 3

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 15.06.2002

Der Mann für das ganz Grobe

Karl Wienand war ein mächtiger Politiker - bis die Zeit der Skandale begann

Wieder einmal steht der ehemalige SPD-Spitzenpolitiker - wie schon so oft in seinem Leben - im Zwielficht. Er soll im Kölner Müllskandal insgesamt 6,4 Millionen Mark (rund 3,3 Millionen Euro) Schmiergelder kassiert haben und sitzt in Untersuchungshaft.

VON MARIANNE QUOIRIN

Selbst der Sauberste stinkt, wenn er in einen Eimer Scheiße steigt." Diesen Satz hat Karl Wienand von seinem politischen Ziehvater Herbert Wehner übernommen. Und er zitiert ihn immer dann, wenn er sich zu Unrecht verdächtigt fühlt. Das heißt: eigentlich immer, denn sein Name taucht fast immer nur im Zusammenhang mit Skandalen auf.

Jetzt stinkt es wieder ganz gewaltig, diesmal penetrant nach Müll und Millionen Schmiergeldern für den Bau der Kölner Verbrennungsanlage.

Aber Wienand wird sich wie eh und je sauber fühlen und den ganzen Dreck von sich weisen. Dass er beim Deal mitgemischt hat, ist bekannt und auch selbstverständlich. Für beide Firmen, die von dem Milliarden-Geschäft profitieren, war Wienand Berater: für den Anlagenbauer Steinmüller in Gummersbach, der inzwischen zu Babcock Borsig gehört, und dem Müllentsorger Hellmut Trienekens.

g g . g

Eine Idealbesetzung

Ende Februar dieses Jahres war Wienand in seinem Haus in Windeck zunächst nur als Zeuge befragt worden, da er eine Provision von 3,6 Millionen Mark angeblich nicht versteuert hatte. Das Geld sollte er in der Schweiz kassiert haben. Inzwischen ist aus dem Zeugen ein Beschuldigter geworden, und der Vorwurf geht über Steuerhinterziehung hinaus. Der vollstreckte Haftbefehl des Amtsgerichts Köln lautet auch auf Beihilfe zur Bestechung und Bestechlichkeit. Sollte sich der Verdacht bestätigen, wäre Wienands Ruf endgültig ruiniert.

Karl Wienand ist die Idealbesetzung für einen Verdächtigen. Nur in einem Fall ist er rehabilitiert worden. Nicht Wienand, sondern die Stasi hatte 1972 beim gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt die Stimme des CDU-Abgeordneten Julius Steiner gekauft. Das ist aber erst nach der Wende ans Licht gekommen.

Dennoch gelang ihm damals das Meisterstück, vier andere Unionsabgeordnete dazu zu bringen, gegen ihren Kandidaten Rainer Barzel zu stimmen. Bisher hat er die Namen nicht verraten.

Um Wienands Schlüsselrolle zu verstehen, muss man wissen: Bis Mitte der 70er Jahre gehörte er zu den Einflussreichsten und Mächtigsten in Bonn. Geräuschlos, effektiv und erfolgreich agierte er als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion unter Helmut Schmidt und Herbert Wehner. Oft hat er am Abgrund gestochert, die Drecksarbeit erledigt, für die sich andere zu fein waren. Als "Mann für das ganz Grobe" werkelt er hinter den Kulissen. Da war er Profi, war der rechte Mann am rechten Platz. Fast immer heiligte der Zweck die Mittel. Wenn man so will, war er ein "Frontschwein" wie damals, als er, gerade 18 Jahre alt, im Nahkampf mit russischen Soldaten einen Kopfschuss erlitt, ein Bein und einen halben Arm verlor.

Ohne die Kungel-Kunst des Strippenziehers wären manche Projekte der sozialliberalen Koalition gescheitert.

1970 wollte zum Beispiel die CSU auf ihrem Parteitag den Übertritt des FDP-Abgeordneten Karl Geldner verkünden, aber Wienand hatte den Braten gerochen. Geldner, wie so oft in Geldnöten, bekam einen Kredit und blieb bei der FDP. Für Wienand unterschrieb er eine Erklärung, dass er nur zum Schein auf die Abwerbe-Versuche der CSU eingegangen sei.

Wie ein Spinnennetz wuchs in jenen Jahren das Geflecht seiner Partei- und Geschäftsbeziehungen. Seinen zweiten Spitznamen "Charter Charly" bekam er, nachdem am 6. September 1971 eine voll besetzte Maschine der Charterfluggesellschaft Paninternational mit Triebwerksschaden auf der Autobahn bei Hamburg notlanden musste. 22 Menschen starben. Ein Untersuchungsausschuss stellte später fest, dass Wienand sich bei der Luffahrtbehörde für das Überleben der Skandal-Firma Paninternational stark gemacht hatte. Vor dem Ausschuss bestritt Wienand später, einen Beratervertrag mit Paninternational zu haben. Als herauskam, dass er doch von der Firma kassiert hatte, bezeichnete er das Geld als Rückzahlung eines Darlehens.

Der Ausschuss kam zu keinem abschließenden Urteil. Es blieb der Verdacht von Zahlungen in Höhe von 162 500 Mark. 1974 legte Wienand sein Mandat nieder, 1975 wurde er wegen Steuerhinterziehung - auch für die Bezüge von Paninternational - zu einer Geldstrafe von 102 000 Mark verurteilt.

Versuch eines Comebacks

Nach dem Abschied aus der Berufspolitik hat Wienand seine zweite Karriere begründet: Das Netzwerk aus Bonner Zeiten hat ihm dabei nicht geschadet, die Tätigkeit als Berater schien maßgeschneidert. Zielstrebig hat Wienand in den 80er Jahren an einem Comeback in der SPD gearbeitet. Er saß wieder im Unterbezirksvorstand des Rhein-Sieg-Kreises und im Bezirksvorstand Mittelrhein. In Parteikreisen sprach man zum Beispiel von der "Troisdorfer Mafia", zu der neben Wienand auch der langjährige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier und der lokale SPD-Bundestagsabgeordnete Uwe Göllner gehörten.

Bis 1994 lief offenbar auch für Wienand alles glänzend. Im Januar wurde der Vertrag zum Bau der Müllverbrennungsanlage Köln unterzeichnet, dann aber er geriet vier Monate später unter Spionageverdacht.

Am 26. Juni 1996 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Karl Wienand zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft wegen 13 Jahren geheimdienstlicher Agententätigkeit für die DDR und ordnete den "Verfall" von einer Million Mark Agentenlohn an. Revisions- und Wiederaufnahmeanträge wurden vom Bundesgerichtshof in

Karlsruhe verworfen. Als im April 1999 Bundespräsident Roman Herzog dem Gnadengesuch nachgab, schien Wienand endgültig raus aus den Schlagzeilen. Der inzwischen 75-Jährige hatte das Gnadengesuch mit Gesundheitsproblemen seiner Frau, seines Sohnes und seiner eigenen Person begründet. Die Bundesanwaltschaft zeigte Mitleid und stimmte dem Gesuch zu. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts beharrte auf einer ungewöhnlich langen Bewährungszeit von fünf Jahren - also bis 2004.

Jetzt könnte Wienand sie verspielt haben - es sei denn, jemand befreit ihn aus dem Eimer.

Der Weg in den Gerichtssaal ist ihm nicht fremd: Karl Wienand 1996 beim Spionageprozess in Düsseldorf. BILD: DPA

Der Weg in den Gerichtssaal ist ihm nicht fremd: Karl Wienand 1996 beim Spionageprozess in Düsseldorf. BILD: DPA

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 17.06.2002

Rüthers Telefone wurden abgehört

Bei den Ermittlungen gegen Norbert Rüther haben die Fahnder auch die Telefonanschlüsse des Ex-SPD-Fraktionschefs abgehört. Das berichtet das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Aus den Abhörprotokollen hätten sich jedoch keine Hinweise auf den Verbleib der zwei Millionen Mark ergeben, die Rüther im Zusammenhang mit dem Bau der Müllverbrennungsanlage kassiert haben soll. Ebenso wie der frühere SPD-Bundespolitiker Karl Wienand und der Müllunternehmer Hellmut Trienekens sitzt Rüther in Untersuchungshaft. Ihm wirft die Staatsanwaltschaft Beihilfe zur Bestechlichkeit vor. Unterdessen bezeichnete SPD-Generalsekretär Franz Müntefering das Verhalten Wienands als "parteischädigend" und meinte: "Wir werden sicher darüber reden müssen, ob er Mitglied bleiben kann." SPD-Schatzmeisterin Inge Wetzig-Danielmeier hatte sich zuvor bereits für einen Ausschluss des 75-Jährigen ausgesprochen. (ts)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
PL 18.06.2002

SPD lässt Wienands Parteirechte ruhen *Im Kölner Korruptionsskandal wird Ex-Fraktionschef Heugel in Kürze vernommen*

Die Anwälte von Trienekens, Rüther und Wienand kündigten Haftbeschwerde an.

Köln/Berlin - Im Kölner Korruptionsskandal hat der SPD-Parteivorstand die Mitgliedschaft des inhaftierten früheren SPD-Bundespolitikers Karl Wienand ausgesetzt. Der 75-Jährige war zusammen mit dem Müllunternehmer Hellmut Trienekens (63) und dem ehemaligen Kölner SPD-Spitzenpolitiker Norbert Rüther (51) am Donnerstag verhaftet worden. Sie sollen in den 90er Jahren beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage Schmiergelder in Millionenhöhe angenommen haben. Alle drei sitzen in Untersuchungshaft. Die Anwälte der Beschuldigten kündigten Haftbeschwerden an, um eine baldige Freilassung zu erreichen. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering sagte, die Suspendierung der Parteimitgliedschaft sei kein Schuldspruch gegen Wienand. Die Staatsanwaltschaft kündigte gestern eine baldige Vorladung des ehemaligen Kölner SPD-Fraktionschefs und Ex-Oberstadtdirektors Klaus Heugel an. Rüther hatte in seiner Vernehmung betont, Heugel sei über seine Schritte im SPD-Bestechungsskandal informiert gewesen. Unterdessen wurde das SPD-Schiedsverfahren gegen die Kölner Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler im Zusammenhang mit dem Spendenskandal eingestellt. Derzeit laufen noch 20 Schiedsverfahren gegen Genossen in Köln. (pb/xl)

Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 18.06.2002

Korruptionsskandal um die Müllverbrennungsanlage Eisermann bald frei?

Die halbstädtische Entsorgungsgesellschaft AVG drängt auf Abschluss einer Untersuchung zur Auftragsvergabe in der Müllaffäre.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Nach einem umfassenden Geständnis in der Kölner Müllaffäre darf der inhaftierte Ulrich Eisermann, Ex-Chef des Müllofenbetreibers AVG, in naher Zukunft mit seiner Freilassung rechnen. Dies war am Montag aus Justizkreisen zu erfahren. Eisermann hatte den Ex-SPD-Fraktionschef Norbert Rüther, den Altgenossen Karl

Wienand und Müll-Multi Hellmut Trienekens als Empfänger von Schmiergeldern genannt.

Nach der jüngsten Haftwelle drängt der Aufsichtsrat der Abfall- entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) auf einen schnellen Abschluss eines Prüfverfahrens, das nach Bekanntwerden der Korruptionsaffäre bei der Düsseldorfer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KWU in Auftrag gegeben wurde. Dabei geht es um die Frage, ob es beim Vergabeverfahren und der Bauabwicklung der 410 Millionen Euro teuren Kölner Müllverbrennungsanlage zu Unregelmäßigkeiten und einer Bevorzugung des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller gekommen ist. Nach den Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft war Steinmüller jederzeit über die Angebote der Konkurrenten informiert und konnte seine Offerte entsprechend nachbessern. Genau das hat der Rechtsanwalt des ehemaligen Steinmüller-Managers Sigfrid Michelfelder gestern zurückgewiesen. Steinmüller habe den Generalunternehmerauftrag ohne jegliche Preismanipulation erhalten, heißt es in einer Presseerklärung. Das Unternehmen sei bei weitem Bestbieterin gewesen und habe durch die nachträglichen, von Ulrich Eisermann eingeforderten Preisveränderungen, "die die Berücksichtigung bestimmter - politisch gewollter - Einzellosgewinner ermöglichten, einen wesentlichen Deckungsbeitrag verloren".

AVG-Aufsichtsratsvorsitzender und CDU-Stadtrat Johannes-Werner Hamm teilte gestern mit, die Prüfung werde Ende Juli abgeschlossen sein. Der Aufsichtsrat werde darauf drängen, dass zumindest ein vorläufiger Bericht möglichst schnell nach Beendigung der Prüfung vorgelegt werde. Die Ankündigung der AVG, das Verfahren könne sich bis zum Jahresende hinziehen, werde man nicht akzeptieren. Hamm, der heute Gespräche mit dem RWE - dem neuen Trienekens-Alleingesellschafter - führen wird, ergänzte, die Wirtschaftsprüfer hätten bei der Staatsanwaltschaft Akteneinsicht beantragt. Auch gebe es eine enge Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt, das die Vorgänge um den Bau des Müllofens ebenfalls untersucht.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 18.06.2002

Korruptionsskandal um die Müllverbrennungsanlage Karl Wienand schweigt zu den Vorwürfen

Karl Wienand geriet durch seine Beratertätigkeit für den Müllofenerbauer Steinmüller und den Unternehmer Hellmut Trienekens ins Düsseldorfer Untersuchungsgefängnis. Wienand, ehemaliger Vertrauter Herbert Wehners, soll den Schmiergelddeal eingefädelt und später mehr als sechs Millionen Mark aus dem Schwarzgeld-Topf kassiert haben. Mit seinen 75 Jahren ist der Altgenosse, der trotz einer Verurteilung wegen Spionage für die DDR nie aus der SPD ausgeschlossen wurde, wohl der älteste Untersuchungshäftling. Von ihm erhofft sich die Staatsanwaltschaft Aufschluss, ob und welche Parteifreunde noch die Hand aufhielten. Doch Wienand schweigt. Auch sein Anwalt will sich nicht äußern. Wie der "Stadt-Anzeiger" erfuhr, soll Wienand zu einem früheren Zeitpunkt des Ermittlungsverfahrens schriftlich das Beraterhonorar auf 200 000 Mark beziffert haben. (xl)

Schweigt:

Karl Wienand

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 19.06.2002

Die Staatsanwaltschaft sucht Millionen Bestechungsgelder

Politiker sollen Vergabe der Bauaufträge beeinflusst haben

Zwei Schlüsselfiguren im Korruptionsskandal haben Geständnisse abgelegt. Nach wie vor ist noch unklar, wo die Bestechungsgelder liegen.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Mehr als elf Millionen Euro soll der Anlagenbauer Steinmüller im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage an Schmiergeldern gezahlt haben. Die Ermittlungsakte ist voll von entsprechenden Aussagen und Geständnissen einiger Beschuldigter. Doch noch immer ist unklar, wo die Bestechungsgelder liegen. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" gestern aus Justizkreisen erfuhr, haben die Korruptionsermittler bisher keine nennenswerten Beträge aus dem Schmiergeldtopf entdeckt. Auch das Geständnis des inhaftierten Ulrich Eisermann, ehemaliger Chef des halbstädtischen Müllofenbetreibers und einer der Hauptempfänger von Schmiergeldern, soll die Staatsanwaltschaft in diesem Punkt nicht weitergebracht haben. Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt wollte sich gestern nicht dazu äußern.

Dass der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller bei der Auftragsvergabe für die 400 Millionen teure Müllverbrennungsanlage in Niehl gar nicht unterliegen konnte, geht aus den jüngsten Haftbefehlen gegen den früheren SPD-Bundespolitiker Karl Wienand, den Müll-Unternehmer Hellmut Trienekens und den ehemaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Rütther hervor.

Wie bereits berichtet, hatte Partei-Klüngler Wienand 1993 den Schmiergeld-Deal zwischen dem damaligen AVG-Chef Eisermann und Sigfrid Michelfelder, Ex-Steinmüller-Geschäftsführer, vermittelt. Millionen-Provisionen

sollten fließen, wenn Eisermann den Auftrag zum Bau des Kölner Müllofens der Firma Steinmüller zuschanzen könne. Eisermann nutzte die Chance: Bei der Vergabe im Herbst 1993 nahm er die vorliegenden Briefe mit den Angeboten der drei Steinmüller-Konkurrenten mit nach Hause, öffnete sie dort über Wasserdampf und gab deren Inhalt an Steinmüller-Chef Michelfelder weiter. Den Ermittlungen zufolge habe Letzterer sein ursprüngliches Angebot noch einmal um zwölf Millionen Mark erhöhen können und blieb dennoch unschlagbar günstig.

Die Anwälte des seit drei Monaten inhaftierten Top-Managers bestritten gestern gegenüber dem "Kölner Stadt-Anzeiger" die Summe von elf Millionen Euro, der Betrag sei wesentlich geringer gewesen. Über die genaue Höhe machten sie allerdings keine Angaben. Steinmüller habe vielmehr durch politische Einflussnahmen sogar wirtschaftliche Nachteile erlitten. Man habe bestimmte einzelne Bauaufträge (Einzellose) an andere Firmen weitergeben müssen. Das seien ausgerechnet die Bereiche gewesen, in denen das Unternehmen die größten Gewinnspannen hätte erzielen können. Steinmüller erhielt folgende Einzellose: die Vorschalt- und Krananlage, die Abgasreinigung, gemeinsam mit Babcock war man für das Bauteil und die technische Gebäudeausrüstung zuständig. Hinzu kamen die Containeranlieferung und die Genehmigungsplanung.

Der Auftrag für das Energieteil ging an den Konzern ABB, Feuerung und Kessel an Babcock Borsig. Das Ergebnis der Auftragsvergabe hatte schon damals Mitarbeiter eines Schweizer Ingenieur-Büros, das die Angebote der Anbieter prüfen sollte, verwundert. Ein Ingenieur sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger" bereits im März, seiner Auffassung nach hätte Babcock den Gesamtauftrag erhalten müssen. Die Vergabe der Einzelaufträge für Feuerung und Kessel und die Abgasreinigung hätte genau umgekehrt erfolgen müssen. Die Entscheidung habe ihn überrascht, er habe sie aber damals nicht richtig einordnen können. Unterdessen ist der Spitzen-Manager Michelfelder von seiner Posten als Vorsitzender der Geschäftsführung einer Tochterfirma der Deutsche Babcock AG abgelöst worden. Das Oberhausener Unternehmen hatte 1998 für 350 Millionen Mark den Anteil der Philipp-Holzmann AG am Anlagenbauer Steinmüller übernommen.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 20.06.2002

Erste Schmiergelder aufgetaucht

Ehemaliger Müll-Manager offenbart Konto - Ex-Oberstadtdirektor Ruschmeier erpresst

In der Kölner Müllaffäre ist einer der inhaftierten Hauptakteure freigelassen worden.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Köln - Mehr als drei Millionen Euro, die aus dem Korruptionsskandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage stammen, hat die Kölner Staatsanwaltschaft jetzt auf einem Liechtensteiner Konto entdeckt. Ulrich Eisermann, ehemals Chef des halbstädtischen Müllofenbetreibers AVG, hatte die Ermittler auf die Spur von knapp einem Viertel der bislang bekannt gewordenen Schmiergelder gebracht. Insgesamt flossen elf Millionen Euro. Über das sichergestellte Geld könne nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft verfügt werden, hieß es.

Auf Grund seiner Aussage wurde der Ex-Müll-Manager am Mittwoch nach dreieinhalbmonatiger Untersuchungshaft freigelassen. Eisermann hinterlegte 520 000 Euro als Kaution.

Laut Staatsanwaltschaft kassierte er Millionen und manipulierte den Auftrag zum Bau des Müllofens zu Gunsten des Anlagenbauers Steinmüller. In diesem Zusammenhang will er auch dem ehemaligen Kölner SPD-Fraktionschef Norbert Rüter eine Million Euro gegeben haben. Eisermann sagte der Staatsanwaltschaft ferner, dass Rüter und dessen politischer Ziehvater Klaus Heugel ein Konto unterhielten, von dem sie wöchentlich 1000 bis 1500 Euro abhoben. "Das Geld sollen sie für Lokal-Besuche bei noblen Italienern verwandt haben. Wir wissen aber weder wo das Konto ist, noch woher das Geld stammt", sagte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt. Rüter war jüngst verhaftet worden. Er bestreitet die Vorwürfe.

Trittbrettfahrer suchen indes die Schmiergeldaffäre für ihre Zwecke zu missbrauchen. Gestern wurde bekannt, dass zwei verschuldete Kaufleute aus Osnabrück versuchten, den ehemaligen Kölner Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier (SPD) mit vermeintlichem Belastungsmaterial um 400 000 Euro zu erpressen. Das Brüderpaar wurde verhaftet. Ruschmeier, so die Staatsanwaltschaft, sei in dem Korruptionsverfahren "nicht beschuldigt".

Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 21.06.2002

Millionen in Vaduz und der Schweiz

Eisermann deponierte sechs Millionen Mark zum Teil in Liechtenstein und bei einem Bekannten.

VON AXEL SPILCKER

Ulrich Eisermann, Schlüsselfigur in der Affäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage, hat ein Viertel der bisher bekannt gewordenen Schmiergelder offenbar auf zwei Konten geparkt. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" deponierte der Ex-Chef des Müll^ofenbetreibers nach eigenen Angaben sechs Millionen Mark teilweise auf einem Konto bei der Liechtensteiner Bankgesellschaft in Vaduz und bei einer schillernden Figur in der Müllaffäre: dem Schweizer Anwalt Heinz Egli. Der umtriebige Jurist, Honorarkonsul eines Exoten-Staates und Chef einer eidgenössischen Firma, die als Clearingstelle der Interessen unterschiedlicher Anlagenbauer fungierte, unterhielt offenbar nebenbei ein eigenes Geldhaus namens Coutts-Bank. Dort soll Müll-Manager Eisermann ebenfalls Geld hingebraucht haben.

Die Staatsanwaltschaft, die nun die Hand über die Konten hält, ließ Eisermann vorgestern frei - offenbar der Dank für ein umfassendes Geständnis des Ex-Müllofenchefs. Der hatte unter anderem auch den abgetretenen SPD-Fraktionschef Norbert Rütther schwer belastet. Nicht nur, dass er Rütther zwei Millionen Mark aus dem Schmiergeldtopf überlassen haben will, er gab noch weitere anrühliche Anekdoten zum Besten: Nach dem Sieg der CDU bei der Wahl zum Kölner Oberbürgermeister, begrub Rütther offenbar seine Träume, in der Politik Höheres zu erreichen. Eisermann soll ihn daraufhin auf einen lukrativen Job bei einem Aachener Institut, das sich mit Fragen der Entsorgungswirtschaft befasst, hingewiesen haben. "Das Geld dafür sollte von Hellmut Trienekens kommen", berichtete Rütthers Anwalt Günther Tondorf. "Nach kurzer Überlegung hat mein Mandant jedoch abgelehnt, weil es ein Geschmäckle hatte. Es standen gerade die Verhandlungen zur Privatisierung der Kölner Abfallwirtschaftsbetriebe an."

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, dass Eisermann Rütther bei der Übergabe von Schmiergeld gefragt habe, was er damit mache. Rütther habe erklärt, dass er mit dem früheren SPD-Kommunalpolitiker Klaus Heugel "pro Woche 2000 bis 3000 Mark" allein für Restaurantbesuche bei Kölner Edel-Italienern benötige. Rütthers Anwälte widersprechen der Darstellung, Schmiergeldzahlungen habe es nicht gegeben, so Tondorf. "Und die Essen wurden aus der Fraktionskasse beglichen."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 24.06.2002

SPD-Parteiverfahren gegen Renate Canisius eingestellt

Schiedskommission urteilt am kommenden Samstag über Heinz Lüttgen und Karl-Heinz Schmalzgrüber

200 Millionen Euro Kautions für die Freilassung von Hellmut Trienekens - diese angebliche Forderung der Staatsanwaltschaft bezeichnet sein Anwalt als Skandal.

VON PETER BERGER

In der SPD-Parteispendenaffäre hat ein parteiinternes Schiedsgericht das Verfahren gegen Bürgermeisterin Renate Canisius eingestellt. Die Kommission sei nach Überprüfung aller Unterlagen zu der Überzeugung gelangt, dass "ich an den Machenschaften unseres ehemaligen Schatzmeisters Manfred Biciste nicht beteiligt war und von seiner Stückelungspraxis illegaler Großspenden keinerlei Kenntnis hatte", sagte die Politikerin dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Sie räumte ein, durch einen nachlässigen Umgang mit ihrer Steuererklärung der SPD geschadet zu haben. "Mein Mann hat sich 41 Jahre lang um unsere gemeinsame Steuererklärung gekümmert", so die Bürgermeisterin. "Die Quittung ist ihm durchgegangen. Meine Nachlässigkeit besteht also darin, dass ich ihm 41 Jahre vertraut habe." Canisius äußerte die Hoffnung, dass alle, die sich an Vorverurteilungen beteiligt hätten, "nun in angemessener Form zu meiner Rehabilitation beitragen".

Bei den Schiedsgerichten der NRW-SPD stehen jetzt noch rund 20 Verfahren gegen Empfänger von Spendenquittungen aus, darunter gegen den ehemaligen Fraktionsvize Heinz Lüttgen und das Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber. Sie müssen sich am 29. Juni vor dem Schiedsgericht verantworten. Lüttgen soll von Biciste Quittungen im Wert von 12 300 Euro erhalten haben, bei Schmalzgrüber ist von Belegen in der Größenordnung von 14 800 Euro die Rede. Das Verfahren gegen Alt-OB Norbert Burger, der nach Prüfung seiner Steuerunterlagen den Erhalt einer Quittung über 2550 Euro bestätigte, ist für den 13. Juli terminiert. In einer Klausurtagung haben sich Parteivorstand und Fraktion der SPD am Wochenende über die Leitlinien ihrer Politik bis zur Kommunalwahl 2004 und über den Bundestagswahlkampf verständigt. Nach 16 Wochen Spendenaffäre sei es an der Zeit, zur politischen Arbeit zurückzukehren. Es sei zwar nicht auszuschließen, dass in den kommenden Wochen weitere Details der Korruptionsaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage ans Tageslicht kämen, so Parteichef Jochen Ott. Die SPD gehe aber davon aus, dass die Partei damit nichts zu tun habe.

Nach einem Bericht des "Spiegel" hat der inhaftierte Müllunternehmer Hellmut Trienekens einen dreistelligen Millionenbetrag als Kautions für seine Freilassung angeboten. Das wäre die höchste Kautions, die jemals in Deutschland gezahlt wurde. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft wollte dies weder bestätigen noch

dementieren. Der Anwalt von Hellmut Trienekens, Norbert Gatzweiler, wies den Bericht zurück und erklärte, die Staatsanwaltschaft habe eine Kautionshöhe von 200 Millionen Euro gefordert.

Das sei "völlig überzogen und rechtswidrig", sagte Gatzweiler dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Durch die überhöhte Forderung solle sein Mandant zu einer Aussage gedrängt werden. Er wolle eine schnelle Freilassung erreichen, weil Trienekens an einer Herzkrankheit leide. Es sei unverständlich, dass seine Haftbeschwerde auch nach einer Woche noch nicht dem Landgericht vorliege. (mit dpa)

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 27.06.2002

Vorwürfe gegen Staatsanwälte

Der Vorsitzende des Spendenuntersuchungsausschusses in Berlin, Volker Neumann, hat in der Korruptionsaffäre gestern schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft Köln erhoben. Der SPD-Politiker sagte, es komme ihm "sehr eigenartig" vor, dass die Ermittlungsbehörde immer dann Erkenntnisse über die Kölner SPD-Affäre "rauspustet", wenn es in der Öffentlichkeit der CDU "an den Kragen geht". So habe der Kölner Generalstaatsanwaltschaft erst nach massiven Bürgerprotesten dafür gesorgt, dass das Ermittlungsverfahren wegen der verschwundenen Akten und Daten im Bonner Kanzleramt am Ende der Regierungszeit von Helmut Kohl fortgeführt worden sei.

Die Staatsanwaltschaft hat die Vorwürfe Neumann gestern als "abwegig und unglaublich" zurückgewiesen. Ihr Sprecher Günter Feld sagte, die Ermittlungsbehörden richteten sich bei ihren Veröffentlichungen immer nach dem Ermittlungsstand und den daraus gewonnenen Erkenntnissen. "Wir machen keine Parteipolitik", so Staatsanwalt Feld. (dpa/pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 01.07.2002

Vorwürfe an Landes-SPD in Müllaffäre

Staatskanzlei weist Darstellung der verhafteten Manager zurück.

München/Köln - In der Kölner Korruptionsaffäre belasten Müllmanager nach Informationen des Magazins "Focus" die SPD-geführte Landesregierung in Düsseldorf. Nach Aussagen des früheren Geschäftsführers der Müllverbrennungsanlage (MVA), Ulrich Eisermann, soll sich bei der Auftragsvergabe zum Bau der 820 Millionen Mark teuren Anlage 1993 besonders der damalige Chef der Staatskanzlei, der heutige Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD), für die Firma Steinmüller stark gemacht haben. Die Staatskanzlei wies die Darstellung "Punkt für Punkt entschieden zurück".

Auch der verstorbene Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD), der zunächst den Mannheimer Anlagenbauer ABB bevorzugt habe, sei dann auf das Gummersbacher Unternehmen Steinmüller umgeschwenkt, berichtet "Focus". Eine "massive Einflussnahme führender Politiker des Landes NRW, insbesondere von Regierungsmitgliedern, den Auftrag an die Firma Steinmüller zu erteilen", bestätigte gegenüber der Justiz laut "Focus" auch der inhaftierte Müll-Unternehmer Hellmut Trienekens.

Dies seien "verleumderische Behauptungen von Verdächtigen in einem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren", hieß es von der Staatskanzlei in Düsseldorf. Der Versuch, den Verdacht auf andere zulenken, sei nicht neu. (dpa)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 02.07.2002

Fürsprache oder Manipulation?

Ex-Manager Eisermann über Einfluss der Politik beim Bau des Müllofens

Staatsanwaltschaft und Landesregierung weisen Vorwurf einer Einflussnahme Clements beim Bau des Kölner Müllofens zurück.

VON HEINZ TUTT UND AXEL SPILCKER

Düsseldorf/Köln - Ulrich Eisermann, Schlüsselfigur in der Kölner Müllaffäre, berief sich auf ein gutes Gedächtnis: Der ehemalige Chef der Kölner Abfallentsorgungsgesellschaft AVG, erzählte in staatsanwaltlichen Vernehmungen zur Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) detailliert über Einflussnahme aus Politik und Verwaltung.

Nach Angaben des Magazins "Focus" wurden Eisermann (SPD), der über die Auftragsvergabe zum Bau des Milliarden-Ofens entschied, von den drei Bewerbern Schmiergelder in Höhe von zwei bis drei Prozent der Bausumme angetragen. Letztendlich sorgte Eisermann 1993 für die Vergabe an den Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller. Dafür kassierte er knapp die Hälfte der elf Millionen Euro, die das Unternehmen für den Zuschlag gezahlt haben soll.

Schon im Jahr vor der Auftragsvergabe soll der ehemalige Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes

Eisermann am Ende eines Gesprächs mit den Worten entlassen haben: "Vergiss die Firma Steinmüller nicht." Reine Wirtschaftsförderung, hatte Antwerpes stets sein Engagement für die Gummersbacher genannt. Solche Fürsprache war offenbar kein Einzelfall: Auch Klaus Matthiesen, Umweltminister im Kabinett Rau, soll Eisermann die Müllofenerbauer aus dem Oberbergischen empfohlen haben. Der inzwischen verstorbene Politiker wechselte nach seinem politischen Abgang auf den Geschäftsführer-Posten eines Entsorgungs-Unternehmens, zu deren Gesellschafter Trienekens zählt.

Letztendlich legte sich Eisermann zufolge auch der damalige Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei für das Unternehmen ins Zeug - der hieß damals Clement. Der ist inzwischen Ministerpräsident und ließ am Montag umgehend dementieren. Pesseamtschef Joachim Neuser sprach von einer "ungeheuerlichen Geschichte". Der Ministerpräsident werde "in die Nähe eines Vorgangs gerückt, mit dem er absolut nichts zu tun hat". Der Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft, Torsten Elschenbroich, pflichtete bei: "Weder ein jetziges noch ein früheres Mitglied der Landesregierung ist in diesem Verfahren beschuldigt."

Interessantes wusste Eisermann indessen zum Kölner Ex-Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier zu berichten: Ruschmeier soll sich demnach für den Baukonzern Philipp Holzmann verwandt haben. Nach Angaben Eisermanns habe er die Anweisung, dass das Unternehmen im Bauteil das Sagen haben sollte. Nach Angebotslage ein Unding, so Eisermann: "Deshalb musste ein Weg gefunden werden, der auch sachlich vertretbar war, Philipp Holzmann den Bauteil zukommen zu lassen." Also legte der Müllmanager dieses Baules mit dem Abschnitt Gebäudetechnik zusammen - Holzmann war im Geschäft.

Eisermann will in diesen Zusammenhang mit dem damaligen Holzmann-Niederlassungsleiter in Köln gesprochen haben. Der Bau-Manager wies dabei auf die freundschaftliche Verbundenheit des Holzmann-Vorstandsmitglieds Dieter Rappert mit Kölns Oberstadtdirektor Ruschmeier hin. Ob diese Freundschaft einen finanziellen Hintergrund habe, wisse er nicht, meinte Eisermann. Er jedenfalls habe Ruschmeier nie widersprochen. "Zwischen Herrn Ruschmeier und dem lieben Gott waren nur drei Millimeter Abstand; ich weiß nicht, ob nach oben oder nach unten."

Eisermann erzählte von einer weiteren Begebenheit: 1996 soll der jüngst in der Affäre inhaftierte SPD-Mann Karl Wienand 1,2 Millionen Euro aus dem Schmiergeldtopf erhalten haben. Wienand ließ angeblich durchblicken, dass er die Summe noch teilen müsse - Eisermann wisse schon mit wem. Auf Nachfrage der Ermittler fällt dem Müll-Manager nur der Name Ruschmeier ein, er wiegelt aber gleich ab und spricht von einer reinen Spekulation. Die Staatsanwaltschaft ist der gleichen Ansicht: Unlängst betonte eine Sprecherin, Ruschmeier gelte nicht als Beschuldigter.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 02.07.2002

Fürsprache oder Manipulation? - Ex-Manager Eisermann über Einfluss der Politik beim Bau des Müllofens / INFO-KASTEN

CDU: Erklärungen reichen nicht

CDU-Generalsekretär Herbert Reul hat am Montag von der Landesregierung weitere Aufklärung in der Kölner Müll-Affäre verlangt. Die Erklärung der Landesregierung zum Vorwurf, Clement habe sich als Chef der NRW-Staatskanzlei bei der Auftragsvergabe des Kölner Müllofens für den Zuschlag an die Firma Steinmüller engagiert, sei nicht ausreichend. "Das ist ein ungeheurer Vorwurf. Die Staatskanzlei muss klären, ob und wie sie sich eingemischt hat." Nur der Hinweis, es handele sich um Wahlkampf, helfe nicht weiter. (tu)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 03.07.2002

Verzögerung im Verfahren nach Spendenskandal

Im SPD-Spendenskandal konnte das Parteiordnungsverfahren gegen den ehemaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Heinz Lüttgen, das für den vergangenen Samstag angesetzt war, nicht eröffnet werden. Lüttgens Rechtsanwalt Bernd Schäfer III hatte dem SPD-Landesvorstand in einem 20-seitigen Schreiben erhebliche Verfahrensfehler bescheinigt, über die jetzt erst entschieden werden muss. Lüttgen soll vom ehemaligen SPD-Schatzmeister Manfred Biciste fingierte Quittungen im Wert von 12 300 Euro erhalten haben. Das Verfahren gegen SPD-Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber konnte dagegen stattfinden. Der SPD-Landesverband in Düsseldorf hat bis gestern aber kein Ergebnis mitgeteilt. Schmalzgrüber werden Belege in der Größenordnung von 14 800 Euro zugeschrieben. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

RG 04.07.2002

Kein Vorwurf an Clements Adresse

Müllmanager korrigiert Aussage zur Rolle der Staatskanzlei in der Kölner Müllaffäre.

Köln - Ulrich Eisermann, Schlüsselfigur in der Kölner Müllaffäre, hat sich in seiner Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft offenbar geirrt: Am Mittwoch trat der ehemalige Chef der Kölner Abfallverwertungsgesellschaft AVG Vorwürfen entgegen, Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) habe während der Auftragsvergabe zum Bau der Müllverbrennungsanlage Anfang der 90er Jahre als damaliger Chef der Staatskanzlei politischen Druck auf ihn ausgeübt. Eisermanns Verteidiger Volkmar Mehle sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", sein Mandant habe sich in der Funktion des damaligen Gesprächspartners aus der Staatskanzlei getäuscht.

Nicht Clement habe sich für den regionalen Anlagenbauer stark gemacht, sondern der damalige Abteilungsleiter Rüdiger Frohn, der später nach dem Wechsel Clements ins Wirtschaftsressort die Staatskanzlei leitete. Diese Fürsprache der Landesregierung, so der Verteidiger, sei vor dem Hintergrund regionaler Wirtschaftsförderung zu verstehen gewesen. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 06.07.2002

Millionen lagerten in der Garage

Ex-Chef der MVA schildert den Weg großer Summen in ein kleines Fach

Mitunter weiß man nicht wohin mit seinem Geld. Ulrich Eisermann fand eine ganz eigene Lösung.

VON AXEL SPILCKER

Der Stoff ist filmreif. Anfang Juni fährt der im Zusammenhang mit der Müllaffäre inhaftierte Ulrich Eisermann, Ex-Chef des Müllverbrennungsanlagen-Betreibers AVG, mit Kriminalbeamten zu einer Garage ins Agnesviertel. Eisermann offenbart den Beamten seinen geheimen Geldbunker: Mehrere Jahre lang hatte der Müll-Manager Millionen aus dem Schmiergeldtopf "Müllverbrennungsanlage" hinter einem stählernen Rolltor zwischengelagert, bevor er die Geldbündel auf Konten in Liechtenstein oder der Schweiz schleuste. Eisermann greift unter den Beifahrersitz eines Wagens und holt aus einem Loch im Teppich den Schlüssel für einen Bank-Safe in Zürich hervor. Allein in dem Schließfach, so lässt er die Ermittler wissen, hatte er zuweilen die ein oder andere Million deponiert. So genau weiß er das nicht mehr zu sagen. Bei den hohen Summen, mit denen der Ex-Spitzenbeamte hantierte, kann man wohl den Überblick verlieren.

Die Garage im Agnesviertel war ein sicherer Hort. 1994 sammelte Eisermann nach eigenen Angaben ersteinmal mehr als 1,6 Millionen Euro in der Schweiz ein. Fein verpackt in AVG-Tütchen lagerte es zunächst in seinem Kölner Versteck. Er deponierte das Geld erst bei der Liechtensteiner Landesbank, als ihm ein Schweizer Geschäftspartner unter Hinweis auf seine guten Kontakte zum Geldinstitut zusichert, dort gebe es keine dummen Fragen zur Herkunft des Geldes.

In den folgenden Jahren füllte Eisermann sein Zwischenlager regelmäßig auf. Nach eigenen Angaben war er auch als Geldbote für seine Partner im Müllkartell unterwegs. Beispielsweise für den Parteifreund und damaligen SPD-Fraktionsgeschäftsführer Norbert Rüter - was dieser bestreitet.

1996 übergab Eisermann laut Staatsanwaltschaft über 1,2 Millionen Euro unweit der Garage im "Café Füllenbach" am Ebertplatz an den Altgenossen Karl Wienand. Der murkte ein wenig. Er fühlte sich unterbezahlt. Laut Staatsanwaltschaft soll der Abfallentsorgungsberater Wienand die Schmiergeld-Connection zusammengebracht haben. Er hatte Eisermann Millionenprovisionen angeboten, wenn dieser den Auftrag zum Bau des Müllofens zu Gunsten des Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller manipulierte.

Eisermann nahm an. Auf der Seite der Geldempfänger war man zu dritt: Eisermann, Wienand und der Müll-Multi Hellmut Trienekens. Das Geld kam vom Anlagenbauer Steinmüller - insgesamt elf Millionen Euro. Während der ersten Geldübergabe stieg Trienekens aus, die Millionen schob er Wienand zu mit den Worten: "Wir sind quitt." Eisermann währte sich wie Hans im Glück, denn nun musste er den Kuchen nur noch mit Wienand teilen. Es kam anders. Der Steinmüller-Geschäftsführer Sigfried Michelfelder übernahm die Stelle des ausgeschiedenen Trienekens.

1996 war kein gutes Jahr. Eine anonyme Korruptions-Anzeige gegen Kölns Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier machte die Beteiligten nervös. Trienekens bat Eisermann, Geld für ihn aufzubewahren. Dieser schaltete den in die Affäre verstrickten Züricher Rechtsanwalt Heinz Egli ein. Der umtriebige Honorarkonsul von Vanuatu deponierte die Trienekens-Gelder sowie Mittel aus Eisermanns Garage auf einem Züricher Bankkonto. Am Ende geriet Egli selbst ins Visier der Ermittler. Er löste das Konto auf und vereinnahmte den gesamten Betrag in Höhe von zweieinhalb Millionen Euro. Vergeblich forderten Trienekens und Eisermann das Geld zurück. Der Anwalt blieb hart - zumindest dieses Geld war weg.

*Das Rollgitter der Garage ist heruntergelassen. Hier bunkerte Eisermann die Millionen aus dem Schmiergeldtopf. **BILD: SPILCKER***

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 06.07.2002

Beim Geld hörte die Feindschaft auf

Der Müllskandal offenbart ein enges Beziehungsgeflecht zwischen der Kommunalpolitik und der Abfallwirtschaft.

VON PETER BERGER

Norbert Rüter und Ulrich Eisermann, zwei Genossen, die sich nicht riechen konnten. Der eine mächtiger Fraktionschef der Kölner SPD, der andere Boss der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG). "Wir haben ein herzliches Verhältnis", soll Rüter bei einem Treffen im Jahre 1999 gesagt haben: "Ich glaube dir kein Wort und du glaubst mir kein Wort."

Der Grund für die Feindschaft: Eisermann war gegen den Willen des SPD-Fraktionschefs Klaus Heugel vom damaligen Oberstadtdirektor Kurt Rossa zum Hauptamtsleiter befördert worden. Eine Schlüsselposition, denn ab sofort waren die Genossen Heugel und Rüter auf ihn angewiesen, wollten sie ihre Günstlinge auf wichtige Stellen in der Stadtverwaltung hieven.

Doch bei Geld - das ist eine der Lehren aus dem Bestechungsskandal um die MVA - hört die Feindschaft auf. 1,02 Millionen Euro (zwei Millionen Mark) soll Rüter von den Bestechungsgeldern Eisermanns kassiert haben - dazu kommen Dankeschön-Spenden im Wert von 425 000 Euro (830 000 Mark), von denen Eisermann 255 000 Euro (500 000 Mark) besorgt haben will.

Die Zweckgemeinschaft entstand 1992: Nach Eisermanns Wechsel auf den AVG-Geschäftsführerposten habe er mit Heugel ein Agreement getroffen. Das habe auch für Rüter gegolten, dem Eisermann bis dahin wenig Positives abgewinnen konnte: "Versuchen Sie mal, einen Pudding an die Wand zu nageln." Nicht nötig, denn seit Gründung der AVG saßen Heugel, Rüter und Eisermann in einem Boot. Die Basis der Genossen, vor allem in Chorweiler und Nippes, war gegen den Mülllofen - und das konnte dem Trio nicht recht sein. Deshalb räumte der AVG-Chef auf die Frage Rüthers im Frühjahr 1994, wie viel Provision er aus dem MVA-Geschäft kassiere, die Summe 2,05 Millionen Euro (vier Millionen Mark) ein, und man vereinbarte, dass die SPD die Hälfte davon einstreichen werde. "Ich wusste, dass es die Arbeit kolossal erleichtern würde."

Besprechung beim Essen

Man traf sich im Frühsommer 1994 zu einem Essen, um eine Dankeschön-Spendenaktion für die SPD zu starten. Auf dem Tisch lagen Firmenlisten, Rüter gab Einschätzungen ab. Die steht der CDU nah, die lassen wir weg. Die können wir nehmen. Steinmüller sollte 76 700 Euro (150 000 Mark) bezahlen, Trienekens in vergleichbarer Höhe. Bei den anderen habe man 25 500 Euro (50 000 Mark) angepeilt. Die Sammelaktion habe sich 1998 wiederholt, Rüter habe erklärt, man brauche 770 000 Euro (1,5 Millionen Mark), um den OB-Kandidaten Heugel bekannt zu machen.

Das Polit-Geflecht zwischen der Müllbranche und der Politik reichte offenbar aber über die SPD hinaus: So soll auch der damalige FDP-Fraktionschef Wolfgang Leirich von Trienekens für die Kommunalwahl 1994 eine Wahlkampfspende von bis zu 15 500 Euro (30 000 Mark) erhalten haben. "So eine Spende hat es nie gegeben", sagte Leirich dem "Kölner Stadt-Anzeiger" am Freitag. Als politische Landschaftspflege darf laut Eisermann auch der Wechsel des CDU-Politikers Egbert Bischoff zu Trienekens verstanden werden. Er habe vor Gründung der AVG die Fraktionschefs abgeklappert und gefragt, ob es Vorgaben gebe. Der damalige Fraktionsvorsitzende der CDU, Albert Schröder, habe ihn mit den Worten "Schaff mir den bitte vom Hals, der ist zu umtriebig" um die Beschaffung eines Versorgungspostens gebeten.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.07.2002

Viel zu viel Müll verbrannt

Menge um 90 000 Tonnen zu hoch

Wegen Betrugverdachts hat eine Bürgerinitiative Strafanzeige gegen den Betreiber des Müllofens gestellt.

VON TIM STINAUER

Nach Auffassung der Bürgerinitiative "Wohnen und Umwelt Kölner Norden" wurde in der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Niehl im vergangenen Jahr mehr Müll verbrannt als erlaubt. Die Rede ist von ca. 90 000 Tonnen. Betreiber des Müllofens ist die "Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln" (AVG).

"Ursprünglich lag die Kapazitätsgrenze bei 430 000 Tonnen pro Jahr. Vom Regierungspräsidenten bekamen die Betreiber eine Erweiterungsgenehmigung auf 569 000 Tonnen. Im vergangenen Jahr wurden aber fast 660 000 Tonnen Müll verbrannt", sagt Rainer Zinkel, Vorsitzender der Initiative. Deren Düsseldorfer Rechtsanwalt habe nun bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen "ungenehmigten Betriebs einer genehmigungsbedürftigen Anlage" gestellt. Darauf steht nach Paragraph 327 des Strafgesetzbuches eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Die Staatsanwaltschaft wird den Betrugsvorwurf prüfen.

In vier Öfen wird in der MVA der Abfall verbrannt. Einer dieser Öfen sei allerdings beim Bau der rund 500

Millionen Euro teuren MVA nur als Reservelinie für etwaige Betriebsstörungen genehmigt worden. Da Störungen aber ausblieben, soll die vierte Produktionsspur schließlich in den Dauerbetrieb gegangen sein. Beim Regierungspräsidenten holten sich die Anlagenbetreiber die Genehmigung ein, die Verbrennungskapazität auf 569 000 Tonnen zu erweitern. Der Stadtrat war mit dieser Frage nicht befasst.

Längst nicht jede Tonne Abfall, die in Niehl verbrannt wird, stammt aus Köln. Um die Kapazitäten auszulasten, muss Müll aus dem Um- und Ausland herangekarrt werden. "Für die Jahre 1998 bis 2000 sind bei Gericht Gebührenbescheide-Klagen anhängig, für 2001 haben wir Widerspruch eingelegt", so Zinkel.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 09.07.2002

Noch weitere Gelder versteckt?

Michelfelder bleibt in Haft - Trienekens-Anwalt erhebt schwere Vorwürfe

Die Aussage von Ulrich Eisermann, der Schlüsselfigur im Müllskandal, wirft Fragen auf.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Mitunter steckt der Teufel im Detail. So geht es auch Top-Manager Sigfrid Michelfelder, Ex-Geschäftsführer des Anlagenbauers Steinmüller, die den 410 Millionen Euro teuren Müllöfen in Niehl errichtete. Michelfelder versuchte dieser Tage vergeblich, durch ein Geständnis aus der U-Haft freizukommen. Auch er habe 500 000 Euro kassiert. Das hat sein ehemaliger Partner im Müllkartell besser hingekriegt: Ulrich Eisermann, Ex-Chef des Müll-Ofenbetreibers AVG, gab zu, 1993 Steinmüller den Auftrag zur Errichtung der Müllverbrennungsanlage zugeschanzt zu haben. Dafür erhielt er knapp die Hälfte der Bestechungsgelder in Höhe von elf Millionen Euro. Er nannte Namen angeblicher Mitkassierer, darunter auch den von Sigfrid Michelfelder - und kam frei. Die unterschiedliche Behandlung der beiden Verdächtigen durch die Staatsanwaltschaft hängt mit den widersprüchlichen Erinnerungen zusammen, wo und wie viel Geld Michelfelder erhalten hat. Während Eisermann von 1,2 Millionen Euro spricht, beharrt der ehemalige Steinmüller-Mann darauf, im Februar 1995 nur einmal 500 000 Euro erhalten zu haben. Er habe damit "eine Zukunftssicherung für meinen behinderten Sohn" erreichen wollen.

Strafrechtlich spielt die Höhe der Summe gar keine Rolle. Für die U-Haft ist sie aber von Belang: Michelfelder sitzt weiter, weil die Staatsanwaltschaft befürchtet, er habe noch weitere Gelder versteckt. Für seine Anwältin Anne Wehnert ein unhaltbarer Zustand: "Es ist nicht einzusehen, warum man Herrn Eisermann mehr Glauben schenkt als Herrn Michelfelder, zumal mein Mandant mit einem Einzahlungsbeleg exakt beweisen konnte, dass er Recht hat. Herr Eisermann konnte nichts dergleichen." Zum Zeichen des guten Willens ließ sich Ex-Manager Michelfelder vor einer Woche nochmals vernehmen und berichtete von weiteren Millionenflüssen in der Korruptionsaffäre. Ob das reicht, um ihn auf freien Fuß zu setzen, steht dahin.

Gleiches gilt für den ebenso inhaftierten Müll-Unternehmer Hellmut Trienekens. Am Freitag muss die 9. Große Strafkammer vor allem über die Frage entscheiden, ob und wann der 64-Jährige aus dem Bestechungskartell ausgestiegen ist.

Unstrittig ist, dass der Viersener Müll-Multi 1993/94 zum Müllkartell gehörte. Doch während die Staatsanwaltschaft die Auffassung vertritt, Trienekens sei auch an späteren Zahlungen über weitere Schweizer Firmen beteiligt gewesen, gibt es nach Ansicht seines Rechtsanwalts Norbert Gatzweiler dafür keine Hinweise. Hellmut Trienekens habe sich nach einem Treffen in Zürich im Jahre 1994 "ausdrücklich von der Gesamtangelegenheit distanziert und an keinerlei Aktivitäten in diesem Zusammenhang mehr teilgenommen". Das werde von Michelfelder und Eisermann bestätigt.

Der Tatvorwurf aus der so genannten Unrechtsvereinbarung von 1993 sei verjährt. Trienekens sei schwer herzkrank, werde durch die U-Haft der "andauernden Gefahr schwerster Gesundheitsschäden, wenn nicht sogar einer Todesgefahr" ausgesetzt. Die U-Haft diene offenbar lediglich dazu, "auf Herrn Trienekens Druck auszuüben, sich zu möglicherweise von den Ermittlungsbehörden noch als relevant erachteten Ermittlungsfeldern zu äußern".

Davon gibt es trotz der inzwischen auf 5000 Seiten angeschwollenen Ermittlungsakten noch genug. So ist ungeklärt, in welcher Weise die NRW-Landesregierung über Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes und weitere namhafte Landespolitiker massiv für den Bau der Anlage geworben hat. Fest steht, dass die Landesregierung schon Anfang der 90er Jahre Hellmut Trienekens angesprochen hat, an einer "optimierten Konzeption insbesondere mit dem Schwerpunkt Müllverbrennungsanlagen und Müllentsorgungskonzepten" mitzuwirken. Dazu habe man den Ministerialbeamten Wilhelm Hanrath beurlaubt, um ihn als leitenden Mitarbeiter bei Trienekens zu installieren - mit einem Jahresgehalt von 128 000 Euro (250 000 DM). Dafür sollte der die "hohe Sachkompetenz der Trienekens-Firmengruppe im Bereich Müllentsorgung mit den konzeptionellen Vorstellungen der politischen Leitungsebene koordinieren".

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 10.07.2002

Es wird viel zu viel Müll verbrannt

Das Genehmigungsverfahren für die MVA soll erneut überprüft werden

Die Müllverbrennungsanlage ist stärker ausgelastet als geplant. Jetzt ist der Verdacht aufgekommen, die Bürger zahlten deshalb zu hohe Gebühren.

VON MATTHIAS PESCH

Ist die Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) wissentlich zu groß geplant und gebaut und sind die Bürger dadurch mit zu hohen Gebühren belastet worden? Dieser Verdacht drängt sich für die CDU-Fraktion auf, nachdem fest steht, dass in der Niehler MVA im vorigen Jahr rund 617 000 Tonnen Müll verbrannt wurden - laut Ratsbeschluss von 1993 sollte die Anlage auf 421 000 Tonnen ausgelegt sein. Man muss die damaligen Berechnungsgrundlagen ernsthaft in Zweifel ziehen, sagte CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann - und stellte die Frage nach Verantwortungsverstößen bei Stadtverwaltung, Bezirksregierung und Müllofen-Betreiber AVG. Das Rechnungsprüfungsamt sowie die Wirtschaftsprüfer bei der AVG sollen laut Bietmann die Genehmigungsverfahren jetzt gezielt unter die Lupe nehmen. Auch die Grünen, die eine illegale Kapazitätsausweitung vermuten und mögliche Zusammenhänge zum Korruptionsskandal untersucht wissen wollen, werden das Thema im Regionalrat debattieren, und das Landesinnenministerium hat seine Innenrevision mit einer Prüfung beauftragt.

Der Rat hat sich laut Bietmann bei seinen Entscheidungen auf die Rechenmodelle von Verwaltung und AVG verlassen. Danach habe die Anlage, um 421 000 Tonnen pro Jahr verbrennen zu können, theoretisch auf 569 000 Tonnen ausgelegt werden müssen: Es mussten unter anderem Stillstandszeiten einkalkuliert werden. Der Heizwert wurde mit 11 300 Kilojoule pro Kilogramm Müll angesetzt. Nun hat sich herausgestellt, dass der Heizwert des Mülls - unter anderem wegen der feuchten Bioabfälle - deutlich niedriger liegt und daher mehr Müll verbrannt werden kann. Außerdem arbeitete die Anlage deutlich zuverlässiger als angenommen. Also ließ sich die AVG im September von der Bezirksregierung eine Genehmigung erteilen, die nicht mehr allein die Müllmenge zur Berechnungsgrundlage machte sondern Tonnage kombiniert mit Heizwert die so genannte Feuerungswärmeleistung. Dadurch sei es möglich, größere Mengen zu verbrennen. Von einer Überschreitung des Genehmigungswertes kann daher keine Rede sein, so die AVG.

Hätte ein Profi nicht bei der Genehmigung erkennen müssen, dass das Zahlenwerk reine Theorie und die Werte derart variabel waren? fragt Bietmann. Drei Müllöfen hätten ausgereicht, um den Kölner Müll (500 000 Tonnen) zu verbrennen.

Die Bezirksregierung betonte, es sei allen Beteiligten bekannt gewesen, dass die Leistungsfähigkeit der Anlage bereits damals eine größere Variable aufwies. Mit der neuen Genehmigung von 2000 habe man lediglich die Selbstbeschränkung der Stadt auf 421 000 Tonnen beseitigt. Der Regierungspräsident zeigte sich erstaunt, dass Teile des Rates offenbar von der eigenen Gesellschaft nicht umfassend über die Möglichkeiten der Anlage informiert erscheinen. Der damalige RP Franz-Josef Antwerpes weist die Vorwürfe als haltlos zurück. Er selbst habe die damalige Stadtspitze darüber aufgeklärt, wie viel mehr Müll in der MVA verbrannt werden könnte, wenn der Heizwert sinke.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.07.2002

KOMMENTAR / Müllöfen

Merkwürdig

VON MATTHIAS PESCH

All diejenigen, die vor Jahren die Kölner Müllverbrennungsanlage als überdimensioniert kritisiert haben, klopfen sich in diesen Tagen vermutlich auf die Schultern: Seht her, wir haben es schon immer gewusst. Es ist in der Tat merkwürdig, dass in der Niehler Anlage 2001 fast 200 000 Tonnen Müll mehr verbrannt wurden als ursprünglich vorgesehen. Davon stammten zwar 90 Prozent aus Köln und dem Regierungsbezirk, aber immerhin auch zehn Prozent, die aus dem gesamten Bundesgebiet importiert wurden - vermutlich nicht zu den gängigen Marktpreisen.

Die MVA ist in den Schlagzeilen, weil bei der Bauvergabe Millionen an Schmiergeldern geflossen sein sollen. Da ist es nicht weit bis zum Verdacht, auch bei den Berechnungsmodellen für die Dimensionierung sei es nicht mit rechten Dingen zu gegangen. Ob das so ist oder das Thema lediglich zu Wahlkampfzwecken ausgeschlachtet wird, muss möglichst rasch geklärt werden. Allein im Sinne der Bürger, die wissen wollen, ob sie schon wieder zu viel Gebühren gezahlt haben.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 11.07.2002

Klage wegen MVA

Bärbel Höhn: Zu große Verbrennung

Im Streit um die Kapazität und die Kosten des Kölner Müllofens zieht der Haus- und Grundbesitzerverein vor Gericht. Er hält die Abfallgebühren für zu hoch.

VON HEINZ TUTT UND BARBARA A. CEPIELIK

Köln - Schmiergelder in Millionenhöhe hätten dazu geführt, dass die Niehler Müllverbrennungsanlage größer und damit teurer wurde als nötig. Das sagte gestern der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins, Hanns Schaefer. Er kündigte an, sein Verband werde die Stadt verklagen. Die Gebühren seien wegen der zu großen Anlage unnötig teuer, das könnten sich Mieter wie Vermieter nicht gefallen lassen. "Wir werden vor Gericht ziehen" sagte er gestern, "und wir werden gewinnen."

Der Kölner CDU-Fraktionsvorsitzende Rolf Bietmann schließt nicht aus, dass die Stadt bei einem gerichtlichen Erfolg Schaefers "Beträge im dreistelligen Millionenbereich" werde zurückzahlen müssen. Nicht zuletzt deswegen soll die MVA auch Thema einer aktuellen Stunde im Rat am nächsten Dienstag sein.

NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) rät den Bürgern unterdessen im Grundsatz davon ab, gegen höhere Müllgebühren zu klagen. In einem Gespräch sagte sie dem "Kölner Stadt-Anzeiger", eine Klage sei nicht besonders aussichtsreich. Den Betreibern müsste schließlich nachgewiesen werden, dass sie bewusst eine zu groß dimensionierte Anlage in Betrieb genommen hätten. Höhn hat stets betont, dass die Kölner Anlage viel zu groß sei. Bei einer landesweiten Überprüfung der staatlichen Genehmigungen für MVA haben sich laut Höhn keine Hinweise auf Rechtsverstöße ergeben.

Tagesthema Seite Zwei

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 11.07.2002

TAGESTHEMA / Wie viel Müll darf es sein? Der Streit um die Köllner Müllverbrennungsanlage geht weiter

Ein Ofen zeigt ungeahnte Größe

Die Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) kann viel mehr Müll verbrennen, als Kölns Politiker bisher angenommen haben. Nun fragt man sich: Wie kommt das und ist das richtig so?

VON BARBARA A. CEPIELIK

Köln - Die Kölner Müllverbrennungsanlage hat vier Verbrennungsöfen. In der offiziellen Broschüre zu ihrer Eröffnung 1998 steht nachzulesen, dass das perfekt sei, um 421 000 Tonnen Abfall pro Jahr zu verbrennen. Und doch schaffte die von der stadtnahen Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) betriebene Anlage im vergangenen Jahr 617 000 Tonnen - weitaus mehr, als die Kölner an Hausmüll produzierten. Denn das waren 2001 nur 392 000 Tonnen; der Rest kam aus der Region und dem Land NRW. Hätte also eine kleinere und damit für die Kölner Gebührenzahler billigere Anlage gereicht? Und wenn ja: Wie kommt es, dass die MVA so viel größer ausgerichtet wurde?

Die Kölner CDU will alle Gutachten, die zur damaligen Größenberechnung führten, prüfen lassen. Fraktionschef Rolf Bietmann: "Wenn sich herausstellt, dass damals wesentlich zu hohe Werte angegeben wurden, hätte sogar die Gebührenklage des Haus- und Grundbesitzervereins eine Chance." Gedankenspiel vor dem Hintergrund des Kölner Korruptionsskandals: Gutachter könnten absichtlich einen höheren Heizwert angegeben haben, um Überkapazitäten - und damit im Nachhinein billige Verbrennungsmöglichkeiten für gewerbliche Müllentsorgungsunternehmen - zu schaffen.

Eine Kerze anzünden

"Wahlkampfgetöse" nennt derlei der zu den Genehmigungszeiten amtierende frühere Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes. "Die Kölner müssten jeden Tag eine Kerze im Kölner Dom anzünden für eine derart perfekte Anlage." Er selbst habe die Kölner Stadtspitze in der Planungsphase wissen lassen, dass die Heizwerte im Müllofen nach unten und damit die Verbrennungsmenge nach oben schwanken könnten. Daraufhin habe er keinen Widerspruch gehört. Kölner Politiker, die damals mit entschieden, erinnern sich derweil nicht daran, dass im größeren Kreis über die mögliche wundersame Vermehrung gesprochen wurde. Da hätten sie sich eben informieren müssen, meint Antwerpes, "und ihre Hausaufgaben machen". Dass eine gewisse Skepsis angesichts der geplanten vier Verbrennungsstraßen bestand, beweist ein Brief, der noch am Tag des ersten Spatenstichs im Februar 1996 an den (inzwischen in der Korruptionsaffäre zu den Hauptbeschuldigten zählenden) AVG-Chef Ulrich Eisermann gesandt wurde: "Da Zweifel an der längerfristigen Notwendigkeit des vierten Ofens vorgebracht werden, soll bis zu deren Klärung zunächst mit dem Bau von nur drei Verbrennungsöfen begonnen werden", wurde darin eine gemeinsame Vereinbarung von SPD und CDU zitiert. Doch die AVG argumentierte die Vorsichtigen aus der damaligen großen Koalition in Grund und Boden. Und sie reagiert auch heute noch gelassen auf Vorwürfe, die MVA sei überdimensioniert. Um gewährleisten zu

können, dass die vom Rat geforderten 421 000 Tonnen zuverlässig entsorgt werden können, habe man den Müllöfen für 569 000 Tonnen und daher mit vier Verbrennungsstraßen ausstatten müssen - wegen der nötigen Wartung.

Der Betrieb der Anlage habe aber erwiesen, dass die Wartung unaufwändiger sei als gedacht. Gleichzeitig zeigte sich, dass der Kölner Müll einen weniger hohen Heizwert als vorhergesagt benötigte. Das Gutachten der Hamburger Ingenieurgesellschaft für Umwelt und Technik (ITU), das seinerzeit die Heizwerte höher bezifferte, habe um 20 Prozent neben der später festgestellten Realität gelegen. AVG-Sprecher Wilfried Rogall: "Hinterher ist man immer schlauer."

"Nie aus Neapel"

Statt die so entstandenen Kapazitäten ruhen zu lassen, nimmt die AVG (Gewerbe-)Abfall aus anderen Städten an - "Nie aber aus Neapel", wie Rogall gestern betonte und damit anders lautenden Nachrichten widersprach. Für die relativ hohen Kölner Müllgebühren werden pro Tonne verbrannten Mülls 211 Euro zu Grunde gelegt und gezahlt. Fremdmüllanlieferer kommen viel billiger weg: Um 60 Euro pro Tonne werden gezahlt, ein Dumpingpreis sei das, gibt der AVG-Sprecher zu, "aber besser als gar nichts". Den Kreis Euskirchen und andere Anlieferer freut's - und Kölnern fällt es schwer zu glauben, dass sie all dies nicht mit ihren Gebühren mitbezahlen, sondern von diesem Müll-Tourismus profitieren, wie die AVG versichert.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 11.07.2002

TAGESTHEMA / Wie viel Müll darf es sein? Der Streit um die Kölner Müllverbrennungsanlage geht weiter Ungünstig für die Gebühren

Über die neuen Fragen, die der Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage aufwirft, sprach Heinz Tutt mit Bärbel Höhn, Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen.

KÖLNER STADT-ANZEIGER: *Frau Höhn, wird in Köln zu viel Müll verbrannt?*

BÄRBEL HÖHN: Die Tonnenzahl ist nicht allein entscheidend. Es geht auch immer um den Heizwert der Fracht. Ob dieser Wert in Köln eingehalten wurde, wird derzeit von der Bezirksregierung überprüft. Unstreitig ist aber, dass die Anlage zu groß dimensioniert wurde. Das wird ja heute dadurch bestätigt, dass Müll aus anderen Regionen in Köln verbrannt wird. Dies wirkt sich wiederum sehr ungünstig für den Kölner Gebührenzahler aus. *Sollte der Bürger gegen zu hohe Müllgebühren klagen?*

HÖHN: Das muss jeder selbst entscheiden. Manche Klagen sind ja auch erfolgreich. Obwohl die Anlage offensichtlich zu groß gebaut wurde, hätte der Bürger bei einer Klage überhaupt nur eine Aussicht auf Erfolg, wenn er schon in der Vergangenheit deswegen Widerspruch eingelegt hätte. Und er müsste den Betreibern zudem nachweisen, dass sie vorher schon gewusst hätten, dass die Anlage zu groß ist. Deshalb rate ich eigentlich dem Bürger in diesem Punkt eher ab, den Klageweg zu beschreiten. Die Situation ist da nicht besonders aussichtsreich.

Welche Möglichkeit hat das Land, die Entwicklung zu korrigieren?

HÖHN: Wenn eine Anlage erst mal da ist, ist sie da. Der Stadtrat ist hier gefragt, und nicht die Landesregierung. *Hat der damalige Umweltminister Klaus Matthiesen in Köln eingegriffen?*

Hat der damalige Umweltminister Klaus Matthiesen in Köln eingegriffen?

HÖHN: Ich habe darüber keine Erkenntnisse.

Die Regierung hat die Überprüfung der Genehmigungsverfahren aller MVA in NRW angeordnet. Gibt es Ergebnisse?

HÖHN: Das Innenministerium ist hierfür zuständig. Es ist zu der Einschätzung gekommen, dass es bei den Genehmigungen keine Erkenntnisse über Gesetzesverstöße gibt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 11.07.2002

KOMMENTAR / SPD-AFFÄRE Zweierlei Maß

Die Aufarbeitung des SPD-Spendenskandals kommt nur langsam voran. Die Schiedskommissionen arbeiten hinter verschlossenen Türen, ihre Ergebnisse dringen nur auf Umwegen an die Öffentlichkeit. Jetzt sind wieder zwei Verfahren abgeschlossen. Den Ratsfrauen Christa Becker und Alice Gneipelt, die jeweils drei Spendenquittungen erhalten hatten, wurden Rügen erteilt. Das ist die mildeste Sanktion, die möglich ist. Beide hätten, so die Begründung, von der Stückelungspraxis des Ex-Schatzmeisters Manfred Biciste nichts gewusst und sich nicht an ihr beteiligt.

Gleiches hat man auch dem inzwischen aus der SPD ausgetretenen Werner Jung bescheinigt. Doch er kam nicht so glimpflich davon. Ihm wurde das passive Wahlrecht für zwei Jahre entzogen. Seine

Bundestagskandidatur konnte er daraufhin abschreiben. Die Anzahl der Quittungen und ihre finanzielle Größenordnung lassen auch nicht erkennen, warum die Schiedskommissionen mit zweierlei Maß messen. Der Verdacht, die Landes-SPD habe mit dem Urteil gegen Jung politischen Druck ausüben wollen, um nicht mit einem in die Spendenaffäre verstrickten Kandidaten in den Wahlkampf ziehen zu müssen, hat sich durch die Urteile gegen Gneipelt und Becker erhärtet.

PETER BERGER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 12.07.2002

NRW-SPD Ablasshandel vorgeworfen

Beschuldigte im Spendenskandal fühlen sich von Schiedskommission unter Druck gesetzt

Den Empfängern fingierter Quittungen wurde angeboten, das Verfahren einzustellen, wenn sie den Schaden beglichen.

VON PETER BERGER UND HEINZ TUTT

Köln - Im Spendenskandal der Kölner SPD hat die Partei den Beschuldigten ein Gegengeschäft angeboten. Wie Betroffene berichten, wurden sie in ihrer Anhörung vor einer parteiinternen Schiedskommission aufgefordert, das Dreifache des Schadens an die Partei zu zahlen, den sie durch Annahme fingierter Spendenquittungen angerichtet hatten. Sollten sie dem nachkommen, dürften sie mit einer Einstellung des Verfahrens rechnen. "Wir haben über vier Stunden verhandelt", berichtet ein beschuldigtes Kölner SPD-Mitglied. Dabei sei es "wie auf einem Basar" zugegangen. "Ich war völlig entsetzt und habe das Angebot abgelehnt", so der Genosse weiter. In anderen Fällen soll es zu Einstellungen gekommen sein, weil die Betroffenen sich zu den Zahlungen bereit erklärt hätten.

Der Generalsekretär der Landes-SPD, Michael Groschek, wies die Vorwürfe zurück. Selbstverständlich habe man "die politisch-moralische Erwartung, dass der Schaden wieder gutgemacht wird". Das bedeute aber nicht, dass Nichtzahlen zur Bestrafung und Zahlen zur Einstellung des Verfahrens führe. Groschek: "Wir sind doch nicht beim Ablasshandel im Mittelalter." Er bestätigte, dass in den Schiedskommissionen die Erwartung auf Wiedergutmachung geäußert worden sei. Die richte sich nach den Forderungen der Bundespartei. Die Empfänger hätten demnach den Quittungsbetrag plus die doppelte Summe an die SPD zu entrichten. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hatte die Höhe der Strafe, die die SPD an die Bundestagsverwaltung zahlen muss, auf 493 000 Euro festgelegt. Insgesamt müssen die drei Schiedskommissionen über 27 Kölner Sozialdemokraten befinden und über Sanktionen entscheiden. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, fingierte Spendenquittungen von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste erhalten und beim Finanzamt steuerlich geltend gemacht zu haben.

Köln

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.07.2002

Ein wortreicher Wienand erschien vor dem Richter

In der Müllaffäre bestreitet der SPD-Strippenzieher Karl Wienand den Empfang von Schmiergeldern.

VON HARRIET DRACK UND AXEL SPILCKER

Geradezu gesprächig wirkte der Ex-Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand, beim gestrigen Termin vor der 9. Großen Strafkammer. Es ging um die Haftbeschwerde des 75-Jährigen. Wortreich erläuterte er dem Vorsitzenden Richter Ulrich Höppner, warum keine Fluchtgefahr bestehe, wenn man ihn aus der Untersuchungshaft entlasse. Dass er als Mitglied eines Schmiergeldkartells 6,4 Millionen Mark aus dem Bau der Müllverbrennungsanlage gezogen haben soll, hat Wienand in der nichtöffentlichen Anhörung offenbar bestritten. Sein Anwalt hatte wissen lassen, Wienand habe als Berater für den Anlagenbauer Steinmüller 200 000 Euro erhalten. Eine Entscheidung des Gerichts wird Anfang nächster Woche erwartet.

Die Staatsanwaltschaft hegt ihre Zweifel. Gestützt auf die Aussagen weiterer Hauptbeschuldigter, messen die Ermittler Wienand im Schmiergeldkartell eine Schlüsselrolle zu. Wienand, seit den 80er Jahren als Lobbyist in der Entsorgungsbranche tätig, soll den Chef des Müllöfenbetreibers AVG, Ulrich Eisermann, zur Annahme von Schmiergeldern veranlasst haben.

Eisermann erinnerte sich unlängst in seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft an Einzelheiten. Im Frühjahr 1993, während der Ausschreibung zum Bau der Müllverbrennungsanlage, sei Wienand im AVG-Büro erschienen und habe gesagt, bei einem Auftrag in dieser Höhe könne er sich vorstellen, Provisionen von drei Prozent

herauszuholen. Als Referenz habe Wienand angeführt, dass er für die Vermittlung eines Schiffsbauauftrags in Portugal unter Ministerpräsident Suarez drei Millionen Mark kassiert habe. Nach erfolglosen Versuchen Wienands, bei Eisermann einen Schweizer Anlagenbauer unterzubringen, schwenkte er um und offerierte im Namen der Gummersbacher Firma Steinmüller Bestechungsgelder. Eisermann nahm an. Auf seine Frage, wohin mit den Millionen, wusste Wienand auch eine Antwort: Er verwahre sein Geld in Monaco.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.07.2002

KOMMENTAR / SPD-SKANDAL

Ablasshandel

Keine Frage: Vor jedem ordentlichen Gericht gibt es mildernde Umstände, wenn der Angeklagte alles versucht, den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Insofern entspricht der "Ablasshandel", den zumindest eine der Schiedskommissionen im SPD-Spendenskandal offensichtlich betreibt, den Gepflogenheiten der ordentlichen Gerichtsbarkeit, an der sich die Parteigerichte orientieren.

Politisch-moralisch dagegen ist der Deal, den man auf die Kurzformel "Wenn du zahlst, stellen wir ein" bringen kann, höchst bedenklich. Denn es ist plötzlich nicht mehr vorrangig von Interesse, wie die Verwicklung der Quittungsempfänger in das illegale Spendensystem zu bewerten ist. Es geht nur noch darum, den finanziellen Schaden für die SPD möglichst gering zu halten.

Bleibt nur die Frage, wie die SPD mit denjenigen verfährt, die den dreifachen Betrag der entgegengenommenen Quittungen tatsächlich zahlen. So lange kein Gericht über die Schadenersatzforderungen der Bundes-SPD gegen Manfred Biciste und Norbert Rüter entschieden hat, ist das eine freiwillige Leistung, auch Spende genannt. Dafür müsste die SPD eigentlich eine Quittung ausstellen.

PETER BERGER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.07.2002

Genossen fühlten sich wie im Basar

SPD-Mitglieder berichten, sie seien vor die Wahl "Zahlen oder Rüge" gestellt worden .

Auf ungewöhnliche Weise will die SPD den finanziellen Schaden des Spendenskandals ausgleichen.

VON PETER BERGER UND HEINZ TUTT

Die Strafe ist hart. Auf 493 000 Euro hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse das Bußgeld festgelegt, das die Sozialdemokraten für den Kölner Spendenskandal bezahlen müssen. Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier hat angekündigt, dass sich die Bundespartei das Geld zurückholen will. Die beiden Drahtzieher der Affäre, Ex-Fraktionschef Norbert Rüter und Ex-Schatzmeister Manfred Biciste, wurden bereits auf Schadenersatz verklagt. Doch ob sie belangt werden können, dürfte erst nach einem Rechtsstreit entschieden werden.

Vor diesem Hintergrund scheint es nur logisch, auch die Empfänger der illegalen Spendenquittungen zur Kasse zu bitten. Und zumindest eine der drei Schiedskommissionen, die sich derzeit mit ihnen beschäftigen müssen, entwickelt da offenbar ganz eigene Methoden. Vier Stunden lang habe man sich mit seinem Fall beschäftigt, berichtet ein SPD-Mitglied, dem Manfred Biciste zwei Quittungen im Wert von gut 2000 Euro (4000 DM) zugesichert hatte. "Die Kommission hat einvernehmlich festgestellt, dass ich von der Stückelungspraxis nichts gewusst habe und auch nicht daran beteiligt war." Normalerweise müsse wegen des fahrlässigen Umgangs mit den Quittungen eine Rüge ausgesprochen werden, habe der Kommissionsvorsitzende mitgeteilt. Das Verfahren könne aber eingestellt werden,

"wenn ich auf einen Schlag den dreifachen Beitrag zurückzahle". Das Ganze, so der SPD-Genosse, sei formaljuristisch vielleicht vertretbar, habe aber einen faden Beigeschmack. Mit Empörung habe er das Ansinnen im Beisein eines Rechtsanwaltes zurückgewiesen. "Ich habe vor der Schmutz-Kommission alles auf den Tisch gelegt und meinen Fehler eingeräumt. Bei der Schiedskommission hatte ich die Hoffnung auf ein faires Verfahren. Das hat sich leider nicht bewahrheitet. Man wollte mich schlicht und ergreifend kaufen."

Die Landes-SPD wies die Vorwürfe gestern zurück. Dass Nichtzahlen zur Bestrafung und Zahlen zur Einstellung des Verfahrens führe, sei abwegig, sagte NRW-Generalsekretär Michael Groschek. "Wir sind doch nicht beim Ablasshandel wie im Mittelalter." Richtig sei, dass die Schiedskommissionen die Erwartung auf Wiedergutmachung geäußert hätten.

Offenbar sind nicht alle von Schiedsverfahren betroffenen SPD-Mitglieder vor die Wahl "Rüge oder Zahlen" gestellt worden. Reiner Hammelrath, ehemaliges Mitglied der Kontrollkommission, bestätigte gestern, er habe gleich nach Bekanntwerden der Affäre aus freien Stücken die Wiedergutmachung des entstandenen Schadens angeboten. Auch aus diesem Grund sei das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Bei dem Ex-Bundestagskandidaten Werner Jung, dem ebenfalls fahrlässiger Umgang mit Spendenquittungen vorgeworfen wurde, ließ sich die Kommission auf einen derartigen Handel nicht ein. Ihm wurde das passive

Wahlrecht für zwei Jahre entzogen. "Von fairen Verfahren", so ein SPD-Mitglied, "ist längst keine Rede mehr." Einige Betroffene haben angekündigt, nach Abschluss ihrer Verfahren das Schweigen zu brechen.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.07.2002

Auch Mieterverein fordert Rückerstattung der Gebühren - Größe der Müllverbrennungsanlage in Niehl wirft weitere Fragen auf / INFO-KASTEN

Staatsanwaltschaft ermittelt

Weil der halbstädtische Müllöfenbetreiber AVG im vergangenen Jahr weitaus mehr Abfall verbrannt haben soll als erlaubt, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft. Behördensprecher Günther Feld bestätigte gestern den Eingang einer Strafanzeige, die man zum Anlass genommen habe, um ein Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche des Müllöfens einzuleiten. Der Bürgerinitiative "Wohnen und Umwelt" zufolge wurden 2001 im Niehler Müllöfen knapp 250 000 Tonnen mehr Müll verfeuert als ursprünglich genehmigt worden waren. Nachträglich hatte die Bezirksregierung zwar die Verbrennungsmengen heraufgesetzt. Doch auch diese wurden im vorigen Jahr weit überschritten. Der Anwalt der Initiative, Klaus Kall, sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", es sei ebenfalls die Frage des Betrugs zu klären. "Die Verbrennungsanlage wurde offensichtlich von Anfang an größer angelegt, als sie wirklich gebraucht wird. Finanziert wurde der Müllöfen über die hohen Abfallgebühren. Jede Tonne mehr Müll, die nun dort verbrannt wird, erhöht den Gewinn der Gesellschafter." (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.07.2002

Auch Mieterverein fordert Rückerstattung der Gebühren - Größe der Müllverbrennungsanlage in Niehl wirft weitere Fragen auf / INFO-KASTEN

Bis zum Sieg vor Gericht liegt ein weiter Weg

Mieter und Vermieter ziehen an einem Strang und fordern die Rückzahlung von Müllgebühren, weil sich die Hinweise verdichten, der Müllöfen könnte zu groß und damit zu teuer geplant worden sein.

Doch so groß der Unmut sein mag bis zum gerichtlichen Erfolg wäre der Weg lang und steinig. "Bislang haben die Oberverwaltungsgerichte uneinheitlich entschieden", sagt Harald Schledorn, Gebührenreferent beim Bund der Steuerzahler. Es sei sehr schwierig zu beweisen, dass eine Anlage tatsächlich überdimensioniert angelegt worden sei und damit nicht nach betriebswirtschaftlichen Regeln geführt werden könne. Aachener, die kritisieren, der Müllöfen habe eine Überkapazität von 59 Prozent, erhielten in der ersten Instanz Recht, berichtet Schledorn. In der zweiten warten sie seit 1998 auf eine Antwort, die Beweisführung sei aufwendig. Ein Bonner Bürger, der klagte, dass die MVA dort auch Abfall zu Niedrigkosten annimmt, musste sich vom OVG Münster bescheiden lassen, dass es durchaus zulässig sein könne, Müll zu Selbstkosten oder (niedrigen) Marktpreisen anzunehmen. In der Kölner MVA werden 395 000 Tonnen Kölner Hausmüll verbrannt, der Rest stammt aus Land und Region. Eine Tonne Verbrennung kostet 211 Euro,

Fremdanlieferer zahlen in Köln oft nur um 55 Euro. (bce)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.07.2002

Auch Mieterverein fordert Rückerstattung der Gebühren

Größe der Müllverbrennungsanlage in Niehl wirft weitere Fragen auf - Anzeige der Bürgerinitiative

Einige Politiker wussten von den größeren Kapazitäten des Müllöfens, reagierten aber erst spät.

VON BARBARA A. CEPIELIK

Ist der Rat beim Beschluss zur Müllverbrennungsanlage getäuscht worden, weil falsche Heizwerte zu Grunde gelegt wurden? Und hat er deswegen einer zu großen und damit auch für die Gebührenzahler zu teuren Anlage zugestimmt? Das ist die Kernfrage, um die sich die Aktuelle Stunde des Rates am nächsten Dienstag, 16. Juli,

drehen wird. Nach dem gemeinsamen Vorstoß von CDU und FDP haben sich auch die Grünen und die PDS mit Fragen zum Thema an den Oberbürgermeister gewandt.

Der Rat habe eine MVA mit einer Kapazität von 421 000 Tonnen pro Jahr beschlossen, müsse nun aber erfahren, dass mehr als 650 000 möglich seien. In Niehl seien über die vom Regierungspräsidenten nachträglich genehmigten Zusatzkapazitäten hinaus weitere 90 000 Tonnen verbrannt worden. Das wirft nach Ansicht der CDU auch die Frage auf, warum der Regierungspräsident diese Anlage in Kenntnis um den Ratsbeschluss eine MVA für 421 000 Tonnen genehmigt habe. Es müsse geklärt werden, ob die damaligen Berechnungen zu Heizwerten und Wartungsphasen zu rechtfertigen waren oder ob schon damals absehbar war, dass die Anlage mehr Müll "schaffen" würde. Die Grünen stets Gegner einer MVA in dieser Größe sehen "genehmigungsrechtliche wie wirtschaftliche Fragen" offen. Die PDS sorgt sich vor allem darum, ob angesichts der verbrannten Mengen die Umweltauflagen überhaupt eingehalten wurden.

Der Aufsichtsrat der AVG ist über die Kapazitätserweiterung informiert worden, seine Mitglieder hatten aber zu jenem Zeitpunkt nicht weiter reagiert. Erste öffentliche Hinweise darauf, dass mehr Abfall verbrannt wurde, ergab ein Wortwechsel zwischen PDS und FDP in der April-Ratssitzung; die Zahl von 600 000 Tonnen nannte auch Harald Junge (Grüne) in der Juni-Sitzung ohne dass sich die großen Fraktionen daran stießen. Erst die Anzeige der Bürgerinitiative im Kölner Norden brachte die Diskussion auf breiter Ebene in Gang und vielleicht die Tatsache, dass der Wahlkampf begonnen hat.

Der Kölner Mieterverein weist darauf hin, dass der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit nicht nur im Mietrecht verankert sei, sondern dass die Stadt bei Gebühren-finanzierten Anlagen dazu verpflichtet sei, kostengünstig zu arbeiten. Dem widerspräche eine überteuerte MVA.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.07.2002

Weitere Konsequenzen des Müllskandals

Lüttgen soll die SPD verlassen

Toni Klefisch ist schon ausgetreten, nun will die nordrhein-westfälische SPD auch Kurt Uhlenbruch und Karl-Heinz Schmalzgrüber aus der Partei ausschließen.

VON PETER BERGER

Am Montag sollte er sich vor der Schiedskommission wegen des Erhalts gefälschter Spendenquittungen rechtfertigen; doch der Chef der Rechtsrheinischen Gas- und Wasserwerke (RGW), Toni Klefisch, von 1979 bis 1991 Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion, kam dem durch seinen Austritt aus der Partei zuvor. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, hatte die NRW-SPD gegen den 56-Jährigen bei der Schiedskommission den Parteiausschluss beantragt.

Es war nicht die einzige Niederlage, die der einstige Spitzengenosse in dieser Woche einstecken musste. Nachdem die RGW zum 1. Juli in der neuen GEW-RheinEnergie aufgegangen ist, muss sich Klefisch nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" mit dem Ende seiner beruflichen Karriere abfinden. Sein Vertrag als RGW-Vorstand endet am 31. Dezember. Im Vorstand der GEW-RheinEnergie soll er keinen Posten mehr bekommen.

Drei weitere in den Spendenskandal verstrickte SPD-Politiker sollen nach dem Willen der Landes-SPD aus der Partei ausgeschlossen werden: Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch, der ehemalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heinz Lüttgen und der noch amtierende Ratsherr Karl-Heinz Schmalzgrüber. Sie sollen mehrfach Spendenquittungen von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste in Größenordnungen von mehr als 12 000 Euro (25 000 DM) angenommen haben. Uhlenbruch hatte das Ende März nach Bekanntwerden der Affäre eingeräumt.

Etwa die Hälfte der 27 Schiedsverfahren gegen SPD-Mitglieder sind abgeschlossen. Über Einzelheiten solle der Landesvorstand am heutigen Samstag informiert werden, sagte NRW-Generalsekretär Michael Groschek. Er wies die von SPD-Mitgliedern im "Kölner Stadt-Anzeiger" erhobenen Vorwürfe zurück, die Partei habe ihnen gegen Geldzahlungen die Einstellung der Schiedsverfahren angeboten. Die Betroffenen blieben am Freitag bei ihrer Darstellung.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.07.2002

Weitere Konsequenzen des Müllskandals

Streit um Abfallmengen geht weiter

Mit der gewachsenen Kapazität des Niehler Müllofens wird sich der Stadtrat am Dienstag befassen.

Die entscheidende Antwort im Streit um die Kapazität und die Kosten der Müllverbrennungsanlage blieb die Bezirksregierung bei der Sitzung des Regionalrats am Freitag schuldig: Sie wisse nicht, ob die Ausweitung der Müllmenge Auswirkungen auf die Gebühren habe.

Der Anlagenbetreiber AVG hatte letztes Jahr 617 000 Tonnen Müll verheizt. Ursprünglich war der Müllofen auf 569 000 Tonnen ausgelegt. Die AVG hatte bei der Genehmigung im Jahre 1993 eine Mengenbegrenzung auf

421 000 Tonnen festzuschreiben lassen, die 2000 auf ihren Wunsch hin wieder aufgehoben wurde. Die Kölner produzierten 2001 aber nur 321 000 Tonnen Hausmüll. Der Rest kam zu marktüblichen und damit niedrigeren Preisen aus dem Land NRW.

Horst Becker, grüner Müllexperte und Mitglied des Regionalrats, warf dem ehemaligen Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes am Freitag vor, die Bürger bei der Festschreibung der Jahres-Tonnage auf 569 000 Tonnen getäuscht zu haben. "In Wahrheit spielt die Jahrestonnage bei der Genehmigung gar keine Rolle", sagte er. Bei der Aufhebung der Mengenbegrenzung im Jahr 2000 sei eine jährliche absolute Wärmemenge genehmigt worden. Die liegt nach Informationen des "Stadt-Anzeiger" bei 6,4 Millionen Gigajoule. Das bedeutet: Je niedriger der Heizwert, desto mehr Müll kann verfeuert werden. Ob die AVG mit 617 000 Jahrestonnen den Heizwert überschritten hat, wird derzeit von der Bezirksregierung auf Anweisung von NRW-Umweltministerin Höhn überprüft. Das Staatliche Umweltamt stellte am Freitag fest, die verbrannte Menge stehe im Einklang mit der Genehmigung von 2000. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 16.07.2002

Ab 2004 muss Köln mehr Müll trennen

Deponie-Ende führt zu Vollauslastung

Die Bezirksregierung warnt: Ab 2004 ist der Niehler Müllofen allein mit städtischem Abfall voll ausgelastet.

VON PETER BERGER

In einer aktuellen Stunde wird sich der Stadtrat heute ab 16.30 Uhr im Historischen Rathaus mit der Frage befassen, ob die Müllverbrennungsanlage in Niehl zu groß geplant wurde und ob das Auswirkungen auf die Müllgebühren hat.

Die Bezirksregierung hält das für abwegig. Man habe die MVA geplant, um den auf dem Gebiet der Stadt Köln anfallenden Restmüll beseitigen zu können, so Abfallwirtschaftsexperte Udo Kotzea. Die Genehmigung aus dem Jahre 2000, die eine jährliche absolute Wärmemenge von 6,4 Millionen Giga-Joule vorsieht, lasse je nach Heizwert eine Durchsatzmenge von bis zu 850 000 Tonnen zu, so Franz Iven, bei der Bezirksregierung für die Anlagengenehmigung zuständig. Das sei aber ein rein theoretischer Wert. Dazu müsse die Anlage 24 Stunden täglich ohne Unterbrechung mit Müll gefüllt werden, der einen Heizwert von 7500 Kilojoule pro Kilogramm aufweise: "In der Praxis kommt so etwas nicht vor."

Die 617 000 Tonnen, die im vergangenen Jahr verfeuert worden seien, werden nach den Berechnungen des Regierungspräsidenten ab 2003 allein aus dem Kölner Stadtgebiet anfallen. "Ende des Jahres 2003 schließt die Deponie Ville. Dann kommen noch zusätzlich rund 350 000 Tonnen organische Gewerbeabfälle, die dort jährlich deponiert werden, auf die MVA zu", so Kotzea. "Die Kölner werden künftig ihre Restmüllmenge sogar reduzieren müssen, wenn die Anlage auf Dauer ausreichen soll."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 17.07.2002

Stadtverwaltung unter Druck

Aktuelle Stunde im Rat zur Müllverbrennung - Fraktionen einig in der Kritik

Die CDU-Fraktion nahm Wirtschaftsdezernent Klaus-Otto Fruhner unter Beschuss.

VON PETER BERGER

Im Streit um die Müllverbrennungsanlage hat CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann der Verwaltung vorgeworfen, den Stadtrat über die Ausweitung der Kapazität auf 569 000 Tonnen im Jahr 2000 nicht unterrichtet zu haben. "Wir haben im Jahr 1993 eine Anlage beschlossen, die 421 000 Tonnen verbrennen kann. Damals war von Heizwerten und Ausfallzeiten keine Rede", so Bietmann. Heute habe man eine Anlage, die nach Angaben der Stadtwerke die größte in Europa sei, theoretisch bis zu 800 000 Tonnen verbrennen könne. Wenn die Bezirksregierung behaupte, die Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) habe sich 1993 eine freiwillige Selbstbeschränkung auferlegt, die 2000 aufgekündigt worden sei, entspreche das nicht den Tatsachen. Für die CDU stelle sich angesichts des Bestechungsskandals um den Bau des Müllofens heute die Frage, ob sie von vornherein überdimensioniert geplant worden sei.

Für die SPD ergänzte Ulrike Loida, der gesunkene Heizwert sei untrennbar mit der Abschaffung der Biotonne verbunden. "Wir fordern die Wiedereinführung der Biotonne." Loida gab zu bedenken, dass die AVG Müll zu Dumpingpreisen ankaufen müsse, um die Gebühren stabil zu halten.

Genau das wird in Zukunft für den städtischen Haushalt zum Problem werden, fürchtet Harald Junge von den G ü D i S t d t h b i h f l i h t d i K t i l 75 P t l t B i h h b d

Grünen. Die Stadt habe sich verpflichtet, die Kompostierungsanlage zu 75 Prozent auszulasten. Bisher habe der

in Untersuchungshaft sitzende Müll-Unternehmer Hellmut Trienekens die fehlenden Kompostierungsmengen in seiner "Großzügigkeit" immer ausgeglichen. Der neue Eigentümer des Unternehmens, die RWE Umweltechnik, werde das mit Sicherheit nicht tun. Für die Stadt werde das einige Millionen Euro zusätzlicher Kosten bedeuten, die nicht auf die Müllgebühren umgelegt werden können.

FDP-Fraktionschef Ralph Sterck betonte, man müsse dringend untersuchen, ob die Kölner Bürger mit ihren Müllgebühren eine überdimensionierte MVA bezahlten, die gegen den damaligen Beschluss des Rats errichtet worden sei. Es bleibe die Frage, ob die Korruptionsaffäre ursächlich mit der Überkapazität zusammenhänge. Wirtschaftsdezernent Klaus-Otto Fruhner hatte zu Beginn der aktuellen Stunde betont, die Anlage sei exakt nach dem Ratsbeschluss von 1993 errichtet worden. Es sei damals eine Anlage beschlossen worden, die - Wartungszeiten und Heizwert eingerechnet - eine Kapazität von 569 000 Tonnen erreichen müsse, um die Entsorgungssicherheit der Stadt Köln (421 000 Tonnen) zu gewährleisten. "Es liegt eine klare Genehmigung für eine Anlage dieser Größenordnung vor", so Fruhner. Die AVG werde im laufenden Jahr alle Anstrengungen unternehmen, noch mehr als die 2001 verbrannten 617 000 Tonnen zu erreichen. Nur so seien stabile Müllgebühren für die Kölner zu erreichen, da die Abfallmenge aus Köln nicht weiter steige. Im vergangenen Jahr hat die AVG laut Fruhner von den 617 000 Tonnen rund 23,5 Prozent aus NRW und dem Bundesgebiet importiert.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 17.07.2002

Michelfelder bald frei

In der Müllaffäre soll nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" der Top-Manager Sigfried Michelfelder in den nächsten Tagen aus der Untersuchungshaft freikommen. Der Ex-Geschäftsführer des Anlagenbauers Steinmüller, der für den Auftrag zum Bau der Müllverbrennungsanlage elf Millionen Euro an Schmiergeldern verteilt haben soll, hatte jüngst in Vernehmungen neue belastende Details geliefert. Danach soll Ulrich Eisermann, Ex-Chef des Mülllofenbetreibers AVG, über englische Kanäle mehr Geld bekommen haben, als bisher bekannt war. Und auch der Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens soll angeblich bei Geldflüssen eine dubiose Mittlerrolle gespielt haben.

Der inhaftierte herzkrankte Trienekens wurde am Dienstag nochmals vernommen. Das Gericht will Ende der Woche über seine Entlassung aus der U-Haft entscheiden. Am heutigen Mittwoch steht die Haftbeschwerde des verhafteten früheren SPD-Bundespolitikers Karl Wienand (75) auf dem Plan.

Unterdessen lässt Oberbürgermeister Schramma Vorwürfe untersuchen, wonach die ehemalige SPD-Spitze um Oberbürgermeister Norbert Burger und Oberstadtdirektor Klaus Heugel Ende der 90er Jahre diverse Akten, vermutlich auch zum Bau des Mülllofens, im Kölner Rathaus vernichtet haben soll. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 17.07.2002

KOMMENTAR / RATSSITZUNG

Deutlich

Mit seltener Deutlichkeit hat der Rat gestern die Verwaltung unter Beschuss genommen. Dabei nahm vor allem CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann kein Blatt vor den Mund und griff auch seinen Parteikollegen, Wirtschaftsdezernent Klaus-Otto Fruhner, hart an. Die Verwaltung habe es versäumt, den Rat über die Änderung ihres Abfallwirtschaftskonzepts zu unterrichten. Die Bezirksregierung verkehre den ursprünglichen Genehmigungsbescheid von 1993 ins glatte Gegenteil, wenn sie heute behaupte, der Stadtrat habe sich damals eine freiwillige Mengenbeschränkung auferlegt.

Für die Fehlentscheidungen von damals müssen die Kölner Bürger heute zahlen. Die Biotonne ist abgeschafft, aus ganz Deutschland muss Müll zu Dumpingpreisen herangekarrt werden, um die Müllgebühren stabil zu halten. Und jetzt läuft die Stadt auch noch Gefahr, dass die bei weitem nicht ausgelastete Kompostierungsanlage zum nächsten Millionengrab wird.

Bleibt die Frage, warum der Mülllofen offenbar so überdimensioniert geplant wurde. Weil bei einer großen Anlage mehr verdient werden und mehr Bestechungsgelder verteilt werden können? Diese Frage muss die Staatsanwaltschaft beantworten. Doch egal, wie diese Antwort ausfällt: Der Bürger ist der Dumme. Die Anlage arbeitet - und wir müssen sie bezahlen.

PETER BERGER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 18.07.2002

Michelfelder gegen eine Million Euro

Kautionsfrei

Bei Karl Wienand sieht das Gericht Fluchtgefahr -

Entscheidung über Hellmut Trienekens erst Freitag

Eine der inhaftierten Schlüsselfiguren in der Müllaffäre, Sigfrid Michelfelder, kam am Mittwoch frei; Karl Wienand bleibt in Untersuchungshaft.

VON AXEL SPILCKER

Der letzte Gang vor der Freilassung führte zur Staatsanwaltschaft. Nachdem diese eine Bankbürgschafts-Bescheinigung über eine Million Euro Kautionsleistung in Händen hielt, wurde Sigfrid Michelfelder, eine der Schlüsselfiguren in der Korruptionsaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Niehl, auf freien Fuß gesetzt. Mit der hohen Sicherheitsleistung sei die Fluchtgefahr für den Ex-Geschäftsführer des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller ausgeräumt, erläuterte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt. "Die Verdunkelungsgefahr konnte er durch seine umfangreichen Aussagen im Verfahren beseitigen."

Michelfelder wird der Bestechung und Untreue verdächtigt. Mehr als elf Millionen Euro an Schmiergeldern soll der ehemalige Steinmüller-Manager ausgeschüttet haben, um Ende 1993 für sein Unternehmen den Auftrag zur Errichtung des Milliardenprojekts Müllöfen an Land zu ziehen.

Laut Staatsanwaltschaft soll er selbst mehr als eine Million Euro aus dem Schmiergeldtopf in die eigene Tasche gesteckt haben. Michelfelder hatte die Höhe der Summe stets bestritten. Während der ersten Vernehmungen im April hatte er lediglich den Erhalt eines Umschlages mit Bargeld in Höhe von mehr als einer halben Million Euro in seinem Büro eingeräumt. Das Geld legte er als Zukunftssicherung in Aktien und festverzinslichen Wertpapieren an.

Darüber hinaus hatte er detailliert über das Zustandekommen eines Schmiergeldkartells berichtet und als Geldempfänger Ulrich Eisermann, damals Chef des kommunalen Müllöfenbetreibers AVG, den SPD-Strippenzieher Karl Wienand sowie den Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens genannt. Eisermann befindet sich nach einem Geständnis auf freiem Fuß. Wienand, der die Vorwürfe bestreitet, muss hingegen weiterhin in U-Haft bleiben. Nach Informationen aus Justizkreisen bejahte die 9. Große Strafkammer auf Grund belastender Aussagen von Mitbeschuldigten den dringenden Tatverdacht und lehnte eine Haftbeschwerde des 75-Jährigen ab. Der ehemalige Bundesgeschäftsführer soll laut Staatsanwaltschaft die Schmiergeldzahlungen eingefädelt und für seine Mittlerrolle mehr als drei Millionen Euro kassiert haben. Nach Ansicht der Kammer unter dem Vorsitzenden Ulrich Höppner besteht nach wie vor Flucht- und Verdunkelungsgefahr. Im Falle einer Verurteilung drohe Wienand eine hohe Freiheitsstrafe. Zumal dem wegen Spionage für die ehemalige DDR zu zweieinhalb Jahren verurteilten Politiker wegen seiner Rolle in der Müllaffäre der Widerruf seiner zur Bewährung ausgesetzten Strafe droht.

Fortgesetzt wurde am Mittwoch die Vernehmung des inhaftierten Firmenchefs Trienekens im Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg. Über seine Entlassung will das Landgericht am Freitag entscheiden. Im Falle einer Haftverschonung soll er 100 Millionen Euro Kautions zahlen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 19.07.2002

Wienands Bewährung ist gefährdet

Bei einer Verurteilung in der Korruptionsaffäre droht dem SPD-Spitzenpolitiker Karl Wienand der Widerruf einer Bewährungsstrafe.

VON TIM STINAUER

Den ehemaligen parlamentarischen Geschäftsführer der SPD könnte bald die Vergangenheit einholen. Sollte die Kölner Staatsanwaltschaft Karl Wienand nachweisen können, in der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) tatsächlich mehr als drei Millionen Euro kassiert zu haben, dann muss der 75-Jährige möglicherweise eine Haftstrafe wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit antreten. "Das Oberlandesgericht Düsseldorf muss entscheiden, ob die Bewährung zu widerrufen ist", sagte Kölns Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt.

Wienand soll für seine Vermittlungstätigkeit beim Bau der MVA Schmiergelder kassiert haben, während das 1996 abgeschlossene Spionage-Verfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen ihn lief. Wienand war wegen geheimdienstlicher Tätigkeit für die DDR zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Ein Revisionsverfahren und ein Wiederaufnahmegesuch Wienands hatte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe verworfen. 1999 schließlich gab der damalige Bundespräsident Roman Herzog einem Gnadenersuchen Wienands statt, verband dies aber mit einer Bewährungszeit von fünf Jahren.

Am Mittwoch hatte die Kölner Staatsanwaltschaft einem Antrag Wienands auf Haftverschonung widersprochen, unter anderem wegen Verdunkelungsgefahr. Das Landgericht ist überzeugt, dass die Beschuldigten in der Korruptionsaffäre in den Jahren 2000 und 2001 in Zürich zu "konspirativen Treffen" zusammenkamen, um Aussagen abzusprechen. Auch wenn Wienand nicht daran teilgenommen habe, seien die Treffen "ein Indiz" für das Beziehungsgeflecht zwischen den Beschuldigten.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 20.07.2002

Die Kölner Müllaffäre zieht weite Kreise ins Rheinland Gegen 100 Millionen Euro Kautions kam der Müll-Multi am Freitag frei

Das Imperium des Hellmut Trienekens

Hellmut Trienekens packt aus, und das Rheinland zittert. Selbst ein ehemaliger Präsident des Fußball-Traditionsvereins Fortuna Düsseldorf war für den Müll-Multi als Geldbote unterwegs.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Norbert Gatzweiler, Verteidiger des Entsorgungsunternehmers Hellmut Trienekens, hatte es am Freitagnachmittag eilig. In einem Kuvert überreichte er den Staatsanwälten Robert Bungart und Joachim Roth eine Bescheinigung über eine Bankbürgschaft von 100 Millionen Euro. Diese in der bundesdeutschen Justizgeschichte nie da gewesene Kautionssumme war nötig, damit die 9. Große Strafkammer den 64-jährigen herzkranken Firmenchef am gleichen Tag auf freien Fuß setzte.

Das Landgericht hatte offenbar eine einfache Rechnung aufgemacht. Unlängst hatte der Müll-Multi seinen Konzern an den Energie-Riesen RWE veräußert. Geschätzter Verkaufserlös: 350 bis 450 Millionen Euro. "Hier hat das Medieninteresse die Behörden so hoch greifen lassen", begründete Strafverteidiger Gatzweiler die astronomische Summe. Mit Blick auf den schlechten Gesundheitszustand des Mandanten habe man eingewilligt. "Es ist aber zu hoffen, dass die Behörden die Summe später auf ein erträgliches Maß reduzieren werden."

Die Verdunkelungsgefahr sahen die Richter nicht mehr, da der Unternehmer in den vergangenen Tagen haarklein berichtet hatte, wie er durch Schwarzgeldflüsse, Beraterverträge und Pöstchenvergaben im Rheinland sein Müll-Imperium aufgebaut hat.

Trienekens bestätigte nochmals seine Beteiligung am Zustandekommen des Schmiergeldkartells, das 1993/94 die Auftragsvergabe zum Bau des Kölner Müllofens an den Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller steuerte. Dafür soll Steinmüller mehr als elf Millionen Euro in den Schmiergeldtopf eingezahlt haben. Trienekens selbst will sich frühzeitig aus der illegalen Müllrunde zurückgezogen haben.

Auch auf der Vernehmungsliste:

Der Wartungsvertrag des kommunalen Müllofenbetreibers AVG mit der Trienekens-Tochterfirma Isis GmbH.

Trienekens sollte erklären, wie er es 1998 schaffte, den millionenschweren Auftrag ohne Ausschreibung an Land zu ziehen. Dadurch verdiente der Unternehmer gleich doppelt am Betrieb des Niehler Müllofens. Zum einen als Anteilseigner der Betreibergesellschaft AVG und zum anderen durch die Wartungsarbeiten seiner Unternehmenstochter Isis. Ein lukratives Geschäft: Immerhin erwirtschafteten die Isis-Manager mit der Ofenwartung in Köln 80 Prozent der Firmengewinne. Bei der Isis kamen später viele jener Befürworter aus der städtischen AVG unter, die den Wartungsvertrag mit der Trienekens-Tochter eingestielt hatten. Allen voran der geschasste AVG-Chef Ulrich Eisermann.

Die Justiz witterte eine neue Fährte im Schmiergeldskandal. Bei Durchsuchungen in den Räumen einer Schweizer Briefkastenfirma, über die Trienekens und Steinmüller Schmiergelder geschleust haben sollen, fand sich auch ein Beleg für den Zahlungseingang von 2,5 Millionen Euro. Die Hälfte, so berichtete Trienekens, sei an Steinmüller gegangen - als Ausgleich für den entgangenen Wartungsauftrag bei der Kölner MVA. Der andere Teil soll als "nützliche Aufwendungen" für Geschäfte im Ausland verwandt worden sein.

Trienekens und die Politik: Trienekens unterhielt mit einflussreichen Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und kommunalen Entsorgungsbetrieben Beraterverträge. Die Ermittler wollten beispielsweise wissen, ob es für die anwaltschaftliche Beratertätigkeit mit dem Chef der Kölner CDU-Ratsfraktion und Bundestagskandidaten Rolf Bietmann Gegenleistungen gegeben habe. Trienekens verneinte. Seit 20 Jahren beauftragte man diese Kanzlei, daran sei nichts Ehrenrühriges.

Auch der ehemalige CDU-Ratscherr und Volksschullehrer Egbert Bischoff habe sich als Geschäftsführer gut gemacht. Bischoff kandidiert nun ebenfalls für den Bundestag. Ein Mitbeschuldigter erinnert sich da ganz anders: Er sprach von einem Versorgungspöstchen für Bischoff. Der, so hieß es, habe Entscheidungen im Unternehmen nie alleine fällen dürfen.

Auch zum Dankeschön-Spenden-System der SPD wurde Trienekens befragt. Vernehmungen in der Korruptionsaffäre zufolge sollen sich Klaus Heugel, ehemaliger SPD-Mehrheitsführer im Rat, und dessen Adlatus Norbert Rütger vor Kommunal- und OB-Wahl auf Spendentour begeben haben. Auch soll Heugel Trienekens direkt auf sechsstelligen Spenden angesprochen haben.

Nach der Schilderung einer Schlüsselfigur in der Müllaffäre soll Heugel gleich mehrfach bei der Spitze des Müllofenbetreibers gebeten haben, seinem politischen Ziehsohn Rütger neue Einnahmequellen zu verschaffen. Der Wunsch war Befehl: So soll Rütger 1997/1998 als Aufsichtsratsvorsitzender der Trienekens-Tochter B & R

installiert worden sein. Der Honorarsatz belief sich auf 8000 Euro. Der gelernte Psychiater Rüter soll ebenfalls des Öfteren um einen Beratervertrag im Müllgeschäft nachgefragt haben. Als der Kontrakt über ein sechsstelliges Jahreseinkommen unterschiftsreif vorlag, bekam Rüter aber Gewissensbisse.

Trienekens und Siegburg: Der Chef der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft (RSAG), Karl-Heinz Meys, wurde am Donnerstag unter dem Verdacht der Vorteilsnahme festgenommen. Die Bonner Staatsanwaltschaft interessiert sich für seine Verbindungen zu Trienekens, dessen Entsorgungsunternehmen 13 Geschäftsverträge mit der RSAG unterhält, die seit 1983 den kompletten Abfall der 19 Städte und Gemeinden entsorgt. Die Festnahme des 62-jährigen Müllmanagers und CDU-Kommunalpolitikers ist nach Angaben des Bonner Oberstaatsanwalts Fred Apostel "ein Abfallprodukt der Ermittlungen in der Kölner Müllaffäre". Der Vorwurf: Trienekens ließ dem Siegburger Müll-Chef mehrfach Geld zukommen. Die Bonner Ermittler sollen in diesem Zusammenhang auf ein Konto des einflussreichen Christdemokraten in der Schweiz gestoßen sein. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, soll Meys für die Vermittlung einer Firma an Trienekens 1999/2000 rund eine Million Euro als Provision kassiert haben. Das Geld soll über die Schweizer Briefkastenfirma Stenna geschleust worden sein. Es gilt als sicher, dass Hellmut Trienekens auch in Sachen Meys vor den Kölner Fahndern ausgepackt hat. Nach der Darstellung des Müllunternehmers soll stets Meys die Honorarfrage angeschnitten haben. Gestern abend bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass Meys Vorteilsnahme zugegeben hat. Dem Haftbefehl wurde stattgegeben, der Müllmanager in die JVA Rheinbach gebracht.

Trienekens und die Bonner MVA: Mit dem Bestechungsskandal um den Ex-Chef der CDU-Fraktion, Reiner Schreiber, auf dessen Schweizer Konto die Fahnder rund 1,5 Millionen Euro Schmiergelder fanden, wird Trienekens ebenfalls in Verbindung gebracht. Schreiber, Ex-Dezernent für Abfallbeseitigung und Chef der Bonner Stadtwerke, hatte drei lukrative Beraterverträge, davon einen mit der Firma BDO, die stets dann auf den Plan trat, wenn die Bonner Stadtwerke Gutachten zu vergeben hatten. So untersuchte BDO auch, ob es sinnvoll sei, die Bonner Müllverbrennungsanlage zu privatisieren. Mit einem eindeutigen Ergebnis: Der Mülllofen, so das Gutachten, könne am wirtschaftlichsten von der Firma TK Umweltdienste betrieben werden. Das Unternehmen gehört zu gleichen Teilen Hellmut Trienekens und Detlev Klautz.

Trienekens und Düsseldorf: Gegen Kurt Schneider (76), Ex-Mitglied des Düsseldorfer Stadtrats und langjähriger Präsident von Fortuna Düsseldorf, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen eines Steuervergehens. Man sei durch Zeugenaussagen auf Schneider aufmerksam geworden, sagte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt. Der ehemalige SPD-Politiker soll einen Beratervertrag mit der Firma Trienekens gehabt haben. Aus Justizkreisen verlautete, Schneider habe für Trienekens mehrfach Gelder aus der Schweiz geholt. Er soll auch in der Siegburger Affäre den Geldboten gegeben haben.

Trienekens und die Kölner Müllabfuhr: Den Zuschlag zum Erwerb von 49,9 Prozent an den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) erhielt Trienekens im Jahr 2000 vom Rat der Stadt Köln für 30 Millionen Euro ohne vorherige Ausschreibung und setzte sich damit gegen den Konkurrenten Rethmann durch. Die SPD-Fraktion im Kölner Stadtrat gab ihren Widerstand auf, nachdem eine Spende von rund 76 000 Euro von Trienekens geflossen war. Inzwischen liegen die Trienekens-Anteile wieder bei der Stadt Köln. Der Unternehmer hatte sie aus kartellrechtlichen Gründen aufgegeben.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 20.07.2002

SPD bittet Kölner in Anzeigen um Verzeihung

Mit Zeitungsanzeigen versucht die SPD, das Vertrauen der Kölner nach dem Spendenskandal zurückzugewinnen.

Die Kölner SPD hat den Vorschlag ihrer grauen Eminenz Hans-Jürgen Wischniewski aufgegriffen, der auf dem ersten Parteitag nach dem Spendenskandal in Chorweiler gefordert hatte, die Partei müsse sich bei den Kölnern entschuldigen. Genau das wird jetzt geschehen. In Form einer Anzeige, die am heutigen Samstag in allen Kölner Tageszeitungen erscheint, bittet die SPD um Verzeihung. "Wir entschuldigen uns", heißt es in der Annonce. "Wir wollen uns Ihr Vertrauen wieder verdienen."

Für die Anzeige hätten Mitglieder gespendet, hieß es aus der Geschäftsstelle der Kölner SPD. Rund 200 Genossen hätten sich mit Beträgen zwischen fünf und 50 Euro an der Aktion beteiligt. "Bitte unterstützen Sie uns", fordert SPD-Parteichef Jochen Ott, dessen Unterschrift unter der Anzeige steht. Wischniewski hatte die Entschuldigung gefordert, gleichzeitig aber auch betont, die Partei habe keinen Grund, in "Sack und Asche zu gehen". 99 Prozent der Mitglieder hätten mit den Machenschaften von Rüter und Biciste nichts zu tun.

Zeitgleich hat der Parteivorstand die NRW-SPD gebeten, ihr in der Sommerpause einen Überblick über den Stand der Verfahren bei den drei Schiedskommissionen mitzuteilen. Der Unterbezirk werde nicht in jedem Fall automatisch informiert, wenn ein Verfahren abgeschlossen und das Urteil schriftlich zugestellt sei, so Ott. Zum Teil gingen die Informationen direkt an die Ortsvereine. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 23.07.2002

Unsaubere Geschäfte auch bei den Wartungsverträgen?

In der Müllaffäre soll es weitere millionenschwere Schmiergeldforderungen gegeben haben

Auch beim Vertrag zur Wartung des Müllofens soll um Schmiergeld geschachert worden sein.

VON AXEL SPILCKER

Bei der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH Köln (AVG) gibt es keine Antworten auf Fragen zum Wartungsvertrag für die Niehler Müllverbrennungsanlage (MVA). "Das sind unternehmensinterne Angelegenheiten", sagte AVG-Sprecher Wilfried Rogall am Montag. Er betonte, dass die halbstädtische Betreiberfirma des Müllofens eine normale GmbH sei. Es sei unüblich, solche Dinge an die Öffentlichkeit zu geben.

Dabei sollen nicht nur beim Bau der MVA mehr als elf Millionen Euro an Schmiergeldern geflossen sein, auch bei der Vergabe des äußerst lukrativen Wartungsvertrags soll um illegale Provisionen in Millionenhöhe geschachert worden sein. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" aus Justizkreisen erfuhr, hat dies Sigfried Michelfelder, Ex-Geschäftsführer des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller, bei der Staatsanwaltschaft ausgesagt. Schon für den Zuschlag zur Errichtung des Milliardenprojekts sollen der damalige AVG-Chef Ulrich Eisermann, der frühere SPD-Spitzenpolitiker Karl Wienand und anfangs auch der Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens die Firma Steinmüller kräftig zur Kasse gebeten haben. Als sich 1997/1998, nach Fertigstellung des Müll- ofens, die Wartungsfrage stellte, meldete Steinmüller Interesse an. Die Erlöse aus dem Bauauftrag hatten nicht die Kalkulationen der Gummersbacher Manager erfüllt. Durch den millionenschweren Wartungsvertrag, der eine zehnjährige Laufzeit nebst einer Option von 20 Jahren vorsah, hoffte man auf einen ausgleichenden Nachschlag.

Nach Angaben des Steinmüller-Managers Michelfelder hatte die damalige AVG-Spitze andere Pläne. Zunächst einmal wurde die Isis GmbH, eine Firma aus dem Müllimperium des Viersener Unternehmers Hellmut Trienekens, ins Spiel gebracht. Pikant: Trienekens war gleichzeitig an der AVG beteiligt und saß als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat.

Der ursprüngliche Vertragsentwurf sah vor, neben der Isis das Unternehmen Steinmüller zu einem Drittel an dem Wartungskontrakt zu beteiligen. Dafür, so erinnerte sich Top-Manager Michelfelder unlängst, habe AVG-Chef Eisermann erneut Geld verlangt. Der endlosen Schmiergeldarie müde, will Michelfelder abgelehnt haben und fiel he^raus. Eisermanns Anwalt Volkmr Mehle wies die Darstellung zurück: "Es gab nichts über jene Provisionen hinaus, die mein Mandant in Vernehmungen eingeräumt hat."

Auch der Müll-Multi Trienekens soll nach Aussage von Steinmüller-Chef Michelfelder über die Geldforderung unterrichtet gewesen sein - ohne erkennbare Reaktion. Warum auch? Die Trienekens-Tochter Isis erhielt gänzlich ohne Ausschreibung den Auftrag. Darstellungen, wonach Trienekens den Steinmüller-Leuten einen finanziellen Ausgleich für das entgangene Geschäft gezahlt haben soll, wies Michelfelders Anwältin Anne W h t ü k "D b i ht "

Wehnert zurück. "Den gab es nicht."

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 24.07.2002

Empfehlungen von allen Seiten

Der Ex-AVG-Chef berichtet, wie Funktionäre Firmen ins Gespräch brachten

Etlliche rheinische Politiker sollen versucht haben, ganz bestimmte Unternehmen beim Milliardenprojekt Müllofen unterzubringen.

VON AXEL SPILCKER

Wie heißt es so schön: Politik ist stets der Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Doch wo hört politisches Handeln auf? Wo wird politische Lobbyarbeit anrühlich, wo gar kriminell? Schenkt man den Aussagen der Schlüsselfiguren in der Müllaffäre Glauben, versuchte Anfang der 90er Jahre außer den Bündnisgrünen jede Ratspartei, bestimmte Firmen am Bau des bundesweit größten Müllofens zu beteiligen. Ulrich Eisermann, ehemaliger Chef des Müllofenbetreibers AVG und einer der Hauptbeschuldigten in der Affäre, lieferte in seiner Aussage erstaunliche Einblicke ins rheinische Politik-Biotop jener Zeit.

Als es 1993 um die Auftragsvergabe für den Bau der Müllverbrennungsanlage ging, kämpften die Konkurrenten mit Schmiergeldangeboten - und mit politischer Unterstützung. Vorständler des schweizerisch-schwedischen Konzerns ABB versprachen nach Eisermanns Angaben hohe Provisionen; NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen und der damalige Chef der Kölner Stadtwerke, Dieter Bollhöfer (SPD), sollen sich im Frühjahr 1993 für den Konzern ins Zeug gelegt haben. Auch die ehemalige Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) habe für ABB Lobbyarbeit betrieben, behauptete ein Mitkonkurrent.

Dass am Ende der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller die Nase vorn hatte, lag nicht nur an der Fürsprache von Ex-Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes, der ein Unternehmen aus NRW bevorzugte. SPD-Strippenzieher Karl Wienand soll laut Staatsanwaltschaft letztendlich ein Schmiergeldkartell zu Gunsten von Steinmüller zusammengeführt haben.

Damit endeten die politischen Interventionen beileibe nicht. Beim AVG-Chef gaben sich - das berichtete er zumindest - Kommunalpolitiker die Klinke in die Hand. Als die Kölner MVA 1998 in Betrieb ging, erschien der (inzwischen ehemalige) Bonner CDU-Fraktionsvorsitzende und Chef der Stadtwerke, Reiner Schreiber, im Büro. Er stellte Eisermann seinen Geschäftsfreund Fritz Bangerter vor. Bangerter betreibt die Schweizer Briefkastenfirma "Turicon", mit der Christdemokrat Schreiber einen Beratervertrag unterhielt. Die Bonner Stadtwerke haben seit 1996 etwa 720 000 Euro an das Zwei-Mann-Unternehmen für Engineering und Consulting-Leistungen am Bonner Müll^ofen überwiesen.

Was in der einstigen Bundeshauptstadt ging, sollte doch auch in Köln möglich sein. Schreiber habe ihm die "Turicon" in höchsten Tönen angepriesen, berichtete der ehemalige AVG-Chef Eisermann. Die Gesellschaft sei für alle Arbeiten an der MVA tauglich - man könne da über alles reden. Ob damit auch Provisionszahlungen gemeint waren, ließ Eisermann offen.

Gegen den ehemaligen Stadtwerke-Chef Schreiber und Bangerter ermittelt die Bonner Staatsanwaltschaft wegen Schmiergeldzahlungen, die im Zusammenhang mit der Modernisierung eines Bonner Heizkraftwerkes stehen. Im April 2002 entdeckte man auf einem Züricher Konto Schreibers 1,5 Millionen Euro.

Auch in Köln meldeten politische Spitzenkräfte in den 90ern Ansprüche an. Klaus Heugel, SPD-Fraktionschef im Rat, und Norbert Rüter bedrängten Eisermann wegen Danke-Schön-Spenden - und er "lieferte" die Firmen. Schließlich hatten die mächtigen Kölner Genossen parteiinternen Widerstand gegen den Müllofen ausgeräumt. Neuer Ärger wäre programmiert gewesen, hätte er hier nicht geholfen, verteidigte sich der Müll-Manager. Eisermann berichtete, er habe Heugel gefragt, ob dieser mit dem Spendenaufkommen zufrieden sei. Und der habe sich wohlwollend über Umfang und Art der Beschaffung geäußert.

AVG-Chef Eisermann fühlte sich mitunter überfordert, alle politischen Interessen unter einen Hut zu bringen. Als der Generalunternehmer Steinmüller den Auftrag für die reinen Baumaßnahmen vergeben sollte, meldeten alle Ratsparteien - außer den Grünen - ein Mitspracherecht an. Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier habe ihm den Baukonzern Philipp Holzmann ans Herz gelegt, so Eisermann. Ruschmeiers Anwalt Helmut Neumann betont dagegen auf Nachfrage, diese Aussage entbehre jeder Grundlage.

Die Sozialdemokraten Heugel und Rüter sollen sich für Hochtief stark gemacht haben. Bilfinger & Berger sei vom damaligen FDP-Spitzenmann Wolfgang Leirich empfohlen worden. Der gibt das heute zu: "Ich habe mich für das Unternehmen eingesetzt, weil es das einzige mit einer Hauptniederlassung in Köln war." Die Sache sei aber gescheitert, weil Bilfinger & Berger nicht in der Lage gewesen sei, die Anlagentechnik zu liefern. Der inzwischen verstorbene CDU-Ratsherr und spätere OB Harry Blum habe sich der Aussage Eisermanns zufolge für den Strabag-Konzern eingesetzt. Eisermann lag viel daran, dass Blums Wunsch nicht außer Acht gelassen werde. 1992 sei in Blums Haus über die Finanzierung des Müllofens gesprochen worden. Dabei habe Blum ein Immobilien-Leasingmodell als preisgünstigste Variante für den Gebührenzahler empfohlen. Als Vermittler, so Eisermann weiter, habe Blum sich selbst angeboten. Er, Eisermann, habe seinerzeit abgelehnt.

Den Zuschlag für den Bauteil erhielt das Konsortium Philipp Holzmann und Hochtief. Zum Dank überreichte ein Kölner Hochtief-Vertreter SPD-Mann Rüter später eine Parteispende von mehr als 25 000 Euro.

www.ksta.de/spendenskandal

Spendensammler: Norbert Rüter

Schlüsselfigur: Ulrich Eisermann

Kungelt mit: Reiner Schreiber (CDU)

Belastet: Klaus Heugel

Spendensammler: Norbert Rüter /

Schlüsselfigur: Ulrich Eisermann /

Kungelt mit: Reiner Schreiber (CDU) /

Belastet: Klaus Heugel

Spendensammler: Norbert Rüter /

Schlüsselfigur: Ulrich Eisermann /

Kungelt mit: Reiner Schreiber (CDU) /

Belastet: Klaus Heugel

Spendensammler: Norbert Rüter /

Schlüsselfigur: Ulrich Eisermann /

Kungelt mit: Reiner Schreiber (CDU) /

Belastet: Klaus Heugel

*Spendensammler: Norbert Rütter /
Schlüsselfigur: Ulrich Eisermann /
Kungelt mit: Reiner Schreiber (CDU) /
Belastet: Klaus Heugel*

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 25.07.2002

Parteigericht rügt Eumann

Der Kölner SPD-Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann ist im Zusammenhang mit dem Spendenskandal von der Schiedskommission der Landes-SPD gerügt worden. Der Politiker soll drei Spendenquittungen im Wert von insgesamt rund 4000 Euro als Gegenleistung für im Wahlkampf entstandene Ausgaben erhalten haben. Die Belege sollen dem zurückgetretenen Schatzmeister Manfred Biciste zur illegalen Vertuschung von Großspenden gedient haben. Von dieser Praxis habe Eumann nichts gewusst, urteilte die Schiedskommission. Wohl aber habe er den Fehler gemacht, die Spendenquittungen nicht ausreichend zu prüfen.

"Ich bin froh, dass die Sache erledigt ist", sagte Eumann gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Das Verfahren habe lange gedauert. "Ich verstehe gut, wie schwierig das ganze Verfahren für den SPD-Landesverband war. Jetzt habe ich es schwarz auf weiß: Ich habe weder von der Spendenpraxis gewusst, noch wissentlich daran mitgewirkt."

Der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott sagte, nach dem Ausgang des Schiedsverfahrens könne Eumann seine Ämter wieder unbeschadet wahrnehmen. Eumann ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Unterbezirks Köln. (adm/tu)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 26.07.2002

Ratsherr will Mandat behalten

Im SPD-Spendenskandal ist Karl-Heinz Schmalzgrüber mit einem bis Ende 2003 befristeten Funktionsverbot belegt worden.

VON PETER BERGER

Die Schiedskommission I hatte sich bei der Urteilsbegründung viel Mühe gegeben. Auf 18 Seiten legt sie dar, warum sie im Falle des Ratsmitglieds Karl-Heinz Schmalzgrüber ein befristetes Funktionsverbot bis Ende 2003 ausgesprochen hat. Der 64-Jährige hatte im Spendenskandal über mehrere Jahre fingierte Spendenquittungen des Ex-Schatzmeister Manfred Biciste im Wert von rund 14 800 Euro (29 000 DM) erhalten. Er habe, so die Kommission, von der illegalen Spendenpraxis Bicistes nichts gewusst und sich auch nicht an ihr beteiligt. Durch das mehrfache Annehmen von Quittungen habe er aber Schuld auf sich geladen.

Mit dem Funktionsverbot blieb die Kommission unter der Empfehlung der NRW-SPD, die wie in den Fällen des ehemaligen Parteichefs Kurt Uhlenbruch, des Ex-Fraktionsvizes Heinz Lüttgen und des inzwischen aus der SPD ausgetretenen Toni Klefisch auch bei Schmalzgrüber einen Parteiausschluss gefordert hatte.

Er werde das Urteil akzeptieren, auf eine Revision bei der Bundes-SPD verzichten, sagte Schmalzgrüber. Sein Ratsmandat, das er seit 1975 innehat, werde er aber keinesfalls niederlegen: Das Urteil betrifft nur meine Parteifunktionen. Mein Amt als Kassierer im Ortsverein Mülheim habe ich mit der Einleitung des Verfahrens niedergelegt.

Für Martin Börschel, den neuen Chef der SPD-Fraktion, steht nach der Sommerpause damit die erste Machtprobe ins Haus. Er hatte immer gefordert, dass ein Funktionsverbot auch die Aufgabe des Ratsmandats nach sich ziehen müsse. Die SPD-Fraktion kann Schmalzgrüber aber nicht dazu zwingen, seinen Ratssessel zu räumen. Sie kann ihn lediglich mit einer Zweidrittel-Mehrheit aus der Fraktion ausschließen. Schmalzgrüber ließ gestern offen, ob er es auf die Machtprobe ankommen lassen will. In der Fraktion habe man nie darüber gesprochen, wie mit den in den Skandal verstrickten Mitgliedern verfahren werden solle. Der Parteitag in Chorweiler hatte dafür plädiert, jenen Genossen, die von der Kommission mehr als eine Rüge erhalten, zu empfehlen, neben den Parteifunktionen auch alle Mandate aufzugeben. Alt-OB Norbert Burger, der die Annahme einer Quittung von 2550 Euro (5000 DM) eingeräumt hatte, musste gestern vor der Kommission Annahme einer Quittung von 2550 Euro (5000 DM) eingeräumt hatte, musste gestern vor der Kommission erscheinen.

Im gegen Kurt Uhlenbruch anhängigen Parteiordnungsverfahren kursiert derzeit ein Brief durch die Kölner SPD, der mit möglichst vielen Unterschriften an die Schiedskommission II geschickt werden soll. Zu den Fürsprechern Uhlenbruchs soll der Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann zählen, der gerade mit einer Rüge davon gekommen ist. Man möge, bitten die Unterzeichner, bei der Urteilsfindung die politische Lebensleistung des Ex-Parteichefs berücksichtigen, dürfe ihm seine politische Heimat und Identität nicht nehmen. Uhlenbruch hatte zugegeben, mehrfach Spendenquittungen von Manfred Biciste im Wert von rund 12 500 Euro angenommen zu haben.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 26.07.2002

KOMMENTAR / SPD-SKANDAL

Rücktritt

Ratsherr Karl-Heinz Schmalzgrüber will die Entscheidung der Schiedskommission akzeptieren: Sie belegte den 64-Jährigen mit einem Funktionsverbot bis Ende 2003, weil er über mehrere Jahre von Ex-Schatzmeister Biciste fingierte Spendenquittungen erhalten hat. Im gleichen Atemzug, so sollte man erwarten, legt der Sozialdemokrat sein Ratsmandat nieder. Weit gefehlt. Schmalzgrüber unterscheidet zwischen Parteifunktion und Mitgliedschaft im Rat - eine Differenzierung, die kaum ein Bürger wird nachvollziehen können.

Alle, die von der illegalen Spendenpraxis über Jahre profitierten, haben ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Das gilt für die Arbeit in der Partei ebenso wie für das Engagement in Ratsgremien. Das Ratsmandat aufzugeben wäre die logische Konsequenz, nicht nur gegenüber den Wählern, sondern auch mit Blick auf die unbelasteten Fraktionskollegen. Fraktionschef Börschel droht nach der Sommerpause eine Machtprobe, will er Schmalzgrüber aus der Fraktion verbannen. Dieser sollte sich rasch entschließen, es nicht zur Konfrontation kommen zu lassen. Seiner Partei würde er damit einen Dienst erweisen.

MATTHIAS PESCH

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 30.07.2002

Zürich hilft Kölner Ermittlern

Die Bezirksanwaltschaft des Schweizer Kantons Zürich hat auf ein Rechtshilfeersuchen aus Köln zu den deutschen Schmiergeldaffären im Müllwesen positiv reagiert. Auf Grund des Kölner Rechtshilfegesuches seien bereits bei einer koordinierten Aktion am 11. Juli in Zürich und Graubünden Geschäfts- und Privaträume sowie Anwaltskanzleien durchsucht worden. Beteiligt waren die Polizeikräfte der Kantone Zürich und Graubünden, die Bezirksanwaltschaft IV sowie die Kripo und Staatsanwaltschaft Köln. Es seien umfangreiches Beweismaterial und elektronische Daten sichergestellt worden, berichtete die Bezirksanwaltschaft am Montag in Zürich. Zudem seien am 12. Juli sowie zwischen dem 24. und dem 26. Juli zahlreiche Befragungen durchgeführt worden. Geplant seien weitere Vernehmungen mit Verdächtigen, die im Kölner Verfahren beschuldigt werden.

Wie der Züricher Bezirksanwalt Ivo Hoppler auf Anfrage erklärte, läuft in Mainz ein weiteres Verfahren rund um den deutschen Müllskandal. In der Schweiz seien bei den verschiedenen Untersuchungen immer etwa die gleichen Personen und Firmen im Visier der Justiz. Die Verknüpfungen liefen aber in jedem Verfahren leicht anders. Die Züricher Behörden führen laut Hoppler kein eigenständiges Verfahren, sondern arbeiten rechtshilfeweise für die deutschen Behörden. Die Durchsuchungsaktionen stünden jedoch in keinem direkten Zusammenhang mit der Verhaftung des Schweizer Managers René Lüthy, der bereits in deutscher Untersuchungshaft sitzt. Lüthy wird Beihilfe zur Bestechung in mindestens einem schweren Fall vorgeworfen.

(dpa/lnw)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 31.07.2002

Schweizer Helfer im Müllskandal

Der Züricher Bezirksanwalt prüft eigene Ermittlungsverfahren

Die Durchsuchungen in eidgenössischen Büros im Zusammenhang mit der Kölner Müllaffäre begannen schon vor zwei Jahren.

VON AXEL SPILCKER

Die Herrenrunde war nervös. Einige Mitglieder waren zur Vernehmung geladen. In jenem Sommer 2000 ging es um Schmiergeldzahlungen beim Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Böblingen. Die Züricher Justiz hatte auf Bitten deutscher Behörden die Schweizer Briefkastenfirma Stenna AG durchsucht. Der Kreis fürchtete, dass man auf weitere Durchstechereien bei anderen Großprojekten wie dem Kölner Müllöfen stoßen würde: Vor diesem Hintergrund hatte man sich in der Züricher Kanzlei des Anwalts Dr. Werner Stauffacher versammelt. Der Spezialist in Rechtsfragen der Geldwäsche erläuterte den Herren, dass die Schweiz Klagemittel vorsehe, um die Weitergabe sichergestellter Unterlagen an die deutschen Behörden zu verhindern. Er habe die Möglichkeit, so erinnert sich einer der Teilnehmer später, herauszufinden, welche Informationen aufgedeckt und herausgegeben würden. Für seine Dienste verlangte der Advokat danach zehn Millionen Schweizer Franken. Zur Runde gehörten: Ulrich Eisermann, Ex-Chef des Kölner Müllöfenbetreibers AVG, Sigfried Michelfelder, ehemaliger Geschäftsführer des Müllöfenbauers Steinmüller, und dessen Adlatus Jörgen Becker sowie der Viersener Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens. Punkt zwei der Tagesordnung: die Absprache von Aussagen vor der Justiz. Die Treffen wurden Routine, nachdem die Schweizer Bemühungen nicht fruchteten. Im selben Jahr begann die Kölner Justiz wegen Schmiergeldflüssen beim Bau der MVA zu ermitteln. Womöglich finden diese konspirativen Zusammenkünfte auch in der Schweiz ein juristisches Nachspiel. Der Züricher

Bezirksanwalt Ivo Hoppler sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", er prüfe, ob in der Müll-Affäre "auch in der Schweiz Ermittlungsverfahren eröffnet werden müssen". Im Zuge eines Rechtshilfeersuchens der Kölner Justiz hatte Hoppler im Juli die Kanzlei des Rechtsanwalts Staufacher durchsuchen lassen. Die Kölner wollen wissen, ob die hohe Honorarforderung des Züricher Rechtsberaters einzig dazu diene, auf dem Rechtsweg den Aktenfluss nach Deutschland zu verhindern. Wie zu erfahren war, wurde der Anwalt im Beisein von Kölner Ermittlern vernommen. Dabei soll der Jurist jeglichen illegalen Hintergrund der Millionenzahlungen zurückgewiesen haben.

Stauffacher war nicht der Einzige, bei dem der Bezirksanwalt auf Kölner Bitten hin durchsuchen ließ. Wie schon zuvor wurden Büros der Geldwäsche-Tarnfirma Stenna auf den Kopf gestellt. Gleichfalls betroffen: der Gesellschafter Arthur A. Hofmann, ein alter Trienekens-Spezi, der in der Kölner Müllaffäre deutsche Schmiergelder bis zu deren Auszahlung verwaltet haben soll.

Im Fall Stenna geht die Neugier der Kölner Ermittler allerdings über den Komplex Müllöfen hinaus. Stenna-Gesellschafter Hofmann soll ferner die Hintergründe weiterer Schwarzgeldflüsse des Müll-multis Trienekens auf Konten der Minifirma erläutern. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft soll der Viersener Multimillionär über Tochterfirmen mehr als sechs Millionen Euro in seine schwarze Kriegskasse im Schweizer Örtchen Flims geschaufelt haben. Trienekens räumte jüngst ein, dass er aus diesem Topf dem inhaftierten Chef der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsbetriebe, Karl-Heinz Meys, mindestens eine Million Euro an Provisionen zukommen ließ. Die Ermittler wollen nun wissen, ob es noch weitere Geldempfänger in Politik oder kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben gegeben habe. Aus Justizkreisen verlautete, dass sich bei einer ersten Durchsicht der beschlagnahmten Papiere "neue Anhaltspunkte ergeben haben".

Besuch durch Schweizer Ermittler bekam zudem der Anwalt und Finanzdienstleister Heinz Egli. Die Kölner Behörden wollten die Angaben einiger Hauptbeschuldigter in der Affäre überprüft wissen. Der Züricher Jurist ist eine schillernde Figur im Kölner Schmiergeldkarussell. Aussagen von Beschuldigten zufolge soll er eine Firma betrieben haben, die als Clearingstelle unterschiedlicher Firmeninteressen der Anlagenbauer galt. Der inhaftierte Kölner Ex-SPD-Fraktionschef Norbert Rüter will von ihm sechsstellige Dankeschön-Spenden des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller empfangen haben. Egli, seines Zeichens Honorarkonsul des Inselstaates Vanuatu, soll überdies zweieinhalb Millionen Euro des Müllmultis Trienekens im für den Pazifikstaat verwalteten Kontengeflecht versteckt haben. Das Geld verschwand, als die Justiz begann, im Müllsumpf zu rühren.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 02.08.2002

Antwerpes vernommen

Im Kölner Müllskandal ist gestern der ehemalige Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes im Polizeipräsidium noch einmal als Zeuge gehört worden. Das erfuhr der "Kölner Stadt-Anzeiger" aus Justizkreisen. Dabei sei es im Wesentlichen um die Korrektur des ersten Protokolls gegangen, sagte Antwerpes. Es gehe immer noch um die Frage, wer über das gesamte Verfahren zum Bau des Müllöfens Auskunft geben könne. Außerdem habe man noch einmal darüber gesprochen, ob die Anlage überdimensioniert sei. Das habe er immer verneint und bleibe bis heute bei dieser Auffassung.

Antwerpes galt als einflussreicher Befürworter der großen Version der Kölner Müllverbrennungsanlage. Außerdem hatte er sich vehement dafür eingesetzt, dass der regionale Anlagenbauer Steinmüller aus Gummersbach den Zuschlag für den Bau des Milliardenprojekts erhielt. Antwerpes hatte stets betont, er habe sich aus Gründen der regionalen Wirtschaftsförderung für das Gummersbacher Unternehmen eingesetzt. Von Schmiergeldzahlungen an Entscheidungsträger aus Politik und der Betreibergesellschaft des Müllöfens habe er nichts gewusst. (pb/xl)

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.08.2002

Rüthers Haftbeschwerde umfasst rund 90 Seiten

Anwälte des Ex-SPD-Fraktionschefs wollen Glaubwürdigkeit der Aussagen von Ulrich Eisermann erschüttern

Im Kölner Müllskandal gehen die Anwälte des in U-Haft sitzenden Norbert Rüter in die Offensive.

VON PETER BERGER

Nahezu acht Wochen haben die Düsseldorfer Rechtsanwälte Günter Tondorf und Gregor Leber mit ihrem Mandanten an diesem Werk gearbeitet. Entsprechend umfangreich ist der Schriftsatz ausgefallen, mit dem sie die Aufhebung der Untersuchungshaft für Norbert Rüter, der wegen seiner Verstrickung in den Korruptionsskandal um die Kölner Müllverbrennungsanlage seit 13. Juni in der JVA Mönchengladbach einsitzt, erreichen wollen. Ihre Haftbeschwerde, die inzwischen der Staatsanwaltschaft in Köln vorliegt, umfasst 90 Seiten.

90 Seiten, auf denen es vor allem darum geht, die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen zu erschüttern. Der heißt Ulrich Eisermann, war Geschäftsführer der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG), ist ebenfalls tief in die Müllaffäre verwickelt, aber inzwischen wieder auf freiem Fuß. Eisermann behauptet, Rüter insgesamt rund eine Million Euro an Bestechungsgeldern gezahlt zu haben. Der ehemalige SPD-Fraktionschef bestreitet das vehement.

"In diesem Fall steht Aussage gegen Aussage", sagt Rüter-Anwalt Günter Tondorf. Am kommenden Montag will er mit seinem Sozius Gregor Leber in Düsseldorf Einzelheiten aus dem 90-Seiten-Werk bekannt geben. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, wird es dabei vor allen Dingen darum gehen, die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Ulrich Eisermann zu erschüttern. So habe Eisermann in allen Vernehmungen bei der Staatsanwaltschaft die Geldübergaben an Beteiligte der Kölner Müllaffäre in allen Einzelheiten geschildert. Dem ebenfalls in Untersuchungshaft sitzenden Alt-Genossen der SPD, Karl Wienand, will er 1996 im Café Füllenbach am Ebertplatz umgerechnet 1,6 Millionen Euro übergeben haben, die er kurz zuvor aus einer Garage im Agnesviertel geholt hatte. Lediglich bei den Geldübergaben an Rüter, so die Anwälte, fehlen in Eisermanns Schilderung sämtliche Details. Rüter's Anwälte gehen davon aus, dass über ihre Haftbeschwerde nicht ohne mündliche Anhörung entschieden wird. Es bestehe zwar kein rechtlicher Anspruch, aber bei den anderen Beschuldigten (Hellmut Trienekens, Ulrich Eisermann, Sigfried Michelfelder, Karl Wienand) sei auch nicht ohne vorherige Anhörung entschieden worden. Man erwarte einen Termin Ende nächster Woche. "Die Staatsanwälte Bungart und Rothe sind in Urlaub", so Günter Tondorf.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.08.2002

Neuer Job bei der Landes-SPD

Margrieth Legies-Decker erhielt Funktionsverbot bis Ende 2003

Die in den SPD-Skandal verstrickte Ex-Sekretärin des Unterbezirks Köln arbeitet ab Montag für die Landespartei in Düsseldorf.

VON PETER BERGER

Die in die Parteispendenaffäre verwickelte ehemalige Sekretärin des SPD-Unterbezirks Köln, Margrieth Legies-Decker, wird vom kommenden Montag an als Sekretärin im SPD-Landesverband NRW in Düsseldorf für den Landesvorsitzenden Harald Schartau arbeiten. Das hat die Sprecherin der Landes-SPD, Susanna Weineck, am Freitag auf Anfrage des "Kölner Stadt-Anzeiger" bestätigt.

Margrieth Legies-Decker hatte auf Anweisung des ehemaligen Kölner Schatzmeisters Manfred Biciste die Liste mit den 42 Scheinspendern erstellt und zugegeben, an der illegalen Spendenpraxis der Partei beteiligt gewesen zu sein. Dafür war sie von der Schiedskommission mit einem Funktionsverbot bis Ende 2003 belegt und zuvor wie Manfred Biciste vom Spendenuntersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags vernommen worden.

"Frau Legies-Decker war seit Mitte letzten Jahres Angestellte des SPD-Bezirks Mittelrhein und ist nach dessen Auflösung automatisch zur Angestellten der NRW-SPD geworden", sagte Landesgeschäftsführer Frank-Ulrich Wessel. Sie sei als ehemalige Angestellte des Unterbezirks Köln weisungsgebunden stets im Auftrag von Manfred Biciste tätig gewesen und habe an der Aufklärung der Affäre bereitwillig und ohne Schonung ihrer eigenen Person mitgearbeitet, so Wessel. Da die Schiedskommission in ihrem Fall keinen Parteiausschluss gefordert habe, gebe es keinen Anlass, sie nicht weiter für die SPD arbeiten zu lassen. Man habe ihr einen Job in Düsseldorf angeboten, weil eine Rückkehr an ihren alten Arbeitsplatz in Köln als problematisch angesehen worden wäre.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 12.08.2002

Mit wenig Mitteln viel bewegen - Kölner SPD wirbt auf der Straße beim Bürger vor Ort um neues Vertrauen / INFO-KASTEN

Marc Jan Eumann gerät in die Kritik

Die SPD-Spendenaffäre ist noch längst nicht aufgearbeitet. Der Mülheimer Landtagsabgeordnete Marc Jan

Eumann, der von der Schiedskommission wegen der Annahme von fingierten Spendenquittungen eine Rüge erhalten hatte, hat sich in einem Brief an die SPD-Mitglieder des Stadtbezirks Mülheim gewandt. Es liege ihm fern, die Rolle des Opfers anzunehmen. Er habe die Spendenbescheinigungen nicht sorgfältig genug geprüft. Dieses Schreiben hat den ehemaligen Vorsitzenden des Ortsvereins Dünnwald, Heinz Jütten, zu einer scharfen Reaktion veranlasst. Eumann wisse genau, dass er nur deshalb "mit einer Rüge davongekommen" sei, weil sonst die SPD-Mehrheit im Landtag gefährdet worden wäre. Eumann sei eine Belastung für einen Neuanfang der Kölner SPD, sein Brief "alles andere als eine vertrauensbildende Maßnahme". (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 13.08.2002

Anwälte attackieren Eisermann

Ex-SPD-Fraktionschef Norbert Rüter ist angeblich völlig mittellos

Im Müllskandal haben die Rechtsanwälte von Norbert Rüter Strafanzeige gegen Ulrich Eisermann gestellt.

VON PETER BERGER

60 Tage sitzt der ehemalige SPD-Fraktionschef Norbert Rüter in der JVA Mönchengladbach in U-Haft, als seine Rechtsanwälte Günter Tondorf und Gregor Leber 20 Kilometer entfernt in ihrer Düsseldorfer Kanzlei öffentlich zum Angriff übergehen. Das Studium des auf 7166 Seiten angewachsenen Aktenbergs und tagelange Gespräche mit Rüter lassen für sie nur einen Schluss zu. "Norbert Rüter ist nicht der Kriminelle, als der er in der Öffentlichkeit dargestellt wird", sagt Tondorf. Er habe weder 1995 noch 1998 je eine Million Mark (510 000 Euro) an Bestechungsgeldern von Ulrich Eisermann erhalten. Die Vorwürfe beruhten allein auf "einer Falschaussage des früheren Geschäftsführers der kommunalen Abfallentsorgungswirtschaft". Man habe daher bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen übler Nachrede, Verleumdung, falscher Verdächtigung und Freiheitsberaubung in mittelbarer Täterschaft gestellt. Zugleich habe man beantragt, "wegen der Mittellosigkeit Rütters" zu Pflichtverteidigern bestellt zu werden. "Das", so Tondorf, "hätten wir bestimmt nicht getan, wenn unser Mandant zwei Millionen in der Schweiz gebunkert hätte."

Mit Rütters Haftbeschwerde, über die das Landgericht wohl in mündlicher Verhandlung befinden wird, beginnt ein neues Kapitel im Bestechungsskandal um den Bau des Kölner Müllofens. Eisermanns Aussagen über die angeblichen Zahlungen von zwei Millionen Mark an Rüter seien widersprüchlich. Danach soll der Ex-Fraktionschef zunächst in den Jahren 1995 und 1998 das Einwerben von Spenden für die SPD in der Größenordnung von jeweils 1,5 Millionen Mark (770 000 Euro) von den am Bau des Müllofens beteiligten Firmen gefordert haben. Von dieser Spendenversion sei bei der nächsten Aussage 14 Tage später keine Rede mehr gewesen. "Jetzt soll Rüter von Eisermann zweimal eine Million Mark erhalten haben, weil er angeblich von den Provisionszahlungen an Eisermann Kenntnis hatte", so Tondorf. "Wir nennen das die Schmiergeldvariante." Bei seiner dritten Aussage kehre Eisermann auf die ursprünglich erklärte Spendenversion zurück. Seine Aussagen seien widersprüchlich, schlicht "dummes Zeug". Auch das Motiv sei völlig klar. Der ehemalige Chef der Abfallentsorgung wisse nur zu genau, dass er seine Stellung verbessere, wenn er zum Kronzeugen der Staatsanwaltschaft werde und auspacke. Damit sei klar, dass er Dritte wie den Ex-Steinmüller-Geschäftsführer Sigfried Michelfelder, die ehemalige SPD-Größe Karl Wienand und Norbert Rüter belasten müsse. "Da ist es natürlich ganz hübsch, wenn ich von den Korruptions-Millionen zwei Milliönchen dem armen Norbert Rüter reintuen und sie so vor dem Verfall retten kann", so Tondorf.

Doch selbst wenn die Staatsanwaltschaft dabei bleibe, dass Rüter in die Schmiergeldaffäre um die Kölner MVA verwickelt sei, gebe es keinen Grund, ihn weiter in Untersuchungshaft zu halten. Rüter habe, nachdem er von der Verhaftung Eisermanns erfahren habe, in der Spendenaffäre freiwillig vor der Staatsanwaltschaft ausgepackt, alle Ämter niedergelegt und alle Bankunterlagen zur Verfügung gestellt. Auf ihn warte eine Schadenersatzklage der SPD in Höhe von 1,2 Millionen Euro. "Wenn Rüter zwei Millionen Mark hätte, wäre er doch längst weg", so Gregor Leber.

Das sieht die Staatsanwaltschaft anders. Ihre Stellungnahme zur Haftbeschwerde, über die in dieser Woche wohl nicht mehr entschieden wird, ist eindeutig: Rüter soll in U-Haft bleiben.

www.ksta.de/spendenskandal

Norbert Rüter - seit Juni in Haft

Norbert Rüter - seit Juni in Haft

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.08.2002

Bürger-Verfahren vor Einstellung

Im Spendenskandal muss Uhlenbruch im September vor Schiedskommission

Auch nach ihrem Ausscheiden als Fraktionsgeschäftsführerin wird Marlis Herterich von der SPD bezahlt.

VON PETER BERGER

Das Parteispendenverfahren gegen Norbert Burger steht nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" vor der Einstellung. Der Alt- Oberbürgermeister hatte eingeräumt, im SPD-Skandal eine fingierte Spendenquittung von Ex-Kassierer Manfred Biciste in Höhe von 5000 DM (2550 Euro) angenommen zu haben. Im Fall Burger konnte die NRW-SPD die Einstellung des Verfahrens gestern nicht bestätigen. Dagegen liegen die Urteile in weiteren Fällen vor: Die Ratsmitglieder Josef Jansen und Dörte Gerstenberg wurden ob der Annahme von Spendenquittungen gerügt. Auch Fraktionsassistent Ralf Meyer, der eine Quittung in Höhe von 1000 DM (510 Euro) entgegengenommen hatte, musste die Rüge der Schiedskommission akzeptieren. Dagegen wurde das Verfahren gegen den ehemaligen SPD-Parteichef Erich Henke eingestellt. Kurt Uhlenbruch werde sich erst im September vor der Schiedskommission äußern müssen, sagte die Sprecherin der NRW-SPD, Susanna Weineck. Der ehemalige Fraktionsvize Heinz Lüttgen, der wie Uhlenbruch mehrfach Quittungen im Gesamtwert von mehr als 25 000 Mark (12 800 Euro) erhalten hatte, habe eine Zivilklage eingereicht. Er bezweifle, ob die Schiedskommission überhaupt zuständig sei. Die NRW-SPD sei zuversichtlich, sich im Rechtsstreit mit Lüttgen mit ihrer Auffassung durchzusetzen. "Es handelt sich dabei um Parteigerichtsverfahren. Wenn die abgeschlossen sind, bleibt allen Betroffenen immer noch die Möglichkeit, vor ein Zivilgericht zu ziehen", sagte Weineck.

SPD-Fraktionschef Martin Börschel kündigte gestern an, vor der ersten Fraktionssitzung im September das Gespräch mit Ratsherr Karl-Heinz Schmalzgrüber zu suchen. Schmalzgrüber, der für die SPD-Fraktion auch als Sprecher für die Bereiche Bauen und Verkehr fungiert, war von der Schiedskommission mit einem Funktionsverbot bis Ende 2003 belegt worden, hatte aber angekündigt, sein Ratsmandat weiter ausüben zu wollen, weil das Funktionsverbot nur die Parteiarbeit berühre. Die Fraktion kann, wenn Schmalzgrüber nicht freiwillig zurücktritt, ihn nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit ausschließen. Sie hat keinen Anspruch auf die Rückgabe des Ratsmandats. Noch nicht geklärt sind die arbeitsrechtlichen Fragen mit der zum 1. August von Michael Zimmermann abgelösten Fraktionsgeschäftsführerin Marlis Herterich. Börschel bestätigte, dass sie zurzeit weiter von der SPD bezahlt werde.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 17.08.2002

Verfahren wurde eingestellt

Im SPD-Spendenskandal hat Rechtsanwalt Klaus Klängenberg, Anwalt des Ratsmitglieds Josef Jansen, mitgeteilt, dass das Verfahren gegen seinen Mandanten eingestellt worden ist. Jansen habe zu keinem Zeitpunkt eine unberechtigte Spendenquittung entgegengenommen und diese beim Finanzamt geltend gemacht. Bei der mündlichen Verhandlung vor der Schiedskommission am 31. Juli sei dem Rechnung getragen worden. Die Sofortmaßnahmen gegen Jansen seien aufgehoben worden. Die Kommission habe "keinen Anlass" gesehen, Jansens Darstellung in Zweifel zu ziehen. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 20.08.2002

Verfahren gegen Burger eingestellt

Im Spendenskandal hat die NRW-SPD eine Zwischenbilanz gezogen. Von 27 Schiedsverfahren stehen jetzt noch fünf aus.

VON PETER BERGER

Im SPD-Spendenskandal ist das Parteiordnungsverfahren gegen den früheren Oberbürgermeister Norbert Burger eingestellt worden. Das teilte die Sprecherin der NRW-SPD, Susanna Weineck, am Montag in Düsseldorf mit. Burgers Anwalt Albert Klütsch fügte hinzu, die Schiedskommission habe das Verfahren ohne weitere Sanktion eingestellt. "Meine Darstellung wurde bestätigt", sagte OB Burger. Er habe bis heute keine genaue Erklärung dafür, auf welchem Weg die Spendenquittung für umgerechnet 2550 Euro in seine Steuerunterlagen gelangt sei. Wahrscheinlich sei sie bei seiner Sekretärin abgegeben worden.

Die Schiedskommission habe in ihrer Entscheidung bestätigt, dass Burger nicht an der Einschleusung anonymer Großspenden in die Kölner SPD beteiligt gewesen sei, so Klütsch. Auch habe er das parteiinterne Gericht überzeugen können, dass ihm erstmals Anfang März dieses Jahres die Kopie einer "unrichtig ausgestellten Spendenquittung" für das Jahr 1999 vorgelegen habe. Im Kölner SPD-Skandal wurden nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vom Ex-Schatzmeister Manfred Biciste Großspenden gestückelt und fingierte Quittungen ausgestellt. Die Spenden hatte Ex-Fraktionschef Norbert Rüter in seiner damaligen Funktion als Fraktionsgeschäftsführer als "Dankeschön-Spenden" angeworben.

Von den 27 Schiedsverfahren stehen damit jetzt noch fünf aus, unter anderem gegen den ehemaligen Parteichef Kurt Uhlenbruch und den Ex-Fraktionsvize Heinz Lüttgen. In sechs Fällen wurden Funktionsverbote zwischen

ein und zwei Jahren erteilt, so auch gegen das Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber und die Mitarbeiterinnen des SPD-Unterbezirks, Renate Dinkelbach und Margrieth Legies-Decker. Vier Verfahren erübrigten sich durch Parteiaustritt, in fünf Fällen wurden Rügen erteilt (Ratsmitglieder Dörte Gerstenberg, Alice Gneipelt, Christa Becker, Landtagsabgeordneter Marc-Jan Eumann und Fraktionsassistent Ralf Meyer). Der ehemalige Bundestagskandidat Werner Jung wurde als Einziger mit dem Ruhen seiner Mitgliedsrechte für zwei Jahre sanktioniert, sechs Verfahren wurden eingestellt. Neben Burger gilt dies für Bürgermeisterin Renate Canisius, Ratsmitglied Josef Jansen, die Landtagsabgeordnete Annelie Kever-Henseler, die Ex-Fraktionsassistentin Ulrike Volland und Reiner Hammelrath, Ex-Mitglied der SPD-Parteikontrollkommission.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 21.08.2002

Ein Faible für Klaus Heugel

Hellmut Trienekens über die Verstrickungen von Politik und Müllbranche

Hellmut Trienekens, Meister der politischen Lobbyarbeit, gibt Einzelheiten der Müllaffäre preis.

VON AXEL SPILCKER

Nach seiner Offenbarungseid vor der Staatsanwaltschaft über seine Rolle in der Müllaffäre war der Viersener Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens nicht mehr Herr im eigenen Haus. Der Aufsichtsrat der Trienekens AG hatte den Firmenchef kalt gestellt, als Anfang März Schmiergeldflüsse über die Schweiz im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) ruchbar geworden waren. Trienekens wurde befragt und durfte danach die Konzernzentrale nur noch einmal betreten: zur Unterschrift über den Verkauf seiner Anteile an der Trienekens AG und deren Tochter-Gesellschaften an den Mitgesellschafter RWE. Vom Ende im eigenen Unternehmen, versüßt mit einer dreistelligen Millionensumme, berichtete Trienekens während des Vernehmungsmarathons Mitte Juli vor seiner Haftverschonung.

Der 64-Jährige gab eine Innenansicht über das Gebaren der Entsorgungsbranche preis. Allerdings sind seine Erinnerungen zu Schmiergeldflüssen in der Kölner Müllaffäre recht unscharf.

Zu Karl Wienand, dem einflussreichen SPD-Strippenzieher, hatte Trienekens ein ambivalentes Verhältnis.

Wienand soll demnach schon beim Aufbau der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG), die den Kölner Müllöfen betreiben sollte, als Vermittler tätig gewesen sein. Ende der 80er Jahre suchte die Stadt einen Partner. Hellmut Trienekens stieg in die Gesellschaft ein.

Wienand war ein nützlicher Türöffner für Trienekens Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, als die Landesregierung bei der Abfallentsorgung den Ausstieg aus der Deponiewirtschaft forcierte und stattdessen die Müllverbrennungstechnik vorantrieb. Wienand habe stets seine guten Drähte zu einflussreichen Politikern in NRW betont, darunter vor allem zum inzwischen verstorbenen damaligen Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD). "Mir wurde klar, dass Wienand zur damaligen Zeit einen erheblichen Einfluss auf Landes- und Kommunalpolitiker hatte", gab der abgetretene Firmenchef zu Protokoll. Bei allen Gesprächen sei es stets um den Einstieg in die Abfallwirtschaft gegangen.

Beim Milliardenprojekt Kölner Müllöfen wurde Trienekens nach eigenen Worten durch seine Berater Wienand und Sigfried Michelfelder, den Chef des Anlagenbauers Steinmüller, ins Schmiergeldkartell gelotst. Mehr als elf Millionen Euro sollten fließen.

Trienekens brachte die Schweizer Briefkastenfirma Stenna ins Spiel, als es um die Frage der Verschleierung der Geldflüsse geht. Der Viersener Müll-Multi nutzte die Stenna seit Anfang der 90er Jahre in erster Linie für den Aufbau von Auslandsgeschäften. Deutsche Amtsträger, betont Trienekens' Verteidiger Norbert Gatzweiler, seien nicht mit Schwarzgeldern von Stenna-Konten bedient worden. Einzig dem Chef der Abfallwirtschaftsbetriebe des Rhein-Sieg-Kreises, Karl-Heinz Meys, habe Trienekens über die Stenna 1999/2000 mehr als eine Million Euro für Vermittlertätigkeiten zukommen lassen.

Schwarzgeldschiebereien über die Schweiz scheinen ein übliches Verfahren in der Entsorgungsbranche gewesen zu sein. Anfang 1994 nahm Trienekens nach eigenen Angaben am ersten Treffen in Zürich teil, bei dem acht Millionen Mark verteilt wurden. Ohne die genaue Summe zu kennen, habe er den verschlossenen Geldumschlag an Wienand weitergegeben. Es sollte eine Abschlusszahlung sein. Hintergrund waren Hinweise von Staatssekretären der Landesregierung, sich von Wienand zu trennen. Zwei Jahre später wurde Wienand, ehemals SPD-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, wegen DDR-Spionage verurteilt.

Doch so ganz wollte Trienekens nicht auf die Dienste Wienands verzichten. Noch in den Jahren 2000 und 2001 erhielt der Altgenosse vom Viersener Konzern mehr als 90 000 Euro. Die Trienekens AG hatte sich jener Zeit um Beteiligungen an den Abfallverwertungsanlagen im gesamten Rheinland bemüht.

Zur politischen Einflussnahme in Köln sagte Trienekens, dass an ihn außer den offiziellen Spendenzahlungen keine Forderungen gestellt worden seien. Als der damalige SPD-Fraktionschef Norbert Rütther ihn um

ß ü i W hlk fhilf fü Kl H l b t h b f i illi h l 75 000 E b hlt CDU M

großzügige Wahlkampfhilfe für Klaus Heugel bat, habe er freiwillig mehr als 75 000 Euro bezahlt. CDU-Mann

Trienekens begründete das mit seinem "Faible für Heugel".

Einen Zusammenhang mit der Trienekens-Beteiligung an den Abfallwirtschaftsbetrieben (AWB) gebe es nicht. Seit Beginn der 90er Jahre habe man sich an den AWB beteiligen wollen, berichtete Trienekens, der seither neben den Genossen auch die Gewerkschaftsspitze bearbeitete. Trienekens erinnerte an einen Lokalbesuch mit der damaligen ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies, bei dem er ihr das Privatisierungsmodell anpries. Am Ende hatte Trienekens gegenüber Mitkonkurrent Rethmann die Nase vorn, obwohl dieser den besseren Kaufpreis geboten hatte.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 27.08.2002

Lüttgen muss Verfahren akzeptieren

Das Schiedsverfahren gegen den ehemaligen SPD-Fraktionsvize Heinz Lüttgen ist rechtmäßig.

Im Streit um die Aufarbeitung der Kölner SPD-Affäre hat der zurückgetretene Fraktionsvize Heinz Lüttgen eine juristische Niederlage gegen den SPD-Landesverband einstecken müssen. Im April hatte die Partei gegen Lüttgen ein Ordnungsverfahren eingeleitet, wogegen sich der langjährige Kölner Kommunalpolitiker mit Befangenheitsanträgen gegen die Mitglieder der SPD-Schiedskommission und dem Antrag auf Zulassung eines Rechtsanwaltes als Beistand wehrte. Als die Landespartei diese Anträge ablehnte, begehrte Lüttgen Rechtsschutz vor dem zuständigen Düsseldorfer Oberlandesgericht. Dieser Antrag wurde vom 6. Zivilsenat als unzulässig zurückgewiesen, wie das Gericht am Montag mitteilte (Az.: 6 Sch 8/02). Die SPD-Schiedskommission sei ausschließlich ein parteiinternes Organ, das nicht den Charakter eines echten Schiedsgerichts habe. Dies zeige schon die personelle Besetzung und die möglichen Inhalte der Entscheidungen. Folglich könnten auch nicht die juristischen Mittel wie gegen ein reguläres Schiedsgericht vorgebracht werden. Lüttgen steht im Verdacht, an der illegalen Spendenpraxis der Kölner Sozialdemokraten um Ex-Schatzmeister Manfred Biciste und den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Norbert Rütter beteiligt gewesen zu sein. Er soll mehrfach Spendenquittungen in einer Größenordnung von mehr als 25 000 DM (12 550 Euro) angenommen haben. Im Rahmen des Schiedsverfahrens musste Lüttgen sämtliche Parteiämter ruhen lassen, hatte sein Ratsmandat freiwillig zurückgegeben. Dem Schiedsverfahren kann er sich jetzt nur noch durch den Austritt aus der SPD entziehen. (pb/ddp)

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 28.08.2002

Ein Rückzug auf Raten

SPD-Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber gibt alle Fraktionsämter auf

Der in den SPD-Spendenskandal verwickelte Karl-Heinz Schmalzgrüber will 2004 nicht mehr für den Rat kandidieren.

VON PETER BERGER

Mit einem Kompromiss endeten die Gespräche zwischen dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Martin Börschel und Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber über dessen künftige Arbeit in der SPD-Fraktion. Der 65-Jährige, der wegen der Entgegennahme fingierter Spendenquittungen in der Größenordnung von rund 29 000 Mark (14 800 Euro) von der parteiinternen Schiedskommission mit einem Funktionsverbot bis Ende Dezember 2003 belegt worden war, gibt mit sofortiger Wirkung seine Fraktionsämter auf. Er verlässt den Fraktionsvorstand, wird nicht mehr als SPD-Sprecher und stellvertretender Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses tätig sein. Sein Ratsmandat will er dagegen bis zum Ende der Legislaturperiode im September 2004 behalten.

Schmalzgrüber erklärte, dass nicht die Partei über seine Rechte als Fraktionsmitglied verfüge, sondern nur die Fraktion darüber zu entscheiden habe. "Des Weiteren leitet sich das mir seit 27 Jahren erteilte Mandat als Ratsmitglied in erster Linie vom Wählerwillen und nicht von Parteitagbeschlüssen ab", sagte er. Viele Bürger hätten ihn in den letzten Monaten wissen lassen, "dass sie meine politische Lebensleistung hoch schätzen, und mich ermuntert, nicht für andere den Kopf hinzuhalten". Persönliche Fehler im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Spendenquittungen habe er parteiintern bedauert. "Darüber hinaus erkläre ich das auch öffentlich", so Schmalzgrüber. Die Landesschiedskommission habe aber festgestellt, dass er in das System der Stückelung von Großspenden zur Einschleusung in die Parteikassen der SPD nicht eingeweiht war. Damit ist das Kapitel Schmalzgrüber aber noch nicht geschlossen. Bundes- und Landes-SPD, die den Parteiausschluss gefordert hatten, haben gegen den Schiedsspruch des befristeten Funktionsverbots Rechtsmittel eingelegt. Sie wollen ein härteres Urteil.

Die SPD-Fraktion will auf eine Abstimmung verzichten, die zum Ausschluss Schmalzgrübers aus der Fraktion führen könnte. Dafür wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit der 29 Fraktionsmitglieder erforderlich.

www.ksta.de/spendenskandal

Karl-Heinz Schmalzgrüber

Karl-Heinz Schmalzgrüber

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 31.08.2002

Neue Ermittlungen im Schmiergeldskandal

Sigfrid Michelfelder, einer der Hauptbeschuldigten, spricht von Bestechung auch bei den Wartungsverträgen

Die Staatsanwaltschaft glaubt, dass nicht nur beim Bau des Kölner Müllofens Schmiergelder im Spiel waren. Auch beim Wartungsvertrag soll bestochen worden sein.

VON AXEL SPILCKER

Eine Ermittlungshypothese nennt es die Justiz, wenn sie Vermutungen über den Ablauf eines Verbrechens anstellt, ohne den letzten Beweis in Händen zu halten. Beispiel: Die Kölner Staatsanwaltschaft hegt den Anfangsverdacht, dass mit dem Abschluss des Wartungsvertrages für die Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) Schmiergeldzahlungen vereinbart wurden. Das bestätigte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

Als Beleg gilt den Ermittlern die Aussage des mitbeschuldigten Managers Sigfrid Michelfelder, Ex-Geschäftsführer des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller, der den Kölner Müllofen errichtete. Michelfelder wollte durch den Zuschlag für die Wartung der MVA das Minus wettmachen, das man beim Bau gemacht hatte.

Nach Angaben Michelfelders sollte AVG-Chef Eisermann als einer der Hauptnutznießer der Schmiergelder auch bei der Vergabe des Servicevertrags aushelfen. Eisermann soll für seine Dienste einen Nachschlag in Höhe von einer Million Euro verlangt haben. Zahlbar bei Vertragsabschluss. Michelfelder stimmte zunächst zu.

Den Worten folgten offenbar wenig Taten. Als es nicht so lief wie gewünscht, habe sich AVG-Chef Eisermann in der Wettbewerbsphase am Telefon erregt, er, Michelfelder, hätte "Idioten als Mitarbeiter, denn die würden sein Eingreifen in ihrem Interesse fast unmöglich machen". Eisermann rückte in Folge immer weiter von seinem Versprechen ab. Er sagte, er müsse bei dieser Sache an die Gesellschafter denken, erinnert sich Michelfelder. Gemeint war offenbar der Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens, der neben der Stadt Köln an der AVG beteiligt war. Der Müll-Multi zeigte sich zunächst gnädig und räumte Steinmüller einen Drittelanteil am Wartungsvertrag ein. Michelfelder stimmte zu.

Eisermann sei dann aber maßlos geworden, heißt es. Als Eisermann 1998 neue Geldforderungen stellte, wollte der Steinmüller-Chef nur noch heraus aus dem Schmiergeldkarussell. Konzernchef Trienekens bot Michelfelder nach eigenen Worten an, er gehe aus dem Servicevertrag heraus, wenn Trienekens die Millionen übernehme. Zwei bis drei Wochen später berichtete Trienekens, er hätte sich mit Eisermann geeinigt. Er brauche aber die Hilfe Steinmüllers, um den Zahlungsweg zu verschleiern.

Gesagt, getan: Über eine fingierte Rechnung der englischen Steinmüller-Tochter Anderman soll Trienekens 2,5 Millionen Euro in die Schweiz geschleust haben. Einen Scheck in dieser Höhe entdeckten die Ermittler bei dem tief in die Müllaffäre verstrickten Züricher Anwalt Heinz Egli. Der Jurist steht im Verdacht, mit Hilfe von Briefkastenfirmen für die deutschen Anlagenbauer bei zahlreichen Bauprojekten Gelder gewaschen zu haben. Auch den Steinmüller-Leuten stand er häufiger zu Diensten. Ob das Geld letztlich von dort aus an Eisermann floss, ist noch unklar.

Dieser ließ über seinen Verteidiger Volkmar Mehle die Darstellung bestreiten. Auch Ex-Konzernchef Trienekens wies die Anschuldigungen unlängst als unwahr zurück.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 02.09.2002

Diesen Geburtstag feierte er in der Doppelzelle

Heute vor einem halben Jahr trat SPD-Politiker Norbert Rüther von all seinen Ämtern zurück

Der Prozess um Schadenersatz, den die Bundes-SPD von Norbert Rüther

und Manfred Biciste erlangen will, beginnt am 30. Oktober.

VON PETER BERGER

Norbert Rüter hat mit Sicherheit schon fröhlichere Geburtstage gefeiert. Dass er die Vollendung seines 52. Lebensjahrs am vergangenen Donnerstag als Untersuchungshäftling in einer Doppelzelle der Justizvollzugsanstalt Mönchengladbach verbringen würde, wäre ihm in der Nacht zu jenem Montag, 4. März, wohl kaum in den Sinn gekommen. Damals jagte eine Krisensitzung die nächste - und Rüter schmiss Knall auf Fall alle politischen Ämter hin. Wenig später räumte er vor der Staatsanwaltschaft in einem achttündigen Marathon-Verhör ein, 830 000 DM (424 000 Euro) an illegalen Dankeschön-Spenden einkassiert und über Schatzmeister Manfred Biciste in die Parteikassen eingeschleust zu haben.

Rüthers Rücktritt liegt heute auf den Tag genau sechs Monate zurück. Der einst so gewichtige SPD-Fraktionsvorsitzende und mächtige Boss des SPD-Bezirks Mittelrhein, der Landtagsabgeordnete und Steigbügelhalter des ehemaligen Oberstadtdirektors, Klaus Heugel trat mit seinem Geständnis eine Lawine los, von der immer noch nicht feststeht, ob nicht noch mehr Politiker mit ihr in den Abgrund gerissen werden. Von den 42 Empfängern fingierter Spendenquittungen, die auf der Liste des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Manfred Biciste auftauchten, mussten sich 27 einem SPD-internen Schiedsverfahren unterziehen. Der Bundestagskandidat Werner Jung stolperte über die Affäre. Der Landtagsabgeordnete Marc Jan Eumann konnte sich mit einer Rüge so gerade noch halten. Der ehemalige SPD-Geschäftsführer Arno Carstensen entzog sich einem Verfahren durch Parteiaustritt. Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch droht der Parteiausschluss. Sein Fall wird wohl erst nach der Bundestagswahl am 22. September verhandelt. Und der einst so mächtige Fraktionsvize Heinz Lüttgen, der erst auf Druck des neuen SPD-Fraktionschefs Martin Börschel alle Ämter und dann auch sein Ratsmandat zur Verfügung stellte, versuchte auf juristischem Wege, das Schiedsverfahren gegen seine Person zu blockieren. Vergeblich. Das Urteil gegen ihn wurde in Abwesenheit gefällt, soll in dieser Woche schriftlich vorliegen. "Wir haben Parteiausschluss beantragt", sagte der Anwalt der Bundes-SPD, Helmut Neumann, dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

Von den 27 Schiedsverfahren sind nach Neumanns Angaben neben Uhlenbruch nur noch zwei weitere "weniger bedeutende" Fälle nicht entschieden. In einem einzigen Fall, dem des Ratsmitglieds Karl-Heinz Schmalzgrüber, der fingierte Spendenquittungen für 29 000 DM (14 800 Euro) kassierte, habe die NRW-SPD Berufung gegen das Urteil eingeleitet. Das bis zum Ende des Jahres 2003 befristete Funktionsverbot geht der Partei nicht weit genug.

Auf Norbert Rüter und Manfred Biciste kommen noch schwere Zeiten zu. Am 30. Oktober wird in Köln ein in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik einmaliger Zivilprozess beginnen, in dem die Bundes-SPD die beiden ehemaligen Kommunalpolitiker auf Schadenersatz verklagt. Es geht um eine Summe von bis zu 1,27 Millionen Euro, der dreifache Betrag jener Summe, die Rüter an illegalen Großspenden einkassiert und Biciste in die Partei geschleust haben soll, und den die Bundes-SPD an Strafe zahlen muss.

Im Falle des Schatzmeisters Manfred Biciste sieht Rechtsanwalt Helmut Neumann gute Chancen auf einen Erfolg. Biciste habe ein Parteiamt übernommen, das er nach der Satzung und den Parteigesetzen hätte ausführen müssen. "Das hat er nicht getan", so Neumann. Durch das illegale Einschleusen der Großspenden habe er der SPD geschadet. Auch Norbert Rüter habe sich an die Parteiregeln halten müssen. Auch wenn er bei der Akquisition der Dankeschön-Spenden und ihrer Stückelung nicht kraft eines Parteiamts gehandelt habe, sei er verantwortlich, glaubt Neumann.

Dem 52-Jährigen wird der Zivilprozess recht gleichgültig sein. Ihn plagen ganz andere Sorgen. Denn was als Kölner Parteispenskandal begann, hat sich nicht nur für ihn längst zu einem NRW-weiten Skandal um Bestechungen beim Bau von Müllverbrennungsanlagen ausgeweitet. Und da soll Rüter, glaubt man den Vernehmungen des ehemaligen Geschäftsführers der Abfallverwertungs- und -entsorgungsgesellschaft (AVG) Ulrich Eisermann weitere zwei Millionen DM (1,05 Millionen Euro) an Schmiergeldern kassiert haben (AVG), Ulrich Eisermann, weitere zwei Millionen DM (1,05 Millionen Euro) an Schmiergeldern kassiert haben. Rüthers Anwälte bestreiten das vehement, ihr Mandant habe mit dem Müllskandal nichts zu tun.

Die Kölner Staatsanwaltschaft sieht das anders. Rüter sitzt seit Mitte Juni in Untersuchungshaft. Glaubte man seinen Rechtsanwältinnen, kann die Bundes-SPD den Schadenersatz auch nach einem erfolgreichen Zivilprozess wohl in den Wind schreiben. Ihr Mandant sei mittellos, betonen die Anwälte Günter Tondorf und Gregor Leber bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Konsequenterweise haben sie beantragt, als Pflichtverteidiger zugelassen zu werden. Am 10. September wird über ihre Haftbeschwerde verhandelt. Doch selbst wenn Rüter frei kommt - die größten Probleme hat der einst so mächtige Kölner SPD-Politiker noch längst nicht bewältigt.

www.ksta.de/spendenskandal

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 11.09.2002

Rüter wird aus der U-Haft entlassen

Rüter wird aus der U-Haft entlassen

Zuvor jedoch muss der frühere SPD-Politiker 200 000 Euro

Kaution auftreiben

Der einst so eifrige Spendensammler Norbert Rüter hat sich für mittellos erklärt - und konnte die Auflage des Gerichts zunächst nicht erfüllen.

VON AXEL SPILCKER

Unter Schachspielern wäre von einem Remis die Rede. Selbst wenn Norbert Rüter, ehemals Kölner SPD-Fraktionschef und eine der Hauptfiguren in der Korruptions- und Spendenaffäre um den Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA) in Niehl, den gestrigen Entscheid der 9. Großen Strafkammer des Landgerichts sicherlich als Punktsieg feiern wird. Rüter kommt demnach frei; der Haftbefehl ist zwar nicht aufgehoben, aber er darf nach dreimonatiger U-Haft die Zelle in Mönchengladbach verlassen, sofern er 200 000 Euro Kaution gezahlt hat. Zwar darf er nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft ins Ausland reisen, auch muss er die Meldeauflagen beachten, aber der gelernte Psychiater ist zunächst einmal dem Schlimmsten entronnen. Wäre da nicht das Problem mit der Kaution: Nach der zweistündigen Anhörung suchten Rüthers Anwälte gestern die Kautionssumme aufzutreiben, während ihr Mandant zurück in die Vollzugsanstalt gebracht wurde. "Wir sind bemüht, die Auflagen zu erfüllen", sagte der Strafverteidiger Gregor Leber. Keine einfache Angelegenheit. Seinen Anwälten zufolge besitzt der ehemalige Landtagsabgeordnete kein Geld. Deshalb hat er auch Prozesskostenhilfe beantragt. Der einstige Strippenzieher Rüter also doch ein geschlagener Mann? Die Staatsanwaltschaft wertet es so. "Immerhin hat das Gericht den dringenden Tatverdacht der Beihilfe zur Bestechlichkeit bejaht." Rüter gilt als Mitinitiator des Kölner SPD-Spendenskandals. Der 52-Jährige hatte bereits eingeräumt, dass er Großspenden ("Dankeschönspenden") von Firmen eingesammelt hatte, die am Bau der MVA beteiligt waren. In den Jahren 1994 bis 1999 will er mit dem Geld teils schwarze Kassen für den Wahlkampf des Oberbürgermeister-Kandidaten und damaligen Oberstadtdirektors Klaus Heugel bedient haben; einen anderen Teil habe er gestückelt an die Kölner Parteikasse weitergeleitet. Um die Herkunft der Spenden zu verschleiern, hatte der damalige Schatzmeister Manfred Biciste diese Genossen zugeordnet, die dafür illegal Spendenquittungen bekommen haben.

Schwerer noch wiegt ein anderer Vorwurf: Ulrich Eisermann, ehemaliger Chef der kommunalen AVG und Hauptkassierer im Schmiergeldkartell um den Bau des Niehler Müllofens, hatte in Vernehmungen ausgesagt, er habe Rüter auf dessen Bitten hin zwei Millionen Mark aus dem Bestechungstopf zukommen lassen. Ob dieser das Geld in die politischen Kassen oder in die eigene Tasche steckte, ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft noch unklar. Die Folge der Aussage: Eisermann kam frei, Rüter wurde verhaftet.

Dessen Anwälte hatten gegen Eisermann Strafanzeige wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt. Ihrer Ansicht nach sind die Vorwürfe des Müllmanagers weder durch Dritte bestätigt worden noch durch Fakten zu belegen. Das räumte die Staatsanwaltschaft zwar gestern im Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" ein; doch sieht sich die Behörde durch den gestrigen Gerichtsbeschluss bestätigt.

Allerdings dürften auch die Staatsanwälte nicht gänzlich mit dem Beschluss zufrieden sein. Offenbar hatte man zunächst auf eine Verlängerung der U-Haft gehofft. Denn auch nach dessen dreimonatigem Aufenthalt im Gefängnis halten die Ermittler den endgültigen Beweis für die Schuld Rüthers nach eigenen Angaben noch nicht in Händen. Der ehemalige Kommunalpolitiker bestreitet die Vorwürfe nach wie vor. "Er hat keinerlei Bereitschaft zu einer weiteren Aussage signalisiert", bestätigte Oberstaatsanwältin Appenrodt. Eben doch ein Remis. Abwarten. Justitias Waage könnte sich in den nächsten Monaten bedenklich in Richtung der Mitglieder des Schmiergeldkartells neigen. Derzeit sind sich die Gerichte bis hin zum Bundesgerichtshof uneins, ob es in Korruptionsfällen wie der Kölner Müllaffäre überhaupt um Bestechung geht. Denn der Hauptkassierer, Müll-Manager Eisermann, war Chef einer Privatfirma, deren Mehrheitseigner die Stadt ist. Es sei also die Frage, ob Eisermann rechtlich als Amtsträger einzustufen sei, befand der OLG-Senat Köln unlängst, als er den mitverdächtigen SPD-Strippenzieher Karl Wienand freiließ. Falls nicht, würden die schwerwiegenden Bestechungsvorwürfe wegfallen. Übrig blieben Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht - Eisermann & Co. dürften auf milde Strafen hoffen.

Norbert Rüter darf nach Hause.

Norbert Rüter darf nach Hause.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 11.09.2002

Rüter wird aus der U-Haft entlassen - Zuvor jedoch muss der frühere SPD-Politiker 200 000 Euro Kaution auftreiben / INFO-KASTEN

Der Weg weiterer Hauptbeschuldiger in die Freiheit zurück

Das **Schmiergeldkartell**, das sich beim Bau der Müllaffäre gebildet haben soll, bestand neben **Norbert Rüter** aus vier Hauptfiguren, an der Spitze **Ulrich Eisermann**. Als Chef der halbstädtischen

Müllofenbetreibergesellschaft AVG verschaffte er durch Auftragsmanipulationen dem Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller den Zuschlag für das Milliardenprojekt. Dafür soll er knapp die Hälfte der Schmiergelder in Höhe von elf Millionen Euro erhalten haben. Eisermann kam gegen 520 000 Euro Kautions im Juni frei.

Das Schmiergeld schüttete der damalige Steinmüller-Geschäftsführer **Sigfrid Michelfelder** aus. Er selbst soll sich ebenfalls aus dem Topf bedient haben. Er musste für seine Entlassung gleich das Doppelte berappen. Müll-Multi **Hellmut Trienekens**, der die ihm zugedachten Bestechungsgelder an seinen Berater, den SPD-Strippenzieher **Karl Wienand** weiterschob, dürfte mit seiner Sicherungsleistung ins Guinness-Buch für Rekorde eingehen: 100 Millionen Euro.

Wienand hingegen, der das Müllkartell zusammengebracht haben soll, musste nichts zahlen. Der 75-Jährige kam auf Grund seiner schwierigen Familiensituation auf freien Fuß. Wienands Frau ist pflegebedürftig. Und auch der Sohn leidet offenbar unter einer schweren Krankheit. (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 13.09.2002

Lüttgen muss Parteibuch abgeben

Der erste Parteiausschluss im Spendenskandal hat ein gerichtliches Nachspiel.

VON ANDREAS DAMM

Der frühere SPD-Ratsherr Heinz Lüttgen (59) soll aus seiner Partei ausgeschlossen werden. Diese Entscheidung der Schiedskommission hat eine Sprecherin der Landes-SPD dem "Kölnischer Stadt-Anzeiger" gestern bestätigt. Damit hat die Kommission im Zusammenhang mit der Spendenaffäre der Kölner SPD zum ersten Mal die Höchststrafe Parteiausschluss verhängt.

Lüttgen will das Urteil nicht hinnehmen. Sein Anwalt Bernd Schäfer III kündigte an, Berufung bei der Schiedskommission der Bundes-SPD einzulegen. Sollte diese den Spruch bestätigen, werde sein Mandant vor Gericht klagen. In dem Fall würde der Umgang der SPD mit ihrer Spendenaffäre vor dem Landgericht Düsseldorf verhandelt.

Lüttgen galt als einer der einflussreichsten Kommunalpolitiker Kölns. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe hat er sein Ratsmandat im April niedergelegt. Für die Landes-SPD ist erwiesen, dass der frühere Fraktionsvize über Jahre hinweg gefälschte Spendenquittungen angenommen hat. Zwar weist die Schiedskommission in ihrer umfangreichen Urteilsbegründung laut Schäfer darauf hin, dass Lüttgen nichts gewusst habe von dem illegalen Spendensystem; von der verbotenen Stückelung von Großspenden also, mit der Ex-Schatzmeister Manfred Biciste und der frühere Fraktionschef Norbert Rütter mehrere 100 000 Euro in die Parteikassen geschleust hatten. Indes habe Lüttgen es versäumt, die Spendenbescheinigungen zu prüfen. Damit habe er seiner Partei vorsätzlich geschadet.

Aus einem solchen Versäumnis "einen Schuldvorwurf zu konstruieren, ist absurd", findet Schäfer. Lüttgen selber hatte sich vor dem Parteigericht nicht geäußert, da sein Rechtsbeistand zu den Terminen nicht zugelassen war. Die Begründung: Schäfer sei nicht Mitglied der SPD - was den Statuten zufolge Voraussetzung gewesen wäre.

www.ksta.de/spendenskandal

Ex-SPD-Ratsherr Heinz Lüttgen

Ex-SPD-Ratsherr Heinz Lüttgen

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 24.09.2002

Christa Becker gibt Amt ab

SPD-Politikerin ist enttäuscht über Behandlung durch den Landesverband.

Christa Becker, Vorsitzende der SPD-Stadtbezirkskonferenz Porz-Poll, wird ihr Amt Anfang Oktober niederlegen. Als Grund nennt sie ihre Behandlung durch den SPD-Landesverband in der Spenden-Affäre. Die Kommunalpolitikerin, die ihr Ratsmandat nicht aufgibt, hatte nach eigenen Angaben 1998 und 1999 fingierte Spendenquittungen in Höhe von umgerechnet 2000 Euro entgegengenommen und beim Finanzamt geltend gemacht. Die Steuerschuld hat sie inzwischen beglichen. Doch ein bitterer Nachgeschmack ist geblieben: "Es ist für mich eine tiefe Enttäuschung, wie der Landesverband mit mir umgegangen ist", sagte Becker. Auch die Tatsache, dass sie mit einer Rüge belegt wurde, prominente SPD-Politiker wie Ex-OB Norbert Burger mit weitaus größerem "Spendenaufkommen" ohne jede Ahndung ihrer Vergehen davongekommen seien, hat zu ihrer Verbitterung beigetragen. An einen Parte Austritt denkt sie allerdings nicht. (sh)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 01.10.2002

Uhlenbruch vor Parteiausschluss

Schiedskommission tagte - Neue Ungereimtheiten bei der "Biciste-Liste"

Ein SPD-Mitglied hat Probleme, 10 000 DM aus den Großspenden loszuwerden, die Ex-Fraktionschef Norbert Rüter kassiert hatte.

VON PETER BERGER

In der SPD-Parteispendenaffäre gibt es auch nach Monaten immer wieder neue Überraschungen. Nach Angaben von Helmut Neumann, der die Bundes-SPD in den Zivilverfahren gegen Ex-Fraktionschef Norbert Rüter und Ex-Schatzmeister Manfred Biciste vertritt, hat sich ein SPD-Mitglied über seinen Rechtsanwalt mit ihm in Verbindung gesetzt. Der Genosse will von Norbert Rüter noch vor dessen Rücktritt im Frühjahr 2002 einen Betrag von 10 000 DM erhalten haben, verbunden mit der Bitte, die Summe als Spende der Partei zukommen zu lassen. Nach Aufwiegen der Affäre sitzt der Genosse jetzt auf dem Geld - und weiß nicht, wie er es loswerden soll. "Wir haben die Annahme natürlich verweigert, weil wir davon ausgehen müssen, dass es sich um Geld aus den von Norbert Rüter angenommenen Großspenden handelt. Und das steht der SPD nicht zu", sagte Neumann dem "Kölner Stadt-Anzeiger".

In Vorbereitung der Schadenersatzklagen gegen Rüter und Biciste werden zurzeit die Beträge verglichen, die durch die 42 Spender auf der Biciste-Liste und die Revision der Bundes-SPD in der Kölner Parteizentrale ermittelt werden konnten. Dabei haben sich "einige kleine Ungereimtheiten ergeben", so Neumann. So habe sich in einem Fall herausgestellt, dass es sich bei einer Summe von 2000 Mark, die auf der Biciste-Liste auftaucht, tatsächlich um eine legale Parteispende gehandelt habe. Der Zivilprozess gegen Rüter und Biciste beginnt am 30. Oktober.

Kölns ehemaliger SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch, der am 22. März 2002 öffentlich eingeräumt hatte, von 1994 bis 1999 von Manfred Biciste acht Spendenquittungen in der Größenordnung von insgesamt 25 000 DM erhalten zu haben, muss mit einem Parteiausschluss rechnen. Das Verfahren vor der Schiedskommission II fand am vergangenen Mittwoch statt. Ein Ergebnis wird nicht vor nächster Woche erwartet.

In der Bewältigung der SPD-Spendenaffäre stehen noch zwei Verfahren aus. Drei Fälle, der des Ex-Fraktionsvizes Heinz Lüttgen, des Ratsmitglieds Karl-Heinz Schmalzgrüber und des ehemaligen Mitglieds des Parteivorstands, Anita Cromme, kommen vor die Bundesschiedskommission. Sie haben Berufung gegen die Urteile eingelegt. Das Verfahren gegen Lüttgen wird zudem ordentliche Gerichte beschäftigen. Als langjähriges SPD-Ratsmitglied hatte er von "öffentlicher Vorverurteilung" gesprochen, gegen die er sich wehren werde.

www.ksta.de/spendenskandal

Ex-SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch

E SPD P t i h f K t Uhl b h

Ex-SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 08.10.2002

KÖLNER ANSICHTEN

Vorwärts

Der Skandal hat die Republik und die SPD gleichermaßen erschüttert. Norbert Rütters System der "Dankeschön-Spenden" und die seltsamen Quittungsmethoden seines Schatzmeisters Manfred Biciste, im Hauptberuf Mathematiklehrer, haben ein paar Genossen Kopf und Karriere gekostet. Unter anderem dem Bundestagskandidaten Werner Jung, der über zwei Biciste-Belege stolperte, seinen Wahlkreis abgeben musste und den Genossen frustriert sein Parteibuch vor die Füße knallte.

Vorwärts - und alles vergessen? Offenbar schon, denn in der Oktober-Ausgabe der Parteizeitung präsentiert die nordrhein-westfälische SPD voller Stolz ihre Bundestagsabgeordneten. Und wer taucht da auf, als direkt gewählter Volksvertreter des Wahlkreises Köln III, der in Berlin die Stadtteile Chorweiler, Nippes und Ehrenfeld vertreten soll? Werner Jung. Irgendwie symptomatisch für eine Landes-SPD, die immer von "schonungsloser Aufklärung" sprach, die Kölner Genossen, die sie dabei tatkräftig unterstützen wollten, im Regen stehen ließ. Werner Jung im Bundestag? Da würde es den Düsseldorfer Obersozis wahrscheinlich auch nicht auffallen, wenn Norbert Rüter langsam seine Rückkehr in Landtag und Stadtrat vorbereitet. Und was ist mit Klaus Heugel, ist der nicht schon genug gestraft?

Vorwärts, Genossen, wir müssen zurück!

PETER BERGER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.10.2002

Ruschmeier als Zeuge vernommen

Nach der Müllaffäre will die Polizei ein Kommissariat gegen die Korruption einrichten.

Im Korruptionsskandal um den Niehler Müllöfen ist der ehemalige Oberstadtdirektor Lothar Ruschmeier (SPD) als Zeuge vernommen worden. Ruschmeier galt als wichtiger Befürworter des Projekts. "Die Vernehmung verlief in freundlicher Atmosphäre", sagte Ruschmeiers Anwalt Helmut Neumann gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Sein Mandant habe betont, dass er von der Schmiergeldvereinbarung des damaligen Geschäftsführers der kommunalen Müllofengesellschaft AVG, Ulrich Eisermann, mit der Vorstandsspitze des Anlagenbauers Steinmüller nichts gewusst habe. Mehr als elf Millionen Euro sollen aus der Firmenkasse an Eisermann und vier weitere Beschuldigte für Auftragsmanipulationen geflossen sein. Ruschmeier, der Vorsitzender des AVG-Aufsichtsrats war, empfinde dies persönlich als eine bittere Niederlage, sagte Neumann. Ruschmeier bestritt ferner engere Kontakte zu dem SPD-Politiker Karl Wienand, der ebenfalls Schmiergelder erhalten haben soll.

Vor dem Hintergrund der Müllaffäre denkt die Kölner Polizei über ein spezielles Kommissariat gegen die Korruption nach. Nach Informationen dieser Zeitung hat sich Polizeipräsident Klaus Steffenhagen mit OB Fritz Schramma bereits über eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt verständigt. Gedacht wird an eine gemeinsame Ermittlungsgruppe. Noch befinde man sich aber in der Planungsphase, der Personalrat sei noch nicht befragt worden, sagte Polizeisprecher Werner Schmidt. Kölns Leitender Oberstaatsanwalt Jürgen Kapischke, der bereits über eine Spezialabteilung Korruption verfügt, hält ein Pendant bei der Polizei für überfällig. "Ich habe keine Bedenken, dass man an Arbeitsmangel leiden würde." (xl)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.10.2002

493 000 Euro Schadenersatz

In den Zivilverfahren gegen den in den SPD-Spendenskandal verwickelten Ex-Fraktionsvorsitzenden der SPD, Norbert Rüter, und den ehemaligen Schatzmeister Manfred Biciste will die Bundes-SPD Schadenersatz-Forderungen von knapp 493 000 Euro durchsetzen. Beide Prozesse beginnen mit mündlichen Verhandlungen am 30. Oktober vor dem Kölner Landgericht. (pb/dpa)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 16.10.2002

Druck der Landespartei

Ex-SPD-Chef bleibt von Parteiausschluss verschont

NRW-SPD gibt sich mit dem Urteil gegen Kurt Uhlenbruch nicht zufrieden.

VON PETER BERGER

Kurt Uhlenbruch, langjähriger Vorsitzender der Kölner SPD, wird nach der Entscheidung einer parteiinternen Schiedskommission trotz seiner Verstrickung in die SPD-Spendenaffäre nicht aus der Partei ausgeschlossen. Ein Sprecher der nordrhein-westfälischen SPD sagte gestern, die Kommission habe entschieden, dass seine Mitgliedsrechte bis Ende 2003 ruhen und er bis Ende 2004 kein Amt in der SPD ausüben darf. Damit blieb die Kommission hinter dem Antrag der NRW-SPD, die den Ausschluss Uhlenbruchs beantragt hatte. Sie will gegen das Urteil Revision bei der Bundesschiedskommission einlegen.

Uhlenbruch hatte am 22. März eingeräumt, von 1994 bis 1999 vom damaligen Schatzmeister Manfred Biciste acht fingierte Spendenquittungen im Gesamtwert von 25 000 DM (12 700 Euro) erhalten zu haben. Er habe als ehrenamtlicher Vorsitzender der Kölner SPD erhebliche Auslagen gehabt, für die er stets habe privat aufkommen müssen. Nachweisbar habe sich für die Jahre 1994 bis 1999 eine sechsstellige Summe ergeben. Dazu habe er rund 56 000 DM (28 800 Euro) an Beiträgen und Spenden überwiesen, so dass der finanzielle Vorteil, der sich aus den zusätzlichen Quittungen ergeben habe, sich auf 1600 DM (800 Euro) pro Jahr belaufen habe.

Die Schiedskommission stellte in ihrem Urteil fest, dass der ehemalige Parteivorsitzende, der die Kölner SPD 14 Jahre lang geführt hatte, weder vom illegalen Stückelungssystem Bicistes noch vom System der "Dankeschön-Spenden" des Ex-Fraktionschefs Norbert Rüter etwas gewusst habe.

"Ich bin froh, dass die Kommission festgestellt hat, dass er weder selbst aktiv an der Spendenstückelung beteiligt war noch davon gewusst hat", sagte gestern die stellvertretende Parteivorsitzende der Kölner SPD, Anke Brunn. Bei 27 parteiinternen Verfahren, von denen die meisten inzwischen abgeschlossen sind, ist es bisher nur zu einem Parteiausschluss gekommen.

Er betrifft den ehemaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Heinz Lüttgen, der zivilrechtlich gegen das Schiedsverfahren vorgeht.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 22.10.2002

Hinweise auf Vorteile für Steinmüller

Gutachten zur Müllverbrennungsanlage

Der Aufsichtsrat der AVG wird sich am 7. November mit einer Untersuchung befassen, die die Auftragsvergabe für den Bau des Müllofens in Niehl bemängelt.

VON PETER BERGER

Es ist 500 Seiten stark, alle Exemplare sind mit Wasserzeichen versehen und durchnummeriert. So soll verhindert werden, dass es in unbefugte Hände gerät. Doch brisante Ergebnisse, die über die bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hinausgehen, enthält das Gutachten zum Bau der Müllverbrennungsanlage, das die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) in Auftrag gegeben hatte, offenbar nicht. Wohl aber haben die Prüfer der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KWU weitere Anhaltspunkte dafür gefunden, dass der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller bei der Auftragsvergabe gegenüber den Konkurrenten bevorzugt worden war. Genau das hatte ein Ingenieur der Schweizer Firma Ecoling, die mit der Überwachung der Bauausführung beauftragt war, bereits am 12. März in einem Gespräch mit dem "Kölner Stadt-Anzeiger" bestätigt. "Als wir erfuhren, dass Steinmüller den Zuschlag bekam, traf uns das wie ein Schock", sagte der Ingenieur damals. Eine Aussage, die von der AVG zu diesem Zeitpunkt vehement bestritten wurde. Das KWU-Gutachten scheint dem Ecoling-Ingenieur jetzt Recht zu geben. Danach soll die Deutsche Babcock noch vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung am 21. Dezember 1993 eindeutig der beste Anbieter mit dem größten Auftragsvolumen gewesen sein. Es belegt auch die zweite Aussage des Ecoling-Ingenieurs, wonach Steinmüller auch bei der Vergabe der Einzelaufträge bevorzugt wurde. Dass die Baulose "Bauteile" und "Technische Gebäudeausrüstung" erst nach dem Ende der Gebotsfrist und Eingang aller Bewerbungen zu einem Los zusammengefasst wurden, hatte der Schweizer schon im März mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Diese Entscheidung soll aber allein von dem damaligen AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann getroffen worden sein. Steinmüller erhielt so ein wesentlich größeres Stück vom Auftragskuchen, als es ihr zugestanden hätte. Bisher hatte die AVG-Geschäftsleitung immer betont, die Vergabe sei allein unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit und der fachlichen Kompetenz erfolgt. Die Gutachter sehen zumindest Hinweise, dass dies nicht an allen Stellen der Fall gewesen ist.

Eine offizielle Stellungnahme des AVG-Aufsichtsrats zum MVA-Gutachten wird noch ein paar Tage auf sich warten lassen. Das Gremium wird sich erst in seiner Sitzung am 7. November mit dem Thema befassen und dort auch die Gutachter persönlich anhören. "Vorab dürfen wir uns nicht zu den Vorgängen äußern", sagte der AVG-Aufsichtsratschef, CDU-Ratspolitiker Johannes-Werner Hamm, gestern. Es stehe aber zweifelsfrei fest, dass dem Aufsichtsrat bei den damaligen Vergabeentscheidungen kein Fehlverhalten nachzuweisen sei.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 22.10.2002

KOMMENTAR / MVA-SKANDAL

Machtlos

Noch liegt das Wirtschaftsgutachten, das die AVG zum Bau der knapp 500 Millionen Euro teuren Müllverbrennungsanlage in Auftrag gegeben hat, offiziell nicht vor. Doch schon die ersten Ergebnisse, die jetzt durchgesickert sind, werfen die Frage nach den Kontrollmöglichkeiten des Aufsichtsrats auf. Man könne ihm kein Fehlverhalten nachweisen, dennoch gebe es klare Hinweise, dass es bei der Auftragsvergabe zur Bevorzugung des Anlagenbauers Steinmüller gekommen sei. War der Aufsichtsrat machtlos? Offenbar hat AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann allein Entscheidungen zu Gunsten von Steinmüller treffen können, die hernach nicht mehr kontrolliert wurden. Wenn dem so ist, waren all die Beteuerungen der AVG-Geschäftsführung, die davon sprach, bei allen Verfahrensschritten Wert auf höchste Transparenz gelegt zu haben, nichts als Sprechblasen. Das Gegenteil war anscheinend der Fall. Die Wirtschaftsprüfer sprechen jetzt von intransparenten Informationen. Bleibt die Frage, wer die zu verantworten hat.

PETER BERGER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 24.10.2002

Justiz will Rüter und Biciste sehen

Die genaue Höhe des Schadenersatzes, den die Bundes-SPD verlangt, wird noch ermittelt.

VON PETER BERGER

Ein derartiges Verfahren hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Vor der 20. Zivilkammer des Landgerichts beginnt am nächsten Mittwoch (30. Oktober) der Schadenersatzprozess der Bundes-SPD gegen die früheren Kommunalpolitiker Norbert Rüter und Manfred Biciste. Die Partei verlangt von ihnen zunächst die Rückzahlung von 492 997,85 Euro plus fünf Prozent Zinsen. Das ist der doppelte Betrag jener Summe, die Ex-Fraktionschef

Rüther an illegalen Großspenden eingefordert und über Ex-Schatzmeister Biciste in die Parteikasse eingeschleust haben soll. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hatte diese Summe als Strafzahlung verhängt. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" von der Bundesschatzmeisterei der SPD erfuhr, wird sich die Schadenersatzforderung gegen Manfred Biciste noch geringfügig erhöhen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Secura, die die in den Rechnungskreislauf des Unterbezirks Köln eingeschleusten Gelder ermittelt, hat ihre Arbeit noch nicht vollständig abgeschlossen. Die beiden Beklagten müssen beim Zivilprozess persönlich erscheinen, dürfen sich nicht, wie sonst in solchen Verfahren durchaus üblich, durch ihre Anwälte vertreten lassen.

In den parteiinternen Schiedsverfahren gegen SPD-Mitglieder, die fingierte Spendenquittungen angenommen hatten, wartet der SPD-Unterbezirk Köln auf das Urteil gegen Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber. Er war von der Landesschiedskommission mit einem befristeten Funktionsverbot belegt worden. Dagegen hatte die Bundes-SPD Berufung bei der Bundesschiedskommission eingelegt. Nach ihrer Auffassung sollte Schmalzgrüber aus der Partei ausgeschlossen werden. Das Verfahren habe im September stattgefunden, das Urteil liege noch nicht vor. Das Berufungsverfahren gegen Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch, der ausgeschlossen werden soll, ist noch nicht terminiert.

Norbert Rüther BILD: DPA

Manfred Biciste BILD: STEF

Norbert Rüther BILD: DPA / Manfred

Biciste BILD: STEF

Norbert Rüther BILD: DPA / Manfred

Biciste BILD: STEF

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 30.10.2002

TAGESTHEMA / Der Kölner Spendenskandal: Rüther und TAGESTHEMA / Der Kölner Spendenskandal: Rüther und Biciste treffen sich erstmals vor Gericht SPD will sich schadlos halten

Parteispenden-Experten sind skeptisch, ob sich der Schadensersatzanspruch der Bundes-SPD gegen Norbert Rüther und Manfred Biciste durchsetzen lässt.

VON PETER BERGER

Besonders vertraut waren sie noch nie. Hier der einst so mächtige Norbert Rüther, Ex-Chef der SPD-Ratsfraktion und Ex-Landtagsabgeordneter, dessen politische Karriere in den Fußstapfen seines Ziehvaters Klaus Heugel vorgezeichnet schien. Der Weg zum Oberbürgermeister-Kandidaten bei der Kommunalwahl 2004 schien längst geebnet. Rüther als Heugel-Erbe. - Dort der ehemalige Schatzmeister Manfred Biciste vom linken Flügel der Kölner Genossen, dessen politische Biografie die eines Gescheiterten ist: Zweimal verlor er den Machtkampf gegen Rüther beim Kampf um den Vorsitz der SPD-Fraktion und scheiterte bei seiner Landtagskandidatur gegen Anke Brunn.

Rüther und Biciste: Am heutigen Mittwoch wird es ihren ersten gemeinsamen Auftritt seit dem Auffliegen des SPD-Spendenskandals im März geben. Beide müssen persönlich vor der 20. Zivilkammer des Kölner Landgerichts erscheinen. In dem Zivilverfahren verlangt die Bundes-SPD von ihnen Schadensersatz in Höhe von rund 493 000 Euro, vorbehaltlich weiterer Forderungen. Das ist der doppelte Betrag jener illegalen Großspenden, die Norbert Rüther im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage eingesammelt und die Manfred Biciste durch Stückelung erst in die Parteikasse eingeschleust und dann dafür SPD-Mitgliedern Spendenquittungen ausgestellt hatte. Die Bundes-SPD geht davon aus, dass sie zumindest diese Summe wegen rechtswidrig angenommener Spenden an das Präsidium des Deutschen Bundestags abführen muss. Genau das bezweifelt der Hamburger Parteispendenexperte Professor Wilhelm Strobel. Ihn erinnert das von der Bundes-SPD angestrebte Zivilverfahren fatal an die Diskussion um den ehemaligen FDP-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann und dessen Flugblatt-Großspende: "Der Bundes-SPD geht es vor allem darum, sich einen Persilschein ausstellen zu lassen."

Norbert Rüther habe nach eigenen Angaben bei der Staatsanwaltschaft insgesamt rund 429 000 Euro an illegalen Großspenden kassiert, Manfred Biciste aber nur rund 246 500 Euro gestückelt und in die Partei eingeschleust. Der Verbleib der restlichen Summe sei bis heute ungeklärt. Die Strategie der Biciste-Anwälte sei klar: Ihr Mandant habe von der Herkunft und der Größenordnung der Großspenden nichts gewusst, könne also auch keine Angaben darüber machen. Rüther habe ihn in dem Glauben gelassen, bei den Geldern handele es sich um anonyme Spenden von Privatpersonen, die nicht in Erscheinung treten wollten. Biciste könne gar keine Aussagen über die Großspenden machen. Wenn die Bundes-SPD Schadensersatz verlange, müsse sie sich schon an Rüther halten.

Sollte sich das Landgericht dieser Argumentation anschließen, bliebe das, so Strobel, nicht ohne Folgen: Dann

seien die Rechenschaftsberichte der Bundespartei der Jahre 1994 bis 1999 ordnungsgemäß erstellt worden, da sie von den Vorgängen in Köln keinerlei Kenntnis hatte - und das unverschuldet. Strobel: "Das könnte darauf hinauslaufen, dass die SPD im Höchstfall die eingeschleusten 246 500 Euro an das Präsidium des Deutschen Bundestags zurückzahlen muss, aber ansonsten keine Strafe zu erwarten hätte." Darüber hinaus sei es ihr unbenommen, gegen Norbert Rüter wegen Untreue vorzugehen.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat bereits angekündigt, eine Entscheidung über mögliche Rückforderungen erst nach Abschluss der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Rüter zu fällen. Der einst so mächtige Kölner Genosse gilt als Verbindungsglied zum Korruptionsskandal um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage, bei deren Bau in den 90er Jahren mehr als elf Millionen Euro Schmiergelder geflossen sein sollen. Rüter, der nach Aussagen des ehemaligen Geschäftsführers der Abfallverwertungs- und -entsorgungsgesellschaft (AVG) Köln, Ulrich Eisermann, selbst eine Million Euro Schmiergeld kassiert haben soll, droht nach dem Zivilverfahren auch ein Strafprozess.

www.ksta.de/spendenskandal

Ein Bild aus alten Zeiten: Im September 1999 stellten sie sich als neue SPD-Fraktionsspitze in Köln vor: Manfred Biciste, Dörte Gerstenberg, Norbert Rüter und Heinz Lüttgen (v. l.). (BILD: RAKOCZY)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 30.10.2002

TAGESTHEMA / Der Kölner Spendenskandal: Rüter und Biciste treffen sich erstmals vor Gericht

Die Chronologie der Kölner Spendenaffäre

Februar: Kripo und Staatsanwaltschaft Köln durchsuchen die Trienekens-Unternehmenszentrale. Der SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß soll als Geschäftsführer einer Trienekens-Tochter im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner MVA Steuern hinterzogen haben. AVG-Geschäftsführer Ulrich Eisermann und Steinmüller-Manager Sigfried Michelfelder werden verhaftet.

März: Kölns SPD-Fraktionschef Norbert Rüter gibt zu, illegale Großspenden angenommen zu haben und tritt zurück (4. März).

Schatzmeister Manfred Biciste gesteht, die Spenden gestückelt zu haben. Er übergibt seinem Anwalt die Liste der Scheinspender, die so genannte Biciste-Liste, mit 42 Namen (5. März). Bei einem Manager der Firma Steinmüller beschlagnahmen die Fahnder sieben Millionen Euro, die als Bestechungsgelder beim Bau der MVA Köln geflossen sein sollen (7. März). Die SPD richtet eine Untersuchungskommission unter Leitung von Jürgen Schmude ein (12. März). Bei einem Verhör vor der Staatsanwaltschaft gesteht Rüter, Spenden von insgesamt 830 000 Mark erhalten zu haben (13. März). Nach und nach gestehen SPD-Politiker die Annahme von fingierten Spendenquittungen. Auch Ex-SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch hat fingierte Quittungen erhalten (23. März).

April: Die Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen gegen 38 SPD-Mitglieder ein. Die Kölner SPD wartet vergeblich auf die Biciste-Liste. Der Ex-Schatzmeister sagt vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss aus. Rüter schweigt.

Mai: Im ersten Schiedsverfahren wird Bundestagskandidat Werner Jung das passive Wahlrecht für zwei Jahre entzogen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse verhängt eine Strafe von 493 000 Euro gegen die SPD.

Juni: Rüter, der Viersener Müllunternehmer Trienekens und der SPD-Bundespolitiker Wienand wandern in U-Haft. Ex-AVG-Chef Eisermann wird aus der U-Haft entlassen.

Juli: Trienekens wird gegen 100 Millionen Euro Kautions auf freien Fuß gesetzt. Auch Steinmüller-Manager Michelfelder kommt frei.

August: Rüter wirft Ex-AVG-Geschäftsführer Eisermann Verleumdung vor. Der hatte ausgesagt, Rüter eine Million Euro in zwei Etappen (1994 und 98) übergeben zu haben.

August: Nach drei Monaten U-Haft kommt Rüter gegen Hinterlegung einer Kautions von 200 000 Euro frei. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

BL 30.10.2002

TAGESTHEMA / Der Kölner Spendenskandal: Rüter und Biciste treffen sich erstmals vor Gericht

Urteile über Genossen fielen extrem unterschiedlich aus

Bei der Aufarbeitung des Spendenskandals blieb die angekündigte "größtmögliche Offenheit" auf der Strecke.

VON PETER BERGER

Wenn der Historiker Werner Jung am Morgen sein Büro im NS-Dokumentationszentrum betritt, tut er das seit der Bundestagswahl am 22. September mit der Gewissheit, dass er eigentlich für die Kölner SPD als Abgeordneter im Deutschen Bundestag sitzen müsste. Es ginge sicher zu weit, das langjährige SPD-Mitglied als Opfer des Parteispendenskandals zu bezeichnen. Doch der Fall Werner Jung macht deutlich, dass es der NRW-SPD nicht gelungen ist, die Affäre, wie ihr Vorsitzender Harald Schartau und ihr Generalsekretär Michael Groschek es angekündigt hatten, "transparent" und für jeden nachvollziehbar aufzuklären und personelle Konsequenzen zu ziehen.

Werner Jung stolperte über zwei fingierte Spendenquittungen in einer Größenordnung von 5000 DM, wurde mit der Aberkennung des passiven Wahlrechts für zwei Jahre bestraft und musste seine Bundestagskandidatur aufgeben. Quittungen in der Größenordnung von 8000 DM wurden beim SPD-Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann mit einer Rüge geahndet, das Verfahren gegen seine Kollegin Annelie Kever-Henseler (3000 DM) eingestellt.

Ungereimtheiten tauchen auch bei den Schiedsverfahren gegen den ehemaligen SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch, den ehemaligen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Heinz Lüttgen und das Ratsmitglied Karl-Heinz Schmalzgrüber auf: Alle drei haben über Jahre mehrfach Spendenquittungen in der Größenordnung von mehr als 25 000 Mark angenommen. Die Urteile fielen extrem unterschiedlich aus: Parteiausschluss gegen Heinz Lüttgen, übrigens der einzige in allen 27 Verfahren, Funktionsverbote für Kurt Uhlenbruch bis Ende 2004 und für Schmalzgrüber bis Ende 2003.

Werner Jung ist bis heute davon überzeugt, die SPD habe das Risiko gescheut, mit einem in die Affäre verwickelten Kandidaten ins Rennen zu gehen, und habe deshalb sein Verfahren beschleunigt und Druck auf die Schiedskommission ausgeübt. Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen - jetzt, da bis auf wenige noch ausstehende Urteile alle Verfahren abgeschlossen sind.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 31.10.2002

Rüther und Biciste gehen auf Distanz

Die Bundes-SPD lehnt zu Prozessbeginn einen Vergleichsvorschlag über den Schadensersatz ab

Im Gerichtsgebäude treffen sich die beklagten Ex-Genossen zum ersten Mal seit Bekanntwerden der Spendenaffäre wieder.

VON AXEL SPILCKER

Als er am Ausgang des Gerichtsgebäudes eine Journalistenfrage nach seinen Plänen und dem persönlichen Befinden beantworten soll, hält Norbert Rüther inne. Sekundenlang blickt der Ex-Chef der Kölner SPD-Fraktion im Rat schweigend durch das Glas der Drehtür nach draußen. Er wirkt seltsam abwesend. So als fechte er innerlich einen Kampf mit sich aus. Oben, auf dem Flur des ersten Stockwerks, war der ehemals so leutselige Politiker nach dem kurzen Auftakt im Schadensersatzprozess der SPD-Spendenaffäre wortlos durch das Spalier der Fernsehkameras und Mikros geeilt. Und jetzt . . . "Wollen Sie sich nicht dazu äußern?" In Rüthers Miene kommt Bewegung, seine um etliche Pfunde erleichterte Figur strafft sich. Versonnen lächelnd sagt der gelernte Psychiater, es gehe ihm den Umständen entsprechend gut. Die politische Karriere sei ein für alle Mal beendet, dies habe er ja früher schon betont. Derzeit suche er sich einen Job in seinem alten Metier. "Ich will wieder arbeiten", betont der frühere Kölner Spitzengenosse.

Fragen zu seiner Rolle im Korruptionsskandal um den Bau der Niehler Müllverbrennungsanlage blockt er ab. Seine Anwälte haben ihn zum Schweigen angehalten. Der Strafprozess droht dem vorübergehend inhaftierten Ex-Politiker deshalb, weil er Schmiergelder von mehr als einer Million Euro angenommen haben soll. Rüther bestreitet dies.

Am Mittwochmorgen geht es aber erst einmal vor der 20. Zivilkammer des Landgerichts um die Schadensersatzforderungen der SPD gegen Rüther und den Ex-Schatzmeister Manfred Biciste. Die Bundespartei hatte beide auf Zahlung von rund 493 000 Euro verklagt. Diese Summe hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse als Strafe für die illegale Kölner Spendenpraxis festgesetzt. Die Strafe wird im kommenden Jahr fällig.

Rüther hatte nach eigenen Angaben von Firmen, die mit dem Bau des Müllofens befasst waren, sechsstellige "Danke-schön-Spenden" eingesammelt; Kassenwart Biciste hatte mehr als die Hälfte der Geldsumme in kleinere Beträge gestückelt und illegal in die Partei eingeschleust. Der Verbleib der restlichen Summe ist noch unklar. Ebenso fraglich ist, wer die Idee zur illegalen Spendenpraxis hatte. In seiner Vernehmung hatte Biciste die Schuld allein auf Rüther geschoben, dieser wiederum hatte von einem gemeinsam gefassten Entschluss gesprochen. Wobei Biciste behauptete, er habe nichts über die Herkunft der Spenden gewusst.

Wen wundert es da, dass die beiden Hauptakteure des SPD-Spendenskandals bei ihrem ersten gemeinsamen öffentlichen Auftritt acht Monate nach Bekanntwerden der Affäre im Gerichtssaal auf Distanz gehen. Als ein Fotograf Rüther vor Prozessbeginn zum Gruppenbild mit Anwälten und Biciste bittet, grummelt der Ex-Fraktionschef: "Wir sind hier doch nicht zum Gefallen der Presse." Auch Ex-Schatzmeister Biciste wehrt sich

tapfer lächelnd: "Das muss jetzt nicht sein."

Der erste Sitzungstag dauert nur 40 Minuten. Geduldig moderiert die Vorsitzende Richterin Elisabeth Marnett-Höderath die verbalen Scharmützel zwischen SPD-Anwalt Helmut Neumann und den Rechtsbeiständen der Beklagten. Mal geht es um verspätet zugestellte Schriftsätze, mal um zweifelhafte Zeugenladungen. Vergebens sucht die Richterin den zu erwartenden jahrelangen Rechtsstreit mit einem Vergleich abzukürzen. Der Vorschlag, dass beide Beklagte je ein Viertel der geforderten Schadenssumme an die SPD zahlen sollen, hält Rütthers Anwalt Franz Georg Ripps "für sehr vernünftig". Sein Mandant stehe zu seiner moralischen und politischen Verantwortung für die Affäre. Bicistes Anwälte Ludwig Koch und Reinhard Birkenstock wollen ebenfalls einlenken, einzig mit der "Wahnsinnssumme" haben sie Probleme. Als Oberstudienrat verdiene Biciste gerade mal 4200 Euro Brutto. SPD-Anwalt Neumann lehnt den Vorschlag ab. "Wir haben die Anweisung, hier keinen Vergleich abzuschließen."

Die Parteien stehen sich unversöhnlich gegenüber. Den Anwälten der beklagten Ex-Genossen bleibt nichts anderes übrig, als zu beantragen, die Schadensersatzklage abzuweisen. Richterin Marnett-Höderath vertagt den Prozess.

Der Saal leert sich. Als einer der Letzten kommt Manfred Biciste heraus. Ob er zufrieden sei mit dem Prozessauftakt, wird er gefragt. "Da müssen sie meinen Anwalt fragen. Von diesen rechtlichen Fragen verstehe

, g g g g

ich nichts", antwortet er verschmitzt lächelnd. Auch gegen Spendenstückler Biciste läuft ein Strafverfahren - also besser nicht den Mund verbrennen. Im Frühjahr wird die Verhandlung fortgesetzt.

www.ksta.de/spendenskandal

Prozessauftakt im Landgericht: Norbert Rütther ließ im Gerichtssaal seinem ehemaligen Parteifreund Manfred Biciste den Vortritt. In der Mitte steht Bicistes Anwalt Reinhard Birkenstock. BILD: STEFAN WORRING

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 09.11.2002

Aufsichtsrat kritisiert Manipulation und fehlende Information

Kontrollgremium der MVA sieht Unregelmäßigkeiten bei Vergabe

Im Zusammenhang mit dem Bau der Niehler Müllverbrennungsanlage informierte der Aufsichtsrat der kommunalen Betreibergesellschaft über Alleingänge des Ex-Geschäftsführers Ulrich Eisermann.

VON AXEL SPILCKER

Nach Durchsicht eines externen Gutachtens zum Bau der Niehler Müllverbrennungsanlage konstatierte der Aufsichtsrat der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG) in seiner Sitzung vom Donnerstag, dass es massive Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe gegeben habe. Tags darauf teilte das Gremium mit, dass man durch den damaligen Geschäftsführer Ulrich Eisermann, der Schmiergelder in Millionenhöhe erhalten haben soll, während der Ausschreibung des Milliardenprojekts und der Bauphase unvollständig unterrichtet worden sei. "Insbesondere wurde nicht korrekt über die Zusammenlegung von zwei Baulosen im Rahmen des Vergabeverfahrens informiert", heißt es in der Mitteilung.

Die Gutachter hatten die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bestätigt, wonach Eisermann es einzig durch Manipulationen der Ausschreibung bewerkstelligt haben soll, den Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller auf Platz eins der Wettbewerberliste für den Generalunternehmer zu setzen. Der AVG-Aufsichtsrat bemängelte, dass es über die wesentlichen Vertragsverhandlungen keine Aufzeichnungen oder Gesprächsprotokolle gebe.

Was der "Kölner Stadt-Anzeiger" bereits vorigen März berichtet hatte, bestätigte am Freitag nun der AVG-Aufsichtsrat: Nur durch die Manipulationen im Bereich der Baulose habe Steinmüller die Nase vorn gehabt.

"Ohne diese Maßgabe wäre ein anderes Unternehmen (Babcock - d. Red.) beauftragt worden." Die Mausechelen wertete das Kontrollorgan des Müllöfenbetreibers als mögliche "Gegenleistung" des ehemaligen Geschäftsführers Eisermann für erhaltene Schmiergelder. Insgesamt soll der damalige Steinmüller-Manager Sigfried Michelfelder für den Zuschlag an Eisermann, den Entsorgungsunternehmer Hellmut Trienekens, SPD Politiker K I W i d d h l i K ö l SPD F k t i h f i R t N b t R ü t h 11 4

SPD-Politiker Karl Wienand und den ehemaligen Kölner SPD-Fraktionschef im Rat, Norbert Rütther, 11,4 Millionen Euro bezahlt haben. Ob ein Schaden dadurch entstanden ist, dass die schließlich mit dem Bau befassten und nicht andere Unternehmen beauftragt wurden, sieht der Aufsichtsrat der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft nach wie vor nicht geklärt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 15.11.2002

Bundes-SPD wartet auf Hinweise des Zivilgerichts

Die Parteispitze hält an ihren Schadenersatzansprüchen gegen Rüter und Biciste fest.

VON PETER BERGER

Die Bundes-SPD wird ihr weiteres Vorgehen im Schadenersatz-Prozess gegen den ehemaligen Kölner Fraktionsvorsitzenden Norbert Rüter und den Ex-Schatzmeister Manfred Biciste von den juristischen Hinweisen abhängig machen, die die 20. Zivilkammer des Kölner Landgerichts zum Verfahren schriftlich abgeben wird. Dabei geht es auch um die Frage, ob die Bundespartei überhaupt klageberechtigt ist oder der SPD-Unterbezirk Köln die Zahlung des Schadenersatzes von rund 493 000 Euro einklagen muss. Diesen Betrag soll die Partei an das Bundestagspräsidium zahlen.

Grundsätzlich sei man im Gegensatz zum Biciste-Anwalt Reinhard Birkenstock der Überzeugung, dass die SPD "durchaus eine Anspruchsgrundlage gegen Rüter und Biciste hat", sagte Matthias Linnekugel, Büroleiter der SPD-Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier. Der Parteispendenexperte Prof. Wilhelm Strobel ist der Auffassung, die Bundespartei habe ihre Rechenschaftsberichte in Unkenntnis der Kölner Vorgänge korrekt erstellt und könne daher gar nicht sanktioniert werden.

"Die Frage, ob der Rechenschaftsbericht der Bundespartei richtig oder unrichtig ist, spielt für das Verfahren gar keine Rolle", entgegnet Linnekugel. Das Parteienfinanzierungsgesetz sehe Strafen bereits in dem Moment vor, wenn Spenden illegal angenommen und nicht veröffentlicht werden.

Ob die Bundes-SPD einem Vergleich zustimmen werde, sei völlig offen. Es habe sicherlich wenig Sinn, vor Gericht einen Titel gegen Rüter und Biciste zu erwirken, der wegen Zahlungsunfähigkeit dann nicht eingetrieben werden könne. Den Vergleichsvorschlag der Richterin, beide Beklagte sollten je ein Viertel der geforderten Schadenssumme an die SPD zahlen, habe man deshalb nicht annehmen können. Linnekugel: "Wir werden erst einmal die juristischen Hinweise der Kammer abwarten. Vor Jahresende rechnen wir nicht mit neuen Entwicklungen."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 16.11.2002

Urteil gegen Schmalzgrüber bleibt bestehen

Der in den Spendenskandal verwickelte SPD-Ratsherr bleibt von einem Parteiausschluss verschont.

Die NRW-SPD ist vor der Bundesschiedskommission mit der Berufung im Fall Karl-Heinz Schmalzgrüber gescheitert. Der 65-Jährige war wegen der Entgegennahme fingierter Spendenquittungen in der Größenordnung von rund 29 000 Mark (14 800 Euro) von der Landesschiedskommission mit einem Funktionsverbot bis Ende 2003 belegt worden und hatte nach Gesprächen mit SPD-Fraktionschef Martin Börschel auch alle Fraktionsämter niedergelegt. Außerdem wird er für die Kommunalwahl im September 2004 nicht mehr kandidieren. Die Landes-SPD wollte mit der Revision den Parteiausschluss Schmalzgrübers erreichen. Die Bundesschiedskommission habe gewürdigt, dass Schmalzgrüber sein Fehlverhalten öffentlich eingestanden und sich im Gegensatz zu anderen in die Spendenaffäre verstrickten SPD-Funktionsträgern der mündlichen Verhandlung gestellt habe, so sein Rechtsanwalt Lukas Pieplow: "Karl-Heinz Schmalzgrüber hat nicht gegen die Grundsätze der Partei verstoßen, sondern lediglich die Ordnung verletzt." Außerdem habe er von dem System der Einwerbung von "Dankeschön-Spenden" und der Stückelungspraxis nichts gewusst. Jetzt stehen nur das Berufungsverfahren gegen Ex-SPD-Parteichef Kurt Uhlenbruch und das Verfahren gegen Ex-Fraktionsvize Heinz Lüttgen aus. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 14.12.2002

Heinz Lüttgen kehrt SPD den Rücken *Bundesschiedskommission tagte am 6. Dezember - Ein Urteil ist jetzt hinfällig*

In den SPD-Spendenverfahren steht nur noch das Berufungsverfahren gegen den früheren Kölner Parteivorsitzenden Kurt Uhlenbruch aus.

VON PETER BERGER

Die persönliche Erklärung, die der Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordnete Peter Danckert per Fax zustellen ließ, besteht aus wenigen dürren Sätzen. "Meine Zweifel an einem rechtsstaatlichen Verfahren haben sich nach dem Termin bei der Bundesschiedskommission in Berlin bestätigt", schreibt der langjährige Fraktionsvize der Kölner SPD, Heinz Lüttgen: "Ich bin daher nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen, meine Bemühungen, Mitglied der SPD zu bleiben, sofort einzustellen." Weitere Erklärungen, so Lüttgen, werde es "jetzt und in der Zukunft nicht mehr geben".

Damit ist die Spendenaffäre beendet, bevor die Bundesschiedskommission ihr Urteil über die Berufung, die Lüttgen gegen den von der Schiedskommission der NRW-SPD ausgesprochenen Parteiausschluss eingelegt hatte, verkündet hat. Es war die härteste Sanktion, die eine der drei Landeskommissionen in den 27 Verfahren ergriffen hatte.

Der 60-Jährige soll über mehrere Jahre fingierte Spendenquittungen über insgesamt 20 000 DM von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste angenommen haben.

Lüttgen galt als einer der einflussreichsten Kommunalpolitiker Kölns. Sein Ratsmandat hatte er nach Bekanntwerden der Vorwürfe im April niedergelegt. Die Landesschiedskommission hatte bei ihrem Urteil anerkannt, dass der ehemalige Fraktionsvize vom illegalen Spendensystem nicht gewusst hatte. Er habe es aber versäumt, die Spendenbescheinigungen zu prüfen und damit seiner Partei vorsätzlich geschadet. Lüttgen selbst hatte sich vor dem Parteigericht nicht geäußert, weil sein Rechtsbeistand zu den Terminen nicht zugelassen war.

Jetzt steht noch das Urteil im Berufungsverfahren gegen Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch aus. Der Landesverband der nordrhein-westfälischen SPD will den Parteiausschluss erreichen. Die Schiedskommission dagegen hatte eine mildere Strafe ausgesprochen.

Heinz Lüttgen

BILD: STEF

Heinz Lüttgen BILD: STEF

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.01.2003

KOMMENTAR / ERMITTLUNGEN

Spendensumpf

Die Staatsanwaltschaft hat den Anfang vom Ende in der SPD-Spendenaffäre eingeläutet: Das erste Strafverfahren wird gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt, weitere werden folgen. Wer nun der Kölner Justiz einen laschen Umgang mit Spendensündern attestiert, hat Volkes Stimme auf seiner Seite. Den Kern trifft der Vorwurf nicht. Zu verschieden ist die Schuld der Quittungsempfänger. Politiker wie der ehemalige Bundestagskandidat Werner Jung, der nur zwei Belege angenommen hat, sind sicherlich nicht auf die gleiche Stufe zu stellen wie die angeblichen Großempfänger, die Ratspolitiker Heinz Lüttgen und Karl-Heinz Schmalzgrüber. Insgesamt sind es allerdings keine Beträge, bei denen auch normale Steuersünder hohe Strafen zu erwarten hätten.

Auch der Nachweis des Betrugs oder der Untreue ist so einfach nicht. Zumal offenbar alle Beschuldigten nicht um die Illegalität ihres Handelns gewusst haben wollen. Bei Juristen wie Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch oder Strafrichter Michael Allmer fällt es schwer, dies zu glauben. Doch es ist an der Staatsanwaltschaft, den Verdächtigen das Gegenteil nachzuweisen. Ein schwieriges Unterfangen - und ein langwieriges dazu. Man darf gespannt sein, wie es weitergeht.

AXEL SPILCKER

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.01.2003

Kein Strafverfahren gegen Carstensen

Ehemaliger SPD-Unterbezirksgeschäftsführer muss Geldbuße von 15 000 Euro zahlen

Das erste Ermittlungsverfahren in der SPD-Spendenaffäre wurde eingestellt.

VON AXEL SPILCKER

Der ehemalige SPD-Genosse gibt sich wortkarg: "Fragen Sie meinen Anwalt, der kann Ihnen etwas dazu sagen."

Der ehemalige SPD-Unterbezirksgeschäftsführer Arno Carstensen spricht nicht gern über seine Verwicklung in die Kölner SPD-Parteispendenaffäre. Dabei hat er Grund zum Jubeln. Die Staatsanwaltschaft bestätigte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", dass man das Ermittlungsverfahren gegen Carstensen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung sowie der Beihilfe zur Untreue und Betrugs zum Nachteil der SPD eingestellt hat. Der ehemalige Kölner Genosse soll im Gegenzug eine Geldbuße in Höhe von 15 000 Euro bezahlen.

Damit ist das erste von 40 Strafverfahren in der Kölner Spendenaffäre beendet. Seit Beginn der 90er Jahre hatte

der ehemalige SPD-Geschäftsführer und spätere Fraktionsvorsitzende Norbert Rütger 424 000 Euro an Dankeschön-Spenden über seinen Schatzmeister Manfred Biciste gestückelt und illegal in die Parteikasse geschleust. Verschleiert wurde das System durch fingierte Spendenquittungen. Auf der Empfängerliste stand die gesamte Kölner Parteiprominenz: der ehemalige Parteivorsitzende Kurt Uhlenbruch, Ex-Oberbürgermeister Norbert Burger, die Landtagsabgeordneten Marc Jan Eumann und Annelie Kever-Henseler sowie die Ratsherren Michael Allmer, Karl-Heinz Schmalzgrüber und der Fraktionsvize Heinz Lüttgen. Viele von ihnen kamen im parteiinternen Schiedsverfahren mit einer Rüge davon. Andere traten aus der Partei aus, um ihrem Ausschluss zuvorzukommen. In einigen Fällen steht eine Entscheidung der Schiedskommission noch aus. Gegen sämtliche Empfänger illegaler Quittungen hatte die Staatsanwaltschaft nach Bekanntwerden der Vorwürfe Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hatte die SPD wegen der illegalen Spendenpraxis zur Rückzahlung zu viel gezahlter staatlicher Zuschüsse von knapp einer halben Million Euro verpflichtet.

Mehrere Jahre lang hatte Ex-Geschäftsführer Carstensen fingierte Spendenbelege empfangen - insgesamt über 14 000 Euro. Darüber hinaus soll Fraktionschef Rütger Carstensen aus einer schwarzen Parteikasse einen fünfstelligen Kredit gewährt haben. Carstensen's Verteidiger Frank Langen begrüßte gestern den Einstellungsbeschluss. "Mein Mandant hat den durch die Annahme falscher Quittungen entstandenen Steuerschaden inzwischen wieder gutgemacht und damit den Vorwurf der Steuerhinterziehung entkräftet." Rechtlich höchst umstritten ist nach Ansicht Langens die Frage, ob durch einen Empfang fingierter Spenden eine Beihilfe zur Untreue oder des Betrugs zum Nachteil der Partei vorliegt.

Kein Verfahren gegen Carstensen

Kein Verfahren gegen Carstensen

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 07.01.2003

Verfahren im SPD-Skandal eingestellt

Köln - In der Kölner SPD-Parteispendenaffäre hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen den ehemaligen Unterbezirksgeschäftsführer Arno Carstensen eingestellt. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, wurde dem Ex-Politiker eine Geldbuße von 15 000 Euro auferlegt. Er hatte fingierte Spendenquittungen angenommen, mit denen Ex-Fraktionschef Norbert Rütger illegale Spendenflüsse in die Parteikasse verschleierte. Damit ist das erste von 40 Strafverfahren gegen Kölner SPD-Politiker beendet. (xl)

Köln

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 21.01.2003

Akten aus der SPD-Zentrale beschlagnahmt

Staatsanwaltschaft suchte Unterlagen über parteiinterne Schiedsverfahren im Spendenskandal

Protokolle sollen mit Erkenntnissen aus Strafverfahren verglichen werden.

VON AXEL SPILCKER

Ein Großaufgebot war es nicht gerade, das am Montag gegen elf Uhr vor der Parteizentrale des Kölner SPD-Unterbezirks Einlass verlangte: Oberamtsanwalt Alfred Jannes nebst einem Polizeibeamten präsentierten einen Durchsuchungsbeschluss. In erster Linie ging es den Ermittlern in der SPD-Spendenaffäre um Unterlagen über die parteiinternen Schiedsverfahren gegen die Empfänger falscher Spendenquittungen. Gegen 39 Kölner Genossen wird ermittelt wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, der Beihilfe zu Betrug und Untreue zum Nachteil der SPD. Seit Beginn der 90er Jahre hatte der ehemalige SPD-Geschäftsführer und spätere Fraktionschef, Norbert Rütger, 424 000 Euro an Danke-Schön-Spenden über seinen damaligen Schatzmeister Manfred Biciste gestückelt und illegal in die Parteikasse geschleust. Verschleiert wurde das System durch fingierte Spendenbelege an namhafte Parteimitglieder, Ratsherren und Landtagsabgeordnete. 27 mussten sich vor parteiinternen Schiedskommissionen erklären. Die Staatsanwaltschaft will nun die Protokolle über die Aussagen der Spendensünder mit den in den Strafverfahren gewonnenen Erkenntnissen vergleichen. Die Beschlüsse hätten nicht vollstreckt werden müssen, erklärte Behördensprecherin Regine Appen- rodt, weil die Partei die verlangten Unterlagen freiwillig herausgegeben hätte. Ganz so einfach war es dann doch nicht: SPD-Fraktionschef Martin Börschel hob zwar erneut den Willen zur engen Zusammenarbeit mit der Justiz hervor, deshalb habe man auch alle gewünschten Unterlagen ohne Schwierigkeiten ausgehändigt, mit der Beschlagnahme werde allerdings "jedes Partei- schiedsverfahren in Zukunft in Frage gestellt". Börschel glaubt, dass sich niemand mehr den Partei-Kontrollgremien stellen werde, weil seine Aussage bald in der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakte landen könne. Mit diesem Argument hatte einer der Spendensünder bereits sein Schweigen während der Anhörung vor der Schiedskommission begründet.

Daher hatte der SPD-Landesverband sich zunächst geweigert, als die Staatsanwaltschaft 2002 um freiwillige Herausgabe der Unterlagen bat. "Es ging um persönlichkeitsrechtliche und um verfassungsrechtliche Bedenken", sagte SPD-Anwalt Helmut Neumann. Schließlich garantiere das Grundgesetz den Parteien eine herausgehobene Stellung nebst eigenen rechtsstaatlichen Parteiordnungsverfahren. Das Kölner Amtsgericht verneinte jedoch ein Sonderrecht. Neumann händigte daraufhin gestern der Staatsanwaltschaft die Unterlagen aus und ersparte den Ermittlern den Weg zum Düsseldorfer Landesverband. Neumann zweifelt, ob die Unterlagen eine Hilfe sind. "Alle haben gesagt, sie hätten nicht gewusst, dass sie etwas tun, das nicht in Ordnung ist. Ich glaube also nicht, dass die Unterlagen etwas Neues zutage fördern."

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 24.01.2003

Ein blaues Auge für die Politik

Staatsanwalt auf unsicherem Terrain

In der SPD-Spendenaffäre werden wohl weitere Verfahren eingestellt.

VON AXEL SPILCKER

Die Kölner SPD-Spitze hatte ein Finanzproblem: Für den OB-Wahlkampf 1999 hatten sich SPD-Kandidat Klaus Heugel und dessen Adlatus Norbert Rüter in die Werbeagentur Counterpart verguckt. Einzige Schwierigkeit: Der Werbepartner war zu teuer. Das Angebot überstieg die für den Wahlkampf veranschlagten Kosten bei weitem. Bei einem Treffen des Parteivorstandes wischte Rüter Bedenken mit der Bemerkung hinweg, er brauche zwei Tage, um die nötige Summe zu beschaffen. Kurz darauf meldete das SPD-Schwergewicht den Spendeneingang von 300 000 Mark. Niemand stellte Fragen. Der Vorstand, an der Spitze Parteichef Kurt Uhlenbruch, erhöhte daraufhin den Wahletat auf über eine Million Mark.

Dies ist eines von vielen Schmankerln, die im Zuge der Ermittlungen in der SPD-Spendenaffäre vor der Staatsanwaltschaft ausgebreitet werden. Inzwischen scheint klar, dass Ex-Fraktionschef Rüter mit seinem Schatzmeister Manfred Biciste Hunderttausende illegal in die Partei- oder in die Wahlkampfkasse Heugel geschleust haben. Spenden wurden gestückelt und verbucht. Biciste und seine Sekretärin gaben falsche Spendenquittungen an verdiente Genossen aus Partei, Stadtrat und Landtag aus, die diese beim Fiskus steuerlich geltend machten.

Rüter und Biciste sind beide aus der Partei ausgetreten. Gegen sie wird ermittelt. Bei 40 Quittungsempfängern hat die Staatsanwaltschaft ebenfalls eine Fallakte angelegt. Davon ist das Verfahren gegen den Ex-SPD-Geschäftsführer nach einem Geständnis gegen eine Geldbuße eingestellt worden.

Nicht zu Unrecht weckt dies bei anderen Spendensündern Hoffnungen: Rechtlich gesehen bewegen sich die Ermittler auf unsicherem Terrain. Dem Vorwurf der Steuerhinterziehung sind die Quittungsempfänger durch Selbstanzeigen begegnet. Die Ansicht der Staatsanwaltschaft, dass die Belegnehmer Beihilfe zu Untreue und Betrug zum Nachteil der SPD geleistet haben, ist seit der Spendenaffäre um Ex-Kanzler Helmut Kohl rechtlich umstritten. Ankläger wie Verteidiger fordern endlich "eine höchstrichterliche Rechtsprechung". So scheint man im Justizzentrum nicht abgeneigt, bei einem Geständnis die Mehrzahl der beschuldigten Politprominenz mit einem blauen Auge davon kommen zu lassen. Strafverteidiger Frank Langen erklärt dies so: "Das Verfahren gegen meinen Mandanten wurde eingestellt, weil er in seiner Vernehmung klar einräumte, dass er Unrecht begangen hat." Vielleicht sollten sich andere daran ein Beispiel nehmen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 06.02.2003

SPD will Vergleich mit Rüter und Biciste

Bundespartei signalisiert Einlenken im

Schadensersatz-Prozess wegen des Spendenskandals

Die SPD geht offenbar davon aus, dass bei den beiden Ex-Politikern die geforderte Summe von 470 000 Euro nicht zu holen ist.

VON PETER BERGER

Der Vorhang zu einem zweiten Akt im Schadensersatz-Prozess der Bundes-SPD gegen den ehemaligen Kölner SPD-Fraktionschef Norbert Rüter und Ex-Schatzmeister Manfred Biciste vor der 20. Zivilkammer des Landgerichts wird wohl doch nicht geöffnet. Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier hat signalisiert, dass sich die Partei jetzt doch auf einen Vergleich einlassen will. Die Bundes-SPD verlangt knapp 470 000 Euro Schadensersatz von den ehemaligen Politikern. Diese Summe hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) als Sanktion für den Spendenskandal von der Bundespartei als Schuldnerin verhängt. Man sei grundsätzlich Gesprächsbereit, hieß es gestern aus der SPD-Parteizentrale in Berlin. Am 13. Februar läuft die Frist ab, in der sich die Sozialdemokraten zu den Fragen äußern müssen, die beim Prozessauftritt am Landgericht gestellt wurden. Dabei geht es um die Frage, ob die Bundespartei überhaupt klageberechtigt ist oder der SPD-Unterbezirk Köln die Zahlung des Schadensersatzes einklagen muss.

Die Gesprächsbereitschaft der Bundes-SPD hat einen simplen Grund. Es mache wenig Sinn, vor Gericht einen Titel gegen Rütter und Biciste zu erwirken, der wegen Zahlungsunfähigkeit dann nicht eingetrieben werden könne, hieß es. Offenbar geht die Bundes-SPD davon aus, dass sich der Vorwurf des ehemaligen Geschäftsführers der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft (AVG), Ulrich Eisermann, Rütter habe von ihm eine Million Euro Bestechungsgelder erhalten, in einem möglichen Strafprozess nicht erhärten lässt. Bei Rütter sei nichts zu holen, bei Biciste vielleicht eine Teilsumme. Deshalb könne ein Vergleich durchaus sinnvoll sein.

Bicistes Anwalt Reinhard Birkenstock sagte dem "Kölner Stadt-Anzeiger": "Es ist richtig, dass es direkte Kontakte gegeben hat. Manfred Biciste steht zu seiner Verantwortung und ist zu jedem vernünftigen Frieden mit der Partei bereit."

Ein Jahr nach dem Auffliegen des Parteispenden- und Müllskandals bereitet die Staatsanwaltschaft die Anklagen gegen fünf Hauptbeschuldigte vor. "Die erste Anklage wird frühestens im März fertig", sagte Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt. Die Schiedsverfahren gegen die SPD-Mitglieder, die illegale Spendenquittungen angenommen hatten, seien dagegen nahezu abgeschlossen. Lediglich das Berufungsverfahren, das Ex-Parteichef Kurt Uhlenbruch vor der Bundesschiedskommission angestrengt hat, steht noch aus. Sein Fall soll Ende Februar verhandelt werden.

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste

Norbert Rütter

BILDER: STEF

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste /

Norbert Rütter BILDER: STEF

Ex-Schatzmeister Manfred Biciste /

Norbert Rütter BILDER: STEF

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

PL 07.02.2003

Müllaffäre erreicht nun Kölner CDU

Wohnung von Ratsherr durchsucht

Die Staatsanwaltschaft verfolgt nun auch Hinweise auf Korruption im Fall eines CDU-Stadtrats.

VON PETER BERGER, ANDREAS DAMM UND AXEL SPILCKER

Köln - Die Ermittlungen in der Müllaffäre haben nun auch die Kölner CDU erfasst. Ende Januar durchsuchte die Staatsanwaltschaft die Privaträume des Ratsherrn Heinz Ludwig Schmitz. Wie der "Kölner Stadt-Anzeiger" erfuhr, wird gegen den CDU-Kommunalpolitiker wegen des Verdachts der Vorteilsnahme ermittelt. Schmitz soll als Berater des Entsorgungsunternehmens Trienekens und der Tochterfirma Isis im Jahr 2000 und 2001 Honorare in Höhe von 498 000 Euro kassiert haben. Die Ermittler vermuten, dass den Zahlungen keine Beratertätigkeit entgegenstand. Bisher sei aber noch unklar, welche Gegenleistungen von dem Kommunalpolitiker erwartet wurden. Der CDU-Ratsherr erklärte auf Anfrage lediglich: "Das wird sich alles aufklären." Sein Verteidiger sagte, es sei rechtlich höchst umstritten, ob ein Kommunalpolitiker als Amtsträger anzusehen sei. Denn nur dann könne er sich in solchen Fällen strafbar machen. Nach Auffassung von Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) hat der Ratspolitiker zumindest gegen das Kölner Stadtrecht verstoßen.

Unterdessen wurde bekannt, dass in der Korruptionsaffäre um den Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) Ende Januar ein ehemaliger Manager des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller verhaftet wurde. Der Prokurist soll eine Abfindung von mehr als zweieinhalb Millionen Euro, die im Zusammenhang mit dem Wartungsvertrag des Kölner Müllofens steht, veruntreut haben.

Darüber hinaus wird nun auch gegen den Chef der Firma Engel Umwelttechnik wegen der Beihilfe zur Bestechung ermittelt. Der Unternehmer soll Schmiergelder in Höhe von mehr als einer Million Euro an den Ex-Geschäftsführer der kommunalen Betreibergesellschaft der Kölner MVA weitergereicht haben. Vorigen Montag durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft die Geschäftsräume des Unternehmens.

Lokales

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.02.2003

KOMMENTAR / MÜLLAFFÄRE

Schaden

Da hatte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat, Rolf Bietmann, Schwarz-Grün noch als Image-Werbung für Köln gegen den Ruf der Stadt des Klüngels und der Korruption gepriesen; und nun findet sich der Name ausgerechnet seines Parteikollegen Heinz-Ludwig Schmitz in den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft. Die Müllaffäre hat sie wieder erreicht, die Kölner Politik. Bis auf weiteres werden die Nachrichten aus dem

Justiz-Zentrum jedwede Schwärmereien von einem neuen Politikstil im Rathaus überdecken. Juristisch ist der Fall kompliziert. Vieles wird davon abhängen, ob Ratspolitiker als Amtsträger einzustufen sind und damit den verschärften Bedingungen des Strafrechts unterliegen. Eine höchstrichterliche Entscheidung ist nötig. Sie wäre für die Mandatsträger ebenso hilfreich wie für die Ermittler.

Politisch hingegen ist eine erste Bewertung erlaubt. Schmitz hätte den Oberbürgermeister über seine Beraterverträge mit Trienekens und Isis informieren müssen. So schreibt es die für alle Ratsmitglieder verbindliche Kölner Hauptsatzung vor. Der CDU-Mann wird wissen, warum er seiner Pflicht nicht nachgekommen ist. Auf die Erklärung darf man gespannt sein. Auf die Folgen auch.

ANDREAS DAMM

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.02.2003

Neue Durchsuchungen und eine Verhaftung im Kölner Müllskandal

Ermittlungen gegen CDU-Ratsherrn

Im Kölner Müllskandal steht nun auch ein CDU-Politiker unter Verdacht.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Vorteilsnahme.

VON AXEL SPILCKER UND ANDREAS DAMM

Für den CDU-Kommunalpolitiker Professor Heinz-Ludwig Schmitz begann die gestrige Ratssitzung im Historischen Rathaus wie üblich. Er trat durch die Tür des Historischen Rathauses und trug sich in die Anwesenheitsliste ein. Das ist wichtig, um die 16 Euro Sitzungsgeld zu bekommen. Im Verlauf der Sitzung erfuhr Schmitz dann, dass er an diesem Tag mit ganz anderen Summen in Zusammenhang gebracht wird. Vom "Kölner Stadt-Anzeiger" auf den gegen ihn bestehenden Verdacht der Vorteilsnahme angesprochen, gab sich der CDU-Mann gefasst. "Das wird sich aufklären", sagte er lediglich. Er telefonierte kurz mit der Kanzlei seines Verteidigers. Alle weiteren Fragen, bat Schmitz, seien an seinen Anwalt zu richten.

Der Rechtsbeistand ist nötig, seitdem Polizei und Staatsanwaltschaft vor zwei Wochen mit einem Durchsuchungsbeschluss an der Haustür des Diplom-Ingenieurs klingelten. Die Beamten eröffneten dem überraschten Unionspolitiker, dass er unter Korruptionsverdacht stehe. Bei Durchsuchungen in der Müllaffäre hatte die Ermittlungsgruppe "Niehl" in den Firmenräumen des ehemaligen Müll-Multis Trienekens und dessen Tochter Isis Beraterverträge vom April 2000 und Juni 2001 gefunden. Demnach sollten an den Christdemokraten Honorare in Höhe von 498 000 Euro gezahlt werden. Welche Gegenleistungen der Stadtrat erbringen sollte, wollen die Ermittler nun klären. Heinz Ludwig Schmitz (54) ist Vorsitzender des Schulausschusses und Mitglied des Liegenschaftsausschusses. Zudem vertritt er die CDU in den Aufsichtsräten der Köln Bäder GmbH und von Köln-Kongress. Möglicherweise, so vermuten Parteikollegen nun, war Schmitz für Trienekens aufgrund der guten Kontakte zu seiner siebenbürgischen Heimat von Nutzen. Heinz-Ludwig Schmitz ist Ehrenbürger der Stadt Klausenburg, mit der Köln eine Partnerschaft unterhält. Der Kölner Ratsherr ein Türöffner für Geschäfte in Rumänien? Bei ihren Ermittlungen bewegt sich die Justiz auf rechtlich unsicherem Terrain. Die Staatsanwaltschaft stufte den Christdemokraten als Amtsträger ein. Der Verteidiger des Politikers, Joachim Schmitz-Justen, hält diese Sicht der Dinge für sehr problematisch: "Es ist eine ungeklärte Rechtsfrage, ob und inwieweit ein Ratspolitiker als Amtsträger anzusehen ist."

Nach Auffassung von Oberbürgermeister Fritz Schramma hat Schmitz zumindest gegen das Kölner Stadtrecht verstoßen. "Wegen der möglichen Interessenkollision hätten die Beraterverträge dem Oberbürgermeister dargelegt werden müssen", sagte Schrammas Sprecher Karl-Heinz Merfeld. Schmitz habe Schramma einen Tag nach den Durchsuchungen informiert. Der OB habe daraufhin seine Juristen prüfen lassen, ob er den Ehrenrat einberufen soll. Ergebnis: Um die Arbeit der Staatsanwaltschaft nicht zu stören, wird die Frage erst nach Abschluss der Ermittlungen entschieden. CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann hielt sich auf Anfrage mit einer Bewertung zurück. Sofern es diese Verträge gebe, gehe er davon aus, dass Schmitz eine Gegenleistung erbracht habe.

Schmitz ist nicht der erste Politiker, der auf der Lohnliste des früheren Entsorgungsriesen Trienekens (heute RWE Umwelttechnik) stand. Hierzu zählen auch das Kölner CDU-Vorstandsmitglied Egbert Bischoff sowie der Frechener SPD-Landtagsabgeordnete Hardy Fuß.

Heinz-Ludwig Schmitz gestern im Stadtrat BILD: GRÖNERT

Heinz-Ludwig Schmitz gestern im

Stadtrat BILD: GRÖNERT

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.02.2003

Neue Durchsuchungen und eine Verhaftung im Kölner Müllskandal

Ex-Prokurist sitzt in Untersuchungshaft

In der Müllaffäre ist die Liste der Verdächtigen größer geworden.

VON PETER BERGER UND AXEL SPILCKER

Die Ermittler in der Müllaffäre haben Ende Januar den Ex-Manager des Gummersbacher Anlagenbauers Steinmüller, Jörgen B., unter dem Verdacht der Untreue verhaftet. Er war der Prokurist, der 1993 mithilfe, durch Angebotsmanipulationen den Auftrag für den Bau des Niehler Müllofens (MVA) an Land zu ziehen; ein Kaufmann, der für seine Vorgesetzten zweistellige Millionensummen über Briefkastenfirmen in der Schweiz und Liechtenstein an Müllofen-Chef Eisermann und andere reichte. Dieser Mann wollte selbst mitverdienen, meint die Staatsanwaltschaft.

Es geht um Millionenschiebereien zwischen dem Entsorgungsriesen Trienekens AG und Anlagenbauer Steinmüller. Die Gummersbacher hatten bereits während der Bauphase des Müllofens ihr Auge auf den lukrativen Wartungsvertrag der MVA geworfen. Die damalige Spitze des Müllofenbetreibers AVG hatte andere Pläne. Ohne Ausschreibung erhielt die Isis GmbH, eine Firma aus dem Trienekens-Müllimperium, den Auftrag. Pikant: Multi Trienekens war auch an der AVG beteiligt und saß als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat. Den Mitbewerber Steinmüller wollte Trienekens mit mehr als zweieinhalb Millionen Euro abfinden. Das Geld sollte über eine englische Tochterfirma des Gummersbacher Anlagenbauers ins Oberbergische fließen. Dort kam es aber nie an. Die letzte Spur findet sich auf einem Konto einer als Geldwaschanlage berüchtigten Briefkastenfirma in Liechtenstein. Die Millionen wurden bar abgehoben - danach verliert sich die Spur. Aufschluss über den Verbleib soll nun der jüngst inhaftierte Ex-Steinmüller-Manager Jörgen B. geben. Er wickelte den Geldtransfer ab. Doch die Vernehmungen gestalten sich schwierig. Redselig wird der Ex-Manager nur bei anderen. Er berichtete von einer weiteren Schmiergeldzahlung an den AVG-Chef Eisermann. Diesmal soll Steinmüller mehr als eine Million Euro über Hans Georg Engel, Firmenchef der Engel Umwelttechnik GmbH, an Eisermann geleitet haben. Am Montag durchsuchte die Staatsanwaltschaft die Firmenräume der Firma Engel. Der Unternehmenschef, der nun unter Verdacht der Beihilfe zur Bestechung steht, wies Zusammenhänge mit der Müllaffäre zurück.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 07.02.2003

Neue Durchsuchungen und eine Verhaftung im Kölner Müllskandal / Ex-Prokurist sitzt in Untersuchungshaft / INFO-KASTEN

Firma erhielt MVA-Aufträge

Bereits im März 2002 hatte die Engel Umwelttechnik dementiert, dem ehemaligen Fraktionschef der SPD, Norbert Rütter, Dankeschön-Spenden in Höhe von 30 600 Euro gegeben zu haben. Engel erstellt Entsorgungskonzepte und Bodenanalysen für öffentliche Auftraggeber und Deponiebetreiber. Aufträge hat man auch beim Bau der Müllverbrennungsanlage erhalten. Bei der Industriebranche der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk (CFK) war Engel doppelt beteiligt. Der Firmenchef erstellte mit seiner Umweltfirma die Altlastengutachten. Zum anderen ist er Teilhaber der Grundstücksgesellschaft, die das CFK-Gelände ihr Eigen nennt. (pb)

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.02.2003

Aus für CDU-Ratsherrn Schmitz

Der im Verdacht der Vorteilsnahme stehende Politiker ist zurückgetreten

Oberbürgermeister Fritz Schramma drängte Schmitz dazu, sein Mandat niederzulegen.

VON ANDREAS DAMM

Der CDU-Ratsherr Heinz-Ludwig Schmitz (54) bekam am Wochenende mehrfach Besuch von Oberbürgermeister Fritz Schramma. Auch CDU-Fraktionschef Rolf Bietmann sah in dem von der Staatsanwaltschaft gegen Schmitz geäußerten Verdacht der Vorteilsnahme einen Anlass, nochmals mit seinem Fraktionskollegen zu sprechen. Die Spitzenpolitiker der Kölner Union erreichten ihr Ziel: Schmitz legte sein Ratsmandat nieder. Er unterschrieb die Rücktrittserklärung am Sonntag in seinem Haus in Müngersdorf und gab sie dann dem Oberbürgermeister mit. Damit hat er sich zumindest den unangenehmen Abschiedsbesuch in den Amtsräumen Schrammas erspart. In seiner Erklärung schreibt Schmitz: "Angesichts der öffentlichen Diskussion in den vergangenen Tagen sehe ich mich meiner Partei, der Fraktion und gegenüber dem Rat der Stadt Köln in

der Pflicht, politischen Schaden zu vermeiden. Nicht zuletzt mit Rücksicht auf meine Familie und meine bekannte gesundheitliche Situation habe ich mich deshalb entschlossen, meine politischen Ämter aufzugeben." Schramma bekundete "Respekt vor dieser Entscheidung": Durch den Verzicht auf das Mandat "erspart Heinz-Ludwig Schmitz sich selbst, dem Rat und auch Köln lange öffentliche Debatten, die den Ruf unserer Stadt möglicherweise beschädigt hätten". CDU-Parteivorsitzender Richard Blömer und Fraktionschef Bietmann veröffentlichten eine gemeinsame Pressemitteilung. "Die Entscheidung haben wir mit Respekt zur Kenntnis genommen. Maßgeblich war offenkundig sein angegriffener Gesundheitszustand, der sich durch die jetzt geführte öffentliche Diskussion um sein berufliches Engagement weiter verschlechtert hat."

Laut Staatsanwaltschaft hatte Schmitz zwei Beraterverträge mit dem Entsorgungsunternehmen Trienekens und der Trienekens-Tochter Isis abgeschlossen. Die Vereinbarungen sollen dem Diplom-Ingenieur ein Honorar von rund 500 000 Euro gebracht haben; mehr als die Hälfte davon soll er indes zurückgezahlt haben, nachdem im vorigen Jahr der Müll-Skandal bekannt geworden war. Eine Gegenleistung für die Vergütung haben die Ermittler bisher nicht entdecken können - weshalb sie von einem Korruptionsfall ausgehen.

Schmitz hatte den Vorwurf zurückgewiesen. "Das wird sich aufklären", sagte er nach Bekanntwerden der Affäre. Im Januar hatte die Staatsanwaltschaft sein Haus durchsucht, erst danach hat der Kommunalpolitiker den Oberbürgermeister über die Verträge mit dem Müll-Multi informiert. Dazu jedoch wäre er verpflichtet gewesen, befand Schramma. Außerdem hätte Schmitz sich im August 2000 wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung des Rates über den Teilverkauf der Müllabfuhr an Trienekens beteiligen dürfen, heißt es. Denn damals soll er nach Erkenntnis der Staatsanwaltschaft der Entsorgungsfirma bereits vertraglich verbunden gewesen sein.

Nach einem ersten Krisengespräch mit Schramma, Bietmann und Blömer am Freitag hatte Schmitz sein Mandat ruhen lassen. Am Wochenende gelangte die Unionspitze wohl zu der Einsicht, der Vorsitzende des Schulausschusses sei nicht mehr zu halten. Schramma betonte, "dass das Ratsmitglied Schmitz selbstverständlich als unschuldig gelten müsse, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist". Bietmann und Blömer würdigten Schmitz, für den nun die Historikerin Zoi Theofylaki nachrücken wird, als "hervorragenden Schulpolitiker". Es sei davon auszugehen, dass die "von ihm ausgeübte beratende Tätigkeit in keinem Zusammenhang mit seinem politischen Mandat im Rat der Stadt Köln stand". Im März soll sich der Ehrenrat unabhängig von dem Einzelfall mit der Frage der Beraterverträge von Kommunalpolitikern befassen.

In einer Mappe trug Oberbürgermeister Schramma gestern die von Schmitz unterzeichnete Rücktrittserklärung ins Rathaus. BILDER: MAX

Am Donnerstagnachmittag hatte CDU-Ratsherr Heinz-Ludwig Schmitz an seiner letzten Ratssitzung teilgenommen.

In einer Mappe trug

Oberbürgermeister Schramma

gestern die von Schmitz

unterzeichnete Rücktrittserklärung ins

Rathaus. BILDER: MAX / Am

Donnerstagnachmittag hatte

CDU-Ratsherr Heinz-Ludwig Schmitz

an seiner letzten Ratssitzung

teilgenommen.

In einer Mappe trug

Oberbürgermeister Schramma

gestern die von Schmitz

unterzeichnete Rücktrittserklärung ins

Rathaus. BILDER: MAX / Am

Donnerstagnachmittag hatte

CDU-Ratsherr Heinz-Ludwig Schmitz

an seiner letzten Ratssitzung

teilgenommen.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln

LO 10.02.2003

KOMMENTAR / AFFÄRE

Konsequent

Zwei üppige Beraterverträge mit dem Müllkonzern Trienekens, ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorteilsnahme, ein Verstoß gegen Pflichten als Kommunalpolitiker: Das sind derzeit die Fakten der jüngsten Affäre im Rathaus. Sie reichen zwar nicht aus, um den juristischen Ausgang der Angelegenheit abschätzen zu können. Die politische Bewertung aber ließ nur ein Urteil zu: Für den CDU-Ratsherrn Heinz-Ludwig Schmitz durfte es nichts anderes geben als den schnellstmöglichen Verzicht auf sein Mandat. Das hat auch die Kölner Parteiführung erkannt - und erfreulich konsequent gehandelt.

Der Druck aus den eigenen Reihen war auch deshalb so groß, weil Schmitz nicht nur der Stadt geschadet hat, sondern auch Oberbürgermeister Fritz Schramma und Fraktionschef Rolf Bietmann. Schmitz hat den

Ehrenkodex des Rates missachtet, für den sich Schramma im vorigen Jahr eingesetzt hatte. Mit seinem Verstoß hat der Christdemokrat all jene bestärkt, die in das selbst auferlegte Regelwerk für sauberes politisches Gebaren keine Hoffnung setzen: Ein Instrument ohne Wirkung, wird es wieder heißen, allenfalls gut für die Darstellung nach außen.

Dem Bundestagsabgeordneten Bietmann verhagelt die Affäre den Auftritt in Berlin. Jetzt darf er nicht mehr von den Vorzügen der schwarz-grünen Zusammenarbeit erzählen, sondern muss sich unangenehmen Fragen stellen: nach den Zuständen im Kölner Rathaus im Allgemeinen sowie in der von ihm geführten Fraktion im Besonderen. Wie die Zustände tatsächlich sind, wer sonst noch wo auf der Lohnliste stand - das alles ist schwer absehbar. Angesichts des in der Abfallwirtschaft aufgedeckten Geflechts ist zu befürchten, dass die Justiz mit dem Fall Schmitz nicht die letzte Akte über einen Kommunalpolitiker angelegt hat.

ANDREAS DAMM

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 11.02.2003

Vertrag weckt Verdacht der Ermittler

Offenbar hat es zwischen Ex-AVG-Chef Eisermann und der Firma Engel einen Beratervertrag gegeben.

VON AXEL SPILCKER

Beraterverträge scheinen in der Abfallentsorgungsbranche gang und gäbe: So soll es zwischen Ulrich Eisermann, Ex-Chef des Mülllofenbetreibers AVG und mutmaßlichen "Hauptkassierers" der Schmiergelder beim Bau der Müllverbrennungsanlage (MVA), und der Firma Engel Umwelttechnik einen Beratervertrag gegeben haben. Oberstaatsanwältin Regine Appenrodt bestätigte dem "Kölner Stadt-Anzeiger", es werde in diese Richtung ermittelt. "Bisher ist dies aber nicht strafrechtlich relevant, wird jedoch in die Ermittlungen einbezogen." Das Unternehmen hatte beim Bau der MVA Erdarbeiten für zehn Million Euro ausgeführt. Vor acht Tagen hatte die Staatsanwaltschaft die Firmenräume durchsucht; gegen Unternehmer Heinz-Georg Engel wird wegen des Verdachts der Beihilfe zur Bestechung ermittelt. Über Engel soll Eisermann Schmiergelder aus dem Topf des Anlagenbauers Steinmüller erhalten haben, der den Mülllofen errichtet hatte.

Der Vorwurf fußt auf Angaben eines wegen Untreueverdachts inhaftierten Ex-Steinmüller-Managers.

Eisermann-Anwalt Volkmar Mehle stellte die neuen Schmiergeldvorwürfe "nachdrücklich in Abrede. Es hat nie Bestechungsgelder über Engel gegeben. Dies hat mein Mandant auch in einer erneuten Aussage deutlich gemacht". Laut Mehle macht es den Belastungszeugen unglaublich, wenn dieser in etlichen Vernehmungen ein Jahr lang nichts von dem Vorgang berichtet habe. Jetzt nach seiner Inhaftierung könne er sich aber wieder daran erinnern. Zur Frage nach dem Beratervertrag wollte sich der Verteidiger nicht äußern. Auch Engel wies die Vorwürfe zurück, kommentierte aber nicht den Eisermann-Kontrakt.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 11.02.2003

SPD-Ratsfrau Anita Cromme klagt gegen ihre Partei

In der Spendenaffäre wehrt sich die Juristin vor dem Landgericht Berlin gegen die Bundes-SPD.

VON ANDREAS DAMM UND HOLGER MÜLLER-HILLEBRAND

Der Umgang der SPD mit der Kölner Spendenaffäre wird in Kürze erstmals ein Zivilgericht beschäftigen. Nach Informationen des "Kölner Stadt-Anzeiger" bereitet die SPD-Ratsfrau und Rechtsanwältin Anita Cromme eine Klage gegen ihre Partei beim Landgericht Berlin vor. Sie wolle sich damit gegen das Urteil der Schiedskommission der Bundes-SPD wehren, heißt es. In dem Berufungsverfahren habe ihr das oberste Parteigericht auferlegt, ihre Mitgliedschaft für mehr als zwei Jahre ruhen zu lassen. Zuvor hatte auch die Schiedskommission der Landes-SPD der Kommunalpolitikerin ein Fehlverhalten vorgeworfen. Als früheres Vorstandsmitglied der Kölner SPD soll die Juristin eine gefälschte Spendenquittung angenommen haben. Was dem Fall eine gewisse Würze gibt: Die Sozialdemokratin ist erst im vorigen Jahr zu ihrem Ratsmandat gekommen - als Nachrückerin für den ehemaligen Fraktionsvize Heinz Lüttgen, der wegen seiner Verstrickung in die Spendenaffäre sämtliche politische Ämter niedergelegt hatte und später aus der SPD ausgetreten ist. Cromme wirft ihrer Partei vor, bei dem internen Ordnungsverfahren gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen zu haben. Sie habe von ihrem Schweigerecht Gebrauch gemacht - genau das aber werde ihr in dem Urteil angelastet. Durch ihr Schweigen, so der Vorwurf, habe sie nicht zur Aufklärung des Sachverhalts beigetragen. Laut einer Liste des früheren Schatzmeisters Manfred Biciste sollen 42 SPD-Mitglieder fingierte Spendenbelege erhalten haben. Fast alle reichten die Quittungen beim Finanzamt ein, um ihre Steuern zu verringern. Biciste soll mit Hilfe der gefälschten Bescheinigungen Großspenden von Unternehmen in kleinere Beträge gestückelt haben, damit die Namen der Spender nicht im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden mussten. Biciste ist

ebenso wie der Spendensammler und Ex-Fraktionschef Norbert Rütter sowie ein Dutzend Quittungsempfänger aus der SPD ausgetreten.

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln
LO 12.02.2003

Ratsfrau kritisiert "stalinistische Methoden"

Anita Cromme klagt gegen Bundes-SPD wegen ihrer Behandlung in der Spendenaffäre

Die Juristin hält das Urteil der Schiedskommission für "rechtsstaatswidrig".

VON ANDREAS DAMM

Ihre Klageschrift ist so gut wie fertig, am kommenden Montag will die SPD-Ratsfrau Anita Cromme (54) das Papier dem Berliner Landgericht schicken. Die Kommunalpolitikerin, von Beruf Rechtsanwältin, will vor der Justiz das Urteil des obersten Parteigerichts der SPD im Zusammenhang mit der Spendenaffäre anfechten. Die Schiedskommission der Bundes-SPD hat ihr auferlegt, alle Mitgliedsrechte für zweieinhalb Jahre ruhen zu lassen; eine Entscheidung, die Cromme für "rechtsstaatswidrig" hält.

Als früheres Vorstandsmitglied der Kölner SPD soll die Juristin von Ex-Schatzmeister Manfred Biciste eine gefälschte Spendenquittung über umgerechnet rund 1000 Euro angenommen haben. In dem Parteiordnungsverfahren habe sie "für mich in Anspruch genommen, von meinem Schweigerecht Gebrauch zu machen", sagte Cromme gestern dem "Kölner Stadt-Anzeiger". Diese - zulässige - Strategie habe die Schiedskommission dann als parteischädlich gewertet. Das Ruhen der Mitgliedsrechte bis weit ins Jahr 2005 hinein "ist die höchste Strafe, die jemand bekommen hat", so Cromme.

Über Jahre hinweg hatte der frühere Schatzmeister Biciste Parteikollegen gefälschte Spendenquittungen gegeben, um die Herkunft von Großspenden zu verschleiern. Biciste soll die Namen von 42 Kölner Sozialdemokraten genannt haben, die Mehrzahl musste sich dem Parteigericht stellen. Nach Ansicht der Rechtsanwältin haben die Schiedsverfahren gegen die Spendensünder "im rechtsfreien Raum stattgefunden". In ihrem internen Umgang mit der Affäre habe die SPD "stalinistische Methoden angewandt", kritisierte Cromme. In dem von ihr geplanten Zivilverfahren "geht es darum, wie die SPD mit ihren Mitgliedern umgeht".

Alle Rechte vorbehalten - © Redaktionsarchiv MDS Köln